C 21734 D

Was ist los mit der Mitbestimmung? S.23



Arbeiterkampf

Jg.10 Nr.181 14.7.80 *Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes* DM 2,-

Atomanlagen + Atomwaffen



gemeinsam

gemeinsam

abschaffen!

Für den diesjährigen Herbst sind wieder erstmals eine Reihe nationaler Anti-Kriegs-Aktionen in Vorbereitung, zu denen sich breitere Bündnisse zusammengefunden haben.
Im Oktober soll eine Aktion im Raum Lingen/Nordhorn-Range stattfinden unter dem Motto „Atomkraftwerke und Atomwaffen – gemeinsam abschaffen". Auf einer Konferenz am 12./13.7. in Bonn wurde dazu ein Aufruf verabschiedet (siehe Bericht in diesem AK auf Seite 11).
Anläßlich der 750-Jahr-Feier in Kalkar, wo ein „Schneller Brüter" gebaut wird, führten Polizei und Bundeswehr eine zehntägige Militärschau durch.
Am 13.9., dem „Tag der Bundeswehr", ruft das Bonner Treffen und die NRW-Landeskonferenz zu einer Antikriegsaktion auf. Die NRW-Landeskonferenz der Anti-AKW-Bürgerinitiativen ruft zum 10.8. in Kalkar alle zur Vorbereitung dieser Aktion auf.
Im September/Oktober wird unter dem Namen „Autumn Forge" das bisher größte Manöver in der Geschichte der NATO durchgeführt. Über 300.000 Soldaten aus zwölf NATO-Ländern werden sich daran beteiligen. Schwerpunkt dieser Generalprobe für den Krieg wird die norddeutsche Tiefebene sein. Auch hier hat es am Wochenende erste Vorbereitungstreffen für antimilitaristische Aktionen gegeben.

Großaktionen im Herbst geplant

Freiheit für Fritz Teufel!

Nachdem Fritz Teufel im Westberliner Lorenz-Drenkmann-Prozeß sein Alibi für den „Lorenz-Klau", die „Versetzung des Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann in den ewigen Ruhestand" (Teufel) und für einen ihm angelasteten Waffenraub aus dem Hut gezaubert hatte, nachdem er mit diesem Alibi die Verfolgungswut und Selbstgerechtigtkeit der Justiz in sog. „Terroristen-Prozessen" so beeindruckend wie noch nie zuvor demonstriert hatte, waren die Hoffnungen groß: Die Freilassung von Fritz schien bevorzustehen, und auch die Beschuldigungen der übrigen Angeklagten waren selbst in Teilen der bürgerlichen Presse kräftig ins Wanken geraten. Doch es kam anders. Im Eiltempo wurde ein neuer Haftbefehl zusammengezimmert, Ende Juni forderte die Bundesanwaltschaft nunmehr nicht 15, sondern 10 Jahre Knast für Fritz wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung", unerlaubten Waffenbesitzes und wegen zwei Banküberfällen. Für Ralf Reindes forderte er lebenslänglich, für Ronald Fritsch, Gerald Klöpper, Till Meyer und Andreas Vogel je 15 Jahre Knast.
Daß Fritz in seinem B-libi die Beteiligung an den Banküberfällen in einer ausführlichen Erklärung bestritten hat, interessiert die Bundesanwaltschaft nicht. Fritz hat seine Unschuld in diesem Fall nicht durch Alibi-Zeugen beweisen können, und das reicht.
Nach Vorstellung des Gerichts sollen die Urteile noch Ende Juli gesprochen werden. Die linke und demokratische Öffentlichkeit hat nur noch sehr wenig Zeit, durch eine breite Kampagne die Freilassung Fritz Teufels zu erzwingen.

Fritz hat seine Unschuld in diesem Fall nicht durch Alibi-Zeugen beweisen können, und das reicht.
Nach Vorstellung des Gerichts sollen die Urteile noch Ende Juli gesprochen werden. Die linke und demokratische Öffentlichkeit hat nur noch sehr wenig Zeit, durch eine breite Kampagne die Freilassung Fritz Teufels zu erzwingen.

Polizei erhält Gummigeschosse und «Pepper Fog»

Die massenhaften Proteste gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung am 6.Mai in Bremen werden derzeit in Bremen zum Vorwand genommen, um über eine erhebliche Brutalisierung der Polizeieinsätze zu diskutieren: Die Polizei soll in Zukunft Gummigeschosse (wie in Spanien unter Franco bzw. Nordirland) und die lebensgefährliche Pepper Fog bzw. ähnliche Tränengaswerfer einsetzen und auch ihre Spitzeltätigkeit in der Linken (noch) ausweiten, obwohl bereits jetzt nahezu auf allen Vorbereitungssitzungen für die Demonstrationen VS-Agenten gesessen haben sollen.

Abgestützt wird das ganze durch eine CDU-Wahlkampagne, in der die SPD als das eigentliche „Sicherheitsrisiko" herausgestrichen wird.

Der Protest bis tief in die Reihen der SPD hinein sei Beweis für „das tiefe Mißtrauen in der Bremer SPD gegen Bundeswehr,

Fortsetzung Seite 11

Türkei: Rechter Terror nimmt zu

Während (unter Führung der BRD!) ein Hilfsprogramm (in Milliarden-Höhe) zur wirtschaftlichen und militärischen Stärkung des rechtsradikalen Regimes in der Türkei angelaufen ist, nimmt der Terror der türkischen Faschisten und des Militärs gegen die Bevölkerung immer brutalere und blutigere Formen an. Regierung und Parlament beschäftigen sich derweil mit der Wahl eines neuen Präsidenten. Opfer der letzten faschistischen Überfälle waren die Bewohner der Städte Corum und Sivas, wo über 20 Menschen ermordet wurden. Wenn sich die Bevölkerung zum eigenen Schutz Barrikaden baut (wie in Corum), schreiten Militär und Polizei ein, um diese zu beseitigen. Die faschistischen Banden können sodann wieder ungehindert ihren Terror verbreiten.
Nach Redaktionsschluß erreichte uns die Meldung, daß Militär (und in deren Gefolge natürlich die rechtsradikalen Terrorbanden) die Stadt Fatsa „erobern" konnten. Fatsa hatte bisher eine linke Stadtverwaltung.

Fortsetzung Seite 2



Militär- und Polizeieinheiten haben Rathaus und Privathäuser in Fatsa in typischer Nazi-Manier „gesäubert" (siehe oberes Bild). Die vermummten Gestalten (unten) sind Angehörige faschistischer Terrorbanden, die dabei helfen durften.

IN DIESER AUSGABE:

DK hatte ursprünglich nur die Diskussion über das Statut des KB zuendeführen sollen, die auf dem 1. Kongreß des KB im Januar nicht abgeschlossen wer-

spektakulären Selbstversuch, daß Haschisch in großen Mengen wohl doch bedenklich sein

Türkei: Rechter Terror nimmt zu

Fortsetzung von Seite 1

Nur diesem Widerstand ist es zu verdanken, daß es nicht zu einer höheren Anzahl von Opfern gekommen ist.

In Stadtteilen, in denen der Widerstand nicht so organisiert war, wurden dagegen Massaker veranstaltet. So wurde der Stadtteil Yazi fast dem Erdboden gleichgemacht. Nach offiziellen Zahlen sind über 20 Menschen getötet worden. Zuvor müssen die Opfer noch auf brutalste Weise gefoltert worden sein, weil viele Leichen verstümmelt oder mit herausgerissenen Zungen und Augen gefunden wurden. Über 40 Menschen werden noch vermißt.

Doch die genaue Anzahl der Toten läßt sich nicht ermitteln, weil viele Tote auch gleich verscharrt wurden. *„Die Leichen wurden in Gruppen und mit gebundenen Händen in Höhlen verscharrt".* („FR", 8.7.80). Außerdem ist die Zahl der Opfer im Stadtteil von Milönü noch unbekannt, da die Stadt weiterhin verbarrikadiert ist und die Bewohner den Stadtteil aufgrund der Bedrohung nicht verlassen können. So ist die Wasser- und Elektrizitätsversorgung für diesen Stadtteil unterbrochen, da die Faschisten durch Sabotageaktionen die Zufuhr verhindern. Desweiteren ist es den Bewohnern aufgrund der Einkesselung nicht möglich, das in der Nähe liegende Krankenhaus zu erreichen, da dieses ebenfalls besetzt ist.

Sunniten gegen Alewiten?

Dieses Schema möchte die offizielle Regierungspropaganda den Auseinandersetzungen aufdrücken. So war es schon bei ähnlichen Ereignissen in Sivas Malatya und Kahramanmars Ende 1978, so ist bei der Erklärung der vielen tausend Opfer vergangener Monate.

Dabei wird dann natürlich auch den Polizei und Militärs der Begriff „Sicherheitskräfte" zugedacht. Aber der Widerstand in Corum läßt diese Version nicht mehr zu. Denn in Milönü kämpften Sunniten und Alewiten (verschiedene religiöse Richtungen) gemeinsam hinter den Barrikaden. So ließen sich nicht alle Gläubigen mit dem Gerücht in die faschistische Strategie einreihen. Da sind die Aussagen von Polizeibeamten, die nur Leute von Milönü bei der Ausgangssperre verhaften sollten. Da ist der Zeugenbericht eines religiösen Taxifahrers. *„Gott ist da oben, wir dürfen nicht lügen. Schuldig sind die Rechten. Es geht alles gegen die arme Bevölkerung von Milönü, sie werden nicht von den Sicherheitskräften geschützt. Deshalb ist es ihr Recht, sich mit Barrikaden zu schützen. Ein weiterer Polizist erklärte, daß in Corum der Staat abgeschafft sei, die Polizei sei ausgeschaltet. Die Arbeit der Journalisten von Demokrat und Cumhuriyet, einer angesehenen bürgerlichen Zeitung wurde behindert. Sie durften nicht ins Stadtinnere und wurden von Faschisten bedroht. Dort haben die Soldaten regelrechte Maschinengewehrstellungen aus Sandsäcken gebaut. Ihre Geschütze sind auf die Barrikaden gerichtet, sonst hätten sie ja auch das Massaker verhindern können. Der Zwischenfall von Corum ist nicht von heute auf morgen gekommen, sondern von langer Hand vorbereitet. So wurde das Gerücht von der verbrannten Moschee über Polizeifunk weitergegeben, außerdem war es die offizielle Version des Türkischen Rundfunks und Fernsehens.*

Selbst Ecevit konnte nicht umhin zu betonen, daß die faschistischen Überfälle nicht nur die Duldung... der stattlichen Behörden hätten, sondern, daß die beim Generalstab der Armee angesiedelte Konterguerillaabteilung offenbar die Federführung gegen die Linke übernommen habe. Bevorzugtes Ziel sind einerseits Parteihäuser der Linken und ihre Mitglieder, andererseits finden scheinbar ziellose Attentate auf Teehäuser und öffentliche Einrichtungen statt" („Neue", 9.7.80).

Die Ereignisse von Corum machen nochmals deutlich, in welchem Stadium der Kampf gegen die türkische Linke heute steht. Waren die Ereignisse von Kahramanmars noch gekennzeichnet durch die „Duldung" des faschistischen Terrors durch das Militär und einem noch schwachen Widerstand der Linken, so stehen heute eindeutig auf der einen Seite das Militär und die Faschisten und auf der anderen Seite der wachsende Widerstand der Bevölkerung unter Teilnahme der Linken. Welche Kraft dieser Widerstand noch zu entwickeln vermag, ist heute für uns nicht einzuschätzen, zumal das Militär ja noch nicht zum offenen Krieg übergegangen ist. Von daher ist zu befürchten, daß der Angriff auf Milönü nur ein Vorgefecht war. Schon verdichten sich die Gerüchte, daß sich militärische Truppen um die Stadt Fatsa herumgruppiert haben. Fatsa ist eindeutig in den Händen der Linken und hat einen Revolutionär zum Bürgermeister gewählt. In Fatsa bestehen die ersten Ansätze einer Volkskommune. In der letzten Woche ermordeten hier die Faschisten einen Linken. Die Antwort war, daß ein Offizier und vier Faschisten getötet wurden. Der schleichende Bürgerkrieg wird von Seiten der Faschisten und des Militärs immer stärker forciert. Deshalb ist es wichtig, unsere Solidarität zu verstärken, indem wir die sozialdemokratische Bundesregierung wegen ihrer Unterstützung für dieses Regime öffentlich anklagen und die Unterstützung für die alternative Türkei-Hilfe verstärken.

Während die Bundesregierung die Türkei mit 660 Millionen Mark Militär- und 560 Mio. Wirtschaftshilfe unterstützt und die Bundestagsfraktionen gemeinsam einen Antrag von einigen linken SPDlern verhinderten, in dem gefordert wurde, daß die türkische Regierung ihre „menschenrechtsverletztende Praxis" beendet, forcieren Faschisten und das von der Bundesregierung unterstützte Militär den Bürgerkrieg gegen das türkische Volk. Nach derselben Strategie wie Ende 1978 in Kahramanmars entfachten die Faschisten in der Region von Sivas und Corum erneut ihren Terror.

Seit Wochen läuft die Hetzpropaganda gegen die „ungläubigen Kommunisten" und Alewiten und in Flugblättern wird zum „heiligen Krieg" aufgefordert.

Seit Wochen konzentrieren die Faschisten ihre Angriffe gegen die Bevölkerung und die Linke in den Städten Sivas und Corum. In Corum haben daraufhin die Menschen in den Stadtteilen Milönü, Behicebeycad und Esnafevler zum eigenen Schutz Barrikaden errichtet.

Die Gouverneure verhängten den Ausnahmezustand gegen Sivas und Corum, der aber nur einseitig gegen die verbarrikadierten Stadtteile ausgeübt wurde.

Dagegen versuchten „Sicherheitskräfte" und Faschisten immer wieder, diese Barrikaden zu entfernen, um ihre Angriffe ungehinderter gegen die Bevölkerung durchführen zu können.

Dabei kam es am 2.7.80. zu Auseinandersetzungen, bei denen drei Menschen getötet und mehrere verletzt wurden. Der Gouverneur erließ daraufhin Ausgangssperre. Zur selben Zeit wurde auch in Sivas und Alaca sowie in Pertek die Ausgangssperre erlassen. In den folgenden Tagen versuchten die Faschisten immer wieder, Milönü zu stürmen. Dabei achteten die „Sicherheitskräfte" besonders darauf, daß zwar die Faschisten freien Ausgang hatten, aber die Bewohner des Stadtviertels die Häuser nicht verlassen durften. So erklärte ein Polizist gegenüber der türkischen Nachrichtenagentur: *„Uns wurde befohlen, diejenigen ins Polizeipräsidium zu bringen, die sich trotz Ausgangssperre auf den Straßen aufhielten. So nahmen wir zwei Leute fest, die wir im Stadtzentrum auf der Straße fanden. Der Gouverneur befragte uns, wo wir die beiden Personen festgenommen hatten. Daraufhin rief er, laßt die laufen, ich brauche Leute aus Milönü."*

Während der Ausgangssperre wurden auch immer nur die verbarrikadierten Stadtteile von „Sicherheitskräften" durchsucht.

Aufgrund der Vorfälle sind bereits 30 Polizeibeamte aus dem Polizeidienst ausgetreten.

Die Legende von der brennenden Moschee

Am Freitag, den 4.7.80, wurde für die Faschisten der Befehl zum Sturmangriff gegeben, nachdem es ihnen trotz verstärkten Drucks nicht gelungen war, die Bevölkerung einzuschüchtern. So waren am Mittwoch durch nicht verbarrikadierte Stadtteile gezogen und hatten linke Wohnungen, Parteibüros und Geschäfte (überwiegend von Mitgliedern der sozialdemokratischen CHP) angegriffen und verwüstet. Dabei hatte sich die Zahl der Toten bis zum Freitag auf sechs erhöht.

So blieben als letzte uneinnehmbare Festungen die verbarrikadierten Stadtteile.

Während der Gebetszeit wurde von Faschisten in einer großen Moschee das Gerücht verbreitet, daß eine andere Moschee von Linken angezündet worden sei. Dabei wurde auf die Betenden eingeredet: „Was sitzt ihr hier noch rum" und die Menschen wurden teilweise unter Drohungen und Schlägen gezwungen, sich an dem Marsch zu beteiligen. Währenddessen hatten die Faschisten schon in der Stadt Feuer gelegt, die besagte Moschee war allerdings unbeschädigt, und lenkten die Menschen Richtung Milönü und zu anderen Stadtteilen. Augenzeugen berichteten, daß an den Barrikaden von Milönü Panzerwagen von „Sicherheitskräften" vorfuhren, in deren Schutz sich dann die Faschisten gegen die Barrikaden vorbewegten. An diesen Stellen hat es einen heldenhaften Widerstand der Bevölkerung und der Linken gegeben, sodaß die Faschisten den Stadtteil nicht erobern konnten.

(Informationen aus „Demokrat" und „Hürriyet" vom 5.7. – 10.7.)

Türkei-Kommission

Türkei Letzte Meldungen

Stadtteile gezogen und hatten linke Wohnungen, Parteibüros und Geschäfte (überwiegend von Mitgliedern

„Hürriyet" vom 5.7. – 10.7.)

Türkei-Kommission

Türkei Letzte Meldungen

Fatsa von Armee besetzt

Am Freitag, den 11.7.80, hat die türkische Armee erneut zugeschlagen. Die Stadt Fatsa wurde nach mehreren Tagen Belagerung besetzt. Fatsa liegt am Schwarzen Meer und ist den türkischen Faschisten sowie der rechtsgerichteten Regierung Demirel seit langem ein Dorn im Auge. Bei den letzten Wahlen wurde in Fatsa ein Mitglied einer revolutionären Organisation mit überwältigender Mehrheit zum Bürgermeister gewählt. Seitdem versuchen die Leute von Fatsa ihre Stadt umzugestalten. Fatsa gilt heute in der Türkei vielen als Vorbild und als Ansatz einer Volkskommune.

Dies ist der Grund für den Einmarsch der Armee am Freitag. 300 Menschen, unter ihnen der Bürgermeister Fikri Sonmez, wurden verhaftet.

Angesichts des Aufgebots der Militärs kam es zu keinem Widerstand.

„Demokrat" verboten

Die linke demokratische Zeitung „Demokrat" ist jetzt in der Region Ankara verboten worden. Es ist jetzt zu befürchten, daß „Demokrat" auch in anderen Teilen der Türkei verboten wird.

Die Begründung der Militärs ist, daß die Zeitung „die öffentliche Ordnung" stören würde. Was heißt das? Demokrat berichtete mehrmals über Folterungen in türkischen Gefängnissen und über die Zusammenarbeit zwischen Faschisten, Militärs und der Regierung.

Die türkische Journalistengewerkschaft in Ankara hat Demirel aufgefordert, das Verbot zurückzunehmen. Außerdem forderte sie insbesondere die westdeutsche Öffentlichkeit auf, gegen dieses Verbot zu protestieren.

Erfolgreicher Ausbruch

150 überwiegend linke Häftlinge konnten Ende Juni aus dem Gefängnis von Adana ausbrechen.

Sie hatten sich einen 150m langen Tunnel aus dem Gefängnis herausgegraben. Zur Zeit des Ausbruchs legten andere Häftlinge in den Zellen Feuer und in Adana selber wurden an verschiedenen Stellen Zwischenfälle organisiert, um die „Sicherheitskräfte" abzulenken.

Leider hatten diese noch rechtzeitig vom Ausbruch erfahren und hatten sich am Tunnelausgang auf die Lauer gelegt. Allerdings waren die Häftlinge gut bewaffnet, sodaß sie sich die Fluchtbahn freischießen konnten. Dabei wurden aber auch vier Häftlinge getötet und 16 verletzt.

Das Gefängnis in Adana ist mit 1700 Häftlingen total überbelegt. Schon vor diesem Ausbruch konnten 17 Häftlinge die Freiheit erreichen (Nach „FR" vom 30.6.80).

Demirel bleibt parlamentarischer Sieger

Während der Bürgerkrieg sich immer stärker ausbreitet, hält das Parlament an der rechtsgerichteten Regierung Demirel, die mit der Unterstützung der Faschisten regiert, fest. Ein Antrag der sozialdemokratischen Opposition, der Regierung Demirel das Mißtrauen auszusprechen, scheiterte abermals an den Stimmen der religiös ausgerichteten Nationalen Heilspartei (MSP) von Erbakan. Obwohl vorher noch Sozialdemokraten und MSP scheinbar erfolgreich kunkelten, platzte dieses Bündnis eine halbe Stunde vor der Abstimmung wieder. Allerdings bleibt auch völlig unklar, wie die CHP mit dieser Partei hätte regieren können, da sie alle fortschrittlichen Ansätze, soweit sie von der CHP verwirklicht werden sollten, boykottiert hätte.

Nun hoffen alle Parteien auf die im Herbst stattfindenden Neuwahlen.

Türkei-Kommission

Erklärung der Volksmojahedin zur aktuellen Lage im Iran

Nach einer Massenversammlung der Volksmojahedin, an der etwa 200.000 Menschen teilnahmen, kam es zu Provokationen seitens der reaktionären Rechten, wobei mehr als 400 Menschen verletzt wurden und einer getötet wurde. Daraufhin gab Ayatollah Chomeini eine Erklärung ab, die von den reaktionären Rechten zu weiteren Provokationen und Mordanschlägen ausgenutzt werden könnte.

Die Volksmojahedin stellen den antiimperialistischen Kampf höher als alle anderen Aufgaben und geben deshalb folgende Erklärung ab:

Erklärung der Volksmojahedin

„Die Volksmojahedin des Iran erklären, daß sie bis auf weiteres sämtliche Büros und Zentren ihrer Organisation geschlossen halten.

Im Namen Gottes und im Namen des heldenhaften Volkes des Iran. Um jeder Auseinandersetzung und eventuellem Blutvergießen unschuldiger Menschen als auch der Ausnutzung der Lage seitens des Imperialismus und der Konterrevolutionäre vorzubeugen, erklären die Volksmojahedin sämtliche Büros und Zentren ihrer Organisation für geschlossen, bis die Verfassung ihre politischen und gesetzlichen Rechte klar definiert hat und verantwortliche Regierungsstellen eine eindeutige Stellung beziehen.

Auf diese Weise vermeiden wir jede Provokation und Auseinandersetzung, die dazu führen könnten, daß die Fundamente der Islamischen Republik im Namen der Volksmojahedin geschwächt werden. Gleichzeitig erwarten wir von Seiten der verantwortlichen Regierungsstellen, daß sie entsprechende Maßnahmen treffen, damit keine kriegerische Atmosphäre zustande kommt, und daß sich auch die Massenmedien, Rundfunk- und Fernsehanstalten nicht in diesem Sinne verhalten.

Die Organisation der Mojahedin des Volkes des Iran
26. Juni 1980"

Kriegstreiber des Monats

In den begehrten Titel unseres „Kriegstreibers des Monats" müssen sich diesmal drei Anwärter teilen:

Der Chef der französischen Sozialdemokraten, Mitterand, erhält die Auszeichnung für seinen Vorwurf, Staatspräsident Giscard sei „unfähig, im Ernstfall auf den Knopf der Atomwaffe zu drücken", da es ihm an *„Entschlußkraft in der Abschreckung eines sowjetischen Angriffs"* mangele („Welt", 26.6.80).

Dem US-Präsidenten Carter verhalf eine Aussage seines Wahlprogramms zum Titel: „ *,Wenn die Sowjets bis zum Persischen Golf vorstoßen, greifen sie lebenswichtige Interessen der USA an'. In diesem Fall gebe es Krieg"* (nach „Bild", 14.6.80).

Außenminister Genscher schließlich erwarb sich den Titel mit seinem Paradoxon *„Wer Verhandlungen will, muß auch die Nachrüstung ernsthaft wollen"* („Welt", 26.6.) – einem gefällig formulierten Plagiat des klassischen lateinischen „Si vis bellum, para pacem".

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 55,- im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 (BLZ 200 100 20) oder Dresdner Bank Hamburg 4810 68500 (BLZ 200 800 00); Einzelpreis DM 2,- ; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe: 8.000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

„Schlag mal wieder einen Kraker!"

Harte Zeiten stehen der niederländischen Kraakbewegung bevor: Nachdem Amsterdamer Kraker im Februar Mobile Einheiten in die Flucht geschlagen haben und ihre Verteidigung erst durch Panzer-Einsatz zu brechen war, nachdem die Kraker und viele Jugendliche ohne „future" — während im ganzen Lande Dutzende von Häusern gekraakt wurden — das Amsterdamer Zentrum am Krönungstag zu großen Teilen in der Hand hatten, nach diesen Niederlagen des staatlichen Gewaltapparates haben Justiz und Polizei nun zum Gegenschlag ausgeholt und es steht zu befürchten, daß es nicht bei diesem einen Schlag bleiben wird. Am 3.7. wurde in Amsterdam ohne die zuvor übliche gerichtliche Klärung von Mobilen Einheiten unter dem Einsatz von Gasgranaten und mit nackter Brutalität ein gekraaktes Haus geräumt.

Spekulanten

Die Spekulantenbrüder Böschen hatten am 10. April dieses Jahres einen drei Gebäude umfassenden Komplex — zwei Wohnhäuser und ein kleines Lagerhaus — für 625.000 Gulden aufgekauft. Um das Haus bewohnt erscheinen zu lassen und so vor dem Kraaken zu schützen, hatten sie tief in die Trickkiste gegriffen: Einer der Spekulantenbrüder hatte sich als Bewohner angemeldet; die Räume wurden mit alten Möbeln ausgestattet, in die Schränke Geschirr eingeräumt, auf denen blöderweise aber noch die Preisschilder klebten und sogar ein Zeitschalter wurde installiert, der das Licht automatisch einschaltete und löschte.

Der Amsterdamer Krakererfahrung jedoch waren diese Tricks nicht gewachsen. Am 31. Mai boten die Spekulantenbrüder einen Teil des „De Vogelstruys" genannten Komplexes — die zwei Wohnhäuser — für 985.000 Gulden zum Verkauf an. Ihre Hoffnung auf einen schnellen Gewinn von 360.000 Gulden verflog noch am gleichen 31. Mai: Der Vogelstruys wurde gekraakt und Amsterdams 50.000 Wohnungssuchende waren auf 49.993 zusammengeschmolzen.

„Gleich in der ersten Nacht", heißt es in einem Bericht, den zwei der Vogelstruys-Kraker uns zukommen ließen, *„kam ein Schlägertrupp von 20 Mann, der vom Besitzer angeheuert war, und versuchte uns rauszuschlagen, wir waren aber stärker und konnten sie in die Flucht schlagen! Die ganze erste Woche der Besetzung drohte uns der Besitzer, jetzt mit siebzig Schlägern zurückzu-*
Besetzung drohte uns der Besitzer, jetzt mit siebzig Schlägern zurückzu-
kommen."

Zu einem erneuten Räumungsversuch kam es jedoch vorerst nicht — bis zum Morgen des 3.7. jedenfalls. Im Unterschied zum sonst üblichen Brauch, erst Besitzer und Kraker vor Gericht zu laden und zu hören, beschloß ein Amsterdamer Staatsanwalt die sofortige *„Räumung aus strafrechtlichen Gründen"*, d.h. er erhob gegen die Kraker Anklage wegen „Hausfriedensbruch", sich damit alleine auf die Aussage der Spekulanten stützend, das Haus sei seit jeher bewohnt gewesen.

„Rund 30 Zivile", berichten die Kraker weiter, *„drangen übers Dach blitzschnell in unser Haus ein und öffneten die Eingangstür. Weitere 40 Bullen kamen ins Haus. Gegen diese Übermacht (wir waren zu siebt) konnten wir nichts machen."*

Die Kraker wurden festgenommen und einer der Hausbesitzer zog mit einer Schlägertruppe in die Gebäude, von wo aus sie die Kraker und deren Sympathisanten auf der Straße mit Steinen bewarfen. Wie jedoch der Vorsitzende Mao schon gerne zu sagen pflegte: *„Der Stein, den sie erhoben ..."*, bekam auch der Schlägertrupp alsbald Steine satt und nicht nur auf die Füße.

Am frühen Nachmittag war Recht und Ordnung wieder hergestellt: Mit den mittlerweile rund 200 mobilisierten Krakern wurde das Haus zurückerobert. Türen und Fenster wurden innen mit Bohlen verrammelt, das Pflaster vorm Haus vorsorglich aufgerissen, um den zu erwartenden Mobilen Einheiten (ME) einen gebührlichen Empfang bereiten zu können.

Gas

Obwohl gegen 16 Uhr die gesamte Amsterdamer ME-Truppe (200 Mann), haufenweise Zivile, später auch noch Reiter und Kradfahrer eingesetzt wurden, hatte die versammelte Bullerei anfangs unüberwindliche Mühe, in dem warmen Regen von Farbbeuteln und Steinen die Kraker und den besetzten Komplex zu umzingeln. Dann gab *„die Polizeiführung ... Befehl"*, schreibt die konservative Tageszeitung „Het Parool", *„Steine zurückzuwerfen, da die Angreifer anders nicht auf Distanz gehalten werden konnten."* Erst als *„Tränengas gemischt mit Brechgas"* („de Volkskrant") — letzteres übrigens bisher in den Niederlanden verboten und von der westdeutschen Dynamit Nobel AG produziert! — eingesetzt wurde, gerieten die Kraker in schwere Bedrängnis.

Mit Gewehren wurden Gasgranaten durch die zerbrochenen Fenster des Hauses ins Innere gefeuert. *„Von dem Gas wurde uns total übel und schwindlig"*, schreiben die Kraker. Einem Trupp mit Gasmasken ausgerüsteter MEer gelang es, durch ein Parterrefenster ins Haus zu kommen. Sie wurden von den Krakern im Innern mit Möbeln, Bettstellen und was sonst gerade zur Hand war, beworfen. Unter dem massiven Gaseinsatz — sogar die Nebenstraßen waren in dichten Gasnebel gehüllt — wurde weiterer Widerstand jedoch bald unmöglich. Für die ME war die Stunde ihrer Rache gekommen: *„Slag vaker een Kraker"* (Schlag öfter einen
ihrer Rache gekommen: *„Slag vaker een Kraker"* (Schlag öfter einen
Kraker) war das Motto, das sie sich zuriefen.

Blut

Weiter die Vogelstruys-Kraker: *„Die Leute von uns aus der oberen Etage haben versucht übers Dach ins Nachbarhaus zu flüchten. Die ME wartete aber schon auf uns, da gaben wir auf. Mit zehn Leuten waren wir dann auf der Straße, sonst nur noch Mobile. Was dann kam, war die Hölle. Wir wurden brutal zusammengeschlagen. Gebrochene Beine, Hände und schwere Gehirnerschütterungen waren die Folge. Ein Kraker, der die Treppe runtergeworfen worden war, mußte hören wie der Bullenchef Toorenaar sagte, der blutet ja noch nicht aus den Ohren, schlagt zu, und die Bullen haben zugeschlagen."*

Übertrieben? Die konservative „Het Parool", die wahrlich für Kraker keine Sympathien hat, schreibt: *„Drei (der Kraker) kamen heftig blutend nach draußen, wurden aber nicht festgenommen. Die anderen vier wurden beim Überfallwagen mit Zustimmung des anwesenden Kommissars Toorenaar — ‚prächtig, prächtig' — zusammengeschlagen."* — Und die (sozialdemokratisch orientierte) „Volkskrant": *„Unter den Augen hoher Polizeifunktionäre, darunter Kommissar Toorenaar, wurden zehn Kraker mit dem Schlagstock bearbeitet. Ein Mädchen und zwei Jungen wurden blutig geschlagen. Um den Schlägen zu entkommen, sprangen einige in die Gracht"* und — ist hinzuzufügen — mindestens sechs weitere wurden auf Befehl eines Kommissars in die Gracht geworfen!

Mit diesem Ausmaß vom Verhetztheit und Brutalität war die nie-
Gracht geworfen!

Mit diesem Ausmaß vom Verhetztheit und Brutalität war die nie-
derländische Polizei bisher nicht gegen die Kraker vorgegangen, auch daß führende Polizeifunktionäre „ihre Leute" zu noch schärferem Vorgehen antrieben, hat es bisher in diesem Umfang nicht gegeben — daß einer dieser Bullenführer am Tag darauf der Presse gegenüber angab, seine Leute hätten halt unter *„emotionalem Druck"* („Volkskrant", 5.7.) gestanden, ist nichts als widerwärtiger Zynismus.

Presse

Ebenfalls neu ist, daß mehrfach Presse-Fotografen und Journalisten gezielt von der ME angegriffen wurden: Ein Fotograf der „Waarheid", als Pressevertreter deutlich erkennbar an dem speziellen Paß, der bei „Unruhen" an der Jacke getragen wird, wurde von zwei Bullen zusammengeknüppelt und noch weiter geschlagen, als er schon am Boden lag. Einem weiteren Pressefotografen wurde angedroht, daß sein Apparat zerschlagen würde, wenn er Fotos von steinewerfenden Polizisten mache und eine Gruppe von Journalisten und Fotografen wurde - als die Schlacht schon gelaufen war - von einer ME-Truppe angegriffen.

Die Bilanz am Abend nach dreistündigem Kampf: 22 Polizisten, die - nach Angabe eines Polizeisprechers - „leicht verletzt" waren, nach unterschiedlichen Angaben 20 - 30 Kraker/innen, die so schwer verletzt waren, daß ein Teil im Krankenhaus bleiben mußte. Zahlreiche Festgenommene, von denen mindestens sechs noch am 8.7. in Haft waren und die wegen *„Hausfriedensbruchs"* und *„versuchten Totschlags"* angeklagt worden sind.

Als somit Unruhe und Unordnung beim Vogelstruys wiederhergestellt waren, zogen ME-Trupps über Nacht in das Haus ein, um eine zweite
waren, zogen ME-Trupps über Nacht in das Haus ein, um eine zweite
Rückeroberung des Hauses durch die Kraker zu verhindern.

Die Pressereaktionen fielen, im Vergleich zur Berichterstattung über die nicht minder schweren Kämpfe in der Vondelstraat im Februar/März und am Krönungstag, wesentlich schwächer aus. Am Tag nach der Schlacht waren die Ereignisse um den Vogelstruys zwar die „Meldung des Tages", aber schon am übernächsten Tag gab es lediglich kleinere Berichte. In der Woche darauf war noch in den links-unabhängigen Wochenzeitungen „De Nieuws Linie" und „De Groene Amsterdammer" vom Vogelstuys zu lesen, hier macht aber die eindeutige und scharfe Verurteilung der ME-Brutalität den Schwerpunkt der Berichterstattung aus. — Mit Verwunderung wurde in der Kraakerbewegung und darüberhinaus auch konstatiert, daß eine Direktreportage des kommunalen Senders Radio Stad, der bei den Kämpfen um die Vondelstraat und am Krönungstag eine für die Kraker sehr wichtige Rolle gespielt hatte und danach unter schwerem Beschuß rechter Kräfte stand, plötzlich unterbrochen wurde und der Reporter sich später telefonisch wieder in die Sendung einschaltete, ohne die vorherige Unterbrechung zu erklären. Hatte Radio Stad bei den Kämpfen zuvor fast permanent von den Orten des Geschehens berichtet, war die Reportage vom Vogestuys gerade noch fünf Minuten lang, und auch das noch in kleinen Stücken. Sollte Radio Stad sich tatsächlich „auf höhere Weisung" (=Drohung des Entzugs der Subventionierung) Selbstbeschränkungen auferlegen, hätte die Kraakbewegung eine wichtige Stütze verloren.

Die Amsterdamer Kraakbewegung bezeichnete in einer Erklärung die erstmalige Durchführung einer Räumung auf Geheiß eines Staatsanwalts als eine deutliche Verschärfung des Vorgehens der Behörden. Dies Vorgehen der Justiz wie die Brutalitäten der ME, heißt es weiter, sind die „Vorbereitung auf die gigantische Zahl von Räumungen, die das Leerstandsgesetz mit sich bringen wird" (nach „de Volkskrant", 4.7.). Dieses „Leerstandsgesetz" nämlich ist im Kern eine Neuauflage früherer Ver-
„Leerstandsgesetz" nämlich ist im Kern eine Neuauflage früherer Ver-
suche, ein Anti-Kraak-Gesetz durchzubringen, das zwar das Leerstehenlassen von Wohnungen unter Strafe stellt, aber eben auch das Kraken leerstehender Wohnungen.

(Ein Artikel, indem detaillierter auf die politischen Angriffe gegen die Kraakbewegung seit dem Krönungstag eingegangen wird, ist in Arbeit).

Zahlreiche Quellen waren es, aus denen dieser Artikel gespeist wurde: Der Bericht von zwei der Vogelstuys-Krakern, den sie zusammen mit einem Genossen der BO Hamburg-Altona schrieben; Gespräche eines Genossen der Kommission mit Krakern in Amsterdam; ein Telefonbericht eines Amsterdamer Genossen sowie die Tageszeitungen „Volkskrant", 4. u. 5.7., „Het Parool", „NRC Handelsblad", „De Waarheid", alle vom 4.7.

Niederlande-Kommission

Amsterdam, 3.7. — der Kampf um das Recht, eine Wohnung zu haben

Das kurz zuvor von der Polizei geräumte Haus wird zurückerobert, ein Schlägertrupp des Besitzers vertrieben.

ANZEIGE

EVEN GEDULD DEZE STRAAT IS GEKRAAKT

Vondelstraat Februari, maart 1980

Der Amsterdamer Verlag „Lont" hat eine 80seitige Bild- und Textdokumentation über die Kämpfe in der Vondelstraat herausgebracht; wir haben eine vollständige Übersetzung angefertigt, die als Faltblatt beiliegt.

80 Seiten mit über 140 Fotos, mit Berichten und Dokumenten 8,– DM

Bezug über: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative
Lerchenstr. 75
2000 Hamburg 50

Besetzt!

Mit der folgenden - sicherlich unvollständigen - Auflistung wollen wir einen Überblick über den aktuellen Stand von Besetzungsaktionen geben. Wir bitten unsere Leser, zur Ergänzung dieser Liste beizutragen!

WESTBERLIN
Westberlin hält z.Zt. den Rekord bei den Instandbesetzungen: insgesamt 17 Häuser sind derzeit ihrem eigentlichen Zweck wieder zugeführt. Davon im Juni: **Fichtestr. 29** in Kreuzberg, am 2o.Juni 198o besetzt. Das Haus gehört der Neuen Heimat (NH), die Besetzer verlangen Mietverträge für alle Wohnungen.
Wrangelstr. 56, Ende Mai geräumt, wurde am 24. Juni erneut instandbesetzt.



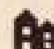
KÖLN
Selbst nach der Räumung des Stollwercks gibt es in Köln keinen Mangel an besetzten Häusern:
Liebigstr. 25 in Ehrenfeld, ehemalige Tankstelle, vor 4 Jahren vom SSK besetzt.
Marienstr./Lessingstr. in Ehrenfeld; hier wohnen seit März 77 in 13 Häusern 12o Leute, die eigene Werkstätten, ein Kinderzentrum und einen Gesundheitsladen gebaut haben.
Rolandstr. 92 in der Südstadt; seit Oktober 78 von notleidenden Künstlern besetzt.
Berlinerstr. in Mülheim; dort wurde im Mai 79 eine ehemalige Tankstelle in eine Teestube umfunktioniert; heute wird hier mit Behinderten gearbeitet.
Stürmerstr. in Mülheim; 2 Häuser aus einem Krankenhauskomplex seit Mai 79 besetzt. Die Gebäude wurden renoviert, ein Jugendzentrum eingerichtet.
Erftstr.3 im Hansaviertel, im Mai 79 von SSK und SPD-Ortsverein besetzt. Im Hansaviertel will die Allianzversicherung Verwaltungsbauten hochziehen.
Zwirnerstr. 4 in der Südstadt, im Sept. 79 vom SSK besetzt, heute noch von 5 Leuten bewohnt.
Düsseldorferstr.74 in Mülheim; ehemaliges Industriegelände, seit Nov. 79 vom SSK besetzt. Ein Gebrauchtmöbellager wurde eingerichtet.
Holweiderstr. 81-89 in Mülheim;
möbellager wurde eingerichtet.
Holweiderstr. 81-89 in Mülheim;
5 Häuser seit März 80 vom SSK und der Wohnraumrettungsgesellschaft besetzt. Die Häuser liegen im Sanierungsgebiet und werden von türkischen und deutschen Arbeiterfamilien bewohnt.
Kerpenerstr. 57 in Lindenthal; ehem. Schwesternwohnheim, seit April 8o von 4o Leuten besetzt. Hier ist kürzlich die Räumung angedroht worden.



GIESSEN
Alicenstr. 18; seit dem 8.6.8o als Wohnung "gekraakt" und instandbesetzt (vgl. nebenstehenden Artikel).



BRAUNSCHWEIG
Am 4.6.8o besetzten 15o Leute eine ehem. Klavierfabrik. Sie fordern ein Kommunikationszentrum.



TÜBINGEN
Am 19./2o.6.8o besetzten 2ooo Leute ein Kasernengebäude, um ein autonomes Kulturzentrum einzurichten.



AACHEN
Seit dem 3o.5. halten die Aachener Wohnraumrettungsgesellschaft und die Bürgerinitiative Oppenhofallee das Haus **Goerdelerstr.** 2o besetzt, um den Abriß mehrerer Häuser in dieser Straße zu verhindern.



FREIBURG
Auch hier geht der Häuserkampf weiter. Kurz nach der brutalen Räumung des Dreisameck gelang die erfolgreiche Besetzung des **"Schwarzwaldhofes"**.
Und Hamburg...???!!!...

Wohnungskommission

Stollwerck-Besetzer wurden verschaukelt



Köln. Am Sonntag, 6. Juli 1980, verließen die Besetzer das seit dem 20. Mai 80 besetzte Stollwerck. Grundlage dieser freiwilligen Räumung war ein Verhandlungspapier, das in vier Verhandlungsrunden zwischen der ,,Initiative Wohnen im Stollwerck'' und den Besetzern einerseits und Mitgliedern des Vorstandes der SPD-Ratsfraktion der Stadt Köln andererseits ausgehandelt wurde. Diese Verhandlungen wurden möglich, weil sich innerhalb der Kölner SPD der harte Kurs von Fraktionschef Herterich nicht durchsetzen konnte. Auf zwei Unterbezirksparteitagen der Kölner SPD, am 1.6.80 und am 12.6.80, votierten jeweils knappe Mehrheiten der Delegierten für eine Aussetzung des Ratsbeschlusses bezüglich des Abrisses des Stollwerck. Konfrontiert mit dieser Ablehnungsfront innerhalb der SPD begannen am 16. Juni 80 Vertreter der SPD-Fraktionsspitze, erste Gespräche mit auf Vollversammlungen gewählten Vertretern der Stollwerck-Besetzer. Parallel führte die FDP Verhandlungen mit den Besetzern.



Eine Sitzblockade nach der Räumung wird auseinandergeknüppelt.

Eine Sitzblockade nach der Räumung wird auseinandergeknüppelt.

Begleitet wurden die Verhandlungen von wütenden Vorwürfen der CDU. Der Kölner CDU-Fraktionsvorsitzende Gerhard Meyer meinte, daß ,,*fast die gesamte überregionale Presse den Argumentationen der Besetzer und ihrer Sympathisanten auf den Leim gegangen''* wäre (,,Kölner Stadt-Anzeiger'', 27.6.80). Offenherzig schilderte er in der Presse, wie er sich eine Lösung der Stollwerck-Konflikte vorstellt: ,,*Das Gelände müsse nun endlich von der Polizei geräumt werden. Meyer geht davon aus, daß dazu Spezialeinsatzkommandos mit Hubschraubern auf den Stollwerckdächern abgesetzt werden müßten. Die Tatsache, daß diese Beamten dann ,in Kampfanzügen' aufträten und eine derartige Szenerie schon von der Optik her den Verantwortlichen nicht gerade verheißungsvoll erscheinen könnte, dürfte dabei keine Rolle spielen''* (,,Kölner Stadt-Anzeiger'', 27.6.80).

Fürwahr deutliche Worte. Der ,,Kölner Stadt-Anzeiger'' als dominierende Lokalzeitung schürte die Stimmung gegen die Besetzer, als er gerade im Verhandlungszeitraum Berichte brachte, die vorzeigen sollten, daß sich militante Gruppen im Stollwerck festgesetzt hätten. Überschriften wie ,,*Bei Stollwerck hat sich eine Gruppe zusammengefunden, die auch der Polizei nicht weichen will''* und ,,*Dreißig junge Leute wollen in abgelegenem Trakt Widerstand leisten''* (alle ,,KStA'', 26.6.80) dienten dem Ziel, Vorwände für einen massiven Polizeieinsatz zu liefern und in der Bevölkerung zu verankern. Auch der SPD-Fraktionsvorstand verhandelte nicht nur mit den Besetzern. Am 25.6.80 besuchte Herterich das Innenministerium in Düsseldorf, außerdem führte er Gespräche im Kölner Polizei- und Regierungspräsidium. Mit größter Gewissheit wurde bei diesen Gesprächen eine polizeitliche Räumungsaktion größten Ausmaßes beschlossen und koordiniert. Dennoch wiegelte Herterich in der Presse ab, so ,,werde er jedenfalls einen Polizeieinsatz nicht befürworten. Zwar sei man von einer ,befriedigenden Lösung noch unheimlich weit weg', doch wenn er sie für ganz ausgeschlossen hielte, ,würde ich gar nicht erst verhandeln' '' [,,*KStA'', 26.6.80*].

Am Samstag, 5.7.8o, einigten sich die Besetzer und die SPD-Fraktion auf folgende Punkte:
1. — Die Besetzer verlassen spätestens am Sonntag, 6.7.8o, 16.oo Uhr das Stollwerck.
2. — Das Bebauungsplanverfahren wird in der vom Städtebauförderungsgesetz vorgesehenen Form durchgeführt. Die Ergebnisse werden in einer Betroffenenbeteiligung gemäß §9 Städtebauförderungsgesetz einbezogen. Eine Entscheidung über das endgültige Sanierungskonzept und den Bebauungsplan wird im Rat erst nach Abschluß dieses Verfahrens fallen.
3. — Die SPD-Fraktion wird veranlassen, daß die Stadt Köln mit einem noch zu gründenden Kulturzentrum e.V. einen Zwischennutzungsvertrag für Teile des L-Gebäudes abschließt.
4. — Die Zwischennutzung der Palazzo-Schoko-Gruppe wird maximal bis zum Beginn von Baumaßnahmen zur Herstellung des endgültigen Zustandes entsprechend den Sanierungszielen fortgeführt.
5. — Der Reha-Autoklinik werden im Severinsviertel ausreichende Räume für die Fortsetzung ihrer Arbeit angeboten.
6. — Die begonnene Musterwohnung im parallel zum Severinswall stehenden Gebäudeteil wird von der BISA (Bürgerinitiative Südliche Altstadt) fertiggestellt und der Öffentlichkeit 4 Wochen zugänglich gemacht.
7. — Als Maßnahme der Jugendhilfe nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz wird die Stadt obdachlosen Jugendlichen kurzfristig ein oder zwei Planungshäuser, die z.Zt. nicht belegt sind und in den nächsten zwei Jahren nicht benötigt werden, zur Verfügung stellen.
8. — Die Stadt Köln wird alle Anzeigen wegen Hausfriedensbruch, die nach dem 2o.Mai 198o gegen die Besetzer des Stollwerck-Geländes erstattet worden sind, gegenüber solchen Personen zurückziehen, die das Gelände bis 6.Juli 1980, 16 Uhr, freiwillig verlassen haben.

Die Initiative ,,Wohnen im Stollwerck'' kommentierte diese Verhandlungsergebnisse in einer Erklärung: ,,*Wir lehnen einen Abriß oder Teilabriß der Stollwerckgebäude entschieden ab. Ein solcher Abriß oder Teilabriß widerspricht nicht nur den Beschlüssen der Kölner SPD, die sich auf zwei Parteitagen hiergegen ausgesprochen hat. Er widerspricht auch der Auffassung der Kölner FDP und vieler anderer Gremien in Köln und der Bundesrepublik. Vor allem aber widerspricht er der Auffassung vieler Kölner Bürger, die sich nachdrücklich für das Aussetzen des entsprechenden Ratsbeschlusses eingesetzt haben... Wir haben uns als Ergebnis der Verhandlungen mehr vorgestellt. Jetzt aber nehmen wir die Vereinbarung an, weil unsere Aktion an internen Schwierigkeiten zu scheitern droht:*

Wir im Stollwerck wurden in den vergangenen Wochen mit den sozialen Problemen konfrontiert, die diese Gesellschaft Tag für Tag neu hervorbringt. Wir konnten diese Probleme im Rahmen unserer Besetzungsaktion nicht lösen. Wir beenden unsere Besetzung des Stollwerck-Geländes unter den genannten Voraussetzungen friedlich. ,Friedlich' heißt nicht: in Frieden. Frieden kann es in dieser Stadt nicht geben, solange Spekulanten Wohnraum zerstören, während Zehntausende eine Wohnung suchen.
Frieden kann es nicht geben, solange Bewohner aus ihren Vierteln vertrieben werden, damit die Wohnungsbau-Unternehmen ihre Profite einstecken können. Frieden kann es solange nicht geben, wie die Planung der Stadt über die Köpfe derer hinweggehen, die dadurch in ihrer Arbeit und ihrem Leben betroffen sind. Der Kampf um Stollwerck ist nur ein Kampf in einer langen Reihe um eine Stadtsanierung im Interesse der einkommensschwachen Bürger im Viertel und der Arbeiterschaft: wir müssen ihn mit den Betroffenen aktiv weiterführen und hoffen, durch unseren Kampf ein Zeichen der Ermutigung gegeben zu haben. Allen in dieser Stadt, die uns in den vergangenen Wochen durch ihre Solidarität unterstützt haben, alle, die uns nicht nur in Köln durch ihr Eintreten für unser Anliegen geholfen haben, danken wir: KÄMPFEN LOHNT SICH!''

Zur Übergabe des Stollwerck wurde vereinbart, daß nach Abzug der letzten Besetzer eine Kommission der Stadt das Gelände übernehmen würde. Höchstens 30 Zivilbullen sollten gemeinsam mit den Besetzern das Gelände noch einmal durchsuchen. Doch statt der vereinbarten Kommission ,,*dauerte* (es) *dann etwa fünf Minuten, bis eine gespenstisch anmutende Wagenkolonne vom Rheinufer her in den Severinswall einbog. Es waren Mannschaftswagen der Polizei, mit eingeschaltetem Blaulicht und Abblendlicht... Damit hatte offenbar keiner gerechnet. Gebannt starrten alle auf die Fahrzeuge, dann überkam einige Besetzer Wut und Enttäuschung: Sie fanden das demonstrative Erscheinen mit Blaulicht als Provokation. Als polizeiliche List ent-*
ve Erscheinen mit Blaulicht als Provokation. Als polizeiliche List ent-
puppte sich jedoch das scheinbar (!) provokative Auftreten der Einsatzwagen mit Blaulicht am Rheinufer. Denn während fast alle von den Fahrzeugen abgelenkt wurden und in ihre Richtung schauten, brausten gleichzeitig etwa zehn Mannschaftswagen von der anderen Seite auf das Fabrikgelände''. (,,KStA'', 7.7.80

In der Folgezeit wurde das Stollwerck von mindestens 200 Bereitschaftsbullen und 50 Kripobeamten militärisch besetzt, mit Maschinenpistolen bewaffnete Kommandos mit Hunden stürmten die leeren Dächer. Als Einsatzreserve standen weitere 450 Einsatzbullen und 50 Zivilbullen in Bereitschaft. Eingesetzt waren weiterhin MEKs und SEKs aus Neuss, Düsseldorf und Duisburg, Einheiten aus Unna und mindestens ein Hubschrauber. Der Einsatz kostete nach Pressemeldungen 124.000 DM. Etwas später als die Polizei-Besetzer-Kommandos wurden unter stärkster Polizeiabsicherung Bagger und Abreißtrupps ins Stollwerck eskortiert. Eine spontane Sitzblockade von etwa 50 Leuten wurde brutal auseinandergeknüppelt. Eine ebenso spontane Demo zum Kölner Dom fand jedoch die Domtore verschlossen und die Domplatte ,,besetzt'' mit Bullen. Gegen 21.30 Uhr zog noch einmal eine kleine Demonstration von 3 - 400 Leuten vor's Stollwerck, auch sie wurde ohne Vorwarnung von Bullen unheimlich brutal auseinandergeknüppelt, ein jüngerer Mann wurde vorübergehend festgenommen. Insgesamt waren jedoch die Proteste gegen den Polizeiüberfall und den am Montag, 7.7.80, erfolgten Teilabriß bzw. Sprengung von Teilen des Stollwercks sehr schwach und unkoordiniert. Nur etwa 150 Leute forderten am Montagmorgen vor dem Rathaus Rechenschaft von der SPD-Fraktion, eine Besetzer-VV am gleichen Abend wurde nur von 200 Leuten besucht, angesichts der Ereignisse ein sehr schwaches Bild. Es wurde diskutiert, irgendwie weiterzumachen, Arbeitsgruppen, die im Stollwerck agierten, zu reaktivieren, insgesamt ,,am Ball zu bleiben''. Die Presse reagierte mit großer Genugtuung auf die Räumung. In ihren Kommentaren

---

Presseerklärung
Initiative "Wohnen im Stollwerck"
Köln, 7.7.198o 9.oo Uhr

Entsetzen, Wut und Trauer befällt uns, die Initiative "Wohnen im Stollwerck", angesichts des brutalen und verantwortungslosen Vorgehens der Polizei und der Stadt Köln, bei der Beendigung der Benutzung des Stollwerck-Geländes.
Unsere Absicht, den Stollwerck-Konflikt auf friedlichem Wege politisch zu lösen, wurde in einem von langer Hand geplanten und völlig sinnlosen Einsatz staatlicher Gewalt erstickt.
Dieses Vorgehen stellt einen ungeheuerlichen Bruch unserer Verhandlungsabsprachen mit der SPD-Fraktionsspitze dar, die für die gewalttätige Auseinandersetzung am gestrigen Sonntag die politische Verantwortung trägt.
Anstatt - wie vereinbart - mit einigen Polizisten in Zivil und Vertretern der Stollwerck-Benutzer nach der von uns vollzogenen vollständigen Räumung des Geländes einen Übergaberundgang vorzunehmen, stürmten einige hundert Polizisten und Beamte des SEK in provokativer und lächerlicher Weise durch die offenen Tore der Stollwerckfabrik.
Die Eskalation des bis dahin friedlichen Geschehens erreichte ihren Höhepunkt, als kurz darauf die Abrißbagger anrollten, um zu zerstören, was wir seit Wochen und Monaten mit all unserer Kraft und Phantasie zu erhalten versucht hatten. Jetzt blieb uns nichts, als weinend und in ohnmächtiger Wut uns vor die Fahrzeuge zu setzen, um dann von der Polizei weggeschleift und weggeprügelt zu werden.
Dieses Vorgehen stellt eine bewußte Provokation dar, die den alleinigen Zweck verfolgt, unser Engagement durch die Gewalt des Polizeiknüppels zu ersticken.
Da wir nun wissen, wie skrupellos unsere Verhandlungspartner sich über Absprachen hinwegsetzen, befürchten wir auch bei den Verhandlungsergebnissen hereingelegt zu werden.
Die verantwortlichen Politiker der Stadt Köln sollen wissen: Die von ihnen bezweckte Friedhofsruhe wird es nicht geben. Wir werden weiter kämpfen gegen eine Politik, in der die Menschen und ihre Bedürfnisse einen Dreck zählen, in der es nur um Macht und Geld geht. Solange diese Politik in unserer Stadt vollstreckt wird, kann es keinen Frieden in Köln geben.

Initiative "Wohnen im Stollwerck"

putzte sie sämtlichst die Besetzer runter - *„Das Gezeter der Besetzer über den Polizeieinsatz aber kann nicht ernst genommen werden. Wer nicht in der Lage ist, über die Absichten seinesgleichen verbindlich Auskunft zu geben, wer sagen muß, er wisse nicht, ob die Polizei in der vermeintlich leeren Fabrik nicht doch auf bewaffneten* (?!) *Widerstand stoße, hat keine Berechtigung, Kritik zu üben. Den Besetzern a.D.* (!) *sollte die Genugtuung genügen, erstmals in der Bundesrepublik aus einem Objekt nicht hinausgeprügelt worden zu sein, sondern in politischen Verhandlungen ihr Ziel erreicht zu haben. Vielleicht denken sie einmal darüber nach, welche Nuß damit ihre Verhandlungspartner zu knacken haben. Denn das bleibt nun doch einmal des Stollwercks Kern: Um des lieben Friedens willen ist der Gewalt nachgegeben worden. Die verhandelnden Politiker werden, bei allem Respekt für ihre Entscheidung, klar machen müssen, daß Stollwerck nur eine Ausnahme und nicht die Regel sein kann"* („KStA", 8.7.80)..

Noch ärger brachte es die „Kölnische Rundschau" vom 7.7.80: *„Der Preis von Stollwerck liegt vielmehr in der auch hier wieder sichtbar gewordenen Gefährdung unseres politischen Gefüges. Da hatte die vom Volk gewählte Vertretung einen Abrißbeschluß gefaßt, der einer buntgemischten Randgruppe aus Unzufriedenen, ideologieverblendeten Weltverbesserern und Kriminellen* (oho) *nicht paßte. Und dieses gewalttätige Grüppchen schaffte es denn auch mit Rechtsbrüchen und Straftaten, daß ein Teil des Ratsbeschlusses zurückgenommen wird...".*

Daß die SPD-Fraktionsspitze ein falsches Spiel von Anfang an spielte, zeigte sich in erschreckender Offenheit am Montag, 7.7.80, auf einer Pressekonferenz im Rathaus. SPD-Chef Herterich zeigte sich über den Verlauf der Räumung „insgesamt hochzufrieden" und begründete, warum man „verhandeln mußte", nämlich weil das Stollwerck-Gelände unübersichtlich und gefährlich sei und daß es bei einem Polizeieinsatz auch ohne Widerstand „Schwerverletzte und Tote hätte geben können"! Genüßlich präsentierte der Sozialdemokrat Herterich dann seinen Bürgerkriegsplan: *„Angesichts dieser Ausnahmesituation habe man sich mit der Gegenseite* (den Besetzern) *an einen Tisch gesetzt: ‚Wenn die Verhandlungen gescheitert wären, hätten wir am 15. Juli um 10 Uhr gestürmt'. Vorher sei wegen des Giscard d'Estaing-Besuches das erforderliche Polizei-Aufgebot nicht zu bekommen gewesen: etwa 1600 Beamte, wovon ein Teil von Hubschraubern ‚in Kampfanzügen' auf den Dächern abgesetzt worden wäre"* (alle Zitate nach „KStA", 8.7.80). Nun darf gerätselt werden, ob dieser Vorschlag aus dem NRW-Innenministerium aus Düsseldorf stammt oder direkt von CDU-Meyer übernommen wurde. Durch diese Zuckerbrot- und Peit-

CDU-Meyer übernommen wurde. Durch diese Zuckerbrot- und Peit-

schepolitik dürfte die SPD einmal mehr zur „Staatsverdrossenheit der jungen Generation" beigetragen haben. Die Besetzer kündigten jedenfalls auf ihrer Pressekonferenz am 7.7.80 unmißverständlich an:

"Wenn die Stadt und die Verwaltung die Verhandlungsergebnisse brechen, haben wir in der Stadt einen offenen Kriegszustand." Dem wäre nichts hinzuzufügen.

Ein Genosse aus Köln



Bremen: Der Schlachthof lebt

Viele hatten ihn schon aufgegeben. Nachdem der Bremer Senat 2/3 der Bauten des ehemaligen Schlachthofes hatte abreißen lassen, zog sich die „Vereinigung Kulturzentrum Schlachthof e.V." (von Kennern der Szene inzwischen auch „Kusch e.V." genannt) in den Turmkomplex zurück und erwartete die Akreditierung als Hausmeister von Senators Gnaden. Wann die 1700 qm große Fleischmarkthalle und das letzte Kühlhaus durch Bagger und Spitzhacke dem Erdboden gleichgemacht würden, schien nur noch eine Frage der Zeit zu sein...

Mitte Mai sollte es dann soweit sein. 50 Leute wollten sich morgens um 7.00 Uhr den Baggern entgegenstellen - die Bagger kamen nicht und die Leute blieben. Fast hundert Jahre hat der Schlachthof der Bevölkerung im wahrsten Sinne des Wortes „gestunken" - jetzt stinkt dem Senat, was da im Schlachthof läuft!

Umsonst und drinnen: Kultur von unten

Es wurde ein Flugblatt gemacht und die Kulturgruppen aufgefordert, alle Veranstaltungen in den Schlachthof zu verlegen - das Echo war gewaltig: vorläufiger Höhepunkt war ein 3-tägiges „Schlachthofspektatkel", vom Bremer Bildertheater bis Lübecker Rocktheater (Crazy Marching Band) war alles dabei; Wolf Biermann mußte - total heiser - seinen Auftritt zwar abbrechen, versprach aber wiederzukommen. Und alles nach dem Motto: „Wer sitzen will - Stuhl mitbringen! (und nach dem Fest dalassen - Danke)" (aus dem Programmheft).

Seitdem wird wöchentlich ein neues Programm zusammengestellt, Kneipe und Teecafe sind eröffnet: Bremen hat ein Kultur- und Kommunikationszentrum!

Die Geschichte

der Auseinandersetzungen um den Schlachthof ist die Geschichte von Hinterzimmerkungeleien, Parteiladenpolitik und rücksichtsloser Abrißpolitik des Bremer Senats. Der Senat brauchte Platz - für Parkplätze! Denn auf der neben dem Schlachthof liegenden Bürgerweide sollte ein Kongreß-Zentrum entstehen.

Mit der Bewegung dagegen ging es eigentlich kontinuierlich bergab. Nach der Anfangsphase 1978 wurden an den Bürgerinitiativen „Bürgerhaus Findorff", „Rettet den Schlachthof" und vielen Untergruppen die gleichen „Verfallserscheinungen" sichtbar, wie am Schlachthof selbst: der letztendlich gegründete „Vereinigung Kulturzentrum Schlachthof e.V." war DKP-dominiert, reduzierte die Bürgerzentrumsidee auf „gewerkschaftsorientierte" Kulturarbeit und setzte praktisch n u r auf Verhandlungen mit dem Senat. Mit Vorstandstaktierereien, Satzungsdebatten und Versprechen des Senats verkümmerte der „e.V." zum Stellvertretergremium.

Eine besondere „Blüte" DKP-gefälliger „parteipolitischer Neutralität" war die Verweigerung von Räumen für das traditionelle Mai-Fest der BBA (Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen), u.a. mit der Begründung, die guten Kontakte zum SPD-Senat, Weser-Kurier usw. würden in Frage gestellt, *„da man dieses Fest als Fest der Grünen werten würde und das bringt die gesamte Schlachthof-Initiative in Verruf..."* (nach Bremer Blatt, Mai 1979). Nun, der „e.V." brachte sich selber in Verruf...



Der Senat „saniert"...

Die ehemalige Fleischmarkthalle ist neben dem Turmkomplex der Rest des Schlachthofes, um den sich die Auseinandersetzung jetzt zuspitzt: nachdem Zehntausende den „Tag der offenen Tür", die Aufführungen von „Richard III" des renommierten Goethe-Theaters und viele andere Veranstaltungen in der Fleischmarkthalle besucht haben, attestiert jetzt ein vom Senat in Auftrag gegebenes „Gutachten" der Halle Einsturzgefahr, eine Sanierung sei zu teuer, also wurde sie zugenagelt. Vorher wurde zur Prüfung der Bausubstanz ein Riesenloch in die Decke gebrochen, das Technische Hilfswerk durfte Feuerlöschübungen (!!) in der Halle durchführen. So kriegt man natürlich alles kaputt!

Inzwischen ist die Halle notdürftig hergerichtet und bietet Raum für Veranstaltungen, für die es in Bremen bisher keine Räume gab: die Fleischmarkthalle mit ihrer Atmosphäre, die man vielleicht am ehesten mit der ehemaligen Hamburger „Fabrik" vergleichen kann, ist in Bremen tatsächlich die einzige Möglichkeit für Amateurgruppen, vor größerem Publikum aufzutreten.

Proteste

gibt es inzwischen auch in der SPD: neben dem Ortsverein West haben sich - peinlich, peinlich, Herr Senator - sämtliche Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes (außer ihrem Leiter und seinem Stellvertreter) für den Erhalt der restlichen Gebäude ausgesprochen; Angehörige von Hochschulen und verschiedenen Firmen haben ein Gegengutachten angekündigt, daß sie kostenlos erstellen wollen, von dem schon jetzt gesagt werden kann, daß es die Behauptung der „Baufälligkeit" widerlegen wird.

Nichtsdestotrotz haben sich Senat und SPD zu einem „Kompromiß" durchgerungen („Weser-Kurier", 8.7.): der Turm soll saniert, die Halle jedoch abgerissen werden, eine lumpige Million will der Senat dafür lockermachen. Initiativen, Gruppen und Leute, die von diesem „Kompromiß" nichts halten, sollten im Schlachthof selbst was machen: die „Läden" in der Fleischmarkthalle lassen sich als Gruppen- und Versammlungsräume nutzen. Plenum ist donnerstags um

nutzen. Plenum ist donnerstags um

19.00 Uhr in der Fleischmarkthalle, denn *„das soll uns ein selbstverwaltetes Zentrum werden. Weder Parteien, Vereine noch Behörden sollen hier bestimmen, was läuft. Kultur und Kommunikation so richtig zum anfassen. Kommt zu Hauf"* (aus dem Programmheft).

Nur Schweine sind gegen den Schlachthof!

KB/Gruppe Bremen

Gekraakt: Alicenstraat 18



Gießen. Seit dem 8.6. ist eine Wohnung in der Alicenstraße 18 „gekraakt". Nach monatelanger vergeblicher Wohnungssucherei haben einige Wohnungssuchende zur Selbsthilfe gegriffen und sind mit ihrem ganzen Hab und Gut in die seit drei Jahren leerstehende Wohnung eingezogen.

Das Haus, daß der BRD gehört und von dem hessischen Landesamt für Straßenbau verwaltet wird, wurde durch die Instandbesetzung wieder einer sinnvollen Nutzung zugeführt.

Die Besetzer wollen damit gleichzeitig gegen die Wohnraumzerstörung in Gießen und gegen das Leerstehenlassen von Wohnungen protestieren. Sie stehen mit vollem Namen zu der Aktion, denn: *„Kriminell ist nicht unser Handeln, sondern daß Wohnungen wie unsere auf Kosten der Wohnungslosen und Steuerzahler mit staatlicher Unterstützung leerstehen gelassen, zweckentfremdet werden oder gar vergammeln. Parkplatzbau im Bereich Westanlage - Mühlstraße - Schanzenstraße, Betonästhetik für den Brandplatz, Entvölkerung der Innenstadt durch Zweckentfremdung von Wohnraum in Gewerberäume – all dies geschieht gegen den Protest der Betroffenen und auf Kosten der Lebensqualität aller. Wir jedenfalls sind nicht bereit, diese Entwicklung der systematischen Umwandlung der Innenstädte zu reinen Geschäftszentren, wie es zur Zeit in fast allen grösseren Städten geschieht, hinzunehmen. Ebenfalls haben wir keine Lust, aufgrund der kriminellen Praktiken von Spekulanten und Geschäftsleuten in einer menschenfeindlichen Betonwüste wie in der Weststadt zu leben und wir wehren uns dagegen!"* **Die „Kraakers van de Alicenstraat 18" laden alle ein, die sich informieren wollen.**

Für den 18.7. planen sie ein Info-Fest um 19 Uhr im Otto-Eger-Heim (Alte Mensa), Leihgesterner Weg.

Wohnungskommission

Zelte für Studenten

Wohnperspektive der 80er Jahre?

Großzelte als Notbehelf für Studienanfänger, die noch keine Bude gefunden haben, sollen zu Beginn des W i n t e r semesters 80/81 im Oktober auf dem Gelände der Bochumer Ruhruniversität aufgestellt werden. *„Mit der Maßnahme wolle man verhindern, daß Studenten mutlos die Hochschule wieder verlassen,* begründete der Leiter des Akademischen Förderungswerkes in Bochum, *Direktor Fritz Melchers, den ungewöhnlichen Beschluß. Im letzten Wintersemester sollen mehrere hundert Studenten das Studium an der Ruhruniversität nicht aufgenommen haben, weil sie keine Unterkunft bekamen"* (Münstersche Zeitung, 2. Juli 1980).

Hoffentlich entsteht aus den komfortablen Großzelten heraus ein heißer Wohnungskämpfer-Herbst auch in Bochum.

Ein Göttinger Genosse

Die Brauerei ist zu Schutt — unsere Ideen kriegt ihr nicht kaputt

Wuppertal. Nach der Räumung und dem Abriß der Adler-Brauerei geben die Hausbesetzer nicht auf: In einer Resolution protestierten sie gegen den massiven Einsatz der ca. 350 schwerbewaffneten Polizisten inclusive einer Spezialtruppe gegen die friedfertigen Besetzer, die hier ein dringend notwendiges Kultur- und Jugendzentrum einrichten wollten. Sie betonen, daß die Brauerei nicht freiwillig geräumt, sondern nur vorläufig vor der staatlichen Gewalt gewichen wurde.

„Nicht umsonst stürmen die HERREN DES MORGENGRAUENS Gebäude, wenn die Bevölkerung noch schläft; es lassen sich ohne viel Bösartigkeit Parallelen zu Praktiken der Gestapo feststellen, denn wer diesen Einsatz erlebt hat, verliert den Glauben an die von Födisch (Polizeipräsident) vorgegaukelte Friedfertigkeit der Polizei."

Die ehemaligen Besetzer fordern jetzt:

„1. Ersatzraum für die Verwirklichung des Bürgerwunsches nach einem selbstverwalteten Kultur- und Jugendzentrum.

2. Eine öffentliche Stellungnahme aller Verantwortlichen bei Verwaltung, Rat und Polizei zu Räumung und Abriß der Brauerei.

3. Wir fordern die Untersuchung des Polizeieinsatzes, insbesondere die Rolle des Verfassungsschutzes und die praktizierte „Amtshilfe", ebenso wie die Überprüfung aller polizeilichen Übergriffe.

4. Wir fordern eine öffentliche Erklärung seitens der Polizei, wie es möglich ist, daß Menschen, die ihre persönlichen Daten zur Aufklärung des Mordversuchs in der Brauerei zur Verfügung gestellt haben, jetzt kriminalisiert werden und mit einer Geldstrafe von 1.000 DM bedroht werden (Messerstecherei in der Brauerei unter Stadtstreichern, unabhängig von der Besetzung).

5. Wir fordern Herausgabe allen Eigentums der Besetzer, welches unter fadenscheinigen Gründen „zur Deckung der Kosten des Einsatzes" beschlagnahmt wurde.

6. Wir fordern die Zurücknahme der Androhung einer Geldstrafe für die neun Personen, sowie die Verhinderung nachträglicher Kriminalisierung der Besetzergruppe; in diesem Zusammenhang muß die Rolle des Verfassungsschutzes rückhaltlos aufgedeckt werden und sämtliches Material vernichtet werden, um spätere Repressionen zu verhindern.

Wohnungskommission

Jugendhaus Ginnheim:

Nach Räumung — Jetzt »Jugendhaus im Exil«

Frankfurt. Am Montag, den 7. Juli wurde das seit dem 5. Juni von der Jugendinitiative Ginnheim (JIG) und anderen Jugendlichen besetzte Haus Ginnheimer Landstraße 174 vom Gerichtsvollzieher geräumt. Er vollstreckte damit eine Entscheidung der 10. Zivilkammer, die von den Eigentümern erwirkt worden war. Und die Eigentümer, wie könnte es anders sein, heißen Herskovits & Preisler; berüchtigt als zwei der mächtigsten Bau- und Miethaie Bankfurts. Daß diese allerdings, und das ist mal was Neues, erst den Weg einer Zivilklage einschlagen mußten und nicht eine von vornherein drauflosräumende Hundertschaft vorfanden, war freilich ein erster politischer Erfolg der Besetzer (vergl. AK 179).

Das Haus Ginnheimer Landstraße 174 - 176 ist der übriggebliebene Teil des dem Erdboden gleichgemachten schönen Gebäudes des alten „Predigerseminars", für dessen Nutzung sich die JIG als auch das „Wohngruppenzentrum" schon Jahre interessiert zeigten. Nach dem Abriß Anfang Juni 1980 haben die verantwortlichen Stellen der Stadt einmal mehr „von nichts gewußt", und natürlich traf mal wieder keinen die Schuld.

Doch Antwort gab schon am 5. Juni die JIG mit der Besetzung der rechten Hälfte (Nr. 174) des Doppelhauses. Die andere Hälfte ist seit ca. zwei Jahren von einem einzigen Besetzer bewohnt. Er sollte nach der Entscheidung des Gerichts gegen die Jugendinitiative gleich mitgeräumt werden, hatte jedoch mit seinem Widerspruch gegen die einstweilige (Räumungs-)Anordnung Erfolg und muß erst im Januar 1981 raus. Für die von ihm bewohnte Haushälfte (Nr. 176) existiert sogar eine Abrißgenehmigung, während das ehemalige Jugendhaus beim Wohnungsamt als Wohnraum ausgewiesen ist. Auf diese Tatsache baute die CDU teilweise auch ihre „Argumentation" auf, um sich vor Verhandlungen mit den Eigentümern zugunsten der Jugendinitiative zu drücken. Dies konnten ca. ein Dutzend Besetzer beim Besuch einer Sitzung der „Jugend- und Sozialausschüsse der Stadt Frankfurt" miterleben. Sinngemäß ging das etwa so: „Nach den Versäumnissen der letzten Jahre müsse unbedingt etwas gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum getan werden. Das Haus Ginnheimer Landstraße 174 sei als Wohnraum ausgewiesen und bis zum Zeitpunkt der Besetzung leerstehend. Damit wäre der Straftatbestand der Zweckentfremdung von den Eigentümern erfüllt. Um diese nun dafür verklagen zu können, dürfe man der JIG keine (juristisch mögliche) Ausnahmegenehmigung zur Einrichtung eines Jugendhauses (auch „Zweckentfrem-

(juristisch mögliche) Ausnahmegenehmigung zur Einrichtung eines Jugendhauses (auch „Zweckentfrem-

dung") erteilen, da sich der Anwalt der Eigentümer vor Gericht darauf berufen könne. Dies würde unter Umständen einen Präzedenzfall zu Gunsten der Spekulanten schaffen, und dem wolle die CDU Einhalt gebieten. Schließlich sei man ja heutzutage gegen Wohnraumzerstörung und Zweckentfremdung ... pipapo"..

Auf gut deutsch: Die egoistischen Hausbesetzer hindern die antikapitalitische CDU an ihrem heldenhaften Kampf gegen Wohnraumzerstörung .. Schwuppdiwupp, und der schwarze Peter landet zur Abwechslung mal bei den Betroffenen.

Noch scheinen die Eigentümer tatsächlich an ihren ursprünglichen Plänen festhalten zu wollen, die zwei 14- bzw. 17-stöckige Bürohochhäuser vorsehen. „*Der Anwalt der Hausbesetzer erklärte vor Journalisten, die Anwälte der Hauseigentümer hätten ihm erklärt, sie seien unter Umständen bereit, den Gebäudekomplex der Jugendinitiative für eine befristete Zeit zu überlassen, wenn die Stadt dafür im Gegenzug die Abrißgenehmigung erteilen würde*" („Frankfurter Neue Presse", 8.7.80). Daß solche Kuhhandel-Angebote gar nicht so chancenlos sind, wissen die Baulöwen aus Erfahrung. Ähnlichen „Lösungen" fielen schon etliche alte Häuser des Frankfurter Westends zum Opfer, und verdanken so manche dieser stadtbildtötenden Betonkrater ihre Existenz. Doch man höre und staune: Die Hauseigentümer haben jetzt die Auflage erhalten, das Haus Ginnheimer Landstraße 174 bis zum 8. Oktober 1980 als Wohnraum herzurichten. Soweit die Auflage vom Wohnungsamt, wo man letztlich auch irgendwie glaubwürdig bleiben muß. Was bis zum Oktober noch so alles passieren wird, ist allerdings ungewiß. Das heißt zum Beispiel, daß in einem leerstehenden und zugemauerten Haus Verwüstungen, Brände, Baggerunfälle und ähnliche solche bedauernswerten „Mißgeschicke" schneller passiert sind als in einem besetzten Haus.

„Die friedlichsten Hausbesetzer Frankfurts" ...

So betiteln sie sich etwas ironisierend, aber ohne sich dabei von Hausbesetzungen militanterer Art grundsätzlich abzugrenzen. Tatsächlich wurde in Ginnheim einiges anders gemacht, als bei den Aktionen des frankfurter „Häuserrats" (Hausbesetzerorganisation). Seit der Besetzung der Fechenheimer Straße 4 (die zur Zeit noch Gültigkeit hat) war die Ginnheimer wieder die erste Hausbesetzung in Frankfurt, die über eine Dauer von wenigen Tagen (bzw. Stunden) hinaus Bestand hatte. Zwischen diesen beiden Hausbesetzungen liegen etwa sechs bis sieben Versuche, die (ebenso wie die Fechenhei-

schen diesen beiden Hausbesetzungen liegen etwa sechs bis sieben Versuche, die (ebenso wie die Fechenhei-

mer Str. 4) den Häuserrat-Leuten anzurechnen sind. Im Anschluß an die meist brutalen Räumungen durch die Bullen gab es oft kleinere Straßenschlachten.

Doch bisher gelang es noch nicht, die Bewegung entscheidend zu verbreitern und auch in der Bevölkerung etwas zu verankern. Eine breitere Öffentlichkeitsarbeit wurde einem politisch unwirksameren Aktionismus untergeordnet. Was die Ginnheimer Jugendhausbesetzer angeht, so hatten sie den Vorteil, als „Jugendinitiative Ginnheim e.V.", die schon seit Jahren Anspruch auf eigene Räumlichkeiten angemeldet hat, von vornherein in der Öffentlichkeit „seriöser" und „sympathischer" dazustehen. Es war auch für die CDU-Leute und ihre „Frankfurter Allgemeine Zeitung" nicht einfach möglich, von der Ursache der Hausbesetzung abzulenken und die Besetzer, wie sonst üblich, als „arbeitsscheue Chaoten und notorische Gewalttäter" hinzustellen.

Hinzu kam noch eine recht freundliche Berichterstattung der „Frankfurter Rundschau". Schon am Morgen vor der Räumung brachte sie als Leitartikel des Lokalteils einen ausführlichen Bericht zur bevorstehenden Räumung. Die Aktivitäten der jugendlichen Hausbesetzer, die auf den Vollversammlungen abgesprochen wurden, erwiesen sich weitgehend als effektvoll. Es wurde vor allem versucht, eine stadtteilbezogene Öffentlichkeit zu schaffen: Regelmäßige Flugblatteinsätze, eine Unterschriftensammlung, die allein in Ginnheim bisher über 800 Unterschriften gebracht hat, und als einer der Höhepunkte ein Kinderfest mit mindestens 60 Kindern, welches die Kinder des besetzten Hauses in Selbstorganisation (!) vorbereitet hatten. Es fand in dem als „Abenteuerspielplatz" fungierenden Garten des Hauses statt, und hat allen Beteiligten (auch Eltern) sehr viel Spaß gemacht.

Was leider nicht lief, war beispielsweise eine größere Demonstration, für die wir sicherlich 2.000 bis 3.000 Leute zusammenbekommen hätten. Der Grund dafür lag wohl in der Unterschätzung der eigenen Möglichkeiten und einer gewissen Unentschlossenheit. Eine Spendensammlung auf dem „Großen Ratschlag" des Sozialistischen Büros übrigens brachte immerhin 863 DM für die Unkosten der Hausbesetzer!

Die Räumung — ein Happening

Schon Tage vor der anstehenden Räumung am 7. Juli wurde ein Flugblatt verteilt, das zur großen Räumungsfete in der Nacht vor der Räumung einlud, „*als Ventil für Traurigkeit und Wut*". Viele kamen, es gab Musik, Lagerfeuer und eine Filmvorführung. Auf diese Weise war

Traurigkeit und Wut". Viele kamen, es gab Musik, Lagerfeuer und eine Filmvorführung. Auf diese Weise war



gesichert, daß am Morgen genug Leute bei der Räumung dabei waren. Um neun begann dann, nachdem sich die meisten geschminkt hatten, das grosse gemeinsame Frühstück; um zehn erschien wie angekündigt der Gerichtsvollzieher, um sein Anliegen vorzutragen. Mit guter Musik untermalt, wurden die einzelnen Möbelstücke gemächlich herausgetragen und auf die Wiese neben das Haus gestellt, während andere durch eine zeitweise Dachbesetzung auf sich aufmerksam machten. Schließlich wurde auch das 100-Mann-und-Frau-Zelt auf die Wiese getragen, und als „Jugendhaus im Exil" gekennzeichnet (in Anlehnung an „Kita im Exil"). Die Kindertagesstätte der Uni stattete ihren Besuch ab, was die Stimmung wieder etwas auflockerte.

Nach vollendeter Räumung rückte sofort eine vom Eigentümer geschickte Baukolonne zur Zumauerung der Türen und Fenster an. Doch was die Bauarbeiter da sichtlich und hörbar widerwillig taten, wurde von den wütenden Jugendlichen nicht tatenlos geduldet. Nachdem die Besetzung des Wasserhydranten das Anrühren des Mörtels enorm erschwert hatte, und die Schubkarre mit plattem Reifen funktionsuntüchtig geworden war (ein Schicksal, dem wenig später auch ein Polizeifahrzeug nicht entrinnen konnte), wurden auch noch die mühsam ins Haus

wenig später auch ein Polizeifahrzeug nicht entrinnen konnte), wurden auch noch die mühsam ins Haus

geschafften weißen Bausteine hinterrücks wieder entwendet, um auf der Wiese unter dem Gewicht eines 10-Kilo-Hammers zu Schotter verarbeitet zu werden. Wenn's auch nix genützt hat, gut hat's getan!

Die „FAZ" vom 8.7. konnte es sich daraufhin wieder einmal nicht verkneifen nach „gut" und „böse" zu trennen: „*Polizeibeamte in Zivil, vom Gerichtsvollzieher angefordert, hielten sich im Hintergrund, bis offenbar nicht der Jugendinitiative angehörende junge Leute Bauarbeiter attackierten* (frei erfunden — Anm. AK) *und am Zumauern der Fensterhöhlen und Türen hindern wollten. Die Maurer mußten den Verlust zahlreicher Steine verbuchen, die von Sympathisanten der Besetzer zertrümmert worden waren...*" Fragt sich nur, woran man „Besetzer" von „Sympathisanten" unterscheiden kann, bzw. Mitglieder der JIG von Nichtmitgliedern? Aber als gewiefter Journalist hat man da wohl ein Auge für!

Das „Jugendhaus im Exil" soll jedenfalls drei Tage stehen bleiben, doch der Kampf um ein Jugendhaus wird, gestärkt und um eine wichtige Erfahrung bereichert, weitergeführt werden. Nach der Sommerpause steht noch einiges an ...

Schüler/innen
im KB/Gruppe Frankfurt

Schüler/innen
im KB/Gruppe Frankfurt

Baden-Baden:

Das Jugendzentrum bekommt eine Kur verpaßt

Die Welle der Hausbesetzungen — nun hat sie auch die Provinz in Baden-Baden erreicht.

Am 30. Juni wollte der Stadt„jugend"ring auf Drängen des Dezernenten für „Jugend und Kultur" die „Rübe", das Baden-Badener Jugendzentrum, schließen. Um die drohende Schließung dieses einzigen nichtkommerziellen Treffpunktes in der Stadt zu verhindern, trafen sich am Abend des 30. recht spontan ca. 40 Jugendliche. In einer Vollversammlung wurde mit überwältigender Mehrheit die Besetzung beschlossen und die Bürokraten des Stadt„jugend"ringes, die mit faulen Kompromissen die Besetzung verhindern wollten, wurden an die Luft gesetzt. Nach dem vierjährigen Bestehen der „Rübe" war das Jugendzentrum damit zum ersten Mal selbstverwaltet. Doch diesen Freiraum durfte es in der Kur- und Bonzenstadt nicht geben. Am nächsten Morgen rückten Bullen und Feuerwehr an, schlugen Fenster und Türen ein und verhafteten 15 Besetzer, die gleich darauf gewaltsam zur erkennungsdienstlichen Behandlung geführt wurden. Doch damit ist der Widerstand der Jugendlichen gegen eine Kommunalpolitik, die Millionen für eine Landesgartenshow und nichts für die Bürger ausgibt, nicht gebrochen. Über hundert Freunde/innen der Besetzer gingen am darauffolgenden Tag zur Gemeinderatssitzung und machten mit Transparenten und Plakaten klar, daß das Kapitel „Jugendzentrum in Selbstverwaltung" noch lange nicht gelaufen ist. Peinlich, daß die Volksverdreher gerade dabei waren, wieder Millionen für unsinnige Renommierprojekte zu verschleudern. Auf Anfragen wollte dann auch keiner der hohen Herren für den Polizeieinsatz verantwortlich gewesen sein. Gleichzeitig sollen gegen einige der Besetzer jedoch Strafanzeigen wegen „Hausfriedensbruch" und sogar wegen „Personalienverweigerung" erstattet worden sein.

In der Hoffnung, das Märchen vom „Rauschgiftzentrum" haltbar zu machen, filzten die Beamten auch eifrig all die Jugendlichen, die sie greifen konnten, mußten aber beschämt feststellen, nichts gefunden zu haben. Die neu entstandene Bewegung für ein freies Jugendzentrum hingegen wird den Herren auf dem Rathaus noch einiges Kopfzerbrechen bereiten. **Die Baden-Badener Jugendlichen haben lange genug die Kurstadtpreise in den Kneipen bezahlt — jetzt zahlen die anderen.**

KB-Sympathisanten Baden-Baden

— Das Karolinenviertel ist nicht Harlem! —

Vorbemerkung: Die folgende Stellungnahme eines Genossen bezieht sich auf den Überfall von Hamburger Zuhältern auf Punks und Anarchos im Karolinenviertel und den Artikel eines anarchistischen Genossen dazu in AK 181. Der Anarcho-Genosse hatte dort dazu aufgefordert, sich auf bewaffnete Auseinandersetzungen mit den Zuhältern vorzubereiten, *sich Hieb-, Stich-, wenn möglich Schußwaffen zu besorgen und diese ständig bei sich zu haben....*" (AK 180, S. 19).
AK-Redaktion

Lieber Genosse !

Vorausgeschickt: Ich habe ein paar Jahre auf dem Kiez gewohnt und dort gearbeitet. Eine kürzere Zeit habe ich mit einer Nutte zusammengelebt, die damals schwer drogenabhängig war und aufhören wollte mit Prostitition und Sucht. Der Putz mit ihren Zuhältern war nicht von schlechten Eltern — das Messer in meiner Tasche diente aber mehr zu meiner Beruhigung als zu meinem Schutz.

Du schlägst also als einzige Konsequenz für Punks und andere Betroffene vor, sich nach Möglichkeit (Schuß-) Waffen zu besorgen und diese ständig bei sich zu tragen. Hast Du eigentlich auch nur einen Augenblick darüber nachgedacht, auf was Du Dich dabei einläßt ? Ist Dir eigentlich bewußt, daß Du damit nicht nur den Luden den Kampf ansagst, sondern gleichzeitig den Bullen — und daß diese sich wechselseitig unterstützen ? Im Klartext: die Bullen auf St. Pauli sind schwer korrupt; auf dem Kiez ist es ein offenes Geheimnis, daß z.B. für einen Posten in der Davidswache hohe Ablösegelder verlangt und bezahlt werden. Es ist ebenso ein nicht unbekannter Fakt, daß mehrere Bullen gleichzeitig Zuhälter sind bzw. andersherum. Ähnliche Verhältnisse treten im Zusammenhang mit Rauschgifthandel und Schutzgeldwesen auf. Dir ist vielleicht nicht entgangen, daß seit Jahren größere Verhaftungen und Aushebungen von Banden fast ausschließlich zugewanderte Gruppen betreffen. Soviel dazu.

Diese Verhältnisse spielen sich vor dem Hintergrund einer Sanierungspolitik des Senats ab, die langfristig eine totale Veränderung des Viertels bewirken wird und den Widerstand dagegen ein Stück auszuschalten versucht. Heute noch Fischmarkt-Sanierung, morgen die Direktverbindung Feldstraße/Holstenstraße durch Ausbau der Thadenstraße ... usw. Die Bewohner des Viertels finden die Kommerzialisierung und diese Veränderung ihres Stadtteils zwar mehrheitlich gar nicht gut, aber auf die Solidarität von Spießern gegenüber Punks kannst Du kaum rechnen.

Du empfiehlst also, Ballermänner einzustecken (Wo und von wem sonst so schnell zu besorgen wie auf dem Kiez ? Aua !). Bei den dann entstehenden Auseinandersetzungen wirst Du allerdings keine Chance haben. Nicht weil Zuhälter unbesiegbar sind, sondern weil Du auf niemandes Unterstützung zählen kannst. Auch der Flohzirkus der Hamburger Linken wird höchstens Betroffenheit zeigen und verbalen Protest anmelden, mehr nicht.

Selbstverständlich ist Gewaltlosigkeit nicht die Lösung, geschenkt. Aber zwischen Gewaltlosigkeit um jeden Preis, Schwanzkneiferei und staatstreuen Integrationsanfällen einerseits und Bewaffnung mit Schußwaffen andererseits besteht eine ganze Palette von Möglichkeiten, sich zu schützen und zu wehren. Eine Schießerei jedenfalls würdet Ihr mit Sicherheit nur einmal erleben.

Alternativen: warum sollte nicht einmal versucht werden, eine Gegenaufklärung und Untersuchungsarbeit über die personellen Verflechtungen zwischen Bullen und Zuhältern anzustellen ? Im Zusammenhang mit einer intensiven Stadtteilarbeit gegen Sanierung, Kommerzialisierung und Mieterhöhungen könnte das ganz nützlich sein und für den notwendigen öffentlichen Druck sorgen. Wenn gleichzeitig autonome Frauenhäuser in Kieznähe bzw. Gruppen beispielsweise nach dem Vorbild des SSK-Köln zur sozialen und politischen Selbsthilfe aufgebaut werden, hätten wir ein zweites Standbein im Kampf gegen Bodenspekulation, Bullen und Luden.

Derart „verankert" sind gezielte „Arbeitsessen" in anderer Leute Vereinslokalen, oder auch finanzielle Umverteilungsaktionen keine solche Selbstmordversuche wie derzeit. Aber das kostet wohl noch ein bißchen Arbeit — und revolutionärer Zorn ohne revolutionäre Geduld wird dafür nicht ausreichen.

Alles Liebe

Ein AK-Leser aus Hamburg

Heroin- und andere dicke Hunde

Ein bellender Amtschimmel

Kleine, mit Rauschgift gefüllte Bällchen dienen zur Dressur der 240 Schäferhunde, die als „Mitarbeiter/innen" des Zolls illegale Drogen erschnüffeln sollen. Im vergangenen Jahr wurden von ihnen angeblich 250 Schmuggler verbellt.

Die Sache hat bloß einen Haken: Heroin und Kokain sind auch für bestausgebildete Hundenasen fast geruchlos und zudem von einer Reihe Chemikalien und anderen chemischen Produkten nicht zu unterscheiden. Obendrein sind sie schon bei mittelgroßen Transporten in mindestens eine Lage wasser- und geruchsdichtes Plastik eingeschweißt. Lediglich bei derzeit in die BRD äußerst selten importiertem Heroin mit chemischen Rückständen k a n n ein leichter Essiggeruch haften bleiben, der allerdings auch nicht durch Plastik stinkt. Anders sieht es bei Haschisch und Marihuana aus: Hanfprodukte riechen nicht schlecht und werden deswegen für den Transport bereits in den Ernteländern ebenso verpackt. Auch gut trainierte Hundenasen haben da kaum Aussicht auf sinnliche Wahrnehmung.

Die Angelegenheit hat jedoch noch einen zweiten Haken: alle Welt glaubt an die Fähigkeit dieser tierischen Hilfspolizisten - mit Ausnahme der Großhändler, die lediglich für transportsichere Verpackungen sorgen müssen. Aber welcher Opiatabhängige bzw. Hanffreund bekommt denn keine Schweißausbrüche, wenn er mit Stoff aus Amsterdam in die BRD zurückkehrt und an einem wachsam blickenden Hund vorbei muß ? An den roten Flecken im Gesicht und natürlich am gesamten Erscheinungsbild wird dann die Notwendigkeit einer genaueren Durchsuchung festgestellt. Daß der Hund dabei anschlägt, ist Ehrensache. Andere Grenzgänger - mit „seriösem" Auftreten und coolem Verhalten - haben beispielsweise schon mit offen im Fahrzeug herumliegendem Shit oder einer Tüte stinkenden Hanfes eine Schnüffelei durchstehen können ohne daß jemand gebellt hätte. Gerüchte, die Hunde würden zwecks intensiveren Suchens süchtig gemacht, werden vom Zollkriminalinstitut zurückgewiesen („Welt,9.5.80). Vor Jahren wurde jedoch von jenem Star-Cockerspaniel der schwedischen Behörden berichtet, der leider (wie konnte das geschehen?) bestechlich war: Bei Fütterung mit kleinen Mengen Haschisch war er vollauf zufrieden und vergaß seine eigentlichen dienstlichen Aufgaben. Erst als jemand bei einem eiligen Grenzübertritt vergaß, das Bakschisch vorher

mand bei einem eiligen Grenzüber-
tritt vergaß, das Bakschisch vorher

aus dem Stanniolpapier zu wickeln, und der Hund sich übergeben mußte, flog die Geschichte auf.

Neben diesen teils witzigen Begleiterscheinungen gibt es mindestens einen handfesten Grund zum Mißtrauen: als vor zehn Jahren die ersten Spürhunde der Öffentlichkeit vorgestellt wurden, hieß es, Cockerspaniel besäßen die empfindlichsten Nasen. Die jetzt eröffneten Planstellen sind für Schäferhunde bestimmt, die das vollständige Ausbildungsprogramm des Zolls durchlaufen. Wer garantiert, daß sie nicht eines Tages im Zuge der Amtshilfe an den BGS ausgeliehen werden und uns in Gorleben gegenüberstehen ?



„Wir haben begründete Zweifel an seiner Verfassungstreue - er hat irgendwie so ein staatsabträgliches Lauern im Blick !" (aus ‚stern').

Gründlichkeit ist Trumpf

Dieser Teil des „Aktionsprogramms der Bundesregierung zur Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmißbrauchs" könnte mit einigem guten Willen noch als „bellender Amtsschimmel" gewertet werden. (Alle inhaltlichen Angaben des Artikels sowie Zitate stammen - soweit nicht anders ausgewiesen - aus diesem Aktionsprogramm der Bundesregierung vom 16.1.80). Keinen Anlaß zum Lachen geben uns die Kernpunkte des beabsichtigten Ausbaus des Zolls (zu Polizei und BGS siehe AK 173). Der für die Zollbehörden zuständige Finanzminister Matthöfer hatte im Oktober 79 ein „umfassendes Konzept" aller beteiligten Ministerien vorgeschlagen („FAZ", 18.10.79). Wegen des Umfangs staatlichen Handelns hinsichtlich illegaler Drogen sind nahezu alle Ministerien am Programm beteiligt. Matthöfers eigenes Ressort wurde in der Ausführung nicht gerade schlecht bedacht:

Finanzminister Matthöfer hatte im
Oktober 79 ein „umfassendes Kon-

Da auch die Leiter der Zollbehörden von der Unzulänglichkeit ihrer tierischen Kollegen wissen, werden Dienststellen und Sondertrupps mit Analysegeräten ausgestattet, die dem raschen Erkennen vermuteter Drogen dienen sollen. Teilweise müssen diese Geräte erst noch entwickelt werden; dieses Forschungsprojekt besitzt Vorrangigkeit. Von den Sondertrupps gibt es derzeit 65 mit insgesamt 550 Beamten; weitere 15 Gruppen kommen demnächst dazu. Ihre Kompetenzen sind einigermaßen umfangreich: nicht nur an den Grenzen und im grenznahen Bereich dürfen sie Autos, Schiffe (einschließlich Binnenschifffahrt) durchsuchen, auch kleinere Flug- und Landeplätze werden zukünftig in die Überwachung einbezogen. Ein zweites Mal werden Mitglieder der RAF jedenfalls keine Luftaufklärung mit gemieteten Hubschraubern betreiben können, wenn sie es überhaupt jemals getan haben - Zweifel am Gehalt derartiger Berichte auf Grundlage von BKA-Material sind ja nicht nur in diesem Fall durchaus berechtigt. Für die genannten Bereiche ist die dafür notwendige technische Ausstattung (Funktermi-

ten Bereiche ist die dafür notwendige
technische Ausstattung (Funktermi-

nals, Fahrzeuge, Grenzstationen, LKW-Durchsuchungshallen, Fahndungsdienststellen u.a.) kräftig ausbzw. neugebaut worden. Die personelle Besetzung trägt diesen Maßnahmen Rechnung. In Speziallehrgängen werden laufend erweiterte Ausbildungsprogramme durchgezogen; eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Grenzschutz- und Zolldienststellen ist eingeleitet worden. **Bei den Häfen und Flugplätzen werden neue Schiffsdurchsuchungs-Trupps und Überwachungsgruppen gebildet**, die gleichzeitig auch der Durchführung der Aussonderungsprogramme gegenüber Asylanten dienen können. **Empfindliche Grenzabschnitte werden außerhalb der Grenzübergänge verstärkt überwacht**, die „Grüne Grenze" also dichtgemacht.

Auch zwischen Zoll- und Polizeidienststellen werden die Verbindungen enger: auf oberster Ebene ist ein eigenes elektronisches Datensystem „Inzoll" errichtet worden, das *„Straftaten und Ordnungswidrigkeiten aus Ermittlungen des Zolls auch rückwirkend ab 1975 erfaßt"*. („FR" 24.11.79). Dieser Computer bedient sich der Anlagen und Programme des BKA-Computers „PIOS-Rauschgift" und erfaßt all diejenigen, die in den letzten fünf Jahren mit beispielsweise zwei Schachteln Zigaretten zuviel über die Grenze kamen; er speichert die darüber bisher nur in Form von Papier vorliegenden Unterlagen in ein Computerprogramm ein; kapitale Verbrechen, in ihrer aufgedeckten Zahl weitaus geringer, gehören auch dazu.

In Nordrhein-Westfalen sieht die Fahndungskonzeption eine verstärkte Zusammenarbeit mit Autobahnpolizei und Verkehrsüberwachung vor, deren Hauptzielrichtung ausdrücklich die Beobachtung *„jüngerer Menschen mit entsprechenden Fahrzeugtypen"* beinhaltet („TAZ",13.2. 80). Nach Vorbild der gemeinsamen Fahndungsgruppen mit den örtlichen Rauschgiftdezernaten in Hamburg, Bremen und Berlin sind für andere Großstädte und Bundesländer gleichartige Sonderkommandos in Planung. Auch kleine Zollfilialen werden an „PIOS-Rauschgift" angeschlossen.

Anläßlich der Einweihung und Vorstellung einiger Bestandteile des Zollprogramms im Mai wurde auch ein weiteres Loch im Postgeheimnis bekanntgegeben(„Welt",9.5.80, u.a.): Die zehn Luftpostleitstellen der BRD werden mit sogenannten Röntgen-Weichstrahlern ausgerüstet, die Briefe und Pakete auf illegale Drogen abtasten sollen. Ausdrücklich wird die Luftpost aus Nah- und Mittelost genannt, die selbstverständlich nur der verbotenen Drogen wegen überwacht wird.

lich nur der verbotenen Drogen we-
gen überwacht wird.

Staatlicher Irrwitz

Gemessen an der Vorjahresmenge wird am Ende dieses Jahres ein Vielfaches an Opiaten und Hanf von Zolldienststellen beschlagnahmt worden sein. In Zahlen: nicht mehr als 500 kg Heroin, also allerhöchstens zwei Prozent vom Gesamtverbrauch. Auch den leitenden Gremien der Zoll- und Polizeibehörden muß angesichts derart dürftiger Erfolge bewußt sein, daß sie trotz umfangreicher Erweiterung ihrer Apparate an p o l i t i s c h e Grenzen stoßen: solange nicht nach den Hintergründen des Heroingeschäfts aus nah- und mittelöstlichen Kleinkriegsschauplätzen gefahndet wird, solange Opiate als Ware und Zahlungsmittel ebenso illegaler Gegengeschäfte - insbesondere Waffenlieferungen in eben diese Gebiete - weiterhin keiner wirtschafts - politischen Betrachtungen unterzogen werden - solange können sogar die Nasenhöhlen aller Grenzgänger ausgeleuchtet werden. Der Handel wird trotzdem immer Wege ins Land finden, zumal auch bundesdeutsche Zöllner nicht gegen Bestechungen gefeit sind.

Ihr oberster Chef war auch Verhandlungsführer des westlichen Kolonialisierungsprogramms gegenüber der Türkei. Nicht auf der Tagesordnung stand dabei die Forderung nach Auslieferung des Vorsitzenden der rechts-islamischen „Nationalen Heilspartei", Erbakan, der im Juni 79 vor einem bundesdeutschen Gericht (und BKA intern) unwidersprochen namentlich als Großdealer genannt wurde. NATO-Aufmarschpläne wiegen eben schwerer als das Schicksal von 150.000 Heroinsüchtigen.

„Wir sind ein freies Land, und wir können angesichts von 470 Millionen Einreisenden nicht j e d e n intensiv unter die Lupe nehmen", meint Matthöfer zu den Möglichkeiten einer totalen Kontrolle der Grenzen („Süddeutsche Zeitung", 7.5.80, Hervorhebung AK).

Die betroffenen Zielgruppen sind Grenzgänger mit Eigenverbrauchsmengen, Asylsuchende und all diejenigen, **„die als ‚potentiell gefährdet' für abweichendes Verhalten insgesamt einzustufen sind"...„Als ‚potentiell' gefährdet sind daher besonders diejenigen anzusehen, die sich nicht einer Gemeinschaft zugehörig fühlen, die sich eingeengt fühlen durch die Gesetze dieser Gesellschaft, die glauben, zu wenig vom Leben mitzubekommen und die auf der Suche nach geistigen Werthaltungen sind, die sie vermissen"**, schreibt die Regierung in ihrem Programm.

Der Großhandel kann damit wohl nicht gemeint sein.

Drogen-Kommission KB Hamburg

Drogen-Kommission KB Hamburg

Frankfurter Polizei: »Wie soll ich denn jetzt meiner Kundschaft gegenübertreten?«

Es sollte ein lustiger Tag werden: 26 Angehörige des Frankfurter Rauschgiftdezernats „K 44" hatten sich auf einen Betriebsausflug mit Angeln, Grillen und Picheln begeben. Kurz vor dem Essen brachte ein krankgeschriebener Kollege, ursprünglich gelernter Bäcker, 60 frischgebackene Hörnchen vorbei. Er hatte 300 g schwarzes nepalesisches Haschisch aus abgezweigten Mengen einer Razzia vom Mai d. J. in den Teig verbacken. Einige der Beamten registrierten zwar den eigenartigen Geschmack, meinten auch, es schmecke und rieche nach Haschisch, ließen sich aber mit dem Hinweis beruhigen, das komme von den mitverbackenen Kroatzbeeren. Eine Beamtin fing an zu kichern und sprach später von „euphorischen Gefühlen", eine Angestellte berichtete von Kindheitserinnerungen; andere hatten Todesangst. Mit teilweise schweren Vergiftungen mußten zehn von ihnen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die meisten konnten nach einigen Stunden wieder entlassen werden; der Leiter des „K 44", Knut Stroh, mußte nach einem Rückfall ein zweites Mal eingewiesen werden. Der Anwalt des Hasch-Bäckers erklärte, mehrere Beamte hätten von der Beimischung gewußt. Nach Angaben des Bruders des Beschuldigungen sollen bei Razzien im Mai Kollegen gesagt haben, einen Teil der Menge könnten sie „für etwas anderes gebrauchen". Der Beschuldigte selbst stufte sein Verhal-

nenministerium spricht von einer Straftat und verhängte eine Nachrichtensperre (nach „FAZ", „FR", „TAZ" und „Bild"-Ffm., 1. bis 4.7.).

Stimmen :

„Wer gelegentlich mal einen Joint durchzieht oder aus der Ferne soziologisch argumentiert, sollte sich aus der Diskussion heraushalten, denn er weiß nicht, wovon er spricht", (Heckmann, Drogenbeauftragter von Westberlin, „FR", 3.11.79).

„Wir müssen das Angebot, den Handel, einschränken und die Nachfrage eindämmen", (Peter Loos, stellvertretender Leiter „ K 44 ", „FR", 6.10.79).

„Wir sind offensichtlich die einzige Behörde, die sich auf der Szene blicken läßt", (Polizeisprecher Neitzel, „Die Zeit", 4.7.79).

„Unser Handlungsspielraum ist nicht groß" ... „Die Polizei ist überfordert", (Knut Stroh, „Die Zeit", 19/79).

„Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen immer wieder, daß – neben dem Motiv der Neugier – Drogen häufig als letzter Ausweg aus einer seelischen Zwangslage gesehen werden" ... „Lassen sie die Verlockung des Geheimnisvollen gar nicht erst aufkommen, die die Drogen oft umgibt" , (AG der Leiter der Landeskriminalämter mit dem BKA, Frühjahr 1980).

Orte zu jeder Zeit im Griff zu haben", (Gerhard Linker, Leiter der Schupo-Inspektion Ffm.-Mitte, „FR", 19.2. 80).

„Noch immer wird gegen Leistungsansprüche und gegen andere Symptome einer ‚autoritativen Gesellschaft' aufbegehrt, durch Ausflippen reagiert ... Cannabis-Konsum paßt in diese Landschaft der Illusionen und Utopien" ,(Herbert Schäfer, Leiter LKA-Bremen, „Die Polizei", 4/80).

„Die irren rum wie die verirrten Hühnchen. Sie bilden Grüppchen, wissen nicht, wo's lang geht, und laufen wieder auseinander", Peter Loos, „FAZ", 27.2.80, über Fixer nach Räumung der Haschwiese).

„Nach der Verstärkung (des „K 44", Anm AK) *wird sich das Karussell ‚Rein-in-die-Klinik-raus-aus-der-Klinik' eben nur schneller und in größerem Umfang drehen"*,(P. Loos, „FR", 6.10.79).

„Gemäß dem Rebmannschen Rasterprinzip sind auch bei den jüngsten Ereignissen an der Haschisch-Front Zusammenhänge zu sehen, z.B. zwischen den Beschlagnahmeaktionen gegen das ‚Haschisch-Kochbuch' (mit eindeutigen Überdosen in den Rezeptanleitungen, Anm. AK) *und den hessisch-polizeilichen Spezialbackwaren. Es handelt sich um den Versuch eines amtlichen Nachweises, daß Haschisch in großen Mengen wohl doch bedenklich sein kann". „Ein besonders gefährlicher und das Schutzgut ‚Volksgesundheit' "* (BtmG).

„Haschisch-Konsum und Haschischverfolgung sind lediglich zwei Seiten ein und derselben Medaille; der kapitalistisch-autoritären", (p.p. zahl, 69/70, erschienen in „Waffe der Kritik", Ffm. 1976).

„Smoking shit and drinking beer together is like pissing in the wind!" (Fabulous Furry Freak Brothers).

Gemeinschaftsproduktion Machwerk/W.-Berlin, TAZ/Ffm. und Hbg., Drogenkommission - KB/Hamburg



Aufkleber aus aktuellem Anlaß mit dem Werbetext der Westberliner Bäckerinnung. Preis: 1,– DM + Porto, ab 10 Stck. 0,70 DM. Zu beziehen über U. Ziegler, Stichwort „Hörnchen", Postscheckamt Berlin-West, Kto. Nr.: 4247/105. Original: weiß auf grün 9 cm Ø

Notwendige Diskussion nach der Räumung des Besetzerdorfs bei Gorleben

Gewaltfreiheit, »neuer Ansatz« oder Sackgasse?

Nach der Zerschlagung des Besetzerdorfes 1004 wurde in mehreren Stellungnahmen (Leserbrief in AK 180, „taz" u.a.) unterstellt, daß während der Räumung die „Gewaltfreien" ihre Vorstellung von Widerstand „mit aller Gewalt durchsetzen" konnten. Entsprechend kritisiert wurde unsere „positive Einschätzung vom Verhalten der AKW-Gegner in Gorleben" in AK 179 (Bericht von der Räumung). Dieser Artikel soll ein wenig erläutern, warum u.E. in der konkreten Situation die Festlegung auf passiven Widerstand ebenso angebracht war, wie beispielsweise der Verzicht auf Militanz im Rahmen der Brokdorf III Aktion 1977.

Während seinerzeit jedoch niemand auf die Idee gekommen wäre, unseren „Gewaltverzicht" als den entscheidenden „neuen Ansatz" herauszustreichen, wird 1980 diese Orientierung von Teilen der Anti-AKW-Bewegung als der eigentliche Erfolg der Gorleben-Besetzung verkauft, vorzugsweise von Kräften, die sich zuvor vergeblich für eine freiwillige Räumung des Besetzerdorfes eingesetzt hatten: SPD-Kreise, Grüne usw. (siehe nebenstehende Auflistung). Dies macht es den AKW-Befürwortern natürlich leichter, die Gorleben-Räumung nach den „Bremer Krawallen" als „Musterbeispiel" und „Lehrstück" für zukünfige Auseinandersetzungen zu propagieren.

Während insbesondere die rechte Presse den Part übernahm, deutlich zu machen, daß sich auch der passive „rechtsbrecherische" Widerstand nicht ausbreiten dürfe, sondern durch Polizeimanöver zu ersticken sei, wurden mit „liberalem" Touch etwa im ‚Spiegel' oder im sozialdemokratischen ‚Vorwärts' neben leichter Kritik, daß es ohne Polizeiknüppel immer noch nicht ginge, andere Töne angeschlagen:

„Gorleben hat das Gespräch mit der Staatsgewalt eröffnet"

so lautete die Überschrift des ‚Vorwärts'-Artikels (12.6.) über das Ende des Besetzerdorfes von Niels von Haken (ein alter Bekannter aus der „komplizierten Aktion" gegen die Linke in der Wahlfrage).

Ihmzufolge war das Wirken der AKW-Gegner auf 1004 *„ständig begleitet vom Ringen um den richtigen Weg ... Gerade vor dem Hintergrund der blutigen Krawalle in Bremen haben hier diejenigen gewonnen, die zwar ... Gesetze verletzen, die aber Gewalttätigkeit aus ihrem bürgerlichen Ungehorsam ausschließen".* Die Räumung war ein *„Lehrstück"*, ein *„Erfolg aller Gemäßigten. Polizei und Bundesgrenzschutz setzten ihren Räumungsauftrag in einer Weise durch, die mutmaßlich demnächst in Akademien und Führungsschulen gelehrt werden wird ... Gorleben hat das Gespräch eröffnet. Trotz der Blessuren von der Räumung eine Chance, künftige, mit Sicherheit zu erwartende Auseinandersetzungen zwischen Bürgerinitiativen und Staatsgewalt ohne gegenseitige Aufheizung auszutragen".* Denn: Gewaltfreiheit könne *„sich nur auf den Abbau von*

Chance, künftige, mit Sicherheit zu erwartende Auseinandersetzungen zwischen Bürgerinitiativen und Staatsgewalt ohne gegenseitige Aufheizung auszutragen". Denn: Gewaltfreiheit könne *„sich nur auf den Abbau von*

Feindbildern gründen"!

Auch der ‚Spiegel' lobte: *„Anders als einst in Brokdorf und Grohnde, wo Atomgegner und Staatsmacht in blinder Wut aufeinander eingedroschen hatten, war im Wald bei Gorleben die ausgesprochene Übereinstimmung spürbar, daß es mit dem Kopf durch die Wand nicht gutgehen kann".* Auch der ‚Spiegel' erklärt *„die seltsame Mischung aus Militanz und Mitgefühl, aus kämpferischem Aufbegehren und friedvollem Sichdreinfinden"* zum *„Musterbeispiel wirkungsvoller Demonstration einander gegnerischer Ziele"* (‚Spiegel', 24/80).

Der Staat — ein Softy?

In einer ‚Information Nr. 1 für Polizeibeamte' der Bezirksregierung Lüneburg wurden die Bullen zynischerweise zu Freundlichkeit verpflichtet:

„- *Reagieren Sie nicht aggressiv auf Provokationen, Freundlichkeit entwaffnet, zumal dann, wenn sie nicht erwartet wird.*
- *Achten Sie auch auf ihr Bewegungsverhalten. Hektik produziert Hektik"*

(nach ‚ID' Nr. 339, 20.6.).

Mit zwei Bullenflugblättern (*„Aufgabe der Polizei ist es, Gewalttaten zu verhindern. Deshalb: Abstand halten von Gewalttätern! ... Wir bitten Sie, begrenzte Beeinträchtigungen durch den Einsatz verständnisvoll in Kauf zu nehmen . . ."*) sollte im Landkreis Lüchow-Dannenberg „Bürgernähe" demonstriert werden. Meldungen der Massenmedien zufolge führten die Bullen in Gorleben tatsächlich ein „Lehrstück" nach dem Motto der Gewaltfreiheit durch: *„Der örtliche Einsatzleiter der Polizei, Armin, hat sich zum Schluß der Aktion bei den Bohrplatzbesetzern ausdrücklich für deren Friedfertigkeit bedankt. Den behutsam vorgehenden Beamten war es gelungen, die Kernkraftgegner beinahe freundschaftlich zum Verlassen des Geländes zu bewegen"* (NDR II-Nachrichten am 4.6.). Und die ‚Neue Hannoversche Presse' berichtete, daß der Mammutaufmarsch der Bullen nur *„wenn auch psychologisch wirkungsvolle"* Optik blieb. *„Schließlich wollte Minister Möcklinghoff den Journalisten ein neues gewaltfreies Einsatzkonzept vorstellen ... Es gab auch hoffnungsvolle Versuche auf Seiten der Polizei: Ein Beamter ging in die Hocke und überzeugte im persönlichen Gespräch vier sitzende Besetzer mitzukommen. Hand in Hand gingen drei mit ihm"* (5.6.).

Das bisher größte Polizeimanöver

Interessant ist dabei, daß über das tatsächliche Ausmaß des Polizeieinsatzes in sämtlichen bürgerlichen Medien keine genauen, meist völlig untertriebene, Angaben zu finden

Interessant ist dabei, daß über das tatsächliche Ausmaß des Polizeieinsatzes in sämtlichen bürgerlichen Medien keine genauen, meist völlig untertriebene, Angaben zu finden

sind. Außer dem Saarland und Rheinland-Pfalz hatten alle Bundesländer Bullen, BGS und MEKs etc. geschickt (‚Göttinger Tageblatt', 6.6.). Die meisten Zeitungen sprechen von „mehreren Tausend" Polizisten, ansonsten schwanken die konkreten Angaben von 2000 (!?) über *„etwa 3500 Beamten vor Ort plus Reserve an anderer Stelle"* (‚Spiegel', 24/80) bis zu maximal *„5000"* (‚Göttinger Tageblatt', 6.6.). Das ist natürlich total tiefgestapelt; die ca. 3500 Besetzer standen selbst „vor Ort" einer totalen Bullenmacht gegenüber. 8000 bis 15000 gibt die ‚taz'-Broschüre an, 8000 hatten wir geschätzt. Neu war das Ausmaß gepanzerter Fahrzeuge, der Hubschraubereinsatz und die Pepper-Fog, auf die man in den letzten Jahren verzichtet hatte, weil ihr Einsatz für Demonstranten lebensgefährlich ist. Klar ist, daß dieser Einsatz mindestens die Größe des Kalkar-Aufmarschs erreichte und somit die bisher größte Bullen ü b e r m a c h t überhaupt darstellte.

Diese Bullenübermacht sollte zum einen der totalen Einschüchterung vor Ort dienen und ganz offensichtlich vor Ort die Bereitschaft der Demonstranten, ohne Widerstand abzuziehen, erhöhen. In den Stellungnahmen ist das immer wieder hervorgehoben worden.

Zudem hatten die Bürgerkriegstruppen den Auftrag, den gesamten Landkreis abzusperren. Obwohl zu Gorleben eben nicht, wie zu bisherigen Großdemonstrationen mobilisiert worden ist, sollte auch hier nicht auf den „psychologischen Effekt" verzichtet werden, daß jeder Versuch, das Besetzerdorf in Gorleben zu halten oder Tiefbohrungen durch zukünftige Großaktionen zu verhindern, scheinbar aussichtslos ist. Die Polizeisperren wurden großteils erst nach dem Einsatz geräumt. Das muß vor allem vor dem Hintergrund gesehen werden, daß nach Kalkar, wo die Polizei deutlich ihre Möglichkeiten demonstrierte, eine Großaktion im Anmarsch zu zerschlagen, bisher keine ähnliche Großaktion der Anti-AKW-Bewegung zustande gekommen ist („Kalkar-Schock").

Ganz ähnlich hatte die Polizei ihren Großaufmarsch gegen die Hausbesetzer in Freiburg begründet, wo sie aber – wie sie inzwischen zugeben mußte, nur das Gegenteil erreichte und Massenproteste der Bevölkerung provozierte. Der Freiburger Polizeichef hatte erklärt, daß Riesenbullenaufgebot hätte dazu dienen sollen, **„durch zahlenmäßige Überlegenheit der Einsatzkräfte die Anwendung von Brachialgewalt besser ‚zu dosieren'", wobei „der Abschreckungseffekt zusätzlich genutzt wird"** (‚Badische Zeitung', 9.6.80).

Möcklinghoff hat vor der Räumung des Besetzerdorfes bei Gorleben ganz klar erklärt, daß bei solchen Protesten der ‚jungen Generation" es überhaupt nicht auszuschließen sei, daß es zu aktiven Protesten kommt: *„Wer Bremen erlebt hat, der weiß wie schnell die Mischung zwischen Gewalttätigen und harmlosen Irren, wie man sagen möchte, dann erfolgt ist ... Ich jedenfalls möchte das meinerseits mögliche dazu beitragen, daß man die voneinander trennt"* (alle Zitate aus einem Mitschnitt einer Pressekonferenz vom 23.5. in NDR II, 24.5.). Man müsse die Demonstranten „frühzeitig" auf ihr „Unrecht" aufmerksam machen, bzw. die Polizeiaktion ankündigen. In diesem Sinne ließ Albrecht inzwischen verlauten, daß man bei der nächsten Besetzung in Gorleben nicht mehr so lange mit dem Zuschlagen warten wolle.

Man will von staatlicher Seite also im Vorfeld künftiger Aktionen eine Diskussion um die Formen des Widerstandes, die bestimmt ist von der Drohung des Polizeistaatsmanövers. Die Bullenübermacht soll den

Man will von staatlicher Seite also im Vorfeld künftiger Aktionen eine Diskussion um die Formen des Widerstandes, die bestimmt ist von der Drohung des Polizeistaatsmanövers. Die Bullenübermacht soll den

Widerstand aussichtslos erscheinen lassen. **Speziell die Absperrungen richteten sich gegen den möglichen Versuch, in Gorleben eine Großaktion zu organisieren, die einzig und allein der Bullentaktik der Übermacht hätte Schwierigkeiten bereiten können.**

Albrecht jedenfalls ist sich sicher, **„daß sich die Besetzungsaktion wie in Gorleben nicht ständig auf Bohrplätzen wiederholen werden ... Vielleicht noch ein- bis zweimal, aber dann wird es geschafft sein. Die Kernenergiegegner aber auch die professionellen Chaoten würden einsehen müssen, daß weiter gebohrt werden wird und später ... auch ein Schacht abgeteuft werden müsse"** (‚Neue Osnabrücker Zeitung', 5.6.).

Der „Konsens" der Besetzer

Die Kritiker des passiven Widerstandskonzepts machen aus ihrer *„erheblichen Enttäuschung über das Verhalten der Besetzer/innen"* keinen Hehl. *„Gewaltfreie"* hätten *„ihre Vorstellung von Widerstand mit aller Gewalt durchsetzen"* können, wobei man auch unter gewaltfreiem Widerstand mehr verstehen müsse *„als das Sitzenbleiben unter den Schlägen der Bullerei"* (so ein Bremer Genosse in AK 180). In die gleiche Kerbe haut ein bissiger taz-Kommentar (9.6.) unter der Überschrift *„Hurrah – wir haben verloren!"* und ein Redakteur des ‚Atomexpress' schreibt in einem Positionspapier, daß man eigentlich nicht von „Erfolg" sprechen könne bei einer *„für die Polizei gelungenen Räumungsaktion"*.

Selbstverständlich kann von einem freiwilligen „Konsens" bezüglich des passiven Widerstands keine Rede sein. Als sich Pfingsten eine Gruppe der Besetzer nachts an den anderen beiden Bohrstellen zu schaffen machte, drohten die BI und die Bäuerliche Notgemeinschaft, sich zurückzuziehen. Um den Bürgermeister von Trebel nicht zu verärgern, wurden die für die Polizeifahrzeuge angelegten Gräben wieder zugeschaufelt und auf Blockaden verzichtet. In der Nacht vor der Räumung wurde ein Zelt (erfolglos) von Mitgliedern der Bäuerlichen Notgemeinschaft nach Molotow-Cocktails durchsucht. Auf der anderen Seite war bis zuletzt versucht worden, eine freiwillige Räumung des Dorfes durchzusetzen. Von den örtlichen Kräften waren vor allem die Grünen, die Bäuerliche Notgemeinschaft und auch Teile der BI für eine freiwillige Räumung eingetreten.

Die Bäuerliche Notgemeinschaft sprach sich (im Gegensatz zu den Vertretern der BI und des BBU) auch im Gespräch mit Möcklinghoff hierfür aus.

Auch Pastoren aus dem Landkreis plädierten auf Dorfversammlungen für eine freiwillige Räumung. Der Kreis, der sich um weitere Vermittlungen bemühte, war erheblich größer. So erklärte Juso-Chef Pietcyk noch zu Beginn der Räumung vor der Fernsehkamera, daß eine solche Räumung der eigentliche moralische Sieg der AKW-Gegner sein würde. Auch Gruhl hielt sich für die Vermittlung einer freiwilligen Räumung bereit.

Vor diesem Hintergrund ist es einfach unredlich, den persönlichen Mut vieler hundert AKW-Gegner (darunter zahlreiche Landkreisbewohner), die sich durch die Alarmkette haben mobilisieren lassen, zu ignorieren, um diese Leute mit einzelnen Gurus der „prinzipiellen Gewaltfreiheit" gleichzusetzen, die sich in der Tat mehrfach als Hilfspolizisten zu betätigen versuchten (vgl. BUU-Gorlebenbroschüre, S.42). Zudem ist zu berücksichtigen, daß es vom linken Flügel der Anti-AKW-Bewegung keinen Versuch gegeben hat, gemeinsam organisiert in die Widerstandsdiskussion einzugreifen oder sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen,

sichtigen, daß es vom linken Flügel der Anti-AKW-Bewegung keinen Versuch gegeben hat, gemeinsam organisiert in die Widerstandsdiskussion einzugreifen oder sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen,

was überhaupt V o r a u s s e t z u n g für Behinderungsaktionen bei der Räumung gewesen wäre.

Die Diskussion um die Großaktion

Bekanntlich rief die Räumung der Freien Republik Wendland in der BRD Protestaktionen in einem bisher nicht gekannten Umfang hervor. In unserer (unvollständigen) Übersicht hatten wir eine Zahl von über 80 000 Beteiligten in über 40 Orten zusammengetragen. Daß innerhalb einer Wochenfrist von den beiden Gorlebenbroschüren (taz-Sondernummer und ‚Gorleben-Aktuell') über 60000 Stück verkauft wurden, ist ebenfalls ein Zeichen für die Breite des Protestes. Dennoch hat es bislang nach der Räumung nur Ansätze von Diskussionen über bundesweite Aktionen gegeben.

Auf dem Konsens-Papier im Dorf war noch ausdrücklich festgehalten worden, daß man eine Großaktion unmittelbar nach der Räumung in Erwägung ziehe, bzw. ein Teil hat sich dafür ausgesprochen. In der Erklärung der BI „und der Bewohner des Dorfes 1004" nach der Räumung wird das nicht einmal mehr erwähnt, sondern in allgemeinster Form davon gesprochen, daß die Aktion *„Voraussetzung für weiteres, gemeinsames Handeln geschaffen"* habe. Man werde den *„Widerstand weiter gemeinsam verstärken"* (‚taz', 10.6.80). Die Lüchow-Dannenberger BI legte sich einmal mehr quer. BI-Sprecher Wolf Römmig erklärte ohne jede Begründung (obwohl das schon eine alte, allmählich ausgeleierte, Platte der BI ist), die BI betrachte eine Großaktion *„für nicht zweckmäßig"*; man befürchte, eine solche Aktion könne die Lage vor Ort verschlechtern.

Schon klarer erklärte Gabi Jäger von der BI, daß eine Großdemo eben ein Aufruf *„zum Sturm auf den befestigten Platz"* bedeuten würde und das würde derzeit die AKW-Gegner *„nur auseinanderbringen und nicht zusammen"* (‚taz'-Broschüre).

Zwei allerdings völlig individuelle Aufrufe für eine Großaktion in der ‚taz' verpufften vollkommen. Die bereits erwähnte Stellungnahme eines ‚Atomexpress'-Redakteurs konstatiert, daß nunmehr eine Großaktion in Gorleben nicht zustande kommen werde, *„wenn, dann hätte sie gleich kommen müssen".* Allerdings hätten vor allem die Gewaltfreien um ihr Konzept fürchten müssen, da die *„Volksmassen ... manchmal unberechenbar"* seien. Er betont die Notwendigkeit einer Bundeskonferenz, um zukünftige Schwerpunkte, insbesondere eine Großaktion gegen den geplanten Weiterbau in Brokdorf festzulegen. Die Landeskonferenz Nordrhein-Westfalens, die in der Vergangenheit für eine Bundeskonferenz eingetreten war, hat diesen Vorschlag bisher nicht weiter verfolgt.

Ein auf dem Ökologie- und Frieden-Kongreß in Mainz vom BUU-Vertreter aus Hamburg eingebrachter Vorschlag, sich zumindest für eine Anti-AKW-Bundeskonferenz einzusetzen, wurde zwar begrüßt, dann aber im Protokoll vom BBU schlicht unterschlagen.

Angesichts der kommenden Aufgaben für die Anti-AKW-Bewegung ist es unumgänglich, die Diskussion über die künftigen Widerstandsformen und zentralen Aktionen zu intensivieren. Es ist das erklärte Ziel der Atommafia, „das offenbar irritierte Rechtsbewußtsein der vornehmlich jungen" AKW-Gegner an Normen zu orientieren, „die für den Bestand unserer Demokratie unverzichtbar erscheinen" (Möcklinghoff). Bürgerkriegsmanöver wie anläßlich der Zerschlagung des Besetzerdorfes 1004 sollen die Leute „einsichtig" machen, um ihren Widerstand generell in Bahnen zu lenken, die dem weiteren Ausbau der Atomenergie nicht ernsthaft in die Quere kommt.

der Zerschlagung des Besetzerdorfes 1004 sollen die Leute „einsichtig" machen, um ihren Widerstand generell in Bahnen zu lenken, die dem weiteren Ausbau der Atomenergie nicht ernsthaft in die Quere kommt.

Die Stellungnahmen insbesondere aus dem grünen Lager zur Räumung von 1004 zeigen, daß es für diese Orientierung auch innerhalb der Anti-AKW-Bewegung eine breite Basis gibt.

Die Atombetreiber führen diese Debatte angesichts ihrer großen Pläne für die nächste Zeit. Neben Gorleben steht die WAA-Planung in Hessen; Brunsbüttel wird in Betrieb genommen; nach den Wahlen soll voraussichtlich in Brokdorf wieder gebaut werden, um nur einige Beispiele zu nennen. Das erfordert eine gemeinsame Planung und Antwort der AKW-Gegner.

Ein Genosse aus Lüneburg und der AKW-Nein-Kommission

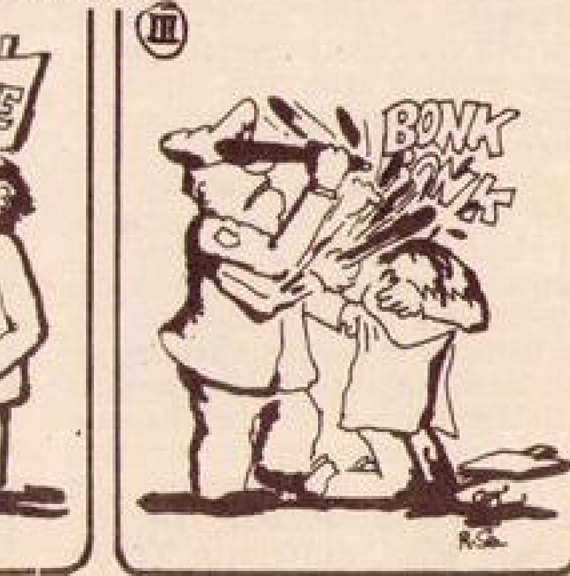
★★★











Stellungnahmen zur Räumung

Jusos

„Die Tatsache, daß die Räumung relativ glimpflich abgelaufen ist, sei ausschließlich dem besonnenen Verhalten der Platzbesetzer zu verdanken". Es habe sich gezeigt, *„daß bei der Auseinandersetzung um die Kernenergie die Gewalt vom Staate ausgeht".* Die Jusos kündigen an, *„daß sich ihre Organisation weiter am Widerstand gegen die Verwendung von Kernenergie beteiligen würde"* (‚Elbe-Jeetzel-Zeitung', 11.6.). Ferner schrieb der neue Juso-Vorsitzende Pietcyk in einem Telegramm an Möcklinghoff, *„der Polizeieinsatz könne die Diskussion mit friedlichen Atomkraftgegnern nicht ersetzen"* (‚taz', 6.6.).

DKP

Die DKP wandte sich mit einem Fernschreiben direkt *„an die zur Zeit tagende Sitzung des Bundeskabinetts z.Hd. von Bundeskanzler Helmut Schmidt"* mit der Aufforderung, die *„verfassungswidrige Notstandsaktion"* in Gorleben sofort zu stoppen. In einer Erklärung heißt es: *„Die Herrschenden zeigten in Gorleben ihr wahres Gesicht. Das Gerede von Demokratie und Bürgerwille wurde brutal zertreten, zerschlagen und in Tränengas gehüllt. Die Aktion ist demokratie- und menschenfeindlich, sie verstößt gegen unsere Verfassung".* Gefordert wird der Rücktritt des niedersächsischen Innenministers und das gemeinsame Handeln aller, *„die für demokratische Rechte und Freiheiten eintreten, die die Verfassung verteidigen, die für eine friedliche Zukunft aktiv handeln"* (Flugblatt der DKP Niedersachsen).

„Die Neue"

In einem Kommentar heißt es: *„Die Besetzer hielten ihren gewaltfreien Wiederstand durch ... Dies bedeutet sicher eine Stärkung der gewaltfreien Anti-AKW-Bewegung. Doch zugleich hat der zum Teil gewalttätige und brutale Einsatz der Polizei Zweifel über die Wirksamkeit dieser Widerstandsform verstärkt. Wenn demnächst wieder Molotowcocktails fliegen, sind dafür die Politiker verantwortlich".* Wer schon während der Besetzung die Gewaltfreiheit in Frage stellte, wird als *„Provokateur"* abgestempelt. So wußte die ‚Neue', daß die Einigung auf passiven Widerstand *„durch eingeschleuste Provokateure ohnehin*
immer wieder gefährdet war. So berichteten Journalisten, die sich län-
immer wieder gefährdet war. So berichteten Journalisten, die sich längere Zeit im Dorf aufgehalten hatten, von offensichtlich geschulten ‚Besetzern', die es immer wieder verstanden, die Diskussion über die Formen des Widerstandes neu anzuheizen". Ein Bullenspitzel soll Haschisch und sogar Waffen angeboten haben (‚Neue', 6.6.80).

GIM

„Der Widerstand der Besetzer war eine kämpferische Aktionsform. Die Diskussion über das ‚Prinzip Gewaltfreiheit' oder das ‚Prinzip Militanz' haben das Leben auf dem Platz oft unnötig angespannt. Der gesamte Erfolg der Aktion bestand allein darin, daß sie Aktions- und Widerstandsformen wählte, die dem tatsächlichen Stand des Kampfes und den Kräfteverhältnissen entsprachen" (‚Was tun', 12.6.80).

Die Grünen

„So wird einmal der Mittwoch, der 4. Juni 1980 in die Geschichte eingehen. Die Gummiknüppel, geschwungen gegen Gewaltlose, werden dann den Kern an Barbarei sichtbar machen, der in der späten Industriegesellschaft enthalten ist. Deutlich wird die grauenvolle Unmenschlichkeit des ‚Konsumismus' und seiner selbstgesetzten Zwänge. Wir erleben die am Ende doch zum Scheitern verurteilte Zerstörungsaktionen der Wachstumsfetischisten ... Die Knüppel der Polizei, die auf diese Vorposten niedersausten, haben den Rang der Speere, mit denen einst Roms Legionäre die ersten Christen zum Martyrium in den Zirkus führten: Nicht die Speere, sondern deren Opfer haben gesiegt. Kein Wort gegen die Legionäre, auch unter ihnen haben sich viele bekehrt, und man hat sie bewußt am Denken zu hindern gesucht, um ihres Einsatzes sicher zu sein. Aber sehr wohl ein Wort des Dankes und der Bewunderung für die, die sich so still der Gewalt darboten, als seien sie sich ihres späteren Sieges schon sicher" (‚Die Grünen', 7.6.80).

Die Grünen - LV Niedersachsen

Unter der Überschrift: *„Gewaltfreies Konzept hat sich durchgesetzt!"* bringen die ‚Grünen Informationen' Nr. 11 folgenden Kommentar: *„Da saßen 3000 Leute auf dem Platz und ließen nicht das kleinste Anzeichen von Gewaltanwendung erkennen. Das verwirrte die Polizei dann doch. Angriffe einiger Polizisten mit dem Knüppel auf friedlich sitzende Demonstranten wurden gemeldet. Aber vorher hatten die Besetzer die Wartezeit zu zahlreichen Gesprächen mit den Polizisten genutzt und viele wohl doch von dem gewaltfreien Widerstand überzeugt ... Das Konzept der Gewaltfreiheit war ein Sieg auf der ganzen Linie. Der Öffentlichkeit wurde eindrucksvoll gezeigt, daß AKW-Gegner nicht gewalttätig sind".*

Die Grünen
KV Lüchow-Dannenberg

„‚Einer ist immer der Dumme – die Polizei!' ... seufzte einer der Polizisten in der äußeren Absperrungskette bei der Räumung des Dorfes
1004. Er hat nur teilweise recht. Die
1004. Er hat nur teilweise recht. Die Polizei merkt es nur am eigenen Leib: Unser Gemeinwesen – unser Staat, unsere Gesellschaft – gerät durch die zunehmende Polarisierung in eine bedrohliche Krise. Wie können wir diese Krise bestehen? Indem wir versuchen, einander zu verstehen, statt uns zu verdächtigen ... Wir danken den vielen älteren Bürgern, die nicht nur mit den jungen Menschen geistig gerungen, sondern auch gemeinsam mit ihnen die äußerste Form des in einer Demokratie möglichen Widerstandes gewagt haben. Wir danken den Pastoren, die unermüdlich für Verständigung gearbeitet haben. Das Ende des Dorfes 1004 zeigt, daß seitens der Atomkraftgegner Konflikte friedlich ausgetragen werden können" (aus einer Anzeige in der ‚EJZ', 7.6.).

Die Grünen - KV Lüneburg

Das „Prinzip des gewaltlosen zivilen Ungehorsams" sei mit bewundernswerter Disziplin durchgehalten worden entgegen den *„Prophezeiungen des Regierungspräsidenten und Hoffnungen der Scharfmacher von rechts und links".* Die Räumung stände *„im Widerspruch zum Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel ... Die Grünen verurteilen dieses Vorgehen als Schaden für die Demokratie, während aus ihrer Sicht die disziplinierte Gewaltlosigkeit demokratisches Denken und den Widerstand gegen das Atomprogramm verbreitert und vertieft habe"* (‚Lüneburger Landeszeitung', 6.6.80).

BBU

„Die Platzräumung werde für die etablierten Parteien nicht ohne Auswirkungen bei der Bundestagswahl bleiben. Der niedersächsischen Landesregierung und der Bundesregierung warf der BBU Unfähigkeit vor, mit den Atomkraftgegnern und Platzbesetzern eine gewaltfreie Lösung des Konflikts zu finden. Das sei eine traurige Niederlage für demokratische Umgangsformen und ein Armutszeugnis für die politisch Verantwortlichen" (‚taz', 6.6.80).

Gaby Jäger
BI Lüchow-Dannenberg

„taz: Ist diese gewaltfrei abgelaufene Räumung jetzt ein Maßstab für weitere Aktionen, sowohl von der Bewegung als auch von der Gegenseite?

Gaby: Ich glaube, die Gewaltfreiheit ist für uns hier nie ein Dogma gewesen, auch für die Bauern nicht. Es sind auch schon im letzten Jahr Aktionen von der einheimischen Bevölkerung gelaufen, die nicht als gewaltfrei zu verstehen sind, und ich hoffe auch, daß das in Zukunft möglich ist und sich die Palette der Aktionsformen immer mehr verbreitert.

Ich würde allerdings sagen, für Großaktionen setzt diese Besetzung einen Maßstab. Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir morgen zu einer Großdemo hier aufrufen und zum Sturm auf den befestigten Platz blasen und so doch noch die Schlacht um den Bohrplatz führen. Und da bleibe ich dabei, daß uns solche Aktionen nur auseinanderbringen
und nicht zusammen. Aber auf der anderen Seite sind z.B. Bohrlochzer-
und nicht zusammen. Aber auf der anderen Seite sind z.B. Bohrlochzerstörungen, die konkreten Verzögerungs- oder Verhinderungscharakter für das gesamte Programm haben, immer gemacht worden, und ich find's auch richtig, daß die auch in Zukunft laufen. Nur ist es eben wichtig, wer das macht, aus welcher unmittelbaren Betroffenheit heraus. Nach dieser Großaktion jetzt müssen wir uns wieder auf uns besinnen und sehen, wie wir diese Wut und Empörung über den gigantischen Polizeieinsatz, die überall hier im Landkreis zu spüren ist, umgesetzt werden kann. Jetzt ist auch wieder mehr Kraft und Wut zum Widerstand da und auch eine breitere Basis im Landkreis selbst" (aus ‚taz'-Dokumentation: Gorleben).

Wat mut, dat mut...



Staats-Gewalt bei der Platzräumung — Aber wem droht ein Nachspiel?

Eine Woche Krankenhaushaufenthalt wegen Gehirnerschütterung, hervorgerufen durch Mißhandlungen von Bullen, so erlebte ein Göttinger Student – einer der 14 bis zuletzt ausharrenden Turmbesetzer – die „friedliche Räumung" von 1004.

„Nach dem reichlich groben Abtransport vom Dorf nach 1003 (der Gefangenensammelstelle – d.Red.) trieben mich drei Beamte zur erkennungsdienstlichen Behandlung, dabei wurde mir von hinten mit dem Schlagstock auf Kopf und Nacken geschlagen, daß ich zusammenfiel und benommen wurde. Weiter wurde ich in den Gefangenentransportbus, welcher hier stand als Gefängniszellenersatz, so hineingestoßen, daß ich mit dem Hinterkopf die Busscheibe herausschlug" (aus ‚Elbe-Jeetzel-Zeitung', 28.6.80).

Dazu ein Zeuge: *„Nur, weil er den Mund aufgemacht hatte"*, sei er von drei Polizisten zusammengeschlagen worden, *„wobei zwei ihn festgehalten haben und der dritte ihm mit dem Knie voll ins Gesicht gestoßen hatte ... Nachdem wir gefordert haben, daß ein Sanitäter kommen sollte, ist ein Beamter ... in die Zelle gegangen mit den Worten: ‚Das haben wir gleich'. Dann hob er den Knüppel, wobei Peter noch die Hände auf dem Rücken gefesselt waren"* (aus der Broschüre ‚33 Tage Besetzung auf 1004' von BUU/Hamburg und WAA-Gruppe Lüneburg).

Wie wenig übertrieben diese Berichte sind, wird daran deutlich, daß die für die erkennungsdienstliche Behandlung zuständigen Kripobeamten ihren Job zunächst nicht durchführen konnten, weil sie erstmal die Festgenommenen vor ihren prügelwütigen Kollegen schützen mußten. Diese Szene wurde von zwei Staatsanwälten beobachtet.

Für Peters Fall liegen gleich drei Anzeigen vor: Er selbst erstattete Anzeige gegen die Polizei wegen Körperverletzung im Amt, dasselbe tat auch die Polizeibehörde „von Amts wegen". Als drittes – das darf natürlich nicht fehlen – eine Anzeige gegen Peter wegen Widerstand.

Das Amtsgericht Uelzen wird entscheiden, ob Bullen wegen ihrer Prügeleien zur Verantwortung gezogen werden. Im Fall der Turmbesetzer soll noch darüber entschieden werden, ob sie die Kosten für die Räumung tragen müssen, so das niedersächsische Innenministerium – diesen AKW-Gegnern würden damit nicht nur stellvertretend für alle die strafrechtlichen Konsequenzen, sondern auch die Kosten für den teuersten Polizei-Großeinsatz auferlegt.

AKW-Nein-Kommission

Freispuch im BGS-Prozeß

Mit einem Freispruch endete der Prozeß gegen zwei Berlinerinnen, die bei Gorleben als Erntehelferinnen arbeitend, von einer BGS-Straßensperre vom Trecker gezerrt und dann wegen Körperverletzung (!), Widerstand, etc. angeklagt worden waren (siehe hierzu AK 180).

„Ganze Bündel von Zweifeln" waren hauptsächlich ausschlaggebend in der Urteilsbegründung. Der vor Skandalen strotzende Prozeß endete somit nach fünf (!) Prozeßtagen. Die dafür aufgelaufenen Kosten von 20 000 DM muß leider nicht der verantwortliche BGS-Einsatzleiter Wahl bezahlen, sondern die Staatskasse.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir auf eine Broschüre hinweisen: **„Widerstand in Gorleben" – Eine Dokumentation zur Kriminalisierung**
Herausgeber und Bezugsadresse:
Prozeßgruppe im AK Göttingen gegen Atomenergie
Marienstraße 10 34 Göttingen
Tel.: 0551/7700158
AKW-Nein-Kommission

Zwischenlager in Gorleben schon in den nächsten Jahren?

Nachdem bereits im März der Kreistag von Lüchow-Dannenberg einem Zwischenlager im Landkreis zugestimmt hatte, wies nun auch die niedersächsische Landesregierung dieses Gebiet als Standort aus.

Albrecht trat für eine zügige Genehmigung der von der DWK im April gestellten Anträge ein. Auf der etwa sechs Hektar großen Bodenfläche sollen 420 Behälter mit insgesamt 1500 Tonnen Uran trockengelagert werden (d.h. luftgekühlt). Die Baukosten der Halle werden mit 50 Millionen veranschlagt, die Kosten der Behälter mit einer halben Milliarde. Die Bauzeit beträgt nur etwa ein Jahr. Damit reicht die Kapazität für die „Entsorgung" von acht Reaktoren (von der Grüße des AKW-Biblis) für zehn Jahre.

Die Eile der AKW-Betreiber ist verständlich. Seit das Zwischenlager Asse wegen Überfüllung geschlossen ist und auch die Zwischenlagerbecken der AKWs sich bedenklich gefüllt haben, droht die gerichtliche Zwangsabschaltung, sofern sich an die Bestimmungen gehalten wird.

AKW-Nein–Kommission

Bürgerversammlung in Lüchow

Die mit der Räumung von 1004 inszenierten Bürgerkriegsübungen von Polizei und BGS beherrschten die Diskussion einer von der BI Lüchow-Dannenberg einberufenen und mit ca. 200 Teilnehmern gut besuchten Bürgerversammlung am 13. Juni. Betroffene Bürger berichteten übereinstimmend von einer Verschärfung der Atomstaatmanöver nach Beendigung der Räumung:

So wurde eine Woche nach der Räumung ein älterer Forstgehilfe im Wald brutal von BGSlern zusammengeschlagen, getreten und verletzt liegengelassen. Grund: der Waldarbeiter konnte sich nicht auf der Stelle ausweisen. Ganze Kolonnen mit Bullenfahrzeugen tauchten zur Einschüchterung in völlig abwegigen Landkreisbezirken auf. Einzelne Bürger, die sich beim örtlichen Bullensprecher über Mißhandlungen während der Räumung beschwerten, wurden mit einer Strafanzeige bedroht, falls sie sich weiter hierüber auslassen.

Den Berichten aus den Dörfern war zu entnehmen, daß das Erlebnis der Bürgerkriegsübung während der Räumung eine große Verunsicherung bewirkt hat – einzelne Bürger fühlten sich hierdurch motiviert, ihre neutrale Haltung gegenüber Atomanlagen aufzugeben.

Leider gelang es den gemäßigten „Cracks" der BI Lüchow-Dannenberg, die Stimmung abzuwiegeln. Marianne Fritzen (1. Vorsitzende der BI) versuchte, den Widerstand gegen den Atomstaat auf Briefe an die Bullenvorgesetzten zu orientieren; Jörg Janning (Ex-Pressesprecher und Mitglied im BBU-Vorstand) machte den kaum noch witzigen Vorschlag, sich doch per Post an die durch und durch korrupten Kommunalpolitiker zu wenden, damit diese dem Bullentreiben Einhalt gebieten: *„Aktenvorgänge schaffen, das ist die tödlichste Waffe, die wir haben."* Auch wenn diese Orientierung von mehreren Landkreisbewohnern als völlig illusionär angegriffen wurde, blieb es bei der Aufforderung, Augenzeugenberichte über Bullenübergriffe zu sammeln. Über weitergehende Vorschläge hätten, so J.Janning, sowieso nur „in kleinen Gruppen" Entscheidungen gefällt werden dürfen. Stattdessen wurde insbesondere von ihm in Richtung Bürgerdialog orientiert: Das durch die Besetzung erschwerte *„Miteinanderreden"* mit den Kommunalpolitikern müsse wieder beginnen: *„Da wir die besseren Argumente haben, werden wir immer die Stärkeren sein."* Als Wichtigstes müsse jetzt ausgenutzt werden, daß 40 Lüchow-Dannenbergern die Teilnahme an der „Anhörung" zum Thema Entsorgung vor dem Innenausschuß des Bundestages zugestanden sei. Als zweitwichtigste Angelegenheit bezeichnete Janning die Vorstrukturierung des von Baum in Aussicht gestellten „Hearings" über Endlagerfragen; dies sei *„eine wichtige Strategie, der wir uns zuwenden müssen".* Hierzu solle auch eine weitere Bürgerversammlung einberufen werden. Diese Orientierung wurde kritiklos geschluckt. Die fortschrittlichen Aktivisten aus dem Landkreis hielten sich – z.T. ausgepumpt und erschöpft durch die Aktionen der letzten Wochen – zurück bzw. hofften auf spontane Vorschläge für den weiteren Widerstand.

40 Lüchow-Dannenberger in Bonn

Ihre Anwesenheit bei der „Anhörung über die Möglichkeiten der Endlagerung radioaktiver Abfälle" wurde aufgrund der Besetzung von Innenminister Baum zugestanden. Jörg Janning sah als Vorstandsmitglied des BBU *„in der Öffnung dieser ursprünglich nicht öffentlichen Anhörung einen ersten Schritt der Bundesregierung, dem Anliegen der unmittelbar betroffenen Bürger nachzukommen, nicht immer nur von bereits getroffenen Entscheidungen informiert, sondern an der Entscheidung selbst beteiligt zu werden"* („EJZ", 23.6.).

Die neue Mitbestimmungslinie der Bundesregieung bekamen die 40 Landkreisbewohner, darunter mehrere Kommunalpolitiker, hautnah zu spüren: Nachdem sie vor Betreten des Bundestagsgebäudes mit Signalgeräten nach Waffen durchleuchtet und abgetastet und sämtliche Wendlandfahnen, Fotoapparate und Kassettenrekorder vorübergehend beschlagnahmt waren, wurden sie in einen Nebenraum bugsiert, von wo aus sie die „Anhörung" per Lautsprecher verfolgen sollten. Lediglich 3 durften den Schlagabtausch zwischen Prof. Grimmel und den Betreiber-„Wissenschaftlern" live verfolgen.

Neue Kaserne für 700 Mann Gorleben Polizei beschlossen!

Ungeachtet der Gesprächswilligkeit eines Jörg Janning haben die Kommunalpolitiker des Landkreises ihre restlose Verkommenheit mal wieder besonders deutlich vorgeführt: so wurde nur einen Tag nach dem bisher größten Bürgerkriegsmanöver und der polizeilichen Abriegelung ganzer Landkreisbezirke vom Lüchower Samtgemeinderat bei nur zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen der Flächennutzungsplan geändert und „ein Sondergebiet zum Bau von Polizeikasernen" in Lüchow ausgewiesen („EJZ", 7.6.).

Dem Lüchower SPD-Abgeordneten Schwarze diente gar der Ablauf der Räumung als Alibi für seine Zustimmung. Er sah *„in der relativ friedlichen Räumung des Bohrplatzes 1004 neue Ansätze für ein besseres Verhältnis zwischen Demonstranten und Polizei. Die Polizei dieses Staates sei die Polizei aller Bürger, auch der Kernkraftgegner. Schwarze: ‚Wir müssen miteinander auskommen. Wir können mit Sicherungskräften leben und mit gewaltlosem Widerstand'"* (ebenda).

Es wurde kein Hehl daraus gemacht, daß feste Verbände der „Gorleben-Polizei" in die Kasernen kommen. Während in erster Linie die Lehrer der 80 m vom Standort entfernten Grundschule erhebliche Proteste aus pädagogischen Gründen anmeldeten und in der Überzahl einen anderen Standort forderten, erschienen von der BI gerade 3 Mitglieder zu diesem Termin. Die einzige öffentliche Protesterklärung kam von den Grünen, die darauf hinwiesen, daß diese Einrichtung für die Gorleben-Polizei noch vor einem Jahr als Plan für eine angebliche Polizeischule verschleiert worden sei und ihre Besorgnis äußerten, daß durch solche Tricks *„das Vertrauen der Bevölkerung in die gewählten Vertreter aller in den Parlamenten vertretenen politischen Gruppen weiter ausgehöhlt und damit unsere Demokratie nachhaltig geschädigt wird"* („EJZ", 21.6.).

Ein Genosse aus Lüneburg

Ankündigung und Aufruf zur Mitarbeit

Bekanntlich hat die „Enquete-Kommission" des Bundestages ihre Empfehlung zur atomaren Zukunft der BRD bekanntgegeben und insbesondere die Wiederaufbereitung als „forschungspolitische Notwendigkeit" bezeichnet. Zudem wurde in der letzten Zeit für verschiedene atomare Anlagen grünes Licht gegeben, ihre Realisierung aber erst nach den Bundestagswahlen ins Auge gefaßt. Daher wollen wir im nächsten AK eine umfangreiche Übersicht über den Stand des Atomprogramms (laufende Bautätigkeiten, Planungen etc.) geben. Hierzu fordern wir alle Freund(innen) des AK und alle Genoss(inn)en auf, uns Material oder Berichte von Planungen vor Ort zuzuschicken. Falls für den Zeitraum bis zu den Bundestagswahlen Anti-AKW-Aktionen (welcher Art auch immer) geplant sind, denkt bitte daran, diese mit anzukündigen.

AKW-Nein-Kommission

Es geht auch anders ...

In der BRD wird für die Titandioxidproduktion als Ausgangsstoff ein Erz benutzt – Ilmenit –, das lediglich 45% Titandioxid enthält. Der Rest sind eisenhaltige Minerale. Entsprechend hoch sind bei der Aufarbeitung ungenutzte Stoffe. So entstehen pro Tonne produzierten Titandioxids bis zu 7 t Abfall. Anders wäre es, wenn als Ausgangsstoff das Erz Rutil benutzt würde. Es enthält 95% Titandioxid, das sich mit einem wesentlich umweltfreundlicheren Verfahren gewinnen läßt (in Frankreich und Italien wird dies bereits praktiziert).

Dieses Verfahren ist allerdings 15% teurer als die Herstellung von Titandioxid aus Ilmenit.

Eine andere Möglichkeit – unter Benutzung von Ilmenit – wäre es, die Abfallstoffe durch Recycling wieder aufzuarbeiten und so z.B. die für die Titandioxidproduktion benötigte Schwefelsäure zurückzugewinnen. Die Kronos Titan besitzt hierfür sogar Patente (entnommen aus: „Rettet die ELBE", Nr. 2, März 1980, einem Infoblatt, das u.a. von den betroffenen Hamburger Fischern herausgegeben wird).

Stoppt die Nordsee-Verseuchung!

Die Nordsee-Fischer schlagen Alarm: Über zwei Millionen Tonnen hochgiftiger Abfälle der Farbenindustrie werden jährlich allein von bundesrepublikanischen Firmen in die Nordsee gekippt, vorzugsweise in die Deutsche Bucht vor Helgoland. Die Folgen sind Fischsterben, durch Giftstoffe ungenießbare Fische, geschwürartige Fischerkrankungen und letztlich sogar die Gefahr des ökologischen Umkippens dieses Teils der Nordsee, was nicht abzusehende Folgen hätte. Die Industrie weigert sich, um des Profits willen, diese Abfallpraxis einzustellen. Die Bundesregierung, für die Genehmigungen zuständig, hat bisher keinerlei Schritte unternommen, obwohl das Ausmaß dieser Katastrophe lange bekannt ist.

Bayer-Leverkusen, einer der Seuchen-Herde, droht mit der Vernichtung von 4000 Arbeitsplätzen, wenn diese Abfallbeseitigung verboten werden sollte. Der Gesamtbetriebsrat (SPD dominiert) wendet sich nun nicht etwa gegen die kriminellen Praktiken der „eigenen" Kapitalisten, sondern an Bundeskanzler Schmidt, um mit den „Arbeiterstimmen" eine Sondergenehmigung für die Bayer-Kapitalisten herauszuholen. Und das alles auf Kosten der Gesundheit der Bevölkerung, der Existenz der Fischer und der Umwelt.

Um die Herstellung von Titandioxyd, ein Weißpigment, das in der Farbenindustrie verwendet wird, in der Bundesrepublik möglichst kostengünstig zu gestalten, dürfen jährlich zwei Millionen Tonnen Abfall aus dieser Produktion in die Nordsee gekippt werden.

Diese rigide Einleitungspraxis, die neben der BRD vor allem von Großbritannien und Holland betrieben wird, hat mittlerweile selbst in der Europäischen Gemeinschaft zu heftigen Kontroversen geführt (s. unten).

Die Auswirkungen dieser Verklappungen, die seit 1962 genehmigt wurden, haben bedrohliche Ausmaße für die Nordsee angenommen, so daß ein ökologisches Umkippen der Deutschen Bucht bei Helgoland, dem Hauptverklappungsgebiet, durchaus in reale Nähe gerückt ist.

Seit mehreren Jahren beobachten die Fischer in diesem Gebiet nicht nur einen starken Rückgang der Fischereierträge, sondern auch die rapide Zunahme von Fischkrankheiten. Geschwüre bei Klieschen und Kabeljau, „durchlöcherte" Makrelen und himbeerartige Wucherungen bei Butt und Aal sowie weggefaulte Schwanzflossen gehören mittlerweile schon zu den harmlosesten Auswirkungen. Inzwischen sind Seehunde *„mit tellergroßen offenen Bauchgeschwüren auf den Sandbänken vor Amrum und anderswo keine Seltenheit mehr."* In der Ostsee, so der Kieler Zoologe Drescher, *„hat die Kombination von DDT und PCB bereits bei 80 Prozent der weiblichen Kegelrobben über Verwachsungen der Gebärmutter zur Sterilität geführt."*

Für die Nordsee will Drescher ähnliches nicht ausschließen („Hamburger Abendblatt", 14.6.). Im Sommer 1971 kam es am holländischen Badestrand Zandvoort zu einem Spuk, den der „Stern" als „Horror-Film"-Version bezeichnete.

Eine Flut riesiger Quallen war an die Sandstrände geschwappt. An derart monströse Quallen (mindestens doppelt so groß wie normale Exemplare) konnten sich die ältesten Fischer nicht erinnern. 2500 Touristen, die die Quallen berührt hatten, mußten in ärztliche Behandlung. Ganze Strandabschnitte mußten gesperrt werden.

Die Erklärung, die Zoologen zum Riesenwuchs anzubieten hatten, war schockierend: *„Möglicherweise hatten Giftstoffe, die in die Nordsee eingeleitet worden waren, bei den Quallen Mutationen, also chemische Veränderungen des Erbgutesausgelöst...",* wobei als erbgutschädigend Blei und Quecksilber angesehen wurde. (Willi Lützenkirchen: „Verbrechen ohne Richter", S. 100).

Trotz dieser gravierenden Auswirkungen haben die Verklappungen in die Nordsee noch zugenommen. Neben den erwähnten zwei Millionen Tonnen aus der Titandioxyd-Produktion werden alljährlich von den Anliegerstaaten 1 Mio. t Kraftwerksasche, 1,90 Mio. t Feststoffe aus der Kohleproduktion und zahlreiche Salze und Schlämme in die See entladen (Walter L.H. Moll: „Taschenbuch für Umweltschutz I", S. 104).

Die Proteste nehmen zu

Nachdem die biologische Anstalt Helgoland Alarm geschlagen hatte, schritt die Bundesforschungsanstalt für Fischerei in Hamburg zur Tat, um mit „neuesten" Erkenntnissen über Fischkrankheiten in der Nordsee aufzuwarten. Desweitern dürfte die Genehmigungsbehörde für diese Verklappungen, das Deutsche Hydrographische Institut (DHI), ebenfalls kalte Füße bekommen haben, nachdem ihr im Januar 79 die Klage des Elbfischers Oestmann auf den Tisch geflattert ist.

Das Gericht prüfte in erster Instanz, ob der Fischer gegenüber der Bundesrepublik – das DHI untersteht Bundesverkehrsminister Gescheidle – überhaupt klageberechtigt (!) ist.

Es geht um die erlaubten Einleitungen von 340 000 Tonnen Klärschlamm sowie 750 000 Tonnen Dünnsäure (ein Gemisch aus Schwefelsäure bis 20 %, Eisensulfat bis 14 %, Wasser und nicht unerheblichen Mengen an Schwermetallen), die jährlich in die Deutsche Bucht eingeleitet werden.

Für den Fall, daß der Klage stattgegeben wird, hat der Hamburger Senat angekündigt, die anfallenden Klärschlämme im offenen Atlantik zu verklappen bzw. ab 1985 eine Landverbringungsanlage zu betreiben. Auf alle Fälle, so Baudirektor Sickert von der Stadtentwässerung, wird die Beseitigung teurer, was *„alle Sielbenutzer bezahlen müssen"* („Hamburger Abendblatt", 14.6.80).

Mittlerweile kündigten die Altenwerder Fischer eine Blockade der Klärschlammschiffe im Hamburger Hafen an, falls die Verklappung nicht unverzüglich eingestellt werden.

Etwas problematischer dürfte es dagegen schon für die „Kronos Titan GmbH" in Nordenhamm werden, die in der Vergangenheit (seit Mai 69) diese Form der Müll„beseitigung" vom DHI genehmigt bekam und die 1977 die Einleitungsquote noch von 650 000 auf 750 000 Tonnen erhöhte!

Der Titan-Geschäftsführer Pauls hat mit der Entlassung von 1.400 Arbeitern gedroht, „...*wenn die Einleitungsgenehmigung aufgehoben wird...*" (ebenda).

Genehmigte Einleitungen von Dünnsäure in die Nordsee: in t/pro Jahr (nur BRD)

Kronos-Titan GmbH/Nordenhamm	750.000	t	Deutsche Bucht/Nordsee
Kronos-Titan GmbH/Leverkusen	450.000	t	holländische Nordsee
Pigmentchemie	500.000	t	holländische Nordsee
Bayer/ Leverkusen	280.000	t	holländische Nordsee
Gesamt-Einleitungen/BRD	**1.980.000**	**t /pro Jahr**	

Doch gerade der Kronos-Titan (Leverkusen und Nordenhamm)war im November 1979 vom Bundesministerium für Forschung und Technologie insgesamt 2,5 Millionen Mark für die von ihr (!) beantragte Entwicklung eines neues umweltfreundlichen Verfahrens zur Herstellung von Titandioxyd genehmigt worden. Trotz Erstattung der Entwicklungskosten von 50 % (!) lehnte die Firma plötzlich ab, nachdem sie von ihrem amerikanischen Konzern National Lead zurückgepfiffen worden war. Die Investitionskosten seien zu hoch, hieß es („Gewerkschaftspost", 7/80).

Mittlerweile bekamen aber die Titanwerke wieder einmal grünes Licht für weitere Verklappungen. Klammheimlich hatte das Bundesverkehrsministerium eine weitere Genehmigung erteilt. Der Geschäftsführer der Kronos Titan, Pauls, brach jedoch die Verschwiegenheit in einer Presseerklärung, um den errungenen „Sieg" zu verkünden („Cuxhavener Nachrichten", 3.7.80).

Bayer-Betriebsräte gegen Umweltschützer

In ähnlicher Weise wie die Kronos-Titan-Werke ist Bayer-Leverkusen in Zugzwang geraten. Die Umweltschützer-Organisation „Greenpeace" verhinderte Mitte Mai durch eine Blockade (s. Bild) im Hafen von Rotterdam einige Tage lang, daß die „Chemietanker" mit Dünnsäure der Bayer AG auslaufen konnten.

Nach Beendigung der Schiffsblokkade wurde von „Greenpeace" Klage beim holländischen Obersten Verwaltungsgericht eingereicht, um die sofortige Aufhebung dieser Erlaubnis zu erreichen.

Kaum war die Klage eingereicht, drohte die Bayer AG mit der Stillegung der Produktion und konnte sich hierbei auf seinen hauseigenen Konzern-Betriebsrat (Marke SPD) stützen. In einem Brief an den Bundeskanzler bat der Vorsitzende des Bayer-Gesamtbetriebsrates, dieser solle sich bei dem holländischen Gericht dafür einsetzen, daß die Genehmigung zum Abpumpen in die Nordsee weiter bestehen bleibe.

Daraufhin distanzierten sich zehn oppositionelle Betriebsratsmitglieder (Minderheit) von dem Appell an Helmut Schmidt und veröffentlichten eine Erklärung, in der es heißt:„*Wir verurteilen den erpresserischen Versuch der Bayer AG, mit der Gefährdung oder Vernichtung von 4 000 Arbeitsplätzen zu drohen, um ungehindert weiter Umweltverschutzung betreiben zu können. Wir lehnen es ab, uns mit so einer Argumentation zum Erfüllungsgehilfen des Unternehmens machen zu lassen... Die Drohung, 4 000 Arbeitsplätze wären gefährdet, halten wir für eine gezielte Aktion, um davon abzulenken, daß schon lange geplant ist, die Farbenproduktion ganz oder teilweise nach Brunsbüttel* (gemeint ist die Schelde-Chemie, Anm. AK) *zu verlegen. In diesem Fall wären tatsächlich 3000 bis 4000 Arbeitnehmer in Leverkusen betroffen...*" („Die Neue", 28.6.).

Die Betriebsratsmehrheit fackelte nicht lange, berief eigens eine Sondersitzung ein und distanzierte sich in einer Erklärung. Während die Betriebsratsminderheit als kleine radikale Gruppe dargestellt wurde, die seit *„zwei Jahren ausschließlich Obstruktion"* betreibe, forderte man die Geschäftsleitung auf, sich gegenüber dieser Kritik „zu wehren", um die entstandene Verunsicherung der Belegschaft zu beenden: *„Soweit dem Betriebsrat unterstellt wird, er mache sich zum Erfüllungsgehilfen des Unternehmens, wenn er sich für die Erhaltung von 4000 Arbeitsplätzen einsetze, ist diese Unterstellung nicht neu, denn sie findet sich regelmäßig in linksradikalen Veröffentlichungen wieder. Für uns ist es bezeichnend und bedeutsam, daß es zwischen der Stellungnahme der „Besseren" (Info der BR-Minderheit) und der zum gleichen Zeitpunkt erschiedenen DKP-Zeitung „Die Pille" nicht nur sinngemäß, sondern teilweise wörtliche Übereinstimmungen gibt".*

Das BR-Mitglied Busbach leistete sich sogar die Frechheit, die Werksleitung zu fragen, wie lange sie es sich noch gefallen lassen wolle, daß die BR-Opposition mit Flugblättern und Presseerklärungen an die Öffentlichkeit ginge („taz", 30.6.80).

In der Erklärung heißt es weiter: *„Uns ist seitens der Firmenleitung wiederholt dargestellt worden, daß eine Neutralisierung der Dünnsäure technisch möglich ist, aber die dabei anfallenden riesigen Abfallmengen (Gips) und die dabei entstehenden Abwässer nirgendwo unterzubringen sind. Uns ist weiter mitgeteilt worden, daß an der Erledigung dieses Problems mit Nachdruck gearbeitet wird, aber auch bei Mitkonkurrenten noch keine Lösung gefunden wurde. Uns ist weiter mitgeteilt worden, daß die Dünnsäure- Verquirlung in die Nordsee nach wissenschaftlichen Erkenntnissen ungefährlich ist..."* (ebenda).

Abgesehen davon, daß in den Nachbarländern Italien und Frankreich aufgrund zahlreicher Proteste die Produktionsverfahren so umgestellt wurden, daß der Abfall an Land aufgearbeitet wird, ohne daß dies e i n e n Arbeitsplatz gekostet hätte, wirkt die Verharmlosung geradezu zynisch. Die Bayer AG hat nun aus „Sorge" um die Arbeitsplätze beim Kölner Regierungspräsidenten einen Genehmigungsantrag gestellt, ihr die Einleitung der Säure in den Rhein (wie in alten Zeiten bis 69) zu statten – vorsorglich versteht sich. Dieser Antrag stieß selbst bei der SPD auf heftige Kritik. Der NRW-Landwirtschaftsminister Bäumer (SPD) sprach von *„vorsintflutlicher Umweltschutzpraxis".* Und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen in Nordrhein-Westfalen bezeichnete in einer einstimmig gefaßten Erklärung, die Pläne der Bayer AG als *„unverantwortlich"* („FR", 4.6. und „Die Neue", 28.6.).

Der Hintergrund

Die Einleitungen dieser Abfälle ins Meer haben sich zu einem derart drastischen Problem entwickelt, daß der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft in einem Richtlinienentwurf vom 14. Juli 1975, der dem Europäischen Parlament vorgelegt wurde, drei Maßnahmen für die Mitgliedstaaten der EG vorsah:

- ein Genehmigungsverfahren für Einleitungen
- eine ökologische Kontrolle der Einbringungsorte und
- einen Plan zur Verringerung der Gesamteinleitungen um 95 % bis 1985!

Wurde im ersten Punkt weitgehend Einigkeit erzielt, stießen die ökologische Kontrolle der Einflutungsorte und die drastische Reduzierung auf den *„energischen Widerstand vor allem Großbritanniens und der Bundesrepublik..."* (Umweltgutachten der Bundesregierung, April 1978, S. 519 ff).

In der Begründung zur ablehnenden Haltung hatte die Bundesrepublik zu den Verklappungen folgendes vorgebracht: *„Während nämlich die EG-Mitglieder vorwiegend über Rohrleitungen punktförmig in Flußmündungen oder in Meeresbuchten einleiten, verklappt die Bundesrepublik von Schiffen aus ins Meer. Dabei werden die bereits verdünnten Schwefelsäuren und die Eisensulfate über die Schiffsschraube ins Wasser verquirlt, wodurch in kurzer Zeit eine zusätzliche Verdünnung (bis 1: 5.000) eintritt. ...Deshalb stellt nach deutscher Auffassung die Verwirbelung der Abfälle des Sulfataufschlusses ins Meer ... die umweltfreundlichste (!) Entsorgungsmethode dar..."* (ebenda).

AKW-Nein-Kommission



Atomgegner, die sich auf einer Straße zusammengekettet haben, um einen Atommüll-Transport aufzuhalten, werden von Mobilen Einheiten vom Weg geschleift

Demo gegen „Rüstung und Atom"

Turbulentes nationales Vorbereitungstreffen

Am 12./13.7. fand in Bonn ein Vorbereitungstreffen für eine nationale Demonstration gegen „Rüstung und Atom" statt. Dies Treffen war in Mainz, auf einer „Ökologie- und Friedenskoordination" beschlossen worden (Wir berichteten im AK darüber). Neben zahlreichen Initiativen waren die Grünen, die Jusos, der BBU, die DFG/VK und das ganze KOFAZ- und Revi-Spektrum vertreten. Allerdings besaßen die Revis bei den 100 Anwesenden eine Mehrheit, die teilweise weidlich ausgenutzt wurde.

Unter dem Motto „Atomkraftwerke und Atomwaffen – gemeinsam abschaffen" soll im Raum Lingen-Nordhorn eine nationale Aktion durchgeführt werden, wozu auch Demonstranten aus den Niederlanden erwartet werden. Mit ihrer Mehrheit setzten die Revis den Zeitpunkt der Aktion auf Mitte Oktober – nach den Bundestagswahlen – fest, was ursprünglich noch auf einem regionalen Treffen hatte festgelegt werden sollen. Dazu wurde ein Aufruf erarbeitet, bei dem die Revis aufgrund linken Drucks in Zusammenarbeit mit dem BBU auf viele Dinge verzichten mußten, die sie sonst immer wieder als „unverzichtbar" für ihre Mitarbeit erklären (es gäbe zur „Entspannung" keine Alternative, Verwirklichung der Helsinki-Beschlüsse, bzw. Lob der Abrüstungsverhandlungen u.ä.m. Wir werden uns im nächsten AK damit befassen und den Aufruf publizieren.

Aufgrund des unerträglichen Verhaltens der Revis zogen allerdings rund 20 Vertreter aus Anti-AKW-BI's aus acht verschiedenen Orten (Koblenz, Neuwied, Bonn, Bochum, Münster, Göttingen, Osnabrück und Hamburg) am zweiten Tag aus. Sie hätten sich *„einem Block vorgefertigter Meinungen hinsichtlich Stoßrichtung, Ort und Termin der Aktion"* gegenübergesehen, *„mit dem sie nicht mithalten konnten"*. In diesem Zusammenhang – zumal es in der Anti-AKW-Bewegung dazu keine vereinheitlichte Meinung noch eine nationale Diskussion in den BIs gibt – wird auch die bisherige Vorbereitung von DFG/VK und BBU kritisiert. Aus „parteipolitischem Interesse" sei die Aktion auf Oktober festgesetzt und in einer Presseerklärung über das regionale Vorbereitungstreffen ein entsprechender Beschluß erfunden worden.

Der Vorschlag des BBU, zum „Tag der Bundeswehr" in Kalkar am 13.9. eine Aktion zu veranstalten, wurde dann schlicht zu einer „Vorbereitung der 'eigentlichen' Oktober-Aktion gemacht". (Vom 5. - 14.9. wird in Kalkar anläßlich der 750-Jahr-Feier eine Bundeswehr- und Militärwoche veranstaltet als besondere Provokation und Einschüchterung aller Gegner des Schnellen Brüters). Für ein solches Vorgehen wolle man nicht die „Kulisse" abgeben.

„Wir halten die Gefahren, die von der Aufrüstung ausgehen, für so existenzbedrohend und den Kampf für Abrüstung für so wichtig, daß Aktionen von einer breiten Basis getragen werden müssen, die auch alle AKW-Gegner umfassen...

Wir werden uns nicht aus der Diskussion ausklinken, im Gegenteil, wir werden sie jetzt erst richtig beginnen. Unsere Vorschläge:

- **In den BIs sollte sich verstärkt mit den Fragen der atomaren Bewaffnung und Kriegsgefahr beschäftigt werden, um dann auf einem bundesweiten Arbeitstreffen hierüber zu diskutieren (Termin etwa Okt./Nov.).**
- **Auch in den örtlichen Diskussionen sollte die Zusammenarbeit mit anderen Kräften gesucht werden, um zu gemeinsamen Aktionen zu kommen**
- **Vorbereitung der Aktion in Kalkar: Wir sehen hier die Chance, den Charakter der Aktion gründlich zu diskutieren. Am 10.8. findet in Kalkar eine Landeskonferenz NRW statt."**

Polizei erhält Gummigeschosse und Pepper Fog

Fortsetzung von Seite 1

NATO-Nachrüstung und erkennbare antiamerikanische Tendenzen". Das habe am 6.5. *„kulminiert"*, wobei es *„nur noch eines Aufhängers wie der Vereidigung bedurft (habe), um die Militärkritiker auf die Straße zu treiben"* („Weser-Kurier", 31.5.80). In dieser Situation habe der Senat *„alle Anzeichen für Vorbereitungen von Gewalttaten"* schlichtweg ignoriert, die Demonstration weder verboten, noch genug für die Absicherung der Veranstaltung getan. Mehr noch: Jugendsenator Scherf habe mitten unter den Demonstranten die Aktionen *„angeheizt"* („Weser-Report", 11.5.), die Vereidigung als *„Quatsch"* bezeichnet und bei Steinwürfen der Demonstranten *„schadenfroh gegrinst"* („Weser-Kurier", 5.7.). Unterstützt wurden diese Angriffe durch Parteiaustritte rechter SPD-Mitglieder (wie z.B. des stellvertretenden Polizeipräsidenten) und durch öffentliche Angriffe aus Bundeswehrkreisen, die einen *„tiefen Graben"* gegenüber der SPD feststellten („Weser-Kurier", 31.5.).

Diese Propaganda der CDU trägt nur demagogische Züge. Scherf und Konsorten hielten eine solche Militaristen-Show just deshalb für „Quatsch" und haben dies sogar geäußert, weil dies die Linken provozieren mußte. Selbst Koschnik, der „Quatsch" und haben dies sogar geäußert, weil dies die Linken provozieren mußte. Selbst Koschnik, der innerhalb der SPD die Militär-Show durchgesetzt hatte, erklärte vor dem Ausschuß, daß er *„Zweifel an der praktizierten Form des Großen Zapfenstreichs"* habe, die er als *„vordemokratisches Ritual"* bezeichnete (lt. „TAZ", 24.6.). Scherf geriet deshalb unter besonderen Beschuß, weil er an der Demo teilgenommen hatte („ich bin kein Jugendsenator, der wegläuft"). Ihm wurde eine bundeswehrfeindliche Gesinnung vorgeworfen, bzw. soll seine Haltung zur Verunsicherung der Polizei beigetragen haben („Bremer Nachrichten",17.6.), insbesondere weil Scherf nach dem Bulleneinsatz auf dem Fest der Naturfreundejugend am 1.Mai erklärte, daß *„Polizeieinsätze solcher Art die Jugendarbeit schwer gefährdeten"* („Bremer Nachrichten", 17.6.).

Noch schärfer hatte Scherf dies am 6.5. gesagt: es sei *„unerträglich..., wenn immer wieder Polizisten mit untauglichen Mitteln dort eingreifen müßten, wo die Politik versagt habe"* (s.o.). Die CDU will Scherf nun abschießen, weil er einen brutalen Bulleneinsatz hatte umschiffen wollen, während sie fordert, die Polizei hätte die Demonstration *„von Beginn an offensiv"* auflösen sollen („BN",17.6.). Es ist völlig offensichtlich, daß die CDU jetzt parteipolitisches Kapital aus der Sache ziehen will. Sie kannte selbstverständlich vor der Aktion alle angeblichen VS-und MAD-Hinweise auf „Gewalttäter" und hat keineswegs das Verbot der Demonstrationen gefordert. Bei der Kampagne geht es offensichtlich darum, in Zukunft brutalere Polizeieinsätze vorzubereiten, für die die Polizei erst ausgerüstet werden soll.

SPD: Rechtsausrichtung nach dem 6.Mai

Die SPD-Führer nutzten die CDU-Kampagne, um in der Partei ihre Politik der militärischen Aufrüstung und Kriegspropaganda durchzusetzen. Am 16.5. kam „Krisenmanager" Wischnewski eigens dafür nach Bremen. Die Bremer SPD veröffentlichte eine Entschließung mit einem *„klaren Bekenntnis... zu Bundeswehr und NATO"*, sie forderte die Bestrafung der *„kriminellen Gewalttäter, die die friedliche Demonstration tausender Bürger mißbraucht"* hätten, zudem wurde eine *„deutliche Absage an jegliche Aktionseinheit von Sozialdemokraten mit Kommunisten"* erteilt („Weserkurier", 17.5.).

Die Jusos wurden verpflichtet, *„künftig jedes Vermengen verschiedener Demonstrationsabsichten zu verhindern und schon den Eindruck von Bündnissen mit Kommunisten durch gemeinsame Flugblätter zu vermeiden"* (s.o.).

Nun waren ja gerade die Jusos mit der SDAJ etc. ein Bündnis eingegangen, um überhaupt durchsetzen zu können, daß der Großteil ihnen folgen und nicht bis zum Weserstadion gehen würde. Auch hier ist offensichtlich, daß man sich in Zukunft lieber auf den Polizeiknüppel verlassen will, wo sich dann die Jusos von vornherein rauszuhalten hätten. Das zeigt sich deutlich an den Überlegungen von Polizeipräsident Diekmann (ebenfalls SPD).

Das zeigt sich deutlich an den Überlegungen von Polizeipräsident Diekmann (ebenfalls SPD).

Gummigeschosse für die Polizei?

Diekmann kritisierte die *„psychologische Belastung"* der Polizei angesichts der u.a. von Scherf vorgetragenen Kritik an dem Knüppeleinsatz bei der Naturfreundejugend. Zwar lobte er die angeblich *„flexible Taktik... mit hoher Toleranzschwelle"* („TAZ", 24.6.), aber in Zukunft soll mit anderen Mitteln vorgegangen werden. Da müssen auch „psychologische" (d.h. humane) Schwellen fallen. Worum es geht, liest man im Bericht von Polizeidirektor Lohse an die Innenministerkonferenz, BKA und Polizei-Führungsakademie München. Er beklagt, daß *„an den Schutzhelmen der Demonstranten... die Schlagstöcke schon bei den ersten Schlägen (zersplitterten); der Einsatz von Reizstoffsprühgeräten .. an der Distanz zwischen Polizeikräften und Steinewerfern (scheiterte)"* (in Gorleben und Freiburg war die dafür entwickelte Pepper Fog, die man wegen ihrer Gefährlichkeit aus dem Verkehr gezogen hatte, wieder dabei - Anm. AK.);

es hätten die *„Wasserwerfer... nicht wirkungsvoll eingesetzt werden (können), da nur schmale Wege für die Anfahrt zur Verfügung standen"* Fazit: *„Unsere Einsatzmittel blieben weitgehend wirkungslos"* (nicht natürlich, um blutige Köpfe zu hauen, sondern jeden Protestansturm der Demonstranten von vornherein zu zerschlagen).

Zudem fordert Lohse die Bewaffnung der Polizei mit den *„bisher abgelehnten Gummigeschossen... Sollte dieses Mittel nicht erwogen werden, ist die Polizei den Steinwürfen im Objektschutz wehrlos ausgesetzt"*. Solche Geschosse - muß man wissen - können bei geringerer Entfernung tödliche Wirkung haben.

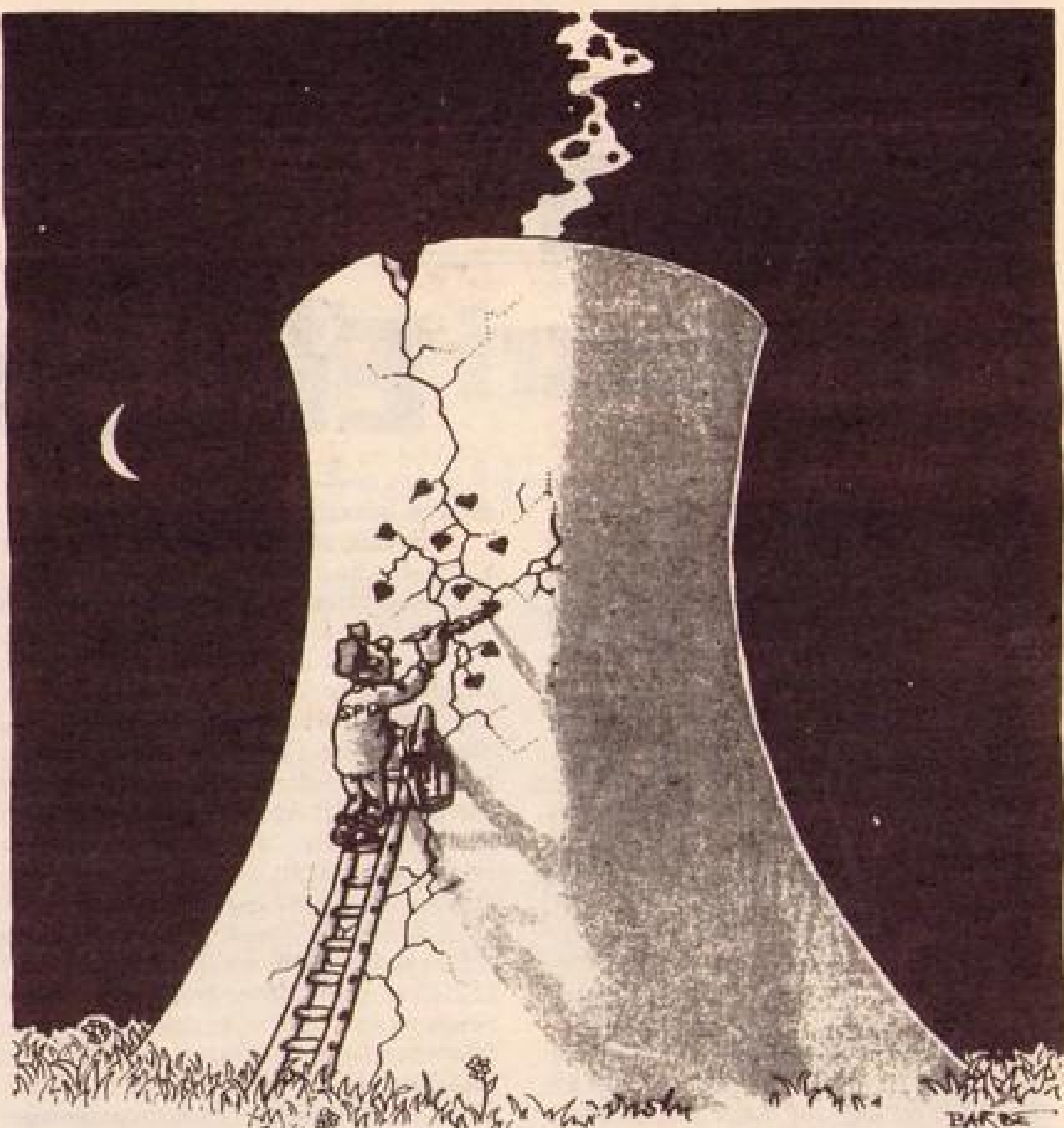
2. Verstärkung der *„Eingreif- und Festnahmetrupps"*.
3. *„Eine weiter vorgezogene Aufklärung"* und *„Festnahmen aus polizeirechtlichen Gründen"* (als Anwendung der Vorbeugehaft mit angeblichen Spitzelberichten gegen einzelne Personen; - alle Zitate aus „Weser-Kurier", 27.6.).

Kritisiert wurde schließlich massiv die Spitzeltätigkeit von MAD und VS. Der parallel zum Untersuchungsausschuß mit der Untersuchung beauftragte FDP-Politiker Graf bemängelte in seiner Dokumentation, daß sich die Nachrichtendienste nicht gegenseitig von ihren Erkenntnissen unterrichtet hätten. Zwar hätten bei nahezu allen (!) Demonstrationsvorbereitungstreffen Spitzel gesessen, teilweise gleich mehrere, darunter aber auch frisch angeworbene, deren Berichte noch nicht richtig vertrauenswürdig sein konnten, aber eine gemeinsame Auswertung habe es nicht gegeben („WK", 25.und 27.6.).

Die Hilfsdienste der Jusos

Eine zwielichtige Rolle spielt insbesondere Juso-Chef Parpart bei dieser ganzen Geschichte: Polizeipräsident Diekmann hatte bei seiner Vernehmung am 12.6. überraschend erklärt, *„ der Vorsitzende der Bremer Jungsozialisten, Veranstalter der angemeldeten Demonstration mit aus-*
klärt, *„ der Vorsitzende der Bremer Jungsozialisten, Veranstalter der angemeldeten Demonstration mit aus-*
drücklich erklärten friedlichen Absichten, habe ihn vier Tage vor der NATO-Feier über seine Sorge vor möglichen Ausschreitungen unterrichtet und während dieses Gesprächs ein Verbot der von ihm angemeldeten Demonstration angeregt. Aus polizeilicher Sicht ... sei jedoch ein solches Verbot nicht zweckmäßig gewesen" („FR", 13.6.). Eine volle Woche später bestritt dann Parpart diese Aussage des Polizeipräsidenten, die Erklärung dazu muß aber als eine Bestätigung gesehen werden, denn verstehe wer will, was da dementiert werden soll: Parpart habe lediglich vorsichtig nachgefragt, *„ob aus Sicherheitsgründen beabsichtigt sei, den Ort der Kundgebung zu verbieten. Anlaß dazu seien Zeitungsmeldungen ... gewesen, nach denen selbst Anschläge der irischen IRA nicht ausgeschlossen werden könnten"* („Bremer Nachrichten", 20.6.). Offensichtlich haben sich die beiden Sozialdemokraten etwas mißverstanden, denn Parpart wollte offenbar nur den Kundgebungsort verboten haben. Die Jusos hatten einen Kundgebungsort weiter weg vom Weserstadion durchsetzen wollen, wogegen selbst die Revis eingetreten waren. Parpart gab offen zu, daß ein solches Verbot *„sicherlich die Position der Jusos in der 'Initiative gegen die Rekrutenvereidigung', die sich für den Rathausplatz als Kundgebungsort stark machen wollten, wesentlich erleichtert"* hätte (s.o.). Da sowohl Parpart als auch Diekmann trotz der Verpflichtung, vor dem Ausschuß unter Eid auszusagen, bei ihrer Version blieben, sollten sie diese Sache der „Glaubwürdigkeit" halber vor Gericht austragen, denn es dürfte für alle Antimilitaristen von Interesse sein, daß da noch mehr Licht in dieses Dickicht fällt.

(Nach einem Bericht der KB/Gruppe Bremen).



Die SPD und die Grünen

Dieses Thema einer Veranstaltung der Initiative „Freiheit statt Strauß" und die dargebotene Prominenz hatten immerhin über 1000 Leute in die Göttinger Stadthalle gelockt. In die Uni hatten sich die Initiatoren nicht getraut, da eventuell mit einem Verbot zu rechnen gewesen wäre. Dann doch lieber eine Stange Geld bezahlen, als sich solchen Unannehmlichkeiten aussetzen.

Es sprachen zunächst für die Veranstalter Klaus Staeck und Hasso Düvel, dann für die SPD Iring Fetscher und Klaus Traube, für die Grünen Petra Kelly und Ossip K. Flechtheim. Die Regie führte Ex-Juso-Bundesvorsitzender Gerhard Schröder. In der Hoffnung, daß sich die absolute Übermacht unter den Festrednern auch in Publikumssympathie für die SPD verwandeln würde, sollten sich die Veranstalter getäuscht haben.

Strauß muß verhindert werden, und das geht nur mit dem Stimmzettel – das war die Quintessenz von Staecks etwas langatmiger Rede zur Entstehungsgeschichte von „Freiheit statt Strauß". Hasso Düvel präsentierte sich als der Kollege schlechthin, der schon früh gemerkt habe, daß man was gegen Strauß machen muß. Seine Laudatio auf die Einheitsgewerkschaft war letztendlich ein Appell, der Politik der DGB-Führung weiterhin brav zu folgen. Die Gespräche zwischen Strauß und Vetter blieben natürlich unerwähnt.

Beide Redner zeichneten sich dadurch aus, die Existenz einer Anti-Strauß-Bewegung außerhalb von SPD und Gewerkschaften nicht zur Kenntnis zu nehmen und unverfroren so zu tun, als seien alle wesentlichen Strauß-Gegner schon bei ihnen versammelt.

Flechtheim begründete sein Engagement für die Grüne Partei damit, daß sie einen Ansatz biete zu einem
Flechtheim begründete sein Engagement für die Grüne Partei damit, daß sie einen Ansatz biete zu einem
neuen Typ von Partei, mit mehr unmittelbarer Demokratie, mehr Basismitsprache; einen Ansatz auch zur Bearbeitung zweier wichtiger Fragen: der ökologischen Frage angesichts der Grenzen des Wachstums und der Frage nach dem sozialistischen Ideal von mehr Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Mit der Bemerkung, daß die Grüne Partei für ihn nicht die neue alleinseligmachende Kirche sei, hat er sicher die skeptische Stimmung eines großen Teils der Zuhörerschaft ausgedrückt.

Fetscher präsentierte sich als „echter Grüner" – nur eben in der SPD. Von der Kritik am Ausbau der Kernenergie, Kritik an der „auf Wachstum programmierten Industriegesellschaft", bis hin zur Forderung nach Verbindung von Ökologismus und Feminismus (was immer das sei) hatte er alle Schlagworte drauf, die auf diesem Sektor „in" sind. Vollste Übereinstimmung mit den Grünen also, deren einziger Fehler darin bestehe, eine Partei gegründet zu haben und damit ausgerechnet auch noch zu den Bundestagswahlen anzutreten.

Petra Kelly zählte sehr engagiert das Sündenregister der Bundesregierung in Sachen Umweltschutz und Frauenpolitik auf. Immer wieder wandte sie sich dagegen, daß die Grünen von der SPD als Ein-Punkte-Partei bezeichnet werden. Zu Strauß äußerte sie sich nur nach entsprechenden Zwischenrufen: für sie als Frau sei ein Kanzler Strauß besonders unvorstellbar, da gebe es doch den kleinen Unterschied zu Schmidt. Enttäuschend mager! Durch häufiges Betonen der Gemeinsamkeiten mit der SPD-Basis und konkrete Verbesserungsvorschläge für deren Politik öffnete sie weit die Tore für die Umärmelungspolitik von Fetscher und Traube nach dem Motto: wir wollen ja alle das Gleiche.

Auch Traube bezeichnete sich als Grüner. Sein Part war es insbesondere, die linken Protestierer mal wieder für die SPD einzukaufen. Da war kein Argument zu schade: Die Grünen überschätzen die Möglichkeiten der Parteien in der Parlamentarischen Demokratie; die SPD entwikkelt sich erst dadurch, daß die BIs Druck ausüben; das Bewußtsein der breiten Massen kann man nur in und mit der SPD verändern; und immer wieder die magischen 40%, die man innerhalb der SPD schon gewonnen habe. Es fehlt doch nicht mehr viel bis zur „Machtergreifung"

Spannend wurde es, als zwei Göttinger „Alt-Linke" in der anschließenden Plenumsdiskussion engagiert und schonungslos mit zehn Jahren SPD-Politik abrechneten. „Noch einmal lassen wir uns nicht von euch einkaufen" war der Tenor, der das Publikum zu frenetischen Beifall und „Zugabe"-Rufen verlockte und endlich mal den ganzen Frust über die zu jeder Wahl so zum Kotzen gleich erbärmliche SPD-Taktik zum Ausdruck brachte.

Daß die Grünen mit ihren sehr agitatorischen (Petra Kelly) oder sehr sachbezogenen (zwei Vertreter des Göttinger Vorstands) Beiträgen lange nicht so viel Beifall erhielten, zeigt auch die Skepsis des Publikums, ob sie denn auch tatsächlich die Alternative zur SPD sind, die sie zu sein vorgeben. Dies an diesem Abend überzeugend darzustellen war angesichts der jüngsten Entwicklung der Grünen schwierig; durch weitgehende Ausklammerung der Strauß-Problematik wurde aber eine wesentliche Chance vertan. Die Grünen können noch von Glück reden daß die SPD'ler sich offensichtlich noch nicht genauer mit Programm und Wahlplattform beschäftigt haben. Jedenfalls verzichteten sie darauf, ihnen die entsprechenden Passagen um die Ohren zu schlagen.

Spannend wurde es noch einmal, den Passagen um die Ohren zu schlagen.

Spannend wurde es noch einmal, als von einem grünen Mitglied die SPD-Demagogie: wer Strauß nicht will, muß Schmidt wählen, angegriffen wurde. Zehn Jahre SPD-Politik habe die Strauß-Kandidatur nicht verhindert, sondern ihr erst den Boden bereitet. Strauß verhindere man nicht mit dem Stimmzettel, sondern durch eine antifaschistische Mobilisierung der Öffentlichkeit, und dazu hätte die SPD herzlich wenig beizutragen. Alle folgenden SPD-Redner griffen diesen Beitrag heftig an, die Rednerin sei wohl etwas grün hinter den Ohren und leugne die antifaschistische Tradition der SPD. Dieses demagogische Bubenstückchen wurde reichlich ausgewalzt, bis ein linker Beitrag die Proportionen wieder richtigstellte: eine SPD, die heute für Stammheim, Berufsverbote und Kontaktsperregesetz verantwortlich sei, habe aus ihren Verlusten im Faschismus anscheinend nicht viel gelernt.

Im Gegensatz zu so manchen anderen Veranstaltungen, wo es lange vor Schluß schon heftig bröckelt, folgte hier das Publikum bis zum Ende mit großer Aufmerksamkeit. Obwohl Juso-Schröder mit geschickter Regie Fetscher und Traube die Schlußbeiträge zuschob, wurde der Beifall für die SPD eher matter. Wer hört schon gern immer das Gleiche.

Die Göttinger Linke hat total unterschätzt, daß die Bundestagswahlen eben immer noch Zeiten sind, in denen das politische Interesse sprunghaft ansteigt. Weder die Bunte Liste, noch KB, KBW, DKP waren mit eigenen Beiträgen vertreten, obwohl es gerade für BuLi und KB genug zu sagen gegeben hätte. Da muß sich noch einiges ändern, Genossen! Für die Grünen stellt sich die Frage, ob mit der derzeit vorherrschenden Defensive gegenüber der SPD der Wahlkampf in Göttingen zu bestehen ist.

KB/Gruppe Göttingen

Mitgliederversammlung der Hamburger Grünen:

Ein schwaches Bild!

Der „partnerschaftliche Geist“, der auf dem Dortmunder Parteitag – bei weitgehender Zurückhaltung der Linken – zur Verabschiedung einer „konsensfähigen“, d.h. schwammigen und teilweise sogar reaktionären Wahlplattform führte, beseelt auch den Hamburger Landesverband der GRÜNEN: *„Aufgrund der unterschiedlichen sozialen und politischen Herkunft der Einzelnen und Gruppen gibt es in der Partei der Grünen auch die unterschiedlichsten politischen Strömungen. Ziel muß es sein, zwischen diesen Strömungen immer wieder nach einem gemeinsamen Nenner (Konsens) zu suchen.“* Diese Aussage wurde auf der **Hamburger Landesmitgliederversammlung** (bei nur ca. 150 Anwesenden) **am 5.7.** in einer „Erklärung zur Lage der Grünen Partei nach dem Dortmunder Bundesparteitag“ formuliert.

Hatten die linken Grünen namentlich die Z-Gruppe vor und nach dem Dortmunder Parteitag noch getönt, man werde in jedem Fall und unabhängig von den Ergebnissen des Parteitages in Hamburg seine eigene linke Sache durchziehen; hatten eine Reihe Hamburger Parteitagsdelegierter (auch aus der Z-Gruppe) auf Bezirksebene die Dortmunder Wahlplattform rundheraus als „Schrott“ abgelehnt – auf der Landesmitgliederversammlung regierte wieder das „Konsensprinzip“. Ein Antrag von KB-Mitgliedern bei den Grünen, die Dortmunder Wahlplattform als unzureichend und unzweckmäßig für den Hamburger Wahlkampf abzulehnen und stattdessen einen eigenen Wahlaufruf zu formulieren, **„der die fortschrittlichen Positionen des Saarbrücker Programms aufnimmt und über dessen Unzulänglichkeiten und reaktionäre Passagen hinausgeht“**, war nicht konsensfähig“. Bei zehn (meist rechten) Gegenstimmen und 19 (meist linken) Enthaltungen wurde mehrheitlich eine Resolution angenommen, die „für jeden etwas“ enthält: *„Für die Beteiligung der Grünen an der Bundestagswahl haben die Parteitage in Saarbrücken und Dortmund ein Programm und eine Wahlplattform verabschiedet, die insgesamt einen Kompromiß zwischen allen in den Grünen vertretenen Strömungen darstellen. Auf diesen Grundlagen sollte es allen politischen Gruppierungen in der Grünen Partei möglich sein, einen Wahlkampf für unsere gemeinsamen Ziele zu führen.“*

Die hier vorgenommene Gleichsetzung des Saarbrücker Programms und der Dortmunder Wahlplattform wird im folgenden Absatz etwas relativiert: *„Ungeachtet dessen halten wir die Dortmunder Wahlplattform in bestimmten Abschnitten, namentlich die Abschnitte Steuerpolitik und Sozialpolitik, für unausgereift und teilweise im Widerspruch mit der radikaldemokratischen Substanz des Bundesprogramms stehend. Die Hamburger Landesversammlung beauftragt daher eine Arbeitsgruppe, zu diesen Themen Aussagen zu erarbeiten, die mit den sozialen und demokratischen Überzeugungen des Bundesprogramms übereinstimmen.* **Damit drücken wir gleichzeitig aus, daß das in Saarbrükken beschlossene Bundesprogramm die authentische Gesamtaussage der Grünen ist.“** Diese dezente Kritik an der Wahlplattform war den Grünen aus der aufgelösten „KPD“ schon zu weitgehend. Sie übernahmen auf der Landesversammlung überhaupt den Part der rechten Opposition, während GLU und Achberger sich wesentlich darauf beschränkten, ihren Reden Beifall zu klatschen. Die Ex-„KPD“ler bedauerten sogar ausdrücklich den Austritt von Baldur Springmann, während Jürgen Reents (Z-Gruppe), der sich nach eigenen Worten „in die Rolle des Vermittlers“ zwischen links und rechts gedrängt sah, gern auf Springmann, nicht aber auf die von ihm „verführten“ (eigentlich gutwilligen) Mitglieder der GLSH verzichten wollte (so wurde es auch mit in die Resolution aufgenommen).

Als Spitzenkandidat der Hamburger Landesliste wurde Corny Littmann aufgestellt, bekannt als Aktivist in der Schwulenbewegung. Auf Platz 2 wurde die Betriebsrätin Marion Pein gewählt. Beide gehören zur abgespaltenen Minderheit der Bunten Liste („Bergpartei“).

Als ärgerliche Verarschung erwies sich die von der Z-Gruppe noch ein paar Tage vorher gegebene Zusage, auch „unabhängigen“ (nicht-grünen) Kandidaten Plätze auf der Landesliste anzubieten. Konkret hatte sich folgendes abgespielt:

1. Akt: Am 11. Juni teilt der Z-Chef einem Mitglied des LG des KB die Absicht mit, Basisinitiativen und linke Organisationen in Hamburg – u.a. auch den KB – zur Mitarbeit an einer speziellen Hamburger Wahlplattform (Wahlaufruf) einzuladen. Das LG-Mitglied entgegnet, daß dieses Angebot auch die Aufnahme „unabhängiger Kandidaten“ auf die Hamburger Landesliste der Grünen beinhalten sollte. Schlußwort des Z-Chefs: Das sei eine interessante Idee, die man sich überlegen werde.

2. Akt: Am 27. Juni wird Jürgen Reents, medienprominentes Z-Mitglied, für den AK 180 interviewt. Auf die bewußte Sache angesprochen, antwortet er: Für den Hamburger Wahlkampf solle *„eine zusätzliche Programmatik ausgearbeitet“* werden, *„mit der wir auch die Schwächen der Wahlplattform ausbügeln können“.* An dieser Ausarbeitung sollten auch *„andere Gruppen und Strömungen... beteiligt werden“.* **„Das Gleiche könnte m.E. auch für die Aufstellung der Kandidatenlisten gelten –d.h., daß auch hier Angebote zur Beteiligung von Nicht-Mitgliedern der Grünen Partei gemacht werden, sofern sie selbst die Bereitschaft dazu haben.“** (AK 180, S. 32).

3. Akt: Am 2. Juli erkundigt sich Jürgen Reents bei einem Mitglied des LG des KB, ob der KB wirklich an einer „Öffnung“ der Hamburger Landesliste interessiert sei und wer dafür personell in Frage kommen könnte. Ihm wird das Interesse des KB an einer solchen „Öffnung“ bestätigt. In Frage kämen hierfür z.B. ehemalige Bürgerschaftskandidaten der Bunten Liste. Kommentar von Reents: Es dürften aber „selbstverständlich“ keine Kandidaten vorgeschlagen werden, die die Grünen als „Agenten“ beschimpft hätten. Diesen eher nebulösen Hinweis konkretisiert der Z-Chef ein paar Tage später, wiederum im Gespräch mit einem LG-Mitglied: XY dürfe selbstverständlich nicht als Kandidat(in) vorgeschlagen werden, weil er/sie sich in der Buli-Auseinandersetzung „diffamierend“ gegen Z-Mitglieder engagiert habe!

Letzter Akt: Auf der MV am 5. Juli wird die versprochene Listen-'öffnung' nicht einmal andiskutiert. Ein entsprechender Antrag von KB-Mitgliedern bei den Grünen fällt schlicht unter den Tisch. Das „Angebot“ an die „Bürger- und Basisinitiativen “, sich an der Erarbeitung eines Hamburger Wahlprogramms zu beteiligen, erweist sich vor diesem Hintergrund als billiger Wahlrummel. Dies umso mehr, da die Grünen Hamburgs hierzu am 5.7. sowieso schon erklärt haben, daß das Saarbrückener Programm **„die authentische Gesamtaussage der Grünen“** sei, zu der es lediglich noch *„ergänzende und konkretisierende Wahlaussagen“* auf Bereichsebene geben solle.

Zum Stichwort „Verarschung“ noch eine Schlußbemerkung: Die Hamburger Grünen rühmen sich in einer Presse-Erklärung (7.7.) sehr, daß – falls ein Hamburger Kandidat in den Bundestag gewählt werden sollte – nach zwei Jahren ein Wechsel stattfinden solle (also C. Littmann die ersten 2 Jahre und M. Pein die beiden anderen Jahre). Dies stehe, so lobpreisen sich die Grünen, im Gegensatz *„zu allen etablierten Parteien“.* **„Diese Absicht ist Ausdruck unserer Überzeugung, daß Abgeordnetenmandate nicht als persönliche Pfründe betrachtet werden dürfen, in denen man sich fest einrichtet.“**

Das klingt ganz wunderschön und kostet überhaupt nichts, weil kein vernünftiger Mensch damit rechnet, daß die Grünen diesmal den Klimmzug über die bekannte Hürde schaffen. Wäre dies Versprechen mehr als eine bewußte V e r a r s c h u n g , so sollten die Grünen mit der Realisierung am besten s o f o r t dort beginnen, wo sie es k ö n n e n : In Hamburg-Eimsbüttel, wo die Abgeordneten Kiehne und Kukielka (Mitglieder der grünen BuLi-Minderheit) gerade 2 Jahre hinter sich gebracht haben!

»Grüne« Logik

Daß sich die „grüne“ Logik den tradierten, dogmatisch-verknöcherten Denkstrukturen entzieht, ist bekannt. Ein Paradebeispiel dafür ist folgende Aussage aus einer Erklärung *„Die GRÜNEN bleiben die ökologische Partei“* (25.6.): **„Die Wahlplattform der GRÜNEN hat die um das Bundesprogramm von Saarbrücken entstandenen Differenzen innerhalb der Partei inhaltlich beigelegt. Es ist daher falsch zu versuchen, aus der mit teilweise über 95 % Fürstimmen angenommenen Wahlplattform irgendeinen Kurswechsel der GRÜNEN herauszuinterpretieren“.** Unterschrieben ist diese Erklärung vom Bundesvorstand und von Sprechern der Landesverbände Baden-Württemberg, Bayern, NRW, Hessen, Niedersachsen, Westberlin, Rheinland-Pfalz und Saar.

Wir wollen diese Aussage hier einmal an den Maßstäben herkömmlicher (dogmatischer, verknöcherter etc. pp.) Logik messen, um die ungeheure Überlegenheit „grünen“ Denkens zu veranschaulichen: Der Aussage zufolge haben Differenzen bestanden und sind beigelegt worden. Daraus würde sich nach herkömmlicher Logik ergeben müssen, daß zumindest bei einem T e i l , möglicherweise aber auch bei allen beteiligten Teilen der Grünen eine Positionsveränderung stattgefunden hat. Eben dies wird in der Erklärung aber bestritten.

Ebenfalls nach herkömmlicher Logik beinhaltet die zitierte Erklärung, daß zwischen dem Saarbrückener Programm und der Dortmunder Plattform im wesentlichen I d e n t i t ä t besteht. Diese Vermutung liegt jedenfalls in der Aussage, daß aus der Plattform kein Kurswechsel der Grünen herauszuinterpretieren sei. Dies wiederum würde bedeuten, daß die ehemaligen Kritiker des Saarbrückener Programms inzwischen auf dessen Positionen übergegangen sind, also zumindestens die Kritiker einen „Kurswechsel“ vorgenommen haben.

Die Aussage der Erklärung schließlich, daß die Differenzen um das Saarbrückener Programm *„inhaltlich beigelegt“* seien, kann von Dogmatikern, und Formal-Logikern dahingehend mißinterpretiert werden, daß diese Differenzen nicht mehr bestehen. Daß es also über die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, über die Forderung nach ‚Entflechtung‘ der Konzerne, über die sozialen Forderungen des Saarbrückener Programms usw. usf. bei den Grünen keine inhaltlichen Differenzen mehr gibt. Einem verknöcherten Denken könnte das als plumpe Verarschung erscheinen, da das Weiterbestehen dieser und anderer Differenzen offensichtlich ist. Der scheinbare Widerspruch löst sich aber in Wohlgefallen auf, wenn man im Auge behält, daß die Grünen weder rechts noch links, sondern unheimlich weit vorn sind.

AK-Redaktion.

Auflösung der AL Westberlin?

Am 11.7. trafen sich ca. 60 Mitglieder der AL Westberlin, AL-Grüne und „Nur“-Grüne zu einer Aussprache über die Konsequenzen des Dortmunder Parteitags. Beherrschendes Thema der Diskussion war die Frage: **Wann und wie löst sich die AL Westberlin zugunsten des grünen Landesverbandes auf?** – Die AL hat derzeit auf dem Papier rund 1.600, allerdings überwiegend passive Mitglieder; der grüne Landesverband hat ca. 750 Mitglieder, davon 80 % AL-Grüne.

Auffällig war, daß von den AL-Grünen kaum Kritik an der Dortmunder Wahlplattform vorgebracht wurde, aber einigen die schmollende Abkehr des Reaktionäs Gruhl von den Grünen schlaflose Nächte zu bereiten scheint. Insbesondere Ernst Hoplitschek strapazierte mal wieder die „Lernprozesse“ Gruhls und setzte sich dafür ein, Gruhl für die Grünen zurückzugewinnen. Die Öffnung nach rechts ergänzt Hoplitschek (Stratege der sogenannten „Komplizierten Aktion“ gegen die K-Gruppen) durch Isolationsversuche gegen links: Hoplitschek arbeitet am Aufbau einer „undogmatischen Fraktion“, die den Einfluß der „klassischen Marxisten-Leninisten“ (vor allem der „Gruppe Z“) zurückdrängen soll. Mit „klassischer“ antikommunistischer Demagogie („Unterwanderung“ etc. pp.) wird dabei nicht gespart.

Hoplitschek ist außerdem einer der wärmsten Fürsprecher für eine baldige „Überführung“ der AL Westberlin in den grünen Landesverband. Vorbereitet werden soll diese „Überführung“ durch eine Neuaufnahme der AL-Programmdiskussion, durch eine „Revision“ des AL-Programms also: Das AL-Programm sei „zu kurz gegriffen“ und „historisch überholt“. Das Wort „Ökologie“ komme darin überhaupt nicht vor. Diese Kritik deutet schon an, in welche Richtung revidiert werden soll.

Freilich setzen sich auch andere AL-Grüne für eine erneute Programmdiskussion der AL ein vor allem im Bereich der Friedenspolitik, da die AL hierzu aufgrund der politischen Widersprüche zur damaligen „KPD“ nur allzu verschwommene Aussagen bzw. als Kompromiß gar keine Aussagen gemacht hatte.

Zu diesen Kräften zählten u.a. Dirk Schneider und auch Jörg Bohmfalk. Letzterer grenzte sich von einer unmittelbaren „Verschmelzung“ der AL mit den 150 „Nur“-Grünen ab und betonte, daß die AL die einzige „grüne Kraft“ in Westberlin sei. Er plädierte dafür, daß alle AL'ler in die Grünen eintreten und alle Grünen in die AL eintreten sollten. Ziel sei es, über einen längeren Diskussionsprozeß über Programm und Selbstverständnis zu einer Einigung zu gelangen.

Besonders kritisch gegen eine „Verschmelzung“ der AL mit den Grünen äußerte sich Johanna Mayer, ehem. Sprecherin der inzwischen aufgelösten „KPD“ in der AL: Sie bezweifelt grundlegend die Zweckmäßigkeit einer Bindung der alternativen Wahlbewegung an die Konservativen und betont die Notwendigkeit, *„Wähler und Aktivisten aus den Schichten zu bekommen, die an einer Demokratisierung, an einer Emanzipation für die ganze Gesellschaft interessiert sind“.* Sie wendet sich gegen ein „sofortiges Zusammengehen“ der AL mit den Grünen, weil dies von 50 % der AL abgelehnt würde und zudem für die Wähler der AL nicht zumutbar sei. Stattdessen plädiert sie für einen „langen Diskussionsprozeß“.

Anzeige

Klassen- oder Gattungsfrage

Zur Auseinandersetzung mit der Grünen Ideologie, u.a. zu Bahro, Otto Ullrich, Gruhl

Inhalt	Seite
Zum Geleit, ein quasi Vorwort	1
Ökologie und Marxismus, AK 136, 21.8.78	2
Imperialismus und Ökologie, AK 170, 28.1.80	8
... oder mit dem gemeinsamen Untergang, AK 172, 25.2.80	11
Industrie oder Imperialismuskritik, zur Auseinandersetzung mit dem Buch „Weltniveau“ von Otto Ullrich, Teil I, AK 167, 26.11.79	15
Industrie oder Imperialismuskritik, Teil II, AK 168, 10.12.79	17
Ich habe Drachenzähne gesät und Flöhe geerntet, einige Überlegungen zur Auseinandersetzung mit Rudolf Bahro, AK 168, 10.12.79	19
Der „dritte“ Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus, Zur Auseinandersetzung mit den Gruhl'schen Positionen AK 135, 7.8.78	23
Ökologismus ohne Antworten, AK 175, 21.4.80	28
Kommentiertes Literaturverzeichnis zur Rohstoffrage	33

DM 2,50

Bestellungen über KB-Gruppe Braunschweig

„Autonomer“ Wahlkampf der Grünen in Baden-Württemberg

„Wir nehmen für uns ein Recht auf Autonomie in Anspruch und werden den Wahlkampf aus den landesspezifischen Eigenheiten heraus so führen, wie wir wollen“ - so forderte es der Landesvorsitzende Hasenclever auf dem Landesparteitag der Grünen in Baden-Württemberg am 6.7. in Rastatt (laut „TAZ“ vom 8.7.). Die „landesspezifischen Eigenheiten“, auf die sich der Parteitag einigte, sehen folgendermaßen aus:

- Das Saarbrücker Programm ist als vorläufig zu betrachten.
- Der Dortmunder Wahlplattform wird ein B-Teil (Minderheitsvotum) angehängt, in dem der Achberger Kreis sein Programm erläutert.

Ein Antrag von rechts, die Forderung der Dortmunder Wahlplattform nach Aufhebung der „Anti-Terror-Gesetze“ zu streichen, konnte immerhin abgewehrt werden; nicht zuletzt durch die massive Intervention von Ali Schmeißner, der mit seinem Austritt drohte. Auch eine von Willi Hoss eingebrachte Erklärung, daß der in Dortmund gewählte Bundesvorstand nicht ausreichend die unterschiedlichen Strömungen in der Partei repräsentiere (womit offensichtlich die Nicht-Wahl von Gruhl kritisiert werden sollte) wurde abgelehnt. Das Angebot des Landesvorstands an Gruhl, in Baden-Württemberg auf Platz eins der Landesliste zu kandidieren, brauchte nicht mehr diskutiert zu werden; Gruhl hatte von sich aus dankend abgelehnt.

Die Aufstellung der Landesliste endete mit einem Kompromiß der unterschiedlichen Strömungen. Spitzenkandidat wurde Willi Hoss, der nach eigenem Bekunden als Betriebsrat vor allem die Zusammenarbeit mit der Arbeiterbewegung stärken will; andererseits ist Hoss einer der entschiedensten Verfechter von Kompromissen gegenüber den Rechten und Mitunterzeichner der berüchtigten „24er-Erklärung“. Auf Platz zwei folgt der Pfarrer Dieter Hestler aus Lörrach (der Kreisverband Lörrach hat sich wiederholt mit betont rechten Anträgen an die grünen Parteitage „profiliert“). Platz fünf nimmt der Chefideologe des Achberger Kreises, Wilfried Heidt, ein. Eine positive Überraschung ist dagegen die Kandidatur von drei Frauen auf den Plätzen drei, vier und sechs. Christel Muscheler (Platz drei) und Doris Flügel (Platz sechs) kommen aus der autonomen Frauenbewegung und treten u.a. für die ersatzlose Streichung des § 218 ein. Marie-Louise Beck-Oberdorf (Platz vier) will sich vor allem in Friedensaktivitäten engagieren.

Niedersachsen: Gruhl zog aus

Schon zwei Tage nach dem Dortmunder Parteitag der Grünen hatte der Landesvorstand Gruhl einen der ersten Plätze der niedersächsischen Landesliste für die Bundestagswahl angeboten. Auf der Landesdelegiertenversammlung am 28./29.6. in Lüchow erklärte Gruhl allerdings von vorneherein, daß er für eine Kandidatur nicht zur Verfügung stehe. Selbst Wahlkampfauftritte wollte er davon abhängig machen, daß die Dortmunder Wahlplattform als verbindlich, das Saarbrücker Programm dagegen als überholt erklärt und damit auf kaltem Wege zurückgezogen würde.

Als die Befassung eines entsprechenden Antrages mehrheitlich abgelehnt wurde, kam es zum Eklat: mit Gruhl zogen 40 Delegierte (von insgesamt 160), vor allem aus den Kreisverbänden Uelzen und Lüchow-Dannenberg, aus. (Die Lüchow-Dannenberger hatten schon vorher Gruhl in ihrem Kreis das Direktmandat angeboten). Am zweiten Tag, nachdem Gruhl wegen eines Veranstaltungsauftritts abgereist war, kam es dann doch noch zum Kompromiß: Gegen wenige linke Gegenstimmen wurde eine Resolution zum vorläufigen Charakter des Saarbrücker Programms beschlossen. Die von den Rechten geforderte generelle Verurteilung jeder „Ausbeutung der Natur“ und eine Festlegung, daß die Ausbeutung des Menschen als „unökologische“ Frage kein Gegenstand des Programms sein könne, wurden allerdings nicht beschlossen; ihr Antrag wurde in diesen Punkten weise zum Diskussionspapier erklärt.

Bei der Wahl der Kandidaten für die Landesliste wurden Freya Scholing (Lüneburg) und Georg Otto (Hildesheim), die sich auf der Versammlung um Vermittlung bemüht hatten, auf die ersten beiden Plätze gewählt. Frau Schöttler (GAZ) als offene Vertreterin des rechten Flügels in Niedersachsen fiel bei der Vergabe der vorderen Plätze durch.

GAZ-Bundesvorstand lehnt Wahlplattform ab

Auf einer Sitzung am 2.7. hat der Bundesvorstand der GAZ die Bilanz des Dortmunder Parteitags der Grünen gezogen. Auf dem GAZ-Parteitag am 15. 5 war beschlossen worden, die Auflösung der GAZ in die Partei Die Grünen von mehreren Bedingungen abhängig zu machen, vor allem davon, daß in Dortmund eine Wahlplattform mit eindeutig „ökologischem Schwerpunkt" verabschiedet würde. Zwar hatte Gruhl bekanntlich in Dortmund die dort beschlossene Wahlplattform akzeptiert und auf dieser Grundlage für den Bundesvorstand kandidiert - nach seiner Wahlniederlage kannten er und seine Anhänger dann aber keine Skrupel, eben diese Wahlplattform öffentlich als linkslastig und unökologisch darzustellen. Nur gegen die Stimmen von Bueb und Baumhauer beschloß der GAZ-Bundesvorstand nun, die GAZ nicht aufzulösen. Teilweise traten GAZ-Mitglieder aus den Grünen aus; andere wollen „aus taktischen Gründen" weiter bei den Grünen bleiben (so empfiehlt es auch Gruhl), um nach der erhofften Niederlage der Grünen bei der Bundestagswahl die Partei zu spalten und dann mehr Mitglieder für eine eigene rechts-ökologische Partei aus den Grünen herauszuziehen, als ihnen dies heute möglich wäre. Vorbereitungen dazu im Sinne einer engeren Kooperation mit der GLSH, der BGL und Teilen der Grünen in Niedersachsen sind ja schon verschiedentlich von Gruhl und anderen angekündigt worden. Die Vorstandsmitglieder Bueb und Baumhauer sind aus Protest aus der GAZ ausgetreten und beteiligen sich an den Wahlkampfvorbereitungen für die Grünen. Selbst aus dem Bundesvorstand der Grünen wurde schon behauptet, die GAZ sei in dieser Frage „gespalten". Doch von weiteren GAZ-Austritten ist bisher nichts bekannt.

Delegiertenversammlung in Schleswig-Holstein

Überschattet von den Massenaustritten rechter GRÜNER um Baldur Springmann und Boje Maaßen fand am 6.7. eine Landesdelegiertenversammlung der GRÜNEN in Schleswig-Holstein statt. Dabei wurde die Landesliste für die Bundestagswahl festgelegt. Spitzenkandidat wurde Horst Mühlenhardt, ein Ex-SPDler aus Neumünster, der betonte, daß er nicht gegen fraktionelle Arbeit in der Grünen Partei sei. Als zweite Kandidatin wurde Christine Ludwig gewählt, die den unzureichenden Saarbrücker Kompromiß zum § 218 kritisiert hatte. Die Vorstandsmitglieder hatten beschlossen, nicht für die Landeslisten zu kandidieren. Die einzige Ausnahme machte Michael Gärtner, der auch aufgestellt wurde.

Insgesamt sind die Hälfte der Kandidaten der Landesliste Frauen.

Unvermeidlich gab es die stereotypen Attacken gegen die angebliche „Unterwanderung" der GRÜNEN durch die „Gruppe Z". Hierzu lagen zwei Stellungnahmen vor, in denen der Rausschmiß der „Gruppe Z" gefordert wurde. Herr Herbing aus Lübeck forderte die „Z"ler sogar zum „freiwilligen" Austritt auf. Man sei, so wurde betont, nicht gegen „Sozialisten" (sofern sie krass antimarxistische Positionen vertreten wie Rudolph Bahro), sondern man sei „nur" gegen die bösen „Kadergruppen". Beide „Anti-„Z"-Erklärungen waren offensichtlich absurd und wurden schließlich gar nicht zur Abstimmung gestellt. Der Landesvorstand der GRÜNEN (in dem die „Gruppe Z" offiziell vertreten ist) hatte zu diesem leidigen Thema bereits am 1.7. eine Presseerklärung veröffentlicht. Darin heißt es, daß die GRÜNEN ein Zusammenschluß unterschiedlicher, „auch m a r x i s t i s c h e r" Weltanschauung seien. Keiner könne für sich beanspruchen, den „wahren Ökologismus" zu vertreten.

Der Landesdelegiertenversammlung lag außerdem eine sehr positive Resolutionsvorlage vor, in der der Dortmunder „Kompromiß"-Beschluß zu Faschismus/Kommunismus kritisiert wird, *„da er die Gefahr eines Neofaschismus im Gefolge einer revanchistischen Politik nicht in der notwendigen Form zum Ausdruck bringt, während andererseits der Sozialismus als Gesellschaftsform mit primitivsten Antikommunismus-Tiraden als Schreckgespenst dargestellt wird."* Dieser Antrag wurde aber unter Hinweis auf Zeitgründe nicht mehr behandelt.

Interview mit Dirk Schneider

(Von der Alternativen Liste Westberlin)

AK: Wie beurteilst Du den Dortmunder Bundesparteitag der Grünen, insbesondere auch die verabschiedete Wahlplattform?

Dirk: Ich bin nach Dortmund gefahren mit großen Befürchtungen. Und zwar beruhten meine Ängste und meine Unsicherheit darauf, daß einige offizielle Papiere vorlagen (zum Verhältnis Ökologie/Ökonomie, eine Wahlplattform, eine Wahlaussage), die ich alle für sehr ungenau und unzureichend hielt, ganz besonders die Wahlplattform, die nicht nur in ihren Formulierungen sehr schlampig war, sondern die auch in der Art der Mischung von wichtigen prinzipiellen Inhalten als auch von kurzfristigen Übergangsforderungen sehr ungeordnet erschien. Darüber hinaus hatte sie in ihren Inhalten eine ganze Reihe von gravierenden Mängeln – ich möchte insbesondere auf das Steuerprogramm, das Sozialprogramm, das Programm Soziale Randgruppen oder auch auf das Frauenprogramm verweisen – wo es mir so schien, daß die Wahlplattform sogar noch hinter das Programm von Saarbrücken zurückfiel, gewissermaßen eine Revision des Saarbrückener Programms bedeutete. Dazu gab es neben den drei offiziellen Papieren noch eine Reihe von Anträgen vom Achberger Kreis, von Springmann und von anderen Landesverbänden, Kommunismusresolutionen und ähnliches, wo ich mir überhaupt nicht vorstellen konnte, wie sie überhaupt auf dem Dortmunder Kongreß richtig und sinnvoll behandelt werden könnten, und ob sie nicht zu einer großen Sprengkraft führen würden, die den Kongreß auseinanderjagt. Von Berlin aus waren wir nicht gut vorbereitet. Das lag vielleicht daran, daß die Papiere so konfus waren, kurzfristig kamen. Teilweise wurde signalisiert, daß sie in einer geänderten, vielleicht sogar verbesserten Form erst in Dortmund vorliegen würden.

Viele wußten auch nicht, welches Papier zuerst behandelt würde, die Tagesordnung war in Frage gestellt und hinzu kamen die Widersprüche, die im Berliner Landesverband vorhanden waren.

Jeder fuhr praktisch nach Dortmund mit seinen eigenen Ideen im Kopf – eine gemeinsame Linie gab es nicht.

Schon am Vorabend des Dortmunder Kongresses – auf einem Treffen der linken Fraktion der Grünen – war deutlich, daß die Unsicherheit nicht nur bei einzelnen persönlich vorhanden war oder bei einzelnen Landesverbänden, wie ich das für Berlin geschildert habe, sondern daß auch in anderen Landesverbänden ähnliche Unsicherheiten bestanden.

Der erste Tag des Kongresses war dann meiner Ansicht nach auch geprägt von einem lang andauernden zähen Kampf um Kleinigkeiten, um Tagesordnungsfragen, um Fragen, wer das Präsidium wie führt.

Immer wieder wurde versucht, bestimmte Anträge durch die Hintertür durchzubekommen, an der Tagesordnung zu drehen und über das Vorgehen und den Fahrplan machtpolitische Kämpfe auszutragen.

Dieser erste Tag war nach außen hin gesehen sehr zäh, frustrierend, brachte keine Ergebnisse, produzierte Kleinkram. Ich persönlich bin aber der Meinung, daß er von dem Kräftemessen der Linken und der Rechten schon gekennzeichnet war und von daher diesen zähen Ablauf dann bekam. Besonders verbissen wurden diese Kämpfe dann in der Schlußphase des ersten Tages geführt, als es konkret um die Wahlplattform ging. Die Wahlplattform wurde durch zwei Lobreden von Gruhl und von Kretschmann als etwas gepriesen, das die Einheit der Partei wiederherstellen würde. Es wurde ein Klima verbreitet, daß alle, die die Wahlplattform verbessern und umarbeiten wollten, nur partikuläre Interessen vertreten würden, Eigeninteressen also; daß sie die Einheit der Partei mehr oder minder untergraben würden und es wurde ein emotionales Klima geschaffen, daß man die Wahlplattform, so wie sie die Programmkommission erarbeitet hatte, durchziehen sollte ohne große Änderungen.

Trotzdem waren 80 bis 90 Änderungsanträge gekommen, von denen viele im Saal wollten, daß sie auch behandelt würden. Sicherlich aus dem gleichen Bestreben heraus, nämlich die Wahlplattform zu verbessern.

Aus dem Plenum heraus wurde dann doch eine Debatte, wenn auch sehr begrenzt, möglich, in deren Verlauf die Diskussion um das Kapitel Demokratische Rechte zeigte, wie schlecht aufgebaut, wie schlecht konstruiert und wie schlecht inhaltlich die Wahlplattform eigentlich war.

Durch Dieter Kunzelmann und seine sehr genauen und präzisen Änderungen im Bereich Demokratische Rechte wurde das exemplarisch vorgeführt.

Leider war es nicht möglich, auch die anderen kritisierten Kapitel und eigentlich die ganze Wahlplattform Kapitel für Kapitel mit einem solchen Maßstab, wie er an Demokratische Rechte angelegt wurde, umzuändern. Im Verlauf der Debatte wurde auch deutlich, daß diese Wahlplattform tatsächlich so etwas wie eine Revision des Programms von Saarbrücken bedeuten sollte und daß sie als vermeintliche einheitliche Klammer für die grüne Bewegung dann (anstelle des Programms) im Wahlkampf benutzt werden sollte als d a s zentrale Aussagedokument der Grünen.

Das verbissene Bild der Grabenkämpfe, um winzige Positionsveränderungen, das den ersten Tag in Dortmund gekennzeichnet hatte, wurde am zweiten Tage durchaus geändert. An diesem Tage gab es einige besondere Höhepunkte; der erste war die außerordentlich beeindruckende Rücktrittsrede von Haußleiter. Mit minutenlangem Applaus honorierte das Plenum Haußleiters Entscheidung, die grüne Partei nicht mit seiner Vergangenheit zu belasten.

Sein Rücktritt wurde auch ohne größeres Wenn und Aber vom Plenum akzeptiert, weil viele spürten, daß damit die grüne Partei wieder nach vorne handlungsfähig würde. Anschließend gab es eine endlich einmal auf wesentlich höherem Niveau als am Vortage stehende inhaltliche Debatte um politische Positionen, die sich an der Faschismus-Resolution von Schily/Sellin festmachte: und an einem Antrag aus Niedersachsen von Georg Otto, der auch bestimmte Entwicklungen in kommunistisch orientierten Staaten kritisiert haben wollte. Am Ende stand eine Resolution, die die unterschiedlichen Positionen miteinander zu verbinden suchte, die den Vorrang der Ökologie im Denken der grünen Partei erwähnte und als Ausgangspunkt darstellte, dann aber versuchte, sich ganz eindeutig in den Formulierungen der Resolution von allen kapitalistisch-faschistischen Bestrebungen und Richtungen abzusetzen wie auch eine Distanzierung zu formulieren von dem Weg des „real existierenden Sozialismus" in den sog. Ostblockstaaten.

Diese Resolution, die eine sehr breite Mehrheit fand, war ein weiterer Schritt, die verschiedenen Resolutionen, die auf dem Tisch lagen, von mehr konservativ orientierten Kräften in der grünen Partei unnötig zu machen.

Sie wurden überhaupt nicht mehr auf die Tagesordnung gesetzt und nicht mehr verfochten.

Es war mein Eindruck, daß in den beiden Tagen die konservativeren und auch als rechts bezeichneten Kräfte in der grünen Partei geschwächt wurden, sich auch untereinander nicht einig waren und am Schluß des Parteitags mit hilflosen Gebärden, dem Androhen von Austritten oder beim Bundestagswahlkampf nicht mitmachen zu wollen, reagierten.

Deutlich wurde die Mehrheitsströmung in der grünen Partei in der Wahlfrage. Es war erstaunlich, daß für den freigewordenen Posten im inneren Vorstand (nachdem Haußleiter zurückgetreten war) nicht Gruhl gewählt wurde. Obwohl sehr viele Linke oder Mittelkräfte Gruhl wählten, um ihn als Integrationsfigur im Parteivorstand zu behalten, bekam denn doch am Ende ein nicht so bekannter Gewerkschafter aus Nürnberg die meisten Stimmen. Mit der Wahl von Dieter Burgmann wurde von der Mehrheit des Saales ganz eindeutig ein Votum für das Saarbrückener Programm abgegeben, ein Votum für einen Mann aus der Basis und nicht für einen ‚Primus inter pares', der mehr oder minder als Chef versucht, diese Partei zu lenken.

Da Dieter Burgmann ein aktiver Gewerkschafter ist, wirft dies natürlich ein besonderes Licht darauf, daß das Plenum auch eine Entscheidung getroffen hat für die Arbeiterforderungen – und damit für die Einbindung der Arbeiterbewegung in die grüne Partei.



Ein Teil der Westberliner Delegierten auf dem Dortmunder Parteitag

AK: Die Chancen, daß die grüne Partei bei den Bundestagswahlen die 5% Hürde überspringen wird, werden allgemein als unmöglich eingeschätzt. Wie beurteilst Du die Perspektive der grünen Partei über die Bundestagswahlen hinaus?

Dirk: 5% zu erreichen im Bundesmaßstab für die grüne Partei – das erscheint tatsächlich als sehr unrealistisch, aber ich finde, man sollte trotzdem versuchen, immer von einer kämpferischen Haltung auszugehen, nicht so sehr sich durch taktische und wahltaktische Maßregeln immer wieder selbst zu binden. Man sollte auch einmal daran denken, wie wacklig die Position der FDP ist und sie im Wahlkampf auch ganz konsequent und offensiv als unnötigen Wurmfortsatz der SPD bekämpfen.

Die Grünen werden nach der Bundestagswahl, welche Prozentzahl sie auch immer bekommen haben werden, meiner Ansicht nach in jedem Falle weiterarbeiten. Sie werden es schon aus sachlichen Gründen müssen, weil sie in einigen Landesparlamenten, also Bremen und Baden-Württemberg, gewählt sind und dort ihre Arbeit weitermachen werden. Und sie sind darüberhinaus in verschiedene.. Kommunalparlamente gewählt worden oder visieren spätere Wahlen auf kommunaler Ebene an. Grundsätzlich glaube ich aber auch, daß es momentan in der BRD für eine wirkliche oppositionelle Alternative gegenüber der Politik der etablierten Parteien keine andere Keimform in den nächsten Jahren geben wird als die Grünen. Und die verschiedenen Bewegungen, die es in der BRD gibt, die Bürgerinitiativenbewegung, die Frauenbewegung, die Bewegung für mehr demokratische Rechte – sie werden versuchen, diesen Ansatz, den die grüne Partei bildet, langfristig auszuarbeiten, um zu einer auch auf parlamentarischer Ebene arbeitenden politischen Kraft zu kommen, die ein Gegengewicht gegen die offizielle Politik bildet.

Es ist klar, daß die Grünen ganz am Anfang sind, daß sie auch noch stark geprägt sind von dem alten, herkömmlichen Politikverständnis und daß die Schwierigkeiten, wirklich eine Parteiform zu finden, die den alternativen Ansätzen von Basisdemokratie und Dezentralität gerecht wird, daß diese Ansätze sehr schwer zu verwirklichen sein werden und daß man mächtig daran arbeiten muß, daß man nicht mehr zurückfällt in die Politikform, die man selber gerade ablehnt.

Wie stark diese rückwärts gewandten Kräfte sind, ist ja in der bisherigen Geschichte der grünen Partei nur allzu deutlich geworden.

Auf der anderen Seite ist für mich aber auch klar, daß starke Kräfte und sehr viele Menschen innerhalb dieser grünen Partei versuchen, dagegen anzugehen und diese neuen Wege konkret und zukunftsweisend auszubauen und auszuformulieren.

AK: In Westberlin seid Ihr mit der Frage konfrontiert, daß es neben der AL einen grünen Landesverband gibt. Es hat bereits verschiedene Reibereien zwischen der AL und diesem grünen LV gegeben. Wie siehst Du die weitere Entwicklung des Verhältnisses AL und Grüne?

Dirk: Die Existenz zweier sehr verwandter Organisationen, also der AL und dem grünen LV, führt uns in Westberlin vor ungeheuer schwierige Probleme. Daß zwei solche Organisationen existieren ist erklärbar aus der Tatsache, daß auf dem Gründungsparteitag in Karlsruhe von der entstehenden grünen Partei die AL in ihrer Gesamtheit nicht als Partner akzeptiert werden konnte. Damals wurden unsere sog. autonomen Delegierten, die also noch nicht in die SPV-„Die Grünen" eingetreten waren, nicht als gleichberechtigte Teilnehmer akzeptiert. Diese historische Situation wirkt in Westberlin immer noch nach und hat schon von damals her zu großen Spannungen zwischen dem neu entstehenden grünen Landesverband und der AL geführt. Es wird darauf ankommen in Westberlin, dieses Ergebnis von Karlsruhe grundsätzlich zu revidieren, was zu der Frage überleitet, wie man die beiden Organisationen AL und die Grünen miteinander „versöhnt", man sie aufeinander zuführt, wie man es schafft, diese beiden Organisationen zu fusionieren. Es ist richtig, was in der Frage angeklungen ist, daß es heute zu Reibereien kommt und zu Streitigkeiten, die aus dieser Wurzel herrühren. Viele ALler haben sich durch ihre intensive Mitarbeit in den Grünen mit der grünen Partei ein ganzes Stück weit identifiziert, während ein anderer Flügel der AL die basisdemokratischen Mängel bei den Grünen und auch die Mängel in den Inhalten gegenüber dem Programm der AL heftig kritisieren und sich als außerstande erklären, in die Grünen einzutreten. Wir müssen es hier in Berlin schaffen, die ungeheuer positive Leistung, die die AL insgesamt darstellt, und die politische Kultur, die sich mit ihr verbindet und die daran angeknüpfte Identität der ALler mit ihrer Organisation; wir müssen es erreichen, diese positiven Elemente zu überführen in einen gemeinsamen grünen Landesverband, der dann ein Stück mehr an Erweiterung von Bündnispolitik, der ja auch die AL verpflichtet ist, darstellen wird. Wie stehst Du zu den Grünen und zur grünen Partei – das ist heute in Berlin eine Gretchenfrage, die auch innerhalb der AL, was die konkrete Arbeit selbst betrifft, zu vielen Spannungen geführt hat, daß man sogar von einer geheimen Spaltung sprechen kann zwischen ALlern, die auf die Grünen zutendieren und sich immer mehr mit den Grünen identifizieren und mit ALlern, die diesen Weg nicht mitgehen wollen.

Die Schwierigkeit bei einer Fusion liegt auch darin, daß die grüne Partei hier in Berlin sehr wasserköpfig ist, daß sie nicht aus sich heraus in der Lage ist, aktive Basispolitik zu betreiben, weil der größte Teil der aktiven oppositionellen Kräfte eben in der AL, in den Bezirks- und Bereichsgruppen, schon konkret arbeitet. Derzeit gibt es eine Reihe von Überlegungen, w i e man die Verknüpfung der beiden Organisationen erreichen kann. Es wird nicht nur bei den Grünen sondern auch innerhalb der AL darüber gesprochen und es werden Pläne gemacht.

Für mich ist klar, daß die AL, da sie hier 50.000 Wählerstimmen und 10 Bezirksverordnete bekommen hat, daß sie in einen grünen LV auch organisatorisch sichtbar sein muß. Ich

kann mir vorstellen, daß man zu einer Regelung kommt, die vom Firmenschild her den Namen trägt: „Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz – Landesverband der Grünen Berlin".

Meiner Meinung nach sollte der Fusionsprozeß aber nicht über organisatorische Tricks oder Maßnahmen laufen, z.B. daß man die AL auflöst, oder den LV auflöst und eine der beiden Organisationen auf den Schild hebt oder, was noch viel schlimmer wäre, daß man versucht, über individuelle Lösungen das Problem zu bewältigen, also daß man die ALler auffordert, in die Grünen einzutreten oder umgekehrt.

Für mich kann die Lösung dieser Frage nur durch einen intensiven und sicherlich lange dauernden dialogischen Prozeß zwischen den Mitgliedern beider Organisationen erreicht werden.

Die Zukunftsprobleme, die es zu bewältigen gilt und die gemeinsame Ablehnung der Grundlinien und Inhalte der etablierten Parteien geben meiner Ansicht nach auch genügend gemeinsame Klammern ab, um einen solchen Prozeß zu schaffen.

Ein wichtiges methodisches Mittel beim aufeinander Zugehen der beiden Organisationen müßte eine Neuaufnahme der Programmdiskussion sein, wobei die radikaldemokratischen und inhaltlichen Positionen des AL-Programms mit den teilweise noch nicht im AL-Programm befindlichen Positionen, die die Grünen in ihrem Programm entwickelt haben, miteinander in Beziehung gesetzt werden sollten. Bei einem solchen Prozeß der Neuaufnahme der Programmdiskussion könnte meiner Meinung nach ein neu formuliertes Programm eines AL/Grünen-Programms herauskommen, das inhaltlich besser sein könnte als die beiden bisher bestehenden Programme und daß zumindest das AL-Programm um weitere wichtige Positionen wie Friedenspolitik, Berlinpolitik und auch eine genauere Präzision der ökologischen Position erweitert wird.

Ein durch die Diskussion mit den Positionen der Grünen verbessertes AL-Programm in Berlin, das dann das gemeinsame Programm sein würde, ist nach dem Autonomieparagraphen in der grünen Satzung durchaus legitim. Es könnte darüberhinaus ein Beitrag sein, die Gesamt-Programmdiskussion innerhalb der grünen Partei, die nicht als abgeschlossen gilt, die weitergeführt werden soll, durch den Berliner Beitrag zu befruchten. Eins ist in jedem Fall für mich ganz klar: die beiden Organisationen m ü s s e n eine Lösung finden, zusammenzuarbeiten, weil schon jetzt Streitigkeiten und Gegeneinander, aus den Doppelstrukturen heraus (von den 750 Grünen sind 600 gleichzeitig in der AL!) eine solche Belastung für die Arbeit an der Basis und damit für eine vorwärtstreibende Politik sind, daß eine Lösung dringend erforderlich ist.

Was auch klar ist: daß die AL

Was auch klar ist: daß die AL nicht sang- und klanglos in den Grünen untergehen darf, sondern sie muß mit ihren Inhalten (und mit der Identität der Mitglieder zur AL) überführt werden in einen gemeinsamen grünen Landesverband. Bei diesem Prozeß muß auch erreicht werden, daß noch mehr Menschen bündnispolitisch sich vereinigen, um hier zu einem gemeinsamen, starken und politisch handlungsfähigen Landesverband zu kommen.

AK: Du hast Dich jetzt sehr stark auf die grüne Partei als Fixpunkt der außerparlamentarischen Bewegung festgelegt. Siehst Du die grüne Partei als d e n Ansatzpunkt an, die zur Herausbildung einer „Sozialistischen Partei" in der BRD und Westberlin führen könnte?

Dirk: Die Entwicklung einer eigenständigen, reinen linken ‚Sozialistischen Partei' sehe ich zum derzeitigen Zeitpunkt nicht. Die Sozialisten sind zu stark durch die historischen Niederlagen – Nachkriegszeit, Spaltungsprozesse nach der APO-Bewegung – geprägt und auch durch den unausgestandenen Clinch mit linken Positionen innerhalb der SPD, als daß sie sich derzeit zu einer Bewegung formieren könnten, die die grüne Partei als überholt darstellt, überflüssig macht und durch eine dezidiertere Alternative ablöst.

Derzeit glaube ich wirklich, daß die grüne Bewegung die relevanteste Keimform für eine oppositionelle Alternative ist, die am ehesten die Möglichkeit schafft, aus einem bestimmten linken Ghetto herauszukommen, mehr Menschen anzusprechen und eine breitere Bündnisbewegung zu erreichen.

Trotzdem halte ich es für unerläßlich, daß die Sozialisten im Land in ständigen Diskussionsprozessen (Sozialistische Konferenz z.B.) ihre Positionen weiterentwickeln und an der Wirklichkeit überprüfen.

AK: Vielen Dank für das Gespräch.

Interview mit Martin Schata

(Mitglied des Landesvorstandes der Grünen in NRW)

AK: Der Dortmunder Parteitag verabschiedete eine Wahlplattform für die Bundestagswahlen. Kannst Du bitte die wesentlichen Punkte dieser Plattform darstellen und auch bitte sagen, welche Unterschiede zum Saarbrückener Programm bestehen?

Martin: Die Wahlplattform ist in der Programmkommission mit allen Strömungen innerhalb der Grünen erarbeitet worden mit der Absicht, dadurch die Einheit der Grünen zu gewährleisten, nämlich zwischen den Grünen, die sich nicht auf das Saarbrückener Programm stellen können oder glauben zu können, und den Kräften, für die das Saarbrückener Programm bis zur weiteren Diskussion nach den Bundestagswahlen auf jeden Fall in allen Teilen Geltung hat. Diese Politik des Kompromisses hat sich meiner Meinung nach im Verlauf des Dortmunder Parteitages als nicht sehr realistisch erwiesen, weil es sich eben nicht um einen Kompromiß mit der Mitte, sondern im Wesentlichen um einen Kompromiß mit Springmann, Gruhl, Dinne usw. handelte. Dadurch, daß z.B. Gruhl die Bundeshauptausschußbeschlüsse, die einstimmig auch mit den Bremern und Baden-Württembergern gefaßt worden sind – nämlich, daß die Wahlplattform auf der Grundlage des Saarbrückener Programms steht – nicht vertreten hat, sondern zu denjenigen gehört, die es durch die Wahlplattform ersetzen wollten, hat sich die Absicht, durch diese Wahlplattform die Einheit herzustellen, nicht realisieren lassen. In meinen Augen ist die Wahlplattform in vielen Punkten gekennzeichnet von falschen Kompromissen, d.h. wesentliche Punkte des Saarbrüchener Programms wie z.B. die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ohne Zwang zur Mehrarbeit sind abgeschwächt worden durch Formulierungen wie „Verkürzung der Arbeitszeit ohne materielle Einbußen gerade der unteren Einkommen". Der Kommissionsentwurf zum Punkt „Frauen" ist erst dadurch annehmbar geworden, daß wir es geschafft haben, daß die Saarbrückener Formulierung, die ja schon selbst ein Kompromiß war, wieder hinein genommen worden ist, und dadurch, daß im Teil „Demokratische Rechte" die Berliner wesentliche unverzichtbare Zusatzforderungen aufgestellt haben, die von der Mehrheit angenommen worden sind. Uns war wichtig, um das noch einmal zu sagen, die Wahlplattform nur im Zusammenhang zu sehen mit dem Saarbrückener Programm und hier in NRW mit dem Landesprogramm. Bei der Wahlplattform ist ein Höchstmaß an Kompromißbereitschaft von Seiten der Linken gezeigt worden, sich auf diese Wahlplattform mit zu stellen. Es hat sich meiner Meinung nach gezeigt, daß auf diesem Wege eine Einheit der Grünen nicht herzustellen ist, indem man inhaltliche Gegensätze versucht mit schwammigen Formulierungen zuzukleistern. Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir allein mit der Wahlplattform, ohne das Grundsatzprogramm zur Wahl antreten können.

AK: Wie siehst Du die Beteiligung und die Chancen der Grünen bei den Bundestagswahlen?

Martin: Zum einen halte ich die Beteiligung an den Bundestagswahlen für unbedingt erforderlich, damit die grüne Bewegung überhaupt eine Chance hat, langfristig weiter zu existieren, wobei für mich im Bundestagswahlkampf einmal die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Bevölkerung weiter stattfinden muß intensiver als bisher, zum anderen auch innerhalb der Grünen die inhaltliche Auseinandersetzung weitergehen kann bzw. weitergehen muß. Die NRW-Wahl hat gezeigt, daß wir in dieser Polarisierung Schmidt - Strauß keine Chance hatten, über 5 % zu kommen, auch wenn wir vorher noch davon ausgegangen sind, daß wie eine reale Chance hätten, über 5% zu kommen. Ich sehe einen Erfolg im Bundestagswahlkampf nicht ausschließlich darin, daß wir über 5% kommen. Für mich wären 3% im Sinne der Weiterentwicklung der grünen Programmatik ein Erfolg. Insofern bin ich froh darüber, daß wir nur mit so wenigen Gegenstimmen die Teilnahme an den Bundestagswahlen beschlossen haben. Voraussetzung für die Teilnahme bzw. einen aktiven Bundestagswahlkampf wäre, daß die Grünen stärker inhaltlich sich mit Strauß auseinandersetzen und nicht mit der platten Formel weiteragieren „Schmidt = Strauß", aber auch deutlich machen, daß Schmidt nicht die Alternative zu Strauß ist, und deutlich die Hintergründe herausarbeiten, die es erst ermöglicht haben, daß Strauß in der BRD zum Kanzler kandidieren kann, d.h. die Rechtsentwicklung innerhalb der Politik der sozialliberalen Koalition.

Im Bundestagswahlkampf müssen darüber hinaus folgende Schwerpunkte gesetzt werden: zum einen Deutlichmachen unserer Vorstellungen von ökologischer Politik im Bereich Energiepolitik, klare Aussage zum Stop des Atomprogramms, im Bereich „Demokratische Rechte", „Wirtschafts- und Arbeitswelt", und unverzichtbar auf jeden Fall eine deutliche Aussage und Sichtbarmachung unserer Alternative zur „Friedenspolitik" der etablierten Parteien. Wichtige Schwerpunkte sind in meinen Augen aber auch eine konsequente Vertretung des Frauenprogramms und der Sozialpolitik, weil ich glaube, daß wir deutlich machen müssen, z.B. im Rahmen der Sozialpolitik, daß langfristige ökologische Forderungen aktuelle, sozialpolitische Forderungen, notwendige Forderungen für alle in diesem Staat Benachteiligten, sich nicht ausschliessen. Und da kann ich nicht Gruhls Meinung vertreten, daß die Arbeitnehmer schon per se in diesem Staat zu den Privilegierten zählen.

AK: Im Anschluß an den Dortmunder Parteitag haben ca. 30 Delegierte, darunter Baldur Springmann, Olaf Dinne und abschließend auch Herbert Gruhl, erklärt, daß sie auf Grund der Ergebnisse des Dortmunder Parteitages sich an der Bundestagswahl nicht beteiligen werden.

Martin: Erstmal würde ich sagen, daß ich froh wäre, wenn sie endlich in diesem Bereich konsequent Politik machen würden, d.h. daß sie tatsächlich diesen Schritt gehen und sagen würden, daß sie hier nicht mehr mitarbeiten können – das bezieht sich z.B. auf Leute wie Gruhl, Dinne oder Springmann. Das heißt nicht, daß ich von vornherein der Meinung bin, daß sie aus der Partei heraus müßten. Aber durch ihre ständigen Drohungen, wenn nicht bestimmte Sachen durchgesetzt werden, ihre Mitarbeit aufzukündigen, geben sie immer wieder Anlaß auch für viele Linke, eine falsche Kompromißpolitik innerhalb der Grünen zu betreiben. Ich meine, daß sie diesen Schritt, d.h. sich nicht an der Bundestagswahl zu beteiligen, jetzt rechtzeitig tun sollten. Ich hielte es allerdings für schädlich, wenn sie unter Nutzung ihrer Pressekontakte und ihrer Prominenz drei oder vier Wochen vor der Bundestagswahl diesen Schritt tun würden. Da würden sie allerdings schaden. Auf der anderen Seite hat sich gezeigt, daß im NRW-Landtagswahlkampf durch die Nichtbeteiligung von Gruhl keine Stimme verloren gegangen sind, andererseits, daß es für die, die von sich behaupten, daß sie nach wie vor hinter Gruhl, Dinne und Springmann stehen, an der Zeit ist, sich von diesen zu emanzipieren. Emanzipieren verstehe ich auch in dem Sinne, daß sie nicht die Politik fortsetzen, sich zurückzuziehen, sich abzukapseln, wie z.B. in der „Ökologischen Arbeitsgemeinschaft" oder in der weiter bestehenden GAZ, und Gruhl und Springmann zu ihren Sprechern machen, die dann die einzigen sind, die mit uns in die Auseinandersetzung treten, sondern daß all diejenigen, die sich in diesen Gruppen zusammengeschlossen haben, selber in die inhaltliche Auseinandersetzung mit uns treten, in die gemeinsame Arbeit eintreten.

AK: August Haußleiter ist in Dortmund von seinem Amt des Sprechers des Bundesvorstandes zurückgetreten. Was sagst Du zu diesem Rücktritt, zu Haußleiters Erklärung und zur Auseinandersetzung um die Antifaschismusresolution?

Martin: Ich halte August Haußleiters politische Vergangenheit primär nicht für gefährlich. Für gefährlich halte ich, wenn die Grünen nicht in der Lage sind, sich mit dieser politischen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Der Rücktritt von August Haußleiter ist unter anderem auch dadurch erforderlich gewesen, weil diese Auseinandersetzung in der Vergangenheit nicht stattgefunden hat, und dazu allerdings auch August einiges beigetragen hat, aber auch die Politik des Bundesvorstandes zu kritisieren ist, der das Erstellen einer Dokumentation nicht gerade unterstützt hat – ich erinnere an die Auseinandersetzung zwischen uns im NRW-Landtagswahlkampf und dem Bundesvorstand in dieser Frage.

Noch ein Wort zu der Rede von August Haußleiter: Den anhaltenden Beifall und die Betroffenheit bei vielen Grünen über seinen Rücktritt würde ich etwas differenziert sehen, in dem Sinne, daß es einige falsche Applaudierer in dieser Frage gegeben hat, nämlich die, die z.B. seit Saarbrücken versucht haben, August Haußleiter bzw. den gesamten Bundesvorstand abzusetzen, und denen die Diskussion um die Vergangenheit von August Haußleiter willkommener Anlaß war, ihrer Politik zum Zuge zu verhelfen. Insofern haben wir alle schon vor Dortmund in der Frage des Rücktritts von Haußleiter einen faden Beigeschmack gehabt. Ich bin sicher, daß auch gerade diese Kräfte seine Einschätzung der Politik nach '45 hinsichtlich des Adenauer-Staates nicht teilen. Für mich ist August Haußleiter nach wie vor einer derjenigen innerhalb der Grünen, die für ein breites Bündnis stehen und in diesem Sinne eine wichtige Politik innerhalb der Grünen ermöglicht haben. Bei der Antifaschismus-Diskussion ist mir eines deutlich geworden, daß auch diese Diskussion in breiten Teilen beeinflußt war von der taktischen Konzeption, die Einheit unter allen Umständen zu wahren. Ich glaube, daß hier auch von einigen Linken die Kompromißbereitschaft überzogen worden ist. Ich glaube, daß diese Antifaschismus-Resolution als Bestandteil der Wahlplattform unverzichtbar ist.

Die Antifaschismus-Resolution, die von Otto Schily eingebracht worden ist, hat die besondere Verantwortung der Deutschen deutlich gemacht, die sie nach dem Hitler-Faschismus zur Grundlage jeglicher Politik machen müssen. Diese Resolution hat auch deutlich gemacht, was ja wohl völlig unstrittig sein dürfte, daß nach '45 viele Mitschuldige und Hintermänner des Nazismus nicht zur Rechenschaft gezogen worden sind, sondern daß noch viele in wirtschaftliche oder politische Schlüsselstellungen wieder eingerückt sind. Auf diesem Hintergrund und der realen Einschätzung neofaschistischer Bewegungen in der BRD oder der Duldung der Arbeit faschistischer Organisationen auf dem Boden der BRD sind auch die Grünen verpflichtet, einen breiten Widerstand gegen jeden Ansatz faschistischer Politik auch in der BRD mitzuorganisieren. Die Tatsache, daß im Zusammenhang mit dieser Antifaschismus-Resolution Kräfte wie Georg Otto oder Herbert Gruhl eine Antikommunismus-Resolution eingebracht haben, die Faschismus, Kapitalismus und Kommunismus auf einer Ebene diskutiert, spiegelt meines Erachtens das reale Kräfteverhältnis zur Zeit innerhalb der Grünen wider und macht deutlich, auf welchem Hintergrund „antikapitalistische Politik" von diesen Kräften zu verstehen ist. Der Versuch, einen politisch erträglichen Kompromiß aus dieser Antikommunismus-Resolution zu formulieren, hat letztlich dazu geführt, daß in dieser Kompromiß-Resolution nur noch ein Satz zum Faschismus steht. Dazu muß man allerdings sagen, daß dieser Kompromiß nicht gedacht war als Alternative zur Antifaschismus-Resolution und erst im nachhinein die Antifaschismus-Resolution aus der Wahlplattform zurückgezogen worden ist. Für mich gilt sie als verabschiedete Resolution auf diesem Bundesparteitag, auch wenn sie faktisch in der Wahlplattform nicht abgedruckt wird. Das bedeutet aber auch, daß die Auseinandersetzung mit diesen Kräften, die Kommunismus gleich Faschismus gleich Kapitalismus setzen, oder Rot gleich Braun, in aller Offenheit zu führen ist, und der Widerspruch zwischen Lippenbekenntnissen, keine Antikommunisten zu sein, auf der anderen Seite aber antikommunistische Politik zu treiben, einer Erklärung bedarf.

rung bedarf.

Politisch für falsch halte ich auch, daß viele Linke aus taktischen Erwägungen, nämlich wieder aus der Erwägung „Einheit innerhalb der Grünen", der Antifaschismus-Resolution nicht zugestimmt haben, und damit weit über das erträgliche Maß an Kompromißbereitschaft hinausgegangen sind. Es war nicht Sinn der Antifaschismus-Resolution, jegliche Form von Faschismus zu charakterisieren, sondern vielmehr, deutlich zu machen, daß gerade in Deutschland eine besondere Verantwortung besteht, jeglicher Form von Faschismus von Anfang an einen breiten Widerstand entgegenzusetzen.

AK: Du hast jetzt mehrfach davon gesprochen, daß vor allem die Kompromißbereitschaft der Linken verhindert hat, daß klare linke Positionen verteidigt oder erkämpft wurden, z.B. Wahlplattform, z.B. Antifaschismus-Resolution. Ist dies nicht einer der grundlegenden Widersprüche innerhalb der Partei seit Anfang an? Welche Möglichkeiten siehst Du überhaupt, diesen Widerspruch zu überwinden?

Martin: Es geht mir nicht darum, daß klare linke Positionen in dieses Programm hineinkommen, weil aufgrund der Einschätzung der realen Kräfteverhältnisse uns von Anfang an klar war, daß das auf diesem Wege nicht gehen wird. Das NRW-Programm hat deutlich gemacht, daß auch für Linke tragfähige und politisch vertretbare Kompromissegeschlossenwerden können.Nurwenn man Kompromißbereitschaft so versteht, völlig auf die Darstellung eigener Positionen zu verzichten, um die Einheit zu wahren, ist meiner Meinung nach eine gefährliche Entwicklung innerhalb dieses Anspruches, Kompromißpolitik zu machen, eingeleitet. Und ich glaube, daß gerade an der Faschismus-Diskussion deutlich geworden ist, daß die Kompromißbereitschaft dazu führen kann, daß Positionen, die ich als



Martin Schata (mitte) in der Versammlungsleitung des Dortmunder Parteitags

Martin Schata (mitte) in der Versammlungsleitung des Dortmunder Parteitags

antikommunistisch bezeichne, zum Tragen kommen. Hier hat das, was wir als Kompromiß bezeichnen, eine Qualität bekommen, die in meinen Augen nicht mehr vertretbar ist. Zu lösen ist dieser Widerspruch nur dann, wenn eine konkrete inhaltliche Auseinandersetzung stattfindet und Kompromisse mit der „Mitte" geschlossen werden. Mit Personen, die nicht bereit sind, antifaschistische Positionen in das Programm aufzunehmen, gibt es nämlich keine Kompromisse. Ich kann mir nur schlecht vorstellen, daß ich mit Kräften innerhalb einer Partei zusammenarbeite, die nicht bereit sind, sich auf diese Positionen zu stellen.

AK: Es waren vor allen Dingen Vertreter der Bremer Grünen und Baldur Springmann aus Schleswig-Holstein, die mit – aus ihrer Sicht unverzichtbaren – Positionen in die Dortmunder Versammlung hineingegangen sind, unverzichtbaren Positionen hinsichtlich des Saarbrückener Programms, hinsichtlich des Bundesvorstandes, der ihrer Meinung nach im Grunde abgewählt werden müßte. Welche Gründe sind Deiner Meinung nach ausschlaggebend gewesen dafür, daß Grete Thomas abgewählt wurde und der ursprüngliche Bundesvorstand damit auch geschwächt wurde?

Martin: Unabhängig davon, daß ich glaube, daß durch die Abwahl von Grete Thomas der Bundesvorstand hinsichtlich seiner Arbeitsfähigkeit nicht geschwächt wurde, insbesondere nicht im Bereich der Finanzverwaltung, glaube ich, daß auch hier, wie bei der Rücktrittsforderung bei August Haußleiter, Kräfte wie die Bremer und Schleswig-Holsteiner diese Forderung unterstützt haben, denen es nicht um die Verantwortung für die Finanzen ging, sondern denen es darum ging, mit August Haußleiter und Grete Thomas und dem Rücktritt des gesamten Bundesvorstandes das Saarbrückener Programm zu kippen. Das ist ihnen über die Taktik der Personalpolitik glücklicherweise nicht gelungen, was sicherlich auch einen Teil ihrer Reaktion in der Presseerklärung begründet. Insgesamt muß man zu der Personalpolitik sagen, daß nicht nur die Bremer, sondern auch die Schleswig-Holsteiner mit vorbereiteten Papieren in diesen Parteitag gegangen sind, wie z.B. dem Papier „Spaltung? Ja!", was für mich – völlig unverständlich – auch von Holger Strohm unterstützt worden ist, oder wenn man sich anguckt, daß die Bremer Presseerklärung von Heinz Brandt unterstützt wird. Dazu kann ich nur sagen, daß ich glaube, daß diese inzwischen von allen guten Geistern verlassen sind; wobei ich zusätzlich zu Heinz Brandt sagen muß, daß er sich wirklich inhaltlich nur noch zu Wort meldet, wenn an irgendeiner Stelle – egal in welchem Zusammenhang – das Wort Stalinismus auftaucht.

AK: Im Zusammenhang mit der Vorstandswahl veranstalteten Einzelpersonen aus Bremen und Schleswig-Holstein (einschließlich Herbert Gruhl) eine Pressekonferenz, in deren Verlauf sie ihre Einschätzung des Dortmunder Parteitages wiedergegeben haben. Gruhl hatte erklärt, der Ökologische Flügel der Grünen sei weiter geschwächt worden, im neugewählten Vorstand seien viele Leute aus früheren K-Gruppen vertreten. Olaf Dinne äußerte sich sinngemäß ähnlich.

Martin: Dazu ist erst einmal Gruhls Politik nach dem Saarbrückener Parteitag interessant. Zunächst tritt er zurück, weil er das Programm nicht vertreten kann, dann formuliert er eine Wahlplattform mit, die von äußerster Kompromißbereitschaft der Linken gekennzeichnet ist, dann droht er mit Austritt aus der Grünen Partei aufgrund der Antifaschismus-Resolution, dann kandidiert er für den Vorstand, wird nicht gewählt und überlegt sich dann, ob er überhaupt noch mitmachen kann. Ich glaube, daß es z.Zt. keine größeren Zentralisten bzw. keine intensivere „Kaderpolitik" gibt als die, die von Gruhl, Springmann und Dinne ausgeht, die nämlich mit Basisdemokratie überhaupt nichts mehr zu tun hat. Ich glaube aber auch, daß sich die ständige Propaganda, die Grünen seien von Mitgliedern von K-Gruppen unterwandert oder gesteuert, sich in gewisser Weise totgelaufen hat und im wesentlichen von denen, denen die Pressekanäle offenstehen, benutzt wird, um linke Positionen und linke Politik aus den Grünen zurückzudrängen. Wenn ich mir vorstelle, wie die Politik der Bremer aussieht, daß gewählte Delegierte, die aber nicht bereit sind, die „Bremer Linie" zu vertreten, wieder abgewählt werden, daß mehrere Kreisverbände in Bremen bereit sind, an der Bundestagswahl teilzunehmen und daß Dinne und Vogel für die Bremer insgesamt sprechen und sagen, sie würden sich nicht an der Wahl beteiligen, dann würde ich diese Politik als Kaderpolitik im weitesten Sinne bezeichnen.

Ich halte es inzwischen für unerträglich, daß gerade diese Kräfte für sich in Anspruch nehmen, die reine Ökologie zu vertreten. Es muß endlich eine inhaltliche Auseinandersetzung um das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie stattfinden und über das, was unter ökologischer Politik zu verstehen ist. Was gebrochen werden muß, ist das Monopol dieser von mir eben charakterisierten Kräfte.

AK: Besteht für die Grüne Partei die Gefahr einer Spaltung, wenn sich Bremer Grüne, die „AGÖP" und Gruhl enger koordinieren?

Martin: Ich glaube, daß diese Personen, die sich um diese Gruppen ansiedeln, nicht in der Lage sind, langfristig eine eigenständige Partei zu organisieren, kurzfristig schon gar nicht. Und ich bin der Überzeugung, daß auch durch einen möglichen Austritt von Dinne, Gruhl oder Springmann die Einheit der Partei nicht gefährdet ist. Ich kann mir nicht vorstellen, daß eine Partei mit inzwischen 16 000 Mitgliedern nur dadurch zusammengehalten werden kann, daß ca. 20 Personen dabei bleiben, die real die Parteitage nur dadurch beherrscht haben, daß sie mit der Drohung von Austritt uns zu letztlich schwammigen Kompromissen gezwungen haben.

AK: In Dortmund ist der bisherige Rumpfvorstand vervollständigt worden. Welchen Charakter hat der Bundesvorstand jetzt?

Martin: E i n e Charakterisierung fällt mir sehr leicht, nämlich daß in dem erweiterten Bundesvorstand vier Frauen und zwei Männer hinzugewählt worden sind. Die Nachwahl war nicht bei allen Personen eine politische Wahl.

AK: Ist es eine Linksverschiebung?

Martin: Es ist weder ein rechter noch ein linker Vorstand gewählt worden. Es ist ein Vorstand hinzugewählt worden, der sich nicht an der Prominenz der Kandidaten orientiert hat. Für arbeitsfähig halte ich diesen Vorstand in dem Maße, in dem er bereit ist, mit dem Bundeshauptausschuß zusammenzuarbeiten und sich in seinen Beschlüssen an Parteitagsbeschlüssen zu orientieren. Ich würde von den Personen her nicht sagen können, sie seien per se ein Garant für Arbeitsfähigkeit, das gilt aber für jeden Vorstand gleich welcher Zusammensetzung. Aber er wird sicherlich arbeitsfähiger sein als es ein Vorstand gewesen wäre, in dem Herbert Gruhl Sitz und Stimme gehabt hätte.

AK: Im Bundesvorstand sind jetzt sechs Frauen und fünf Männer vertreten. Was kann dies für die Autonomie der Frauen bei den Grünen bedeuten?

Martin: Ich hielte es für vorschnell zu sagen, daß durch die Anwesenheit von sechs Frauen die Grundlagen für autonome Frauenpolitik innerhalb der Grünen garantiert ist, weil ich weiß, daß der reale Widerstand gegen Autonomie für Frauen innerhalb der Bundespartei nicht zu brechen ist durch eine Anzahl von Frauen im Bundesvorstand. Auch hier kann man den notwendigen Lernprozeß nicht durch Wahlen in einen Vorstand hinein ersetzen. Ich gehe auch nicht automatisch davon aus, daß bei allen in den Vorstand gewählten Frauen die gleiche Beurteilung der Programmfassung zu § 218 von Saarbrücken besteht. Auch das wird sich erst in der realen Politik der nächsten Monate zeigen, welche Kräfteverhältnisse im Bundesvorstand aufeinandertreffen.

AK: Wie siehst Du die Chancen, durch die Wahl von Dieter Burgmann eine engere Verbindung von Ökologie und Arbeiterbewegung herzustellen?

Martin: Ich finde das einen wichtigen Schritt nach vorn, wenn durch die Wahl von Dieter Burgmann die Auseinandersetzung mit gewerkschaftlichen Positionen, die Zusammenarbeit mit Gewerkschaftern innerhalb und außerhalb der Grünen einen Impuls erfahren würden und daß die Ansätze, die in NRW gemacht worden sind, auf Bundesebene fortgesetzt werden, weil ich es für einen unverzichtbaren Bestandteil ökologischer Politik halte, sich mit den Forderungen der Gewerkschaften auseinanderzusetzen und dort in eine Bündnispolitik einzutreten und Gewerkschaftspolitik nicht rundweg abzuqualifizieren als Funktionärspolitik.

AK: Wie soll sich die Linke bei den Grünen in nächster Zeit verhalten?

Martin: Eine wichtige Aufgabe der Linken bei den Grünen besteht darin, kompromißlos die Diskussion um Ökologie und Ökonomie zu fordern und sich nicht dahingehend erpressen zu lassen, daß die Diskussion wieder wie in Dortmund nach hinten abgeschoben wird. Die Linken müssen Schrittmacherfunktion einnehmen in der Diskussion um gewerkschaftliche Positionen und Arbeit von Grünen in den Gewerkschaften, und die Linken müssen sich z.B. im Wahlkampf auf die wesentlichen Bereiche Frauen, Demokratische Rechte und Wirtschaft und Arbeitswelt konzentrieren. Wichtig ist, daß die Linken innerhalb der Grünen sich nicht weiter fraktionieren, nämlich so, daß über die taktische Fraktionierung wesentliche inhaltliche Positionen aufgegeben werden in dem Sinne, daß die eher konservativen Kräfte unterstützt werden. D.h. es muß auch innerhalb der Linken eine Diskussion über die Qualität der Einheit bei den Grünen stattfinden.

AK: Vielen Dank für dies Gespräch.

Redaktionelle Anmerkung:

Der Interviewtext wurde von uns (wegen Platzmangel) leicht gekürzt.

Wir hatten Martin Schata nicht mehr erreichen können, um diese Kürzungen (wie vereinbart) absprechen zu können.

Interview mit August Haußleiter

(dem bisherigen Bundesvorsitzenden der Grünen)

AK: Wie bewerten Sie die Ergebnisse des Dortmunder Parteitags der Grünen hinsichtlich der Programmatik dieser Partei?

A.Haußleiter: Ich darf folgendes sagen: Der Bundeshauptausschuß der Grünen hatte der Programm-Kommission, in der ja alle Richtungen vertreten waren, den Auftrag gegeben, eine Wahlplattform zu entwickeln auf der Grundlage des Saarbrücker Programms, die aber von allen Richtungen der Grünen gemeinsam getragen werden könnte. Ich bin der Meinung, daß die Programmkommission diesen Auftrag im Rahmen des Möglichen erfüllt hat. Es liegt in der Natur der Sache, daß jede der einzelnen Strömungen der Grünen finden wird, daß einige ihrer Probleme nicht hinreichend in dieser Wahlplattform ausgedrückt sind – das gilt insbesondere für die Frauen; es gilt für die Sozialisten, die in der grünen Bewegung tätig sind; es gilt auf der anderen Seite auch für Ökologen, die das Landwirtschaftsprogramm für zu schwach entwickelt halten. Ich möchte aber betonen, daß die ganze Programmdiskussion unmittelbar nach der Bundestagswahl fortgeführt wird. Jetzt war es die Aufgabe eine Wahlplattform vorzulegen, die beim Bundeswahlleiter vorgelegt werden muß und die von der grünen Bewegung in ihrer ganzen Breite verantwortet werden kann. Das ist bei dieser Wahlplattform der Fall. Das (der erreichte Konsens – Anm.AK) ist auf der einen Seite die Stärke dieser Wahlplattform und auf der anderen Seite bei der konkreten Ausgestaltung dieser Wahlplattform auch ihre Schwäche.

AK: Die Diskussion um die Wahlplattform auf dem Dortmunder Parteitag war m.E. ganz stark geprägt von taktischen Gesichtspunkten – nämlich in erster Linie von dem Bemühen, ein weiteres Auseinanderstreben der bestehenden Flügel und damit womöglich eine Spaltung der Partei zu verhindern. Wurde dieses Ziel – dem die linken Teile doch einiges geopfert haben – nicht am Ende doch wieder verfehlt, nachdem Herbert Gruhl (nach seiner erfolglosen Kandidatur für den engeren Vorstand) seine Unterstützung für die Grünen im Bundestagswahlkampf aufgekündigt und erklärt hat, daß er sich nunmehr um eine stärkere Koordination der mehr konservativen Kräfte kümmern wolle?

A.Haußleiter: Ich finde zuerst einmal, daß das sachliche Ergebnis des Dortmunder Kongresses darin besteht, daß für alle grünen Strömungen in allen Sachfragen ein tragfähiger Kompromiß gefunden worden ist. Das ist außerordentlich wesentlich.

Ich habe schon einmal gesagt, daß es im Jahre 1996, wenn die ökologische Bewegung die absolute Mehrheit erreicht hat, mit Sicherheit drei grüne Parteien geben wird, eine konservative, eine gemäßigte und eine sozialistische. Heute sind die grünen aus ihrer ökologischen Verantwortung heraus gezwungen, eine gemeinsame Plattform zwischen Sozialisten, Gemäßigten und Wertkonservativen zu entwickeln. Das ist ihnen gelungen. Das ist für die grüne Basis – und zwar für alle Richtungen – ein großer Erfolg. Ich bin der Meinung, daß dann bei den Vorstandswahlen ebenfalls noch ein guter Kompromiß gefunden worden ist. Auch Dr. Herbert Gruhl sollte das anerkennen. Ich habe seine Haltung nicht ganz verstanden, eine Position im Gesamtvorstand abzulehnen, nachdem er nicht einer der drei Sprecher geworden war. Ich hoffe, daß Gruhl erkennt, daß er auch ohne eine solche Vorstandsposition der ökologischen Bewegung Dienste leisten kann und Dienste leisten muß.

AK: Ich möchte noch einmal auf die Frage der Programmatik zurückkommen. Ein Vergleich des in Saarbrükken verabschiedeten Bundesprogramms der Grünen mit dem bis dahin gültigen AUD-Programm ergibt, daß im letzteren die Kritik an den Produktions- und Besitzverhältnissen weiter entwickelt war (von der in Dortmund entwickelten Wahlplattform ganz zu schweigen, die ja dieses entscheidende Problem unerwähnt läßt). Sind Sie mit mir der Meinung, daß jede Gesellschaftsveränderung eine Kritik der bestehenden Eigentumsverhältnisse (Eigentum an Produktionsmitteln) zur Voraussetzung hat und daß eine Partei, die für eine bessere Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung eintritt, v o r a l l e m diese Frage programmatisch beantworten muß? Wie stellen Sie sich die Entwicklung einer derartigen Programmatik in den Grünen vor – gibt es in den Grünen dafür überhaupt eine Perspektive?

A.Haußleiter: Ich habe soeben, als Sie mich anriefen, Erich Fromms Buch „Haben oder Sein" nachgelesen – und dort wird ganz eindeutig gesagt (was unsere konservativen Freunde, die sich sonst immer auf Fromm berufen, übersehen haben), daß die Umstellung, die heute notwendig ist, ohne eine fundamentale Veränderung unserer Gesellschaft gar nicht erreicht werden kann. Erich Fromm ist nicht nur Psychoanalytiker, er ist auch humaner Sozialist. Er fordert eine Weiterentwicklung unserer Gesellschaft in Richtung auf einen humanen Sozialismus – und auf dieser Ebene liegen auch die Bemühungen, die schon früher die AUD vertreten hatte. Ich bin der Meinung, es wird auf die Dauer keinen Ökologen geben, der sich solchen Einsichten entziehen kann. Der Nur-Ökologe ist aus meiner Sicht ein Nicht-Ökologe, weil er die Vernetzung des Menschen in seinen gesamtgesellschaftlichen Bezügen offenkundig noch gar nicht begriffen hat.

AK: Zur Perspektive der Grünen Partei: Sind die Grünen Ihrer Meinung nach über den Wahltermin am 5.Oktober hinaus handlungsfähig – oder wird die Partei nach Fortfall dieses zur Zeit noch gemeinsam getragenen Ziels und nach einem voraussichtlich doch nicht befriedigenden Ergebnis (d.h. daß die 5%-Hürde wahrscheinlich nicht übersprungen werden kann) in ihre verschiedenen Bestandteile zerfallen?

A. Haußleiter: Das glaube ich nicht – und zwar aus folgendem Grund: Die Grünen haben seit der Europa-Wahl vom 10. Juni 79 über viele und auch schwierige Krisen hinweg einen fruchtbaren Integrationsprozeß durchlaufen, wobei die Ergänzung der Programmausschüsse durch Sozialisten ein wichtiger und fruchtbarer Faktor gewesen ist. Ich bin der Meinung, daß dieser Integrationsprozeß auch über die Bundestagswahlen hinaus sich fortsetzen wird, aus einem ganz einfachen Grunde: Hinter den Grünen steht die Massenbewegung der Bürgerinitiativen einerseits (das sind ja etwa 6 Millionen Menschen) und hinter ihnen steht auf der anderen Seite eine radikaldemokratische Jugendbewegung, die zwar von anderen Voraussetzungen ausgeht, aber durchaus ähnliche Ziele anspricht. Und für diese Bewegungen werden Wahlergebnisse relativ unwichtig sein; die führen zu keinen Enttäuschungen (so war es im Saarland, so war es in NRW und so wird es auch nach den Bundestagswahlen sein).

AK: Mit meiner letzten Frage möchte ich Sie gerade als Vertreter der älteren Generation ansprechen. Halten Sie das Programm der Grünen mit seiner Verpflichtung zur prinzipiellen Gewaltfreiheit für ausreichend in einer Situation, in der die Gefahr eines dritten Weltkrieges mit unabsehbaren Folgen für Menschheit und Zivilisation anwächst?



A.Haußleiter: Ich halte die Kriegsgefahr für außerordentlich groß und ich bin der Meinung, daß die Angst der Deutschen vor einem neuen Krieg berechtigt ist. Sie werden deshalb auch daran interessiert sein, daß eine radikale und überzeugende Friedenspartei aufgebaut wird. Als solche sehe ich die Grünen, weil Erhaltung des Lebens ja voraussetzt, erstens ein ökologisches Programm und zweitens ein Friedensprogramm. Das Friedensprogramm der Grünen ist noch nicht voll ausdiskutiert, genausowenig wie ihr gesamtgesellschaftliches Programm. Ich bin aber der Meinung, daß gegenüber dem Rüstungswettlauf das Prinzip der radikalen Abrüstung von einer Friedenspartei vertreten werden muß, wobei wir demnächst ein Seminar zum Thema der Gewaltfreiheit veranstalten wollen, um uns mit Theodor Ebert und seinen Freunden auszusprechen über die Fragen, die sich mit diesem Programm stellen. Daß wir gegenüber dem Wettrüsten, das Schmidt wie Strauß auf ihre Fahnen geschrieben haben, eine überzeugende Alternative entwickeln müssen, das ist meine feste Überzeugung. Ich habe die Hoffnung, daß die Kriegsdienstverweigerung der Jugend in Deutschland auch unsere östlichen Nachbarn davon überzeugt, daß die Deutschen aufgehört haben, in ihrer Substanz Militaristen zu sein.

AK: Die Frage bleibt zunächst noch unbeantwortet, ob die Militarisierung und die allerorts zu beobachtende Kriegstreiberei allein mit gewaltfreien Mitteln verhindert und gestoppt werden kann.

A.Haußleiter: Ich bin der Meinung, daß die Regierung davon überzeugt werden müßte, daß die Jugend nicht wie 1914 in Flandern singend in den Tod marschieren wird und deshalb sehe ich im radikalen Ansatz eines neuen Pazifismus in der Tat ein ganz entscheidendes Verhalten. Die Theorie der Gewaltfreiheit ist bei den Grünen sicher noch nicht hinreichend durchdacht und entwickelt – und hier bedürfen wir einer sehr gründlichen Organisation und Diskussion (wie sie der Arbeitskreis Frieden der Grünen einleiten will). Die Regierenden müssen wissen, daß für militärische Abenteuer einfach die junge Generation nicht zur Verfügung steht. Um dies noch hinzuzufügen: Das Problem der Gewalt- Auseinandersetzung muß sehr gründlich bei uns ausdiskutiert werden und da werde ich einen meiner Schwerpunkte meiner zukünftigen Arbeit sehen – und da werden wir auch Ihre Freunde als Gesprächspartner notwendig haben.

AK: Herr Haußleiter, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Gesundheits-Programm der Grünen:

Reaktionär statt alternativ

Olaf Dinné von den Bremer GRÜNEN (BGL) erregte einiges Aufsehen, als er im Februar vor der Bremer Bürgerschaft für Streichungen am Staatshaushalt bei den Punkten Bildung, Gesundheit, Jugend, Soziales und Umweltschutz plädierte.

Dinné forderte damals u.a.. die Ausgaben für den Posten 'Gesundheit und Umwelt' von 134 auf 85 Millionen Mark zusammenzustreichen. Zur Begründung führte er u.a. aus: **„Mammutkrankenhäuser der Neuen Heimat und Kobaltkanonen von Siemens haben sich in unseren Augen als unwirksam für eine immer kränker werdende Gesellschaft und deren sinkende Lebenserwartung erwiesen. Wenn wir nicht an die Wurzel dieses Übels ranwollen, können wir auf diese Formen von künstlichen Impulsen auf das Wachstum ...auch verzichten".**

Zumindest in d i e s e m Punkt befindet sich Olaf Dinné leider durchaus in Übereinstimmung mit dem auf dem Saarbrückener Parteitag der GRÜNEN beschlossenen Programm: Der Punkt 'Umwelt und Gesundheit' im Saarbrückener Programm trägt eindeutig eine reaktionäre, fortschritts- und massenfeindliche Handschrift.

Der Horror vor den „Großkrankenhäusern"

Die Aussagen zur 'Gesundheitspolitik' im Saarbrückener Programm sind geprägt vom Horror vor der dämonisierten „Technik" und vor Groß-Einrichtungen :

„Das Gesundheitswesen ist in den letzten Jahrzehnten zum Industriegiganten entwickelt worden. Gefördert wird zur Zeit nur, was rationelle, apparative, automatisierungsfähige Dienstleistungen und Gewinn verspricht".

„Immer mehr Maschinen bestimmen den Ablauf der Diagnostik und Therapie. Die Bedienung dieser Maschinen wird schon wichtiger genommen als die Betreuung kranker Menschen".

„...Ökologische Medizin muß daher vermeiden: Überkonsum von Arzneimitteln, unnütze chirurgische Eingriffe, übertechnisierte Großkrankenhäuser".

In der auf dem Dortmunder Parteitag der GRÜNEN verabschiedeten „Wahlplattform" ist die Anklage gegen die Großkrankenhäuser in zwei Sätzen zusammengefaßt: **„Die herrschende Medizin, allzusehr verquickt mit wirtschaftlichen Interessen von einzelnen Gruppen, mit ihrem Riesenaufwand an Medikamenten und Apparaten, lehnen wir ab. Die Heilung in Großkrankenhäusern ist fragwürdig geworden".**

In den programmatischen Aussagen der GRÜNEN erscheint „die Technik" s c h l e c h t h i n, der Ein-

lung in Großkrankenhäusern ist fragwürdig geworden".
In den programmatischen Aussagen der GRÜNEN erscheint „die Technik" s c h l e c h t h i n, der Ein-

satz von Maschinen und Apparaten, als böse und gefährlich. Der Mensch, so heißt es ebenfalls in diesem Punkt des Saarbrückener Programms, sei den Apparaten *„hilflos ausgeliefert"*. Hinzu kommt die Angst der „wahren Ökologen" vorm allzu großen, allzu „Unüberschaubaren": Großbetriebe, Großkrankenhäuser, Gesamtschulen usw. usf. Diese Ängste führen direkt zu Theorien zurück, die schon an der Wiege des Faschismus Pate standen.

Es ist eine Binsenweisheit, aber für die „wahren Ökologen" offenbar nicht zu fassen, daß „die Technik" als solche keineswegs der Feind des Menschen ist. Die Entwicklung der Medizin zum *„Industriegiganten"* also die großindustrielle Entwicklung und Produktion neuer Medikamente, die Entwicklung und der Einsatz von Maschinen und Automaten, hat - selbst unter kapitalistischen Verhältnissen - für das Gesundheitswesen Möglichkeiten eröffnet, die historisch beispiellos sind. Apparate kommen z.B. in der Intensivmedizin (Unfallmedizin, Herzinfarkt-Behandlung, nachoperative Behandlung u.a.) in großem Umfang zum Zuge und sind dort 'nicht mehr wegzudenken'. Sie vergrößern z.T. erheblich die Chance, Leben zu retten und zu verlängern. Daß es dabei oft nur um ein Herumflicken an Folgen des kapitalistischen Systems geht (typische Beispiele: Herzinfarkt und Krebs) ist nicht dem Fortschritt der Medizin anzulasten.

Durch den Einsatz von Maschinen können heute beispielsweise Tausende von Nierenkranken überleben ('Blutwäsche' an der Kunstniere), die früher „zum Tode verurteilt" gewesen wären.

Ein weiteres Beispiel: Nach einem Bericht des „Stern" (14/80) gibt es in der BRD z u w e n i g (auch technik-intensive) Intensivstationen für 'Risiko-Babys'. Nach der zugrundeliegenden Untersuchung eines Arztes könnten von den 8000 Neugeborenen, die bei uns pro Jahr sterben, etwa die Hälfte überleben, wenn es mehr Zentren für intensive Geburtsmedizin gäbe.

Die Kritik an den *„übertechnisierten Großkrankenhäusern"* und am angeblichen *„Riesenaufwand an Medikamenten und Apparaten"* ist ein reaktionärer Blödsinn. Denn es k a n n gar kein Z u v i e l an vorhandenen technischen Hilfsmitteln geben, sondern nur einen M a n g e l an solchen Mitteln bzw. einen falschen (unzweckmäßigen oder unzureichenden) Einsatz vorhandener Mittel. – **Es sei denn, man will sich auf den total zynischen Standpunkt stellen, daß man sowieso gegen eine „künstliche Verlängerung des Lebens" (durch technische Hilfsmittel) ist.**

Das Überangebot an nutzlosen oder sogar schädigenden Medikamenten, z.T. auch überflüssige chirurgische Eingriffe, verantwortungsloser Einsatz von radioaktiven Strahlen usw. sind e i n e Form des Elends der kapitalistischen Medizin. Das Hauptproblem ist aber ein anderes: **Der Masse der Bevölkerung stehen unter kapitalistischen Verhältnissen z u w e n i g hochwertige Medikamente und z u w e n i g kostenintensive Apparate zur Verfügung.** Es sei nur daran erinnert, daß die Ärzte von den Kassen z.T. unter Druck gesetzt werden, bestimmte Medikamente, da „zu teuer", nicht zu verschreiben. Oder man vergleiche einmal den medizinisch-technischen Aufwand für einen kranken 80jährigen Politiker oder Kapitalisten mit dem Aufwand

setzt werden, bestimmte Medikamente, da „zu teuer". nicht zu verschreiben. Oder man vergleiche einmal den medizinisch-technischen Aufwand für einen kranken 80jährigen Politiker oder Kapitalisten mit dem Aufwand

für eine Rentnerin im selben Alter. **Im Interesse der Bevölkerung ist also zu fordern, daß der Fortschritt der Medizin (Apparate, Medikamente) im v o l l e n Umfang der g e s a m t e n Bevölkerung zugute kommen muß. Es geht um den vollen, nicht an Klassenprivilegien gebundenen Einsatz (und Ausbau) der vorhandenen Mittel - nicht aber um die R e d u z i e r u n g dieser Mittel im Sinne einer „überschaubaren Medizin".** Anstelle der *„übertechnisierten Großkrankenhäuser"* fordert das Saarbrückener Programm den *„Ausbau kleiner, bevölkerungsnaher Krankenhäuser"*. Die Forderung nach mehr kleinen, „bevölkerungsnahen" Krankenhäusern und Ambulatorien in den Wohngebieten ist in der Tat unter vielen Gesichtspunkten berechtigt. Bekanntermaßen geht die Tendenz der kapitalistisch betriebenen Medizin zur Schließung solcher kleineren Einrichtungen wegen mangelnder Rentabilität.

Die richtige Forderung im Saarbrückener Programm wird aber ganz r e a k t i o n ä r begründet, indem den Großkrankenhäusern vorgeworfen wird, sie seien „übertechnisiert". Gerade die Konzentration und Verfügbarkeit technischer Hilfsmittel stellt aber einen wesentlichen V o r t e i l großer Einheiten dar. Ebenso ist es mit der Konzentration von Fachkräften (Chirurgen etc.). Da nicht davon auszugehen ist, daß sich jedes kleine Krankenhaus einen Maschinenpark sämtlicher wichtiger Apparate und einen Stab von Fachkräften für alle Spezialgebiete (z.B. in der Chirurgie) leisten kann, haben die von den „wahren Ökologen" verteufelten Großkrankenhäuser ihre Existenzberechtigung n e b e n dem unbedingt zu fordernden Erhalt und Ausbau kleinerer, dezentralisierter Einheiten.

„Vorbeugen ist besser als heilen!"

Der klassenkämpferische Ansatz, die bestehenden Verhältnisse revolutionär zu verändern, wird von den „wahren Ökologen" abgelehnt. Sie legen stattdessen das Schwergewicht darauf, das Bewußtsein des einzelnen Menschen so zu verändern, daß dieser „umweltbewußt" wird, seine Konsumbedürfnisse reduziert und verändert usw. Statt Großaktionen an AKW-Bauplätzen Abfallsammeln im Wald - so könnte man diese Richtung in der Tendenz kennzeichnen. So verbindet das Saarbrückener Programm die Kritik an „übertechnisierten Großkrankenhäusern" und „Überkonsum von Medikamenten" mit ausführlichen Appellen an die Bevölkerung, „gesundheitsbewußter" zu leben. Der w i c h t i g s t e

gramm die Kritik an „übertechnisierten Großkrankenhäusern" und „Überkonsum von Medikamenten" mit ausführlichen Appellen an die Bevölkerung, „gesundheitsbewußter" zu leben. Der w i c h t i g s t e

Punkt einer „ökologischen Medizin" sei, so heißt es im Programm: **„eine Gesundheitsvorsorge durch gezielte Aufklärung des Einzelnen, der durch verbesserte Kenntnisse und durch konsequente Hilfe zur Selbsthilfe für seine Gesundheit verantwortlich werden kann. Vorbeugen ist besser als heilen!".**

Krankenkassen und Staat werden diese „ökologische" Schützenhilfe für ihre Sparpolitik auf dem Gesundheitssektor gern annehmen. Verhältnisse, unter denen sich „der Bürger" selbst „für seine Gesundheit verantwortlich fühlt", sind selbstverständlich der Traum von Krankenkassen, Kapitalisten und Politikern. Eine Vielzahl propagandistischer Unternehmen („Trimm dich fit", Krebsfürsorge u.a.m.) dienen diesem Zweck.Die Devise, 'den Einzelnen selbst für seine Gesundheit verantwortlich zu machen', ist aber nicht nur die Parole kapitalistischer Sparpolitik, sondern zusätzlich ein Hohn angesichts der realen Verhältnisse. Daß die steigende Zahl z.B. von Krebsk ranken und Krebstoten in erster Linie auf Gifteinwirkungen am Arbeitsplatz, in der Luft usw. zurückzuführen ist, begrenzt für die große Mehrheit des Volkes bereits entscheidend die Möglichkeiten, unter den real existierenden Verhältnissen „gesundheitsbewußt" zu leben.

Innerhin werden im Saarbrückener Programm *„Luft- und Wasserverschmutzung"*, *„radioaktive Strahlung"* und *„eine menschenfeindlich angewandte Technik im Büro und Betrieb"* als einige wesentliche Krankheitsursachen genannt. Trotzdem wird die erstaunliche Behauptung gewagt: „W i c h t i g s t e r Umweltfaktor ist die Nahrung. *Die Ernährung soll nicht zu Übergewicht führen..."* Anstelle *„stark denaturierter Lebensmittel"* werden *„natürliche Gemüse und Vollkornbrot"* zum Verzehr enpfohlen. Hier scheint der Öko-Bauer die Feder geführt zu haben. W e n n man unterstellt, daß nicht etwa AKW's, Umweltvergiftung, Gifte und Stress am Arbeitsplatz etc.pp. die Hauptgefahr bilden, sondern daß diese vor allem in einer falschen Ernährung besteht, liegt die 'Verantwortung jedes Einzelnen' für seine persönliche Gesundheit auf der Hand: Lebensmittel nur aus dem Grünen Laden. Die dadurch entstehenden Mehrkosten lassen sich durch den Verzicht auf *„Alkohol- und Nikotinmißbrauch"* (ebenfalls eine Forderung des Saarbrückener Programms) ausgleichen. Vom Staat fordert das Saarbrückener Programm *„Aufklärung über die Gefahren durch Alkohol- und Nikotinmißbrauch"* sowie ein Verbot der Werbung hierfür. (Das ist übrigens die e i n z i g e Aussage des Saarbrückener Programms zur Drogen-Problematik!). Weitere Forderungen des Saarbrückener Programms: *„Durch eine genügende körperliche Betätigung (z.B. Breitensport) sollte die Leistungsfähigkeit möglichst lange erhalten bleiben".* Diesem Programmpunkt wird jeder Kapitalist von Herzen zustimmen.

Und außerdem: *„Der Biologieunterricht an den Schulen muß der Gesundheitserziehung breiten Raum geben. Kurse an Volkshochschulen, in Kurbädern und am Arbeitsplatz sind besonders geeignet, die erwachsene Bevölkerung zu erreichen".* Erst nach Aufzählung dieser Punkte werden als letztes auch Maßnahmen gegen die Umweltvergiftung und gegen die Belastungen am Arbeitsplatz gefordert, allerdings in sehr unkonkreten Formulierungen. Das Schwergewicht der Forderungen insgesamt liegt eindeutig auf einer „vernünftigeren Lebensweise" der Bevölkerung, die durch staatliche „Auf-

konkreten Formulierungen. Das Schwergewicht der Forderungen insgesamt liegt eindeutig auf einer „vernünftigeren Lebensweise" der Bevölkerung, die durch staatliche „Auf-

klärung" zu fördern sei. Diese Betrachtungsweise steht in der Tradition bildungsbürgerlicher „Gesundheitsfürsorge" des 19.Jahrhunderts: Die Arbeiterklasse soll (mit Hilfe von Staat, Schulen usw.) dazu „erzogen" werden, unter den gegebenen beschissenen Verhältnissen so „gesund" (und arbeitsfähig!) wie möglich über die Runden zu kommen und sich für Gesundheitsschäden möglichst noch selbst verantwortlich zu machen („unvernünftige Lebensweise").

Die Vorstellungen des Saarbrückener Programms der GRÜNEN sind weitgehend der „Kostendämpfungs"- und Sparpolitik des Staates und der Krankenkassen angepaßt. Noch mehr aber ähneln sie der Demagogie der rechten Ärzteverbände und der CDU/CSU:
So hetzt beispielsweise das „Deutsche Ärzteblatt" gegen das **„Anspruchsdenken"** der Kassenpatienten. Der Hartmannbund (rechter Ärzteverband) fordert, ganz im Sinne des Saarbrückener Programms, **„mehr Selbstverantwortung"** von der Bevölkerung. 'Kassenarztchef' Hans Wolf Muschallik fordert - ebenfalls im Sinne der „wahren Ökologen" - **„Motivierung der Versicherten zu gesundheitsbewußter Lebensführung"** statt *„neuer Leistungsangebote"*. Auch der Hamburger Ärztekammerpräsident Sewering hat *„Genußmittelmißbrauch"*, *„Überernährung"* und *„die Folgen eines allzu bequemen Lebens unserer Bürger"* als Hauptursache der „Kostenexplosion" im Gesundheitswesen ausgemacht. Der CDU-Politiker Heinrich Geissler hat daraus den konsequenten Vorschlag gemacht, „selbstverschuldete und vermeidbare Krankheiten", beispielsweise *„übermässigen"* Alkohol/Tabak-Konsum, vom Versicherungsschutz durch die Krankenkassen auszunehmen. (Zitate aus „Spiegel", Nr. 19/75, 22/75 und 23/75). Daß die „wahren Ökologen" d i e s e Forderung nicht mit ins Saarbrückener Programm geschrieben haben, ist eine Lücke. Denn ihrem reaktionären, massenfeindlichen D e n k e n entspricht diese Forderung vollkommen.

Und die l i n k e n Grünen?

Kaum glaublich, aber leider wahr: Der Programmpunkt „Umwelt und Gesundheit" wurde von der Programmkommission e i n s t i m m i g dem Saarbrückener Parteitag vorgelegt und dort problemlos und widerspruchslos durchgezogen. Immerhin saßen und sitzen in dieser Programmkommission auch drei Vertreter der Linken: E. Hoplischek (AL Westberlin), J. Reents („Gruppe Z") und M. Zieran (GLH).

Wie konnte es angehen, daß so o f f e n s i c h t l i c h reaktionäre, unsoziale Positionen wie im Punkt 'Umwelt und Gesundheit' (und in manchen anderen Punkten der grünen Programmatik) ohne Widerspruch und nennenswerte Gegenstimmen der linken GRÜNEN durchgingen?

Insgesamt ist festzustellen, daß es um viele Punkte der grünen Programmatik bisher kaum Auseinandersetzung gegeben hat. Weder vor Saarbrücken noch danach. **Eine kritische Auseinandersetzung der linken GRÜNEN mit den von ihnen mitverabschiedeten reaktionären Positionen der grünen Programmatik hat bisher nicht stattgefunden.** Insofern trifft selbst das Wort 'Kompromiß' den Kern der Sache nicht, denn Kompromiß setzt immerhin Auseinandersetzung voraus. Für diese Lage der Dinge sind mehrere Faktoren verantwortlich:

1. Die „Programm-Diskussion" der GRÜNEN hat bisher nur ansatzweise den Charakter einer Sachdiskussion gewinnen können. Im

1. Die „Programm-Diskussion" der GRÜNEN hat bisher nur ansatzweise den Charakter einer Sachdiskussion gewinnen können. Im

Wesentlichen gestaltete sie sich als Kuhhandel zwischen den Fraktionen und Strömungen der Grünen Partei. **Das Ziel, ein durchdachtes und durchdiskutiertes Alternativ-Programm gegen die herrschenden Verhältnisse zu erarbeiten, hat kaum eine Rolle gespielt.** Der faule Kompromiß von Dortmund („Wahlplattform") veranschaulicht am klarsten, wie weitgehend inhaltliche Argumente einem rein parteitaktischen Denken untergeordnet wurden. Das Interesse, Gruhl & Co. in der Partei zu halten, war wesentlich größer als das Interesse, ein brauchbares demokratisches, progressives und soziales Programm zu formulieren.
2. Die Bedeutung der Programm-Diskussion ist vom radikalen Teil der linken GRÜNEN unterschätzt worden. Die radikalen Linken innerhalb der GRÜNEN haben sich stattdessen auf kleine parteitaktische Vorteile (hier ein Vorstandspöstchen, dort einen Fuß im grünen Zeitungsprojekt) konzentriert. Die radikalen Linken fürchten, sie könnten sich mit einer „allzu scharfen" Kritik am Programm der GRÜNEN „i s o l i e r e n " und damit ihre parteitaktischen 'Eroberungen' und Pläne gefährden.
3. Zusätzlich kompliziert wird die Sache dadurch, daß erhebliche Teile der linken GRÜNEN (z.B. im Landesverband Westberlin) mehr oder weniger mit den reaktionären Vorstellungen der „wahren Ökologen" sympathisieren. Dies stärkt wiederum bei den radikalen Linken in der Grünen Partei die Angst vor Isolation, stärkt folglich ihren Opportunismus.

Kt., Hamburg

Das Gesundheitswesen muß den Menschen dienen

Auf dem Gesundheitssektor breitet sich immer mehr die Fließbandmedizin aus. Im Senat werden Pläne erwogen, Krankenhäuser wie privatwirtschaftliche Betriebe zu führen. Bereits seit der letzten Bürgerschaftswahl und davor wurden 2.200 Krankenhausbetten aus der öffentlichen Förderung herausgenommen, 1.100 sogar ersatzlos gestrichen. Bis 1985 sollen über 4.000 Betten gestrichen werden. Besonders die älteren und behinderten Menschen, bei denen kaum mehr das Interesse nach einer Wiedereingliederung in den Produktionsprozeß besteht, haben unter der katastrophalen Situation in den Kranken- und Pflegehäusern zu leiden. Vorrangig betroffen sind auch Kinder, für die bis 1985 290 der 1.237 Krankenhausbetten (ca. 30 %) gestrichen werden sollen. Noch stärker nimmt das psychische Leiden zu. 170000 Menschen bedürfen in Hamburg einer psychiatrischen oder psychotherapeutischen Behandlung. Nur ein Bruchteil dieser Menschen kann durch niedergelassene Ärzte und Psychologen fachgerecht betreut werden, während die Versorgung in den psychiatrischen Krankenhäusern für die Betroffenen weitgehend Diskriminierung als Geisteskranke und Irre sowie Ruhigstellung durch chemische Zwangsjacke, ja Verstümmelung durch Elektroschocks und Psychochirurgie bedeutet. Von der pharmazeutischen Industrie werden bedenkenlos Unmengen Medikamente auf den Markt geworfen (ca. 50000 Präparate), die sorglos verordnet und eingenommen, schwerwiegende gesundheitliche Folgen nach sich ziehen können.

Wir fordern, jegliche Sparmaßnahmen auf dem Gesundheitssektor zu stoppen, keine weitere Privatisierung des Gesundheitswesens vorzunehmen und das Gesundheitswesen völlig von Rentabilitäts- und Profitinteressen zu befreien. Wir treten ein für ausreichende Planstellen und den Ausbau der vor- und nachstationären Versorgung an allen Hamburger Krankenhäusern; für die Schaffung von gemeindemedizinischen Einrichtungen, die Tag und Nacht für die Versorgung erkrankter und behinderter Menschen zur Verfügung stehen; für ausreichende und menschenwürdige Altentages- und Altenpflegestationen; für Kinderstationen in allen kinderreichen Stadtteilen; für psychotherapeutische Zentren für Kinder und Jugendliche und Erwachsene und für die Entwicklung und Bereitstellung einer guten Vorsorgemedizin. Die Anzahl, Wirksamkeit und Sicherheit von Medikamenten muß genau kontrolliert werden.

Es geht auch anders. Zum Vergleich: Plattform-Abschnitt der Bunten Liste Hamburg (1978)

Kleinkrieg gegen Strauß-Gegner

Die in den letzten Ausgaben des ARBEITERKAMPF geschilderte Tätigkeit von CSU-Saubermännern, SPD-Kulturreferenten, für „Ruhe und Ordnung" sorgenden Unternehmern, Bullen usw. im Namen eines „fairen" Wahlkampfes geht weiter. Strauß-Gegner und Antifaschisten/innen lassen sich nicht einschüchtern und tauchen weiterhin mit Ansteckern und ähnlichem unerträglichen Zubehör in Schulen, Betrieben und anderswo auf: eine erfreuliche Tatsache. Darüber hinaus sollte es zur Arbeit jeder Anti-Strauß-Initiative gehören, neben den großen politischen Fragen auch diesen täglichen Kleinkrieg weit bekannt zu machen – und dabei nicht zu vergessen, darauf hinzuweisen, daß dieser Kleinkrieg zwar von der CSU/Strauß-Clique ausgeht, die SPD aber fleißig mitzieht. Nachfolgend eine aktuelle – sicher nicht vollständige – Übersicht.



Die Original-Karikatur ...

Die CDU-Schere im DGB-Kopf

Die "Neue" vom 7.7.8O wies auf die große Wirkung eines kleinen Kreuzes hin. Die DGB-Zeitung "Welt der Arbeit" hatte im Mai die nebenstehende Karikatur von Marie Marcks abgedruckt: am Schreibtisch der Kapitalist, hinten an der Wand das Kreuz und vor dem Schreibtisch die zum Niederknien gezwungenen Frauen auf der Suche nach Teilzeitarbeit. Eine Woche später empörte sich ein "christlicher" Leser, der dies "geschmacklos" und als "Beleidigung" empfand.

Seine und der CDU-Worte wurden in den Chefetagen der IG Bergbau erhört: am 15. Juni erschien deren Zeitung "einheit" - das Kreuz war verschwunden (siehe Ausschnitt). Dem christ-demokratischen Zensurbegehren war wieder einmal genüge getan. Bergbau-Chefredakteur Niggemeier bestritt Zensur, stattdessen soll ein "technisches Versehen" das Kreuz beseitigt haben...



... und die zensierte Fassung der IG Bergbau (im Ausschnitt): das Kreuz fehlt

Nürnberg. Nach wochenlangen Auseinandersetzungen, begleitet von Eiertänzen der Nürnberger SPD-Stadtratsfraktion, wurde die Lehrerin Brita Wandt am 3. Juli amtsenthoben.

Nicht, weil sie neonazistisches Gedankengut verbreitet und im Unterricht Geschichtsklitterung wie ihr Kollege, das CSU-Mitglied Witzsch, betrieben hätte, sondern weil sie es sich nicht nehmen lassen wollte, mit einer „Stoppt-Strauß"-Plakette vor ihre Schülerinnen und Schüler zu treten.

Als sie sich der am 28.5.80 vom Schulleiter ausgestellten Aufforderung, die Plakette unverzüglich abzulegen, widersetzte, drohte ihr der SPD-OB Urschlechter *„dienstliche und disziplinarrechtliche Konsequenzen, eventuell auch Amtsenthebung"* an („Nürnberger Nachrichten" – „NN" vom 23.5.80).

Die GEW protestierte *„aufs Schärfste gegen diesen Einschüchterungsversuch"* („Frankfurter Rundschau" – „FR" vom 24.5.80). Die Lehrerin, selbst GEW-Mitglied, trug die Plakette weiter.

Nachdem der Personalrat, der auch sieben SPD-Stadträte zu den Seinen zählt, gegen die Amtsenthebung und somit gegen den Willen von OB und CSU, die diesem Gremium ebenfalls angehören, entschied, kam die Sache vor den Stadtrat („NN", 11.6.80).

Dort wurde die Amtsenthebung ebenfalls durch die SPD-Mehrheit abgelehnt, was den OB veranlaßte, sich an die Rechtsaufsichtsbehörde, die Regierung von Mittelfranken, die fest in CSU-Hand ist, zu wenden. Für CSU-Holzbauer bedeutete diese Entscheidung *„eine dunkle Stunde im Interesse der Selbstverwaltung und der Demokratie"*, in der einer Radikalen *„die Stange gehalten"* wurde („NN", 19.6.80).

Die Aufforderung der Mittelfränkischen Regierung, die Amtsenthebung ohne Aufschub durchzuziehen, beschäftigte den Stadtrat ein zweites Mal mit diesem Thema.

Am 2. Juli votierten CSU und SPD einhellig für einen sofortigen Vollzug der Amtsenthebung, die am 3. Juli durchgezogen wurde („NN", 3.7.).

Inzwischen haben in Nürnberg Be-
Am 2. Juli votierten CSU und SPD einhellig für einen sofortigen Vollzug der Amtsenthebung, die am 3. Juli durchgezogen wurde („NN", 3.7.).

Inzwischen haben in Nürnberg Betroffene die „Initiative – Verteidigt die Meinungsfreiheit" gegründet, die mit Info-Ständen und einer Fahrraddemonstration, auch im Fall Wandt, an die Öffentlichkeit gegangen ist. Ihre Arbeit versteht sie so: *„Unsere Aktion richtet sich nicht nur gegen Franz Josef Strauß, sondern tritt vor allem für das Grundrecht der freien Meinungsäußerung ein"* („NN", 14.6.80).

***

Nürnberg. Auch ein ehemaliger Juso und jetziger Leiter der beruflichen Schulen in Nürnberg trägt sich in tiefer Sorge um die „Ausgewogenheit".

Er fürchtet, daß *„die beruflichen Schulen als parteipolitisches Manövergelände"* mißbraucht werden könnten, und mahnte die Direktoren, doch ein Auge darauf zu werfen, daß keine Plaketten für oder gegen einen Kanzlerkandidaten getragen werden.

So mit der Nase darauf gestoßen, erspähte einer der Angesprochenen zwei angehende Buchhändlerinnen, die eine gegen einen Kanzlerkandidaten gerichtete Plakette seit Wochen trugen.

Es kam zu Schulverbot und Rausschmißandrohungen – nur es nutzte nichts („Plärrer", 6/80).

Denn jetzt tragen immer mehr Schülerinnen und Schüler die verteufelten Plaketten: In einer Nürnberger Schule erschien eine ganze Klasse im Anti-Strauß-Look zum Unterricht. Für die beiden Berufsschülerinnen geht es trotzdem um die bange Frage, ob sie ihre Ausbildung beenden können.

***

Nürnberg. CSU-Chef Holzbauer sah erneut rot und witterte bereits im Vorfeld *„einseitige Parteipropaganda"* und *„einseitige Hetze gegen den Kanzlerkandidaten der größten demokratischen Partei in der Bundesrepublik"* und das bei einem städtisch-subventionierten Kulturprogramm!

Am 1. Juli präsentierte der Nürnberger Kulturzirkus „Literatur in der Manege" mit Ludwig Fels, Heinar Kipphardt, Bernt Engelmann, Peggy Parnass, Helmut Ruge, Klaus Wagenbach und Gerhard Zwerenz. Holzbauer, vielleicht sollte er sich in „Holzhammer" umbenennen, fürchtete, wie die wirklich erfrischenden Beiträge zeigten, zurecht um die *„parteipolitische Neutralität"*, so wie er sie versteht.

Verlangt er im Ernst, daß sich Menschen erst als „Ungeziefer" bezeichnen lassen und dann auch noch „ausgewogen" reagieren?

***

Regensburg. Nachdem gegen die achtzehnjährige Gymnasiastin Christine Schanderl schon vor Pfingsten zwei Wochen Unterrichtsverbot verhängt worden war, tagte der Disziplinarausschuß des Albertus-Magnus-Gymnasiums zum zweiten Mal, um Maßnahmen wegen des fortgesetzten Tragens einer Anti-Strauß-Plakette durch Christine zu überlegen. Inzwischen wird der Schülerin auch angelastet, den Schulbetrieb gestört zu haben. Stö-

ums zum zweiten Mal, um Maßnahmen wegen des fortgesetzten Tragens einer Anti-Strauß-Plakette durch Christine zu überlegen. Inzwischen wird der Schülerin auch angelastet, den Schulbetrieb gestört zu haben. Stö-

rung heißt für die Lehrer u. a. auch, daß Christine nicht bereit war, alles hinzunehmen, sondern ihre Mitschüler auf ihre Bestrafung aufmerksam machte. So demonstrierten auch etwa 30 Leute, u. a. mit der Parole ‚Meinungsfreiheit an den Schulen", während der Disziplinarausschuß tagte. Aber der Disziplinarausschuß ließ sich auch dadurch nicht beeindrukken, sondern hielt *„die Stufenleiter der Ordnungsstrafen"* (so Direktor Duschl) ein und drohte Christine die Entlassung an. Die Schülerin kündigte Widerspruch an. Mit welcher Frechheit hier vorgegangen wird, zeigt sich u. a. daran, daß selbst der bayerische Verfassungsgerichtshof „erhebliche Bedenken" gegen die rechtliche Zulässigkeit von Disziplinarmaßnahmen in der Schwere von Unterrichtsausschluß und Schulentlassung allein auf dem Boden einer Verordnung geäußert hatte. (Nach „Süddeutsche Zeitung" vom 13.6. und 14./15.6.80).

***



Regensburg. Der Leiter des Berufsbildungswerkes Eckert in Regensburg, der fünf Umschüler wegen der leidigen „Stoppt-Strauß"-Anstecker entlassen hatte, verlor einen Prozeß. Das Landgericht Regensburg entschied nun, daß diese wieder einzustellen seien, andernfalls könne er zwischen einer Geldstrafe von DM 500.000,– oder sechs Monaten Knast wählen.

Zudem wurde das Arbeitsamt, das aufgrund der Kündigungen die Unterhaltszahlungen für die Umschüler gestrichen hatte, verpflichtet, die Zahlungen wieder zu leisten und für die Zeit des rechtswidrigen Ausschlusses nachzubezahlen („Süddeutsche Zeitung", 14.6.80).

***

Regensburg. Der Tatsache, daß sie sich einen modernen Zweckbau und kein historisches Baudenkmal als „Opfer" für das Aufmalen der Parole „Stoppt Strauß" aussuchten, verdanken zwei Regensburger Umschüler einen Freispruch vor Gericht. Die beiden Strauß-Gegner hatten sich wegen „gemeinschädlicher Sachbeschädigung" zu verantworten, weil sie nachts eine Brücke mit der Anti-Strauß-Parole „verschönert" hatten. Der zuständige Amtsrichter berief sich auf ein Urteil des BGH, der das Bekleben eines Verteilerkastens der Bundespost nicht ahnden wollte, weil dieser in seiner „Substanz" nicht beeinträchtigt wurde. Sollte man/frau sich für andere „Verschönerungen" merken (Nach „Süddeutsche Zeitung" vom 5./6.7.80).

***

Augsburg. Die Erben des Komponisten Richard Strauss haben die geplante Inszenierung der Oper „Salome" unter der Regie von Werner Schroeter in Augsburg endgültig abgelehnt. Angeblich befürchten sie, daß Schroeter das Werk so in Szene setze, daß es auf eine „Verunglimpfung" hinauslaufe. Aber Eingeweihte vermuten etwas anderes: Bundesfilmpreisträger Schroeter hatte in einem Interview die offensichtliche Juxäußerung gemacht, daß er FJS gerne mal ein Bömbchen in Form einer Weißwurst schicken möchte. FJS hatte daraufhin in einem Brief auch seine „Empörung" geäußert, und gefordert, daß Schroeter aus seinem Vertrag entlassen werde. Aber das Augsburger Theater hielt lange an Schroeter fest. Diese erfreuliche Haltung wurde durch eine Reihe von Solidaritätsbekundungen bestärkt. Die Ensembles von vielen Bühnen aus der ganzen BRD haben diesen Akt von Zensur aus politischen Gründen zurückgewiesen. Auch eine Reihe von Filmemachern solidarisierten sich mit Schroeter, u. a. die Regisseure des Films „Der Kandidat", der ja eben-

ganzen BRD haben diesen Akt von Zensur aus politischen Gründen zurückgewiesen. Auch eine Reihe von Filmemachern solidarisierten sich mit Schroeter, u. a. die Regisseure des Films „Der Kandidat", der ja eben-

falls eine Menge Schwierigkeiten in Augsburg hat.

Inzwischen sind mögliche Ersatzlösungen ebenfalls gescheitert, so daß der Vertrag aufgelöst wurde. Dies ist das Ende eines Trauerspiels, das sich zunächst als Provinzposse angelassen hatte. (Nach „Süddeutsche Zeitung" vom 18.6., 19.6., 20.6., 21/22.6. und 25.6.80).

***

Memmingen. Das umstrittene Filmporträt über FJS, „Der Kandidat", ist in Memmingen ebenso unerwünscht wie in Augsburg. Alle vier Kinobesitzer der 38.000 Einwohner zählenden Stadt lehnen die Vorführung in einer von der SPD bezahlten Matinee ab. Offen machten die Kinobesitzer politische Bedenken geltend. Sie weigern sich, der SPD die Kinos stundenweise zu vermieten. In Bayern ist die Demokratie schon ganz schön „auf den Hund gekommen". (Nach „Süddeutsche Zeitung" vom 5.7.80).

***

München. Der an bayerischen Schulen mehrmals verhängte Unterrichtsausschluß gegen Schüler, die Anti-Strauß-Plaketten trugen, ist nach Auffassung der bayerischen SPD-Juristen verfassungswidrig. Der Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen hat deshalb *„das rigorose Vorgehen von CSU-freundlichen Verwaltungsorganen gegen Schüler, die eine der CSU nicht genehme Meinung kundtun"*, scharf verurteilt. Auch in der Schule müsse das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gelten und erhalten bleiben (hört, hört!). Jetzt wird es aber wieder typisch „spezialdemokratisch: *„Ein Schulausschluß erfordert nach höchstrichterlicher Rechtsprechung eine gesetzliche Grundlage, die Allgemeine Schulordnung habe aber nicht Gesetzesrang"*. Es braucht also nur ein Gesetz zu geben und alles ist geritzt?

***

Neutraubling. Auch der Firma Kronseder in Neutraubling gelang es nicht, sich von einem mißliebigen Kollegen, der nicht vom „Stoppt-Strauß"-Anstecker lassen wollte, zu trennen.

Nachdem die Geschäftsleitung zwei aufeinanderfolgende Kündigungen wegen Formfehlern zurücknehmen mußte, will sie nun auf weitere Maßnahmen verzichten.

Drei weitere Kollegen, die aus gleichen Gründen entlassen wurden, konnten zwar ihre Wiedereinstellung (bis jetzt?) nicht erreichen, jedoch erreichten sie eine Liste von Solidaritätsschreiben, auch von weit außer-

Drei weitere Kollegen, die aus gleichen Gründen entlassen wurden, konnten zwar ihre Wiedereinstellung (bis jetzt?) nicht erreichen, jedoch erreichten sie eine Liste von Solidaritätsschreiben, auch von weit außer-

halb Bayerns.

Die Industriegewerkschaft Metall, Verwaltungsstelle Reutlingen, bestellte für den Betriebsrat und den Vertrauensleutekörper der Firma „WAFIOS" 50 „Stoppt-Strauß"-Plaketten, der Betriebsrat der Brandt GmbH Hagen 100 Aufkleber mit selbem Text, um nur zwei Beispiele zu nennen.

***

Murnau – Landshut. Wo der Verkauf der „Deutschen Nationalzeitung" erlaubt ist, dürfen Anti-Strauß-Plaketten noch lange nicht getragen werden.

Diese Erfahrung machte jüngst ein Wehrpflichtiger in der Murnauer Kaserne. Als er außerhalb seiner Dienstzeit an seiner Privatkleidung diese ungewünschte Meinungsäußerung trug, wurde ihm dies verboten. Als er nach dem Grund des Verbots fragte, bekam er sieben Tage verschärfte Ausgangsbeschränkung!

Dagegen darf die „DNZ" auch nach mehrmaliger Beschwerde eines Wehrpflichtigen im Mannschaftsheim einer Landshuter Kaserne weiter verkauft werden. Denn während die „DNZ" dazu dient, sich „ ... *aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten* ...", ist das Tragen einer Anti-Strauß-Plakette eine unerlaubte politische Betätigung. Wenn ein Wehrpflichtiger dann auch noch nach dem Warum fragt, kommen noch Befehlsverweigerung und Bedrohung eines Vorgesetzten dazu („Nürnberger Nachrichten", 25.6.).

Die Bundeswehr fühlt sich ihrem früheren Chef eben immer noch verpflichtet.

***

Göppingen. Im Kreis Göppingen ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen zwei Mitglieder des Antifa-Komitees Göppingen wegen § 86a, also „Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen". Die beiden Strauß-Gegner hatten eine Plakette bzw. einen Aufkleber getragen bzw. am Auto gehabt, auf denen „Stoppt Strauss" stand, wobei Strauss mit SS-Runen geschrieben wurde. Nach dem Verhör bei der Staatsanwaltschaft wurden beide „erkennungsdienstlich behandelt".

***

Darmstadt. Wegen Beleidigung von F. J. Strauß hat das Amtsgericht Darmstadt einen sechsunddreißigjährigen Chemie-Ingenieur zu einer Geldstrafe von 300 DM mit Bewährung verurteilt. Der Ingenieur hatte eine Plakette mit der Aufschrift „Antifaschistische Aktion – Stoppt Strauss" getragen, wobei das Wort Strauss mit SS-Runen geschrieben war. Ursprünglich

lautete die Anklage auf „Vergen...
teilt. Der Ingenieur hatte eine Plakette mit der Aufschrift „Antifaschistische Aktion – Stoppt Strauss" getragen, wobei das Wort Strauss mit SS-Runen geschrieben war. Ursprünglich

lautete die Anklage auf „Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen". Dieser Punkt wurde dann fallengelassen, denn kurz vor der Verhandlung hatte sich Strauß eingeklinkt.

Unmittelbar nach der Urteilsverkündung veranlaßte der Staatsanwalt im Gericht die Festnahme von vier jungen Männern aus dem Publikum, die ebenfalls derartige Anti-Strauß-Plaketten trugen. Die vier Festgenommenen wurden unter dem Protest der übrigen Zuschauer zur „Feststellung der Personalien" gewaltsam abgeführt.

Wir werden in einem der nächsten AKs näher auf diesen Prozeß eingehen (nach „Süddeutsche Zeitung" vom 5./6.7.80).

***

Bonn. Mit der Begründung, für Veranstaltungen, *„die unmittelbar den Kontroversen des Bundestagswahlkampfes gewidmet"* seien, *„in Wahlkampfzeiten keine Hörsäle zur Verfügung zu stellen"*, wurde ein Antrag der Fachschaftsleiterkonferenz der Uni Bonn auf Hörsaalvergabe vom Rektor der Universität, Prof. Dr. Hans Jacob Krümmel, abgelehnt. Die Fachschaftsleiterkonferenz wollte Ende Juni aus Anlaß eines Kongresses „Wissenschaftler analysieren Konzeption und Funktion des F. J. Strauß" des „Bundes demokratischer Wissenschaftler" eine Podiumsdiskussion zum Thema „Die Bundesrepublik am Scheideweg?" in der Uni veranstalten.

Daran sollten verschiedene Wissenschaftler aus der BRD, Frankreich, Italien und Großbritannien teilnehmen.

Die Podiumsdiskussion mußte in einen anderen Saal verlegt werden.

IKAH und Bl./Nürnberg

In Oldenburg wird die Gewerkschaftsspaltung geprobt

Am 19. Juni faßte die Delegiertenversammlung der Oldenburger Verwaltungsstelle der Gewerkschaft „Handel-Banken und Versicherungen" (HBV) einen Antrag, der den Gewerkschaftstag im September auffordert, eine Unvereinbarkeit der gleichzeitigen Mitgliedschaft in der HBV und in der DKP festzustellen. Dieser Unvereinbarkeitsbeschluß (UVB) ist in dieser Form neu und bei der derzeit in verschiedenen Gewerkschaften laufenden Abgrenzung gegenüber der DKP (NGG, Postgewerkschaft) der bisher schärfste Vorstoß. Die Oldenburger HBV ist beileibe nicht von Kommunisten „unterwandert", sondern im Gegenteil ein Hort fest in der Hand einer rechten SPD-Mafia. Der Antrag war wohlvorbereitet von Gewerkschaftssekretären und führenden Sozialdemokraten in der Region. Schon seit längerem arbeiteten Oldenburger HBV-Führer mit Reaktionären aus der Konkurrenzgewerkschaft DAG und sogar mit der rechten Hetzsendung „ZDF-Magazin" von Gerhard Löwenthal zusammen. Der Antrag war gezielt placiert und Gegenreaktionen der HBV vorbereitet, als am 31. Juli folgendes passierte:

Gewerkschaftssekretäre des HBV Landesbezirks Niedersachsen setzten mit Billigung des HBV-Hauptvorstands den Oldenburger HBV-Sekretär Horst Albers ab und kündigten ihn fristgemäß. Das Büro wurde von ihnen übernommen, Telefongespräche an diesem Tag gesperrt, die Türschlösser ausgewechselt. Der stellvertretende Landesbezirksvorsitzende Rainer Wiegand übernahm provisorisch die Geschäftsleitung.

Diese Blitzaktion der HBV-Führung war in der Mitgliedschaft in keiner Weise vorbereitet und Sekretär Horst Albers, seit 17 Jahren hauptamtlich tätig, nutzte (unterstützt vom HBV-Bezirkssekretär Burkhardt Könisser und dem Betriebsratsvorsitzenden der Oldenburgischen Landesbank Ernst Ehlert, alles rechte Sozialdemokraten) seine Oldenburger Hausmacht, um eine wilde antikommunistische Kampagne gegen die HBV zu entfachen.

Die Gewerkschafter sollten diesen bisher krassesten Fall von Auswirkung der im DGB entfachten Kampagne gegen die „kommunistische Unterwanderung" des DGB nicht unterschätzen. So meldete bereits die Juni-Ausgabe der Zeitschrift „Capital", daß sich der Gewerkschaftsrat der SPD wiederholt mit der Situation in der HBV befaßt hat und der DAG-Agent Thomas Heyll (ehemaliger HBV-Sekretär) weiß in einem Fernschreiben an des „ZDF-Magazin" davon zu berichten, daß die Oldenburger SPD-Funktionäre in der HBV die SPD-Baracke in Bonn alarmiert haben und daß diese „bereits beim DGB-Bundesvorstand gegen den Hinauswurf des Sozialdemokraten Albers interveniert" habe (siehe nebenstehenden Abdruck). Wir erinnern daran, daß die SPD schon mehrmals in der Geschichte Gewerkschaften durchgesäubert hat, etwa die IG Bergbau oder die Bau-Steine-Erden. Ein neuer Saubermann à la Georg Leber (der die BSE auf Rechtskurs brachte) ist nicht auszuschließen!

Rechte SPD, Löwenthal, die DAG und die rechte Ortspresse

Am 1. Juli 1980 erscheint die Oldenburger Nordwest-Zeitung mit der Schlagzeile: *„Blitzaktion gegen die Oldenburger HBV-Bezirksverwaltung – Geschäftsstelle besetzt, Bezirkssekretär gefeuert"*. *„Knapp zwei Wochen nach dem Abgrenzungsbeschluß gegen die DKP haben die Kommunisten in der Gewerkschaft mit Hilfe der Gewerkschaftsspitze in Düsseldorf und Hannover zurückgeschlagen"* (NWZ, 1.7.). Für die NWZ ist klar, daß *„die Ultralinken"*, der HBV-Landesvize Rainer Wiegand und ein *„stark linksorientierter"* Gewerkschaftssekretär aus Bremen, geputscht haben. HBV-Bezirksvorsitzender Burkart Könissen ist entsetzt, *„eine Schweinerei"*, sagt er in einem Interview (NWZ, 1.7.).

So weit sind wir schon, daß Kommunisten im Handstreich eine Gewerkschaftszentrale besetzen? Da gibt es einen *„Drahtzieher im Hintergrund, der Oldenburger Kommunist Andreas Thomsen, dem politische Ausrichtung noch im Mai dieses Jahres auf einer Kaderschmiede der Sozialistischen Einheitspartei der DDR irgendwo an der Ostsee zuteil wurde"* (NWZ, 1.7.). Wes Geistes Kind der ist, wußte Horst Albers schon lange. In einem Brief an Thomsen (dieser hatte Albers zum Rücktritt aufgefordert) schreibt Albers: *„Auch ihr Jargon bestätigt, daß das SED-Zentralorgan ‚Neues Deutschland' offensichtlich Ihr geistiger Inspirator ist"* (28.6.80). Auch ein weiteres HBV-Mitglied bekommt die Verteidigung der Demokratie durch Horst Albers zu spüren: *„Im freien Teil Deutschlands läßt sich eine DGB-Gewerkschaft nicht von einem mit den Kommunisten sympathisierenden Mitglied vorschreiben, welche und wieviel Zeitungsartikel im Organisationsbereich veröffentlicht werden"* (29.6.80).

„Antifaschistischer" Protest zur Verteidigung der bedrohten Freiheit regt sich. Ernst Ehlert sieht in der fristgemäßen Kündigung seines Parteifreundes Albers *„eine besondere Art des Berufsverbots"* ... *„Bei den Augenzeugen wurden Erinnerungen an das Jahr 1933 wach"*, gleiches registriert einstimmig der Betriebsrat von Horten. SPD-Bundes- und Landtagsabgeordnete aus dem Kreis protestieren, die Landtagsabgeordnete Bühren-Gamb (SPD) gibt ihre silberne Ehrennadel der HBV zurück, auch sie fühle sich an 1933 erinnert (NWZ, 8.7.). Die schwersten Geschütze fährt die SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Bezirksvorstand Weser-Ems, auf. Das Vorgehen der HBV entspreche *„Methoden aus der Industrialisierungsphase Anfang des 19. Jahrhunderts, als Arbeitgeber ihre Arbeiter wie Freiwild behandelten"* (NWZ, 5.7.). Gleichzeitig stellte sich die AfA *„voll inhaltlich hinter den Abgrenzungsantrag gegenüber der DKP, der den Schlag der Gewerkschaftslinken gegen Albers ausgelöst hatte"*.

Ein „Freundeskreis des Horst Albers" wird gegründet, der für den 5. Juli zu einer Demonstration aufruft, da der HBV-Bezirksvorstand in Anwesenheit der beiden Hauptvorstandsmitglieder Vietheer und Volkmar tagt. 150 HBV-Demonstranten aus dem Bezirk Weser-Ems rufen Sprechchöre: *„Kommunisten raus, Albers rein"* (Oldenburger Wochenblatt, 6.7.).

Donnerwetter, in Oldenburg muß die DKP ja schon ganz schön weit gewesen sein, mit ihrer Unterwanderung?! Gefehlt, Albers selbst verneint dies in einem Interview mit der „Umschau am Abend" des NDR (26.6.80), den Antrag, die Unvereinbarkeit von DKP- und Gewerkschafts-Mitgliedschaft zu erklären, hätten *„besorgte Kollegen"* gestellt: *„Hier geht es darum, darüber zu diskutieren, wenn wirklich einmal Kommunisten Mehrheiten bilden können, eines Tages vielleicht kommunistische Politik machen können und das erfährt die Basis. Dann besteht eben die Gefahr - so die Antragsteller, daß die Mitglieder ... die Gewerkschaften reihenweise verlassen"*.

Hier liegt tatsächlich der Kern der Auseinandersetzung. Die Oldenburger HBV-Verwaltungsstelle ist von rechten Sozialdemokraten unter Zuhilfenahme der rechten Angestelltengewerkschaft DAG und dem reaktionären Moderator des ZDF-Magazins, Gerhard Löwenthal, zum Exerzierfeld der Rechtsentwicklung im DGB gemacht worden. Nicht etwa, weil DKP und andere Linke hier besonders stark sind, sondern weil die Rechten in der HBV hier eine ihrer reaktionären Bastionen haben. Horst Albers - ebenfalls Sozialdemokrat - ist dabei gewissermaßen eine Schlüsselfigur: fast 17 Jahre ist er als Hauptamtlicher tätig, kennt alles und jeden und hat mit dazu beigetragen, daß alle wesentlichen Posten mit Leuten seines Vertrauens besetzt sind.

Albers Freunde sind es auch, die den möglichen Massenaustritt aus der Gewerkschaft vorzubereiten versuchen und gezielt in die Presse setzen lassen, eine mögliche DGB-Auffanggewerkschaft für HBV-Austritte stehe bereit (Ehlert) oder die HBV-Mitglieder sollten ihre Beitragszahlungen sperren und bei einer anderen DGB-Gewerkschaft *„hospitieren"* (Könisser, Old. Wochenblatt, 6.7.). Die Ortsverwaltungen Ostfriesland und Oldenburg der Gewerkschaft NGG (die erst kürzlich einen Abgrenzungsbeschluß gegen die DKP gefaßt hat) haben sich bereits hierzu gemeldet und auf die Seite der HBV-Rechten geschlagen (NWZ, 5.7.).

Verbreiten kann diese rechte SPD-Mafia ihre Kampagne gegen die HBV ungeniert über die Oldenburger Regionalpresse und den Redakteur Horst Suermann, einen Albers-Kumpel, dessen Frau als Angestellte bei der HBV arbeitet. Suermann ist auch Verfasser der eingangs zitierten antikommunistischen Tiraden, dabei nimmt er's mit der Wahrheit nicht so genau. Die zitierte „Kaderschmiede der SED" war ein Ostseeurlaub von Thomsen an der Flensburger Förde!

Der Kreis rechter Sozialdemokraten war es auch, der für die Erstellung des Antrags gegen die DKP sorgte. Albers selber hat zugegeben, „redaktionell" daran mitgearbeitet zu haben. Obwohl er nicht Delegierter ist, konnte er sich dabei auf die „Mitgliederversammlung der Beschäftigten aus Parteiverwaltungen und Gewerkschaften" stützen, also auf seine eigenen Parteigänger. Der auf 11 Seiten begründete Antrag war vor der Delegiertenversammlung nicht weiter bekannt, nicht einmal dem HBV-Ortsvorstand. Dafür wußte aber die NWZ, die auf der Sitzung gar nicht vertreten war, am nächsten Tag unter der Überschrift *„HBV: Abgrenzung nach linksaußen"* (21.6.) zu berichten (s. auch im letzten AK).

Daß es sich um eine ausgekochte antikommunistische Mafia in der Oldenburger HBV handelt, belegt auch folgender Vorgang: „Zufällig" war am Tage der Kündigung von Albers ein Fernsehteam von Gerhard Löwenthals „ZDF-Magazin" anwesend, um mit dem Bezirksvorsitzenden Könisser ein Interview zum Anti-DKP-Antrag zu machen. Die rechten HBVler wußten, daß der 31. Juni der letzte Tag einer regulären Kündigungsfrist für Albers ist. Sie haben mit dieser Maßnahme gerechnet. Daß nicht bereits im letzten „ZDF-Magazin" berichtet wurde, liegt an einer einstweiligen Verfügung der HBV gegen das ZDF, da dieses das Hausrecht gebrochen hatte.

Schließlich kommt auch die DAG noch ins Spiel. Bereits vor über einem Jahr traten fünf HBV-Sekretäre zur DAG über. Diese, insbesondere der heutige DAG-Sekretär Thomas Heyll dienten Löwenthal und der CSU/CDU sowie der Springer-Presse als Kronzeugen für die „kommunistische Unterwanderung" der HBV (s. AK 167 vom 26.11.79: *„DAG stoibert kommunistische Unterwanderung der HBV auf"*). Es ist bekannt, daß Horst Albers zu diesem Thomas Heyll enge Kontakte unterhält - laut Pressekonferenz der HBV sollen sich beide 14 Tage vor Ostern in Jugoslawien getroffen haben (NWZ, 4.7.80). Und die Hamburger Morgenpost enthüllte am 9.7. ein Fernschreiben dieses Thomas Heyll an das ZDF-Magazin, in dem dieser Löwenthal nach Bekanntwerden der Oldenburger Ereignisse *„noch einige Informationen zum Thema Gewerkschaften/HBV"* angeboten hat (wir veröffentlichen dieses Dokument hier im Wortlaut).

Reaktion der HBV-Führung: Aufgeschreckte Bürokraten

Der Blitzcoup, in dem die Umbesetzung der Oldenburger Verwaltungsstelle durch die HBV-Führung erfolgte, kam in der Tat überraschend und macht die Gewerkschaft vollkommen unglaubwürdig: da wird ein Sekretär, der 17 Jahre hauptamtlich tätig war, von heute auf morgen im Handstreich abgesetzt. Mehr als einmal ließ die HBV erklären, *„daß die Kündigung nicht aus politischen Gründen erfolgt ist. Richtig ist vielmehr, Horst Albers hat fortwährend gegen seine arbeitsvertraglichen Verpflichtungen verstoßen"* (Flugblatt vom 3.7.).

Gerade aber dieser Hinweis macht viele HBVler wütend, die vielleicht ansonsten mit Albers politischer Orientierung nichts im Sinn haben. Im Vorgehen hat sich die HBV wie ein x-beliebiger Kapitalist aufgespielt und ist vorgegangen wie die IG Chemie im Fall Patschkowski oder der DGB im Fall Hawreliuk oder der ‚ran'-Redaktion.

Die Gründe sind zudem mehr als fadenscheinig:

— So soll er ein Ausschlußverfahren gegen ein KBW-Mitglied verschleppt haben (!);

— Satzungsmäßige Fristen nicht eingehalten haben;

— Unsachgemäße Kontenführung betrieben haben (eine Überprüfung ergab allerdings zu viel statt zu wenig Geld auf den Konten!).

Den wirklichen Grund, einen politischen, verpackt die HBV indirekt, indem in Presseerklärungen darauf verwiesen wird, daß Albers seit zwei Jahren Kontakt zur DAG und Heyll unterhält. Hier liegt aber der eigentliche Haken. Denn dies rechtfertigt bei Kenntnis der von der CSU entwickelten Rechtsdruck-Strategie gegen den DGB natürlich allemal Albers Rausschmiß. Allerdings muß man ihn dann politisch vorbereiten, in der Mitgliedschaft diskutieren und nicht bürokratisch aufgeschreckt reagieren und völlig unvermittelt einen Mann abschießen, den man 17 Jahre lang bezahlt hat. Wenn die HBV seit zwei Jahren von den Kontakten wußte, warum reagiert sie dann so extrem undemokratisch; so sehr sie im konkreten Fall auch recht hat, überzeugt man so keine Gewerkschaftsmitglieder.

Wie dumm die arbeitsrechtliche Argumentation ist, macht die HBV selber deutlich. In ihrer Presseerklärung vom 1.7. behauptet sie, daß die Kündigung mit dem UVB gegen die DKP nichts zu tun habe, um dann selber völlig zu Recht zu schreiben, daß Albers möglicherweise den Antrag initiiert hat, *„um sich für den Fall der Beendigung seines Arbeitsverhältnisses zu Unrecht als Opfer angeblicher kommunistischer Einflüsse darstellen"* zu können. Eine eher dämliche Linksabgrenzung ist es (die könnte wirklich von der DKP erfunden sein), wenn die HBV darauf hinweist, *„daß Albers in der Vergangenheit wegen pflichtwidriger Verschleppung des Ausschlusses eines Linksextremisten wiederholt gerügt werden mußte"* (ebenda).

Albers & Co haben im Gegensatz zur hektisch reagierenden HBV-Führung ihren Abgang gut geplant, die HBV hat so dumm reagiert wie es nur irgend geht und wir werden den Deubel tun, dieses Vorgehen zu verteidigen, denn die Linksabgrenzung der HBV zeigt nur, daß morgen gegen Linke genauso vorgegangen wird. Albers ist bisher nicht so dumm, sich offen zur DAG zu bekennen. Vielmehr fordert er volle Rehabilitierung und erklärt: *„Ich bin nach wie vor an einer gewerkschaftsinternen Lösung interessiert"* (NWZ, 8.7.80).

Der antikommunistische Druck nimmt zu

Die HBV gehört im DGB zu den Gewerkschaften, die der neuen Antikommunismus-Welle am stärksten widersteht, wenngleich auch in dieser Gewerkschaft UVBs gegen Nicht-DKP-Linke bestehen. Sie steht andererseits am stärksten unter rechtem Druck. Die Kampagne gegen die HBV läuft seit gut einem Jahr gezielt. Im Oldenburger Fall wird eine neue Variante versucht. Die bisherigen Aktionen stießen auf Widerstand im DGB zum einen, weil zu offen mit Gewerkschaftsfeinden à la Löwenthal zusammengearbeitet wurde und gleichzeitig Werbung für die DAG, eine Nicht-DGB-Gewerkschaft, gemacht wurde. Im Oldenburger Fall gibt es zwar auch diese Kräfte und sie versuchen sich auch publizistisch und werbend in Szene zu setzen (die DAG hofft auf Übertritte).

Auf der anderen Seite sind rechte Sozialdemokraten führend beteiligt und betreiben Abwerbung in Richtung rechterer DGB-Gewerkschaften mit Angestelltenanteil (NGG). Sie können sich dabei, wie Horst Albers dies bereits getan hat, auf entsprechende Beschlüsse etwa der NGG oder auch der Postgewerkschaft gegen die DKP stützen. Die HBV gerät dabei zunehmend unter Rechtsdruck, die Konflikte im DGB nehmen zu. Der Oldenburger Fall offenbart, welches Spaltungspotential nach rechts im DGB angelegt ist. Die Linke wird es nicht leichter haben in den Gewerkschaften.

P.S.: Das ZDF-Magazin wird am Mittwoch, 16. Juli, ausführlich gegen die HBV hetzen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Das DAG-Telegramm an Löwenthal im Wortlaut

Der ehemalige HBV-Sekretär und heutige DAG-Angestellte Thomas Heyll, Kronzeuge der „kommunistischen Unterwanderung" der HBV, schickte am 2. Juli folgendes Telegramm an das „ZDF-Magazin", zu Händen von Löwenthals Kompagnon Fritz Schenk:

„Lieber Herr Schenk,
nachstehend noch einige Informationen zum Thema Gewerkschaften/HBV:

1. Ich habe heute früh veranlaßt, daß Ihnen im Laufe des Vormittags per Telekopie die Zeitungsartikel von gestern und heute aus Oldenburg übersandt werden. Darin sind aktuelle Einzelheiten zum Fall Albers enthalten. Insoweit verweise ich auch auf die DPA-Meldung von gestern nachmittag.

2. Nach mir vorliegenden Informationen wird sich am Montag der geschäftsführende Bundesvorstand des DGB mit der Nacht- und Nebelaktion in Oldenburg beschäftigen. Der CDU-Vorstand und die SPD-Baracke in Bonn sind von Oldenburger Funktionären alarmiert worden und haben bereits beim DGB gegen den Hinauswurf des Sozialdemokraten Albers interveniert.

3. Der HBV-Hauptvorstand versucht - wie in meinem Falle - das politische Motiv [Antrag auf Unvereinbarkeit mit der DKP] in den Hintergrund der Diskussion zu drängen. Dem HBV-Geschäftsführer Albers werden plötzlich arbeitsvertragliche Fehlleistungen vorgeworfen. Bis vor kurzem lobte der erste Vorsitzende H. Vietheer noch schriftlich die überdurchschnittlichen Leistungen dieses Sekretärs. Da ihnen die Beweise fehlen für die Anschuldigungen, wurde ein mehrköpfiger Expertenstab aus Düsseldorf [Leiter der Revision, Hauptkasse, Organisationsabteilung] nach Oldenburg geschickt, um diese bei einer Totalrevision zu finden. Dieser Stab ließ bereits verlauten, daß die Geschäftsstelle mustergültig geführt wurde.

Aufgrund der rüden Arbeitgeberpraktiken erlitt gestern eine HBV-Angestellte in Oldenburg einen Nervenzusammenbruch im Büro, ein Sekretär, dem der Besuch in Betrieben wegen mangelnder politischer Zuverlässigkeit verboten wurde, und der versetzt werden soll, wurde wegen des ‚psychischen Terrors' zum Nervenarzt geschickt und arbeitsunfähig geschrieben.

Am kommenden Samstag findet in Oldenburg eine außerordentliche HBV-Landesbezirks-Vorstands-Sitzung statt, an der Vietheer und Volkmar teilnehmen. Sie wollen sich ihre Maßnahmen absegnen lassen. Zwischenzeitlich wird in Großbetrieben in Oldenburg, Bremerhaven, Wilhelmshaven, Emden usw. zu einer Protestkundgebung vor dem Tagungslokal aufgerufen. Die Forderungen lauten: Wiedereinstellung von Albers/Stoppt den kommunistischen Einfluß bei HBV.

Mit freundlichen Grüßen, Thomas Heyll".

Löwenthals Rührstory vom „kommunistischen Terror" dürfte stehen.

Hoesch-Arbeiter schreiben an Günter Döding

Nachstehend geben wir in Auszügen einen Brief von 55 Stahlarbeitern bei Hoesch in Dortmund an den NGG-Vorsitzenden Günter Döding wegen des Anti-DKP-Beschlusses wieder. Unter ihnen sind 29 Vertrauensleute der IG Metall, die meisten sind nach eigenen Aussagen Sozialdemokraten, keiner ist DKP-Mitglied:

„ ... Vor zweieinhalb Jahren hast Du in einem ausführlichen Interview, das Du der DKP-Zeitung 'Unsere Zeit' gegeben hast, davon kein Wort gesagt. Was ist seitdem anders geworden?

Eines ist seit 1977 bestimmt anders geworden: Die Einheitsgewerkschaft ist heute stärker bedroht — und zwar durch den ‚Kandidaten'. Im Kampf gegen diese Bedrohung ist die Kette der Einzelgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes so stark wie ihr schwächstes Glied. Hast Du Ambitionen, durch Deine Empfehlung die Gewerkschaft, deren Vorsitzender Du bist, zu diesem schwächsten Glied zu machen? Einer Empfehlung, die aus der Dunkelkammer von Strauß, Springer und Löwenthal stammt. Hast Du vergessen, daß der Antrieb zur Einheitsgewerkschaft im Konzentrationslager entstanden ist? Unser Kollege Willi Bleicher ist einer ihrer Kronzeugen. Die Einheitsgewerkschaft ist entstanden, weil Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten, aus ihren Fehlern gelernt haben — wenn auch nicht alle — ; besonders aus dem Hauptfehler, die Einheit der Arbeiterbewegung verspielt zu haben.

Gewerkschaftern wird es nicht schwerfallen, angesichts einzelner Ziele, Taktiken und Strategien der Deutschen Kommunistischen Partei mit ihr in Diskussionen, ja in einen Streit zu geraten, bei dem die Wände wackeln. Aber ihren Platz in der Einheitsgewerkschaft müssen Mitglieder dieser Partei haben — was sonst soll ‚Einheitsgewerkschaft' bedeuten? Durch Deine Empfehlung förderst Du Absichten des ‚Kandidaten', nach Briefträgern und Eisenbahnern einmal auch kommunistische Bierbrauer, Zigarettenarbeiterinnen und Kellner aus dem Beruf zu prozessieren.

Kniefälle vor den Feinden demokratischer Gewerkschaften sind noch nie honoriert worden, weder 1933 noch 1980. Wer vor ihnen einen Kniefall macht, der braucht gar nicht erst wieder aufzustehen; denn er ist in die Knie gezwungen worden und hat — sollte die Geschichte nach den Vorstellungen des ‚Kandidaten' verzerrt werden — im Gefängnis, im Exil oder in geduldeter Isolation Zeit genug, über seine Fehler nachzudenken ..."

Wegen DKP-Kandidatur gekündigt »Flankenschutz auch von den DGB-Gewerkschaften«

Noch während der Probezeit wurde eine 29-jährige Verlagskontoristin und alleinstehende Mutter eines 5-jährigen Kindes von der Verlagsleitung der „Stuttgarter Zeitung" gekündigt. Eine Begründung für die Kündigung enthielt das Kündigungsschreiben nicht. Die Verlagsleitung erklärte mündlich, daß die Kontoristin während ihrer Probezeit einwandfrei gearbeit habe.

Der wirkliche Kündigungsgrund wurde von der Verlagsleitung dennoch sehr deutlich zum Ausdruck gebracht: In Baden–Würtemberg waren nämlich Kommunalwahlen und anläßlich dieser Wahlen hatte die Verlagskontoristin als DKP–Kandidatin für den Stuttgarter Gemeinderat kandidiert. Deswegen war nach Auffassung der Verlagsleitung eine *„weitere Beschäftigung nicht vereinbar mit der liberalen (!) Haltung und dem Ansehen des Hauses"* („FR", 1.7.80). Darüber hinaus sei die DKP–Kandidatur ein Verstoß gegen die Grundsätze in der Präambel des Gesellschaftervertrages der Zeitung.

Angesichts dieser skandalösen Kündigungsbegründung fragt man sich, worin die „liberale Haltung" dieses Verlagshauses besteht. Oder ist es für die Herren der Verlagsleitung schon ein Zeichen von Liberalität, daß sie mit der Kündigung bis eine Woche nach den Kommunalwahlen warteten? Vielleicht halten es diese Herren ja auch für liberal, daß sie eine solche Kündigungsbegründung lieber nicht schriftlich formulierten.

Jedenfalls hat der Betriebsrat dieser Kündigung zunächst mal widersprochen. Außerdem protestierte der größte Teil der Kollegen mit einer Resolution. Die IG-Druck und Papier hat der Verlagskontoristin inzwischen Rechtsschutz zugesagt und will mit einer Klage gegen den Verlag die Nichtigkeit der Kündigung feststellen lassen, weil für eine in der Buchhaltung tätige Kontoristin der Gesellschaftervertrag unerheblich sei.

Nach Auffassung der IG–Druck und Papier sind die Umstände dieses Berufsverbots „ungeheuerlich", weil sich hier eine Ausdehnung der Berufsverbotspraxis des Öffentlichen Dienstes auf einen weiteren Bereich der Gesellschaft vollzieht. Und wenn solchen Berufsverboten dann auch noch eine „liberale" Begründung verpaßt wird, macht das nur deutlich, was das Liberalisierungsgeschwätz von Berufsverbietern wert ist.

Antikommunistische Offensive im Betrieb gefordert

Die verblüffende Offenheit, mit der die Verlagsleitung der „Stuttgarter Zeitung" ihre Kündigung politisch begründet, kommt allerdings nicht von ungefähr. Zentral gesteuert vom Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) und dessen Institut der deutschen Wirtschaft (IW) werden Manager und Firmeninhaber seit Monaten zu einer Gegenoffensive gegen die „kommunistische Unterwanderung der Betriebe" mobilisiert. In dem vom IW herausgegebenen „gewerkschaftsreport" trägt Horst–Udo Niedenhoff, Referent für Gewerkschaftsfragen, unermüdlich Material zusammen über die Gefährlichkeit der kommunistischen Agitation. Im „manager–magazin" klagt er: *„Die meisten Manager sind zu feige, gegen Kommunisten in ihren Betrieben klar Position zu beziehen"*. Wenn immer Niedenhoff, so das „manager–magazin", Zahlen über den Umfang kommunistischer Unterwanderung in ihren Firmen für seine Untersuchungen erbittet, *„spielen viele der Angesprochenen das Problem herunter."* Dabei wären nach Niederhoffs eindringlichen Warnungen Gewerkschaftsführer und Manager die ersten, denen es nach der sozialistischen Revolution *„an den Kragen ginge"*.

In zwei Fall–Studien entwickelt das „manager–magazin" Niedenhoffs Linie der gezielten Gegenoffensive.

Schlecht schneidet dabei das Hoesch–Management ab, das *„eine aggressive Auseinandersetzung mit DKP–Mitgliedern und ihren Zielen, zum Beispiel in Werkszeitungen oder durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit"* ablehnt, weil das *„zum direkten Konflikt mit der IG Metall führen"* würde. Das jahrelange Stillhalten sollte sich, so das „manager–magazin", bitter rächen. Als nämlich Anfang des Jahres mit Unterstützung der IG Metall zwei Betriebsräte der „RGO" fristlos entlassen wurden, *„stieß die aufsehenerregende Kündigung auf eine unvorbereitete Öffentlichkeit"*, die statt mit Verurteilung der Kommunisten mit Solidarisierung reagierte. *„Neben den laufenden Gerichtsverfahren muß das Mangement nun auch mit dem Image–Verlust fertig werden"*.

Viel besser als die Hoesch–Bosse kommt in Niedenhoffs Untersuchungen Rudolf Thiels, Vorständler der Offenbacher Roland Druckmaschinen AG, weg. Er hatte sich über Jahre auf Betriebsversammlungen und in der Öffentlichkeit mit den Argumenten aus den kommunistischen Betriebszeitungen auseinandergesetzt. *„Die Auseinandersetzung mit den Kommunisten brachte allerdings auch ihnen zunächst erhöhte Aufmerksamkeit. ‚Da müssen wir durch, bis wir sie endgültig unglaubwürdig gemacht haben', redete Thiels damals seiner Mannschaft zu. (...) Eine solch engagierte Gegenstrategie ... hätte auch bei anderen Unternehmen den Einzug von Linksextremisten – mit all seinem innerbetrieblichen Konfliktpotential – verhindert"*.

Die Linken in den Betrieben werden sich auf einiges gefaßt machen müssen, wenn diese Aufforderung zu antikommunistischer Hetze von den Vorstandsetagen der einzelnen Unternehmen befolgt wird! ...

Rückendeckung aus dem Gewerkschaftslager

Doch noch einen weiteren Grund sieht das „manager–magazin", der den Kapitalisten Mut machen soll:

„Möglicherweise erhalten die Unternehmer bald wirksamen Flankenschutz ... auch von den DGB–Gewerkschaften, Loderers IG Metall, die bislang die Mitgliedschaft von Kommunisten eindeutig bejahte (Anm. AK: gemeint ist hier die DKP), bastelt an einem Vorstandsbeschluß, der Extremisten im eigenen Lager isolieren soll. Kleinere Gewerkschaften haben sich bereits entschieden. So verkündete NGG–Vorsitzender Günter Döding – bis vor kurzem noch williger Interview–Partner der DKP–Zeitung ‚Nachrichten' – Mitte Mai in Essen: ‚Kommunisten sind für Arbeitnehmer nicht mehr wählbar.' Ein Signal auch für übervorsichtige Manager, endlich aus der Reserve zu kommen."

Diese Sätze sprechen für sich. Der Kündigung bei den „Stuttgarter Nachrichten" dürften bald weitere in anderen Betrieben folgen. Umso mehr muß der Gewerkschafts–Linken daran gelegen sein, gegen die unselige „Unterwanderungs"–Debatte in den Gewerkschaften solidarisch Front zu machen. Denn diese Kampagne ist die wichtigste Voraussetzung dafür, daß die Kapitalisten die Berufsverbote–Praxis nun auch auf die private Wirtschaft auszuweiten versuchen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Auf dem Prüfstand: DGB-Wahlprüfsteine

Der DGB hat alle Mitglieder aufgerufen, die politischen Parteien und ihre Kandidaten an seinen Wahlprüfsteinen zur Bundestagswahl zu messen. Zuvor erscheint uns jedoch die Beantwortung folgender Fragen notwendig zu sein:

1. Wie steht es um die Erfüllung der DGB-Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 1976 und wie wird dies vom DGB gesehen ?

2. Stehen die Wahlprüfsteine in Einklang mit den programmatischen Forderungen des DGB oder sind hier Modifizierungen vorgenommen worden ?

Schulterklopfen für die Bundesregierung

Zu Beginn seiner diesjährigen Wahlprüfsteine zieht der DGB Bilanz: *"Auch wenn die verschiedenen Arbeitsbeschaffungs- und Arbeitssicherungsprogramme dazu beigetragen haben, Arbeitslosigkeit abzubauen, ist die Vollbeschäftigung nach wie vor nicht erreicht'*. Immerhin hatte der DGB 1976 derartige Programme sowie die Vergabe öffentlicher Aufträge gefordert, *"um Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit kurzfristig zu überwinden"*. Anhaltend hohe Arbeitslosenzahlen weisen darauf hin, daß diese Ziele nicht erreicht wurden. Vergessen scheint auch, was die DGB-Zeitung "Welt der Arbeit" noch im Juni '79 schrieb: *"In Ämtern und Behörden werden Dauerarbeitsplätze abgebaut und damit die Zahl der Arbeitslosen erhöht, die dann mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigt werden müssen"* ("WdA", 7.6.79).

Ungerechtfertigte Lobhudelei der Regierungspolitik betreibt der DGB auch beim Punkt "Familienpolitik": *" In der Familienpolitik sind mit der Einführung eines Mutterschaftsurlaubes und der Anhebung des Kindergeldes Fortschritte erzielt worden"*. Nicht erwähnt wird, daß auch hier die Prüfsteine aus dem Jahre 1976 nicht erfüllt wurden. Dort hatte es geheißen: *"Anerkennung der Kindererziehung als notwendige gesellschaftliche Aufgabe. Dazu muß Müttern und Vätern zur Betreuung der Kinder nach Ablauf der Mutterschutzfrist ein bezahlter 'Sonderurlaub gewährt werden"*. Das zum 1.7.79 in Kraft getretene neue Mutterschaftsurlaubsgesetz ermöglicht nun Vätern nicht diesen Sonderurlaub und gewährt der Mutter auch nur ein Mutterschaftsgeld von DM 75o,- . Daß die Anhebung des Kindergeldes nicht ausreichend ist, gibt der DGB indirekt selbst zu, wenn er in seinen diesjährigen Wahlprüfsteinen fordert:" *Für alle Kinder ist ein ausreichndes Kindergeld zu gewähren, das jährlich der allgemeinen Einkommensentwicklung angepaßt wird"*. Schließlich heißt es in der DGB-Bilanz:" *Im Bildungsbereich sind in den letzten Jahren nur bescheidene Verbesserungen durchgesetzt worden, die keineswegs ausreichen, das Recht auf Bildung und eine qualifizierte Berufsausbildung zu verwirklichen"*. 1976 hatte der DGB gefordert: *"Schaffung einer ausreichenden Anzahl von qualifizierten Ausbildungsplätzen für alle Jugendlichen in den Betrieben und beruflichen Schulen"*. Immerhin wurde seit der Verabschiedung des Ausbildungsförderungsgesetzes 1976 in keinem Jahr die geforderte Anzahl der Ausbildungsplätze erreicht. Die Gewerkschaften selbst haben in ihrer Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht 198O darauf hingewiesen, daß 1979 79.780 Ausbildungsplätze fehlten. Eine weitere Forderung des DGB aus dem Jahr 1976 lautete: *"Sicherung der Ausbildungsplätze durch eine Ausbildungsabgabe aller Unternehmen"*. Obwohl diese Abgabe noch nie erhoben wurde, wurde diese Forderung vom DGB inzwischen klammheimlich fallengelassen. 1976 forderte der DGB: *"Einrichtung weiterer Gesamtschulen, die an die Stelle von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien treten"*. Bekanntlich hat sich hier kaum etwas getan. Konsequenterweise fordert der DGB heute auch nur noch, die Gesamtschule als Regelschule in allen Bundesländern einzuführen, d.h. an die Stelle der Forderung nach Ausweitung der Gesamtschulen ist die Forderung nach rechtlicher Gleichstellung mit dem dreigliedrigen Schulsystem getreten. Und wenn 1976 in den Wahlprüfsteinen gefordert wurde : *"Sicherung dieser Reformmaßnahmen durch die Einstellung arbeitsloser Lehrer"*, so ist es typisch, daß diese Forderung trotz noch gestiegener Lehrerarbeitslosigkeit heute in den Prüfsteinen nicht mehr auftauchen!

Insgesamt bleibt also festzustellen, daß der DGB in seiner Bilanz der Wahlprüfsteine 1976 eine Beschönigung der Regierungspolitik der letzten vier Jahre vornimmt, die nur durch das Verschweigen der damaligen konkreten Forderungen gelingen kann.

Einige bemerkenswerte Neuformulierungen

Der DGB schreibt, daß sich seine Wahlprüfsteine *"im wesentlichen auf das Aktionsprogramm des DGB stützen, das im Juni 1979 beschlossen wurde"*. In der Tat: Großenteils stimmen die Prüfsteine wörtlich mit dem Aktionsprogramm überein. Um so bemerkenswerter sind die Unterschiede. Zunächst fällt auf, daß die Abschnitte *"Kürzere Arbeitszeit und längerer Urlaub"* sowie *"Höhere Löhne und Gehälter"* des Aktionsprogramms nicht in die Prüfsteine übernommen wurden. Damit hat der DGB auch die Forderung nach der 35-Stunden-Woche, die im Aktionsprogramm enthalten ist, für den Wahlkampf vom Tisch gewischt. Die enge Anlehnung an das Aktionsprogramm '79 ermöglichte es dem DGB auch, den 1976 noch aufgestellten Wahlprüfstein "Gleichberechtigung der Frauen" kurzerhand fallenzulassen.

Neu aufgenommen wurde hingegen als erster Prüfstein ein Punkt, der sich *"Frieden, Entspannung und innere Sicherheit"* nennt. Die Formulierungen lehnen sich an den 10.Prüfstein zur Bundestagswahl 1976 an, haben jedoch einige bemerkenswerte Modifikationen erfahren. So findet sich - erstmals in einer programmatischen Aussage des DGB - dort die Forderung nach 'innerer Sicherheit' (vgl. AK 179, S.35). Gleichfalls neu ist die Forderung nach *"gleichgewichtiger Abrüstung in Ost und West"*. Bisher hatte der DGB eine *"allgemeine Abrüstung"* gefordert und darüber hinaus noch weitergehende Forderungen aufgestellt. So findet sich in den Prüfsteinen 1976 die Forderung nach *"Truppenreduzierung"* und im Grundsatz - programm wird darüber hinaus noch die Forderung nach *"Ächtung und Verbot aller Atomwaffen und sonstigen Massenvernichtungsmittel"* aufgestellt. Die jetzt verabschiedete Formulierung ist natürlich nicht geeignet, den Nachrüstungsbeschlüssen der Bundesregierung, die ja mit entsprechenden Rüstungsmaßnahmen im Osten begründet werden, entgegenzutreten.

Bezeichnend ist auch, daß die Forderung *"Fortsetzung der Bemühungen um eine Aussöhnung mit den östlichen Nachbarstaaten"* aus den Prüfsteinen von 1976 nicht übernommen wurde . Auch die noch 1976 formulierte Aufgabe, daß das Gefälle zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern abzubauen sei, findet sich jetzt nicht mehr.

Der zweite Prüfstein *"Recht auf Arbeit - gesicherte Arbeitsplätze"* stimmt mit dem Aktionsprogramm '79 wörtlich überein - mit einer Ausnahme. Folgender Absatz wurde gestrichen: *"Wer seinen Arbeitsplatz verliert, muß eine andere angemessene Arbeitsmöglichkeit erhalten. Er hat Anspruch auf Hilfe, um sich in eine neue Tätigkeit einzuarbeiten. Erworbene Ansprüche sind zu sichern, Lohn- und Gehaltseinbußen zu vermeiden"*. Die Streichung dieser Passage dokumentiert erneut den Kapitulationskurs gegenüber der Massenarbeitslosigkeit. Welcher Gewerkschaftsführer würde sich heute hinstellen und die im gültigen DGB-Grundsatzprogramm noch enthaltenen Forderung vortragen: *"Bei Massenarbeitslosigkeit hat der Staat die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen"*?

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Bundschuh-Mitglied von Daimler entlassen

Walter Kress ist Maschinenschlosser bei Daimler Benz in Untertürkheim. An seiner Arbeitsleistung gab es keine Beanstandungen, erst kürzlich bekam er im Rahmen der Leistungsbeurteilung eine Lohnerhöhung.

Am 18.Juni wurde er fristlos gekündigt. Grund: Beschädigung von Firmeneigentum: *"Mit diesem Angriff auf das Eigentum der Daimler Benz AG haben sie in so schwerem Maße gegen ihre Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis verstoßen, daß wir ihre Weiterbeschäftigung ablehnen"*.

Was war geschehen? Walter Kress ist aktives Mitglied der Bundschuh-Genossenschaft, die einen hartnäckigen Kampf gegen die landschafts- und umweltzerstörende Daimler Benz - Teststrecke bei Boxberg führt. Zusammen mit Freunden hatte er ein auf dem vorgesehenen Gelände stehendes "Scheißhäusle" näher inspiziert, das eingezäunt war. Dabei blieb der Zaun nicht verschont.

Dieses "Scheißhäusle" ist laut Daimler Werkseigentum (es war als solches nicht gekennzeichnet) und angeblich eine Wetterstation.

Der Vorwand ist zu hergesucht, als daß er den politischen Hintergrund für diese fristlose Entlassung verdecken könnte, zumal Kress auch häufiger aktiv auf Betriebsversammlungen auftritt.

**Schreibt an : Walter Kress
Landolinplatz 6
Esslingen**

DGB-Wahlprüfsteine zum Schutz für Strauß

Immer noch stoßen die DGB-Führer mit ihrem Stillhaltekurs gegenüber der Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß auf Widerstand von Gewerkschaftern und gewerkschaftlichen Gliederungen. Nachdem das *"inzwischen sattsam bekannte"* (W. Musa, Vorstandsmitglied des DGB-Bezirks Nordmark; "WdA", 22.5.) Rundschreiben des DGB-Landesbezirks Nordmark, in dem Gewerkschaftern die Teilnahme an Anti-Strauß-Aktivitäten untersagt wird, eher eine gegenteilige Wirkung erreicht hat und inzwischen relativiert wurde *("Es wurde auch niemandem etwas verbindlich vorgeschrieben"*, W. Musa, ebd.), haben die DGB-Führer " aus gegebenen Anlaß" etwas Neues ausgekocht: **Mit Hinweis auf die Wahlprüfsteine des DGB sollen darüberhinausgehende Aussagen zur Bundestagswahl (vor allem natürlich Aussagen gegen Strauß) verhindert werden.**

Schon auf dem ÖTV-Gewerkschaftstag hatte DGB-Chef Vetter vor einem *"Terror mit Worten"* gewarnt und alle Arbeitnehmer aufgefordert, *" bei ihrer Wahlentscheidung sachliche Kriterien zu beachten"* ("Welt", 9.6.). Offenbar wurde diese Warnung nicht überall beachtet und so sah sich der DGB-Bundesvorstand genötigt, am 24.6. einen seiner inzwischen sattsam bekannten Drohbriefe an DGB-Untergliederungen in Umlauf zu setzen: **"Mit der Verabschiedung der Wahlprüfsteine durch den Bundesausschuß ist Gliederungen des DGB ein Instrument** *an die Hand gegeben worden, an denen die Bundestagskandidaten und die Parteien im Bundestagswahlkampf gemessen werden können. Aus gegebenem Anlaß müssen wir nachdrücklich darauf verweisen, daß ein darüberhinausgehendes Engagement von Gliederungen des DGB für oder gegen bestimmte Parteien oder Kandidaten nicht mit der parteipolitischen Unabhängigkeit des DGB zu vereinbaren ist. Dies gilt insbesondere*

- für das Aushängen von Plakaten in Räumen, die der DGB angemietet hat oder für seine Arbeit benutzt sowie das Auslegen einschlägigen Materials

- für die Unterstützung von oder Teilnahme an Demonstrationen oder Kundgebungen, die von anderen Verbänden, von Gruppierungen oder von Parteien organisiert werden

- für die Unterstützung von Wählerinitiativen und ähnlichem, gleichgültig für oder gegen wen sie auch aktiv werden" ("taz", 3.7.8O).

Immerhin enthält dieses Schreiben gegenüber dem DGB-Nordmarkbeschluß einige bemerkenswerte Modifizierungen: Anti-Strauß-Aktivitäten werden 'nur' noch gewerkschaftlichen Gliederungen und nicht mehr einzelnen Gewerkschaftern verboten; auch die spezielle Stoßrichtung gegen Anti-Strauß-Aktivitäten ist zugunsten scheinbar 'objektiver' Formulierungen etwas verschleierter. Dennoch dürfte dieses Schreiben, das neben den DGB-Büros auch an die DGB-Bundesschulen, das Haus der Gewerkschaftsjugend und die Gesellschaft für Jugendheime gerichtet wurde, nun zum Anlaß genommen werden, dort die Jagd auf "Stoppt-Strauß"-Aufkleber u.ä. zu eröffnen. Stoiber hatte es ja bereits als "mehr als positiv" bezeichnet, daß Bedienstete. des DGB-Hauptvorstandes im Büro keine Anti-Strauß-Plaketten tragen dürfen ("FR", 19.6.). Wie wär's, wenn Stoiber, Vetter und DGB-Jugendopi Schwab (Schwab hat mit Vetter das DGB-Schreiben unterzeichnet und dürfte für das Zustandekommen verantwortlich sein) gemeinsam Streifzüge durch DGB-Büros und Jugendheime unternehmen, um die unliebsamen Anti-Strauß Plakate zu entfernen ?

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Treffen der westeuropäischen Linken in Madrid

Erfahrungsaustausch über Gewerkschaftsarbeit

Im Rahmen der periodischen Treffen der Organisationen der revolutionären Linken Westeuropas (bisher u. a. zu „Krise der Linken", Wahlen zum Europa-Parlament, Gefahr eines 3. Weltkrieges...) trafen sich Anfang Juni auf Einladung der spanischen Organisation „Movimiento Comunista" (MC) insgesamt Vertreter(innen) von neun Organisationen und Parteien, um über Grundlagen und reale Situation ihrer Gewerkschaftsarbeit zu sprechen.

Die anwesenden Organisationen: MES-2/Portugal (der MES hat sich inzwischen in zwei Strömungen gespalten, die aber bisher noch unter einem organisatorischen Dach zusammenarbeiten),OCT/Frankreich, VS und FS aus Dänemark, Big Flame und SWP aus Großbritannien, die „Sozialistische Jugend" (Sosialisk Undom) aus Norwegen, MC/Spanien und KB. Außerdem waren ein Vertreter der kanarischen PUCC (heute MIRAC), ein Vertreter der PLO, des chilenischen MIR und der „Partei für den Sieg des Volkes" aus Uruguay anwesend.

Bei dem dreitägigen Treffen berichteten die Genoss(inn)en über die objektive Situation in ihren Ländern (kapitalistische Krise und deren Auswirkungen auf die Arbeiterklasse) über Einfluß und Struktur der je-
Auswirkungen auf die Arbeiterklasse)
über Einfluß und Struktur der jeweiligen reformistischen Gewerkschaften, über besondere Kämpfe der Arbeiter und inwieweit es in Teilen der Arbeiterklasse Tendenzen zur Radikalisierung gibt sowie über Ziel und Umfang der Arbeit der Revolutionäre in den reformistischen Gewerkschaften.

In fast allen Ländern hat der Abwehrkampf der Arbeiter gegen die Auswirkungen der Krise einen relativ niedrigen Stand, d. h. es gibt „dank" der reformistischen Gewerkschaften keine oder keine starken Arbeitslosenorganisationen. Die dänischen Genossen berichteten, daß im vergangenen Jahr es ihren beiden Organisationen („Venstre Socialisterne" und „Forbundet Socialisterne") ohne die Unterstützung der dänischen KP gelungen ist, einen bedeutenden Teil der Arbeitslosen zu einem Protestmarsch durchs Land zu mobilisieren. Da die reformistischen Gewerkschaften auch keinen wirklichen Kampf gegen Rationalisierungen und Betriebsstillegungen führen, kommt es in einer Reihe von Ländern zu ‚autonomen' militanten Aktionen in einzelnen Betrieben und Branchen (besonders Spanien und Frankreich: Entführung bzw. Einschließung von Kapitalisten, militante Streiks...). Bei einer Reihe der anwesenden Organisationen bestand großes Interesse, mehr über die Auswirkungen der neuen Technologien (Mikroprozessoren ...) zu erfahren, da sie sich bisher wenig damit beschäftigt haben.

Die Genossen schilderten ihre Auseinandersetzungen mit der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und die Repressalien, denen sie in unterschiedlichem Grad alle ausgesetzt sind. Obgleich es in allen Ländern auch Gewerkschaftsausschlüsse von linken und kämpferischen Arbeitern gibt, so schießt doch der DGB mit seinen systematischen Massenausschlüssen aufgrund der Unvereinbarkeitsbeschlüsse im Rahmen der westeuropäischen reformistischen Gewerkschaften wieder einmal den Vogel ab.

Die Bemühungen der einzelnen Organisationen, zu einer Zusammenfassung der kämpferischsten Teile der Arbeiterklasse innerhalb der bestehenden reformistischen Gewerkschaften zu kommen und oppositionelle Gewerkschaftsarbeit zu machen, gehen zwar von ähnlichen grundsätzlichen Anschauungen aus, sind aber je nach Bedingungen unterschiedlich erfolgreich.

Der MES–2 berichtete von einem erneuten Versuch, die Zersplitterung der portugiesischen Linken auf dem Sektor der Gewerkschaftsarbeit zu überwinden. Etwa 400 Gewerkschaftsaktivisten haben sich vor kurzem getroffen, um über ein koordiniertes Vorgehen innerhalb der CGTP zu diskutieren. Beteiligt an diesem Versuch einer strukturierten Gewerkschaftsopposition sind die beiden Strömungen des MES, UDP, PSR (IV. Internationale), „Unidad Comunista" (UC), „Einheitsorganisation der Arbeiter" (OUT), die PCP/ML (auf Chinakurs) sowie viele unabhängige linke Gewerkschafter und Mitglieder der christlichen Gewerkschaft CSUT.

Die Genossin von OCT/Frankreich bezeichnete es als derzeit illusorisch, zu stabilen Formen einer revolutionären Opposition zu kommen. Die organisatorischen Formen der in der CFDT und der CGT existierenden linken Opposition sind daher an die jeweiligen konkreten Aufgaben und Ziele gebunden. In der CFDT kann diese Opposition offen auftreten (da sich die CFDT ein sehr liberales Image zu geben bemüht ist), in der CGT kann die linke Opposition nur verdeckt arbeiten. Es ist erstmalig die Zeitung „Resistance" erschienen, die nach Aussage der OCT-Genossin ein wichtiger Bezugspunkt für die gewerkschaftsoppositionelle Strömung ist. Mit großen Schwierigkeiten, aber „verbissen" und unermüdlich kämpfen auch die Frauen in den französichen Gewerkschaften gegen Sexismus und für ihre Rechte.

Die trotzkistische „Socialist Workers Party" (SWP), die die „älteste" der anwesenden Organisationen war (Anfang der sechziger Jahre gegründet und **n i c h t** Mitglied der IV. Internationale), verfügt über eine ganze Reihe von Positionen in führenden Gremien der Gewerkschaften und hat nicht unbedeutenden Einfluß u. a. in der Metall-, Elektro-, Journalisten- und Erziehungsgewerkschaft.

(Zur Gewerkschaftsarbeit von MC siehe Extra-Artikel).

Während dieses Gewerkschaftstreffens kam es zwar nicht zu irgendwelchen „spannenden" Auseinandersetzungen um kontroverse Fragen, da im Grundsätzlichen viel Übereinstimmung bestand und die Darstellung der Situation in den entsprechenden Ländern die ganze Zeit beanspruchte. Als Zeichen der gemeinsamen Stoßrichtung unserer Arbeit in den Gewerkschaften wurde auf Vorschlag von MC nebenstehende sehr kämpferische(!) Resolution verabschiedet und vereinbart, sich gegenseitig zumindest über wichtige Veränderungen oder Ereignisse auf dem Gebiet des gewerkschaftlichen Kampfes zu unterrichten. Wollen wir hoffen - und dazu beitragen -, daß dies nicht nur ein frommer Wunsch bleibt.

Spanien-Kommission



Gewerkschaftstreffen der revolutionären Linken Europas: „Für die Stärkung der revolutionären Gewerkschaftsströmung"

Resolution des Gewerkschaftstreffens der europäischen Linken

1. Die starke und andauernde kapitalistische Krise, die wir durchleben, führt zur immer stärkeren Anpassung der europäischen Regierungen an die Interessen des Monopolkapitals und hat über die Grenzen hinweg Tag für Tag katastrophalere Auswirkungen für die Arbeiterklasse. In ganz West-Europa hat die Politik der jeweiligen nationalen Bourgeoisien das hauptsächliche Ziel, die Gewinnspannen der Monopole und Großbetriebe zu sichern und zu vergrößern und dabei die Lasten der Krise auf die Arbeiterklasse abzuwälzen und deren Möglichkeiten zu schwächen, sich gegen die wachsende Ausbeutung zu wehren.

Unbeachtet der Besonderheiten der einzelnen Länder führt die Offensive der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklassen zur einschneidenden Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen: Verschlimmerung der Arbeitslosigkeit und der Lage der Arbeitslosen selber, fortschreitender Schwund der Kaufkraft von Löhnen und Renten, wachsende Unsicherheit des Arbeitsplatzes (durch Massenkündigungen und Rationalisierungen), Erhöhung der Arbeitsintensität, Abbau der Sozialleistungen des Staates zugunsten von Privatinvestitionen, systematischer Abbau der betrieblichen und gewerkschaftlichen Rechte ... Gleichzeitig wird der Ausbau der EG als ganzes — und einiger Mitgliedsstaaten insbesondere — zu einer imperialistischen, die Völker der Dritten Welt ausbeutenden Macht betrieben, und wir sind Zeugen einer Neuorganisierung der internationalen Arbeitsteilung im ausschließlichen Interesse der Monopole.

2. Angesichts dieser Offensive des Kapitals in allen Ländern scheidet sich die Politik der reformistischen Parteien immer entschiedener von den Interessen der Arbeitermassen. In allen Ländern zeichnet sich die reformistische Politik durch ihre Versöhnung bzw. direkte Kollaboration mit der bürgerlichen Offensive aus.

Die sozialpartnerschaftliche Politik hat in der Praxis immer wieder zur Verschärfung der arbeiterfeindlichen Politik des Kapitals geführt und die Abwehrmöglichkeiten der Arbeiterinnen und Arbeiter geschwächt.

Die sozialpartnerschaftliche Politik der reformistischen Parteien und der unter ihrem Einfluß stehenden Gewerkschaften sind ein mächtiger Faktor der Schwächung der Arbeiterbewegung, die, von dieser Politik geführt, in die Passivität gerät, sich den Forderungen des Kapitals beugen muß, deren Auseinanderfallen und Vertiefen schon bestehender Spaltungen beschleunigt wird (Spaltungen zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten, zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern, zwischen jugendlichen Arbeitslosen und älteren Arbeitern, zwischen denjenigen, die den Weg des Kampfes gehen und denjenigen, die sich in die Passivität flüchten ...).

3. In dieser Situation einer scharfen Krise, in der die Interessen des grossen Kapitals und der Arbeitermassen sich radikal gegenüberstehen, gibt es keine andere Möglichkeit,als sich entweder wie die reformistischen Parteien den Bedingungen des Kapitals zu beugen oder eine Politik tiefgreifender Veränderungen des kapitalistischen Systems zu verteidigen, in frontaler Opposition zur Politik der Rechten und des Kapitals, was der einzige Weg ist, den gerechten Bedürfnissen der Arbeiterklasse Rechnung zu tragen.

Deshalb ist es notwendig, eine Widerstandsbewegung in der Arbeiterklasse gegen die Kapitalsoffensive voranzutreiben, die sich sowohl auf legale, von der Bourgeoisie akzeptierte Kampfformen stützt wie auch auf „illegale", von ihr bekämpfte. Die Organisiertheit und das Kampfniveau dieses Arbeiterwiderstandes müssen gehoben werden und die Reihen der Bourgeoisie geschwächt werden. Das erfordert,sowohl unsere Basisaktivitäten in den Betrieben und Gewerkschaften zu entfalten als auch das allgemeine antikapitalistische Bewußtsein in den Reihen der Arbeiterklasse zu stärken.

Die wichtigsten Inhalte dieser Arbeiteropposition, je nach konkreter Situation im jeweiligen Land, wären folgende:

— Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit: gegen die Kündigungspolitik und Reduzierung der Belegschaften; gegen die lange Arbeitszeit, für die 35-Stunden-Woche, ohne Erhöhung der Arbeitsintensität und bei vollem Lohnausgleich; für ausreichende ökonomische Unterstützung der Arbeitslosen während der ganzen Dauer der Arbeitslosigkeit sowie für die übrigen Rechte der Arbeitslosen ... ; Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bei besonderer Beachtung der Organisierung und Mobilisierung der Arbeitslosen und die Stärkung der Solidarität mit ihnen. Dabei gilt es, deren Kampf für neue Arbeitsplätze zu unterstützen und für die gleichen Rechte der besonders von der Arbeitslosigkeit betroffenen Frauen, Jugendlichen und ausländischen Arbeiter einzutreten.

— Widerstand gegen die Umstrukturierung ganzer Produktionszweige, wodurch hunderttausende von Arbeitern arbeitslos werden.

— Kampf für die Erhaltung der Kaufkraft der Löhne, gegen Lohnstop und Sparpolitik.

— Kampf gegen die Erhöhung der Produktivität, gegen Maßnahmen gegen die Fehlzeiten, den Abbau der Belegschaften usw.

— Kampf für die betrieblichen und gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter.

4. Die unterzeichnenden Organisationen sind der Meinung, daß es notwendig ist, um den Widerstand der Arbeiter gegen die Kapitalsoffensive zu stärken, die Arbeit in den Massengewerkschaften zu intensivieren und revolutionäre Gewerkschaftsströmungen zu entwickeln, von der Basis her und mit kämpferischem Geist.

So sehr auch die reformistischen Gewerkschaften bürokratisiert sind, so sehr ihre Führer auch dem bürgerlichen Regime dienen und die Gewerkschaften selbst sehr eng mit den Institutionen des kapitalistischen Staates verbunden sind, bleiben sie weiterhin die Zentren der Organisierung der Arbeiterklasse und eines großen Teils ihrer bewußtesten Sektoren. In diesem Sinne bedeutet die revolutionäre Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften eine Aufgabe ersten Ranges, wachsende Teile der Arbeiterklasse für die Ideen des Kampfes gegen die kapitalistische Ausbeutung und die bürgerliche Ordnung zu gewinnen und den reformistischen Einfluß auf sie zu bekämpfen.

Gleichzeitig muß diese Arbeit von dem Willen geleitet sein, die bewußtesten Teile der Arbeiterklasse, die sich am meisten gegen die Versöhnungspolitik wehren, zusammenfassen; Gewerkschaftsströmungen mitzuentwickeln — in den organisatorischen Formen, die in dem jeweiligen Land möglich sind — die einen kämpferischen Geist haben und gegen das bürgerliche Regime sind, die für die Reaktivierung der Arbeiterbewegung kämpfen und in unversöhnlichem Kampf gegen die reformistischen Ideen stehen, um immer größere Teile der Arbeiterklasse deren Einfluß zu entziehen und für eine vollständige Demokratisierung der Gewerkschaften eintreten.

5. Die Unterstützung, Hilfe und Solidarität der unterzeichnenden Organisationen ist zur Erfüllung dieser Aufgaben notwendig, und um eine starke Position innerhalb der Arbeiterklasse zu gewinnen. Eine Position, die uns erlaubt, Front gegen die Angriffe des kapitalistischen Systems zu machen, gegen das Europa der Monopole, um ein Europa der Solidarität der Arbeiter und Völker zu erreichen und den Sozialismus zu erobern. Ebenso sind die unterzeichnenden Organisationen der Meinung, daß ihr Diskussionszusammenhang weiter entwickelt werden sollte, um zu gemeinsamen Einschätzungen zu kommen und um eine größere Effektivität ihres Kampfes zu erreichen.

Movimiento Comunista (MC)
Movimiento de Esquerra Socialista (MES-2)
Organisation Communiste des Travailleurs (OCT)
Venstre Socialisterne (VS)
Forbundet Socialisterne (FS)
Socialist Workers Party (SWP)
Big Flame (BF)
Kommunistischer Bund (KB)
Sosialisk Undom (SU)

Madrid, 8. Juni 1980

Zur Situation der spanischen Arbeiterbewegung und der Gewerkschaftsarbeit von MC

Die Krise des spanischen Kapitalismus weist einige Besonderheiten auf, die dazu führen, daß die ganze Last der Krise in vollem Umfang die spanische Arbeiterklasse trifft. Spanien hat einen bedeutenden technologischen Rückstand gegenüber anderen westeuropäischen Ländern und ist wirtschaftlich stark von den wichtigsten imperialistischen Mächten (besonders den USA) abhängig. Es hat nur wenige und schwache „eigene" Außenmärkte und die Einnahmequellen, die im Frankismus entwikkelt wurden (rückfließende Devisen der Emigranten, der Tourismus und die Öffnung für ausländisches Kapital) stehen auf „tönernen Füßen".

Der vergleichweise schwache spanische Kapitalismus hat geringen Manövrierspielraum und wegen seiner untergeordneten Position in der Kette der imperialistischen Länder kaum Möglichkeiten, durch (eine noch weitere) Ausbeutung der 3. Welt seine Krise aufzufangen.

Die Arbeitslosenzahlen steigen ständig. Sie liegen derzeit bei über 10% (etwa 1,4 Millionen) und sollen nach offiziellen Schätzungen 1983 auf 14% angestiegen sein! Bei den Jugendlichen unter 24 Jahren wird die Zahl der Arbeitslosen auf über 21% geschätzt.

Die Inflationsrate lag 1977 bei 24,5% und wurde 1979 auf 16% gesenkt – um den Preis einer allgemeinen Senkung des Lohnniveaus.

Um seine Profite zu verbessern, orientiert das spanische Großkapital auf eine „wirtschaftliche Liberalisierung", d.h. auf eine Verringerung des staatlichen Einflusses im Produktionsprozeß (der im Faschismus bedeutend war) zugunsten aller Art von politischen und finanziellen Hilfen für die große Privatindustrie. Auch die angestrebten technologischen Erneuerungen werden zu weiterer Arbeitslosigkeit führen, ebenso wie die zunehmende Vernichtung der nicht mehr konkurrenzfähigen Klein- und Mittelbetriebe, in denen etwa 80% (!) der arbeitenden Bevölkerung beschäftigt sind. Die Vorbereitungen auf die Integration in die EG verschärfen diese Entwicklung.

Im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung sollen in Spanien zunehmend Industrien angesiedelt werden, die einen hohen Energieverbrauch haben, stark umweltverschmutzend und kapitalintensiv sind. So wurde in den letzten Jahren die Automobilproduktion (durch die Niederlassung von Ford, General Motors, die japanische Nissan u.a.) ausgeweitet, sowie Aluminum- und Zementbetriebe errichtet.

tors, die japanische Nissan u.a.) ausgeweitet, sowie Aluminum- und Zementbetriebe errichtet.

Die spanische Wirtschaftspolitik wird zu noch größerer Abhängigkeit von den wichtigsten imperialistischen Mächten führen.

Ein Kernpunkt der kapitalistischen Strategie ist die fortschreitende Schwächung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und deren Verfügbarmachen und Zähmung.

Großoffensive des Reformismus gegen die spanische Arbeiterbewegung

Die reformistischen Gewerkschaftsführungen von UGT (Gewerkschaft der PSOE) und „Comisiones Obreras" (CCOO; dominierender Einfluß der PCE) betreiben beide eine Politik der Versöhnung und des Sozialpakts mit der Bourgeoisie, was unter den geschilderten Bedingungen der spanischen Wirtschaftskrise zu teilweise geradezu grotesken und brutalen Ausformungen von Arbeiterfeindlichkeit dieser Parteien (insbesondere der PSOE) führte und führt.

Während 1977, zu Beginn der bürgerlichen Offensive (und kurz nach den ersten Wahlen), beide Parteien noch haargenau am selben Strang zogen, indem sie den „Pakt von Moncloa" (der nie etwas anderes war als ein Sozialpakt zur Lohnsenkung und zur Steigerung der Arbeitslosigkeit) wegen seiner *„großartigen Möglichkeiten zur fortschrittlichen Veränderung des ökonomischen Systems"* lobten, haben sich inzwischen gewisse Differenzen im Verhalten beider Parteien bzw. Gewerkschaften herausgebildet.

In jedem Fall konnte das spanische Kapital die Früchte seines Triumphs einfahren: große Bereitschaft und Unterstützung seiner Politik bei den reformistischen Gewerkschaftsführungen und vor allem eine rapide Demobilisierung der spanischen Arbeiterklasse, die sich in einem allgemeinen Gefühl der eigenen Machtlosigkeit ausbreitet. Im Laufe des Jahres 1978 sinken die Mitgliederzahlen in den Gewerkschaften erheblich (nur 15 % der spanischen Arbeiter sind heute gewerkschaftlich organisiert), ebenso wie die Bereitschaft der kämpferischen Teile der Gewerkschaftsbewegung sich zu engagieren; in den Reihen der Arbeiterklasse breitete sich Passivität aus. Der große „desencanto", die große Enttäuschung ist da.

Diese Situation nutze die Bourgeoisie zu weiteren Vorstößen. 1979 traten neue Lohnleitlinien in Kraft, begleitet von einer rein formalen Opposition der reformistischen Parteien.

Der nächste Schritt in der bürgerlichen Strategie galt der Spaltung der bis dahin noch relativ einheitlich agierenden beiden Gewerkschaften. Ziel war, die „Comisiones Obreras", die unter dem Faschismus die Reorganisierung der Arbeiterbewegung leisteten und auch heute noch deren kämpferischsten Teile in sich vereinigen, zu isolieren und an die Wand zu drängen.

Seit Mitte 79 gingen PSOE/UGT zu einer völlig schamlosen Politik der Unterstützung aller ökonomischen und sozialen Maßnahmen der Bourgeoisie über. Gleichzeitig triumphierte auf dem außerordentlichen Parteikongreß der PSOE endgültig die sozialdemokratische Linie (a la SPD) und die PSOE profilierte sich zur Regierungspartei in Wartestellung, die sich anschickt, die kapitalistische Krise besser zu verwalten.

Im Parlament ging das „Estatuto de los Trabajadores" (vergleichbar unserem Betriebsverfassungsgesetz) mit den Stimmen der PSOE durch, das nicht viel mehr als eine Neuauflage der Arbeitsgesetzgebung unter Franco ist mit zusätzlichen Einschränkungen; in dem Rechte, die sich die Arbeiter unter dem Faschismus erkämpft hatten, unter dem Zeichen der „demokratischen Reform" aufgehoben werden. Ende 79 unterzeichnete die UGT mit der Kapitalistenvereinigung CEOE einen weiteren noch unverschämteren Sozialpakt (das sog. „Acuerdo-Marco") mit Vereinbarungen wie einem zweijährigen Lohnstopp (bzw. nur Anpassung an die Inflationsrate), keine gewerkschaftlichen Rechte im Betrieb, Zwangsabführung von Gewerkschaftsbeiträgen durch den Kapitalisten (wie unter Franco) und ähnlichen unglaublichen Dingen (wir berichteten ausführlich im AK darüber).

richteten ausführlich im AK darüber).

So hat sich eine wirkliche Operationsachse zwischen spanischem Kapitalistenverband (CEOE) und PSOE/UGT herausgebildet. Die UGT ist zur Speerspitze der Spaltung sprich der Sozialdemokratisierung der Gewerkschaftsbewegung geworden.

Auch die „Comisiones Obreras" betreiben eine Politik äußerster Verhandlungsbereitschaft und des Entgegenkommens gegenüber den Forderungen der spanischen Kapitalistenklasse, ohne mehr als zweitrangige und kurzfristige Zugeständnisse zu verlangen. Besonders geht es PCE/„Comisiones..." um die eigene Profilierung in der Öffentlichkeit als Miturheberin politischer Entscheidungen. Dies wird ihr jedoch seit einiger Zeit durch das Bündnis von Regierung und PSOE/UGT gezielt verweigert, was die PCE immer weiter nach rechts drängt. Doch haben die CCOO weit mehr Schwierigkeiten, ihre Politik der Demobilisierung und des Stillhaltens der Arbeiter in den eigenen Reihen durchzusetzen als die UGT. Die CCOO haben beispielsweise den erwähnten Sozialpakt („Acuerdo-Marco") nicht mitunterschrieben, weil die mit Sicherheit einen zu weitgehenden Verlust an Glaubwürdigkeit in den Betrieben bedeutet hätte.

MC schätzt ein, daß es trotz der allgemein vorherrschenden Verwirrung, Frustration und Passivität in der spanischen Arbeiterklasse auch gegenläufige Tendenzen gibt, allerdings nur bei einer gewissen Minderheit der Arbeiter, die sich weiter radikalisiert haben. Es ist in letzter Zeit wiederholt zu vereinzelten sehr militanten Betriebskämpfen gekommen, insbesondere bei anstehenden Betriebsschließungen oder Massenentlassungen.

Gewerkschaftsarbeit von MC

MC konzentriert sich auf eine gewerkschaftsoppositionelle Arbeit innerhalb der CCOO. Eine solche Arbeit innerhalb der UGT zu entwickeln wird derzeit für wenig lohnend gehalten bzw. würde die Kräfte von MC überfordern. Die CCOO ist die Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern (schätzungsweise 900.000) und zugleich den noch kampfbereitesten Teilen der Arbeiterbewegung. (Die UGT hat schätzungsweise nur die Hälfte zahlender Mitglieder).

Gegenüber den Gruppen, die sich zur revolutionären Linken zählen, grenzt sich MC von zwei gewerkschaftspolitischen Tendenzen scharf ab. Zum einen von der Tendenz, die reformistischen Gewerkschaften zu verlassen und „eigene" Minderheitsgewerkschaften zu gründen, wie dies sowohl ORT („Sindicato Unitario" - SU - = Einheitsgewerkschaft) wie PTE (CSUT = „Gewerkschaftskonförderation der Arbeitereinheit") getan haben. MC hält dies für sektiererisch und spalterisch und für einen subjektivistischen Irrtum, der von der Illusion ausgeht, daß die Existenz solcher „revolutionärer" Kleinstgewerkschaften größere Teile der Arbeiterklasse zum Bruch mit dem Reformismus motivieren könnte, um sich diesen Gewerkschaften anzuschließen. Praktisch liefert eine solche Politik die Arbeiter dem ausschließlichen Einfluß des Reformismus aus, da die Revolutionäre sich selbst absondern. Außerdem kommt MC zu dem Schluß, daß diese Minigewerkschaften - wie die Erfahrungen mit SU und CSUT gezeigt haben - selber gewisse reformistische Züge annehmen, um des eigenen Überlebens willen und um sich selbst eine Bedeutung zu geben im Wettstreit mit CCOO und UGT. Die zweite Tendenz die MC kritisiert, ist die, die ebenfalls für ein Verlassen der reformistischen Gewerkschaften eintritt, weil sich angeblich die Rolle der Gewerkschaften überlebt habe. Diese Tendenz war bisher zwar relativ bedeutungslos innerhalb der Linken, aber MC schätzt ein, daß sie in naher Zukunft an Gewicht gewinnen könnte, weil Teile ehemals kämpferischer, heute enttäuschter Arbeiter dazu tendieren und zum anderen sich die CSUT (ebenso übrigens wie die Partei PTE) in einem Prozeß der Selbstauflösung befindet. *„Unsere Haltung gegenüber dieser Strömung ist ebenfalls offen kritisch. Allerdings können wir nicht umhin anzuerkennen, daß die Kollegen, die so denken, vielfach von einem gesunden antireformistischen und kämpferischem Geist beseelt sind, wenn auch mit einer falschen Orientierung; deshalb halten wir sowohl die Kritik als auch die Zusammenarbeit mit diesen Kräften und eine ideologische und politische Aufklärung unter ihnen für notwendig"* - schreibt MC dazu.

Somit ist wegen der vorhandenen Differenzen die Gewerkschaftsopposition der Revolutionäre in Spanien relativ gering entwickelt und ihre Kräfte sind verstreut. Sehr erschwerend wirkt sich vor allem auch die wachsende Bürokratisierung der CCOO selber, sowie die repressiven Maßnahmen der Führung gegen oppositionelle Arbeiter aus.

Während es in der CCOO in der Anfangsphase der „Reform" recht offene Strukturen gab mit breiter Beteiligung aller Arbeiter, sind diese heute weitgehend abgebaut und die Beteiligung der Mitglieder an gewerkschaftlichen Entscheidungen stark eingeschränkt. MC legt daher großes Gewicht darauf, einen Kampf für die Demokratisierung der CCOO zu führen. In der Satzung der CCOO, die auf dem 1. Kongreß 1978 verabschiedet wurde, wird in gewisser Weise das Recht auf oppositionelle Strömungen anerkannt, wenn auch sehr beschränkt, was auf Druck der Delegierten von MC und anderer linker Gewerkschafter zustande kam. Ebenso wird ein proportionales Vertretungssystem im Falle, daß es bei gewerkschaftlichen Wahlen mehr als eine Kandidatur gibt, zugelassen. Allerdings dürfen die oppositionellen Strömungen nicht offen und organisiert auftreten...



Massendemonstration gegen Inflation und Arbeitslosigkeit

Massendemonstration gegen Inflation und Arbeitslosigkeit

In der Praxis wird jede linke Opposition von der reformistischen Führung scharf bekämpft und auch ausgeschlossen. Zig Genoss(inn)en von MC und andere linke Gewerkschafter (die Zahl bewegt sich allerdings unter 100) wurden ausgeschlossen, u. a. weil sie sich nicht aktiv an bestimmten reaktionären Initiativen beteiligten, wie Anti-ETA-Demonstrationen oder Demonstrationen für die Verfassung... oder weil sie bei Streiks für radikalere Forderungen eintraten.

Der größte Coup der Führung der CCOO war die Absetzung der gesamten leitenden Organe der CCOO in der Provinz Navarra (Nordspanien), weil diese von Genoss(inn)en von MC dominiert waren.

Gegen solche repressiven Maßnahmen der Gewerkschaftsbürokraten hat MC öffentliche Kampagnen inszeniert, die sowohl von den Arbeitern wie von der bürgerlichen Presse interessiert verfolgt wurden. Als einen Schwerpunkt bezeichnet MC die Aufrechterhaltung der Solidarität mit den ausgeschlossenen Genoss(inn)en, da dies wegen der Trennung von den gewerkschaftlich organisierten Kollegen sehr schwer ist.

In den Jahren 76/77 unterstützte MC den Zusammenschluß oppositioneller Linker in der CCOO. Diese Strömung nannte sich „Corriente Unitaria" (Einheitsströmung) und außer MC-Betriebskadern waren Genoss(inn)en von LCR, andere Linke und unorganisierte Arbeiter der CCOO daran beteiligt. Eine zeitlang sahen sich die reformistischen Führer genötigt, diese Strömung „anzuerkennen". Diese Strömung hatte damals eine öffentliche Plattform. Selbstkritisch sieht MC heute, daß damals zugunsten der allgemeinen Verbreitung der Ideen dieser Plattform die Kleinarbeit an der Basis mit sympathisierenden Kolleg(inn)en vernachlässigt wurde. Mitte 77 wurde diese Strömung mit dem Ausschluß bedroht, was zu ihrer vorbeugenden Auflösung führte.

MC führt heute relativ regelmäßig Teffen und Aussprachen mit den fortschrittlichsten Arbeitern in den einzelnen Betrieben und an den jeweiligen Orten durch. Dadurch hat sich MC nach eigener Einschätzung ein recht gutes Ansehen als konsequente Interessenvertreterin bei vielen Arbeitern und Arbeiterinnen verschafft. Solche gezielte Basisarbeit will MC in Zukunft verstärken und die mehr „graue und diffuse" Arbeit allgemeiner Massenagitation, die bisher im Vordergrund stand, zurückstellen.

So gibt es um Genoss(inn)en von MC, die als Betriebsräte arbeiten (MC hat nach eigenen Angaben ca. 2.000 Genoss(inn)en, die als Betriebsräte gewählt wurden!) Unterstützungsgruppen - zur Zeit sind es mehrere hundert solcher Gruppen, in denen die interessiertesten und aktivsten Kollegen des jeweiligen Betriebes sind.

Dann gibt es lockere und unregelmäßige Treffen der organisierten und unorganisierten Gewerkschaftslinken zu bestimmten praktischen Fragen. Die größte Schwierigkeit besteht für MC darin, diesen Treffen eine gewisse Regelmäßigkeit und Stabilität zu geben: das Problem des größeren Zulaufs bei besonderen Ereignissen und des Abebbens bei „Windstille" - es ist ein bekanntes Problem.

Im übrigen bemüht sich MC seit kurzem, über die Schranken der einzelnen Gewerkschaften hinweg in den Betrieben und auf lokaler Ebene die aktivsten Gewerkschafter zusammenzufassen. Dies ist erst angelaufen und wird auch nur dort gemacht, wo es sinnvoll und effektiv erscheint.

In Navarra, wo die CCOO-Führung gegen MC zugeschlagen hat, hat MC - wegen der real gegebenen Stärke der Linken dort - vor einigen Monaten erstmals auf regionaler Ebene mit der Zusammenfassung der Gewerkschaftslinken unter dem Namen „Koordination der Arbeiterlinken" begonnen. Hierzu zählen sich außer MC Gewerkschafter der CCOO, Unorganisierte, Mitglieder von CSUT und SU sowie Gewerkschafter, die ETA-Positionen verpflichtet sind.

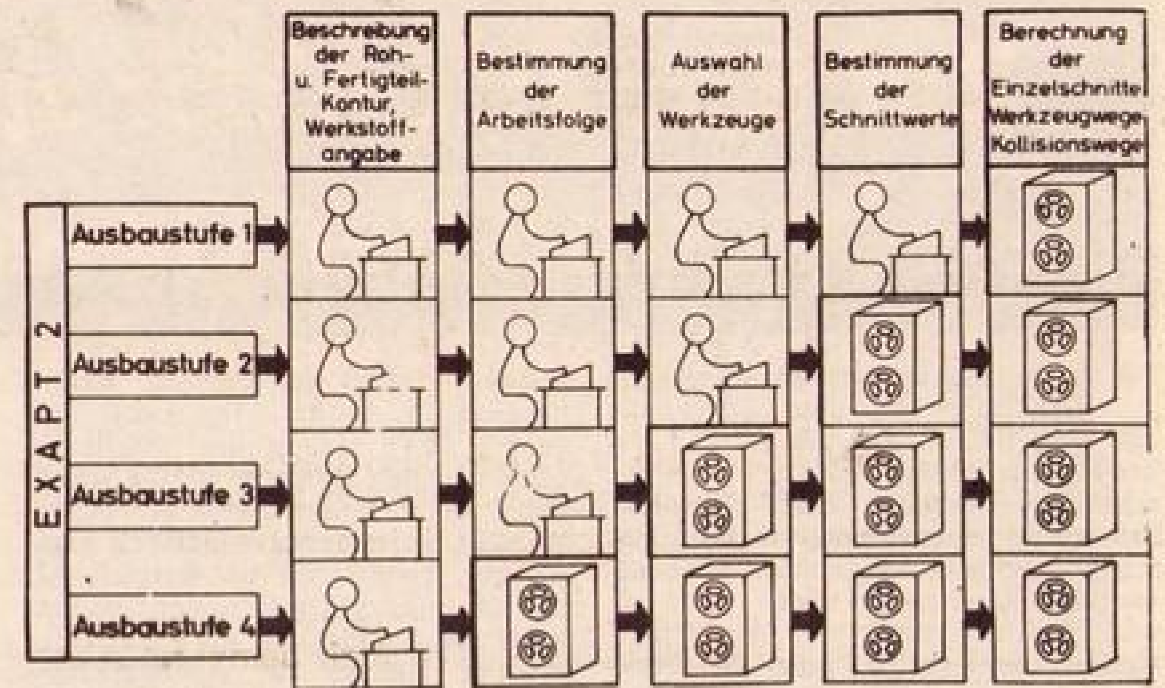
Als eine positive Erfahrung wertet MC auch die seit kurzem von ihnen geschaffenen „Zentren für gewerkschaftliche Hilfe", in denen Kollegen über Arbeitsgesetze, Steuerfragen und in andren betrieblichen Fragen beraten werden. In einigen Fällen bildeten sich in diesen Zentren die Kerne für die Führung bestimmter betrieblicher Abwehrkämpfe, z.B. gegen Betriebsschließungen. MC will weitere solcher Zentren gründen.

(Dieser Artikel stützt sich auf ein ausführliches Papier, das MC für das Gewerkschaftstreffen der europäischen Linken erarbeitet hatte).

Spanien Kommission

Mikroelektronik

Impulsgeber für die berufliche Bildung?



Ausbaustufen eines Computerprogramms

Schon in AK 150 und 152 haben wir uns ausführlich mit der Mikroelektronik auseinandergesetzt und auch schon auf die Auswirkungen dieser neuen Technologien hingewiesen: u.a. Arbeitslosigkeit und Dequalifizierung.

Daß die neuen Technologien höhere Arbeitslosigkeit bringen, ist sogar unter den bürgerlichen Wissenschaftlern unumstritten, lediglich über die Höhe herrscht noch Uneinigkeit. Zur Frage, ob die neuen Technologien dequalifizieren oder nicht, gibt es aber genau entgegengesetzte Meinungen.

Das Meinungsspektrum reicht von Bildungsminister Schmude, der allgemein höhere Qualifikationsanforderungen annimmt und fordert: „Das Bildungswesen muß die dafür notwendigen Kenntnisse in allen seinen Bereichen vermitteln", über die Polarisierungsthese innerhalb der Gewerkschaften bis hin zur Annahme der allgemeinen Abqualifizierung.

Aufgabe dieses und eines noch folgenden Artikels soll es sein, sich mit den verschiedenen Thesen auseinanderzusetzen und die Auswirkung auf die berufliche Bildung zu untersuchen.

Dr. Friedrich Baur, Leiter des Unternehmensbereiches Bauelemente der Siemens AG, beschreibt die Auswirkungen der Mikroelektronik auf die Arbeitsplätze in der Industrie so:

„– *ein Rückgang an ungelernten Arbeitskräften*
- *ein Rückgang an Werkzeugmachern und Mechanikern*
- *eine Zunahme des automatenorientierten Personals, besonders im Prüfbereich*
- *eine Zunahme an speziell ausgebildeten Facharbeitern*
- *eine Zunahme an elektronischen Designern und Software-Erstellern*"(1).

Übers ganze gesehen also eine Zunahme der Qualifikationsanforderungen, Hilfsarbeiter sind nicht mehr gefragt, ebenso einige Facharbeiter, dafür aber speziell ausgebildete Facharbeiter.

Höhere Qualifizierung für alle?

Die Behauptungen Dr. Baurs werden bekräftigt durch eine Studie des Battelle-Instituts, die vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft in Auftrag gegeben worden war. Diese kommt zum Ergebnis: „*Die Mikroelektronik scheint vielmehr den Trend zur Höherqualifizierung zu stützen*"(2).

Die Studie beruht u.a. auf der Auswertung von 372 beantworteten Fragebögen (insg. 1440 wurden an Unternehmen verschiedener Branchen verschickt). Die Selbsteinschätzung der Unternehmen ist also die Grundlage für das o.g. Ergebnis. Auf die Frage „*Wie beurteilen Sie in Hinblick auf den Einsatz von Mikroprozessoren/Mikrocomputern in Ihrem Unternehmen die Qualifikation der Mitarbeiter?*" antworteten 61,6% der Unternehmen mit „Qualifikation eher zu niedrig". 66% der Unternehmen erwarten, daß die künftigen Qualifikationsanforderungen an ihr Personal steigen (3).

Weiter stellt die Studie fest, daß in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Wartung sowie Kundendienst/Service in besonderem Maße erhöhte Qualifikationsanforderungen erwartet werden, während dies in den Bereichen Produktion und Verwaltung deutlich geringer ist (4). Gleichzeitig wird in diesen Bereichen (dazu kommt noch Prüfung/Kontrolle) für die Zukunft die größte Personalabnahme angenommen. Für die Produktion wird die Personalabnahme alle Qualifikationsgruppen treffen, am stärksten aber voraussichtlich die an- und ungelernten Arbeitskräfte (5).

Quintessenz des Ganzen:

„*Soweit es also künftig durch die Einführung von MP/MC zur Schaffung niederqualifizierter Arbeitsplätze in den Unternehmen kommen wird, wird dies vorausssichtlich in keinem Bereich, auch nicht in der Fertigung und Verwaltung, eine mengenmäßige Zunahme dieser Qualifikationsgruppe im Vergleich zum heutigen Anteil dieser Gruppe bedeuten. Demnach wird die Mikroprozessor-Technologie eher den bisherigen Trend des Abbaus von ungelernten Personal in den Betrieben verstärken, gleichzeitig aber auch die Nachfrage nach qualifiziertem Personal für die der Produktion vor- und nachgelagerten Bereiche*"(6).

Bei dem Forschungsansatz der Studie stellen sich berechtigte Fragen nach der Güligkeit der Ergebnisse. Jedes Unternehmen wird etwas anderes unter dem Begriff „Qualifikation" verstehen. Das eine versteht darunter die durch Zeugnisse (Schule, Lehre, Uni) ausgewiesene Qualifikation, das andere die praktischen Fertigkeiten im Betrieb. Auch pünktliches Kommen, sorgfältiges, nicht abgelenktes Arbeiten und die Bereitschaft zu stupider Arbeit können als „Qualifikation" verstanden werden.

Eine wichtige Frage ist auch, ob die Unternehmen überhaupt ein Interesse an einer korrekten Beantwortung der Fragen haben. Schließlich haben sie kein Interesse daran, Veröffentlichungen zu fördern, die die Gefahren der Mikroelektronik aufzeigen. Darüber hinaus ist die Studie auch in sich widersprüchlich. Das zeigen die Beispiele, mit denen die o.g. Ergebnisse belegt werden sollen. Unterschieden wird dabei die produktbezogene und die prozeßbezogene Analyse.

Die produktbezogene Analyse berücksichtigt den Einsatz von Mikroprozessoren im zu fertigenden Produkt (z.B. in der Schreibmaschine, hier entfallen ca. 1000 mechanische Teile). Die Studie kommt zu der (richtigen) Erkenntnis:

„*Der Wegfall einer Vielzahl von Teilen der Steuerungsmechanik oder Elektromechanik reduziert nicht nur die Fertigungstiefe (Bezug der elektronischen Bauelemente vom Mikroelektronik-Hersteller), sondern vermindert gleichzeitig den Bedarf an hochqualifizierten Tätigkeiten der Metallverformung, Oberflächenbearbeitung und des Bauteilemontierens. Diese Funktionen werden primär von Facharbeiter-Berufen wie Bohrer, Maschienenschlosser, Elektrogerätemontierer ausgeübt*"(7).

Auch das Ergebnis bei der prozeßbezogenen Analyse (hier werden die Mikroprozessoren bei der Produktion eingesetzt) kann nicht fröhlicher stimmen:

Hier „*(...) zeigt sich teilweise ein Trend zur Abnahme handwerklich gegenständlich orientierter Tätigkeit im Produktionsbereich (...) Die Folge können neben Freisetzungseffekten auch Abqualifizierungstendenzen sein. Angelernte Lichtbogenschweißer, die z.B. in die Peripherie von Schweißrobotern versetzt werden, können dadurch insofern eine Abqualifizierung erfahren, als die zentrale und ganzheitlich ausgeführte Tätigkeit des Führens der Schweißpistole entlang der Schweißnaht nur noch zum Zweck des Vor- und Nachschweißens verlangt wird, während die niederqualifizierte Bedienung von Spannvorrichtungen und die Maschinenüberwachung neue Tätigkeitselemente darstellen*"(8).

Maschinenüberwachung neue Tätigkeitselemente darstellen"(8).

Mit dem Hinweis auf neue Arbeitsinhalte versuchen die Autoren ihre Hypothese zu retten. Gemeint ist damit, daß z.B. die Programmierung der numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen durch die Mikroelektronik einfacher wird und vom Facharbeiter übernommen werden kann. Das würde aber voraussetzen, daß diese entsprechend geschult werden. Billiger ist es aber, eine speziell geschulte Fachkraft zu bezahlen und den Rest der Arbeit von ungelernten also billigeren Arbeitern machen zu lassen, denn eine Arbeitskraft reicht zum Programmieren von sechs Industrie-Robotern.

... oder Polarisierung der Qualifikationsanforderungen?

Ein anderes methodisches Vorgehen wählte das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) bei der Untersuchung „Produktion und Qualifikation" im Auftrag des Bundesinstituts für Berufsbildung. In 15 Betrieben aus sieben Industriebranchen wurden Fallstudien durchgeführt. Diese Untersuchung, die wegen der geringen Fallzahl keinen Anspruch auf Repräsentativität erhebt und nur den gewerblichen Bereich umfaßt, will Entwicklungen aufzeigen. Leider geht sie nicht speziell auf die Auswirkungen der Mikroelektronik ein (sie wurde schon 1977 abgeschlossen), sondern beschäftigt sich allgemein mit dem „*Vordringen technisch-organisatorischer Maßnahmen der Verfahrensänderung, Mechanisierung und Arbeitseinteilung in bisherige facharbeiterintensive Fertigungsbereiche*". Darunter sind also auch Einführung von Fließbändern, Aufteilung (Taylorisierung) der Produktion usw. zu verstehen. Die Studie kommt zu dem Ergebnis:

- Es verschwinden mehr fachlich qualifizierte Tätigkeitsbereiche als neue geschaffen werden.
- Innerhalb der fachlich qualifizierten Arbeit bilden sich Teilbereiche mit im Vergleich zu früher eingeschrängter notwendiger fachlicher Kompetenz.
- Die Auflösung der Facharbeitertätigkeiten geht einher mit einer Ausweitung von komplexen und einfachen Angelerntentätigkeiten (9).

„*Der durch die technisch-organisatorischen Maßnahmen bewirkte dokumentierte Verlust an fachlich qualifizierten Arbeitsmöglichkeiten im gewerblichen Bereich der Betriebe, ist überwiegend so groß, daß er durch das überall zu beobachtende gleichzeitige Anwachsen der planenden, vorbereitenden und konstruierenden Funktionen in vor- und nachgelagerten Bereichen der Produktion häufig nicht voll kompensiert wird*"(10).

Diese These wird auch von zahlreichen (neueren) Gewerkschaftsveröffentlichungen unterstützt. So stellt das Europäische Gewerkschaftsinstitut in seiner Untersuchung über „Die Auswirkungen der Mikroelektronik auf die Beschäftigung in Westeuropa während der 80er Jahre" fest, daß die Einführung der Mikroelektronik zu einer Polarisierung zwischen der Beschäftigung von angelernten Arbeitern einerseits und hochqualifizierten Technikern andererseits führt. Hiermit verbunden ist ein Rückgang an Beschäftigungsmöglichkeiten für Facharbeiter (11).

Die Abqualifizierung von Schreibkräften, Werkzeugmachern u.a. wurde schon in AK 150 exemplarisch dargestellt. Diese von den Auswirkungen der Mikroprozessor-Technologie betroffenen Arbeitskräfte lassen sich in vier Gruppen einteilen (12):

Gruppe 1:
Die in der Mikroprozessor-Herstellung Beschäftigten.

Die BRD hat zur Zeit noch keine eigene Mikroprozessor-Herstellung, diese ist auf die USA konzentriert. Aber auch, wenn in der BRD eine eigene Mikroprozessor-Produktion aufgenommen wird, wird es dort wenige Arbeitsplätze geben, da diese weitgehend automatisiert ist.

Gruppe 2: ...
weitgehend automatisiert ist.

Gruppe 2:
Arbeitskräfte in der Produktion von Produkten, in denen Mikroprozessoren enthalten sind.

In dieser Produktion entfallen in großem Umfang feinmechanische Arbeiten. An deren Stelle tritt abqualifiziertes, stupides Zusammensetzen. Zusätzliche Aufgaben sind Prüfung und Programmierung, die aber auch weitgehend automatisiert werden können.

Gruppe 3:
Arbeitskräfte, die Teile herstellen, die durch Mikroprozessoren überflüssig werden.

Durch Produktionseinstellung wird es in diesem Bereich zu breiter Arbeitslosigkeit kommen.

Gruppe 4:
Beschäftigte in Bereichen, wo Mikroprozessoren in der Produktion eingesetzt werden.

Komplizierte Arbeiten werden von Maschinen übernommen, für die Masse bleibt unqualifiziertes Ein- und Ausspannen. Qualifizierte Arbeit gibt es noch bei der Programmierung der Maschinen, was aber auch zunehmend automatisiert wird.

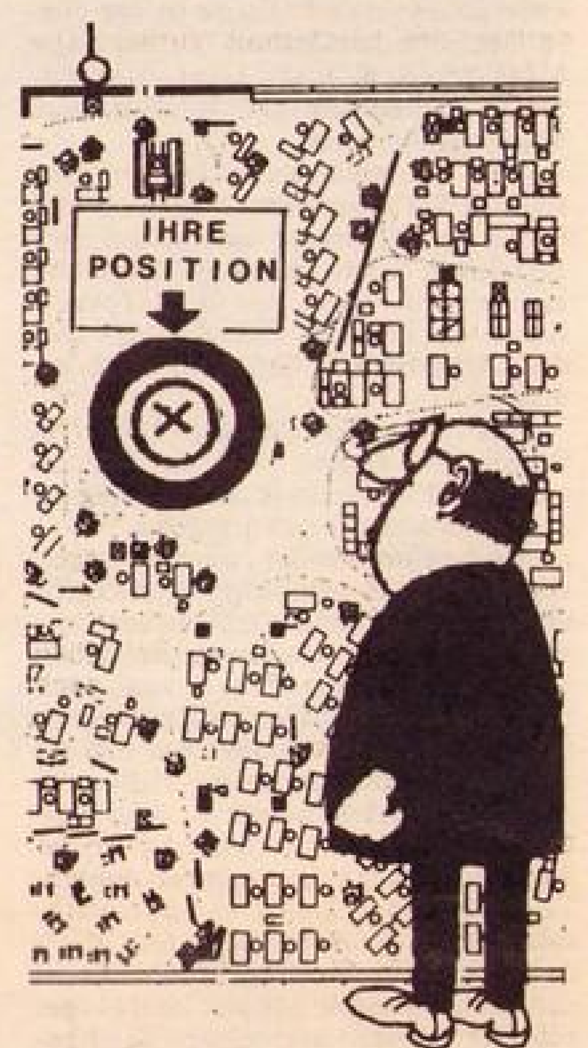
In allen vier Gruppen zeigt sich, daß die Arbeitsplätze entweder gar nicht mehr vorhanden sind oder abqualifiziert werden.

Untersucht man die zukünftige Arbeit der hochqualifizierten Techniker, so zeigt sich, daß auch die Polarisierungsthese nicht haltbar ist.

Allgemeine Dequalifizierung

Als Beispiel der Ingenieur: auch dieser wird mehr und mehr überflüssig. Dies wird deutlich anhand der Ausbaustufen der Programmiersprache „EXAPT 2" (siehe Abb. 1).

„*In der ersten Stufe sind von der Beschreibung der Roh- und Fertigteilkontur bis hin zur Berechnung von Einzelschritten vier Ingenieure notwendig. Die Ausbaustufe 4 zeigt nur noch einen Ingenieur. Er holt nur noch die Daten aus der Datenbank heraus, und diese werden vom eingegebenen Programm zusammengestellt. Das bedeutet: der noch verbliebene Ingenieur benötigt gar nicht das Wissen über die Vorgänge wie: Bestimmung der Arbeitsfolge, Auswahl der Werkzeuge etc., sondern kann auf die eingegebenen Daten zurückgreifen*"(13).



Der Arbeitsplatz der Ingenieure wird sich auch wesentlich verändern. Am Bildschirm im Dialogbetrieb hat er auf das zu reagieren, was ihm der Rechner mehr und mehr diktiert. Und irgendwann wird der teure Ingenieur ersetzt durch billigere Arbeitskräfte: „*Der interaktive Konstruktionsplatz erfüllt folgende Bedingun-*

kräfte: „Der interaktive Konstruk-

tionsplatz erfüllt folgende Bedingungen: keine besonderen Eingabeformulare und Eingabesprachen sind nötig, kein speziell ausgebildetes Bedienungspersonal und keine Programmierkenntnisse des Benutzers sind erforderlich"(14).

Daß diese Dequalifizierung auf breiter Front nicht spurlos an der beruflichen Bildung vorbeigehen kann, liegt auf der Hand.

Welche Konsequenzen der Staat und die Kapitalisten daraus gezogen haben, welche Rolle dabei die Stufenausbildung und das Berufsgrundbildungsjahr spielen, und was es mit dem Gerede vom Facharbeitermangel auf sich hat, soll im zweiten Teil untersucht werden.

M., Hamburg

Anmerkungen:

1 Dr. F. Baur: Mikroelektronik – Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft, aus einem Vortrag zur Technologie-Tagung der IG Metall am 24./25.Mai 1977, Druck der Siemens AG, S. 12
2 Rainald v. Gizycki / Uwe Weiler: Mikroprozessoren und Bildungswesen, München 1980 (Sozialwissenschaftliche Reihe des Battele-Instituts e.V., Band 2) S. 80
3 Vgl. ebd., S. 76
4 Vgl. ebd., S. 77
5 Vgl. ebd., S. 82 f
6 ebd., S. 87
7 ebd., S. 90
8 ebd., S. 90 f
9 Vgl. O. Mickler, W. Mohr, U. Kadritzke unter Mitarbeit v. M. Baethge: Produktion und Qualifikation, Berichte zur berufl. Bild., Heft 1, Westberlin 1979, S. 84
10 ebd., S. 85
11 Vgl. „Der Gewerkschafter" 3/80, S.39
12 Vgl. Günter Hidden: Die Mikroprozessoren, Berlin 1979, S. 30 ff
13 ebd., S. 58 f
14 Text zu einem Film des Instituts für konstruktiven Ingenieurbau, Universität Bochum 1975, zitiert nach Hidden, a.a.O., S. 59

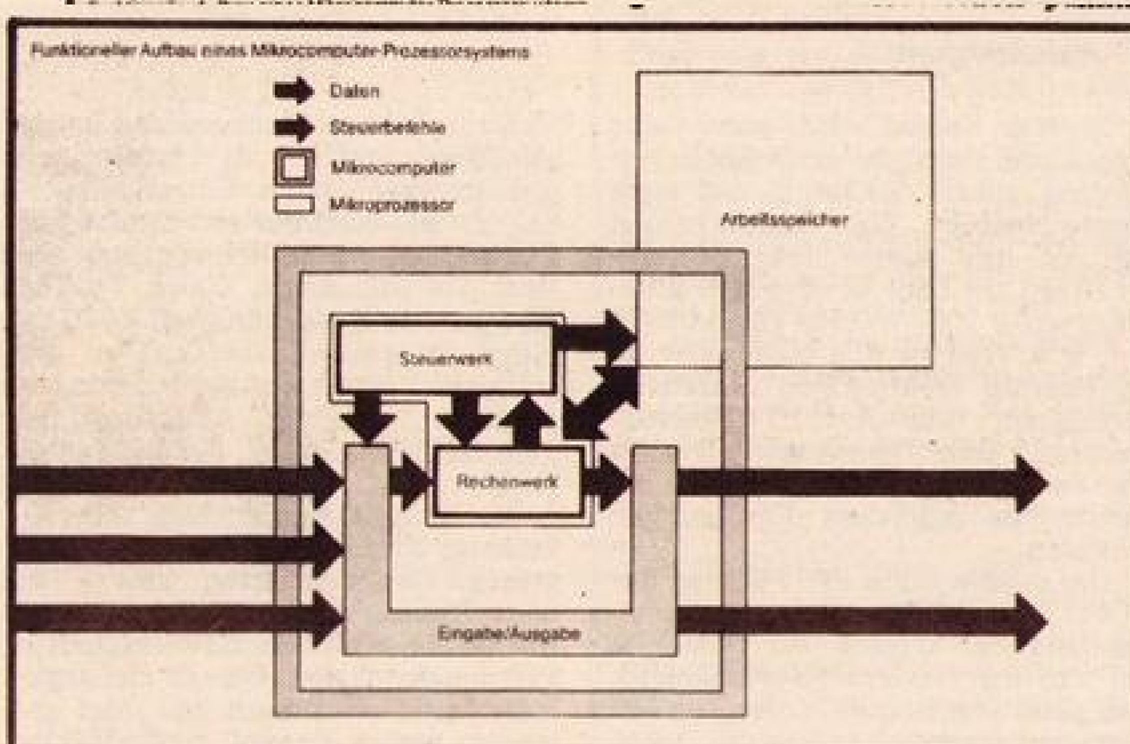


Abb. 2: Funktioneller Aufbau eines Mikrocomputer-Prozessorsystems aus: Siemens AG: Elektronik, die uns täglich hilft, S. 14

Was ist ein Mikroprozessor?

Ein Computer besteht grundsätzlich aus einer Eingabe-, einer Ausgabe- und der Zentraleinheit. Zur Zentraleinheit gehören der Speicher, das Steuerwerk und das Rechenwerk (s. Abb. 1). Das ist beim M i k r o c o m p u t e r nicht viel anders. Nur enthält die Zentraleinheit eines Mikrocomputers, der M i k r o p r o z e s s o r, nur das Steuer- und Rechenwerk, keinen Speicher (s. Abb. 2). Dieser befindet sich in einem gesonderten Baustein. Trotzdem ist der Mikrocomputer ein vollständiger Rechner, und der Mikroprozessor hat die Fähigkeit, Rechnungen und logische Vergleiche durchzuführen.

Das besondere am Mikrocomputer ist sein Kleinstformat. In den letzten Jahrzehnten ist es gelungen, den Integrationsgrad immer mehr zu steigern, d.h. die Zahl der Transistorfunktionen auf einem Quadratmillimeter zu erhöhen. Parallel dazu wurden die Kosten pro Transistor gesenkt

Die geringe Größe der Mikrocomputer macht es möglich, die EDV dort direkt einzusetzen, wo sie gebraucht wird, eine Datenfernübertragung zur zentralen Anlage wird überflüssig. Der geringe Preis fördert den Einsatz der EDV auch in Mittel- und Klein-Betrieben und für neue Einsatzzwecke in Bereichen, in denen bisher noch die menschliche Arbeit dominiert.

Was ist mit der Mitbestimmung?

Die Absicht des Mannesmann-Konzerns, die Hüttenwerke in die Mannesmann-Röhrenwerke einzugliedern und damit aus der Montan-Mitbestimmung auszuscheren (vgl. AK 179, S.36), hat den wütenden Protest der Gewerkschaften und der SPD hervorgerufen. Herbert Wehner erklärte in einem Interview mit der IGM-Zeitung 'Metall': „Die qualifizierte Mitbestimmung gehört zur Mitgift unserer Republik, die wir erkämpft und errungen haben. Dies jetzt in Frage zu stellen, bedeutet, Hand an den Nerv unseres Staates zu legen". Ähnlich äußerte sich der IGM-Vorsitzende Loderer, der die Montan-Mitbestimmung als „Faustpfand für eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft" bezeichnete ('FR', 4.7.80).
Tatsächlich offenbart der jetzt von den Mannesmann-Kapitalisten vorgetragene Angriff das totale Scheitern des sozialdemokratischen Konzepts, über „die Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten" (DGB-Grundsatzprogramm). Ein kurzer historischer Abriß der Geschichte der Mitbestimmung soll dies belegen.

Nach 45: Mitbestimmung contra Verstaatlichung

Die heutige Montan-Mitbestimmung geht in ihrer Entstehung unmittelbar auf die Klassenkämpfe nach der Niederlage des Faschismus zurück. Die damalige Stimmung in der Arbeiterklasse kennzeichnet recht gut eine Resolution, die 1945 auf einer Konferenz der Betriebsratsvorsitzenden aller Schachtanlagen verabschiedet wurde: *„Die Bergleute wissen, daß der Bergbauverein, die Thyssen, Klöckner, Krupp und alle Aktionäre die Geldgeber der NSDAP waren. Die Bergleute wissen, daß die deutschen Grubenbarone zwei Kriege vorbereitet haben und geführt haben. Die deutschen Kohlenbarone sind Kriegsverbrecher. Um einen neuen Krieg zu verhindern, verlangen die Bergleute eine Überführung der Schachtanlagen in die Hände der Provinzialregierung"* (1).

Für die Arbeiter in den Betrieben stand damals die Forderung nach Enteignung nicht im Widerspruch zu Mitbestimmungsforderungen. Unter Mitbestimmung wurde allerdings die Kontrolle und Organisation der Produktion und des Ertrags durch die Vertreter der Belegschaft verstanden. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer setzten dem wirtschaftsdemokratische Konzeptionen (die in den 20er Jahren schon einmal gescheitert waren) von einer Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit entgegen. So erläuterte beispielsweise Hans Böckler (der erste DGB-Vorsitzende) auf der ersten Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone: *„Wir müssen in der Wirtschaft selbst als völlig gleichberechtigt vertreten sein ... Also der Gedanke ist der: Vertretung in den Vorständen und Aufsichtsräten der Gesellschaften"* (2).

In den Klassenkämpfen der Jahre 1946-47, in denen es zu zahlreichen Streikaktionen kam, nahm die Forderung nach Sozialisierung der Schlüsselindustrien einen zentralen Platz ein (3). „Die Gruben in des Volkes Hand", war damals eine be-

Streikaktionen kam, nahm die Forderung nach Sozialisierung der Schlüsselindustrien einen zentralen Platz ein (3). „Die Gruben in des Volkes Hand", war damals eine be-
liebte Parole. Niedrige Löhne (eine Ursache des 'Wirtschaftswunders'!), schlechte Wohnverhältnisse und eine sich verschlechternde Ernährungslage trugen zur Radikalisierung des Protestes bei. Als beispielsweise 1946 die Bergarbeiter aufgefordert wurden, Sonderschichten durchzuführen, machten sie ihre Zustimmung von der Durchführung der Sozialisierung abhängig. Gegen den Willen der Gewerkschaftsführung sprachen sich dann 89,9% gegen die Sonderschichten aus (4). Bei einer auf Betreiben der amerikanischen Besatzungsmacht durchgeführten Volksabstimmung über den Sozialisierungsparagraphen in der Hessischen Verfassung sprachen sich 72% für die Sozialisierung aus (5).

Zu einem Höhepunkt der Streikaktionen kam es Anfang April 1947, als die gewerkschaftlichen Delegierten der Schachtanlagen im Ruhrgebiet einen 25-stündigen Generalstreik beschlossen, der dann am 3. April gegen den Willen der Gewerkschaftsführung bei fast vollzähliger Beteiligung durchgeführt wurde (6).

Um eine weitere Radikalisierung des Protests zu verhindern und um die Gewerkschaften als Bündnispartner gegen die Konzernentflechtungsabsichten der Amerikaner zu gewinnen, boten 1947 diverse Kapitalisten von sich aus die Mitbestimmung an (7). Mit der Einbeziehung gewerkschaftlicher Spitzenfunktionäre in die Leitungen der Konzerne wollten die Kapitalisten ihre Interessen als Allgemeininteresse ausgeben und die Kluft zwischen Gewerkschaftsführung und Basis vertiefen. Die Gewährung der Mitbestimmung führte unmittelbar zu einem Abflauen der Massenbewegung.

Adenauer setzt Montan-Mitbestimmung durch

Anfang der 50er Jahre hatten die Kapitalisten ihre gesellschaftlich und politisch vorherrschende Stellung zurückgewonnen und gingen nun daran, die durchgesetzte Mitbestimmungsregelung zu liquidieren. Das Wirtschaftsministerium arbeitete einen Entwurf für ein Mitbestimmungsgesetz aus, das auf eine Aufhebung der Beteiligung von Arbeiter- und Gewerkschaftsvertretern an den Unternehmensorganen hinauslief. Zur Verteidigung der bestehenden Mitbestimmungsregelungen führten die Gewerkschaften daraufhin eine Urabstimmung durch, bei der sich trotz massiver Propaganda der Unternehmer 96,7% der im Bergbau Beschäftigten für Kampfmaßnahmen aussprachen (8). Der geplante Streik wurde jedoch abgesetzt, als auf Betreiben von Bundeskanzler Adenauer ein Kompromiß ausgehandelt worden war, der dann 1951 als Montan-Mitbestimmungsgesetz vom Bundestag – bei Stimmenthaltung der KPD – verabschiedet wurde. Gerhard Schröder formulierte für die CDU die Erwartungen an das Gesetz: *„Die eine Erwartung ist die, daß nun wirklich auf diesen beiden ganz bedeutenden Gebieten* (Bergbau und Stahl – Anm. AK) *ein unbedingter sozialer Frieden herrschen wird. Als zweite Erwartung möchten wir alle miteinander die Hoffnung haben, daß hier eine, ich möchte sagen: geradezu demonstrative Leistungssteigerung vor sich geht"* (9). Für die KPD erklärte Viktor Agatz: *„Die Arbeiter und Angestellten werden weiterkämpfen, weil sie erkennen, daß mit dieser Regelung ihr Mitbestimmungsanspruch nicht erfüllt ist"* (10).

Einmal waren wir beide gleich.
Beide: Proleten im deutschen
Kaiserreich.
Beide in derselben Luft,
beide in gleicher verschwitzter Kluft;
dieselbe Werkstatt - derselbe Lohn -
derselbe Meister - dieselbe Fron -
beide dasselbe elende Küchenloch . . .
Genosse, erinnerst du dich noch?

Aber du, Genosse warst flinker als ich.
Dich drehen - das konntest du
meisterlich.
Wir mußten leiden, ohne zu klagen,
aber du - du konntest es sagen.
Kanntest die Bücher und die
Broschüren,
wußtest besser die Feder zu führen.
Wir mußten leiden, ohne zu klagen,
aber du - du konntest es sagen.
Kanntest die Bücher und die
Broschüren,
wußtest besser die Feder zu führen.
Treue um Treue - wir glaubten dir doch!
Genosse, erinnerst du dich noch?

Heute ist das alles vergangen.
Man kann nur durchs Vorzimmer zu
dir gelangen.
Du rauchst nach Tisch die dicken
Zigarren,
du lachst über Straßenhetzer und
Narren.
Weißt nichts mehr von alten
Kameraden,
wirst aber überall eingeladen.
Du zuckst die Achseln beim Hennessy
und vertrittst die deutsche
Sozialdemokratie.
Du hast mit der Welt deinen Frieden
gemacht.

Hörst du nicht manchmal in dunkler
Nacht
eine leise Stimme, die mahnend
spricht:
'Genosse, schämst du dich nicht –?'

Dieses Gedicht von Kurt Tucholsky aus dem Jahre 1923 wurde auf dem Kongreß der IG-Metall 1960 von dem Delegierten Hans Polcyn vorgetragen – verbunden mit einer Kritik am Verhalten des Arbeitsdirektors seines Betriebes in einer Auseinandersetzung um die Aushöhlung der Knappschaftsversicherung. 16 Tage später wurde ihm gekündigt. Unterzeichner des Kündigungsschreibens: Dr. Duziak, Arbeitsdirektor des Stahlwerks Südwestfalen, Mitglied der IG-Metall und der SPD.

In der Tat: Die Montanmitbestimmung war ein wesentlicher Rückschritt gegenüber 'erreichten Regelungen. Zum einen gilt sie nur für die stahlerzeugende Industrie und den Bergbau und ab einer Betriebsgröße von 1000 Beschäftigten. In diesen Betrieben gibt es einen paritätisch zusammengesetzten Aufsichtsrat sowie einen 'neutralen Mann'. Der Arbeitsdirektor kann nicht gegen den Willen der Arbeiterseite bestimmt werden. Indem die Mitbestimmungsträger keinerlei Einfluß auf die Rechtsform des Konzerns haben, bot das Gesetz von vorneherein viel Möglichkeiten, sich der Mitbestimmung zu entziehen, die auch zahlreich genutzt wurden: *„Bereits 1974 war mehr als die Hälfte der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten der Eisen- und Stahlindustrie nicht mehr aufgrund des Gesetzes von 1951, sondern aufgrund mehr oder weniger freiwillig getroffener Vereinbarungen zwischen den Unternehmen und der IG Metall bzw. dem DGB dort tätig"* (11). Die Zahl der Belegschafts- bzw. Gewerkschaftsvertreter in den Aufsichtsräten ist – allerdings auch aufgrund zahlreicher Stillegungen vor allem im Bergbau – von 1050 auf 455 (1968) Personen zurückgegangen (12). Weitere notwendige Kritikpunkte an der Montan-Mitbestimmung sind die Tatsachen, daß die Arbeitervertreter im Aufsichtsrat nicht weisungsgebunden sind, daß sie verpflichtet sind, „zum Wohl des Unternehmens" zu arbeiten (13), daß sie zur Vertraulichkeit verpflichtet sind und auch dem Betriebsrat gegenüber der Schweigepflicht unterliegen. Der Arbeitsdirektor ist nun keineswegs ein Interessenvertreter der Belegschaft. Über seine Rolle stellte Viktor Agartz fest: *„Weil dieser Arbeitsdirektor Mitglied des Managements ist, gehört er nicht notwendigerweise auf die Seite der Arbeit"* (14). Und Theo Pirker bilanzierte: *„Die Mitbestimmung war zur Domäne einzelner Spitzenfunktionäre in den großen Gewerkschaften geworden, die sich durch die Vergebung von Vorstandsposten und Aufsichtsratssitzen eine eigene Klientel und einen eigenen gewerkschaftspolitischen Machtbereich schufen"* (15). Hinzu kommt die finanzielle Korrumpierung der Arbeitsdirektoren und der Arbeitervertreter in den Aufsichts-

sitzen eine eigene Klientel und einen eigenen gewerkschaftspolitischen Machtbereich schufen" (15). Hinzu kommt die finanzielle Korrumpierung der Arbeitsdirektoren und der Arbeitervertreter in den Aufsichts-
räten (16).

Weitere Abstriche

Trotz alledem war das Mitbestimmungsgesetz ein Kompromiß, bei dem die Kapitalisten Zugeständnisse gemacht hatten, die sie fortan zu revidieren versuchten. Erste Gelegenheit bot das Betriebsverfassungsgesetz 1952, das im wesentlichen die Betriebsräte auf den Betriebsfrieden und auf die „Berücksichtigung des Gemeinwohls" verpflichtet. Das BVG sieht nur noch eine Drittelparität in den Aufsichtsräten vor. Ein weiterer Rückschritt wurde Mitte der 50er Jahre durch den Mannesmann-Konzern eingeleitet, der sich auf den Standpunkt stellte, daß er als Holding-Gesellschaft nicht unter die Montan-Mitbestimmung falle. Der Streit, der sich über mehrere Jahre erstreckte und von einzelnen Warnstreiks begleitet war (17), endete schließlich 1956 mit der Verabschiedung eines Ergänzungsgesetzes zur Mitbestimmung, das weitere Verschlechterungen enthält.

So kann in Holding-Gesellscnaften der Arbeitsdirektor auch gegen die Arbeitervertreter im Aufsichtsrat bestimmt oder abberufen werden. Das Gesetz bot weitere Möglichkeiten, Betriebe aus dem Geltungsbereich der Mitbestimmung herauszunehmen (18). Das 1976 verabschiedete Mitbestimmungsgesetz sollte dann auch in anderen Betrieben die paritätische Mitbestimmung bringen. Tatsächlich sichert dieses Gesetz für alle wesentlichen Entscheidungen eine Mehrheit der Kapitalisten im Aufsichtsrat. Über das Zustandekommen dieses Gesetzes, das von den Gewerkschaften als Niederlage eingeschätzt wurde, wird beim gegenwärtigen Streit



1949 standen sie im Streik gegen alliierte Demontagen zur Erhaltung ihrer Arbeitsplätze: Stahlarbeiter in Salzgitter. Die von der Demontage betroffenen Unternehmensleitungen nutzten bereits damals die Situation, die „gemeinsamen" Interessen zu betonen. Die Mitbestimmung war ein Kompromißangebot an die Arbeiter, die Vergesellschaftung war vom Tisch.

öffentlich schmutzige Wäsche gewaschen. So erklärte die CDU: *„Bei der Beratung des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 habe die SPD die Montan-Mitbestimmung im Stich gelassen. Von den CDU-Arbeitnehmern seien im Sozialausschuß Änderungsanträge dahingehend gestellt worden, die Mitbestimmung im Montanbereich auch auf die übrige Wirtschaft zu übertragen. Die SPD-Gewerkschaftler hätten gegen diese Anträge gestimmt"* (19). Gegen das Mitbestimmungsgesetz reichten die Kapitalistenverbände eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht ein, die 1978 abgewiesen wurde. In der Urteilsbegründung hieß es: **„In jedem Fall verbleiben der maßgebliche Einfluß und das Letztentscheidungsrecht den Anteilseignern ... Die Mitbestimmung ist namentlich als geeignet angesehen worden, die Marktwirtschaft politisch zu sichern"** (20). Immerhin erreichten die Kapitalisten mit ihrer Klage, daß sich die Gewerkschaften nunmehr voll für das Gesetz engagierten.

„Freie Unternehmerinitiative nicht beeinträchtigt"

Trotz aller Polemik gegen die Montan-Mitbestimmung können die

„Freie Unternehmerinitiative nicht beeinträchtigt"

Trotz aller Polemik gegen die Montan-Mitbestimmung können die
Kapitalisten mit ihr recht zufrieden sein. Zu diesem Ergebnis kam auch 1970 die „Biedenkopf-Kommission", die einen Bericht über die Erfahrungen mit der Montan-Mitbestimmung vorlegte. In ihrem Bericht heißt es: *„Die institutionelle Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Unternehmen ist geeignet, die Marktwirtschaft, die sich wegen ihres freiheitlichen Gehalts und ihrer wirtschaftlichen Effizienz empfiehlt, auch politisch zu sichern."* Und zu den gerade im Geltungsbereich der Montan-Mitbestimmung durchgeführten umfangreichen Rationalisierungen und Stillegungen heißt es im Bericht: *„Die Kommisssion hat aus den Anhörungen den Eindruck gewonnen, daß die Verwirklichung der wichtigsten Konzentrationsvorhaben in der Stahlindustrie im letzten Jahrzehnt durch die Mitarbeit der Gewerkschaftsvertreter in den Aufsichtsräten der betroffenen Gesellschaften unterstützt wurde"* (21). Von anderer Seite wird dies – unfreiwillig – bestätigt. Auf die Behauptung der Zeitung „Die Neue", daß die Mitbestimmung weder den Stahlarbeitern noch den Bergleuten die Existenz gesichert habe, antwortete der neue Betriebsratsvorsitzende von Mannesmann-Huckingen, Stommel: *„Es stimmt natürlich, die Mitbestimmung konnte Stillegungen, Entlassungen, Rationalisierungsmaßnahmen nicht verhindern, aber ohne diese paritätische Mitbestimmung wäre alles noch viel viel schlimmer gekommen"* (22).

Ein Blick in die Statistik läßt die Frage aufkommen, was denn da noch hätte schlimmer kommen sollen: Von 1962 bis 1969 ging in der Stahlindustrie die Zahl der Beschäftigten von 452 000 auf 325 000 zurück, während gleichzeitig der monatliche Umsatz von 1,72 Mrd DM auf 2,24 Mrd DM gesteigert wurde (23). Im ebenfalls montanmitbestimmten Steinkohlebergbau ging die Zahl der Beschäftigen von 1962 bis 1969 sogar von 442 000 auf 258 000 zurück (24).

Im Bereich der Stahlindustrie war es vor allem die Konzentrationsbewegung, die zur Arbeitsplatzvernichtung beitrug. Besondere Bedeutung hat hier die Fusion von Thyssen und Mannesmann im Bereich der Röhren- und Walzstahlproduktion (1969), mit der die Erzeugung dieser Produkte zu 80% monopolisiert wurde. Mit Mitbestimmung war es bei dieser Fusion nicht weit her: *„Selbst ein Aufsichtsrat dieser 'mitbestimmten' Betriebe war nicht über die Verhandlungen unterrichtet; der Arbeitsdirktor wurde in letzter Minute vor vollendete Tatsachen gestellt, und die Betriebsräte der betroffenen Unternehmen wurden erst informiert, nachdem der 'Industriekurier' das Ereignis bereits publiziert hatte"* (25).

War es ursprünglich ein Ziel der Mitbestimmung, die Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht in den Händen weniger zu verhindern, so mußte jetzt festgestellt

War es ursprünglich ein Ziel der Mitbestimmung, die Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht in den Händen weniger zu verhindern, so mußte jetzt festgestellt
werden, daß die Verhandlungen über Unternehmenszusammenschlüsse ohne entscheidende Mitwirkung der Arbeitervertreter und ohne Befragung der betroffenen Belegschaften erfolgten.

Nicht anders war die Entwicklung im mit der Stahlindustrie eng verflochtenen Steinkohlebergbau. Aufgrund der Umorientierung der westdeutschen Energiepolitik auf das Erdölgeschäft in den damals noch total vom Imperialismus abhängigen Ländern wurde mit massiven staatlichen Subventionen die Kohleförderung radikal gedrosselt. Insgesamt wurden den Monopolen mehrere Milliarden DM an Entschädigungskrediten und Rationalisierungsprämien gezahlt (26). Die Montan-Mitbestimmung konnte die Zechenstillegungen und die damit verbundenen Entlassungen nicht verhindern, entschied doch über die endgültige Schließung von Zechen und Schachtanlagen nicht der paritätisch zusammengesetzte Aufsichtsrat, sondern die Vollversammlung der Anteilseigner. Häufig war es auch so, daß die Arbeitervertreter die Belegschaften über die Stillegungsabsichten im Unklaren ließen oder gegen die Interessen der Arbeiter handelten (27). So konnte ein Kapitalist über die Mitbestimmung befriedigt feststellen: **„Sind Entlassungen notwendig, kann auch der Arbeitsdirektor das nicht ändern. Aber in welchen Formen die Entlassungen vorgenommen werden, wer zuerst und wer zuletzt gehen muß, das ist Sache des Arbeitsdirektors. Da der Arbeitsdirektor den Kaufmann und Techniker entlastet, kann diese Einrichtung auch für andere Industrien ähnlicher Größenordnung durchaus vorteilhaft sein"** (28). Entsprechend kam eine von den Kapitalisten in

Gutehoffnungshütte
Oberhausen Aktiengesellschaft

An die
Einheitsgewerkschaft
(22a) K ö l n
Venloer Wall 9

Ihre Zeichen | Ihr Schreiben vom | Unsere Zeichen Reusch/D. | Oberhausen (Rheinl.), den 18. Januar 1947

Betrifft:

Der Vorstand der Gutehoffnungshütte Oberhausen AG. ist der Auffassung, dass die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie nach dem uns von dem Leiter der Treuhandverwaltung im Auftrage der NGISC mitgeteilten Plan bei der Gutehoffnungshütte den Belangen der Allgemeinheit und insbesondere der Belegschaft nicht entspricht. Die Durchführung des Planes würde die Zerschlagung eines in 150 Jahren organisch gewachsenen Unternehmens bedeuten. Die innige Verflechtung der einzelnen Betriebsabteilungen auf den Gebieten der Energiewirtschaft, des Verkehrs und der Verwaltung verbietet die schematische Anwendung von betriebswirtschaftlichen Grundsätzen, die die natürlichen und technischen Zusammenhänge unberücksichtigt lassen.

Um eine Entflechtung durchzuführen, welche die Wirtschaftlichkeit der Werke nicht gefährdet, halten wir es für geboten, dass die erforderlichen Massnahmen von denjenigen Stellen beeinflusst werden, welche mit den Betriebsverhältnissen und den verwaltungsmässigen Zusammenhängen vertraut sind, also von der Verwaltung und der Betriebsvertretung unter Mitwirkung der Gewerkschaft. Wir denken uns dies in der Weise, dass der Aufsichtsrat durch die Zuwahl von Vertretern der Arbeitnehmer bzw. Gewerkschaft erweitert wird, und dass von diesem Kreise die Vorschläge für eine zweckentsprechende Lösung ausgehen. Die Interessen aller Beteiligten könnten auf diesem Wege am besten gewahrt werden.

Wir würden es begrüssen, wenn wir auf dieser Grundlage mit Ihnen zu einer Verständigung über weitere gemeinsam zu unternehmende Schritte und im Zusammenhang damit zur Regelung einer dauernden Mitwirkung der Belegschaft bzw. Gewerkschaft bei der Verwaltung des Unternehmens kommen würden.

GUTEHO... NGSHÜTTE
OBERHAUSE... TIENGESELLSCHAFT

(Reusch) (Hilbert)

Das waren noch Zeiten: Der Vorstand der Gutehoffnungshütte bietet 1947 der Belegschaft und den Gewerkschaften die weitgehende Mitbestimmung an!

Auftrag gegebene Untersuchung 1966 zu dem Ergebnis, daß die Betriebszufriedenheit der Arbeiter in der Montanindustrie trotz „Strukturkrise" fast genauso hoch war, wie in der übrigen Industrie (29). Es war den Kapitalisten gelungen, die Wut und Empörung der Arbeiter gegen die Mitbestimmungsträger und nicht gegen diejenigen, die sich auf Kosten der Lohnabhängigen bereichern, zu richten.

Angriff auf die Gewerkschaften

Obwohl es für die Kapitalisten also überhaupt keinen aktuellen Grund gibt, die Montan-Mitbestimmung anzugreifen, muß doch die Umstrukturierungsabsicht des Mannesmann-Konzerns als Vorreiterrolle auch für andere Konzerne angesehen werden, der Montan-Mitbestimmung den endgültigen Todesstoß zu versetzen. Den Kapitalisten geht es dabei um eine weitere Zurückdrängung des Einflusses der Gewerkschaften, wie dies auch in den Absichten, Sprecherausschüsse für leitende Angestellte sowie ein Verbändegesetz zu schaffen, zum Ausdruck kommt.

Es ist bezeichnend, daß die Gewerkschaften sich mit starken Worten gegen diese Aushöhlung der Mitbestimmung wehren, während sie gegenüber den weitgehenden Rationalisierungsabsichten des Konzerns (30) Stillschweigen bewahren. Wieder einmal soll der Streit um die Mitbestimmung die Arbeiter und Angestellten davon ablenken, sich für ihre wirklichen Interessen einzusetzen.

Anmerkungen

1 Frank Deppe u.a.: Kritik der Mitbestimmung, edition suhrkamp 358, S.70
2 a.a.O., S.75f
3 vgl. dazu ausführlich: Ute Schmidt/Tilman Fichter: Der erzwungene Kapitalismus, Wagenbach-Verlag, S.23ff
4 Deppe u.a., S.81
5 a.a.O., S.78
6 a.a.O., S.82
7 Derartige Briefe sind z.B. abgedruckt in Theo Pirker: Die blinde Macht, Bd1, S.160f und in: Montanmitbestimmung, Dokumente ihrer Entstehung, Bund-Verlag, Dok. 15-17
8 Deppe u.a., S.97
9 zitiert nach Deppe u.a., S. 103f
10 zitiert nach: Montanmitbestimmung, S. 188
11 ‚Neue Züricher Zeitung', 5.7.80
12 Deppe u.a., S.131
13 § 6, Abs 2 MBG, zitiert nach: Montanmitbestimmung, S.. 209
14 zitiert nach Deppe u.a., S.117
15 Pirker, Band II, S. 171
16 Material dazu in Deppe u.a., S.119f
17 vgl. ausführlicher Pirker, Bd II, S.73 und S.101 sowie Deppe u.a., S.125
18 Pirker, Band II, S.167
19 ‚FAZ', 8.7.80
20 zitiert nach AK 150, S.16; siehe dazu auch AK 144, S.35
21 zitiert nach ‚KAB-AZ', Nr. 7
22 ‚Die Neue', 27.6.80
23 Die Septemberstreiks 1979. Darstellung, Analyse, Dokumente, IMSF 1969 S.18
24 a.a.O., S.22
25 Deppe u.a., S.140
26 vgl. dazu ausführlich: Krise im Steinkohlenbergbau, AK 33, S.20f
27 Beispiele dafür in Deppe u.a., S.133
28 zitiert nach Deppe u.a., S.135
29 Deppe u.a., S.150
30 vgl. AK 179, S.36

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Rotbuch
zum Rotwerden...
Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen
Über 100 Fälle dokumentiert mit mehr als 350 Original Dokumenten
mit Gutachten zum Russell-Tribunal

1973 wurden in den DGB-Gewerkschaften die sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefaßt, nach denen niemand, der einer kommunistischen Organisation angehört oder deren Politik irgendwie unterstützt, gleichzeitig Gewerkschaftsmitglied sein kann. Auf dieser Grundlage wurde in den folgenden Jahren ein rigoroser Ausschlußterror praktiziert. Die Zahl der Ausgeschlossenen geht heute bereits in die Tausende – und es sind keineswegs nur Kommunisten, die dieser Vorstandswillkür zum Opfer fallen. Es hat sich erwiesen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu einem Instrument geworden sind, mit dessen Hilfe die Gewerkschaftsführung jegliche oppositionelle (d.h. der Politik der Klassenversöhnung entgegenstehende) Aktivität zu liquidieren versucht. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind dabei auch Bestandteil anderer in den letzten Jahren vollzogener Maßnahmen, die den Spielraum der innergewerkschaftlichen Demokratie zunehmend eingeschränkt haben und den Charakter der DGB-Gewerkschaften als sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft (und das heißt heute auch: Regierungsgewerkschaften) absichern helfen.

ISBN 3-88305-011-3
650 Seiten DM 22,--

buntbuch
verlag · lerchenstr. 75 2000 hamburg 50

Prozeß gegen SSK eingestellt

Mit der Besetzung der Alterspsychiatrie des Bonner Landeskrankenhauses machte die „Sozialistische Selbsthilfe Köln" und das „Bonner Beschwerdezentrum Psychiatrie" im Oktober '79 auf die menschenunwürdigen Zustände im LKH aufmerksam, die bisher von den Verantwortlichen trotz diverser Beschwerden, Protesten und Flugblattaktionen total ignoriert worden waren: In der Alterspsychiatrie war es im Sommer '79 zu insgesamt 95 Unfällen gekommen – für einige Patienten mit tödlichen Ausgang – weil die alten Menschen aufgrund von Personalmangel und anderen unhaltbaren Zuständen nicht mehr richtig versorgt werden konnten.

Sie hatten sich bei Stürzen schlimme Verletzungen zugezogen.

Zwei Ärztinnen hatten die Situation der Patienten in einem Brief den Verantwortlichen im Landschaftsverband Rheinland mitgeteilt – ohne daß etwas passierte.

Die Unfallserie ging weiter, immer wieder stürzten alte Leute und zogen sich schmerzhafte Verletzungen zu" (Zeitung zum Psychiatrie-Prozeß LKH Bonn, SSK).

Der Brief der beiden Ärztinnen gelangte daraufhin vom LVR zur SSK, deren Mitglieder nur noch die Möglichkeit sahen, sofort zu handeln: In einer, mit Rücksicht auf die Patienten, sehr ruhigen Aktion besetzten sie die Alterspsychiatrie. Klinikchef Prof. Huhn holte prompt die Polizei, woraufhin die 20 Besetzer widerstandslos das Haus verließen.

Erst zeigte Huhn die Besetzer wegen Hausfriedensbruch an, dann mußte er selbst wegen *„Unfähigkeit und grober Pflichtverletzung"* (FR, 10.11.79) seinen Hut nehmen. Damit hatte der LVR einen Schuldigen präsentiert – an der Situation der Patienten im Bonner LKH änderte sich jedoch nichts. Die SSK erhielt Informationen über weitere zwei Todesfälle, die auf Nachlässigkeit in der Pflege zurückzuführen waren. Die Stationen sind weiterhin personell total unterbesetzt.

Anfang Dezember machte die SSK in mehreren Protestaktionen auf die Menschenrechtsverletzungen in den rheinischen LKHs aufmerksam. Vor dem Düsseldorfer Innenministerium wurde vom Beschwerdezentrum der verantwortliche Minister Farthmann (Arbeit, Gesundheit und Soziales) mit Transparenten an einen offenen Brief erinnert, der folgende Forderungen der SSK enthielt und ihn zum sofortigen Handeln aufforderte:

„Die Rechte der Patienten dürfen nicht weiter nur auf dem Papier stehen, insbesondere müssen sofort durchgesetzt werden:
1. *Abschaffung der Zwangsbehandlung u.a. Fesselung, Bodenlage, Einzelhaft, zwangsweise Verabreichung von Medikamenten.*
2. *Abschaffung von Hausstrafen wie Ausgangssperre, Besuchsverbot, Trennscheibe, Zusatzspritzen, Fesselung und Einzelzelle.*
3. *Das Briefgeheimnis muß gewahrt werden.*
4. *Patienten müssen genau über ihre Behandlung und deren Risiken aufgeklärt werden. Jeder Behandlungsschritt bedarf der Einwilligung des Patienten.*


„Notgedrungen ist das Personal mehr und mehr dazu übergegangen, unruhige Patienten u.U. den ganzen Tag über im Sessel zu fixieren." Aus dem Brief einer Ärztin

5. *Recht auf sinnvole Beschäftigung und angemessene Entlohnung.*
6. *Verteidigungsmöglichkeiten und das Beschwerderecht gegenüber Gerichten und der Anstalt müssen verwirklicht werden.*
7. *Medikamentenmißbrauch muß unterbunden werden. Die Allmachtstellung von Ärzten und Betriebsleitung muß zugunsten einer Mitbestimmung aller Patienten und Beschäftigten verschwinden."*

(Unbequeme Nachrichten, Nr. 9, Jan. 80, Informationen aus Nervenheilanstalten, Heimen und anderen Abschiebe-Einrichtungen)

Ende Mai begann der Prozeß gegen 14 Besetzer wegen „Hausfriedensbruch", in dem diese Aktion als Reaktion auf den Hilferuf und als densbruch", in dem diese ihre Aktion als Reaktion auf den Hilferuf und als Notwehrsituation vonn gerechtfertigt darstellten.

Sie erklärten, *„daß sie diesen Hausfriedensbruch in Kauf genommen haben, um ein viel höheres Rechtsgut – nämlich das Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit und Gesundheit der Patienten"* zu schützen. *„Als Mitglieder des Beschwerdezentrums fühlen sie sich verantwortlich, überall dort zu handeln und einzugreifen, wo der Landschaftsverband Rheinland (LVR) selbst nicht mehr in der Lage ist, Mißstände zu beseitigen".*

Nachdem Mitglieder des Beschwerdezentrums ausführlich die katastrophale Situation der Patienten geschildert hatten, z.B. über die von Prof. Huhn durchgeführten Elektroschocks u.a., stellten sie Beweisanträge: *"So sollten Ärzte und Funktionäre des LVR – u.a. Prof. Dr. Huhn und Prof. Dr. Kuhlenkampff dazu vernommen werden, daß die Todesfälle, Körperverletzungen, Vergiftungen usw. von der Leitung des LVR selbst verursacht und verschuldet worden sind. Die Vernehmung von Pflegern, Ärzten, Parteipolitikern soll belegen, daß jahrelange interne und externe Beschwerden nicht das geringste bewirkt haben, und daß erst die Besetzungsaktion zu ersten Verbesserungsversuchen geführt hat"* (Zeitung zum Prozeß...).

Es sollten diverse Zeugen aus der Verwaltungsspitze des LVR bin hin zu Minister Farthmann von der Verteidigung aufgeboten werden – doch schon am dritten Verhandlungstag zog die neue LKH-Direktion die Klage zurück – die Kosten sollen von der Landeskasse übernommen werden (lt. „taz" v. 1.7.80).

Soviel Wirbel mißfiel den Verantwortlichen dann doch – immerhin hat die SSK bereits in mehreren Fällen durch Aktionen dafür gesorgt, daß die Verhältnisse hinter den Mauern der LKHs in der Öffentlichkeit bekannt wurden. Auch in diesem Fall hat die SSK die Ereignisse um die Besetzung und den Prozeß für Interessierte in einer Dokumentation zusammengefaßt. Sie ist zu bestellen bei:

SSK-Beschwerdezentrum Köln
Liebigstraße 25, 5000 Köln 30,
Tel. 0221/55 61 89
Sie kostet DM 5,- und wird nach Überweisung auf das Pschkto. Nr. 231510 – 508 Köln zugesandt.
Gesundheitskommission

Rechtswidriger Eingriff

Halbseitig gelähmt ist eine 55-jährige Bremerhavenerin seit einem medizinischen Eingriff, über dessen Risiken sie vollkommen im Unklaren gelassen worden war. Bei der Patientin, die unter Kopfschmerzen litt, war eine Carotis-Angiographie vorgenommen worden, weil angeblich Verdacht auf Gehirntumor bestand. Dieser Eingriff, bei dem unter Vollnarkose ein Kontrastmittel zur röntgenologischen Darstellung des Gehirns in die Hauptschlagader eingespritzt wird, beinhaltet die Gefahr von bleibenden Lähmungen; auch Todesfälle sind dabei bereits zu verzeichnen gewesen. Die behandelnden Ärzte jedoch stellten den Eingriff als Routineangelegenheit dar.

Als der Mann der auf diese Weise für ihr weiteres Leben schwer geschädigten Frau auf Aufklärung drängte, rannte er gegen eine Mauer des eisigen Schweigens. Einer der Medizyniker riet ihm kackfrech: *„Verklagen sie mich doch!"* (Nordsee Zeitung, 24.6.80). Mit der Begründung, daß jeder medizinische Eingriff, dem keine gründliche Aufklärung des Patienten vorausgehe, rechtswidrig sei, woran auch die schriftliche Einwilligung nichts ändere, verurteilte jetzt die Zivilkammer des Landgerichtes Bremen die beiden Ärzte zur Zahlung von Schadensersatz und Schmerzensgeld in noch festzulegender Höhe.

KB Bremerhaven

Presseerklärung

Kollegenkreis Alsterdorfer Anstalten
c/o Horst Wallrath
Gerichtstr. 39
2000 Hamburg 50
Tel.: 040/38 57 23

Hamburg, 3.7.1980

Nach den öffentlichen Auseinandersetzungen um die schlechte Behindertenbetreuung in den Hamburger Alsterdorfer Anstalten (Sommer 1979), die sogar von anstaltsoffizieller Seite bestätigt wurde, möchte man annehmen, daß sich in Alsterdorf (einer evangelischen diakonischen Einrichtung für 1.200 geistig behinderte Menschen) die Verhältnisse grundlegend verbessert hätten, und dazu zählt ja auch der Umgang mit den eigenen Kritikern, die sich teilweise vor Jahren schon zum „Kollegenkreis Alsterdorf" zusammengeschlossen haben.

Nach vielen harten Worten, die früher diese Kritiker einstecken mußten, gab es in letzter Zeit sogar etwas Lob: *„Der Wirbel hat uns weitergeholfen"*, hieß es da von anstaltsoffizieller Seite im „Hamburger Abendblatt".

In einem Fall stimmt dies ganz sicher nicht: Im Umgang mit den Kritikern selber. Der 21jährige Martin v. S., Mitglied im „Kollegenkreis", seit 1978 in der Anstalt beschäftigt, zuletzt als Auszubildender, mußte dies am eigenen Leib erfahren. Er hatte sich für August 1980 um eine Zivildienststelle in Alsterdorf beworben, wurde aber – noch nicht einmal mit schriftlicher Begründung! – abschlägig beschieden. Die Anstaltsleitung hält ihm vor:

- den Besuch einer Veranstaltung in Frankfurt (November '79), als dem Anstaltsdirektor, Herrn Pastor Schmidt, ein satirischer Preis für besonders schlechte Behindertenarbeit („die goldene Krücke") überreicht wurde. Der Preisempfänger war zwar „leider verhindert", jedoch zwei anwesende leitende Mitarbeiter Alsterdorfs berichteten ihm prompt am nächsten Tag, welche Mitarbeiter sie dort ausgespäht hatten. Martin v.S. hatte übrigens am Tage der Preisverleihung frei .

tag", einem Treffen von 12.000 kritischen Medizinern und Sozialarbeitern im Mai 1980 in Berlin (Martin v. S hatte zu dieser Zeit Urlaub!). Der „Kollegenkreis" hatte sich dort mit einem (recht erfolgreichen) Stand beteiligt.

Als ein Alsterdorfer Chefarzt Martin v. S. an diesem Stand erkannte, hinterher in Hamburg der anstaltseigenen „Leitungskonferenz" Bericht erstattete, beschloß ein „Sondergremium" der Anstalt, sich dieses „Sicherheitsrisikos" zu entledigen. Martin v. S. wird also nicht weiterbeschäftigt als ZDL, obwohl er als eingearbeitet gilt, die Anstalt kennt und zur Zeit dort eine krankenpflegerische Ausbildung absolviert (in Alsterdorf herrscht übrigens immer noch erheblicher Mangel an ausgebildeten Kräften!).

Den Alsterdorfer Anstalten stünde es gut zu Gesicht, solche „Sondergremien" für kritische Mitarbeiter schnellstens aufzulösen und endlich den Weg der sachlichen Auseinandersetzung einzuschlagen.

Aber dazu ist wohl erst noch einiger „Wirbel" erforderlich.

Wir verweisen an dieser Stelle nochmals auf unsere Dokumentation „Wir helfen nach". Die Ereignisse und Auseinandersetzungen um die Alsterdorfer Anstalten vom Sommer 1979 sind nirgendwo anders so ausführlich aufgeführt und dokumentiert. Zum Preis von 3,00 DM ist sie beim „Kollegenkreis Alsterdorf" (Adresse siehe oben) erhältlich.

(Der Kollegenkreis hat zu diesem „Fall" ein Flugblatt veröffentlicht, welches gegen eine Spende bei der obigen Adresse bestellt werden kann.)

„Kollegenkreis Alsterdorf"

DIE GRÜNEN UND DIE FRAUEN

Mit diesem Artikel soll ein Überblick über die Entwicklung und Auseinandersetzung zur Frauenpolitik bei den GRÜNEN gegeben werden. Wie in Dortmund beschlossen, werden die GRÜNEN zu den Bundestagswahlen kandidieren. Für uns stellt sich erneut die Frage des Wahlverhaltens und der Mitarbeit bei den GRÜNEN. Mit der Gründung der Grünen Partei teilten sich auch die bunt/alternativen und linken Frauen in zwei wesentliche Meinungslager über den Sinn und den möglichen Inhalt einer Mitarbeit bei den GRÜNEN. Mit dem Artikel soll versucht werden, diese Diskussion wieder aufzunehmen. Der Artikel kann selbstverständlich erstmal nur als ein Diskussionsbeitrag gesehen werden; Stellungnahmen und Leserbriefe an den AK werden dringend gewünscht. Eine weitere Möglichkeit zur Auseinandersetzung besteht auf unserer Frauen-Arbeitskonferenz am 19./20.7. in einer Arbeitsgruppe 'Frauen und Wahlen'.

Die Frauenprogrammatik der GRÜNEN vor den Europawahlen

Zu den Europawahlen 1979 hatten sich erstmals verschiedene Gruppierungen (GLU/GAZ/Achberger Kreis/ GLSH/AUD) zusammengefunden, um die Kandidatur als Grüne Partei für den Europarat anzustreben. Die

rungen (GLU/GAZ/Achberger Kreis/ GLSH/AUD) zusammengefunden, um die Kandidatur als Grüne Partei für den Europarat anzustreben. Die

Bunt/Alternativen Listen und die sozialistischen Organisationen sahen durchweg keinen Sinn in den Europawahlen. Die Programmteile der verschiedenen Gruppierungen der Europa-Grünen zur Frauenfrage sahen so aus: Die **Grüne Liste Schleswig-Holstein (GLSH)** machte in ihrem Programm keine Aussagen zur Frauenfrage. Allerdings gab es Frauen, die Forderungen aufstellten; diese wurden jedoch in die „Materialsammlung" zur Diskussion zurückgewiesen.

Der Achberger-Kreis forderte *„keine Benachteiligung der Frauen und ausländischen Mitarbeiter(innen) im Beruf und Leben aus Gründen der Arbeits- und Rechtsverhältnisse"*; die Kindererziehung solle auf der Basis „echter Partnerschaft" von „gleichberechtigten Personen" durchgeführt werden. Der Achberger-Kreis hat außerdem den *„umfassenden Schutz a l l e r natürlichen Lebenszusammenhänge"* auf seine Fahne geschrieben, wozu auch das „werdende Leben" gehört.

Die Aussage von Gruhls GAZ zur Frauenpolitik in ihrem Grünen Manifest wurde von Christa Mewes - Chefideologin für „Familienpolitik" bei der CDU/CSU, Springer-Presse und Rechtsradikalen – formuliert: *„Das Leben beginnt in der Familie. Den Müttern als dem wichtigsten Stand des Volkes muß mehr Anerkennung der Gesellschaft zuteil werden. Den Frauen stehen überall die gleichen Rechte zu wie den Männern, besonders das Recht auf gleichen Lohn für die gleiche Arbeit".*

Im Programm der GAZ Baden-Württemberg hieß es noch deutlicher: *„Grundlage einer lebensfähigen, gesunden Gesellschaft ist die lebensfähige, gesunde Familie. Deshalb muß die Familie den vollen Schutz und die Unterstützung aller Bürger genießen. Die Familie ist die naturgegebene Gemeinschaft, in der sich junges Leben behütet entwickeln kann. Die Grünen wollen daher unsere Gesellschaft so gestalten, daß Frauen und Männer gerne bereit sind, die Verantwortung für die Kinder zu tragen".*

Auch die Wahlplattform der **GLU/ Niedersachsen** (1978) bescherte den Frauen nicht viel besseres. Zwar werden immerhin Frauenhäuser und Frauenzentren sowie die Einbeziehung der Frauen in die politischen Gremien und die Möglichkeit zur Halbtagsarbeit für Frau und Mann gefordert. Eindeutig von Gruhl abgeschrieben scheint aber die Aussage: *„Wir lehnen die Vergeudung von Steuergeldern für Maßnahmen ab, die die Isolation der Menschen voneinander verstärken, ja perfekt machen. Statt teure Altenheimplätze aus Steuergeldern zu finanzieren, fordern wir, daß diese Gelder zur Integration alter Menschen in Familien verwendet werden. Statt teurer Fürsorgeplätze wollen wir Familien unterstützen, die gefährdete Kinder aufnehmen (Kinderplätze erübrigen sich dadurch)". „Für das Glück unserer Kinder muß sich jeder verantwortlich fühlen. Alleinstehende Mütter brauchen emotionale und finanzielle Unterstützung von allen (Wiederherstellung der Nachbarschaft)".* Eine Gruppe von Frauen hatte damals versucht, Einfluß auf diesen Programmteil zu nehmen; u. a. sollte die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert werden. Die Frauen konnten sich nicht durchsetzen und verließen aus Resignation mit anderen Linken und fortschrittlichen GLU'lern im August 1978 die Grünen. Nicht unerwähnt soll noch bleiben, daß die Frauen in der GLU-Plattform als „Randgruppe" erscheinen.

Die **AUD** hatte als einzige Gruppe innerhalb der Grünen zu diesem Zeitpunkt einen relativ progressiven Frauenteil im Programm, das bereits 1971 beschlossen worden war. Die AUD fordert „wahre Gleichberechtigung" für die Frauen; sie prangert die Erziehung der Mädchen an, die zu „Minderwertigkeitskomplexen" führt; „vorgetäuschte Schwäche" solle nur dazu dienen, die Frauen zu verunsichern. Wie in jedem anderen Beruf solle die Frau, *„die den Beruf der Mutter ausübt,...durch ein Gehalt entschädigt werden".* Außerdem **sollen gleiche Berufschancen** ***„und das gleiche Berufseinkommen wie für Männer durchgesetzt werden". „Wir Frauen sind heute de facto eine unterdrückte Klasse in einer von Männern geordneten Gesellschaft"***, heißt es im AUD-Frauenprogramm weiter. Die Frau solle gleichberechtigt politische Verantwortung übernehmen, um *„die militanten Bierkeller-Strategen des Kalten Krieges"* zu bekämpfen.



Petra Kelly bei einer Podiumsdiskussion in Hamburg

Der Teil zur Sexualität scheint allerdings eng an der bürgerlichen Moral entwickelt worden zu sein:„... *Die Verwissenschaftlichung aller Lebensvorgänge und schließlich der Autoritätsverlust des Kirchenchristentums (hat) zu jener berühmten Sexwelle geführt"... „Die totale Enthemmung ist genauso unmenschlich wie die neurotische Unterdrückung des Geschlechtstriebes; in beiden Fällen wird Liebe, eines der größten menschlichen Gefühle, getötet und durch klägliche Surrogate (Ersatzmittel) ersetzt".* Persönliche Entscheidungsfreiheit solle den Menschen „über das Tier" erheben; die *„Partnerschaft aus Freiheit mag einmal die Beziehung sein, in der Mann und Frau ihre letzte und tiefste gleiche Berechtigung von neuem erreichen werden"* (AUD, Ein Programm für Frauen).

Die GRÜNEN bei den Europawahlen

Das Programm der GRÜNEN zu den Europa-Wahlen war zwar recht kurz, aber immerhin deutlich von progressiven Positionen geprägt: Die Gleichberechtigung der Frauen „auf allen Ebenen" wird gefordert. Im Einzelnen wird in Erziehungs- und Ausbildungsmöglichkeiten Lohn- und Chancengleichheit sowie die freie Berufswahl der Frau gefordert. Teilzeitarbeit *„von Mann und Frau bedeutet Entlastung für die Eltern und Zeit und Kraft für Erziehung, Politik und Kultur".* Darüber hinaus werden *„Vaterschaftsurlaub, Verkürzung der Wochenarbeitszeit, Verlängerung des bezahlten Urlaubs, Abbau von Akkord- und Fließbandarbeit, Verlängerung des Mutterschutzes"* gefordert (Wahlprogramm der GRÜNEN „Für das andere Europa"). Der Programmteil zu Frauen ist ohne Zweifel das Verdienst der AUD und der fortschrittlichen Kandidatinnen wie **Petra Kelly** u.a. ... **Petra Kelly war die Spitzenkandidatin der GRÜNEN zu den Europawahlen. Sie kommt aus der SPD und versteht sich heute als Feministin:** ***„Frauenbefreiung und Ökologiebewegung (gehören) inhaltlich eng zusammen."*** **(„TAZ", 7.6.80) sagt Petra Kelly. Sie gehört bei den GRÜNEN zu den** engagiertesten Unterstützerinnen der Forderungen der Frauenbewegung, insbesondere für die ersatzlose Streichung des § 218. Petra Kelly sieht ihre Rolle als Frau in der Grünen Partei durchaus kritisch:*„Die Wahlbeteiligung ist für mich nur eines von vielen gewaltfreien Mitteln. ...Ich habe bei der Kandidatur zum Europäischen Parlament mit Leuten wie Beuys erlebt, daß sie es zwar sehr schön und toll finden - nach außen zumindest-wenn eine Frau die Liste anführt, die sich wehrt. Dennoch war das Wahlkampfbild jetzt nicht etwa von mir, Helga Vowinkler oder Eva Quistorp geprägt, sondern von Baldur Springmann, Joseph Beuys und Herbert Gruhl. ...Und darum würde ich jetzt hoffen, daß sich im grünen Vorstand ein Aufstand der Frauen entwickelt und daß die Frauen nicht stöhnen, wie schlimm und männlich der wird"* („Illustrierte Stadtteilzeitung - ZITTY" 2/1980). **Petra Kelly ist seit Saarbrücken Mitglied im Bundesvorstand der GRÜNEN.**

Gruhl: Auch in Frauenfragen ein Reaktionär

Der Chefideologe der GAZ und Führerfigur der rechten GRÜNEN, Herbert Gruhl, hat 1975 sein Buch „Ein Planet wird geplündert" herausgebracht. Dieses vielzitierte Buch gibt auch einigen Aufschluß über Gruhls reaktionäre Haltung zur Frauenfrage.

Unter dem Motto: „Die Menschen haben nie genug" breitet Herr Gruhl seine Theorie über die „grenzenlose Begehrlichkeit" des Menschen aus. Die angebliche Übersättigung finde vor allem in der Familie statt. *„Damit eine Familie bei der Jagd nach Gütern mithalten kann, muß meistens auch die Frau 'berufstätig' sein".* Und weil immer mehr Geräte im Haushalt angeschafft werden, beklagt Gruhl, daß der *„technisch meist versierte Mann Hausfrauenpflichten"* übernehmen muß. Viel lieber wäre es Gruhl, die Frau im Haus zu haben, denn die Berufstätigkeit der Frauen sei der *„Hauptgrund für die Kinderarmut in den Industrieländern"* (Seite 156). Die „moderne Frau" will auch nicht mehr ihre alten Eltern versorgen und überläßt schandbarerweise sogar ihre Kinder der *„Betreuung durch fremde Menschen".* Herr Gruhl kommt zu dem Ergebnis, *„daß die Zahl der Dienstleistenden insgesamt nur insoweit gestiegen ist, als* ***die Industrialisierung neue Dienstleistungen benötigte und sofern die weggefallenen unberechneten Familienleistungen sich auf berechnete öffentliche Leistungen verlagert haben.*** *Würde man die Kostenberechnung bereinigen, dann käme man zu dem Ergebnis, daß die persönlichen Dienstleistungen um so tiefer sinken, je stärker die Industrialisierung voranschreitet".* Für Gruhl sind Altersheim und Kindergarten „persönliche Dienstleistungen", keineswegs notwendige Einrichtungen. „Persönliche Dienstleistungen" seien einzig und allein der „Wachstumsgesellschaft" zu verdanken. *„Wenn die Statistiker wirklich herausbekommen haben, daß die Zahl der im Dienstleistungsbereich Beschäftigten zunimmt, dann sollten sie auch einmal gegenrechnen, wie viele Hausfrauen heute zur Arbeit gehen, anstatt Dienstleistungen für ihre Familie zu verrichten. ... Dafür essen diese Hausfrauen nun wie der Mann in der Kantine oder im Restaurant, und ihre Kinder benötigen einen Kindergarten. ... Diese Einrichtungen waren so lange gar nicht nötig, wie die Hausfrauen den Haushalt, die Kinder und die eigenen Eltern versorgten"* (Seite 158). Herr Gruhl würde anscheinend ganz gern bei den Kosten im sozialen Bereich den Rotstift ansetzen.

Die Ausbeutung der Rohstoffe lastet Gruhl im Kapitel „Arbeit ist ein Akt der Vernichtung geworden" allgemein den Menschen und keineswegs den profitsüchtigen Kapitalisten an. Er spricht von einem *„Ausbeutungskrieg der Menschen gegen die Erde".* Seine skrupellose Lösung jagd einem Angst und Schrecken ein: *„Darum wäre eine wirkliche Entlastung der Erde nur dann zu erzielen, wenn die Zahl der Menschen vermindert werden würde. Dadurch könnte der Rohstoff- und Naturverbrauch ohne Verbraucherbeschränkungen verringert werden ... Die Zahl der Arbeitskräfte reduzieren zu wollen, bedeutet demnach: Die Zahl der Geburten reduzieren zu müssen"* (Seite 168).

Ein besonders finsteres Kapitel ist das fünfte: **„Selbstausrottung durch Geburten?".** Kaum zu glauben: Derselbe Herr Gruhl, der in den Industrieländern den Geburtenrückgang bejammert und massiv gegen die Liberalisierung des § 218 zu Felde zieht, derselbe Herr Gruhl f o r d e r t für die 3. Welt eine zwangsweise 'Geburtenbeschränkung'. *„Das Ergebnis der heutigen Aktion 'Brot für die Welt' wird sich in einigen Jahren im Endergebnis als vielfacher 'Tod für die Welt' erweisen".*

„Ja, im Tierbereich reagieren wenigstens einige Arten mit Instinkt. Der Mensch hat aber seinen Instinkt verloren", weil er nur an heute und nicht an morgen denkt, und *„je mehr Menschen zur Ausbeutung der Erde angesetzt werden, umso schneller wird sie ausgeplündert sein"* (Seite 177). In faschistoider Manier will Herr Gruhl von den Völkern der 3. Welt eine 'Geburtenregelung' e r z w i n g e n , **„auch gegen den Willen der einzelnen Länder". Man „müßte auch die erlaubte Kinderzahl für jedes Volk festsetzen und Verstöße ahnden" (Seite 299). Gruhl steht mit diesen faschistoiden Auffassungen noch rechts von der CDU/CSU.**

ahnden" (Seite 299). Gruhl steht mit diesen faschistoiden Auffassungen noch rechts von der CDU/CSU.

Daß linke, sogar sozialistische GRÜNE (wie die Z-Gruppe) diesen Reaktionär unbedingt zum „grünen Spektrum" rechnen wollen, kann nur Ergebnis von Unkenntnis der Gruhl'schen Thesen oder von eigener Verkommenheit sein.

Die GRÜNEN in Saarbrücken

Nach den Europawahlen '79 traten diese Gruppierungen mit einem beachtlichen 3,5 %-Wahlergebnis und mit einem relativ intakten Apparat in die Auseinandersetzung um die Bundestagswahlen 1980 ein. Zum Karlsruher Parteitag trat nur ein Teil der Bunt/Alternativen Listen der Grünen Partei bei. Die eingetretenen bunt/alternativen Frauen aus Hamburg, Westberlin, NRW und Frankfurt, aber auch grüne Frauen aus den Bundesländern Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg traten bei den GRÜNEN für die Forderungen der Frauenbewegung – insbesondere für die ersatzlose Streichung des § 218 – ein. Wesentlich durch ihren Einfluß konnte, mit Ausnahme des § 218, auf dem Saarbrückener Parteitag ein recht progressiver Frauen-Programmteil durchgesetzt werden. Als ein wesentlicher Störfaktor erwiesen sich die grünen Männer, die es nicht den grünen Frauen s e l b s t überlassen wollten, ihr Frauenprogramm zu bestimmen, sondern jederzeit Antragsrecht und Rederecht hatten. Das selbstverständliche Recht in den Bunt/Alternativen Listen, daß die Frauen a l l e i n über ihr Programm entscheiden, gibt es bei den GRÜNEN bisher nicht.

Das Frauenprogramm der GRÜNEN ist unter dem Punkt „Mensch und Gesellschaft/Demokratie und Recht" verabschiedet worden. In einer ausführlichen Einleitung verurteilen die GRÜNEN die jahrtausendelange Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen sowie Ungerechtigkeit und Benachteiligung". Gegen die Ideologie von Heim und Herd, gegen die Frauenarbeitslosigkeit und für eine humane Gesellschaft mit voller Gleichberechtigung wollen die GRÜNEN eintreten. Der Punkt „Ausbildung und Arbeit" fordert gleiche Chancen für Mädchen und Frauen in Schule, Beruf und Fortbildung sowie den Zugang der Frauen auch in die sogenannten „Männerberufe". Die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern in der Rentenbeitragszahlung soll aufgehoben werden. „Frauen zum Bund – Nein Danke" kommt zwar sehr kurz, aber immerhin. Der Punkt „Gewalt gegen Frauen" fordert und begründet umfassende soziale Maßnahmen. Vergewaltigte Frauen *„sind Opfer einer Gesellschaft, in der Macht und Unterdrükkung tagtäglich ausgeübt und ertragen werden".* Deshalb sollen Frauenhäuser finanziell vom Staat unterstützt, aber autonom verwaltet werden. Die Kindererziehung soll durch *„entsprechende hauswirtschaftliche und pädagogische Ausbildung"* von Mann und Frau verbessert werden. Frauen sollen beruflich nicht benachteiligt werden, wenn sie ein Kind bekommen. Erziehungsgeld, „staatliche

Unterstützung von Eltern/Kind-Initiativen," und mehr Beratungsstellen werden ebenfall gefordert.

Der Mutterschaftsurlaub soll auch vom Vater in Anspruch genommen werden können, „18 Monate bei vollem Lohnausgleich".

Der § 218 ist ein Knackpunkt

Die Diskussion um den § 218 ist ein Knackpunkt bei den GRÜNEN. Schon vor dem Saarbrückener Programm-Parteitag schlugen die Wogen hoch um den § 218. Die Kräfte der reaktionären GAZ, wie Frau Taute und Frau Wieczorek, aber auch Herr Winkler aus der AUD, schmiedeten ein Komplott, indem sie einen Antrag für Saarbrücken formulierten, keine programmatische Aussage zum § 218 zu machen und stattdessen die *„freie Gewissensentscheidung der Mitglieder"* walten zu lassen. Ein alternativer Antrag der GLU/Niedersachsen forderte: *„Die Schwangerschaftsunterbrechung kann als eine Frage der moralischen Einstellung und der persönlichen Lebensumstände nicht Gegenstand juristischer Verfolgung sein. Sie sollte durch Aufklärung, materielle und gesellschaftliche Hilfen sowie durch Einführung weiterer Methoden der Geburtenkontrolle überflüssig gemacht werden"*. Die bunt/alternativen Frauen aus Hamburg und Westberlin stellten den dritten Antrag für Saarbrücken: „Für die ersatzlose Streichung des § 218". Diese drei Anträge standen in Saarbrücken zur Abstimmung. Ein fauler Kompromiß zwischen den Lebensschutzideologen und dem Antrag der bunt/alternativen Frauen war schließlich das Ergebnis (siehe auch AK 174). Aber immerhin wird die Straffreiheit für abtreibende Frauen sowie eine Reihe von sozialen Verbesserungen gefordert. Abgelehnt wurde jedoch die Forderung nach Verpflichtung der Krankenhäuser zur Abtreibung.

„Wenn wir dezentrale Wirtschafts- und Selbstverwaltungsbereiche schaffen möchten, dann müssen wir auch die Forderungen der Frauenbewegung nach der Selbstbestimmung der Frau in allen Bereichen ernst nehmen und uns dafür einsetzen. Das heißt dann auch, sich für die ersatzlose Streichung des § 218 einzusetzen ..., denn man kann nicht anderswo das Gewaltmonopol des Staates abbauen wollen, während man es in Bezug auf den Abtreibungsparagraphen und die dadurch strafrechtliche Verfolgung der Frau leise und heimlich duldet."

Doch verfolgen wir einmal genauer die Begleitmusik zum § 218 vor Saarbrücken. Mit den Antragstellerinnen aus Hamburg und Westberlin haben sich auch viele andere bunt/alternative und grüne Frauen für die Forderung nach Streichung des § 218 eingesetzt. Petra Kelly verfaßte Anfang des Jahres einen „Offenen Brief an alle 'Grünen Männer' ", in dem sie forderte: *„Wenn wir dezentrale Wirtschafts- und Selbstverwaltungsbereiche schaffen möchten, dann müssen wir auch die Forderungen der Frauenbewegung nach der Selbstbestim-*

mung der Frau in allen Bereichen
schafts- und Selbstverwaltungsberei-
che schaffen möchten, dann müssen wir auch die Forderungen der Frauenbewegung nach der Selbstbestim-

mung der Frau in allen Bereichen ernst nehmen und uns dafür einsetzen. Das heißt dann auch, sich für die ersatzlose Streichung des § 218 einzusetzen ..., denn man kann nicht anderswo das Gewaltmonopol des Staates abbauen wollen, während man es in Bezug auf den Abtreibungsparagraphen und die dadurch strafrechtliche Verfolgung der Frau leise und heimlich duldet" („TAZ", 11.1.80). Nach dem Treffen der NRW-Grünen in Wesel erklärten einige Frauen aus den Bunten und Alternativen Listen, *„daß sich für sie nur dann die Möglichkeit zur Mitarbei den GRÜNEN ergibt, wenn sich diese für die ersatzlose Streichung des § 218 einsetzen"* („TAZ", 25.2.80).

Wie in fast allen Bundesländern hatten die Frauen auch in NRW Auseinandersetzungen gegen rechte Repräsentant(inn)en in der Frauenfrage durchzustehen. Besonders hervor taten sich dabei Gerda Degen (WSL) und Ingrid Jülich. Schon bei der Diskussion um die Autonomie der grünen Frauen redeten sie über „Solidargemeinschaft" a l l e r Mitglieder der GRÜNEN. Die Anträge zum § 218 für das NRW-Landesprogramm reichten von der Beibehaltung des § 218 bis zur Forderung der 'Fristenlösung' und der ersatzlosen Streichung des § 218, die sich letztendlich durchsetzte. Begründungen der Rechten für den § 218 wurden genüßlich mit den Entwicklungsstadien des Embryos umschrieben, wie frau es sonst nur von katholischen Kirche kennt. Keimendes Leben müsse auf jeden Fall v o r dem Selbstbestimmungsrecht der Frauen stehen. (Diese Position ist im Anhang des NRW-Landesprogramms der GRÜNEN als Minderheitenposition abgedruckt worden.)

In Westberlin konnten die Herren Wolschner, Hoplitschek und Sellin („Komplizierte Aktion") nicht darauf verzichten, den linken grünen Frauen mangelnde Kompromißbereitschaft vorzuwerfen: *„Mangelhaftes Bemühen um Verständnis drückt sich auch"* in der Bündnispolitik aus, *„wenn etwa formuliert wird: 'Eine Voraussetzung heutiger Form von Herrschaft ist die Unterdrückung der Frauen durch die Männer', oder wenn von der 'Forderung nach Selbstbestimmung der Frau über ihren Körper' die Rede ist. Solche Sätze sind weder von analytischem Scharfsinn geprägt, noch von dem Bemühen, einer älteren Generation von Grünen die Motive und Ziele der Frauenbewegung deutlich zu machen"* („TAZ", 13.11.79).

In Baden-Württemberg trat der zur sogenannten grünen Mitte gehörende Landesvorsitzende Hasenclever in Aktion, um die Aufnahme der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 ins Landesprogramm zu verhindern. Auf dem Esslinger Landesparteitag der GRÜNEN hatten die Frauen nur mit Mühe überhaupt durchsetzen können, daß die Frauenfrage diskutiert wird. Bei der Diskussion um den § 218 fand die Forderung nach ersatzloser Streichung zunächst eine Mehrheit. Erst als Hasenclever die Mehrheit „anzweifelte" und gleichzeitig die Delegierten warnte, *„für die Streichung des § 218 zu stimmen, da sich die Grünen dann spalten würden, weil ein großer Teil der konservativen Mitglieder dann austreten würden, und somit die Wahl verloren sei"* („TAZ", 6.2.80), entschieden die Delegierten in einer neuerlichen Abstimmung mehrheitlich gegen die Streichung des § 218. Weinend, wütend oder resigniert verließen viele Frauen den Parteitag. Grüne Frauen Baden-Württembergs verfaßten eine Protestresolution: *„Es wurde sogar versucht, die Verabschiedung des Punktes Frauen zusammen mit Minderheiten, Soziales und Friedenspolitik auf einen späteren Parteitag zu verschieben. Wir erheben die Forderung, daß der Teil 'Frauen' als eigenständiger Programmteil gleichberechtigt gegenüber allen Programmteilen zur Diskussion gestellt wird". „Wir sehen die Vorgehensweise des Herrn Hasenclever als eine Erpressung an. ... Wir Frauen, die noch*

bei den Grünen sind, werden trotz al-
grammteilen zur Diskussion gestellt wird". „Wir sehen die Vorgehensweise des Herrn Hasenclever als eine Erpressung an. ... Wir Frauen, die noch

bei den Grünen sind, werden trotz allem noch versuchen, die Forderungen der Frauen in unserer Partei durchzusetzen. Werden diese jedoch von den Grünen nicht vertreten, droht die Spaltung nicht mehr nur, wie Hasenclever angeführt, von konservativer Seite" (Resolution der Frauen aus dem Kreisverband Karlsruhe).

Auf einem bundesweiten Frauentreffen der GRÜNEN in Westberlin wurde von den etwa 60 Anwesenden ein Offener Brief verfaßt: *„Was ist eigentlich mit den aktiven Frauen und Wählerinnen, die wir aufgrund eines so undemokratischen Verhaltens und einer Streichung der Forderung jetzt vielleicht verlieren? Die Argumentation der Frauen und anderen Delegierten für eine ersatzlose Streichung hat unsere volle Unterstützung. Auch wir sind der Meinung, daß sich die Grünen endlich einer der wichtigsten Forderungen der Frauenbewegung annehmen und diese vertreten müssen"* Bei diesem Frauentreffen wurde auch ein Aufruf zur Unterstützung des Tribunals gegen den § 218 verabschiedet.

Auf dem Saarbrückener Parteitag ließen die Rechten, allen voran Gruhl und Springmann, keine Möglichkeit aus, mit Machtpolitik, Einschüchterungsversuchen und Spaltungsdrohungen die Gegner des § 218 unter Druck zu setzen. Gruhl, so berichtete Petra Kelly, habe *„gesagt, daß er mit der Streichung nicht leben kann. Es war vor der Kompromißabstimmung, wo er sagte, 'o Gott, wenn das durchkommt, wenn der GLU-Kompromiß durchkommt, dann sind wir eine A b t r e i b u n g s p a r t e i ' "* (Petra Kelly in der „Courage" 5/80)

In der siebenstündigen Diskussion tat sich auch Frau Haverbeck (WSL) hervor, die sich nicht scheute, Abtreibung mit der Vernichtung der Juden und Zigeuner in der Nazizeit zu vergleichen. Auch die Rolle von Frau Haußleiter (AUD) war nicht gerade rühmlich: Sie eröffnete die Debatte mit einem Beitrag, der dafür plädierte, daß man über „Gewissensfragen" keine Beschlüsse fassen könne (Antrag 1). Eva Quistrop (Westberlin) stellte sich gegen den GLU-Antrag, aber auch gegen den Antrag der Bunt/Alternativen.

Das Widerlichste und Skrupelloseste auf dem Saarbrückener Parteitag zum Punkt § 218 war die anonyme Verteilung einer bunten Glanzbroschüre, die tote Embryos zeigte. Es handelte sich um eines der typischen Schmutzprodukte aus dem Kreis rechter Ärzte und Kleriker.



Nach Saarbrücken: Die Rechten hetzen weiter

Nach dem Saarbrückener Kompromiß zum § 218 haben sich die Reaktionäre keineswegs zurückgezogen. Sogar in der „Taz" wurden Leserbriefe veröffentlicht, die sich vor allem gegen die bunt/alternativen Frauen richteten. *„Auch die grünbunten Frauen, die ihr Bedauern über die 'Kompromißlösung' ausdrücken, möchte ich fragen, warum regt sie die Formulierung des Widerspruchs im Programm der Grünen: Leben erhalten und Leben beseitigen, nicht zum Nachdenken an?"*. Die Antwort hat der Verfasser (Mitglied der GRÜNEN) gleich parat: *„Ich denke, es wäre zu eilig, zu selbstherrlich, die Bedenken christlich konservativer Frauen weniger ernst zu nehmen, als das eigene Bedürfnis nach Selbstbestimmung ... Was meinen die konservativen Frauen, wenn sie von der weiblichen Natur sprechen, wenn sie befürchten, daß eine Legalisierung des § 218 die Gedankenlosigkeit bei Männern und Frauen fördert?"* („Taz", 26.3.). Nach diesem Motto kommt der Leserbriefschreiber zu dem Schluß: *„freie Abtreibung, ist das nicht die bequemste Lösung für sie?"*.

Ein besonders mieser Beitrag zum § 218 wurde in der Zeitschrift „anders Leben", einem grünen Monatsmagazin, veröffentlicht. Diese Zeitung wird von dem berüchtigten Rechten Werner Knecht in NRW herausgegeben. Zunächst erhielt er 25.000 Mark aus der Bundeskasse der GRÜNEN für dieses Projekt; später wurden noch einmal ein paar Tausender locker gemacht, damit diese Zeitung auch über die Kioske vertrieben werden kann. Werner Knecht hat dieses Organ vor allem genutzt, um seinen Schmutz gegen die Linken in NRW und zur Frauenfrage ablassen zu können. Zwar hat der Bundesvorstand keine neuen Gelder für diese Zeitung genehmigt, aber eine stillschweigende Duldung des Bundesvorstands macht es dem Herrn Knecht immer noch allzu leicht, „anders le-

Zeitung genehmigt, aber eine stillschweigende Duldung des Bundesvorstands macht es dem Herrn Knecht immer noch allzu leicht, „anders le-

ben" als Sprachrohr der GRÜNEN erscheinen zu lassen. „Paragraph 218 eine grüne Herausforderung", heißt dort ein Artikel von Thomas Hamann, Ingrid Jüllich und Peter Paxmann. Im ersten Teil des Artikels werden Informationen über die bestehenden Indikationsmodelle gegeben und die Beratung der Frauen zum Schwangerschaftsabbruch richtig als ein „Canossagang" bezeichnet. Aber dann kommt die Zwischenüberschrift „Wann beginnt 'Leben'?": *„Die Situation des ungeborenen Kindes muß berücksichtigt werden: Am 18. Tag nach der Empfängnis: Das menschliche Herz beginnt zu schlagen. Es lebt ... 6. Woche: Bewegungen setzen ein. 11/12. Woche: Alle Organe arbeiten: das Kind atmet, schluckt, uriniert, verdaut. Es ist sehr schmerzempfindlich. Es kann gelehrt werden, durch Tonsignale einen Schmerzauslöser wegzunehmen und vor ihm zurückzuweichen"*. Gleich danach werden die Abtreibungsmethoden beschrieben, so daß einem echt schlecht wird: *„Abtreibung durch Curettage in der 12. Woche: Ein scharfes gebogenes Messer wird durch die Scheide an die Gebärmutter herangeführt. Der Muttermund wird geöffnet. Der Chirurg schneidet sodann den winzigen Körper in Stücke und schneidet und schabt die Plazenta von den Innenwänden der Gebärmutter ... Abtreibung durch Absaugen in der 10. Woche: ... daß ein kräftiges Saugrohr eingeführt wird. Dieses reißt den Körper des Ungeborenen und die Plazenta in Stücke. Abtreibung in der 19. Woche: ... Eine lange Nadel wird in den Unterleib der Mutter in die Fruchtblase eingeführt und eine konzentrierte Salzlösung wird injiziert... Es dauert mehr als eine Stunde, ein Baby auf diese Weise abzutöten ... So setzen etwa einen Tag später die Wehen ein und sie bringt ein furchtbar zugerichtetes totes Baby zur Welt. Abtreibung durch Kaiserschnitt: ... Die lebend abgetriebenen Kinder (z.B. 24. Woche: bewegen sich, atmen, schreien) werden nicht versorgt, sondern dem Tod ausgeliefert"*. Daneben ein Bild von einem frisch geborenen Kind. Das ist eine erschreckende, ekelerregende Methode, die den rechten Ärzten und Klerikalen abgeguckt ist. Die Verfasser fordern dann dazu auf, *„sich aktiv als Lebensschutzbewegung an der Schaffung einer neuen Ethik zu beteiligen ... Die Schwangerschaft muß zu einem bewußten Akzeptieren eines neuen Menschen werden"*.

Dortmund bringt nicht viel Neues

In Saarbrücken wurde eine „Wahlplattform" mit erheblichen Zugeständnissen an die Rechten beschlossen. Abgelehnt wurde allerdings die Forderung der Rechten, das Saarbrückener Programm durch die „Wahlplattform" zu e r s e t z e n. Damit steht allen Richtungen der Grünen Partei offen, ob sie mit der Wahlplattform oder dem Saarbrückener Programm oder irgendeinem anderen Programm arbeiten. Teile der Bunt/Alternativen aus der Grünen Partei Landesverbände eigene Wahlplattformen zu erarbeiten. Trotzdem soll hier nicht unerwähnt bleiben, daß die „Wahlplattform" erhebliche Abstriche, vor allem in den sozialen Forderungen vom Saarbrückener Programm macht. Zum § 218 wurde allerdings auf Antrag einer Delegierten Saarbrückener Programms wörtlich in die „Wahlplattform" zu übernehmen. Das ist aber auch die einzige übernommene Formulierung aus dem Saarbrückener Programm. Eine Vielzahl

Saarbrückener Programms wörtlich in die „Wahlplattform" zu übernehmen. Das ist aber auch die einzige übernommene Formulierung aus dem Saarbrückener Programm. Eine Vielzahl

konkreter Forderungen des Programms finden sich in der „Wahlplattform" nicht wieder. Die rechte Delegierte Wieczorek konnte *„die Anerkennung des Hausfrauenberufes"* durchsetzen.

Wie verhalten wir uns gegenüber der Grünen Partei?

Ich bin davon überzeugt, daß die Mehrheit der grünen Frauen sich deutlich ablehnend gegenüber den reaktionären Positionen zum § 218 verhalten wird. Dennoch ist es für mich unverständlich, daß die linken Frauen bei den GRÜNEN immer wieder von der „Lernfähigkeit" der Rechten sprechen, oder wie die Frauen der Gruppe „Z" schreiben, daß *„wir linke Frauen jedoch die langfristige Perspektive sehen müßten, und es eben auf eine Überzeugungsarbeit ankommt"* („Z", 1/80). Die Widersprüche in der Frauenfrage bei den GRÜNEN gehen sehr viel tiefer, ja, sie sind gegenüber den rechten 'Lebensschutz'ideologen meiner Meinung nach u n ü b e r w i n d b a r.

Was nützt es, ein insgesamt relativ fortschrittliches Frauenprogramm zu verabschieden, wenn hinterher die Rechten doch erzählen und schreiben, was sie für richtig halten? Auch mag ich nicht so recht glauben, was Petra Kelly in einem Interview mit der „Courage"-Redakteurin Sibylle Plogstedt sagte: *„Du hast den wunden Punkt aufgedeckt: daß sie sich nicht bewußt waren, was im § 218 drinsteht. Das habe ich entdeckt. Die kennen den Pargraphen nicht"* („Courage", 5/80).

Selbst w e n n es so wäre: wo waren dann die vielen Enthaltungsstimmen? Das sollte man/frau doch wohl erwarten können, daß Frau/Mann sich der Stimme enthält, wenn er/sie von einem Problem nichts versteht? ...

Für viele Frauen, auch für uns KB-Frauen, die nicht in die Grüne Partei eingetreten sind, stellt sich die Frage: wie sollen wir uns zur Bundestagswahl verhalten? Reflektieren wir noch einmal die Positionen aus der Bunt/Alternativen Wahlbewegung, die wir mitgetragen haben! Die Frauen der Bunten Liste Hamburg, die nicht den GRÜNEN beigetreten sind, formulierten folgende Forderungen: **„Solange uns Frauen keine Autonomie zugesichert ist, solange wir unsere Forderungen bei den GRÜNEN nicht aufgehoben sehen, solange wir damit rechnen müssen, daß der Vorstand der GRÜNEN unsere Forderungen 'absegnen' kann, – solange kann bei uns keine Rede davon sein, in die GRÜNEN einzutreten"** (Flugblatt der Bunten Liste vom 1./2.12.79).

Die bunt/alternativen Frauen forderten, den *„Eintritt bei den GRÜNEN von der Erfüllung dieser Forderung* (Streichung des § 218 und das Selbstbestimmungsrecht der Frauen) *abhängig zu machen."* Unsere Unterstützung dieser Forderung brachte uns den Vorwurf einer sektiererischen Bündnispolitik ein. Die Genossinnen der 'Gruppe Z'(ehemals Zentrumsfraktion des KB) meinten: *„Was muß bei diesen Aktivistinnen der Frauenbewegung für ein Verständnis von Bündnispolitik, von Überzeugungsarbeit in Massenorganisationen und Massenbewegungen vorliegen, wenn sie die Vorwegnahme von politischen Zielen verlangen"* („Z", 1/80). Dahinter steht allerdings die opportunistische Praxis, selbst krass reaktionäre und frauenfeindliche Positionen (z.B. Gruhl) ins „Grüne Spektrum" einbe-

verlangen" („Z", 1/80). Dahinter steht allerdings die opportunistische Praxis, selbst krass reaktionäre und frauenfeindliche Positionen (z.B. Gruhl) ins „Grüne Spektrum" einbe-

ziehen zu wollen. Trotzdem meine ich, daß wir, spätestens seit Saarbrücken, die Frage unserer Mitarbeit bei den GRÜNEN neu stellen sollten. Meines Erachtens ist das Saarbrückener Frauenprogramm weitgehend das, was die bunt/alternativen Frauen vertreten. Zwei Ausnahmen, der Passus zum §218 und die Autonomie der Frauen, sind m.E. kein Grund die Mitarbeit bei den GRÜNEN abzulehnen. Die Mehrheit der grünen Frauen steht zum Saarbrückener Programm, viele grüne Frauen sind aktiv in der Friedensbewegung, Gorleben, in Frauen-Projekten. Grüne Frauen haben auch das Tribunal gegen den § 218 unterstützt. Seit Dortmund haben die Frauen im Bundesvorstand sogar die Mehrheit (das dürfte e i n m a l i g in der Parteigeschichte der BRD sein!), wobei es sich durchweg um progressive Frauen handelt.

Was sollte uns daran hindern, mit den Frauen auch innerhalb der Grünen Partei die Zusammenarbeit und Auseinandersetzung zu suchen? Nur wenige Genossinnen des KB arbeiten bisher bei den GRÜNEN mit. Ich meine, wir sollten s t ä r k e r bei den GRÜNEN einsteigen! **Dies nicht in erster Linie mit Blick auf die Bundestagswahlen 1980, sondern vor allem auf die Zeit d a n a c h. Eine sozialistische Partei mit einem starken Frauenflügel entsteht nun mal nicht von selbst. Packen wir es mit an!**

Eine Wahlempfehlung für die GRÜNEN bzw. meine Stimme will ich allerdings nur an Kandidatinnen und Kandidaten geben, die sich zu den bunt/alternativen Forderungen eindeutig bekennen.

Ulla, KB Hamburg

Hamburger Senat will Alsterdorfer Entbindungsstation schließen

Die Hamburger Gesundheitsenatorin Helga Elstner hat beschlossen, die Entbindungsabteilung des Krankenhauses Alsterdorf nicht weiter in den Krankenhausbedarfsplan aufzunehmen. Das bedeutet konkret: aus für die Entbindungsabteilung zum 31.12. 1980. Die wichtigsten Argumente der Senatorin:

– größere Kliniken gewährleisten eine bessere Versorgung von Mutter und Kind,
– auch ohne die Alsterdorfer Klinik sei eine Versorgung der Hamburger auf geburtshiflichem Gebiet gesichert.
– die in Alsterdorf praktizierte Methode sei auch in anderen Hamburger Kliniken verbreitet.

Wahr dagegen ist:

– der Bettenbedarfsplan für die geburtshilflichen Abteilungen wurde zu einer Zeit erstellt, zu der im gesamten Bundesgebiet ein starker Geburtenrückgang zu verzeichnen war. In Hamburg war dieser besonders drastisch. So sank die Geburtenrate von fast 25.000 im Jahre 1969 auf knapp 16.000 im Jahre 1979.
– Die Alsterdorfer Entbindungsabteilung hat in dieser Zeit des Geburtenrückgangs einen beachtlichen Anstieg der dort stattgefundenen Geburten zu verzeichnen. Während 1977 hier 165 Geburten stattfanden, waren es 1979 bereits 410, womit die Bettenkapazität voll ausgeschöpft war.
– Seit 1979 mußte die Entbindungsabteilung vielen Schwangeren Absagen erteilen, wenn diese sich anmelden wollten. Es sprach sich schnell herum, daß man sich bereits im dritten Monat dort um ein Bett „bewerben" mußte, wollte man keine Absage riskieren.
– Für das Jahr 1980 sind bereits bis Dezember alle Betten verplant.

Welche andere Klinik kann von sich sagen, sie sei bereits ein halbes Jahr im voraus ausgebucht (durch meine eigene Schwangerschaft weiß ich, daß man sich in den meisten anderen Krankenhäusern ca. vier Wochen vor dem Entbindungstermin das erste Mal vorstellt).

Wichtiger jedoch als alle Zahlen ist das Argument, die in Alsterdorf praktizierte Methode würde es auch in vielen anderen Kliniken geben. Richtig ist, daß viele Entbindungsabteilungen auf telefonische Anfrage die Auskunft geben, sie würden natürlich (?) die „sanfte Geburt" praktizieren. Fragt man jedoch nach, was sie genauer darunter verstehen, erhält man die unterschiedlichsten Antworten: „sanfte Geburt" bedeutet für die eine Klinik, daß der Mutter das Kind nach der Geburt auf den Bauch gelegt wird (was ja auch sehr schön ist), für eine andere, daß der Mann dabei sei kann, für die nächste, daß das Kind nach der Entbindung gebadet wird. Die „beste" Antwort gab eine große Hamburger Klinik auf meine Frage: „Sie bekommen dann eine rückenmarksnahe Betäubung und dann merken Sie nichts mehr." So hatte ich mir eine „sanfte Geburt" auch immer vorgestellt . . .

Um es kurz zu machen: eine so umfangreich vorbereitete, vom persönlichen Einsatz der Hebammen, Schwestern und Ärzte getragene, individuelle Möglichkeit der Entbindung gibt es in ganz Hamburg nicht noch einmal. Die nächste Stadt, in der nach diesem Modell entbunden wird, ist Münster.

Noch einmal die Punkte, die wesentlich für das Alsterdorfer Konzept sind:

– Die Vorbereitung auf die Geburt beginnt mit kursusähnlichen Gesprächen über die Schwangerschaft, den Körper der Frau, die Entwicklung des Embryos, den Geburtsvorgang, die ärztlichen Hilfsmittel und Hilfestellungen (besonders die Anästhesieformen), das Neugeborene, sowie alle Risiken, die auftreten können.
– Außerdem kann vor der Geburt mit Paaren gesprochen werden, die gerade entbunden haben.
– Parallel wird ein psychoprophylaktischer Gymnastikkurs durchgeführt, in dem den Paaren spezielle Atem- und Entspannungsübungen, sowie Massageanwendungen für den Geburtsvorgang vermittelt werden.
– Dazu kommt, daß man vorher den Kreißsaal und die Entbindungsstation gesehen und die Hebammen, Ärzte und Kinderärzte kennengelernt hat.
– In einem Kreißsaal entbindet selbstverständlich immer nur eine Frau. Die gesamte Geburt wird von einer Hebamme betreut, die Zeit hat, auf die Unsicherheiten und Ängste der Frau einzugehen, sie also auch psychisch betreut. Während der Geburt werden alle eventuell notwendigen Maßnahmen mit der Gebärenden und ihrem Partner abgesprochen und erläutert.
– Daher ist es selbstverständlich, daß die Frau von allen Beteiligten als Individuum angesehen wird.
– Die Geburt eines Kindes wird von der Frau bewußt und aktiv erlebt, als persönliche Leistung und Bereicherung des Ichs.
– Stillen ist die natürliche Ernährung des Kindes und wird hier selbstverständlich gefördert – auch nachts. Sachkundige und geduldige Hilfe beim Anlegen wird jederzeit gegeben.
– Rooming-in versteht sich von selbst.
– Bei allen Problemen auch seelischer Natur, stehen die Schwestern und Hebammen beratend und liebevoll zur Seite, auch wenn es einmal eine Stunde dauert.
– Die Mütter und Väter versorgen – wenn sie möchten – vom ersten Tag an ihre Kinder selbst, wenn nötig mit Hilfe einer Kinderschwester.

Was es in Alsterdorf n i c h t gibt:

Es gibt
– keine Angst und Unkenntnis von dem, was während der Geburt auf die Frau zukommt,
– keine Anonymität der Großkliniken,
– kein Unwissen über den eigenen Körper,
– keine Degradierung der Gebärenden zum behandelten Objekt,
– keine Angst vor unbekannten Geräten, Spritzen, etc.,
– keine Eingriffe in den natürlichen Ablauf der Geburt,
– keine programmierte Geburt,
– keine eingeleiteten Geburten innerhalb der normalen Frist,
– kein obligater Wehentropf, bzw. obligat angelegte Kanülen dafür,
– keine Peridural- bzw. Epidural-Anästhesie (die sog. Rückenmark(spritze, da sie nicht komplikationslos ist, ca. 30% Saugglocke- und Zangengeburten und vermehrte Kaiserschnitte, u.a.,
– keine obligaten Dammschnitte,
– keine Routinebetreuung,
– keine Atmospähre ohne Vertrauen,
– kein Geburtsschock für das Baby.

Um den Fortbestand dieser Klinik zu erkämpfen, haben sich einige Eltern, Hebammen, Schwestern und Ärzte zur

Initiative für die Erhaltung der Geburtshilfe im Alsterdorfer Krankenhaus
c/o J. Höcherl,
Gryphiusstr. 1, 2000 Hamburg 60

zusammengeschlosen und wollen versuchen, den Beschluß der Senatorin rückgängig zu machen. Die Aktivitäten bestanden bisher in der Öffentlichkeitsarbeit (Info-Stände, Presseinformationen etc.) und einer Demonstration am 5.7.1980, die trotz schlechtestem Wetter sehr gut besucht war (ca. 800 bis 1.000 „Große" mit ebensovielen „Kleinen").

Wie kann man die Initiative unterstützen?

1. Schreibt einen kurzen Brief an die Gesundheitssenatorin mit Eurem ausdrücklichen Protest. Anschrift: H. Elstner, Zweiter Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Tesdorpstr. 8, 2 HH 13.
2. Fordert Unterschriftenlisten bei der Initiative ab und schickt sie ausgefüllt zurück.
3. Für Geldspenden sind sie sehr dankbar! (Postanweisung an obige Anschrift).



Entbindung in Alsterdorf – Ein Erfahrungsbericht

Die Diskussion zwischen meinem Freund und mir, ob nun ein Kind und wenn, dann wann und wie und überhaupt endete am 2. Februar 1980 mit dem kräftigen Schrei unserer Tochter Julia Katharina, die in der Entbindungsabteilung des Krankenhauses Alsterdorf geboren wurde.

Nachdem ich mich entschlossen hatte, das Kind in mir auszutragen, beschäftigte mich der Gedanke an das „Wie" der Geburt sehr intensiv. Ich hatte Bücher von Leboyer und Odent gelesen, den engagiertesten Verfechtern einer humanen, ent-technisierten Geburt, die sich völlig auf die Mutter und das Kind konzentriert. Für eine Hausgeburt langte mein Mut nicht, zumal in unserer Familie Erbkrankheiten vorhanden waren, deren sofortige Erkennung lebensnotwendig für Neugeborene sind. Also machte ich mich auf die Suche nach einer Klinik, welche meine – inzwischen präzisen – Wünsche bezüglich der Geburt akzeptieren würde. Die meisten Telefonate mit Hamburger Kliniken waren enttäuschend: wurde meine Frage nach Anwesenheit des Vaters meist noch positiv beantwortet, erhielt ich auf andere Forderungen entweder höhnische Antworten oder ein empörtes „nein". Ich gebe nur eine kleine Palette von Gesprächsaus-

empörtes „nein". Ich gebe nur eine kleine Palette von Gesprächsaus-
schnitten wieder: „Ich möchte mein Kind gerne ohne Medikamente gebären, ohne Narkosen. Geht das bei Ihnen?" *„Warum wollen Sie es sich denn so schwer machen? Ein Piks, und Sie können Zeitung lesen, während Ihr Kind geboren wird!" „Welche Narkose Sie kriegen, entscheidet immer noch der Arzt!"* „Ich möchte keinen obligatorischen Dammschnitt haben, wie wird das bei Ihnen praktiziert?" *„Bei den meisten jungen Frauen heute muß man schneiden, das ist auch viel sauberer." „Sie werden noch froh sein, wenn Ihnen der Arzt einen Dammschnitt macht, das geht dann alles viel leichter."* „Haben Sie vorbereitende Kurse an Ihrer Klinik?" *„Da müssen Sie sich schon selbst drum kümmern, wir können ja nicht alles machen."* etc. etc.

Als ich in Alsterdorf anrief, sagte man mir: *„Am besten, Sie kommen mal vorbei und sehen sich das alles an hier."* Das haben wir dann auch gemacht. Nachdem unsere Anmeldung schriftlich aufgenommen war, fragte die Hebamme meinen Freund fast streng: *„Sie kommen doch mit, oder?"* Es wurde fast erwartet, wir mußten nicht erst darum bitten. Dann zeigte sie uns den Kreißsaal mit den Instrumenten, das Kinderzimmer, in dem die Eltern wickeln und baden lernen und verschiedene Patientenzimmer, wobei sie uns einzelne Mütter vorstellte und uns zu Gesprächen anregte. Und immer wieder der Satz: *„Wenn Sie Fragen haben, fragen Sie nur!"* Dann gab sie uns noch einen Termin für den Geburtsvorbereitungskurs, der einmal pro Woche 2 Stunden lang stattfand und verabschiedete uns „auf bald".

In dem Vorbereitungskurs waren wir unter ca. 10 anderen Paaren. Die Hebamme, die den Kurs leitete, informierte uns in insgesamt 10 Abenden umfassend über alle Dinge, die im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt stehen. Medizinische Aspekte waren ebenso vertreten wie psychische Probleme der Schwangeren und Auswirkungen der Schwangerschaft auf die Paarbeziehung. In der Teepause schlossen wir Freundschaft mit einigen Paaren, mit denen wir uns auch heute noch treffen und mit deren Babys wir bald eine Krabbelgruppe organisieren wollen. Eltern, die bereits in Alsterdorf entbunden hatten, berichteten von ihren Erfahrungen, sowohl in der Klinik, als auch zu Hause.

An einem weiteren Abend in der Woche trafen wir uns alle wieder, um unter Anleitung einer Krankengymnastin Entspannungsübungen und Atemtechniken für einen natürlichen Geburtsablauf zu erlernen. Die Männer lernten Massagen, die den Frauen helfen sollten, während der Schwangerschaft und besonders der Geburt sich immer wieder zu entspannen. Überhaupt wurde betont, daß „Kinderkriegen" keine Angelegenheit der Frau ist, sondern beider Partner. Den Männern wurde immer wieder nahegelegt, z.B. ihren Jahresurlaub für die Zeit nach der Geburt zu nehmen, um gleichberechtigt eine Beziehung zu ihrem Kind aufzubauen.

Als bei mir die Wehen einsetzten, fühlte ich mich unheimlich fröhlich

Als bei mir die Wehen einsetzten, fühlte ich mich unheimlich fröhlich
und stark. Die Klinik war mir vertraut. Die Hebamme, die mich untersuchte, als ich ankam, kannte ich schon, ebenso den Arzt, der nachher bei der Geburt dabei war. Die gesamte Eröffnungsphase hindurch hatte ich keine Schmerzen. Die gelernte Atmung half mir, mich völlig zu entspannen. In der Austreibungsphase wurden die Wehen sehr stark und auch schmerzhaft. Da ich aber keine Angst hatte und genau wußte, was in meinem Körper vor sich ging, konnte ich sie gut ertragen. Ich brauchte keine Medikamente, keinerlei Narkose. Als die Hebamme mir sagte, daß sie den Damm nicht länger schützen könne und er reißen würde, war ich mit einem kleinen Dammschnitt einverstanden, da ich wußte, daß sie bestimmt alles versucht hatte, um einen Schnitt zu vermeiden.

Das Gefühl, welches wir hatten, als unsere kleine Tochter geboren war, kann ich mit Worten nicht ausdrücken. Ich habe so etwas noch nicht erlebt! Mein Freund badete das Kind zusammen mit der Hebamme und während es in ein warmes Tuch gewickelt wurde, war er ebenfalls bei ihm. Dann wurde es mir zum Stillen gebracht und blieb bei mir bis mein Schnitt genäht war, und wir alle drei allein in unser Zimmer transportiert wurden.

Wir hatten das Gefühl, zu Hause entbunden zu haben, umgeben von einigen freundlichen „Fachleuten". Wir sind als Menschen respektiert worden und man ist jederzeit auf unsere Wünsche eingegangen und hat geholfen, wo es nötig war. Noch Wochen nach der Geburt rief ich in Alsterdorf an, weil ich eine Frage hatte. Der Arzt erinnerte sich an mich und gab freundlich und ausführlich die gewünschten Informationen.

• Ilona



Zwischen 800 und 1.000 Mütter und Väter, sehr viele schwangere Frauen, Babies und Kleinkinder und andere demonstrierten am 5.7. gegen die Schließung der Entbindungsstation in Alsterdorf (Hamburg). Trotz bald einsetzendem heftigen Regen machten praktisch alle bis zum Schluß mit und auch die Kinder genossen in ihren Karren unter Schirmen oder sonstwie verhüllt die Szene.

Pro Familia Trier von Schließung bedroht

Seit ca. einem Jahr gibt es in Trier eine Pro Familia. In diesem Jahr wandten sich ca. 600 Ratsuchende an die Beratungsstelle (darunter 35% Schwangerschaftskonflikte). Seit der Aufnahme ihrer Arbeit sieht sich Pro Familia ständigen Angriffen in dieser erzkatholischen Gegend ausgesetzt. Zuerst war es ein gemeinsames Aufrufplakat vom AStA und Pro Familia zum Thema „Verhütung", auf dem das Wort „Vögeln" gebraucht wurde. Durch dieses Wort fühlten sich wohl einige Herren des öffentlichen Lebens auf den Schwanz getreten. Ein weiterer „Vorfall" bei einer Aufklärungsveranstaltung (einige Jugendliche hatten ein paar Präser auf dem Schulgelände verteilt), gab ebenfalls Anlaß zur Empörung.

Bei einer Sitzung des Jugendwohlfahrtsausschusses (JWA) des Landkreises Trier-Saarburg gab CDU-Landrat Braun-Federici am 8.Mai eine Erklärung ab, in der er Pro Familia in die verfassungsfeindliche Ecke stellte: *„Wenn neben der Ehe alternative Lebensformen anerkannt und unterstützt werden sollen, so vertritt der Verein damit Auffassungen, die die Grundlagen unseres Zusammenlebens in Frage stellen."* (TV, 8.5.80) Gleichzeitig offenbare Pro Familia eine Tendenz, *„der wir keinen Einfluß auf unsere Jugend gestatten dürfen. Er (der Bundesverband) redet einer Wissenschaft über sexuelle Bedürfnisse, Einstellungen und Verhaltensweisen das Wort, die naturgemäß keine Wertmaßstäbe kennt."* (TV, 8.5.)

Bei dieser Sitzung des JWA ging es um eine finanzielle Unterstützung von Pro Familia durch den Landkreis. Dazu muß man/frau wissen, daß es seit 1980 keine Landeszuschüsse für Pro Familia gibt. Die Beratungsstellen sind daher sehr auf die Gelder der Kommunen angewiesen. In Trier ist es sogar schon so weit, daß eine dort beschäftigte Sozialarbeiterin aufgrund der äußerst kritischen finanziellen Situation auf der Straße sitzt.

Den JWA interessierten diese Fakten wenig (nicht einmal, daß 40% aller Beratungen Leute aus dem Landkreis betreffen) und er stimmte mit 12:4 gegen eine finanzielle Unterstützung.

Um auf diese Probleme aufmerksam zu machen, organisierte Pro Familia vom 7. bis 19.6. Aktionswochen mit Ständen in der Stadt, einem Tag der offenen Tür, einer Fete und einer Podiumsdiskussion, zu der ca. 250 Leute kamen.



Gewalt und Chauvinismus – ein gar nicht so kleiner Unterschied

Mit den Augen und Gefühlen einer vergewaltigten Frau habe ich im AK 180 zu dem Film „Der Schrei aus der Stille" Stellung genommen; das gleiche will ich auch zu den Leserbriefen der Frankfurter Genossinnen und des Genossen M. aus dem Metallbereich tun. Die in diesen Leserbriefen geäußerten Meinungen sind – wie ich inzwischen erfahren mußte – keine Einzelmeinungen in der Organisation. Ich bin sehr betroffen darüber,

- daß die „Selbstbezichtigung" des Genossen M., „vergewaltigt zu haben", nicht nur im AK „lobend" Beifall erntet,
- daß physische Gewalt an Frauen mit psychischer Gewalt in einem Atemzug abgehandelt wird,
- daß die Auseinandersetzung mit dem männlichen Chauvinismus in der Sexualität gar nicht zum Inhalt der Debatte gemacht wird,
- daß Frauen Frauen auffordern, sich *„nicht davor (zu) fürchten, zu Opfern gemacht zu werden"*.

Mit diesen Punkten möchte ich mich als Betroffene auseinandersetzen.

Die Frankfurter Genossinnen schreiben in der Auseinandersetzung mit Co. (sie konnte nicht nachempfinden, was es für eine Frau heißt, vergewaltigt zu werden): *„Es gibt keine betroffenen und nicht betroffenen Frauen. Es gibt Frauen, die brutaler und offensichtlicher, wie in der extremen Vergewaltigungsszene (im Film) gezeigt, und Frauen, die subtiler und ohne physische Brutalität vergewaltigt worden sind oder vergewaltigt werden können"* (AK 180).

An diesem Zitat kann frau noch nicht erkennen, was die Genossinnen mit subtiler oder psychischer Gewalt meinen, obwohl schon hier die brutale Vergewaltigung zwar als das Extrem gilt, letztlich aber kein entscheidender Unterschied für die Betroffenen gesehen wird. Deutlicher wird es in dem folgendem Zitat, wo frau der Genossin Co. nicht abnehmen will, daß sie noch nie vergewaltigt worden ist. *„.... sie zieht für sich persönlich überhaupt nicht in Betracht, eine Form der (im Film) aufgezeigten Vergewaltigung erlebt zu haben. D.h., daß sie davon ausgeht, daß sie sich in ihrem ganzen Leben stets gegen jegliche Form von Vergewaltigung gewehrt hat und meistens erfolgreich. Wenn sie das für sich erreicht hat, was wir allerdings bestreiten, dann ist sie eine Überfrau".* Diese These hat die Grundlage, daß **„j e d e Frau in dieser Gesellschaft vergewaltigt worden ist"**, wie die Frankfurterinnen schreiben.

Ich halte diese These für falsch, wenngleich ich weiß, daß jede Frau **sexuell unterdrückt** wird oder worden ist. Darin besteht für mich erstmal ein wesentlicher Unterschied, und wie ich vermute, auch für Co. Doch nehmen wir einfach die Beispiele, auf die sich die Genossinnen beziehen. Der Genosse M. bezichtigt sich selber, *„vergewaltigt zu haben".* Was hat er dazu im Konkreten zu sagen? *„.... habe ich doch immer versucht, sie rumzukriegen, ohne jegliche Rücksichtnahme. Ich erinnere mich daran, mit welchen subtilen Methoden ich es versuchte. Da waren Sachen wie, sie durch Traurigkeit betroffen zu machen, ihr etwas vorzuheulen. Oder wie im Film einfach weiter zu streicheln".* M. hat seine Freundin mit Liebesentzug unter Druck gesetzt. Die Freundin hat dann, offensichtlich aus Angst, ihn zu verlieren, ihm seinen *„ungeheuer wichtig(en)"* Orgasmus verschafft. Schuldgefühle gegenüber dem Freund führten sogar dazu, daß sie sich *„schließlich Frigidität vorwarf".*

Der Genosse M. erntet für sein „Bekenntnis" aus der Organisation und von den Frankfurter Genossinnen lobenden Beifall: *„Wir finden es sehr mutig, daß M. genau erkannt hat, wo er sich als Vergewaltiger wiederfinden muß"* (Leserbrief der Frankfurter Genossinnen, AK 180).

Wenn M. vergewaltigt hat, dann bin ich totgeschlagen worden. Nein, liebe Genossinnen, was M. beschreibt, hat nichts mit G e w a l t zu tun. Er ist schlicht und ergreifend ein C h a u v i und hat seine Freundin sexuell unterdrückt. Wer das ernsthaft als Vergewaltigung bezeichnet, weiß wirklich nicht, was Gewalt gegen Frauen bedeutet und macht sich damit zum Fürsprecher derjenigen, die die körperliche Gewalt gegen Frauen verharmlosen und verwässern.
gen, die die körperliche Gewalt gegen Frauen verharmlosen und verwässern. Fast hatte ich schon Mitleid mit dem Genossen M. und dachte, was muß das für einen Mann bedeuten, *„vergewaltigt zu haben"* und dies der Öffentlichkeit preiszugeben. Doch dann les ich den Satz, **„daß sicher jeder Mann schon vergewaltigt hat oder immer noch vergewaltigt"**. Ein Glück, er scheint es doch nicht so schwer zu haben, denn er ist ja nur einer von allen. M. kommt mir einfach zu gut dabei weg. Seine „Selbstbezichtigung" ist für mich nur eine Ersatzhandlung. Soll er doch mal ehrlich Stellung im AK beziehen (und das fände ich mutig) über die Hintergründe seines chauvinistischen Verhaltens: was weiß er wirklich über die Sexualität einer Frau und was hindert ihn daran, nach ihren Bedürfnissen zu fragen und darauf einzugehen?

Doch zurück zur Verharmlosung der körperlichen Gewalt gegen Frauen. Die Frankfurterinnen beziehen sich auch auf den Artikel „Bettgeflüster"; dieser stellt für sie *„über eine ganze Seite, bis in Details subtile Vergewaltigungen"* dar. Auch hier das gleiche: Frauen stellen dar, wie Genossen bzw. linke Männer sie im Bett rumgekriegt haben, obwohl sie z.B. die Pille nicht nehmen, und sie ihn vorher darauf aufmerksam gemacht haben. Daß die Typen in die Frauen eindringen, obwohl die Frauen dies nicht wollen. Daß ein Typ weitermachen will, obwohl die Frau sagt, daß es ihr weh tut, und dafür kriegt sie noch Chauvi-Sprüche zu hören. Es kann für mich kein Zweifel daran bestehen, daß dieser Artikel den Chauvi im Bett an die Öffentlichkeit bringt, aber auch in diesem Artikel ist nicht von G e w a l t an Frauen die Rede. Einerseits zeigt mir dieser Artikel, wieviel Chauvinismus und Unterdrükkung auch in unseren Reihen in den sexuellen Beziehungen existieren, und ich finde es gut, daß diese Frauen den Mut besessen haben, dies öffentlich zu machen. Andererseits zeigt mir der Artikel, wie defensiv wir als linke Frauen an die sexuellen Beziehungen mit Männern herangehen. Trotzdem, und das solltet ihr wirklich noch einmal genau nachlesen, haben die Männer zwar immer versucht, die Frauen auszutricksen, aber immerhin, wenn auch zähneknirschend oder mit Chauvikram im Kopf, sich dann zurückgezogen, wenn die Frauen es gefordert haben. Versteht dies nicht falsch, ich will nicht Chauvis in Schutz nehmen, sondern klar machen, daß hier keine V e r g e w a l t i g u n g abgelaufen ist. Auch der Begriff „subtile Gewalt" (den ich übrigens in dieser Form ablehne, denn subtil = zart, fein, sorgsam – so der Duden – ist das totale Gegenteil von Gewalt) scheint mir unangebracht und dient nur dazu, den Chauvinismus zu umschreiben.

Unter Gewalt an Frauen verstehe ich, daß jemand seine körperliche Überlegenheit gegen mich einsetzt oder mich mit Gegenständen bedroht, mich schlägt u.ä. und sich meinen Körper gegen meinen Willen zu Eigen macht. Unter Gewalt verstehe ich auch, wenn ein Ehemann seine Frau einfach nimmt, wenn er sich über sie hermacht, im Schlaf u.ä.

Was aber ist wirklich gewalttätig bei dem Beispiel in „Bettgeflüster"
Was aber ist wirklich gewalttätig bei dem Beispiel in „Bettgeflüster" unter der Überschrift „Wie zärtlich"? Die Genossin erzählt ihrem Freund, daß sie die Pille nicht nimmt und daß sie schwanger werden könnte, wenn er in sie eindringt, trotzdem macht er es. *„Nach kurzer Zeit ist mir klar, was er da ‚berechnend' durchgeführt hat. Ich sage ihm, er solle aufhören. Er tut's".* Ich kann die Wut dieser Frau verstehen und finde sie total berechtigt, was aber ist daran Gewalt? Wenn er einfach weiter gemacht hätte und durch seine körperliche Überlegenheit sich geholt hätte, was er „brauchte", dann wäre es in der Tat Gewalt. So aber bleibt für mich das Verhalten des Typs chauvinistisch und sollte auch als solches bekämpft werden.

Fortsetzung nächste Seite

Maefferts »Ausnahme«, die keine war, jetzt vor Gericht

Am 23.7. um 10 h findet im Raum 297 im Strafjustizgebäude am Sievekingplatz in Hamburg trotz vielfältiger Bemühungen Uwe Maefferts und der Hamburger Staatsanwaltschaft der Prozeß gegen Maefferts *„sanften und klugen"* nigerianischen Seemann Monima J. statt.

Erinnern wir uns: Im Rahmen der Auseiandersetzung um die Verteidigung von Vergewaltigungern durch linke Anwälte erklärte Uwe Maeffert in seinem *„Plädoyer gegen diese und für eine andere Verteidigung"* wortreich und unglaubwürdig, warum er allgemein in Vergewaltigungsprozesse nicht mehr als Verteidiger gehen will, wohl aber diverse Ausnahmen gelten läßt.

Zur Veranschaulichung nannte er drei allesamt recht unglückliche Beispiele, darunter das des nigerianischen Seemanns, der von einer angeblichen „Gelegenheitsprostituierten" unverschämterweise der Vergewaltigung beschuldigt und von der Polizei – dankbar für diese Chance – in Abschiebehaft genommen worden war.

Dank des Engagements von Uwe

Dank des Engagements von Uwe gegen diesen krassen Fall von *„Rassismus und Ausländerfeindlichkeit"* wurde der „Sanfte" wieder aus dem Knast entlassen und das Verfahren eingestellt, im Herbst letzten Jahres.

Der Verdacht, daß diese Geschichte keine Ausnahme war, bestätigte sich durch die Erklärung, die Peter Hoffmann, Anwalt der angeblichen „Gelegenheitsprostituierten", an „TAZ" und AK sandte (siehe auch AK 170).

Daraus wird deutlich: Nicht sie hat ihn mit in ihre Wohnung genommen und am Morgen danach Geld von ihm verlangt, sondern er hat sie unter einem Vorwand in seine Wohnung gelockt und sie dort brutal vergewaltigt, sie geprügelt und gewürgt.

Hoffmann bewirkte schließlich die Wiederaufnahme des Verfahrens. Doch dieser Erfolg war nicht von Dauer: Im Februar wurde das Verfahren wieder eingestellt.

„Mangelndes öffentliches Interesse" mußte auch als Grund für die Einstellung eines weiteren Verfahrens wegen Körperverletzung herhalten. Eine Frau, mit der Monima J. zusammengewohnt hatte, war das Opfer. Drittes bekanntes Opfer ist eine Schwedin, die er ebenfalls unter einem Vorwand in seine Wohnung gelockt und dort vergewaltigt hat.

„Rassismus", „Strafanspruch des Staates" – Stichworte, die linken Verteidigern bei Vergewaltigungsprozessen einfallen – ist bei den intensiven Bemühungen seitens der Staatsanwaltschaft, Frauen zu legitimen Opfern zu machen, nicht gerade charakteristisches Motiv für das Zustandekommen dieses Prozesses. Logisch, daß das Gericht versucht, die Sache so klein wie möglich zu halten und vor einem Amtsgericht zu verhandeln. Und der Verteidiger? Inzwischen keiner, der jemals irgendwie zur Linken gezählt wurde. Er wird zur Linken gezählt wurde. Er wird ohne Rücksicht auf ein etwaiges linkes Image eine engagierte Vergewaltiger-Verteidigung bieten können.

Angesichts der Behauptung, die Frau sei gar nicht vergewaltigt worden, sondern sei eine „Gelegenheitsprostituierte" (mit denen kann mann offenbar alles machen), tun sich besondere Möglichkeiten für seine Strategie auf.

Fehlt nur noch, daß er ein paar Zuhälter oder Freier anschleppt, die bezeugen, daß die Vergewaltigte öfters anschaffen geht. Solcherlei Auftritte fänden nicht das erste Mal statt.

Auch ohne diese mögliche Variante gibt es noch genug Gründe, S. in ihrem Prozeß zu unterstützen.

Eine Frau aus Altona

♂ Die Seite für unseren Softi

Abtreibung – was geht mann das an!?

Über 1.500 Frauen waren auf dem Tribunal und über 10 Männer, höchstens zwanzig. Und das kommt so:

Wenn frau ungewollt schwanger wird, so trägt der Typ dafür mindestens genauso die Verantwortung, denn er überläßt die Verhütung meist der Frau; oft kommt es vor, daß er die Frau zum Bumsen (Schwanz rein und so) gegen ihre Bedürfnisse 'überredet' (klar, daß frau dabei keinen Spaß hat), und nicht zuletzt sind seine Samen Auslöser für die Schwangerschaft.

Aber: Die Folgen trägt meist ausschließlich die Frau – kennt ihr Fälle, wo ein Mann in solcher Situation eine echte Hilfe für die Frau war? Ich nicht. Ich weiß nur, daß Frauen sich untereinander besser helfen. Ich selbst bin vor 2 1/2 Jahren mitgewesen, als meine freundin eine Abtreibung hatte – im Behandlungszimmer; und erst wer dabei war, kann nachempfinden, wie brutal sowas ist, auch mit der schonenden Absaugmethode. Bei den Rennereien zum Arzt usw. wegen der Indikation hatte ich sie im Stich gelassen und mir damals auch nichts dabei gedacht.

Übertragen auf das Tribunal heißt dies: Genauso wie die Männer in den konkreten Fällen die Frauen im Stich lassen, genauso uninteressant war für sie das Tribunal. Das ist die ganze Erklärung. (Ausreden werden vielleicht im nächsten AK abgedruckt, am Termin kann's nicht gelegen haben, der war 1/2 Jahr vorher bekannt.) Dieser Vorwurf trifft vor allem die 'linken Männer mit Anspruch', vor allem die KB-Männer.

Ohne hier die Einzelheiten des Tribunals wiederzugeben – ich war besonders schockiert von der maßlosen Pfuscherei, Erniedrigung und Ausgeliefertheit der Frauen, auch 'bewußter' Frauen, in den Händen des Ärzteapparates, und von den alltäglich gewordenen Versuchen an Frauen mit Prostaglandine, die – und dafür braucht man nicht besonders sensibel zu sein – Foltermethoden südamerikanischer Gorillas gleichkommen (auf einem Tribuanal zur Folter in Südamerika wären sicher mehr Männer, und hier findet die Folter im eigenen Lande statt, eventuell an der 'eigenen' Freundin ,und kein Schwanz kümmert sich darum, weil er nichts davon wissen will – so ist es doch!).

Das Tribunal hat mir neben diesen Erfahrungen der Frauen zwei Sachen klargemacht: Wenn Männer sich mit Frauen und ihrem Kampf solidarisieren wollen, so müssen sie sich auch erstmal informieren über 'die Lage der Frauen', den Frauen zuhören, von sich aus Bücher, Filme usw. sich 'reintun', wo Frauen zu Wort kommen, immer und immer wieder, und nicht nur mal locker fragen, 'Wie fühlt man sich denn so als Frau?. Zweitens: Die linken Männer haben sich durch ihr Fernbleiben offenbart – vieles von ihrem Interesse an der Frauenfrage ist sehr oberflächlich, oder geheuchelt.

Zum Schluß: Es gibt auch tolle Sachen, die mir imponiert haben.

Die einfallsreiche Darstellung der Anklagepunkte – wo's angemessen war – durch spaßige, geradezu künstlerische Vorführungen; die solidarische, ziemlich konkurrenzfreie Atmosphäre ... und der feste Eindruck, dies Tribunal war erst der Anfang!

Ein KB-Genosse aus NRW

1×1 der Abtreibung

...baden – Um 12,0 Pro-... her lag im vergange-... r die Zahl der legalen ...gerschaftsabbrüche ... Jahr 1978. Insgesamt ... schwangere Frauen ... 1979 im Bundesge-... d in Westberlin ihr ... aus medizinischen, ... trischen, erbbiologi-...

...tin in andere Bund... zum Abbruch."

So erfaßt die Stat... die Stellen, wo der ... erfolgt und nicht die ... länder, wo er bes... wird und ergibt dah... was schiefes Bild.

Die Begründungen...

Salatrezepte für Frauenfeste

Zutaten
Vier Forellen, vier Scheiben gekochten Schinken, 75 Gramm Sellerie, 50 Gramm Zwiebeln, halber Liter „Cidré" (Apfelwein), Thymian, Salz, Pfeffer und Butter.

Zubereitung: Die gründlich gesäuberten Forellen werden mit Salz, Pfeffer und ein wenig Thymian eingerieben und mit dem gekochten Schinken eingewickelt. Das genutzte Ge-...

Wett-bewerb

§248 – LEICHT GEMACHT

Trainingsstart am 7. Juli. Mehrere Testspiele gegen unterklassige Klubs. Vom 21. Juli bis 3. August Trainingslager in Schweden in der Nähe der Stadt Göteborg, dabei zwei weitere Testsp... Am 8. August ist die ...terer Saisoneröffn... Attraktiver Gegner ... die Mannschaft Dukla Prag sein.

Wenn Ihr Kind krank ist

Roman: ***Geliebter Schlappschwanz***

Aus und vorbei! Der einstige Stolz der italienischen Kreuzfahrt-Flotte, die „Leonardo da Vinci", liegt nach viertägigem Brand als verkohlter Schrotthaufen im Mittelmeerhafen von La Spezia – mit 60 Grad Schlagseite und vollständig zerstört.

Schrottwert: 33 Pfennige je Kilo... **(S. 8)**

Sind wir Frauen Opfer?

Aus der These der Frankfurter Genossinnen und anderer Frauen, **„daß jede Frau in dieser Gesellschaft vergewaltigt worden ist"**, wird geschlußfolgert, daß deshalb auch **„jeder Mann ein potentieller Vergewaltiger"** s e i n m u ß, wird geschlußfogert, *„daß wir täglich Opfer der männlichen Sexualität sind, indem wir in Angst leben ...".*

Ich kann mir schon vorstellen, daß frau durch ihre schlechten Erfahrungen mit den Männern zu derartigen Schlußfolgerungen kommt, finde sie selbst aber sehr subjektiv und keinesfalls offensiv in der Auseinandersetzung mit den Chauvis.

Die Frankfurter Genossinnen haben Recht, wenn sie die Vergewaltigung von Frauen als Ausdruck der gesellschaftlichen Verachtung *„gegenüber uns Frauen"* anklagen. *„Doch diese Erkenntnis mit unserer alltäglichen Erfahrung zu verknüpfen, ist schwieriger. Das bedeutet nämlich, daß wir uns t a t s ä c h l i c h betroffen fühlen müssen, und daß wir uns nicht davor fürchten, zu Opfern gemacht zu w e r d e n, sondern daß wir erkennen, daß wir schon längst die Opfer s i n d"* (Hervorh. im Original).

Diese „Opferbereitschaft" will und kann ich nicht unterstützen. Viele Jahre habe ich als vergewaltigte Frau genau dagegen ankämpfen müssen, das Opfer meiner Vergewaltigungen zu werden, wie es Suzanne in dem Film geworden ist. Viele Jahre habe ich auch dagegen ankämpfen müssen, von meiner Umwelt, insbesondere auch von meinen Freunden und Freundinnen, als bemitleidetes Opfer gesehen zu werden. Zweifellos ist es so, daß viele Frauen und auch Genossinnen „Opfer" geworden sind, sei es durch Gewalt, sei es durch eine Vielzahl schlechter Erfahrungen mit den Männern, das ist traurig genug. Auch wenn ihr *„schlagende und starke Opfer"* werden wollt, fürchte ich mich davor, mich Euch als „Opfer" anzuschließen. Bislang dachte ich, daß gerade wir als linke Frauen dagegen kämpfen, zu Opfern dieser Gesellschaft oder zu Opfern des männlichen Chauvinismus zu werden.

Was hat diese „Opferbereitschaft" bei Euch für eine Perspektive? Seid ihr nicht unheimlich resigniert, wenn Ihr schreibt: *„Wir müssen lernen, nicht stets hinterher zu sagen: Ich habe ihm ja auch nicht deutlich genug gemacht, was ich will"*? Warum tretet Ihr nicht dafür ein, daß wir endlich sagen, was wir wollen? Gerade auch dies sind doch die Probleme im Artikel „Bettgeflüster". Für die Frau, die einen Brief an ihren Freund schreibt und gegen den eigenen Willen mit ihm schläft, ihm aber nichts sagt, ist Eure Opferthese, doch keine Ermunterung, endlich mit ihm zu reden.

Was ist denn dabei, wenn Ihr ein gutes Gespräch habt mit einem Genossen oder linken Typen, und er stellt Euch vor eine „Entscheidung", vielleicht auch zärtlich zueinander zu sein? Wenn frau dies nicht will, sollte sie es doch auch offen so sagen. Wir fordern doch gerade, daß ein Mann es auch akzeptiert: wenn eine Frau ‚nein' sagt, meint sie auch ‚nein'. Ihr pauschalisiert m.E. unzulässigerweise, wenn Ihr schreibt: *„Vielmehr haben wir es hier mit einem erlernten männlichen Sexualverhalten zu tun, das einzig und allein auf der Verachtung der Frauen basiert".* Soll das heißen, daß es für Euch nur noch den brutalen Vergewaltiger (außerhalb der Linken?) gibt und diejenigen Männer, die zwar die Gleichberechtigung im Munde führen, aber sich von den brutalen nur dadurch unterscheiden, daß sie ihre Körperkraft nicht direkt gegen uns einsetzen? Ich habe in unserer Organisation oder auch unter den linken Männern allgemein noch keinen kennengelernt, der nicht ein Chauvi wäre, aber ich denke, daß wir doch differenzieren müssen. Ich glaube schon, daß es nicht wenige linke Männer gibt, deren Sexualverhalten nicht *„einzig und allein auf der Verachtung der Frauen basiert"*, sondern bei denen sehr wohl die Chance besteht, sie bei ihrem linken Anspruch zu packen und sie zu einer Auseinandersetzung mit unserer Frauen-Sexualität zu bewegen. Hier sind wir sicherlich noch zu wenig offensiv und sicher müssen auch wir in dieser Auseinandersetzung noch viel lernen.

Eine Hamburger Genossin

P.S. Vielleicht führt ja diese Diskussion dazu, daß wir endlich wieder eine Arbeitsgruppe Sexualität haben werden, die sich auch wissenschaftlich damit auseinandersetzt... Und noch ein kleiner Buchtip: lest mal „Unser Körper - unser Leben" (Handbuch von Frauen für Frauen - aber auch für Männer - über alles, was unseren Körper angeht)!

Leserbrief betrifft: »Schocker in der Frauenkneipe« (AK 180)



Leider bedarf es ja oft eines Anstoßes, um selbst auch mit einer – schon lange schmorenden – Kritik rüberzukommen. Wir sind uns darüber im Klaren, daß es eine sehr zweischneidige Angelegenheit ist, die „Frauenkneipe" zu kritisieren. Trotzdem haben wir nun beschlossen, auch unseren „Schocker" kurz darzustellen.

„Wir", das ist eine selbstorganisierte Frauengruppe „linker Gesinnung", hatten uns vor einiger Zeit auch einmal einen „Ausgeh-Sitzungsabend" vorgenommen. Was bot sich da besser an als die „Frauenkneipe"? Vor allem das Gefühl, endlich in Ruhe ausgehen zu können, ohne ständig angemacht und in der Diskussion gestört zu werden, waren für uns ein wichtiger Grund, dorthin zu gehen.

Zuerst lief es auch sehr gut an. Wir diskutierten unsere Themen und fühlten uns „sicher". Diese Sicherheit wich aber ziemlich schnell, als wir merkten, daß die Frauen an den Nachbartischen (an denen auch die Tresenfrauen saßen) offenbar kein anderes Gesprächsthema hatten, sondern recht angestrengt zu uns herüberhorchten, um von Zeit zu Zeit, nach einigen vielsagenden Blicken, in wieherndes Gelächter auszubrechen. – Sie hatten uns natürlich schon längst als „Heteros" entlarvt...

Nachdem wir eine halbe Stunde lang unsere Nachbarinnen derart köstlich unterhalten hatten, hatten wir auf gut deutsch die Schnauze voll. Leider waren wir damals zu sehr vor den Kopf geschlagen, um die Frauen gleich zur Rede zu stellen.

Für die meisten von uns ist die „Frauenkneipe" seitdem kein Thema mehr – höchstens im negativen Sinn. Wenn wir, was auch an dem Abend passierte, dazu noch schief angeguckt werden, wenn wir einen Rock tragen, dann kann es mit der Frauensolidarität nicht so weit her sein. Es reicht uns schon, von den „Herren der Schöpfung" aufgrund unseres Aussehens, bzw. Geschlechts angemacht zu werden.

Bei den Frauen der „Frauenkneipe" aber erwartet frau ein solches Verhalten nicht!

Diese Frauen, die sich doch teilweise als die „Vorhut der Frauenbewegung" begreifen, üben sich hier in herrlich spießiger Intoleranz.

Wir fragen uns, ob die „Frauenkneipe" inzwischen zu einem Ort heruntergekommen ist, wo ein großer Teil der Frauen genausoviel Angst vor Anmachen haben muß wie in einer „normalen Männerkneipe". Wir sind nicht der Meinung, daß ein derart sexistisches Verhalten der Verständigung innerhalb der Frauenbewegung dienen kann.

Die Frauengruppe:
P., P., P., G., J., E., H., K., Hamburg

Frauenarbeitsschutzgesetze – Ein Hemmschuh für die Gleichberechtigung?

In dem Artikel *„Modellversuche für Mädchen in Männerberufen? Wir brauchen keine Experimente"* (AK 177) haben wir die Politk der bürgerlichen Parteien mit dem Ausbildungsnotstand der arbeitenden Frauen untersucht. Den Modellcharakter haben wir abgelehnt, wir treten für die Herstellung der freien Berufswahl für Frauen ohne jegliche Diskriminierung ein.

Diese von uns geforderte freie Berufswahl findet auf der gesetzlichen Ebene oftmals in den Frauenarbeitsschutzbestimmungen ihre Grenzen, die von vornherein Frauen das Erlernen und Ausüben bestimmter Berufe verwehren. Besonders einschneidend wirken dabei die Gesetze, die unter der Naziherrschaft *„Beschäftigungsverbote und Einschränkungen"* für Frauen bestimmten, und die in der BRD-Gesetzgebung voll übernommen wurden.

Diese Frauenarbeitsschutzbestimmungen sind in mehrerlei Hinsicht zweischneidig und nicht nur im Interesse der Frauen. Einerseits sind sie in beschränktem Umfang ein Schutz für die Gesundheit der arbeitenden Frauen und der von ihnen unter diesen Bedingungen zur Welt zu bringenden Kinder. Forderungen nach einem b e s o n d e r e n Schutz der arbeitenden Frauen sind also im eigenen Interesse der Frauen und der Arbeiterklasse insgesamt in jedem Fall richtig. Andererseits hat auch die Kapitalistenklasse ein Interesse an besonderen Schutzbestimmungen für die Frauen. Sie sind in der Rechnung der Kapitalisten die Gebärmaschinen für den Nachwuchs in der Produktion. Sind die Frauen selbst schon durch den mörderischen und unmenschlichen kapitalistischen Produktionsprozeß am Rande des körperlichen Ruins, wird sich dies in jedem Fall auch auf die Kinder auswirken (dies ist durch vielfältige Untersuchungen nachgewiesen). Diese würde dann dementsprechend die Krankheitsrate und den Arbeitskräfteausfall erhöhen (aus demgleichen Grund haben sich die Kapitalisten auch bereitgefunden, die Kinderarbeit einzuschränken). Da die Kapitalisten natürlich aus eigenem Antrieb nicht bereit sind, die Produktionsprozesse insgesamt menschlicher zu gestalten, werden die Frauen durch diese Gesetzgebung aus den sog. Männerberufen ausgesondert, womit andererseits wiederum die traditionellen Frauenberufe abgesichert werden. Gleichzeitig wird damit die Propaganda verbunden, Frauen seien in den Produktionsprozeß nicht vollwertig einzubeziehen, Frauen seien minderqualifiziert usw., womit die Frauenrolle festgeschrieben wird.

In der bürgerlichen Propaganda werden die besonderen Schutzbestimmungen für die arbeitenden Frauen mit biologistischen und chauvinistischen Theorien von der „konstitutionellen Benachteiligung" der Frauen begründet. Aber nicht dies macht besondere Schutzmaßnahmen notwendig, sondern der unter kapitalistischen Bedingungen unmenschliche und gesundheitsschädliche Produktionsablauf. Wenn also heute von uns die Forderung nach gleichberechtigtem Zugang der Frauen zu allen Berufen gefordert wird, so muß dies einher gehen mit der Forderung nach Arbeitsschutzmaßnahmen für alle Arbeiter. Insofern ist die Forderung nach Gleichberechtigung der Frau in der Produktion auch im Interesse aller Arbeiter.

Darüberhinaus gibt es aber heute auch eine Reihe von Berufen, aus denen die Frauen unter Berufung auf besondere Schutzmaßnahmen herausgehalten werden, was sich – wenn frau näher hinsieht – als reine Verteidigung der Männerdomäne in diesen Berufen herausstellt. In diesen Fällen gilt es umgehend die Forderungen nach Gleichberechtigung der Frauen durchzusetzen.



Einige Daten zur Geschichte der Frauenarbeitsschutzgesetze

Erst 1878 wurden Arbeitsschutzbestimmungen speziell für die Frauen erlassen. Zu dieser Zeit arbeiteten Kinder und Frauen 10 Stunden und mehr unter Tage im Bergwerk. Frauen und Kindern wurde die schwere Arbeit in Salinen, unterirdischen Gruben und Bergwerken verboten. Ebenso in *„besonders gefährdeten Fabriken"* brauchten Frauen unter menschenunwürdigen Bedingungen nicht mehr zu arbeiten. 1878 wurde auch erstmals der Mutterschutz eingeführt, der allerdings nur 3 Wochen Schutzfrist nach der Geburt beinhaltete. 1891 entstand das Nachtarbeitsverbot für die Fabrikarbeiterinnen sowie eine Arbeitszeitbegrenzung auf 11 Stunden täglich. An Sonn- und Feiertagen wurden 1908 die Pausen für Frauen auf eine Stunde verlängert und damit der Arbeitstag auf 8 Stunden verkürzt. Ab 1908 konnten werdende Mütter 2 Wochen vor der Geburt und 6 Wochen danach die Schutzfristen in Anspruch nehmen. Erst 1927 wurde dann ein umfangreicheres „Gesetz über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft" von den Frauen erkämpft. Soziale Verbesserungen, wie die der Schutzfristen 6 Wochen vor und 8 Wochen nach der Geburt, sowie mehr Schutz für die Gesundheit der schwangeren Frauen, durch Pausenregelungen und weniger Arbeitsintensität, stellen eine wesentliche Verbesserung für die werdenden Mütter dar. 1952 wurde dieses Gesetz in „Gesetz zum Schutze der erwerbstätigen Mutter" umbenannt, ohne neue Verbesserungen.

1968 und 1975 wurden die stärksten sozialen Pakete für die arbeitenden Frauen im Arbeitsschutzgesetz verankert. So z.B. mußten seit diesem Zeitpunkt die ärztlichen Untersuchungen der Frauen während der Arbeitszeit ohne Verdienstausfall gewährt werden. Werdende Mütter dürfen seither nicht mehr für die Akkord- und Fließbandarbeit herangezogen werden. Ebenso haben schwangere Frauen mehr Rechte auf Pausen, ebenso müssen Liege- und Ruheräume eingerichtet werden. Schwangere Frauen dürfen nicht mehr gekündigt werden und haben Anspruch auf Mutterschaftshilfe (zurückerstattung von Geldern etc.). Das Tragen und Heben von Lasten mit der Körperkraft wurde für Frauen auf 15 kg und für Schwangere auf 10 kg beschränkt. Sonderbestimmungen für Frauen, die Giftstoffen wie Salpetersäure oder den Strahlungen beim Röntgen ausgesetzt sind, wurden erlassen.

Die meisten und wesentlichsten „Beschäftigungsverbote und Einschränkungen" für Frauen wurden während des Hitler-Faschismus eingeführt oder neu überarbeitet. So z.B. für das Führen von Maschinen mit hoher Fußeindrückung oder in Berufen wo Schweißen, Löten, Metallspritzen und die Verarbeitung metallischer Werkstoffe anfallen (die sogenannten „Männerberufe"). Damit soll nun keineswegs gesagt werden, daß alle Beschäftigungsverbote und Einschränkungen für Frauaufgehoben werden müßten. Daß Frauen mit bestimmten Giftstoffen und Strahlen oder großem Lärm am Arbeitsplatz nicht konfrontiert sein sollen, ist eine unbedingt aufrecht zu erhaltende Forderung. Diese Forderungen stehen allerdings auch für die männlichen Arbeitskräfte zur Diskussion.

Die Arbeitssituation in den Betrieben ist menschenunwürdig!

Wir wollen im folgenden nicht jedes einzelne Arbeitsschutzgesetz

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 29

auseinandernehmen, vielmehr soll an einigen Beispielen die Reformbedürftigkeit der Arbeitsschutzgesetze deutlich gemacht werden. In den letzten Jahren sind verstärkt Arbeitsbewertungssysteme wie Refa, MTM, WF u.a. in den Betrieben eingesetzt worden, um die Intensivierung der Produktion zu erreichen. Dies schlägt sich vor allem auf die Fließband,– Montage- und andere manuellen Arbeiten nieder. 70% der arbeitenden Frauen stehen am Fließband, die Akkordnormen sind gestiegen, aber die Arbeitszeit ist mit 8 Stunden am Tag nicht reduziert worden. Die Folgen sind, daß Krankheiten bei Frauen häufiger als bei Männern auftreten (9,6% Männer / 11,7% Frauen). *,,Sind normalerweise 6 - 8 % aller Geburten Frühgeburten, so sind es bei erwerbstätigen Frauen 12-17%. Überdurchschnittliche Frühgeburtenraten sind festzustellen bei Industriearbeiterinnen und Kellnerinnen"* (Industriearbeit und Gesundheitsverschleiß).

Eine Untersuchung der IG-Metall Frauen zum Arbeitsschutzgesetz Anfang dieses Jahres kommt zu folgender Auswertung (ca. 1.000 Frauen haben die Fragebogen beantwortet): Die vorgeschriebenen Raumtemperaturen in Betrieb- und Büroräumen dürfen 26 °C nicht überschreiten, eingehalten werden diese Vorschriften nur bei 57 % der Befragten während 42 % Verstöße anmelden. Der Lärmpegel wird bei 28% überschritten. 44 % der Frauen geben an, daß Gase, Dämpfe und Staub in unzuträglicher Menge in den Arbeitsräumen nicht beseitigt oder abgesogen werden. In Zugluft müssen 47 % der Frauen arbeiten. 22 % der Befragten geben an, in Pausenräumen keine Erholung zu haben, weil sie nicht den Vorschriften entsprechen. Für 28 % sind die getrennten Umkleideräume für Mann und Frau nicht vorhanden. 21 % der Frauen beklagen die Waschanlagen und halten die sanitären Einrichtungen für unzureichend. Verstöße gegen das Hebe- und Tragearbeitsschutzgesetz meldeten 19 % der Frauen an. Bedenkt frau, daß eine Arbeiterin den ganzen Tag 15 kg, eine schwangere Frau 10 kg tragen soll, sind diese Vorschriften an sich schon überholt und dringend reformbedürftig (,,Frauen sind nicht 2 te Klass, Erfahrungsbericht/Auswertung", April 1980). *,,Aus einem Bericht über ärztliche Betreuung weiblicher Berufsschüler (15-17 J.) geht hervor, daß 20 % der Mädchen über besonders starke Beschwerden bei der Menstruation klagen, die zu zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit führen; 83 % von ihnen waren Angehörige stehender Berufe wie Verkäuferinnen, Friseurin usw. Bei ihnen traten auch in hohem Maße schon Fußanomalien auf (38 %). Als häufigste Beschwerde ohne organischen Krankheitsbefund wurden Nervosität, Stechen in der Herzgegend, Übelkeit und Magenbeschwerden genannt. 80 %*

chen in der Herzgegend, Übelkeit und Magenbeschwerden genannt. 80 %

der Mädchen klagten über das gelegentliche Auftreten des einen oder anderen Sympthoms" (,,Industriearbeit und Gesundheitsverschleiß", EVA) Die Liste der gesundheitsschädigenden Auswirkungen füllt Bücher und zeigt wie menschenunwürdig die Arbeitssituation heute ist, besonders für die arbeitenden Frauen.



Das Verbot der Frauen-Nachtarbeit aufheben als Akt der „Gleichberechtigung"?

Das Verbot, Arbeiterinnen in der Nachtarbeit (23.00 bis 6.00 Uhr) zu beschäftigen, wird zunehmend von den Kapitalisten durchbrochen. Anfang des Jahres erst stand der Kapitalist einer Back- und Süßwarenherstellung vor Gericht, weil er Arbeiterinnen nachts beschäftigte. *,,Der Unternehmer gab selbst zu, daß er in seinem Betrieb in Nachtstunden Arbeiterinnen.... beschäftigte, obwohl das verboten ist. Er sah aber in den vorliegenden Entscheidungen einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz' ".* (,,Umschau", 2/80). Mit der Masche der Gleichberechtigung der Frauen ist auch der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Friedhelm Farthmann auf der Fachtagung der Gewerkschaft Textil-Bekleidung aufgetreten. Es gebe aber *,,keine gesicherten arbeitsmedizinischen Erkenntnisse, daß Nachtarbeit für Frauen prinzipiell schädlicher ist als für Männer"* (,,FR", 5.5.80). Auch der Arbeitssenator Ehlers aus Hamburg erklärte sein ,,Unverständnis" über das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen. Die Abschaffung des Nachtarbeitsverbots für Arbeiterinnen taucht immer wieder im Zusammanhang tatsächlich abzuschaffender Arbeitsschutzbestimmungen auf, die z.B. Mädchen und Frauen verwehren, sogenannte ,,Männerberufe" zu erlernen. Unter dem Deckmantel ,,Mädchen in Männerberufen" sollen Arbeitsschutzgesetze für Frauen abgebaut werden, die effektiv nichts mit ,,Männerberufen" zu tun haben. Es gibt gar keine speziellen ,,Männerberufe", die nur in Nachtarbeit zu praktizieren sind. Andererseits sind die Frauen durch ihre doppelte Arbeitsbelastung im Beruf und in der Familie auch gezwungen, ihre berufliche Arbeitszeit so zu wählen, daß sie abends für die Kinder und den Ehemann zur Verfügung stehen. Die Nachtarbeit für Frauen, so zeigt eine Untersuchung, wird von überdurchschnittlich vielen Müttern geleistet. *,,Als Begründung für die ,Wahl' der Schichtarbeit wurde an erster Stelle die Möglichkeit der Betreuung der Kinder (Spätschicht 70,3%, Dauernachtschicht 63,7 %) genannt".* Von Freizeit und Erholung kann bei diesen Frauen keine Rede sein: *,,Frauen in Dau-*

holung kann bei diesen Frauen keine Rede sein: ,,Frauen in Dau-

ernachtschicht gaben eine ,Freizeit' von 1 Std. 18 Min. pro Arbeitstag an, Frauen mit normaler Tagarbeit immerhin noch 4 Std. 41 Mi." Ein wesentlicher Grund, die Nachtarbeit für Frauen weiter zu verbieten und zwar auch für Angestellte Frauen, sollten die gesundheitlichen Folgen und Verelendung des Lebens der Arbeiterinnen sein. *,,Der Schlaf der Nachtarbeiterinnen beträgt durchschnittlich 5 Stunden im Gegensatz zu 7 1/2 Std. bei Tagesarbeiterinnen; 14 % der Nachtarbeiterinnen schlafen noch weniger (besonders solche mit kleinen Kindern). Die Qualität des Schlafes am Tage ist durch Helligkeit, Lärm, Hitze, Unterbrechungen (durch Kinder oder Einkaufen) und durch das Bewußtsein, den Haushalt noch versorgt zu haben, beeinträchtigt"* (,,Industriearbeit und Gesundheitsverschleiß", EVA). Dieser Streß der in Nachtschicht arbeitenden Frauen hat zusätzlich ungeheuere Auswirkungen auf Kinder und Ehe. Eine Aufhebung des Verbots der Nachtarbeit für Arbeiterinnen hätte keineswegs die Gleichberechtigung zur Folge, sondern verschärften Streß und Gesundheitsverschleiß. Nachtarbeit sollte auch für Männer nur in solchen Betrieben erlaubt sein, wo Nachtarbeit unbedingt zur Aufrechterhaltung der Produktion notwendig ist. Nachtarbeit ist in unserer Gesellschaft vor allem zur Befriedidung der Profitsucht der herrschenden Klasse ,,notwendig".

Nazi-Gesetz verwehrt Mädchen den sogenannten ‚Männerberuf'

Das weitestgehende Beschäftigungsverbot für Mädchen und Frauen stammt aus der Nazizeit (1958). So dürfen Frauen z.B. *,,beim Schweißen, Schneiden, Löten, Anwärmen, Härten, Metallspritzen und ähnlichen Arbeiten zur Be- und Verarbeitung metallischer Werkstoffe mittels Brenngas – Sauerstoff oder elektrischer Schweiß- und Schneideverfahren nicht beschäftigt werden".* Ebenso gilt dieses Verbot auch für ,,Bauten aller Art". Dieses Gesetz besteht in der BRD ungebrochen fort. *,,Nach Angaben der Verbände werden zur Zeit in NRW neun Mädchen zum Maurer, drei zum Stukkateur und drei zum Fliesenleger ausgebildet. Vor gut einer Woche, so die Verbände weiter, habe ein weiblicher Auszubildender mit hervorragenden Noten die Abschlußprüfung bestanden. In einem weiteren Fall weigerte sich das Gewerbeaufsichtsamt Aachen, einem Ausbildungsvertrag für ein Mädchen zuzustimmen"* (,,FR", 6.6.80). Die 17-jährige Rita N. lernt Stukkateurin, bei der ersten Zwischenprüfung ist sie unter 41 Jungen die viertbeste, zur zweiten Zwischenprüfung wird

unter 41 Jungen die viertbeste, zur zweiten Zwischenprüfung wird

sie vom Gewerbeaufsichtsamt nicht mehr zugelassen, Begründung: *,,der rauhe Ton auf den Baustellen".* Rita N. will gegen den Entscheid des Amtes vor Gericht gehen.

Eine weitere Einschränkung ist die Arbeit an ,,Maschinen mit hoher Fußeindrückung" und ,,das Führen von Elektrokarren" für Frauen. Diese beiden Einschränkungen beziehen sich vor allem darauf, daß die Maschinen nur für Männer konstruiert worden sind. Die Kapitalisten sprechen lieber ein Arbeitsverbot für Frauen an derartigen Maschinen aus, als mehr zu investieren und auch frauengerechte Maschinen zu bauen. Ein ganz typisches Beispiel für den kapitalistischen Produktionsprozeß.

Die ,,Beschäftigungsverbote und Einschränkungen" für Frauen sind mit Ausnahme besonderer Schadstoffe wie radioaktive Strahlen u.a. vor allem deshalb eingeführt worden, um die Frauen aus den sogenannten ,,Männerberufen" fernzuhalten. Wie wir oben ausführlicher dargestellt haben, gibt es keine ernstzunehmenden Gründe, Frauen nicht die Berufe erlernen zu lassen, die sie ausüben wollen.

„Die Konstitution der Frau"

Die Arbeitsschutzgesetze für Frauen werden in der Regel mit biologistischen Theorien und keineswegs wissenschaftlich begründet. So auch in dem Heft der IG-Metall ,,Frauenarbeitsschutz in der Metallwirtschaft" (Herausgeber IG-Metall Vorstand). Ohne Kommentar wird in dem Kapitel ,,Die Konstitution der Frau" eine rein biologistische Sichtweise vertreten, wie wir es von rechten Wissenschaftlern gewohnt sind.

Unter dem Stichwort ,,das Knochengerüst" der Frau können wir erfahren, daß *,,Frauen und Männer in ihrem Körperbau grundlegend verschieden"* sind. Der Mann ist *,,auch von gröberem Knochengerüst"* und *,,die Frau ist meistens zierlicher und feingliedriger und hat kürzere Gliedmaßen".* Das führt selbstverständlich dazu, daß *,,ein längerer Arm nach dem Hebelgesetz leichter Lasten heben kann als ein kürzerer",* und frau staune, *,,die Druck- und Zugkraft der Hände ist eingehenden Messungen zufolge bei ihr nur zwei Drittel so groß wie bei dem Mann."* Besonders pervers ist die Beschreibung unter dem Stichwort ,,das Becken": *,,Grundlegende Unterschiede weist auch der Bau des Bekkens auf. Es ist bei der Frau, ihrer natürlichen Aufgabe gemäß, zum Gebären eingerichtet."* Der Mann dagegen hat ein *,,trichterförmiges Becken"* und reagiert nicht so empfindlich auf Lasten. Stehend arbeitende Frauen und Mädchen haben mit *,,bösen Folgen"* wie *,,schweren Beckenveränderungen"* zu rechnen. Auch das Rückgrat der Frauen soll von *,,Natur aus gekrümmter und daher empfindlicher gegen übermäßige Belastung als das des mannes"* sein. Und natürlich die Füße und Hände sind kleiner, die Lunge faßt nicht soviel Luft, das Herz ist kleiner und *,,die mit einem Schlag aus jeder Herzkammer ausgeworfene Blutmenge geringer".* Und *,,Frauen haben einen kleineren Magen. Sie müssen deshalb häufiger etwas essen."* Auch die Haut der Frauen ist *,,weitaus empfindlicher"* und ist in *,,höherem Maße aufnahmebereiter für Gifte".* Die Konsequenz ist denkbar einfach: *,,Die Frau ist also für eine ganze Reihe von Berufskrankheiten weit empfänglicher als der Mann."* Kaum zu glauben aber wahr, daß eine derartig unwissenschaftliche biologistische Darstellung über die Konstitution der Frauen in einem gewerkschaftlichen Heft erscheinen kann. Doch damit nicht genug. Auch die viel gerühnte *,,Geschicklichkeit"* der Frau wird mit *,,25 Prozent höher als beim Mann"* bewertet.

Diese Theorien sind hinlänglich durch die bürgerlichen Arbeitspsychologen bekannt, die vor allem das Arbeitsplatzangebot in Übereinstimmung mit den Fähigkeiten der Frauen hervorheben: *,,Frauen vorwiegend da einsetzen, wo ihre natürlichen physischen und psychischen Vorteile zur Entfaltung kommen, so bei Arbeiten, die Geschicklichkeit erfordern und ihren außerbetrieblichen Aufgaben nahestehen, z.B. in sozialen Berufen, in Textilindustrie und im Handel. ... Frauen nicht zu Arbeiten heranziehen, die ... ausgesprochene technische Kenntnisse erfordern, z.B. beim Reparieren technischer Geräte"* (R. Skiba, Arbeitssicherheit, S. 325). Diese Theorien sollen den Frauen ,,bewußtgemacht" werden, damit sie an ihrer ,,angeborenen Schwäche" und ,,geringeren Leistungskraft" keinen Zweifel hegen. Nach dem Motto, der biologische Unterschied zwischen Mann und Frau ist angeboren und unveränderbar, werden Frauen in die sogenannte typische Frauenarbeit hineinge-

bar, werden Frauen in die sogenannte typische Frauenarbeit hineinge-

drängt, werden Frauen, weil sie angeblich weniger leisten, schlechter bezahlt und werden Frauen in die Masse der unqualifizierten Arbeitsplätze gedrängt. Diese biologistischen Theorien sind reiner kapitalistischer Selbstzweck und einzig und allein der doppelten Ausbeutung der Frauen dienlich. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die ,,typischen" Eigenschaften und Fähigkeiten den Frauen anerzogen werden: Dazu gehören Passivität, Emotionalität, Gewissenhaftigkeit, Freundlichkeit, Ordentlichkeit, Demut, Fingerfertigkeit, die Liste könnte beliebig fortgeführt werden. Demgegenüber werden die Eigenschaften und Fähigkeiten des Mannes wie folgt anerzogen und ,,bewußtgemacht": größere technische Begabung, Aktivität, Realitätssinn, sowie starke Leistungsorientierung. Demzufolge werden die typischen Frauenfähigkeiten als ,,minderwertig" abqualifiziert. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau ist das Hauptübel dafür, daß es den Frauen in der kapitalistischen Gesellschaft vorenthalten bleibt, Fähigkeiten und Eigenschaften zu erlernen, die als ,,typisch männlich" gelten. Untersuchungen von fortschrittlichen und selbst bürgerlichen Arbeitswissenschaftlern zufolge sind die biologistischen Theorien längst widerlegt: *,,Die Kraft eines menschlichen Muskels hängt vom Muskelquerschnitt ab und nicht vom Geschlecht. Entscheidend sind Trainingsgewohnheiten und ausgeübter Beruf. ... Daß Frauen heute noch speziell in Geschicklichkeit erfordernden Berufen eingesetzt werden, ist Folge ihres beruflichen Werdeganges, aber nicht Folge einer geschlechtsspezifischen besonderen Befähigung im Bereich der motorischen Leistungsfähigkeit"* (B. Noske, ,,Liebe Kollegin", S. 85/86). Die angebliche ,,Schwäche" der Frauen kann allein dadurch widerlegt werden, daß Frauen den größten Anteil an der gesellschaftlichen Arbeit tragen, eine erwerbstätige Mutter hat, im Durchschnitt eine 90-Stundenwoche bzw. einen 12- bis 16-stündigen Arbeitstag.

Der Arbeitsmediziner Dr. phil. J. Rutenfranz untersuchte die Leistungsfähigkeit *,,... wie Handgeschicklichkeit und Steuerungsfähigkeit an großen Gruppen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, dann findet man so lange keine Unterschiede in der motorischen Leistungsfähigkeit, wie keine spezielle Berufsausbildung nur in einer Geschlechtsgruppe stattfindet".* Er folgert daraus, *,,daß sich Frauen von Männern auch hinsichtlich der Leistungsfähigkeit des Herz-Lungen-Systems nicht grundsätzlich unterscheiden, wenn nämlich ein Mann und eine Frau die gleiche Zellmasse hätten"* (Überlegungen zur arbeitsmedizinischen Bewertung sogenannter ,,leichter" Frauenarbeiten, Rutenfranz). Dieser wissenschaftliche Beweis zeigt, daß die Leichtlohngruppen für Frauen eine reine Erfindung der kapitalistischen Willkür sind, die zur Diskriminierung und Ausbeutung der Frauen geschaffen worden sind.

Die Frauenarbeitsschutzgesetze müssen wir von zwei wesentlichen Seiten betrachten. Zum einen schreiben sie die Rolle der Frau – berufstätig und Hausfrau zu sein – fest und sind damit ein wesentlicher Hemmschuh für die Emanzipation der arbeitenden Frauen. Die beispiele für das Beschäftigungsverbot von Mädchen und Frauen in ,,Männerberufen" zeigen dies. Zum anderen muß jede soziale Begünstigung für die Frauen – wie z.B. der Mutterschutz – und jede andere kleine soziale Verbesserung für die Frauen erhalten und neu dazu

andere kleine soziale Verbesserung für die Frauen erhalten und neu dazu

erkämpft werden. Die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen in unserer Gesellschaft und die besondere Situation und Unterdrückung der arbeitenden Frauen führen zu einer immer größeren Verelendung. Die Frauenarbeitsschutzgesetze werden immer als ,,Sonderrechte der Frauen" abqualifiziert, auch von den ,,privilligiert" arbeitenden Männern. Die Frauenarbeitsschutzgesetze sind die gesellschaftliche Widerspiegelung der Situation der arbeitenden Frauen.

♀Kommission Betrieb und Gewerkschaft♀

Frauen zum Militär – jetzt auch in Italien?

Schon seit längerem liegt in den Schubladen der italienischen Regierung ein Gesetzesvorschlag; ausgearbeitet von dem 'sozialistischen' Abgeordneten Accame, seines Zeichens Ex-Admiral: Er nennt sich ,,Regeln für den freiwilligen Militärdienst von Frauen".

Dazu schreibt Accame: *,,Die demokratischen Werte können nicht von einem Heer verteidigt werden, das diese Grundwerte nicht selbst achtet ... Mehr als ein Kriegsinstrument, muß das Heer als ein offener Organismus, eine 'Verteidigungsgemeinschaft' konzipiert sein. In dieser demokratischen Volksgemeinschaft muß auch die Frau notwendigerweise ihre Rolle einnehmen können".* Das bedeute *,,... Zugang zu einem Machtbereich, der bisher Frauen verschlossen war."*

Das kommt uns sehr bekannt vor. Offensichtlich versucht die italienische Regierung, die Frauen mit der gleichen Masche wie in der BRD als aktive Unterstützer ihrer Kriegspolitik und zunehmenden Aufrüstung zu werben. Dabei erscheint es fast noch zynischer, daß Frauen eine Gesellschaft verteidigen sollen, in der sie noch um einige Grade offener als in der BRD unterdrückt werden. Es geht hier wie dort um eine verstärkte Militarisierung (vor kurzem wurde der italienische Verteidigungsetat drastisch erhöht). So ist der Verteidigungsminister Lagorio auch ganz begeistert von der Idee – im Gegensatz zu den Frauen, bei denen diese Pläne bisher scharfen Protest hervorgerufen haben. So hat z.B. die Zeitung der UDI (Frauenorganisation der PCI) dagegen Stellung bezogen und bereitet Aktionen dagegen vor. Eine Journalistin der linksliberalen ,,La Repubblica" hat in ihrer Ablehnung besonders die Argumentation angegriffen, daß die Militarisierung der Frauen mit den Ideen, die die Frauenbewegung verkörpert, vereinbar sei.

Also in Italien wie in der BRD: FRAUEN ZUM BUND – NEIN DANKE!

Gl., KB/Frankfurt z. Zt. Italien

Der Knüller des Wahljahrs: Parteien-Flirt mit kessen Vätern und warmen Brüdern

Wenn alle vier Jahre wieder die Urnen aus den Friedhöfen gebuddelt und für ihre kurze Verwendung in Wahllokalen geputzt und geschrubbt werden, dann entdecken die Parteien plötzlich ihre längst erloschen geglaubte Liebe zu allen möglichen Wählergruppen wieder. Da verzehren sich die Damen und Herren Abgeordneten in unermüdlichen „Sprechstunden" für Arme und Alte, für Rentner und arbeitslose Jugendliche und natürlich für „unsere verehrten weiblichen Wähler". In diesem Jahr hat das rührende Schauspiel, das so beharrlich periodisch wiederkehrt wie die regelmäßige Orgie des Quartalssäufers, eine neue Szene bekommen: Unter dem Druck der doch – trotz mancher Rückschläge – zunehmenden Schwulen- und Lesbenbewegung in der BRD und dem daraus folgenden relativ starken Gewicht der Homosexuellen bei den GRÜNEN, sehen sich die Bonner Herrschaften und Damschaften genötigt, sich nun auch den warmen Brüdern und kessen Vätern an den Hals zu werfen. Auf „Parteien-Hearings" in Bonn, Hamburg und Würzburg nutzten sie die Gelegenheit, mit schönen Worten über ihre unschönen Taten hinwegzureden.

Bonn

Die von der „Allgemeinen Homosexuellen Arbeitsgemeinschaft" (AHA) Westberlin in der Bonner Beethovenhalle veranstaltete zentrale Parteienbefragung „Parteien auf dem Prüfstand" am 12. Juli 1980 ging dank der Provokationen der Nürnberger „Indianerkommune" und der Westberliner „Kommune Oranienstraße" im totalen Chaos unter und wurde kurz nach Beginn abgebrochen.

Auf dem Podium waren Vertreter der CDU (Dr. Rahat aus Hamburg), der FDP (Verheugen), der SPD, der DKP und Corny Littmann und Barbara Retzlaff von den Grünen. Außerdem zwei Lesben und Schwule als Betroffene. Die Leitung hatte Reinhard Münchenhagen vom WDR. Die CSU hatte mit der Begründung, Homosexualität sei Privatsache, eine Teilnahme abgelehnt.

Ärger gab es gleich zu Beginn, als die DKP-Vertreterin nicht nachweisen konnte, daß sie die Einladung ordnungsgemäß beantwortet hatte. Was diese formale Spitzfindigkeit bedeutete, wurde schnell klar, als Verheugen und Dr. Rahat erklärten, die Teilnahme von FDP bzw. CDU sei von der Nichtteilnahme der DKP abhängig gewesen. Nun fühlten sie sich durch die Homosexuellen betrogen. Das empörte Publikum (nach unseren Schätzungen etwa 1000 Zuhörer) sorgte dann doch dafür, daß die DKP-Vertreterin aufs Podium konnte.

Erschreckend dabei war, daß die Linken, Corny Littmann und Barbara Retzlaff, es nicht für nötig hielten, einen Kommentar zu diesem Spektakel abzugeben.

Kaum hatte der erste Themenkreis – Wiedergutmachung für Nazi-Opfer – begonnen, wurde die Veranstal-

Spektakel abzugeben.

Kaum hatte der erste Themenkreis – Wiedergutmachung für Nazi-Opfer – begonnen, wurde die Veranstal-tung durch die Störmanöver der Provokateure von Indianerkommune und Oranienstraße auch schon zerschlagen.

Ulli von der Indianerkommune ging aufs Podium und nahm einem der Politiker das Mikrofon weg. Seine Frage nach Wiedergutmachung für Jugendliche und Kinder, die in Heimen und Knästen kaputtgemacht wurden, beantwortete das Publikum mit Rufen wie „Aufhören, Aufhören", Die AHA schaltete das Mikrofon aus. Alsdann besetzten Mitglieder von Indianerkommune und Oranienstraße das Podium. Nach einem unbeschreiblichen, etwa zehnminütigen Chaos verließen die Politiker die Bühne.

Während im Saal der Hexenkessel weiterkochte, veranstaltete die AHA in einem Nebenraum eine heimliche Pressekonferenz. Schwuler/lesbischer/linker Presse wurde der Zugang verweigert.

„Krönender Abschluß" des ganzen: Einige Herren der AHA machten ihrem Frust über die verdorbene Veranstaltung mit einer Schlägerei mit den Indianern Luft.

Eine Chance, bürgerliche Politiker in Sachen Homosexuellen-Diskriminierung zu entlarven und das öffentliche Interesse (Fernsehen) für die schwule/lesbische Sache zu nutzen, wurde durch das Platzen der Bonner Veranstaltung vertan.

**Schwulengruppe des KB
Lesbengruppe des KB**

Hamburg

In Hamburg fand am 26.6. eine Podiumsdiskussion vor über 800 Menschen statt; beteiligt waren SPD, CDU, FDP, DKP und GRÜNE.

Corny Littmann, Bundestagskandidat der GRÜNEN und langjähriger Schwulenaktivist, forderte eingangs die Parteienvertreter auf, auch zu den §§ 174 und 176 („Unzucht mit Abhängigen" und „Sexueller Mißbrauch von Kindern") Stellung zu nehmen. Während der Vorbereitung der Veranstaltung war es durch den Widerstand der DKP-nahen Demokratischen Schwuleninitiative (DESI), der dieses Thema wohl zu heikel war, **nicht möglich gewesen, Pädosexualität zu einem gleichberechtigten Diskussionsthema neben anderen in dieser Veranstaltung zu machen.**

Mit Ausnahme des CDU-Vertreters, Dr. Rahat, waren alle einig, daß die Forderung nach Wiedergutmachung der im Faschismus an Homosexuellen begangenen Verbrechen vollauf berechtigt ist, und versprachen, daß man/frau sich persönlich für dieses Anliegen einsetzen werde.

Zu einer etwas ausführlicheren Debatte kam es, weil der CDU-Vertreter partout nicht einsehen wollte, daß es sich bei dem § 175 in seiner bis 1969 gültigen Form um einen Nazi-Paragraphen handelte. Dieser Paragraph sei, so Dr. Rahat, zwar von den Nazis „mißbraucht (worden), wie sie sehr vieles mißbraucht haben"; man könne aber nicht bei jedem gesellschaftlichen Wandel sagen, „was vorher, nach dem damaligen Recht, bestraft worden ist, ist nun Unrecht und muß entschädigt werden." (Filbinger, ick hör dir trappsen !). Er persönlich allerdings würde sich in seiner Funktion als Rechtsanwalt für eine Entschädigung einsetzen.

Peter Schütt, Partei-Dichter der DKP, mußte sich von einem Zuhörer belehren lassen, daß Homosexuelle in der DDR keineswegs eine Entschädigung für die im Faschismus an ihnen begangenen Verbrechen erhalten haben. Auch ansonsten gab er sich über die Verhältnisse im „realen Sozialismus" lieber uninformiert.

Für die Abschaffung des § 175 wollten sich mit Ausnahme des CDU-Vertreters, der auch weiterhin die Jugend „geschützt" sehen will, alle einsetzen.

Aus dem Publikum gab es Berichte über nächtliche Personalienkontrollen und Festnahmen in bekann-

Aus dem Publikum gab es Berichte über nächtliche Personalienkontrollen und Festnahmen in bekann-ten Schwulenparks. Weiterhin wurde über versteckte Hinweise in Zeugnissen informiert, über daraus folgende Berufsverbote und, wie unangenehm, über Schwierigkeiten der Schwulen innerhalb der SPD.

Der CDU-Vertreter erzählte, daß er zur Vorbereitung dieser Veranstaltung mit dem zuständigen Referenten des Polizeipräsidiums geredet habe, und dieser habe ihm versichert, daß in Hamburg keine Rosa Listen existieren.

Diese Auskunft wurde bekanntlich nur zwei Tage später durch die Fotografier-Aktion des Jugendschutzes bei der Gay-Pride-Demo und dann den „Spiegel-Skandal" (siehe Kasten) Lügen gestraft.

Der SPD-Vertreter erklärte sich bereit, bei der nächsten Sitzung des Hamburger Senats eine entsprechende Kleine Anfrage zu stellen. Schwuler/Lesbe darf also gespannt sein !

In den Registern der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wird Homosexualität immer noch als Krankheit geführt. Zwar sah sich der CDU-Vertreter genötigt zu beteuern, daß die CDU nichts mit der WHO zu tun habe, er somit auch nicht verantwortlich gemacht werden könne, war sich dann aber vorsichtshalber einig mit den anderen Podiumsteilnehmern, Homosexualität sei keine Krankheit.

Bei der Pädosexualität war es mit der Liberalität des Podiums allerdings vorbei: Für eine Revision, geschweige denn Abschaffung der §§ 174 und 176 mochten sie sich nicht einsetzen. Lediglich die GRÜNEN fordern in ihrem Saarbrücker Programm, die §§ 174 und 176 so zu ändern, *„daß nur Anwendung oder Androhung von Gewalt oder Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses bei sexuellen Handlungen unter Strafe zu stellen sind."*

Befragt, ob sie sich auch praktisch solidarisieren werden, d.h. am Samstag mit demonstrieren, hatten die Podiumsteilnehmer – mit Ausnahme von Corny, versteht sich – leider alle schon etwas anderes vor.....

Luc Jochimsen aber, die die Diskussion hervorragend leitete, hielt es für selbstverständlich, an der Demonstration teilzunehmen. Prima !

Ein Mangel dieser Veranstaltung war, daß die spezifischen Probleme **lesbischer Frauen, insbesondere auch** lesbischer Mütter, überhaupt nicht zur Sprache kamen. Den Veranstaltern ist vorzuwerfen, daß sie sich nicht darum bemüht haben, lesbische Frauen für eine Beteiligung zu gewinnen.

Lesbe konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß auch Schwule Macker sein können, als einer Frau, die das Lesbenfest am Samstag ankündigen wollte (was von den Veranstaltern „vergessen" worden war), von einem Mitglied der DESI kurzerhand das Mikro weggenommen wurde.

♀♀, Lesbengruppe des KB

Würzburg

„Was bieten uns homosexuelle Frauen und Männern die Parteien?" war das Thema einer Podiumsdiskussion am 4.7. in Würzburg, die mit ungefähr 200 Leuten gut besucht war. Leider tauchten auch hier wieder einmal sehr wenig Subschwule auf.

Neben Vertretern von SPD, FDP und DKP waren Corny Littmann (von den GRÜNEN) und Olaf Stüben, DSAP-Mitglied und „taz"-Journalist, auf dem Podium. Barbara, Annette, Volker und Peter waren von der Würzburger Lesbengruppe bzw. der „Wühst"-Schwulengruppe als Vertreter der Organisatoren dabei. Die CSU mochte „aus grundsätzlichen Erwägungen" nicht teilnehmen.

Corny gab einen Bericht über die Hamburger Behörden-Affären, worauf der SPD-Vertreter tatsächlich zugab, daß selbstverständlich Rosa Listen existieren, nur würde dies bei Anfrage natürlich verneint.

Die neueste Information der DKP war, daß es bei ihr keine Schwulenfeindlichkeit gebe. Natürlich soll § 175, und – wenn andere §§ die Druckmittel wie Gewalt, Nötigung und Abhängigkeit genügend berücksichtigen – auch die §§ 174 und 176 gestrichen werden.

Laut SPD und FDP „dürfen" wir in den nächsten vier Jahren mit der vollständigen Streichung von § 175 rechnen. Die §§ 174 und 176 jedoch könnten, wegen Protesten der Kirchen und konservativer Kreise in den Parteien, nicht angepackt werden. Außerdem seien die Jugendlichen „in ihrer Entwicklung noch nicht fest geformt" und müßten deshalb „geschützt" werden.

Zum Thema Wiedergutmachung waren sich „natürlich" alle einig, daß das Unrecht des 3. Reiches zu entschädigen sei. Über die Zeit von 1945 bis 1969, in der nach den Naziparagraphen verurteilt wurde, sehen die Parteien keine Chance für eine Wiedergutmachung; es sei jedoch ein „interessantes Thema" (wie schön für die Verurteilten).

Dietmar, Schwulengruppe „Fliederlich", Nürnberg

Peep-Show für die Polizei



Der Schlag hat voll gesessen. Als in der Nacht zum 1. Juli 1980 einige beherzte Schwule einen in die Wand eingelassenen von der Rückseite durchsichtigen Spiegel in dem öffentlichen Pissoir am Spielbudenplatz im Hamburger „Vergnügungsviertel" St. Pauli zertrümmerten und dahinter einen Spanner von der nahegelegenen Polizeiwache in der Davidstraße aufstöberten, da ging mit dem splitternden Glas auch gleich ein großen Stück der dünnen Fassade von Liberalität zu Bruch, die gerade jetzt zur Wahlzeit so liebevoll gepflegt wird.

Schon seit Jahrzehnten wissen Schwule überall in der Bundesrepublik, daß sie nicht nur in Parks observiert, in Lokalen per Razzia registriert, sondern auch in öffentlichen Toiletten bespitzelt (und mit Sicherheit auch fotografiert) werden.

Bußgelder und Hausverbot für „unzüchtige" Blicke auf das Geschlechtsteil des Nachbarn waren und sind die alltäglichen Mittel, um Schwule – und solche, die einfach zu solchen erklärt werden – im Wortsinne „zur Sau" zu machen.

Immer wieder haben sich einige Mutige – vergeblich – mit Prozessen dagegen zur Wehr gesetzt. Das hatte alles seine Ordnung. Noch im Oktober vergangenen Jahres hatte die Hamburger Bürgerschaft (das Landesparlament) eine Petition abgelehnt, in der die Abschaffung der Glotz-Spiegel und polizeilicher Spanner gefordert wurde.

Jetzt hat die erfreuliche Selbsthilfe Hamburger Schwuler (die inzwischen auf nahezu sämtlichen Toilettenspiegel im Stadtgebiet ausgedehnt wurde) ein derart unüberhörbares öffentliches Klirren ausgelöst, daß sich Innensenator Staak genötigt sah, schleunigst die Beendigung dieser unwürdigen Praxis anzuordnen.

Das politische Porzellan, das mit den Pissbuden-Spiegeln für die bürgerlichen Parteien in Scherben ging, wird sich – so ist zu hoffen – mit dieser Senatsentscheidung jedoch nicht so schnell kitten lassen. Die bürgerlichen Medien sind in einem Maße in die Kampagne gegen die Schwulen-Bespitzelung eingestiegen, wie man es noch vor wenigen Wochen nicht in den kühnsten Träumen zu hoffen gewagt hätte.

Dadurch hat auch die Debatte um die – immer geleugneten – „Rosa Listen" immensen Auftrieb erhalten. So erklärte das Mitglied des SPD-Arbeitskreises „Innen und Recht", Uwe Rietz, in Hamburg nach einer eilends einberufenen Sondersitzung dem Korrespondenten der „Neuen": *„Nach dieser Sitzung bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß es solche Rosa Listen – welcher Art auch immer – gibt"* („Neue", 11.7.).

Vielleicht kommen jetzt mal einige Leute auf den Trichter, daß die Schwulenbespitzelung nur die Spitze eines Eisbergs ist. Denn – darauf weist die „Neue" in der gleichen Ausgabe ebenfalls hin – nach einer geheimen Vereinbarung der Innenministerkonferenz vom 2.9.1977 speichert die Polizei in ihren Computer buchstäblich alles und jeden, der mit ihr jemals in einen wie auch immer gearteten Kontakt geraten ist.

Bleibt noch nachzutragen, daß der Hamburger Lesben- und Schwulenverbund (HLSV) eine Dokumentation über die „Spiegel-Affäre" und die Rosa Listen erstellt hat. Sie ist zu beziehen zum Preis von 4 DM über Jan Feddersen, c/o Oelckersallee 5, 2000 Hamburg 50.

Bei einer Demo am Freitag abend (11.7.) durch die Hamburger Innenstadt protestierten Lesben und Schwule gegen den Spiegel-Skandal. Corny Littmann, Spitzenkandidat der Hamburger GRÜNEN, brachte mit einem bühnenreifen Kabarett-Programm („Das 4. Programm des NDR"), in dem er die bürgerlichen Politiker, liebedienerische Rundfunkjournalisten und die Polizei zugleich durch den Kakao zog, immer wieder die Lacher am Straßenrand und im Zug auf seine Seite. Kostprobe: „Hier spricht die Polizei. Wir bitten alle Passanten, ihre Kinder aus der Straße zu nehmen. Hinter diesem Wagen demonstrieren Schwule und Lesben. Bitte bringen Sie die Kinder in Sicherheit. Wir bitten Sie auch, die Schwulen nicht zu füttern und nicht anzufassen".

Schade, daß diese Demo mit nur rund 250 Teilnehmern sehr schwach besucht war.

**We., Hamburg
Schwulengruppe des KB**



„So liebt euch denn, ihr Brüder (und Schwestern)..."

Gay-Pride allerwegen im In- und Ausland

So liebt euch denn, ihr Brüder
in Gottes Namen wieder,
warm sei der Abendhauch!
Verschon' uns Gott mit Strafen,
nur weil wir uns beschlafen.
Und unsern süßen Nachbarn auch.

Aus dem Liederschatz
des Hamburger Tunten-Chors

Berlin – lustig und friedlich

In Westberlin demonstrierten am Gay Pride Day ca. 1100 Schwulen und Lesben. Erfreulicherweise machten die Lesben ca. 30 % der Demonstration aus. Im Gegensatz zu Hamburg ging es in Berlin friedlicher und lustiger zu. Einige Pädos machten mit Tafeln vorm Bauch und am Rücken auf sich aufmerksam. Am Schluß der Demonstration wurde im Tiergarten ein schwules/lesbisches Picknick veranstaltet, dem nur noch zwei Bullen am Rande zuschauten.

Den „Brüdern und Schwestern" auf der anderen Seite der Mauer sandten die Schwulen und Lesben einen an Luftballons gehängten großen rosa Winkel.

Poo, Lesbengruppe des KB

München – etwas dünn

Ca. 300 Schwule und Lesben waren am Morgen des „Gay Pride Day" in der Münchner Innenstadt erschienen, um einen Demonstrationszug zu veranstalten. Die Demonstration, die von der „Homosexuellen Aktion München" organisiert war, stand unter dem Titel „Demo Come out – lesben – schwule – pädophile".

Neben einigen auswärtigen Besuchern (selbst aus Frankfurt waren einige erschienen) kamen bis auf einen starken Block von ca. 40 schwulen Nürnbergern alle aus München. Besonders herauszuheben waren die Lesben, die mit Liedern und Parolen die Münchner Bürgerinnen und Bürger teilweise sehr belustigten.

Demgegenüber waren die Schwulen viel zu ruhig. Fast keine Parole wurde gemeinsam gerufen. Dazu kam, daß die Demo-Route zum größten Teil nicht durch Einkaufsstraßen, sondern durch Verwaltungsviertel lief. Außerdem liefen auffallend viele Bullen in Zivil und Uniform mit Funksprechgeräten in der Demo mit.

Die Münchner Lesbengruppe hatte ten Teil nicht durch Einkaufsstraßen, sondern durch Verwaltungsviertel lief. Außerdem liefen auffallend viele Bullen in Zivil und Uniform mit Funksprechgeräten in der Demo mit.

Die Münchner Lesbengruppe hatte eine Teilnahme an der Demo abgelehnt, weil sie nichts gemeinsam mit Männern macht. Ebenso wie ein anschließendes Picknick im Englischen Garten fiel leider eine Abschlußkundgebung aus. Von den Veranstaltern war beides nicht vorbereitet worden. Sicherlich wäre es toll gewesen, wenn am Schluß nochmal kurz auf die Bedeutung des Tages und die aktuelle Situation von Schwulen und Lesben hingewiesen worden wäre. Das Picknick im Englischen Garten wurde leider nur zu einem „Gang zur Gastronomie". So löste sich bald alles auf.

Am Abend fand in einem schwulen Cafe ein Fest statt, das mit 200 Schwulen und Lesben gut besucht war. Überhaupt ist die Zahl 300 für die erste schwule Demonstration in München sehr hoch.

Von der Münchner Schwulengruppe (Homosexuelle Aktion) waren außerdem in der Zeit vom 19.6. bis 9.7. in einem Werkstattkino, einem schwulen Buchladen und einem schwulen „Cafe Größenwahn" Filme, Lesungen und einige andere Überraschungen vorbereitet worden. Über die Besucherzahlen ist uns leider nichts bekannt.

Ein Genosse aus Nürnberg

Kassel – klein, aber fein

Die Kasseler Schwulengruppe und die neugegründete Lesbengruppe nutzten ein Stadtteilfest zu Aktivitäten. Die Schwulengruppe beschränkte sich auf einen Büchertisch und Verteilen eines Flugblattes, während die Lesben vor allem mit Straßentheater Furore machten.

Da tratschten etwa in einer Szene zwei Mütter über den schwulen Sohn einer dritten. Gottseidank, so meinte die eine, könne ihr sowas nicht passieren. Sie habe eine Tochter, da gäbe es sowas ja nicht. Wenig später lief dann den total verschreckten Damen eben diese Tochter mit ihrer Freundin schmusend über den Weg.

In einem anderen Sketch wurde dargestellt, wie selbstverständlich einem Hetero-Mann eine Umschulung als Masseur bewilligt wird, während eine Lesbe sich widerliche Ausfragerei gefallen lassen muß – und schließlich die Umschulung doch nicht bekommt.

Fr., Kassel
Schwulengruppe des KB

In der finsteren Schwulenprovinz Reutlingen

Die „Schwule Aktion Südwest", verschiedene Schwulengruppen aus Baden-Württemberg, hatten Reutlingen als Ort für die Demonstration anläßlich des „Gay Pride Day" 1980 ausgewählt. um

Die „Schwule Aktion Südwest", verschiedene Schwulengruppen aus Baden-Württemberg, hatten Reutlingen als Ort für die Demonstration anläßlich des „Gay Pride Day" 1980 ausgewählt, um

darauf aufmerksam zu machen, daß Schwulendiskriminierung überall besonders aber in der Provinz stattfindet. Es kamen ca. 400 bis 500 Schwule, Lesben und sympathisierende Heteros.

Es war eine bunte Demonstration mit Transparenten gegen die §§ 174, 175, 176, gegen Strauß („Warme Brüder gegen kalte Krieger") und gegen den Atomstaat („Für wärmere Zeiten ohne Atomkraft").

Schon am Versammlungsort der Demonstration hatten sich mindestens ebensoviele Passanten wie Demoteilnehmer versammelt, die dann auch zusammen mit reichlich viel Polizei dem Demo-Zug durch die Stadt folgten. Von vielen dieser „sauberen Bürger" mußten wir uns üble Beschimpfungen und Provokationen wie Anspucken, Anrempeln, Tomaten und Stinkbomben gefallen lassen.

Das Antifaschismus-Komitee, Tübingen und die Alternative Liste Tübingen unterstützten die Demonstration durch Solidaritätserklärungen.

KB-Sympathisantinn/en aus Tübingen



Demonstration zum Gay-Pride-Day in Reutlingen

Hamburg – diesmal besonders aktiv

Die Hamburger Schwulen und Lesben veranstalteten gleich eine ganze Gay Pride Week.

Am 23.6. wurde im „TucTuc" eine Ton-Dia-Show der Unabhängigen Homosexuellen Aktion (UHA) zum Thema „Schwule und Lesben im III. Reich" gezeigt, die mit ca. 100 Teilnehmer(inn)en gut besucht war. Eine im Anschluß von der UHA geplante Diskussion über Wiedergutmachung der im Faschismus an Homosexuellen begangenen Verbrechen endete leider im allgemeinen Chaos.

Ebenfalls ca. 100 Leute pro Diskussion über Wiedergutmachung der im Faschismus an Homosexuellen begangenen Verbrechen endete leider im allgemeinen Chaos.

Ebenfalls ca. 100 Leute pro Abend besuchten die von Montag bis Donnerstag im Audi Max II und Klick-Kino gezeigten Schwulenfilme.

Besonders hervorzuheben ist, daß die Lesben dieses Jahr eigene Veranstaltungen organisierten: in der Frauenkneipe und in der Hochschule für Bildende Künste wurden Lesbenfilme gezeigt. Mit ca. 60 bis 80 Besucherinnen pro Abend waren diese Veranstaltungen ein schöner Erfolg.

Am Freitag gabs in der Uni-Mensa eine große Schwulen(und Lesben)fete, u.a. mit dem Hamburger Tuntenchor und den Spalding-Sisters.

Die Lesben hatten für den Samstagabend eine Lesbenfete organisiert. Die Theatergruppe „die Witwen" war im letzten Moment noch abgesprungen. Dafür spielte dann die „Bitch Band Nr. 1", eine noch sehr neue Lesben-Rock/Punkgruppe. Ca. 500 Frauen, u.a. aus Lübeck, Kiel, Bremen, Bremerhaven und Hannover waren gekommen.

Poo, Lesbengruppe des KB



USA

In New York waren an diesem Tage rund 10.000 Lesben und Schwule auf der Straße, in Seattle, Houston, Chikago und anderen großen amerikanischen Städten jeweils einige Tausend („Het Parool", 30.6.).
(zu San Francisco siehe Extrabericht)

Schweiz

Und mit einem großen Sprung zurück in die Alte Welt, wo sich doch – sogar in der behäbigen Schweiz

Schweiz

Und mit einem großen Sprung zurück in die Alte Welt, wo sich doch – sogar in der behäbigen **Schweiz** manch Neues tut: In Basel beteiligten sich am 21.6. unter der Parole *„Wir brechen aus"* rund 750 Leute an der „2. Eidgenössischen Schwulen- und Lesbendemonstration". Die auf Transparenten und Flugblättern erhobenen Forderungen waren:

- Gleiches Schutzalter für alle
- Abschaffung der Homosexuellenregister in der ganzen Schweiz
- Keine Berufsverbote für Homosexuelle
- Mitsprache an den Schulen beim Sexualkundeunterricht durch nicht voreingenommene Personen
- Regelmäßige und vielseitige Information zum Thema Homosexualität in den Medien.

Einen schönen Erfolg konnten die eidgenössischen Brüder und Schwestern auf der Abschlußkundgebung feiern: Eine Petition, in der die Abschaffung des Homo-Registers in Basel gefordert wird, war schon bis zum 1. Mai von 3.500 Menschen unterzeichnet worden; ein Kundgebungssprecher teilte mit, daß die Homo-Register abgeschafft worden sind, noch bevor die Petition der Stadt übergeben worden ist („Poch-Zeitung", 26.6.).

Großbritannien

Jetzt mal Inselluft schnuppern: **Großbritannien** – nach einer Woche mit vielen Veranstaltungen überall im Lande fand „Gay Pride March" am 28.6. in London statt. Eines der zentralen Themen der Demonstration waren die *„Gay Rights At Work"*, die Rechte der Lesben und Schwulen am Arbeitsplatz und die Freiheit der Berufswahl. – Der Gay-Pride-Day endete mit einem Festival, für das das ganze Universitätsgelände zur Verfügung stand. („Socialist Worker", 5.7. – **der leider nicht verrät, wie viele denn marschiert sind).**

Belgien

Zurück auf den Kontinent: **Belgien.** Auch der strömende Regen konnte 1 500 Lesben, Schwule und Andersartige am 28.6. nicht abhalten, ein wenig Liebe in Brüssels Straßen zu tragen. Neben einer Reihe von Homosexuellen-Organisationen (Infor-Homo-sexualité, Rooie Vlinder, Federatie Werkgroepen Homofilie usw.) waren mit eigenen Transparenten auch *„des parents d'homophiles"* und *„des sympathisants d'homophiles"* (Eltern und Sympathisanten der Homosexuellen) sowie das Frauenzentrum gekommen. Gewerkschaftliche Kräfte und Linke hingegen beteiligten sich, wie bisher jedes Jahr, nicht am Gay-Pride-Day. – Die Schwulengruppe „Roter Schmetterling" forderte auf ihrem Transparent *„Freie Sexualität für Jugendliche und Kinder"*, stark vertreten war auch das Verlangen nach Abschaffung der (belgischen Variante der) Rosa Listen („Pour", Nr. 317, 3. bis 9.7.).

Niederlande

Und jetzt mit einem Schritt über die Grenze in die **Niederlande**, von wo aus es uns schon warm entgegenweht. Die „Volkskrant" (27.6.) kann nämlich in ihrer Programmvorschau berichten: **„Die Nachtsendung des VPRO** (Freisinnig-Progressiver Radiosender – Anm. AK) **auf Hilversum 1 ist dem jährlichen Homo-Befreiungstag gewidmet, der morgen gefeiert wird. Der VPRO: 'Jetzt einmal nicht den gewöhnlichen Hetero-Terror, sondern sieben Stunden lang eine Sendung nur von Schwulen und Lesben, von Künstlern und Künstle-**

ungstag gewidmet, der morgen gefeiert wird. Der VPRO: 'Jetzt einmal nicht den gewöhnlichen Hetero-Terror, sondern sieben Stunden lang eine Sendung nur von Schwulen und Lesben, von Künstlern und Künstle-

rinnen unterstützt, die auch 'so' sind!"

Von der Demonstration am 28.6. in Amsterdam schrieben uns eine Genossin und ein Genosse vom KB Bremen bzw. Bremerhaven: Etwa 3 000 Lesben, Schwule, Heterofrauen und -männer beteiligten sich an der Demonstration „Rosa Front". Schön bunt und laut und fröhlich ging es her. Unter den vielen Liedern erkannten wir den Schmachtfetzen „Tulpen aus Amsterdam", der mit neuem Text – „Flikkers (Schwule) uit Amsterdam" – gesungen wurde. Unser „Frauen kommt her" mit etwas anderem Text hörten wir oft von den Lesben. Überhaupt fanden wir, daß die Frauen am lautstärksten und fröhlichsten waren. Bei den Transparenten fiel uns auf, daß viele einen ausdrücklich antifaschisten Charakter hatten wie z.B. „Auschwitz – nie wieder!"

Die Abschlußkundgebung wurde mit der Verlesung mehrerer Grußadressen eingeleitet, wobei u.a. der Gruß von den Hamburger Lesben und Schwulen starken Beifall bekam. In der Hauptrede ging es um die internationale Repression, u.a. die computermäßige Erfassung von Schwulen und Lesben und den internationalen Austausch dieser Daten.

Am Nationaal Monument auf dem Dam, dem Gedenkmal für die Opfer von Krieg und Faschismus, legten Schwule einen Kranz nieder zur Erinnerung an die grausamen Schwulenverfolgungen, die vor genau 250 Jahren in Groningen und Amsterdam gewütet hatten. Bei der Kranzniederlegung und auch auf der Demonstration wurde ein Flugblatt verteilt, daß zur Stiftung eines „Homo-Monument" auffordert: *„Als Zeichen der Erinnerung an Unterdrückung und Verfolgung in der Vergangenheit – Als Zeichen des Kampfes gegen alle Unterdrückung und Verfolgung heute..."* **Diese Initiative wird von zahlreichen nicht-parteigebundenen Lesben- und**



Gay-Pride-Day '80 in München



Amsterdam: „Auch Eltern aktiv..." in der niederländischen Vereinigung zur Integration der Homosexualität (NVIH-COC)

Schwulenorganisationen sowie den Schwulengruppen der Rechtsliberalen, der Pazifisten-Sozialisten, der Radikaldemokraten, der Sozialdemokraten und der (revisionistischen) KP getragen.
Am Abend noch zwei rauschende Feste: Eines für Frauen und Männer gemeinsam, ein weiteres *"nur zugänglich für Frauen!"* (was übrigens ganz im Gegensatz etwa zu dem Gemoppere der Hamburger Z-Schwulen - "die Frauen wollen unter sich sein" - in der niederländischen Szene als Selbstverständlichkeit gilt!).

Soweit der Gay-Pride-Day (fast) weltweit. Daß nächstes Jahr auch ein paar Berichte z.B. von den Auslandskommissionen eintrudeln, das wünschen sich die Lesben und Schwulen (nicht nur) im KB und auch

K. (BO Hamburg-Barmbek)

Unterstützt die Lesben und Schwulen in der GEW

Auf dem Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im Oktober wird eine Resolution zur Debatte stehen, in der ein Einsatz der GEW gegen die Diskriminierung von Lesben und Schwulen und der Homosexualität überhaupt im Erziehungsbereich gefordert wird. Die Resolution wurde kürzlich von der Landesvertreterversammlung der GEW-Westberlin bei ca. 300 Anwesenden mit zwei Gegenstimmen und vier Enthaltungen fast einstimmig verabschiedet und ist somit Antrag des Westberliner Landesverbandes auf dem Gewerkschaftstag.

Der Antrag hat natürlich nur Aussicht auf Erfolg, wenn auch in anderen Landesverbänden für ihn geworben und darüber diskutiert wird. Wir bitten deshalb alle GEW-Mitglieder unter den AK-Lesern, für diese Diskussion zu sorgen und mitzuhelfen, daß die jeweiligen Delegierten auf die Resolution verpflichtet werden. (Siehe dazu auch unseren Bericht über das schwule Pfingsttreffen für Lehrer und Erzieher in AK 178). Antrag und Begründung haben folgenden Wortlaut:

Inhalt: Abbau der Diskriminierung von Homosexualität und Homosexuellen im Erziehungsbereich

Die LVV möge beschließen: Die LVV der GEW Berlin stellt auf der Bundesdelegiertenversammlung der GEW im Oktober 1980 in Berlin folgenden Antrag:

Die Bundesdelegiertenversammlung der GEW möge beschließen:
A. Die GEW sieht es als ihre Aufgabe an, sich für den Abbau der bestehenden Diskriminierung von weiblicher und männlicher Homosexualität und von lesbischen Frauen und homosexuellen Männern im Erziehungsbereich einzusetzen.
B. Die GEW unterstützt Initiativen von homosexuellen Lehrern und Erziehern/lesbischen Lehrerinnen und Erzieherinnen, sich in der GEW in Arbeitsgruppen zu organisieren.
C. Die GEW setzt sich in Verhandlungen mit den zuständigen Kultusbehörden für folgende Forderungen ein:

I. Weibliche und männliche Homosexualität im Unterricht
1. Die Rahmenpläne (insbesondere für Sexualkunde/Biologie) sind dahingehend zu ändern, daß weibliche und männliche Homosexualität als der Heterosexualität gleichwertige, gleichberechtigte und positive Lebensformen zu behandeln sind.
2. Schulbücher und Medien der Landesbildstellen, die weibliche und männliche Homosexualität, lesbische Frauen und homosexuelle Männer in diskriminierender Weise darstellen (z.B. Homosexualität als Krankheit, Perversion, „Fehler der Natur" oder als Folge einer „Verführung", bzw. ihre Darstellung in Zusammenhang mit kriminellen Handlungen), sind nicht zuzulassen, bzw. ist deren Zulassung zu entziehen.
3. Im Unterricht soll den Schülern vermittelt werden, daß im Hitler-Faschismus auch viele Tausende lesbischer Frauen und homosexueller Männer im KZ gefoltert und ermordet wurden und bis heute nicht rehabilitiert worden sind.
4. Lesbische Frauen und homosexuelle Männer sind als Referenten für Vorträge im Unterricht zum Thema Homosexualität zuzulassen.
5. Die Behandlung des Themas weiblicher und männlicher Homosexualität in nicht diskriminierender Art (d.h. im Sinne der unter Ziffer 1 gestellten Forderung) muß in die Ausbildung aller im pädagogischen Bereicht Tätigen aufgenommen werden.

II. Homosexuelle Lehrer und Erzieher/lesbische Lehrerinnen und Erzieherinnen im Schuldienst und Erziehungsbereich
6. Das Bekanntwerden der Homosexualität eines homosexuellen Lehrers und Erziehers/einer lesbischen Lehrerin und Erzieherin - auch durch ihn/sie selbst - gegenüber Schülern, Eltern und Kollegen darf für den Dienstherrn kein Anlaß für dienstrechtliches Vorgehen sein.
7. Angesichts der gesellschaftlichen Ablehnung von weiblicher und männlicher Homosexualität, von lesbischen Frauen und homosexuellen Männern ist es Aufgabe des Dienstherrn, lesbische Lehrerinnen und Erzieherinnen/homosexuelle Lehrer und Erzieher - im Rahmen seiner Fürsorgepflicht - vor Diskriminierung zu schützen.

III. Homosexuelle Schüler und lesbische Schülerinnen in der Schule
8. Homosexuellen Schülern und lesbischen Schülerinnen muß die Möglichkeit gegeben werden,
a. ihre Probleme in der Schule darzustellen und zu diskutieren und
b. sich zusammenzuschließen, um sich gemeinsam gegen Diskriminierung wehren zu können.
9. Die Kultusbehörden werden aufgefordert, derartige Initiativen von homosexuellen Schülern und lesbischen Schülerinnen zu unterstützen und nicht durch Zensur und andere administrative Maßnahmen zu behindern.

San Francisco: 250.000 im Karnevalstrubel

Christopher-Street-Day in San Francisco (S.F.), dem Mekka der Lesben- und Schwulenbewegung. Der Gouverneur von S.F., J.Brown, hat die Woche vom 23. - 29. Juli zur Gay-Freedom-Week erklärt. Am Tag der Demonstration sind Sonderbusse eingesetzt, um die Menschenmassen in die Innenstadt zu bringen. 250 000 Menschen nehmen an den Festlichkeiten teil, ca. 50 000 beteiligen sich direkt an der Parade.

Dies ist die 2. Gay-Freedom-Parade, seit die Homosexuellen von S.F. die City Hall angriffen, voller Wut über das Gerichtsurteil gegenüber Dan White, und der Polizei eine Nacht lang erbitterten Widerstand leisteten. Dan White hatte für den Mord an dem schwulen Abgeordneten Harvey Milk und George Moscone nur 2 Jahre Gefängnis erhalten. An diesem 29. Juni servieren die schwulen Ordner nur ein paar Meter von den Glastüren entfernt, die in jener Nacht zertrümmert wurden, Sandwiches und Kuchen, und alles verläuft außerordentlich friedlich. Die Organisatoren geben sich die größte Mühe, einen über all dem Trubel und der Karnevalstimmung diese harten Auseinandersetzungen vergessen zu lassen.

Die Parade ist wirklich beeindrukkend, gerade für uns, die wir nur die ersten Ansätze zu Christopher-Street-Demos in der BRD kennen. Obwohl uns die schrecklich vielen amerikanischen Fähnchen, dieser kommerzielle Touch, die mehr als ein Dutzend Kandidaten für die Präsidentschaft und diverse andere Pöstchen, die in dicken Straßenkreuzern um homosexuelle Stimmen werben, unangenehm auffallen, ist die Vielfalt und Breite der Homosexuellen-Bewegung einfach erst einmal überwältigend.

Da sind Gruppen von schwulen Vätern, lesbischen Müttern, älteren Lesben, Jugendlichen unter 21, Eltern von Homosexuellen, Stumme, die auf Transparenten sagen: lächle und wir verstehen uns; gewerkschaftlich Organisierte, Luftfahrtangestellte, Lesben in Männerberufen, Ärzte, Rechtsanwälte - das Gefühl, wir sind einfach überall. Rodeo-Reiter aus Rheno, der schwule Friseurladen, der gleich noch ein bißchen Werbung macht, die Lesben auf Motorrädern, die Sportlergruppen, Chöre, Musik- und Theatergruppen, die homosexuellen Bars und Clubs, die S&M-Lesbengruppe, Schwarze, Lateinamerikaner, die gegen die Einmischung der USA in Nicaragua und El Salvador protestieren, Hawaianer in bunten Trachten, Indianer, Asiaten, eine Gruppe als Nonnen verkleideter Schwuler, das Bisexuellenzentrum, Mitglieder der verschiedensten Kirchen, von der jüdischen Synagoge bis zu den Griechisch-Orthodoxen, aber auch Atheisten - Tunten, Lederschwule, Roller-Scater und natürlich Delegationen aus allen möglichen anderen Städten; sie alle zogen 3 Stunden lang an uns vorbei. Die politisch engagierten Gruppen nahmen sich neben den teilweise prachtvoll geschmückten Wagen, dem Konfetti- und Blumenregen mit ihren Transparenten eher bescheiden aus: Erinnerung an Stonewall, an den Mord an Harvey Milk, gegen die geplante Wiedereinführung der Wehrpflicht, Lesben gegen Atomkraft, gegen Polizeigewalt, das Feministische Zentrum in Berkeley usw. Auf einem Wagen aus San Jose hatten sich Lesben und Schwule sehr eindrucksvoll an Kreuze fesseln lassen, um darauf aufmerksam zu machen, daß die Homosexuellenbewegung in San Jose gerade eine schlimme Niederlage einstecken mußte.

All der festliche Trubel, insbesondere auf dem Abschlußfestplatz, wo extra aufgebaute Karussells, Freß- und Jahrmarktbuden die Stände der politischen Gruppen ein bißchen in die Ecke drängten, konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es um den Charakter der diesjährigen Parade heftige Auseinandersetzungen gegeben hat und gibt.

Vor 2 Jahren war die Parade im wesentlichen gegen die Angriffe von John Briggs und Anita Bryant gerichtet (J.B. brachte eine Gesetzesinitiative ein, die den Rausschmiß der Homosexuellen aus dem Öffentlichen Dienst, insbesondere aus dem Erziehungswesen, ermöglichen sollte; A.B.: Töte einen Schwulen für Gott). Auch im letzten Jahr war die Abschlußkundgebung von stundenlangen kämpferischen Reden geprägt, während in diesem Jahr eine Karnevals- und Rummelplatzatmosphäre überwog.

Das Vorbereitungskomitee war dominiert von der privilegiertesten und finanzstärksten Schicht der Homosexuellen, den weißen schwulen Männern. Was das bedeutet, wird z.B. beim Durchblättern der vom Komitee herausgegebenen Programmbroschüre klar: Dreiviertel der Broschüre besteht aus Werbung, die sich an finanzstarke Schwule richtet.

Werbung für Unterhosen, Klamotten und Bars, Werbung dafür, schwules Geld in schwulen Geschäften auszugeben bzw. bei einer schwulen Bank anzulegen, bis hin zur Aufforderung, sich der Assoziation Schwuler Geschäftsleute anzuschließen.

Lesben, Schwarze, 3. Welt-Schwule sind im Komitee absolut unterrepräsentiert. Deswegen beteiligten sich die Lesben an der diesjährigen Parade auch mit sehr viel weniger Enthusiasmus als im letzten Jahr.

Die Reden waren auf ein Minimum reduziert; dafür wurde der Hauptteil des Nachmittags mit heiterer life-Unterhaltungsmusik bestritten. Als Sprecher fungierten bevorzugt gediegene schwule Rathausabgeordnete. Natürlich bezogen sie sich in ihren Reden in einem gewissen Maß auf die Diskriminierung der Homosexuellen; das läßt sich an so einem Tag auch kaum vermeiden. Im Vordergrund stand allerdings, wie Anne Kronenberg, eine der Mitveranstalterinnen, zufrieden feststellte, daß es die „größte Parade und glücklichste Menge" gewesen sei, „die wir jemals hatten".

Der schwule Abgeordnete Britt brachte die Hoffnung auf Integration der Homosexuellenbewegung am deutlichsten zum Ausdruck. Er sagte: „Ursprünglich haftete der Parade eine Ghetto-Mentalität an. Sie war ein Zirkus, den der Rest der Welt anstarrte. Heute ist sie die Bestätigung der Teilnahme der homosexuellen Bevölkerung an einer größeren Gesellschaft".

Einer Gruppe von Lesben gelang es, diese „Friede, Freude, Eierkuchen"-Atmosphäre zu durchbrechen. Gegen den Widerstand der schwulen Ordner eroberten sie das Mikrofon und eine von ihnen brachte den Unmut vieler Anwesender über das weitgehende Ausklammern von Politik, die Vorherrschaft der weißen schwulen Männern zum Ausdruck. Joan Annafire, Mitglied der Gruppe „Lesben gegen Polizeigewalt", bestätigte das. Gegenüber dem "San Francisco Cronicle" führte sie als Beispiel an, daß die Organisatoren u.a. (erfolglos) versucht hatten, ledertragende, tätowierte Lesben auf Motorrädern (Dykes on Bikes) von der Teilnahme an der Demo abzuhalten. „Wenn die Leute an Homosexuelle denken", sagte sie, „denken sie an die schwulen Männer, denen die Geschäfte in der Castro-Straße gehören" (Schwulenstraße in S.F.).

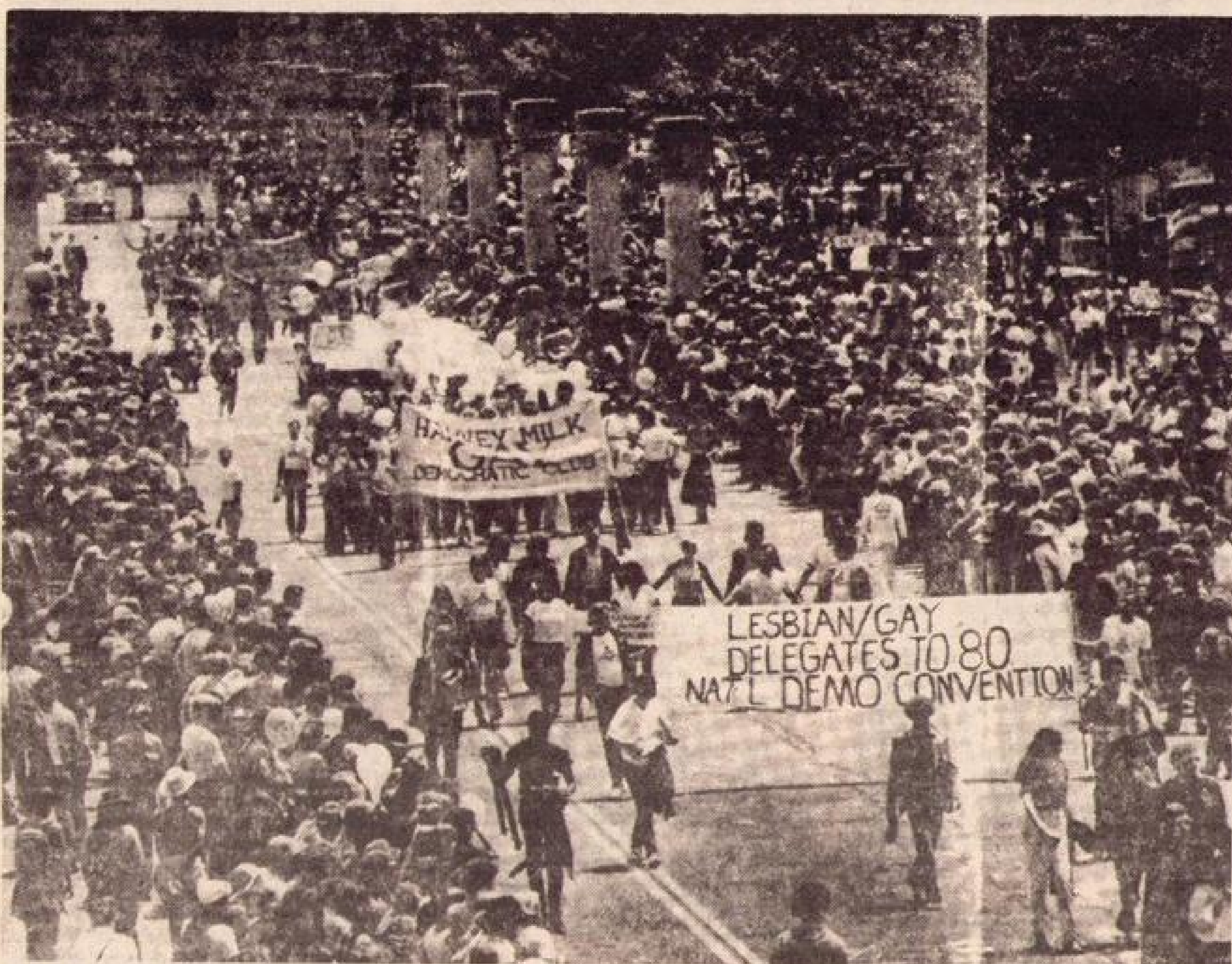
„Ja, eine Reihe von ihnen sind Männer, die sich ihrerseits unterbezahlte Sekretärinnen halten. Sie erwecken den Anschein, als wollten wir nur ein Stück von dem großen Kuchen abhaben und würden uns damit zufrieden geben. Aber es gibt etliche unter uns, die nicht nur ein Stück von dem Kuchen abhaben wollen. Wir meinen, daß der ganze Kuchen faul ist, und wir wollen etwas Neues backen".

Ebenso Alberta Maged, Mitglied einer progressiven homosexuellen Koalition verschiedener Gruppen: „Wir haben eine Illusion von Freiheit hier in S.F., die es uns leicht macht, zu existieren; aber die rechte Bewegung wächst sehr schnell. Es ist richtig, stolz auf unsere Homosexualität zu sein, aber das ist nicht genug, wir werden immer noch angegriffen".

Und die Rechte schläft tatsächlich nicht. In San Jose (Kalifornien) haben 75 % der Bevölkerung dagegen gestimmt, durch ein Gesetz zu verbieten, daß Homosexuelle z.B. aus dem Schuldienst entlassen werden können (aufgrund ihrer Homosexualität). Im Zuge des allgemeinen Rechtsrucks in den USA werden sich auch die Angriffe auf die Homosexuellen verstärken. Carters Rivale bei den Präsidentschaftswahlen, Reagan, macht sich ausdrücklich gegen die Homosexuellen stark; er ist sogar dagegen, daß die Gleichberechtigung der Frauen überhaupt in die Verfassung der USA aufgenommen wird.

Die Widersprüche über den weiteren Weg der Homosexuellenbewegung sind an diesem Christopher Street Day in S.F. offensichtlich geworden.

Mit lieben Grüßen
Zwei lesbische Genossinnen im Urlaub in S.F.



An der Parade zum Gay-Pride-Day beteiligten sich in San Francisco 50.000 Menschen

Aus der Nazi-Szene

Hannover: „NSDAP"-Terror gegen Türken

Am 6. Juli flogen zwei faustgroße Pflastersteine durch das Schaufenster eines türkischen Gemüseladens in der Harenberger Straße. – Der dritte Anschlag an diesem Wochenende! Die Steine waren jeweils mit einem Flugblatt umwickelt: „Schluß mit den Besatzungszuständen! NS-Verbot aufheben! Ausländer raus!" – Darüber das „NSDAP"-Symbol, das Hakenkreuz. Antifaschisten übermalten Nazi-Schmierereien rasch mit antifaschistischen Parolen.

Wer war's? Nach den Parolen zu urteilen, kann es sich nur um Überreste der **„Antikomintern / NSDAP" Hannover** handeln: Trotz Verurteilung zu einem Jahr Knast brauchte **Joachim Nowald** („NSDAP") seine Strafe bis heute nicht anzutreten. Unbehelligt konnte er an einer NPD-Kundgebung zu „Führers Geburtstag" teilnehmen, wo Flugblätter mit „Ausländer raus"-Parolen verteilt wurden. Außerdem: kurz bevor „NSDAP"-Schmierereien in der Eilenriede entdeckt wurden, kam J. Nowald uniformiert aus dem Stadtwald ...

Offenbar versuchen nun auch die militanten Nazis – ebenso wie ihre Mutterpartei NPD – von ihrer bisherigen hauptsächlich antijüdischen Hetze auf Hetze gegen Ausländer umzusteigen. Das Feld dafür ist durch die offiziell geschürte Ausländerfeindlichkeit im allgemeinen und durch die NPD-Kampagne „Ausländer raus" im besonderen recht gut bestellt.

Antifa-Kommission Hannover

Wieder NPD-Banditen aufgeflogen

Zwei Vorfälle der jüngsten Zeit belegen einmal mehr den Zusammenhang NPD – Nazi-Banditentum auch in NRW. So wurden unlängst zwei schwerbewaffnete Dortmunder Neonazis, **Franz-Walter Konert** und **Joachim Gröning**, an der deutsch-niederländischen Grenze festgenom-
nazis, **Franz-Walter Konert** und **Joachim Gröning**, an der deutsch-niederländischen Grenze festgenom-
men. Gegen sie war bereits am 13. Mai von der Staatsanwaltschaft Kleve Haftbefehl erlassen worden. *„Konert und Gröning wurden bei einer Routinekontrolle entdeckt. Im Kofferraum ihres Wagens lagen: eine Maschinenpistole, fünf dazugehörige Magazine sowie viele Schuß Munition, eine Pistole, Kaliber 7,65 mm mit mehreren Magazinen, eine US-Handgranate vom Typ ‚Green Def'* " („die tat", 20.6.). Besonders interessant: Einer der beiden Nazis war bereits mit einer Stichwaffe nach einer NPD-Demonstration in Wuppertal aufgefallen ...

Neun weitere bewaffnete Neonazis aus Hagen, dem Ruhrgebiet und dem Raum Lüdenscheid flogen am Wochenende des 7./8.6. bei Kettwig auf. *„Sie hatten bei Schießübungen u. a. eine Hütte, in der sich spielende Kinder befanden, sowie einen vierzehnjährigen Jungen in einem Badeboot als Zielscheibe benutzt. Vier bis fünf der mit Kampfanzügen, Stahlhelmen und Gasmasken auftretenden Neonazis gehören nach Mitteilung der Behörden der NPD-Jugendorganisation ‚Junge Nationaldemokraten' an. Die Polizei beschlagnahmte u. a. drei Gewehre, eine Luftpistole sowie mit Hakenkreuzen versehene Dolche"* („die tat", 20.6.). Und wie immer: Die Nazi-Banditen wurden nach Feststellung ihrer Personalien wieder auf freien Fuß gesetzt ...

Antifa-Kommission NRW

Hoffmann im Libanon gesichtet?

Wie der „stern" (26.6.) berichtete, hat der westdeutsche Geheimdienst den „Wehrsport"-Chef Hoffmann im Libanon entdeckt, wo er sich den faschistischen Gruppen angeschlossen hat, deren Ziel die Ausrottung der Palästinenser im Libanon ist.

So ganz, wie die „stern"-Meldung suggeriert, kann Hoffmann der BRD den Rücken aber doch nicht gekehrt haben, denn wozu bräuchte er sonst hier eine neue offizielle Adresse.

Genau in diesem neuen Domizil, Am Marktplatz 14 in Neunkirchen am Brand, traf ihn am 26.6. der Gerichtsvollzieher an, der die Kosten für eine einstweilige Verfügung gegen Hoffmanns Hetzblatt „Kommando" eintreiben wollte. Hoffmann versicherte zum x-ten Mal, er habe weder Geld noch Vermögen und könne nicht bezahlen.

Keine Eile scheinen die Staatsorganen bei der endgültigen Entscheidung über das im Januar verfügte Verbot der Hoffmann-Bande (WSG) zu haben: Seit Hoffmann beim Verwaltungsgericht Berlin Klage gegen das Verbot erhoben hat, liegt das Verfahren „auf Eis", der größte Teil der beschlagnahmten Gegenstände liegt ungesichtet bei der Nürnberger Polizei, ein Ende der ganzen Prozedur ist nicht abzusehen.

Weit weniger Zeit nahm es in Anspruch, Widerspruch einlegenden WSG'lern Sichergestelltes zurückzugeben. Wie ein Sprecher der Regierung von Mittelfranken mitteilte, handelte es sich um „private Requisiten" und „Mitbringsel" aus dem zweiten Weltkrieg („Nürnberger Nachrichten", 14.5.). Die „Frankfurter Rundschau" vom 24.5. wußte darüber hinaus zu berichten, daß den meisten Mitgliedern der WSG k e i n e Ermittlungsverfahren wegen Verstößen gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und andere waffenrechtliche Vorschriften drohen, da nach Angaben der Justizpressestelle beim Oberlandesgericht Nürnberg völlig funktionsuntaugliche Waffen gefunden wurden, die nur als Attrappen gewertet werden könnten.

Bl., Nürnberg

Milde Strafen für „NS-Kampfgruppe"

Krefeld. Vier Mitglieder der **„NS-Kampfgruppe Willich-Anrath"** (bekannt auch als **„Wehrsportgruppe Winter"**) sind am 27.6. vom Krefelder Jugendschöffengericht wegen Volksverhetzung lediglich zu Geldstrafen zwischen 500 und 2.700 DM verurteilt worden. Gegen zwei weitere Mitglieder der Gruppe wurde das Verfahren eingestellt. Begründung: Sie seien kürzlich wegen gleichartiger Delikte bereits rechtskräftig verurteilt worden, so daß die zu erwartende Strafe nicht ins Gewicht fallen würde.

Über diese „Wehrsport"- bzw. „NS-Kampfgruppe" ist – obwohl sie seit mindestens zwei Jahren aktiv ist – derzeit erst wenig bekannt. Chef
dieser Nazi-Bande ist Harald Winter „NS-Kampfgruppe" ist – obwohl sie seit mindestens zwei Jahren aktiv ist – derzeit erst wenig bekannt. Chef
dieser Nazi-Bande ist **Harald Winter** aus Willich. Er unterhält enge Kontakte zu dem bekannten „NSDAP"-Kader **Wilhelm Wübbels** aus Bocholt. Bereits im Mai 1978 war gegen Anhänger der Winter-Bande ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen Bestimmungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes und des Waffengesetzes eingeleitet worden. Fünf Gruppenmitglieder waren nämlich im April des gleichen Jahres in uniformähnlicher Kleidung in der Öffentlichkeit aufgetaucht und hatten einen Karabiner mit sich geführt. Über das Ergebnis dieses „Ermittlungsverfahrens" ist uns leider nichts bekannt. Belegt – durch den VS-Bericht NRW 1978 – ist desweiteren der folgende Vorfall: *„Im Juli marschierten nachts sechs uniformierte Angehörige der ‚Kampfgruppe' im Gleichschritt über eine Straße in Krefeld. Sie sangen Kampflieder aus der Hitlerzeit und gaben antisemitische Äußerungen von sich. Bei anschließenden Wohnungsdurchsuchungen wurden bei dem Anführer der Gruppe u. a. zwei Karabiner (Dekorationswaffen) und drei Schwerter gefunden ..."*

An genaueren Informationen zu dieser Gruppe sowie zu neonazistischen Aktivitäten in diesem Raum überhaupt sind wir sehr interessiert. Hinweise dazu erbitten wir an die Redaktionsadresse.

Antifa-Kommission NRW

„Hansa"-Nazi kriegt „Bewährung"

Die einjährige Haftstrafe gegen **Edgar Geiss**, den väterlichen Betreuer der „Hansa"-Bande, wurde in einer Berufungsverhandlung zur Bewährung ausgesetzt. Geiss war 1979 verurteilt worden, weil er mit Mitgliedern der „Hansa"-Bande in der Hamburger Innenstadt „zum Rassenhaß aufgestachelt" hatte. Drei der Faschisten hatten Masken in Form von Eselsköpfen und Plakate mit Aufschriften wie: „Ich Esel glaube noch, daß in deutschen KZs Juden ‚vergast' wurden", getragen. Als strafmildernd sah das Gericht offenbar an, daß Geiss bereits 1978 seine Treue zum Staat unter Beweis stellte, als er am Grab des SS-Verbrechers Kappler in Soltau die Hand zum „Hitler-Gruß" erhob.

Auch die Reste der „Hansa"-Bande können sich nicht gerade beklagen, von der ganzen Wucht unseres Rechts-Staates getroffen worden zu sein: Der Stellvertreter des ANS-Führers Kühnen, **Tibor Schwarz**, erhielt ein Jahr Jugendstrafe ... auf Bewährung. Die Angeklagten **Grabsch** und **David** erhielten sechs Monate Jugendstrafe beziehungsweise vier Wochen Jugendarrest, wobei auch David Bewährung erhielt. ANS-Mitglied Brusz muß 500,– DM Geldstrafe zahlen, Röhling wurde freigesprochen.

Bewaffnete Nazi-Terroristen bleiben frei

Ebenfalls „zur Bewährung" läßt das Landgericht Dortmund drei Mitglieder der Nazi-Bande **„Wehrsportgruppe Höxter"** in Freiheit, da die Haftstrafen zwischen zehn und zwölf Monaten für folgende Delikte auch viel zu hart sind: Verstoß gegen das Waffengesetz sowie gegen das Sprengstoffgesetz, Besitz von verfassungswidrigen Propagandamitteln, Diebstahl, Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß.

Fünf Mitglieder erhielten für diese Delikte sogar nur Geldbußen zwischen 1.500 DM und 2.500 DM. Das Gericht konnte der Bande – bei
Delikte sogar nur Geldbußen zwischen 1.500 DM und 2.500 DM. Das Gericht konnte der Bande – bei
selbstverständlich bestem Willen – die Bildung einer kriminellen Vereinigung nicht nachweisen, da es den Angeklagten Glauben schenkte, daß sie sich nur zur Freizeitbeschäftigung regelmäßig getroffen hätten, um „Soldat zu spielen" ...

Juden zusammengeschlagen – Freispruch!

Mit Freispruch endete in Hamburg ein Prozeß gegen drei Nazis, die einen jüdischen Nachbarn beschimpft, beleidigt und krankenhausreif geschlagen hatten. In dem Prozeß, zu dem Richter **Sanders** erst durch das übergeordnete Landgericht gezwungen werden mußte, wurde auf den offenen Antisemitismus der Angeklagten überhaupt nicht eingegangen. Obwohl einer der Angeklagten sogar einen Fußtritt zugab, *„mußte ein Freispruch erfolgen, da in der Hauptverhandlung nicht eindeutig geklärt werden konnte, was genau vorgefallen ist"* („Morgenpost" vom 18.6.). Opfer von damals bleiben auch heute noch Opfer: Mit elf Jahren im KZ Buchenwald, Entlassung acht Jahre später, Eltern und Schwester in Auschwitz ermordet. Heute sagt er: „Nach dem Krieg glaubte ich, es sei endlich Schluß mit der Rassenhetze, mit der Verfolgung, mit der Angst. Das war ein Irrtum!"

Antifa-Kommission Hamburg

»NSDAP«-Westberlin ungehindert aktiv

Trotz des großen NSDAP-Prozesses in Berlin im Juli/August des vergangenen Jahres mit seinen Folgeprozessen, in denen insgesamt 23 Personen wegen neonazistischer Aktivitäten verurteilt wurden (u. a. „Gauleiter" Wolfgang Rahl zu drei Jahren Gefängnis), ist die illegale NSDAP-Gruppe in Westberlin weiterhin aktiv.

In den Ausgaben eines „Schulungsbriefes", der seit Beginn 1980 erscheint und von einer „N.S.D.A.P. Reichsleitung im Exil" herausgegeben wird, finden sich hierfür eindeutige Beweise: In sogenannten „Frontberichten" wird über Aktionen und Versammlungen der NSDAP-Berlin berichtet, und es werden mehrere Meldungen des Berliner „Tagesspiegel" verarbeitet; ebenso erscheinen in den „Schulungsbriefen" Leserbriefe aus der „Reichshauptstadt Berlin", in denen u. a. über die Prozesse gegen diese Gruppe berichtet wird ... Als Schreiber dieses Leserbriefes ist eindeutig Willi Hoffmann (71) zu identifizieren, der am 18. Januar dieses Jahres wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Vorrätighalten von NS-Propagandamaterial zu einem Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung und 3.000,– DM Geldstrafe verurteilt worden war. Ein Verfahren wegen Mitgliedschaft in der illegalen NSDAP-Gruppe wurde im Februar „wegen Unverhältnismäßigkeit" eingestellt.

Ermittlungen der Staatsanwaltschaft aufgrund dieser neuerlichen Aktivitäten finden unseres Wissens noch nicht statt.

Ein Mitglied der Deutschen Jungdemokraten hat gestern Strafanzeige wegen Fortführung einer verbotenen Organisation und Gebrauch von Propagandamitteln einer verfassungswidrigen Organisation (§§ 85 und 86 StGB) gestellt.

Verschickt wurden die „Schulungsbriefe" von den USA aus und zwar von Georg Dietz, der abwechselnd unter den Namen „Internationale Befreiungsbewegung", „White Power Movement" oder „Deutsche Befreiungsfront" rangiert. Er hat es sich zur wesentlichen Aufgabe gemacht, NS-Propagandamaterial in die BRD zu verschicken: neben Hakenkreuz-Aufklebern verbreitet er auch Hitlers „Mein Kampf" und Rosenbergs „Mythos des 20. Jahrhunderts" in Reprint-Ausgaben.

Dietz läßt sich sein Material über das Frankfurter Postscheckkonto (...) bezahlen. Der Zahlkarte beigefügt sind konspirative Hinweise zu deren Verwendung: Man solle auf gar keinen Fall den wirklichen Namen und Adresse angeben, der Verwendungszweck des Geldes wird mit Zahlenkombinationen chiffriert.

Auch gegen dieses Konto wird unseres Wissens von staatlicher Seite nicht vorgegangen.

Der PDI-München hatte Anfang Juni einen ähnlichen Fall aufgedeckt, wo der kanadische Neonazi Zündel sich über ein Stuttgarter Postscheckkonto bezahlen ließ. Hier laufen mittlerweile Maßnahmen zur Auflösung dieses Kontos.

Jan.-Feb. 1980
I. Jahrg.-1.Folge
Der Schulungsbrief
Das zentrale Monatsblatt der NSDAP. und DAF. (Hauptschulungsamt der NSDAP. und Schulungsamt der DAF.) Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter

In Westberlin verbreitete Nazischrift

Nazi-Provokation gegen Arbeiterkampf-Büro

Das ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro in Bremen ist am 28.6.80 zum dritten Mal Zielscheibe von Nazi-Provokationen geworden. Diesmal war die Schaufensterscheibe zertrümmert und einige Auslagen gestohlen worden. Letztes Jahr und in der Neujahrsnacht hatten die Nazis schon einmal ihre Aufkleber (Kauft nicht bei Juden, NSDAP usw. von Gary Rex Lauck aus den USA) und Hakenkreuzschmierereien angebracht. Ausserdem haben die Nazis mehrmals AK-Verkäufer auf der Straße bedroht.

Es gibt eindeutige Hinweise auf die dafür verantwortliche Gruppe, die „NRAF": Ein Flugblatt, in das ein Stein eingewickelt war, lag im hinteren Teil des Büros. Es trug die Überschrift: „Freiheit für Michael Kühnen". Die enge Zusammenarbeit der „NRAF" mit der „Hansa"-Bande von M. Kühnen ist durch gemeinsam unterzeichnete Flugblätter und gemeinsame Auftritte belegt.

Die Polizei hat schon mehrfach gegen die „NRAF" ermittelt. Zuletzt im Februar/März dieses Jahres, als Hakenkreuzschmierereien an der Synagoge und dem Haus der Israelitischen Gemeinde starke Empörung hervorgerufen hatten. Das Ganze blieb jedoch offensichtlich ohne jede Konsequenz.

KB/Gruppe Bremen

NPD spuckt Gift und Galle

Rock gegen Rechts

Noch schwerer als im letzten Jahr scheint es der NPD diesmal zu fallen, den totalen Reinfall ihres „Deutschlandtreffens" angemessen zu verkraften. Uns liegt ein vom 24.6. datiertes i n t e r n e s Rundschreiben an „alle Verbände der NPD" und „an alle Gliederungen der JN und des NHB" vor, das von vorne bis hinten aus einem einzigen wutschäumenden Gekeife besteht. Der Verfasser dieses Schreibens, NPD-Generalsekretär Walter Seetzen, tobt: *„Die Demokratie, mit der besonderen Aufgabe Minderheiten zu schützen, existiert nur noch in den Sonntagsreden der Kartellpolitiker. Das Grundgesetz, welches Versammlungsfreiheit als Kernpunkt garantiert, wird außer Kraft gesetzt. Es ist zu einem Fetzen Papier degradiert. Der freiheitliche Rechtsstaat besteht nicht mehr, er kapitulierte vor dem Mob der vereinigten Linken. Polizeibeamte, auch von unseren Steuern finanziert, die in jedem normalen Staat die Aufgabe haben, Bürger vor Gesetzesbrechern und Gewalttätern zu schützen, schauten tatenlos zu, wie bewaffnete Horden sich auf friedliche Versammlungsbesucher stürzten, um diese zusammenzuschlagen. Demokratische Gesetzeshüter griffen nicht ein, als der linke Pöbel einen PKW in Brand setzte, Busse mit NPD-Teilnehmern vollständig demolierte usw. Das Verwaltungsgericht Kassel hatte die Polizei verpflichtet, alle Kräfte einzusetzen, um in der Lage zu sein, die Durchführung der Versammlung zu gewährleisten. So werden Gerichtsbeschlüsse, wenn es sich um Nationaldemokraten handelt, mißachtet und durch polizeiliche Notstandsgesetze ersetzt".* Tjaja.–

Bezeichnend für den Zustand der Nazi-Partei bzw. ihrer Führungsmannschaft ist dabei, daß sich Seetzen im weiteren Verlauf seines Schreibens keinesfalls entblödet, den „Kameraden" gegenüber das gesamte Ausmaß des eigenen Desasters verheimlichen zu wollen. Anstatt die vernichtende Niederlage einzugestehen, heißt es: *„Trotzdem, meine Kameraden, hat die Partei ihr Deutschlandtreffen an der Zonengrenze durchgeführt, sie hat ihren angekündigten Wahlkongreß in Philippsthal abgehalten und ihr Bundestagswahlprogramm verkündet. Nachmittags hat die NPD noch in vier verschiedenen Orten der Bundesrepublik Veranstaltungen ablaufen lassen. Nationaldemokraten haben damit ihre Entschlossenheit demonstriert, für die Freiheit und die Einhaltung des Grundgesetzes zu kämpfen...".* Und der frustrierten Nazi-Basis wird versichert: *„Die Partei wird sich nicht unter Ausnahmegesetze stellen lassen. Sie wird sich wehren. Kamerad Heinrich Gerlach wurde von mir beauftragt, alle Gesetzesbrüche, Verfehlungen der Polizei und alle Schadenmeldungen zu sammeln und zu bearbeiten".* Selbiger Gerlach, seines Zeichens Jurist, stellvertretender Vorsitzender der NPD-NRW und als einer der Hauptakteure der „Harting-Bande" bekannt, fordert die „Parteikameraden" in einem weiteren Schreiben zur „Mithilfe" auf, *„um sowohl die Gewalttäter wie auch untätige Polizeibeamte vor Gericht"* stellen zu können (*„...Insbesondere benötigen wir Zeugenaussagen, Film- und Bildmaterial. Wir brauchen Namen der Gewalttäter, zumindest Beschreibungen, Kfz-Nummern, vor allem Angaben darüber, was sich wann und wo ereignet hat... Wer kann Angaben über das Verständigungssystem (Funkanlagen) der Gewalttäter machen? Wer kann Aussagen machen, wann und wo Polizeibeamte nicht einschritten?..."*).
Ob ausgerechnet Gerlach, der bereits wegen eidlicher Falschaussage zugunsten eines Schlägerkumpanen verurteilt wurde, für diesen Job wirklich der geeignete Mann ist?

Antifa-Kommission NRW

Entschuldigung!

Zu Recht haben sich die Frankfurter Grünen über die RGR – Berichterstattung im letzten AK beschwert (S.5: „Der Jahrmarkt der Alternativen"). Dort wird der Eindruck erweckt, als hätten die Grünen *„zwischen hochbrisanten Sitzungen ihrer Bundes- und Landeshauptausschüsse, Programmkommissionen und Vorstände"* lediglich dann den *„Kopf beim Aktionsbündnis hereingesteckt"*, wenn es um Pressekonferenzen ging. Durch diesen polemischen Seitenhieb wurde unterschlagen, daß tatsächlich Mitglieder der Grünen (wie auch des SBs) kontinuierlich und ‚aufopfernd' bei „Rock gegen Rechts" mitgearbeitet haben.

Was mit der Kritik gemeint war, ist folgendes: Die meisten Gruppen, die RGR 1979 in Frankfurt organisiert hatten, reduzierten in diesem Jahr ihren personellen Einsatz. Dadurch konnte die SDAJ in einigen organisatorischen Bereichen stärker einsteigen, als es gut gewesen wäre. Dies blieb bekanntlich nicht ohne Folgen. Der Ärger darüber hat sich dann im letzten AK - freilich in falscher Weise - Luft gemacht.

der Verfasser des Artikels

Warnungen vor einem »Polizeistaat Europa«

Vom 27.6. bis 29.6. fand in Westberlin eine Konferenz zur Polizeientwicklung in Westeuropa statt. 30 Experten aus fast allen westeuropäischen Ländern und den USA folgten der Einladung der „CILIP"-Redaktion an der Berghofstiftung für Konfliktforschung („CILIP" ist eine kritische Informationsschrift zum Thema Polizeistaat und Bürgerrechte).

Ein wesentliches Ergebnis der Konferenz war die Feststellung, daß die Veränderungen der Polizeien in den einzelnen Ländern immer mehr Parallelen aufweisen. So lasse zum Beispiel eine *„moderne Mixtur aus Bürokratie, Technologie und Geheimhaltung überall alle Kontrollversuche abprallen"* (nach „Frankfurter Rundschau" – „FR" vom 30.6.). Übereinstimmend sei zu beobachten, wie fast *„alle gesetzsichernden Bestimmungen und Bürgerfreiheiten unterwandert und technologisch ausgehöhlt werden können, ohne daß an den Bestimmungen selbst auch nur das geringste*

*geändert wird" (ebd.). Insgesamt ver-
können, ohne daß an den Bestimmungen selbst auch nur das geringste*

geändert wird" (ebd.). Insgesamt verlagere sich das Gewicht beim Eingreifen der Polizei immer stärker weg von der Aufklärung begangener Straftaten und hin zu einer vorbeugenden, globalen Überwachung ganzer Bevölkerungsgruppen oder ganzer Gebiete. So wurde z. B. ein britischer Polizeioffizier zitiert, der für England die Aussage machte: *„Die Hauptaufgabe wird* (für die Polizei in Zukunft, Anm. AK) *darin bestehen, geheime und offene Versuche, die Demokratie aus den Angeln zu heben, zu bekämpfen und Versuche zu unterbinden, die Autorität des Staates in Frage zu stellen"*.

Parallel zu den gleichartigen Veränderungen sei auch die direkte Zusammenarbeit der westeuropäischen Polizeien enorm ausgebaut worden; insbesondere auf dem Gebiet des Informationsaustausches (Datenverbund) und der „grenzüberschreitenden Fahndung", aber auch auf dem Gebiet der Organisation der Polizei (Kontaktbereichsbeamte als „Ohren" an der Bevölkerung einerseits und eine hochzentralisierte Auswertung der Überwachungen andererseits), sowie in der Bildung von Spezialeinheiten. Zum Beispiel wurde in Norwegen eine „anti-terror-police" ähnlich der GSG-9 aufgestellt, obwohl aus Norwegen als einziger terroristischer Vorfall das Werk eines israelischen Mossad-Mordkommandos bekannt ist – die Notwendigkeit einer norwegischen Sondertruppe ist also gar nicht einsichtig, wenn man die Erklärung nicht in internationalen Abmachungen über die Aufstellung solcher Kommandos sucht (nach „taz").

Die Teilnehmer der Konferenz bezeichneten diesen Aufbau einer europäischen Polizei der Zukunft als Entwicklung zum „sanften Polizeistaat" in Westeuropa.

Antifa-Kommission Hamburg

Trotz A-libi und B-libi: 10 Jahre für Fritz Teufel gefordert!

Nur noch wenig Zeit bis zum Urteil



Nachdem Fritz Teufel im Westberliner Lorenz-Drenkmann-Prozeß sein Alibi für den „Lorenz-Klau", die „Versetzung des Kammergerichtspräsidenten v. Drenkmann in den ewigen Ruhestand" (Teufel) und für einen ihm angelasteten Waffenraub aus dem Hut gezaubert hatte, nachdem er mit diesem Alibi die Verfolgungswut und Selbstgerechtigkeit der Justiz in sog. „Terroristen-Prozessen" so beeindruckend wie noch nie zuvor demonstriert hatte, waren die Hoffnungen groß: Die Freilassung von Fritz schien bevorzustehen, und auch die Beschuldigungen der übrigen Angeklagten waren selbst in Teilen der bürgerlichen Presse kräftig ins Wanken geraten. Doch es kam anders. Im Eiltempo wurde ein neuer Haftbefehl zusammengezimmert, Ende Juni forderte die Bundesanwaltschaft nunmehr nicht 15, sondern 10 Jahre Knast für Fritz wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung", unerlaubten Waffenbesitzes und wegen zwei Banküberfällen. Für Ralf Reinders forderte er lebenslänglich, für Ronald Fritsch, Gerald Klöpper, Till Meyer und Andreas Vogel je 15 Jahre Knast.

Daß Fritz in seinem B-libi die Beteiligung an den Banküberfällen in einer ausführlichen Erklärung bestritten hat (s. AK 180), interessiert die Bundesanwaltschaft nicht. Fritz hat seine Unschuld in diesem Fall nicht durch Alibi-Zeugen beweisen können, und das reicht.

Nach Vorstellung des Gerichts sollen die Urteile noch Ende Juli gesprochen werden. Die linke und demokratische Öffentlichkeit hat nur noch sehr wenig Zeit, durch eine breite Kampagne die Freilassung Fritz Teufels zu erzwingen.

Im Zweifel gegen die Angeklagten

In ihrem ersten „Blödoje" (Fritz) Mitte Mai waren sich die Bundesanwälte noch ganz sicher: wie sie *„ausführten, belegt (!) die Fülle von Beweismitteln zweifelsfrei (!) die Teilnahme der Angeklagten an den ihnen zur Last gelegten „Verbrechen"*. („Tagesspiegel", 14.5.80). Wie den anderen Angeklagten wurde auch Fritz Teufel die Lorenz-Entführung und ein Waffenraub für die „Bewegung 2. Juni" zur Last gelegt.

Nach Teufels Alibi räumte der großzügige Bundesanwalt Völz dann *„zwar ein, daß Teufel ... aufgrund von Zeugenaussagen nicht direkt an der Lorenz-Entführung und dem Waffenraub mitgewirkt haben kann"* („FR", 28.6.), dennoch sei er ein *„gefährlicher Rechtsbrecher"*, dem es mit seinem Alibi gelungen sei, *„unkritische Bürger gegen die Justiz einzunehmen"* („FR", 28.6.). Da sein Alibi nur bis Mitte Juli 1975 reichte, soll er nun wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung", wegen Verstoßes gegen das alliierte Waffengesetz, Urkundenfälschung und wegen zweier Bankraube Ende Juli 75 für 10 Jahre im Knast (Hochsicherheitstrakt!) sitzen. *„Läßt sich der Verdacht seiner Beteiligung an diesen Banküberfällen nicht erhärten, so müßte Teufel... bald wieder frei sein, jedenfalls, wenn es mit rechten Dingen zugeht"* („FR", 26.6.).

„Bei aller Selbstkritik halte ich mich für einen wahrheitsliebenden Menschen - und wenn ich von Liebe rede, mein ichs immer auch erotisch -
ich hab ein erotisches Verhältnis zur Wahrheit.
Ich bin schon häufig falsch verstanden worden.
Ich irre mich oft.
Ich habs im Gegensatz zu Politückern, Richtern und Staatsanwälten nicht nötig zu lügen."

Fritz Teufel in seinem B-libi

Als „zweifelsfreie Belege" für die Teilnahme Fritz Teufels an den Banküberfällen werden diesmal verkauft

+ seine Fingerabdrücke an (beweglichen!) Gegenständen, die in zwei Wohnungen sichergestellt wurden, in denen auch die Druckplatten der bei den Banküberfällen verteilten Flugblätter gefunden worden sein sollen;
+ die 31 000 DM, die Fritz bei seiner Festnahme bei sich hatte und die von den Überfällen stammen sollen.

Mehr nicht! Und das „B-libi" schließlich sei schlicht und einfach „unglaubwürdig".

Das Gericht hat es eilig

Das Gericht hat in den letzten Wochen keinerlei Zweifel daran gelassen, daß es alles tun wird, um Fritz und die anderen so schnell wie möglich zu verurteilen. Nach dem Alibi von Fritz war vom Vorstizenden Geus und seinen Beisitzern kein einziges kritisches Wörtchen über die Ermittlungsmethoden der Bundesanwaltschaft und das bisherige Verfahren zu hören. Im Gegenteil: Als ob nichts geschehen wäre, verkündete es gleich nach der Bestätigung des Alibis durch mehrere Zeugen einen neuen Haftbefehl (inzwischen vom BGH bestätigt), weitere Beweisanträge wurden nicht mehr zugelassen. So wurden auch die Zeugen, die die Nichtbeteiligung der flüchtigen Juliane Plambeck an der Lorenz-Entführung hätten beweisen können, nicht mehr gehört, obwohl Juliane in der Anklageschrift als eine der Entführer(innen) bezeichnet wird!

Juliane Plambeck hat während der Lorenz-Entführung beim Beck-Verlag in München gearbeitet.

Das Gericht sah sich auch durch das B-libi von Fritz nicht zur Aufhebung des Haftbefehls veranlaßt.

Ende Juni wurde die Beweisaufnahme abrupt geschlossen. **Die große Eile des Gerichts ist verständlich:**

- **es gibt für Fritz Teufels B-libi Zeugen, die aus dem B-libi ein A-libi machen könnten. Fritz kann ihre Namen aber zu ihrem Schutz nicht nennen, sie könnten sich nur von sich aus melden;**
- **es ist wohl anzunehmen, daß diesen Zeugen (wenn sie sich melden) ein Verfahren wegen Mitgliedschaft oder Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung" droht, da sie mit Fritz Kontakt hatten und Fritz Kontakt zu Mitgliedern des „2. Juni" hatte. Ein solcher Vorwurf aber wäre Ende Juli/Anfang August verjährt (nach 5 Jah-**

Verein zur Förderung eines gesetzmäßigen Strafvollzugs gegründet

Liebe Freunde
aus der anti-AKW-Bewegung, den Bürgerinitiativen, der Frauenbewegung usw., überhaupt alle kämpfenden Menschen für ein menschlicheres Dasein!

Eure Auseinandersetzung für eine lebenswertere Umwelt, für eine Welt, in der der Mensch und nicht Technik und Fortschritt das Maß aller Dinge darstellt, findet auch bei uns hier im Knast starke Anteilnahme. So verschieden auch die Konfliktfelder in Euren und unseren Kämpfen sind, haben wir dennoch die gleichen Gegner. Zwischen Euch und den Interessen der Konzernherren stehen lediglich Straßenbauamt und Elektrizitätswerk, die für uns "zuständigen" Vermittler heißen Polizei und Justiz. Die Vielzal von Prozessen gegen z.B. AKW-Gegner zeigt, wie kurz der Abstand zwischen Euch und uns sein kann. Und dann sind Eure Lebensbedingungen von morgen genau die gleichen wie unsere von heute. Darum wäre es vielleicht nicht verkehrt, Ihr beschäftigt Euch mit dem Knast, damit er seine abschreckende Wirkung für Euch verliert.

Im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung in den späten 60'er Jahren fand der bis dahin völlig individuelle Widerstand von betroffenen Gefangenen gegen die Unterdrückung im Knast erstmals organisatorische Unterstützung von "draußen". Hatte es bislang die Institution Knast mit isolierten Einzelkämpfern zu tun, die relativ leicht mit physischer und psychischer Gewalt niedergehalten und zerstört werden konnten, entstanden unter dem Einfluß der Knastgruppen erstmals gemeinschaftliche Widerstandsformen, die über einen bloßen Revoltencharakter hinausgingen. Zwar gab es auch vorher schon echte Kameradschaft unter den Gefangenen, die sich dann aber zur gezielten Solidarität weiterentwickelte. Natürlich ließ sich das der Apparat nicht so einfach bieten und setzte dieser Bewegung verfeinerte Herrschaftsinstrumente zur Zersplitterung der entstehenden aktiven Solidarität entgegen: Die Gewährung oder Verweigerung von Vollzugslockerungen wie Urlaub usw. und die Einsortierung von Gefangenen in ein fein strukturiertes Gefängnissystem traten an die Stelle der unmittelbaren Gewalt. Diese Abwehr des Knastapparates auf der einen Seite und taktische Fehler der Knastgruppen auf der anderen Seite (Konkurrenzdenken, politisches Kadertum usw.) schafften es, im Laufe der 70'er Jahre die gerade erst entstandene Gefangenenbewegung aufzuspalten. Mitentscheidend für diese Entwicklung war aus heutiger Sicht mit Sicherheit auch, daß wir Gefangenen aufgrund mangelnder Erfahrung die Initiative des Knastkampfes den Gruppen draußen überließen und nicht gezielt nach geeigneten Organisationsformen "drinnen" suchten.

Zwangsläufig entstand aus dieser unserer Schwäche und der unserer Verbündeten in den letzten Jahren eine Gegenreform im Strafvollzug. Als ein dagegen gerichteter Hungerstreik im Oktober letzten Jahres kläglich scheiterte, fanden sich hier in Tegel erstmals Gefangene in einer Art Selbstorganisation, der "Gruppe Strafvollzug", zusammen, um in ihrem Rahmen miteinander über die in Zukunft möglichen Auseinandersetzungsformen zu diskutieren. Ein weiterer Schritt wurde getan, als uns der Tegeler Anstaltsleiter im Frühjahr dieses Jahres zwangsweise mit Lichtbildausweisen "zur Grobidentifizierung aus größerer Entfernung ohne Kontaktaufnahme zum Gefangenen" wie Herdenvieh etikettieren wollte. In dieser Situation wurden alle bis dahin bestehenden Grenzen zwischen einzelnen Gruppen von Gefangenen gegenstandslos, und ein gemeinsamer, breit getragener Abwehrkampf führte uns aufeinander zu. Diese spontan entstandenen Zusammenhänge haben wir nach dem ersten aktuellen Anlaß nicht wieder fallen lassen, sondern in der "Gruppe Strafvollzug" in verschiedenen Häusern weiterentwickelt. Um uns für unsere Arbeit eine festere rechtliche Absicherung und effektivere Arbeitstechniken zu sichern, haben wir einen Verein des bürgerlichen Rechts gegründet. Bei allen Bedenken gegen den emanzipatorischen Wert des z.Z. geltenden Strafvollzugsgesetzes haben wir ihn "Verein zur Förderung eines gesetzmäßigen Strafvollzugs (VGST)" genannt. Innerhalb des Vereins bemühen wir uns um basisdemokratische Strukturen und um Kampfformen, die nicht nur das Überleben im Knast, sondern auch unsere persönliche Weiterentwicklung möglich machen. Wir verstehen uns zwar als Selbstorganisation von Gefangenen, wissen aber zugleich auch von der Notwendigkeit einer starken Unterstützung von "draußen". Deshalb würden wir uns über alle Menschen freuen, die im Rahmen einer gleichberechtigten Partnerschaft Mitglieder in unserem Verein werden wollen. Werdet Mitglied! Schreibt uns!

Außerdem rufen wir alle Gefangenen in den deutschen Knästen dazu auf, mit uns in Kontakt zu treten und sich in Gruppen zusammenzuschließen. Ziel sollte die Bildung autonomer Vereinsgruppen sein, die sich als selbstbestimmte Teile der Gesamtorganisation verstehen. Die einzelnen Gruppen werden sich gegenseitig stärken und Rückhalt in der Gesamtheit finden. Leute, schreibt uns!

Kontaktadresse: N.-L. Hermsdorf, Seidelstraße 39, 1000 Berlin 27

ren), wenn er sich auf die Zeit während der Bankraube bezieht;

– eine Bestätigung des B-libis hätte mit Sicherheit weitreichende Folgen für seine Mitangeklagten und alle anderen „Terroristen"-Prozesse. Der Skandal wäre dann wohl kaum noch vergessen zu machen.

Der Presse-Protest ist still geworden

Nach der relativ guten Berichterstattung in der bürgerlichen Presse zum Alibi Fritz Teufels und der offenkundigen Umkehr der Beweislast waren die Meldungen zum B-libi ganz im Tenor der Bundesanwaltschaft: *„Teufel legte kein Alibi vor" („Tsp." 26.6.), „Neues Alibi blieb aus"* („Spandauer Volksblatt", 26.6.) hieß es in den Schlagzeilen. Während der „Spiegel" Fritz Teufel nach dem Alibi noch als einen gelobt hatte, der sich „auf seine Weise" für den „Rechtsstaat verdient" gemacht habe, schwieg er sich nach dem B-libi gänzlich aus. Was er den Ermittlungsbehörden und den Gerichten vorgeworfen hatte - die Umkehrung der Beweislast bei „Terroristen"-Verfahren - hat er sich damit selbst zu eigen gemacht.

... denn sie wissen, was sie tun!

Wer das Alibi von Fritz Teufel kennt und seine Erklärung zum B-libi gehört hat, der weiß, daß da jedes Wort den Tatsachen entspricht - und daß die einzige Konsequenz des Gerichts sein könnte - nach dem Prinzip „in dubio pro reo" - Fritz freizulassen. Stattdessen aber läuft ein geradezu unfaßbares Schauspiel ab: wenn man Richtern in „Terroristen"-Prozessen bisher leider noch unterstellen mußte, daß sie in ihrem Haß und ihrer Selbstgerechtigkeit subjektiv tatsächlich an eine Schuld der Angeklagten und die Richtigkeit ihrer Verurteilungs-Sprüche glaubten, so ist hier zum ersten Mal offenkundig, daß ein Gericht von der Unschuld eines Angeklagten w e i ß - jedenfalls, was die Banküberfälle angeht - und trotzdem seine Verurteilung betreibt. Das Gericht hat leider bisher keinerlei Anlaß zu der Hoffnung gegeben, daß es vor einem derartigen bewußten

es vor einem derartigen bewußten

Fehlurteil von sich aus zurückschreckt.

Dagegen muß sich der Protest aller richten, die sich noch einen Funken demokratischen Selbstverständnisses bewahrt haben. Die Chancen - gerade angesichts dieser Prozeßsituation - am „Fall Fritz Teufel" beispielhaft die Gesinnungsjustiz in der Öffentlichkeit anzuprangern und breiteren Protest zu organisieren, sind gut. Wenn es gelingt, Fritz Teufel freizubekommen, wäre das nicht nur für ihn, sondern für alle anderen von der Justiz und dem Staatsschutz Verfolgten ein großer Erfolg.

In diesem Sinn: Rinn in die Puschen. Freiheit für Fritz Teufel und alle anderen Angeklagten!

Westberliner Antirepressions-Kommission des KB

Solidaritätserklärung für Fritz Teufel

Göttingen, 5.7.80

Trotz eines stichhaltigen Alibis während der sogenannten ‚Lorenz-Entführung' wird Fritz Teufel nicht aus der Haft entlassen.

Stattdessen wurde ein neuer Haftbefehl erlassen, u.a. wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" und angeblicher Beteiligung an zwei Bankrauben. In diesem politischen Verfahren werden offensichtlich elementarste rechtsstaatliche Prinzipien permanent verletzt. Da Fritz Teufel nun nicht mehr wegen einer nichtbegangenen Entführung verurteilt werden kann, müssen andere Anklagepunkte - mit ähnlich miserabler Indizienlage wie bei o.g. Fall - von der Staatsanwaltschaft herangezogen werden.

Getreu dem Grundsatz: Wer einmal der Herold'schen „Terroristenszene" zugerechnet wird, wer nicht - wie die ‚Kronzeugen' Bodeux, Müller, Ruhland u.a. - bedingungslos abschwört, soll verschwinden: in der totalen Isolation, in den toten Trakten, in den Hochsicherheitstrakten.

Dennoch: Wir werden immer und immer wieder zu derartigen unmenschlichen Haft- und Prozeßbedingungen Gegenöffenlichkeit organisierten !

Wir werden Fritz Teufel und andere Gefangene nicht vergessen.

FREIHEIT FÜR FRITZ TEUFEL !

Diese Erklärung wird unterstützt von:
Arbeitsausschuß der Bunten-Liste Göttingen
Vorstand der ‚Grünen', KV Göttingen
AStA der Universität Göttingen (Fraktion der Jusos, des Kommunistischen Bundes)

Drei wichtige Richter im Prozeß gegen die „Bewegung 2. Juni"

Der Vorsitzende Richter des ersten Strafsenats, Geus eigens für diesen Prozeß dort hineinkatapultiert:
hat den Todesschützen Benno Ohnesorgs vom 2. Juni 1967, den Polizeibeamten Kurras, freigesprochen.

Der zweite Vorsitzende Richter und Berichterstatter für den Senat, Richter Weiß, hat - ebenfalls als 2. Vorsitzender - am Mahler-Prozeß teilgenommen. Ferner wurde unter seinem Vor-

Ferner wurde unter seinem Vor-

sitz der Nazi-Richter Rehse freigesprochen, ein Urteil ganz nach dem Motto: Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein.

Der beisitzende Richter Weichbrodt hat dem Staat im Agit-Prozeß bereits gute Dienste geleistet (Verurteilung der Agit-Drucker zu einem Jahr Haft ohne Bewährung alleine fürs Drucken). Ferner ist Richter Weichbrodt hervorgetreten mit der bisher schärfsten Verurteilung wegen „Waffenbesitzes": Harry Stürmer wurde zu vier Jahren Knast allein wegen dieses Delikts verurteilt. Freilich:Harry galt dem Staatsschutz und auch wohl dem Gericht als „Sympatisant".....

Achtung: Hamburger!

Am Mittwoch, den 16.7.80, geht es in die Runde 2 zwischen Victor Henry de Somoskeoy, der sich mal wieder beleidigt fühlt, und den „Tätern" Henryk M. Broder und H. Gremlitza, Herausgeber von „Konkret". Der Termin ist von 9-10 Uhr angesetzt im Strafjustizgebäude, Raum 297.

IKAH

sympathie for the devil

fritz teufel

»held der arbeit«

(74/75 bei der presswerk AG in essen – auch + gerade, als der lorenz geklaut wurde)

„Liebe Genoss(inn)en,
zum Artikel: „Da staunt die Justiz – Fritz Teufel präsentiert Alibi" im AK 178 das Motiv meiner diesjährigen Geburtstagskarte an unseren Fritz (17.6. – rockt mal ordentlich gegen rechts!).
So alt, wie er da aussieht, wird er allerdings noch nicht (liegt an den miesen Produktionsbedingungen hier im Knast) ... Dank auch für den AK, den ich regelmäßig anstandslos erhalte. Beschlagnahmt ist allerdings das Buch „Innen-Welt – Verständigungstexte Gefangener". Was für Euch sicher neu ist: auch hier in Wolfen b ü t t e l ist inzwischen ein Hochsicherheitstrakt gebaut worden..."

Wahlbündnis mit Kommunisten nicht verfassungsfeindlich

Der graduierte Sozialarbeiter K. hatte sich für ein Praktikantenamt des Fachbereichs Sozialpädagogik an einer hessischen Fachschule beworben und war vom Fachbereich unter neun Bewerbern zur Einstellung vorgeschlagen worden. – Allein, das Land Hessen lehnte ab, da es Zweifel an K.'s Verfassungstreue hat, die es mit K.'s ehemaliger Mitgliedschaft in der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft Fachhochschule begründet. Im Rechtsstreit bestätigte nun das Landesarbeitsgericht Hessen das positive Urteil des Arbeitsgerichts und verpflichtete das Land auf Einstellung K.'s.

„Der Kläger hat eingeräumt," so betonte das Gericht, *„einige Zeit in der ‚Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft Fachhochschule' (SAG/FHS) mitgearbeitet und für diese Gruppe einmal zu den Studentenratswahlen kandidiert zu haben."* Das beklagte Land habe aber nicht vorgetragen, daß die SAG/FHS als eine verfassungsfeindliche Organisation in Erscheinung trat. Es stützte seine Bedenken vielmehr darauf, *„daß sich die SAG/FHS im Rahmen einer sogenannten ‚Roten Liste' mit anderen verfassungsfeindlichen Gruppierungen (Kommunistische Hochschulgruppe/Neues Rotes Forum und Gruppe Internationaler Marxisten) zu einem Wahlbündnis zusammengeschlossen habe."* Dies aber, so die LAG–Kammer, reiche über vage Zweifel hinaus nicht für begründete Bedenken an der Verfassungstreue des Klägers.

Wahlbündnisse dieser Art würden zur Verfolgung begrenzter hochschulpolitischer Ziele geschlossen, häufig beteiligten sich an ihnen auch anerkannt demokratische Gruppierungen. *„Letzteres mag bedauert werden"*, äußerte die LAG–Kammer. *„es ändert sich aber nichts daran, daß der Umstand des Eingehens eines vorübergehenden Wahlbündnisses für sich allein nicht ausreicht, eine daran beteiligte Gruppe, ihre Mitglieder und Funktionäre dem begründeten Verdacht auszusetzen, ebenso wie der eine oder andere Partner des Wahlbündnisses verfassungsfeindliche Ziele zu verfolgen."*

Auch die dem Bewerber vom Land Hessen vorgeworfene Behauptung, K. habe die „Rote Fahne" bezogen, wies das Gericht zurück mit der Begründung: *„Die Wahrnehmung des Rechts der Informationsfreiheit durch den Bezug und die Lektüre ‚linker' Presseerzeugnisse ist für sich allein noch nicht geeignet, Rückschlüsse auf die Verfassungstreue des sich Informierenden zu ziehen."*

Zu dem Vorwurf, der Bewerber habe zwischen 1975 und 1977 wiederholt Veranstaltungen des vom KBW beeinflußten Komitees gegen den §218 besucht, sagt das Urteil aus, dies sei durch die grundgesetzlich garantierte Informationsfreiheit gedeckt. Außerdem falle die Auseinandersetzung mit dem §218 in K.'s Berufstätigkeit als Sozialarbeiter, daher habe er auch an Veranstaltungen der SPD, CDU, FDP usw. teilgenommen.

Schließlich weist das Gericht noch den Vorwurf des Landes Hessen zurück, bei dem Bekenntnis K.'s zur BRD handele es sich nur um ein ‚Lippenbekenntnis'. Das Gericht hierzu – dies sei eine durch nichts belegbare Vermutung.

Insgesamt ein sehr positives Urteil, das hoffentlich auch in anderen ähnlich gelagerten Fällen von den Betroffenen genutzt werden kann (Aktenzeichen 9 Sa 375/79 laut „FR").

Berufsverbotekommission KB/Gruppe Hamburg

FRITZ TEUFEL

ROBERT JAROWOY

Märchen aus der Spaßgerilja



LIBERTÄRE ASSOZIATION

verlag roter funke 

Verlag Roter Funke, Feldstraße 13, 2800 Bremen 1

SPD will noch mehr Grundsätze

Neben der Diskussion über das Verfahren bei **Einstellung** von Bewerbern in den öffentlichen Dienst, gewinnt – nach den Disziplinargerichtsverfahren gegen die Beamten Hans Peter und Hans Jürgen Langmann – die Frage nach der Entlassung bereits eingestellter bzw. verbeamteter Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst zunehmend an Bedeutung.

Auf Antrag des SPD–Abgeordneten Peter Conradi beschloß die SPD–Bundestagsfraktion, die Bundesregierung aufzufordern, auch in dieser Sache Grundsätze zu formulieren, die sich an den (recht liberalen) Beschlüssen des Kölner Parteitages von 1978 orientieren sollen.

Die „Recht"sprechung in dieser Sache hatte sich dahin entwickelt, bereits die Mitgliedschaft in einer angeblich verfassungsfeindlichen Partei, in jedem Fall aber die Kandidatur für eine solche, als Dienstvergehen zu werten, da – zumindest für die DKP – davon ausgegangen wird, daß es ohnehin nur aktive Mitgliedschaft gebe. Eine solche Rechtsprechung steht nun doch zu offensichtlich in krassem Widerspruch zu der noch vor Jahresfrist auf Hochtouren laufenden „Liberalisierungskampagne" der SPD, und damit besteht die Gefahr, daß sich diese Kampagne vor der in– und ausländischen demokratischen Öffentlichkeit als das entpuppt, was sie von Anfang an war, nämlich Schwindel.

Conradi und mit ihm breite Teile der SPD versuchen jetzt zu retten, was noch zu retten ist, während die CDU/CSU ihrerseits das Thema begeistert in ihr Wahlkampfrepertoire aufnimmt, um die ach so linksradikale Politik der SPD anzuprangern.

Das alte Spiel mit den alten Regeln geht so in eine neue Runde. Für die Betroffenen verbessert sich nichts.



Splitter kontra Balken

Aufruf zur Unterstützung des IV. IV. Russell-Tribunals über die Rechte der Indianer Nord-, Mittel- und Südamerikas



Wie bereits früher berichtet (siehe AK 175) wird das 4. Russell-Tribunal die Situation der Indianer Nord-, Mittel- und Südamerikas untersuchen. Nachdem sich das erste und zweite Russell-Tribunal mit der US-Intervention in Vietnam, bzw. der Repression unter den lateinamerikanischen Militärregimes befaßte, und das dritte Tribunal die Beschränkung von Bürgerrechten in der Bundesrepublik zum Thema hatte, will die „Russell-Peace-Foundation" diesmal auf die bedrohten ethnischen Minderheiten (Mehrheiten) aufmerksam machen.

Trotz seines exemplarischen Charakters soll die Begrenzung auf den amerikanischen Doppelkontinent die besondere Situation der indianischen Völker herausstellen, die z.B. bis heute nicht in den Genuß der Entkolonialisierung kamen. Ethnozid (kultureller Völkermord) und Genozid (Ausrottung oder physischer Völkermord) sind die abstrakten Begriffe für historische und aktuelle Verbrechen an diesen Völkern. Aber die Indianer werden daneben konkrete Anklagen über Landraub, Vertreibung, Zwangssterilisierung und Assimilierung (durch ihnen fremde Schul-, Wirschafts-, Gesellschafts- und Regierungssysteme) erheben und auf die sie bedrohenden Formen von Umweltzerstörung, Seuchen, Kriminalisierung, Alkoholismus und Prostitution hinweisen.

Souveränität und Selbstbestimmung sind die berechtigten Forderungen der seit Jahrhunderten geknechteten und verfolgten indianischen Nationen.

Die für das IV. Russell-Tribunal verantwortlichen Organisationen sehen ihre Arbeit in einem direkten Zusammenhang mit der im nachfolgenden Text beschriebenen Genfer Konferenz der Non-Governmental Organisations (NGOs) zur Situation beider Amerika (1977) und vor allem deren Schlußresolution. Sie hoffen, die Situation der Indianer Nord-, Mittel- und Südamerikas an konkreten, gut dokumentierten Fällen bekannter zu machen, und durch die internationale Bedeutung des Tribunals positiven Einfluß auf die Lebensbedingungen in den verschiedenen Ländern der Amerikas auszuüben.

Trotz des gegenwärtigen Prozesses politischer Entkolonialisierung, durch den viele sogenannte Dritte-Welt-Länder politisch unabhängig geworden sind, leiden die verschiedensten Länder immer noch unter den Folgen der früheren Kolonialpolitik vieler europäischer Staaten sowie unter den Auswirkungen der wirtschaftlichen Hegemonie dieser und anderer Staaten auf dem Weltmarkt.

Der täglich steigende Bedarf der westlichen Konsumgesellschaften an Rohstoffreserven und Energiequellen wird zur Folge haben, daß bald auch die letzten mehr oder weniger autonom lebenden eingeborenen Volksgruppen von ihren angestammten Gebieten vertrieben werden. Und dies, obwohl man weiß, daß das Land die wichtigste Existenzgrundlage für ein Volk ist, gleichgültig ob es sich um ein Volk von Bauern, von Jägern oder von Sammlern handelt. Landrechte der Urbevölkerungen werden oft von Regierungen und staatlichen Autoritäten nicht anerkannt oder verletzt.

Die zwangsweise (politische, ökonomische, soziale und kulturelle) Integration in die sie umgebenden, stärker technologisch entwickelten Gesellschaften wird eine Folge all dessen sein; sie entbehrt jedoch jeglicher Rechtsgrundlage und stützt sich schlicht auf das althergebrachte „Recht des Stärkeren" - genau wie zu Zeiten des europäischen Kolonialismus.

Im Nachfolgenden werden wir näher auf die spezielle Situation der eingeborenen Völker Nord- und Südamerikas eingehen. Dabei sollte nicht vergessen werden, daß deren Situation viele Parallelen in der ganzen Welt hat.

Vom 20. - 23. September 1977 fand in Genf die Internationale Konferenz der nichtstaatli-

Vom 20. - 23. September 1977 fand in Genf die Internationale Konferenz der nichtstaatli-

chen Organisationen über die Diskriminierung der Urbevölkerung Amerikas statt. Die Situation der eingeborenen Völker in Süd- und Nordamerika wurde in der Schlußresolution dieser Konferenz folgendermaßen dargestellt:

„Die Situation mag von Land zu Land unterschiedlich sein, die Grundzüge sind überall die gleichen; sie beinhalten die gewaltsame Kolonisierung, die den Weg zur Ausplünderung des Landes und seiner Reichtümer zur Befriedigung der Profitinteressen des Handels ebnet; das jahrhundertelange Hinmorden von Millionen von Ureinwohnern und das fortgesetzte Greifen nach ihrem Land, das sie daran hindert, ihre eigenen Rohstoffquellen und Lebensmölichkeiten auszuschöpfen und zu entwickeln; die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für eingeborene Völker, wodurch ihr traditionelles Wertsystem und ihre sozio-kulturellen Strukturen zerstört werden." (vgl. dazu den vollständigen Text der Schlußresolution in pogrom Nr. 54/55/56, 9. Jg., Sonderausgabe „Indianer in Europa")

Dieses traditionelle Wertsystem und die soziokulturelle Struktur werden außerdem zerstört durch die Einflüsse von Missionierung und Evangelisation. Darüber hinaus läßt die gesundheitliche Situation in vielen Eingeborenengemeinden sehr zu wünschen übrig. Das in Genf vorgetragene Beweismaterial erwies deutlich das Fortbestehen solcher Unterdrückung, die die immer noch andauernde Vernichtung eingeborener Völker zur Folge hat.

Diese Konferenz empfahl Maßnahmen, die von den nicht-staatlichen Organisationen entsprechend ihren Aufgaben und Möglichkeiten verwirklicht werden sollten. Eine dieser Empfehlungen war, daß nicht-staatliche und zwischenstaatliche Organisationen Konferenzen, Lehrgänge und Kolloquien auf verschiedenen Ebenen - regional, national, global - veranstalten sollten, und zwar unter vollberechtigter Teilnahme eingeborener Völker, um so die durch die Konferenz weltweit bekannt gewordenen Probleme in der Öffentlichkeit präsent zu halten und um in Zukunft ein Forum für neue Aussagen dazu zu schaffen.

Die Veranstaltung eines Tribunals über die oben erwähnten Probleme ist ganz im Sinne dieser Empfehlung, und es sollte deshalb von nicht-staatlichen und zwischenstaatlichen Organisationen unterstützt werden. Im Verlauf des Tribunals könnte nicht nur die auch nach der Genfer Konferenz andauernde Unterdrückung der eingeborenen Völker Nord- und Südamerikas (und vielleicht auch anderswo) vor der Weltöffentlichkeit dokumentiert werden, sondern es könnte auch untersucht werden, welche Rolle das Ausland bei der Beendigung oder Erleichterung der Mißstände spielen könnte und warum das Ausland eine solche Rolle übernehmen müßte.

Die Eingeborenenvölker Nordamerikas wie auch die Indianervölker Südamerikas waren zur Zeit der Ankunft von Columbus politisch unabhängige, eigenständige Gemeinschaften. Die Souveränität der Eingeborenenvölker Nordamerikas wurde zuerst von Holland, Frankreich und Großbritannien anerkannt, die alle Verträge abschlossen mit der Konföderation der Sechs Nationen, auch Irokesenkonföderation genannt. Diese Souveränität wurde in der Folge auch von der unabhängigen Republik der Vereinigten Staaten von Amerika anerkannt, die zwischen 1778 und 1871 371 Verträge mit Indianernationen abschloß.

Diese Verträge waren und sind internationale Dokumente, die zwischen souveränen Partnern abgeschlossen worden sind. Es ist nie die Intention der amerikanischen Verfassung gewesen, den amerikanischen Kongreß mit der Gesetzgebung für die indianischen Völker zu beauftragen, genausowenig wie über andere ausländische Staaten. Wenn eine Indianernation einen Vertrag mit den Vereinigten Staaten abschloß, handelte es sich hierbei lediglich um einen Friedensvertrag, bei dem

Staaten abschloß, handelte es sich hierbei lediglich um einen Friedensvertrag, bei dem

die betreffende Indianernation ihre Souveränität behielt.

Eingeborenennationen im heutigen Canada schlossen ebenfalls Verträge ab (11 mit der britischen Krone).

Demnach ist die Situation der Eingeborenenvölker in Nordamerika nicht die eines internen Konfliktes mit Kanada oder mit den Vereinigten Staaten, sondern die eines internationalen Konfliktes. Die fortgesetzte Verletzung der Souveränität dieser Nationen wie auch das Verwehren von vertraglich festgelegten Rechten (z.B. Land-, Fischerei- und Jagdrechte) ist deshalb eine Angelegenheit, die die gesamte Staatengemeinschaft angeht.

Die Regeln des Völkerrechts und die darunter fallenden Verträge bestimmen in erster Linie die Beziehungen der souveränen Staaten innerhalb der Völkergemeinschaft. Diese Regelungen sollen kleinere und / oder schwächere Nationen in den Stand versetzen, ihre Souveränität und politische Unabhängigkeit zu bewahren. Deshalb sollte es Pflicht und Interesse jedes souveränen Staates sein, darauf zu achten, daß diese Regeln des Völkerrechts eingehalten werden. Es ist unannehmbar, daß Verletzungen dieser Regeln toleriert werden, denn dies würde ein Aushöhlen der Basis internationaler Beziehungen bedeuten und eine zunehmende Rechtsunsicherheit zur Folge haben. Es ist demnach von größter Wichtigkeit, daß Repräsentanten der Weltöffentlichkeit Gelegenheit gegeben wird, sich über Vertragsverletzungen und über Verletzungen von Menschenrechten und anderen Rechten der eingeborenen Völker Nord- und Südamerikas zu informieren und diese Verletzungen zu verurteilen.

Nicht nur der Kolonialstatus der Eingeborenenvölker mit Vertragsrechten, sondern auch der Kolonialstatus jener ohne Vertragsrechte muß zu einer Angelegenheit der Weltöffentlichkeit werden. Denn Kolonialismus ist eine Bedrohung für jede souveräne Nation. Eingeborene Völker mit oder ohne Vertragsrechte gründen ihr Recht auf Souveränität auf die Tatsache, daß sie immer eigenständig gewesen sind, und nicht auf die Anerkennung (oder Nichtanerkennung) ihrer Souveränität durch den Staatsapparat. Für die Repräsentanten und Regierungen der 35 Staaten, die die Schlußakte von Helsinki am 1. August 1978 unterzeichneten, war es besonders wichtig, die Lage der eingeborenen Völker Nordamerikas in einen internationalen Rahmen einzubinden, denn die Verletzungen der Vertragsrechte dieser Völker durch die Regierungen der Vereinigten Staaten und Kanadas stehen im Widerspruch zu Par. 10 der Schlußakte. Dieser, Paragraph besagt, daß die Unterzeichnerstaaten in gutem Glauben ihre Verpflichtungen gemäß dem Völkerrecht erfüllen werden, die ihnen aus Verträgen oder anderen Übereinkünften erwachsen. Die Kritik einer Reihe dieser 35 Staaten bezüglich der Verletzung der Schlußakte durch die Sowjetunion würde an Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn sich diese Kritik auch auf die Länder selbst oder andere Unterzeichner beziehen würde. Weiter muß auf die besonderen Verbindungen zwischen einer Anzahl europäischer Staaten und Eingeborenennationen Nordamerikas hingewiesen werden. Erwähnt wurden schon die internationalen Verträge zwischen der Irokesenföderation und Holland, Frankreich und Großbritannien, wobei diese Staaten die Souveränität der Konföderation anerkannten. Diese europäischen Staaten machen sich selbst unglaubwürdig und verstärken die Rechtsunsicherheit, wenn sie nicht den Kampf der Irokesen um internationale Anerkennung ihrer Souveränität unterstützen.

Die Existenz dieser besonderen Verbindungen kam 1924 wieder zum Tragen, als Holland als eines der wenigen westlichen Länder den Souveränitätsanspruch der Sechs Nationen der Irokesen im damaligen Völkerbund unterstützte. Außerdem schlossen kanadi-

nen der Irokesen im damaligen Völkerbund unterstützte. Außerdem schlossen kanadi-

sche Indianernationen 11 Verträge mit der britischen Krone ab. Verletzungen dieser Verträge durch den kanadischen Staat fallen demnach unter die direkte Verantwortlichkeit Großbritanniens.

Europäische und andere Industriestaaten sind auch tief verwickelt in die Unterdrückung eingeborener Völker in Südamerika. Brasilien ist in den letzten Jahren dabei, weite Teile des Amazonasgebietes zu erschließen. Straßenbau, Ausbeutung von Naturreichtümern und Kolonisierung des Gebietes bedeuten für die noch überlebenden Eingeborenen die Alternative: Tod oder erbarmungslose Integration. Der Präsident der FUNAI, der nationalen Indianerstiftung, machte dies deutlich, als er sagte: „Es wird meine Aufgabe sein, die Indianer in die nationale Gesellschaft zu integrieren, denn es ist unmöglich, die Entwicklung dieses Landes mit der Begründung aufzuhalten, daß Indianer beschützt und in ihren ursprünglichen Lebensbedingungen belassen werden müßten." Der brasilianische Innenminister, Mauricio Rangel Reis, ließ ebenfalls keinen Zweifel bestehen: „Unsere Politik ist auf eine möglichst rasche Integration der indianischen Bevölkerung in die nationale Gesellschaft ausgerichtet." In voller Übereinstimmung mit dieser Politik war FUNAI gezwungen, indianische Landrechte den größeren ökonomischen Interessen des Straßenbaus, des Bergbaus und der Agrarindustrie zu opfern. In allen drei Bereichen ist ausländische Beteiligung von grundlegender Bedeutung. Die Interamerikanische Entwicklungsbank (BID) und die Weltbank stellen Geld zur Verfügung, multinationale Unternehmen investieren, und die brasilianische Regierung sorgt für die Infrastruktur.

In Bolivien bestehen genau ausgearbeitete Pläne für die Einwanderung von 150.000 Südafrikanern. Viele Weiße, denen die Zukunft in Südafrika zu unsicher ist, suchen eine Ausweichmöglichkeit in Südamerika. Hierüber haben Verhandlungen zwischen der ICEM (Intergovernemental Committee for European Migration), der Bundesrepublik Deutschland und mehreren südamerikanischen Staaten stattgefunden. Mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland sollen ca. 30.000 Familien aus Rhodesien, Namibia und Südafrika im östlichen Teil Boliviens angesiedelt werden. Laut Berichten sollen die ersten 50 Familien schon eingetroffen sein.

Das Ansiedeln so vieler Weißer mit zweifelhaftem politischem Hintergrund bedeutet eine Bedrohung der indianischen Bevölkerung Boliviens. Jan Voley, der Leiter einer Delegation der Südafrikanischen Nationalpartei, die kürzlich in Bolivien war, erklärte, die örtlichen Indianer hätten einen Entwicklungsstand, der „dem der schwarzen Südafrikaner vergleichbar ist", und man könne ihnen leicht manuelle Tätigkeiten beibringen. „Sie sind nicht gerade die produktivsten Menschen, die ich je gesehen habe. Sie haben ein bißchen mehr Selbstwertgefühl als unsere Schwarzen, und ansonsten laufen sie ziemlich sauber rum" - soweit Foley. Rassistische Weiße aus Südafrika könnten die neuen Unterdrücker in Bolivien werden.

Die neuen Kolonisatoren erhalten Kredite, landwirtschaftliche Ausbildungen und alle Er-

Bolivien werden.
Die neuen Kolonisatoren erhalten Kredite, landwirtschaftliche Ausbildungen und alle Er-

leichterungen, die die indianischen Bauern in Bolivien nie hatten. Die Ankunft der Weißen wird die Vertreibung der Eingeborenen zur Folge haben; diese müssen dann auf weißen Anwesen als Arbeiter ihr Geld verdienen. So wird der Kampf der bolivianischen eingeborenen Völker um eine selbstgestaltete ökonomische Entwicklung und um die Erhaltung ihrer kulturellen Identität noch schwerer werden.

Zusammenfassend kann man sagen, daß jeder souveräne Staat mehr oder weniger in die Problematik der eingeborenen Völker Amerikas verwickelt ist - oder auch anderswo. In Hinblick auf die internationalen Aspekte des Problems erscheint das Zustandekommen eines internationalen Tribunals über die Lage der Eingeborenen sehr wünschenswert. Dieses Tribunal kann langfristig dazu beitragen, daß alle Staaten ihren Standpunkt bezüglich des Konflikts zwischen eingeborenen und nicht-eingeborenen Völkern überdenken und ihre Außenpolitik daran ausrichten. Internationale Solidarität mit eingeborenen Völkern ist ein großer Schritt in Richtung auf die Anerkennung ihrer Souveränität, sofern sie sie fordern. Weiterhin kann die durch ein Tribunal erreichte Solidarität zur Folge haben, daß Verletzungen von Menschenrechten und von Vertragsrechten wie Land-, Fischerei-Jagd- und anderen Rechten seltener vorkommen. Ein Tribunal könnte die oben angesprochenen Probleme in den Köpfen von Politikern, Beamten und Bürgern bewußt machen - und das bedeutet für viele Leben oder Tod.

Amsterdam, 26.6.78 - Steef Davidson (Publizist), Wessel Huisman (NANAI), Ben Vermeer

Amsterdam, 26.6.78 - Steef Davidson (Publizist), Wessel Huisman (NANAI), Ben Vermeer

(WIZA)

Das Tribunal soll, wie schon gesagt, nicht als Forum für allgemeine Klagen dienen, sondern es sollen ganz konkrete Rechtsverletzungen dargestellt und verhandelt werden. Dazu war es notwendig, das Ganze in einen juristischen Rahmen zu stellen, der auch als Leitlinie für die Aufarbeitung der einzelnen Fälle dient. Diese juristische Grundlage wird im nachfolgenden Artikel aufgezeichnet. Der Verfasser ist Rechtsberater von Survival International.

WARUM EIN INTERNATIONALES TRIBUNAL ?
Der juristische Hintergrund

Eingeborenen werden im Völkerrecht weitreichende Rechte zugestanden, aber die Mittel zu ihrer Durchsetzung werden ihnen verwehrt. Diese Ungereimtheit ist darauf zurückzuführen, daß die eingeborenen Völker eher als Objekt denn als Subjekt des Völkerrechts betrachtet werden. Diese Tatsache verdeutlicht die dringende Notwendigkeit des Internationalen Tribunals über die Rechte der amerikanischen Indianer.

Im 19. Jahrhundert wurde die Souveränität eingeborener Völker oft anerkannt. Dies war z.B. die Haltung Großbritanniens gegenüber den Maoris vor dem Verzicht auf Neuseeland im Jahr 1840. Die Vereinigten Staaten haben einst ihre Indianervölker als eigenständige Nationen behandelt, und noch 1885 hat der amerikanische Delegierte bei der Berliner Afrikakonferenz bemerkt, daß „modernes Völkerrecht stark dahin tendiert, das Recht der eingeborenen Völker anzuerkennen, frei über sich und ihr ererbtes Gebiet zu verfügen. In Übereinstimmung mit diesem Prinzip würde meine Regierung umfassendere Verordnungen begrüßen, die auf dem Grundsatz basieren, eine freiwillige Übereinkunft mit den Völkern zu erreichen, deren Land in Besitz genommen worden ist; dies jedenfalls in allen Fällen, in denen sie keine Gewalt provoziert haben."

Aber die Berliner Konferenz verwarf kurzerhand den Vorschlag, daß „unzivilisierte" Völker Rechte erhalten sollten, die ihre freiwillige Zustimmung erforderlich machten, wenn eine international anerkannte Regierung über sie verfügen wollte, und in vielen Ländern schlug die Rechtsprechung einen ähnlichen Kurs ein. Typisch für die paternalistische Haltung der Gerichte war Oberrichter Marshalls Beschreibung der nordamerikanischen Indianer in „Cherokee Nation versus State of Georgia" (1831). Er sagte, daß indianische Stämme betrachtet werden müssen als „einheimische, abhängige Nationen, ... die sich im Stadium der Minderjährigkeit befinden. Ihr Verhältnis zu den Vereinigten Staaten läßt sich mit dem eines Mündels zum Vormund vergleichen. Sie erwarten Schutz vor unserer Regierung ... und betrachten den Präsidenten als ihren Großen Weißen Vater."

Gegen Ende des Jahrhunderts wurde diese Auffassung weitgehend von Völkerrechtlern übernommen. Im Rechtsfall der Cayuga-Indianer im Jahr 1926 entschied das British and American Claims Tribunal, daß ein Indianerstamm kein Subjekt des Völkerrechts sei und daß er ein Rechtskörper nur in soweit sei, als ihn die Gesetzgebung des Landes, in dem er lebe, als solchen betrachte. Zwei Jahre später führte die umstrittene Souveränität der

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 37

Insel Palmas zu einem anderen internationalen Schiedsspruch, in dem der Richter Max Hubor es als eine Selbstverständlichkeit betrachtete, daß Verträge, die zwischen der Ostindischen Kompanie und Häuptlingen der Insel abgeschlossen worden waren, „nicht, im Sinne des Völkerrechts, Verträge oder Übereinkommen waren, die Rechte und Verpflichtungen schaffen können, wie sie üblicherweise nach dem Völkerrecht aus Verträgen hervorgehen." Der Ständige Internationale Gerichtshof kam zu einem ähnlichen Schluß im Fall des Status von Ostgrönland (1939), als er all das Territorium als terra nullius (Niemandsland) einstufte, das von „rückständigen" Völkern bewohnt war, deren politische Organisation nicht den westlichen Normen entsprach. Daraus folgte, daß diese Gebiete - ungeachtet der Wünsche der Ureinwohner - automatisch der erstbesten zivilisierten Macht zufielen, die sie zu besetzen beliebte.

Diese juristischen Entwicklungen hatten ihre Wurzeln in einer Vorstellung von Urvölkern, die sich mehr auf blinde Vorurteile stützte als auf wissenschaftliche Tatsachen. Und natürlich bot die Tatsache, daß den Einheimischen ein Rechtsstatus verweigert wurde, eine bequeme Rechtfertigung für den Drang des Westens nach territorialer Expansion. Eine verspätete Anerkennung des Unrechts, das auf diese Weise den eingeborenen Völkern zugefügt worden ist, kam vor nicht allzu langer Zeit durch den Internationalen Gerichtshof in seinem Gutachten über die Westsahara (1975) zum Ausdruck, wo der Gerichtshof schwerwiegende Bedenken äußert über die Anwendung der Terra-Nullius-Doktrin in bezug auf Land von eingeborenen Völkern. Der Vizepräsident des Gerichtshofes, Richter Fouad Ammoun, stützte sich vor allem auf die Argumentation, die der erste Verfechter der Rechte der Eingeborenen, Francisco de Vitoria, schon vor Jahrhunderten entwickelt hat. In „Reflectiones de Indis recenter inventis et de iure belli Hispanorum" (1557) behauptete Vitoria, daß nach internationalem Recht „,... die Ureinwohner ohne Zweifel die rechtmäßige Oberhoheit sowohl in öffentlichen wie auch in privaten Angelegenheiten hätten, genau wie die Christen, und weder ihre Fürsten noch Privatpersonen dürften ihres Besitzes beraubt werden mit der Begründung, sie seien nicht dessen Eigentümer." Laut Richter Ammoun ist dies der Standpunkt, der heute eingenommen werden muß, während der Grundsatz der „res nullius", der „zu allen Zeiten bis ins 20. Jahrhundert hinein zur Rechtfertigung von Eroberung und Kolonisierung benützt wurde, heute ver-

Standpunkt, der heute eingenommen werden muß, während der Grundsatz der „res nullius", der „zu allen Zeiten bis ins 20. Jahrhundert hinein zur Rechtfertigung von Eroberung und Kolonisierung benützt wurde, heute ver-urteilt werden muß."

Es bleibt abzuwarten, ob das Gericht diesem Spruch in letzter logischer Konsequenz folgen und den eingeborenen Völkern den ihnen zustehenden Platz im Völkerrecht einräumen wird. Inzwischen wird jedoch die traditionelle Klassifizierung der eingeborenen Gemeinschaften als Objekte und nicht als Subjekte des Völkerrechts bestehen bleiben; und die verheerenden Auswirkungen dieser Klassifizierung werden die Sache der Eingeborenen weiter schwächen. Ein Volk mag ein Gebiet bewohnen, das weit größer ist als das Territorium vieler moderner Kleinstaaten, und er mag einen beträchtlichen Grad an sozialer und ökonomischer Unabhängigkeit aufweisen - trotzdem wird er keinen „locus standi" vor internationalen Gerichtshöfen erhalten. Seine Verträge und traditionellen Gesetze werden nur die Gültigkeit erhalten, die der Staat, in dessen Grenzen er lebt, ihnen zugesteht. Der höherstehende und grundsätzliche Rechtsanspruch auf Stammesgebiete wird als dem Staat zustehend betrachtet, auch wenn diese Gebiete nie von staatlichen Behörden erforscht oder vermessen worden sind. Auf diese Weise erhält die Urbevölkerung nur einen geringen oder keinen Gegenwert für ihr Land.

Kurz gesagt: die eingeborenen Völker werden effektiv daran gehindert, ihre Rechte auf den üblichen Wegen des Völkerrechts durchzusetzen. Daraus resultiert die Notwendigkeit des Intenationalen Tribunals über die Rechte der amerikanischen Indianer, das den Indianern Nord- und Südamerikas im Augenblick das einzig mögliche Forum bieten kann, um ihre Beschwerden an die Öffentlichkeit zu bringen.

Die Aufgabe des Tribunals ist klar. Es wird entscheiden, ob das Beweismaterial, das ihm sowohl von Indianern als auch von fachkundigen Zeugen unterbreitet wird, Verletzungen der jetzt international anerkannten Rechte der eingeborenen Völker durch nationale Regierungen bestätigt. Wenn es das Tribunal für angebracht hält, kann es Maßnahmen empfehlen, durch die bestimmte nachgewiesene Rechtsverletzungen abgestellt werden. Es kann auch prüfen, ob das Beweismaterial in einem besonderen Fall (im Sinne der ECOSOC-Resolution 1503) auf ein „ständig wiederkehrendes Muster grober und zuverlässig nachgewiesener Verletzungen der Menschenrechte" hinweist. Wenn ein solches Muster enthüllt worden ist, würde sich das Tribunal wahrscheinlich für eine Petition an die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen entscheiden und dort um weitere Aktionen bitten.

Wenn das Beweismaterial auf eine oder mehrere Verletzungen der ILO (International Labour Organisation)-Konvention über eingeborene Völker hinweist, könnte das Tribunal überlegen, ob Schritte zur Darstellung des Falles oder zur Einreichung einer Beschwerde nach Art. 24 und 26 der ILO-Verfassung unternommen werden sollten.

Die Rechte der Urbevölkerungen, mit denen sich das Tribunal in erster Linie befassen wird, sind in zwei Kategorien einzuordnen:

- diejenigen, die in den Menschenrechtspakten und -übereinkommen der Vereinten Nationen enthalten sind
- diejenigen, die in der ILO-Konvention über eingeborene Völker zusammengestellt sind.

Offizielle Kopien all dieser Dokumente werden dem Tribunal natürlich vorliegen. Ihr Inhalt könnte folgendermaßen kurz zusammengefaßt werden:

1. Die UN-Konvention zur Verhütung und Bestrafung von Völkermord (Genozid) wurde am 9. Dezember 1948 angenommen und von mehr als 70 Ländern ratifiziert. Unter Genozid versteht man Handlungen, die in der Absicht unternommen werden, ethnische oder rassische Gruppen ganz oder teilweise zu vernichten. Darunter fällt auch ausdrücklich „das absichtliche Herbeiführen von Lebensbedingungen, die die physische Vernichtung einer Gruppe zum Ziel haben". Dies mag auch auf Entwicklungsprojekte und Bergbauunternehmungen zutreffen, die zwangsläufig die Umwelt zerstören, auf die marginalisierte Völker angewiesen sind.

2. Der UN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte trat am 23. März 1976 in Kraft und wurde sowohl von Kanada als auch von den USA sowie von sieben lateinamerikanischen Staaten ratifiziert. Er wurde durch den Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ergänzt, der am 3. Januar 1976 zum Gesetz erhoben wurde. Art. 1 (1) beider Konventionen besagt, daß „alle Völker ... das Recht auf Selbstbestimmung (haben). Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung." Artikel 1 (2) besagt: „Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen ... In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden."

Der Terminus „Völker" wird in keinem der Pakte definiert, aber es ist ziemlich eindeutig, daß er sich auch auf eingeborene Gruppen erstreckt, deren ethnische, rassische und soziale Merkmale sie von der Kultur der Mehrheit unterscheiden. Diese Auslegung wird von den Vorbereitungsarbeiten zu den Pakten gestützt, die dem Tribunal zur Einsicht vorliegen werden. Damit wird das Tribunal in der Lage sein, jegliches Beweismaterial daraufhin zu überprüfen, ob es den Vorwurf einer Verletzung des Art. 1 (1) erhärtet, d.h. ob einem Stamm das Recht auf politische Selbstbestimmung oder auf Selbstbestimmung der wirtschaftlichen Entwicklung verwehrt worden ist oder ob er seiner Existenzgrundlage beraubt worden ist.

3. Art. 27 der Konvention über bürgerliche und politische Rechte besagt, daß Angehörigen ethnischer, religiöser oder sprachlicher Minderheiten „nicht das Recht vorenthalten werden darf, gemeinsam mit anderen Angehörigen ihrer Gruppe ihr eigenes kulturelles Leben zu pflegen, ihre eigene Religion zu bekennen und auszuüben oder sich ihrer eigenen Sprache zu bedienen." Diese Vorschrift wird ergänzt durch Art. 18 (2), der lautet: „Niemand darf einem Zwang ausgesetzt werden, der ihn in seiner Religions- und Glaubensfreiheit in irgendeiner Weise einschränkt." In diesem Zusammenhang ist „Zwang" nicht beschränkt auf körperliche Gewalt, sondern erstreckt sich auch, wie eine Studie der UN über religiöse Diskriminierung bereits ausgewiesen hat, auf Missionsarbeit unter Eingeborenen, denen eine materielle Belohnung für Abschwörung ihres traditionellen Glaubens angeboten wird. Demzufolge werden auch die Vorgehensweisen des Sommerinstituts für Linguistik ein Untersuchungsgegenstand des Tribunals sein.

4. Andere Bestimmungen des Paktes über bürgerliche und politische Rechte mit direktem Bezug zu den Urvölkern beinhalten: die Abschaffung von grausamen und erniedrigenden Strafen (Art. 7) und von Sklaverei und Zwangsarbeit (Art. 8); das Recht jedes einzelnen, im Fall einer gegen ihn erhobenen Anklage unverzüglich und detailliert in einer ihm verständlichen Sprache über Art und Grund des Vorwurfs unterrichtet zu werden (Art. 1 (4»; das Recht des Einzelnen auf Schutz vor willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben (Art. 1 (7». Außerdem muß das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (Art. 21 und 22) sicherlich auch Stammesversammlungen und -vereinigungen zugestanden werden, wie anderen Gruppen auch.

5. Die Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung wurde am 7. März 1966 zur Unterzeichnung vorgelegt und ist inzwischen von den meisten amerikanischen Staaten ratifiziert worden. Art. 2(2) erklärt: „Wenn die Umstände es erfordern, müssen vom Staat auf sozialem, wirtschaftlichem, kulturellem und anderem Gebiet besondere und konkrete Maßnahmen ergriffen werden, um die angemessene Entwicklung und einen ausreichenden Schutz bestimmter rassischer Gruppen oder deren Angehöriger zu gewährleisten, um so sicherzustellen, daß sie in den vollen und gleichberechtigten Genuß der Menschenrechte und der grundlegenden Freiheiten gelangen."

Die verbindlichen Bedingungen dieses Artikels zeigen an (wie der Autor einer UN-Studie über Diskriminierung von Urvölkern bemerkt hat), daß „es die Pflicht des Staates ist, zum Wohle der Urbevölkerung in den unter seiner Rechtsprechung stehenden Gebieten besondere Maßnahmen zu ergreifen, besondere Rechte einzuräumen oder besondere Dienstleistungen zu erbringen, um damit seine Verpflichtung zu erfüllen, ihre ungünstige Lage zu verbessern." Viele Länder Nord- und Südamerikas haben hinsichtlich ihrer indianischen Völker „besondere Maßnahmen ergriffen, aber es wird Aufgabe des Tribunals sein, zu entscheiden, ob solche Maßnahmen zu ihrem Wohl waren oder nicht.

6. Zu den bürgerlichen Rechten, auf die lt. Art. 5 der Rassenkonvention jeder Mensch einen Anspruch hat, ungeachtet seiner Rasse, seiner Hautfarbe, seiner nationalen oder ethnischen Abstammung, gehört auch „das Recht, allein oder in Verbindung mit anderen Vermögen als Eigentum zu besitzen." Daraus folgt: wo nationale Gesetze dem weißen Siedler Eigentumsmittel an Land durch bloßen Besitz desselben zugestehen, muß es auch die Landansprüche der Urbevölkerung verteidigen: der Anspruch des Siedlers wie auch der des Ureinwohners basieren gleichermaßen auf Besitz, und eine Anerkennung des einen bei Mißachtung des anderen bedeutet unvermeidlich einen Verstoß gegen Art. 5. Das Recht auf Eigentum „in Verbindung mit anderen" ist ausdrücklich in diesen Artikel aufgenommen. Deshalb kann nicht behauptet werden, daß Ansprüche der Urbevölkerung hinfällig sind, weil die nationale Gesetzgebung gemeinschaftliche Rechtstitel nicht anerkennt. Im Rechtswesen mehrerer Staaten Südamerikas sind Gesetze eingeführt worden, die vorgeben, Indianerland vor Invasion zu schützen; auf der anderen Seite hindern sie Indianergemeinschaften daran, selbst zu ihrem Recht zu kommen. Das Tribunal könnte entscheiden, ob eine solche Gesetzgebung mit den Verpflichtungen aus Art. 5 in Einklang steht, die Staaten durch die Ratifizierung übernommen haben.

7. Jener Artikel muß in Verbindung gesehen werden mit Art. 11 der ILO-Konvention über eingeborene Völker und Stämme (Nr. 107). Diese letztere Konvention trat am 2. Juni 1959 in Kraft und wurde bis heute von 13 lateinamerikanischen Staaten ratifiziert. Kanada hat sie nicht ratifiziert, und die USA sind nicht einmal mehr Mitglied der ILO. Art. 11 besagt: „Die Eigentumsrechte der Angehörigen der genannten Bevölkerungsgruppen (d. h.: Angehörige in Stämmen lebender oder stammesähnlicher Bevölkerungsgruppen - d. Übers.) an dem von ihnen von alters her besiedelten Land sind anzuerkennen, gleichviel ob es sich um kollektive oder individuelle Rechte handelt."

Da die ILO-Delegierten sehr wohl wußten, daß der Anspruch der Ureinwohner normalerweise nur als Besitzanspruch betrachtet wird, deutet die ausdrückliche Verwendung des Wortes „Eigentum" darauf hin, daß die eingeborenen Völker das volle Eigentumsrecht über ihre angestammten Länder haben sollen. Die vorbereitenden Arbeiten (zu der Konvention) machen deutlich, daß der Terminus „Land" weit gefaßt ist und Flüsse, Seen und Wälder mitumfaßt. Und obwohl Art. 11 das Eigentum an Bodenschätzen nicht behandelt, bestimmt Art. 4 einer ergänzenden ILO-Empfehlung, daß die eingeborenen Völker „hinsichtlich des Eigentums an Bodenschätzen oder der Prioritätsrechte auf Ausbeutung derselben die gleiche Behandlung genießen (sollten) wie die anderen Angehörigen der Landesbevölkerung." Dies ist ein weiteres Gebiet, auf dem Untersuchungen durch das Tribunal notwendig sein könnten.

8. Von besonderer Wichtigkeit ist Art. 12 (1) der Konvention Nr. 107, der bestimmt, daß Stammesbevölkerungen „nicht ohne ihre freiwillige Zustimmung aus den Gebieten, in denen sie ansässig sind, ausgesiedelt werden (dürfen), es sei denn, daß dies im Einklang mit den Landesgesetzen aus Gründen der Landessicherheit, im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes oder der Gesundheit dieser Bevölkerungsgruppen geschieht." Ferner bestimmt Art. 12 (2), daß dort, wo eine Umsiedlung indianischer Gemeinschaften gerechtfertigt ist, ihnen „als Ersatz für ihren früheren Landbesitz Grund und Boden von mindestens gleich guter Beschaffenheit zuzuweisen (ist), dessen Ertrag ihre Bedürfnisse deckt und ihre künftige Entwicklung sicherstellt."

Die Terminologie von Art. 12 (2) weist eindeutig darauf hin, daß die Pflicht des Staates, irgendwo anders einen geeigneten Siedlungsraum zu finden, absolut und unabdingbar ist. Das Tribunal wird jedoch zu untersuchen haben, inwieweit dieser Pflicht bislang in Südamerika genügt worden ist.

9. Andere Aspekte der Konvention 107, die für das Tribunal von Bedeutung sein könnten, sind: das Verbot von Gewaltanwendung und Zwang gegen eingeborene Völker mit dem Zweck, ihre Integration in die nationale Bevölkerung voranzutreiben (Art. 2 (4); das Recht der eingeborenen Völker, „ihre Bräuche und Einrichtungen zu bewahren, soweit sie nicht mit der innerstaatlichen Rechtsordnung unvereinbar sind" (Art. 7 (2); und ihr Recht, frei zu sein von „persönlichen Dienstleistungen irgendwelcher Art, gleichviel ob entgeltlicher oder unentgeltlicher Art" (Art. 9).

Es wäre zwecklos, so zu tun, als stelle das Völkerrecht in seiner augenblicklichen Form einen ausreichenden Schutz der Rechte der Eingeborenen dar; seine Unzulänglichkeiten sind dafür viel zu offensichtlich. Aber es gibt doch einige grundlegende Rechtsnormen, nach denen das Tribunal die Haltung und die Politik der amerikanischen Staaten ihren Indianervölkern gegenüber beurteilen kann. Es wird es dem Tribunal ermöglichen, festzustellen, ob die Indianer **gegenwärtig** die Rechte genießen, die ihnen ohne jeden Zweifel zustehen - ungeachtet der Ungerechtigkeiten, die ihnen in der Vergangenheit zugefügt worden sind.

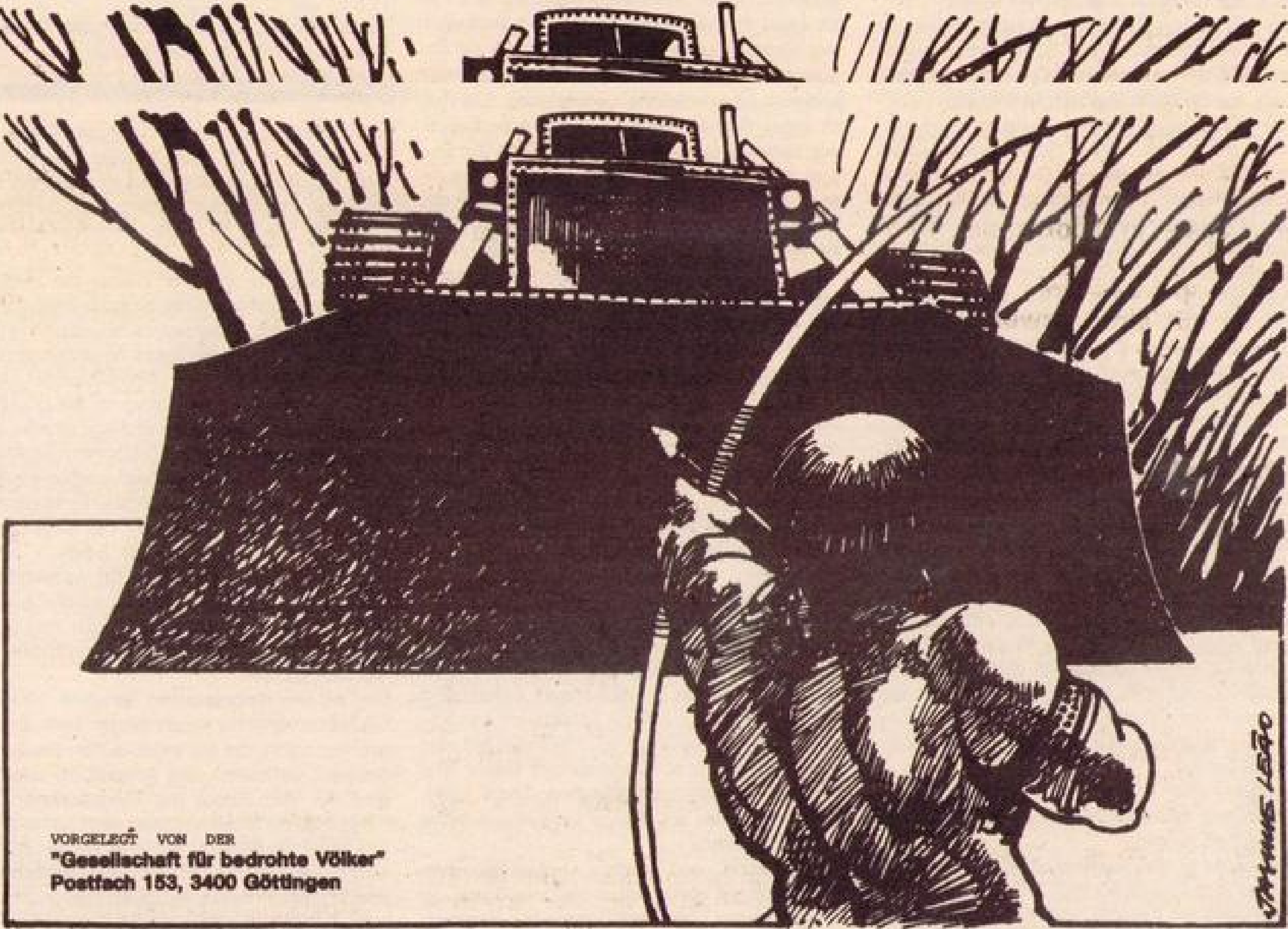
So wird sich also das Tribunal auf eine höchst praktische Arbeit einlassen müssen; und in dem Maß, wie es auf der Grundlage von glaubwürdigem Beweismaterial Verletzungen der Eingeborenenrechte feststellt, wird sein Urteil eine Herausforderung an die Vereinten Nationen und an die ILO darstellen, der sich diese Organisationen kaum entziehen können.

Gordon Bennett
Rechtsberater von
Survival International

30. Juli 1979

Survival International

30. Juli 1979



DIE ANSTEHENDEN FÄLLE

Die zu verhandelnden Fälle werden sich voraussichtlich strukturieren lassen nach den Gebieten

- Genozid (Genozid – Völkermord)
- Ethnozid (u.a. Missionen; Verweigerung von Selbstbestimmung) (Ethnozid= kultureller Völkermord)
- Landraub
- andere Rechtsverletzungen

Eine Anzahl von Fällen liegt der WIP bereits vor.

Die folgende Auflistung ist jedoch weder endgültig, noch erhebt sie den Anspruch auf Vollständigkeit

- Dene: Recht auf Selbstbestimmung; Sicherung von Vertragsrechten
- Irokesen: Recht auf Selbstbestimmung
- Sioux: Uranabbau; Recht auf Selbstbestimmung; Sicherung von Vertragsrechten
- Hopi: Uranabbau; Recht auf Selbstbestimmung
- Surinam: Landrechte
- CRIC: Caucatal (Kolumbien): Landraub und Repressionen
- Yanomami: Landrechte; Ethnozid
- Aché: Genozid
- Aripuana, Brasilien: Landraub
- Bolivien: weiße Einwanderer aus dem südlichen Afrika
- Mapuche, Chile: neue Gesetzgebung 1979
- Missionen: am Beispiel des SIL/ILV

Wir hoffen, daß das IV. "Russel-Tribunal über die Rechte der Indianer Nord-, Mittel- und Südamerikas " zu einem Erfolg wird. Zu einem Erfolg, indem es die indianischen Völker in ihrem Kampf um Menschenrechte und Selbstbestimmung unterstützt. Ausrottung, kulturelle Zerstörung, Entrechtung, Abhängigkeit und die Ausbeutung der Ressourcen auf indianischen Territorien muß uns alle angehen. Nur wenn wir hier mithelfen, die Situation von fast 4o Millionen Indianern bekannt zu machen, wenn wir die Verantwortlichen hier wie dort anklagen, wenn wir mithelfen, die tödliche Bedingung von materiellem Wohlstand hier und der Ausbeutung von Menschen und Rohstoffen dort bewußt zu machen und auf Veränderungen drängen, nur dann wird auch unsere Solidarität wirksam sein.

Es war Robert Jungk (einer der Kandidaten für die Jury) der sagte: "Wir sollten endlich die Erhaltung bedrohter Völker nicht nur als einen Akt des Mitleids, sondern vor allem als einen Akt der Selbsterhaltung erkennen... Wenn wir wieder menschliche Menschen werden wollen, tut uns Entwicklungshilfe von seiten jener not, die wir in verblendetem Hochmut 'unterentwickelt' nennen."

Inzwischen liegen bei der holländischen WIP-Foundation mehr als 3o gut dokumentierte Anklagen vor, aus denen die internationale Jury - mit deren endgültiger Zusammensetzung in Kürze zu rechnen ist - jene Fälle auszuwählen hat, die während der ersten Sitzungsperiode Ende November 198o behandelt werden sollen. Im Bereich der Bundesrepublik koordiniert die "Gesellschaft für bedrohte Völker" die Unterstützungsaktionen für das Russell-Tribunal, dessen Finanzierung erst zu einem Drittel gewährleistet ist.

Von uns in der Bundesrepublik wird ein wesentlicher Beitrag zu den Kosten des IV. Russell-Tribunals erwartet. Deshalb sollten Gruppen und Einzelpersonen die Anzeigenkampagnen in Zeitungen unterstützen (wie beim letzten Russell-Tribunal oder dem Zigeuner-Memorandum, das u.a. 1979 im AK abgedruckt wurde), um das Tribunal in breiten Bevölkerungskreisen bekannt zu machen und gleichzeitig die Finanzierung des Russell-Tribunals in Holland zu gewährleisten. Mit mindestens DM 2o.- kann sich jede Person oder Gruppe an diesen Kampagnen und der Finanzierung des Tribunals beteiligen (bitte Name, Adresse bzw.Gruppe wegen der Anzeigen deutlich schreiben):

Durch Überweisung/Zahlkarte an:

**Gesellschaft für bedrohte Völker
"IV.Russell-Tribunal"
PSchKto Nr. 74oo
Postscheckamt Hamburg**

**Für alle Rückfragen und Informationen:
G.f.b.V.
Postfach 159
34 Göttingen
Tel.: o551-55822**

El Salvador: Weitere Zuspitzung

Mit einem 48-stündigen Generalstreik bewies die salvadorianische Opposition ein weiteres Mal, daß sie sich auf eine breite Mehrheit in der Bevölkerung stützen kann. Der Ausstand wurde, vor allem in der Hauptstadt, nahezu hundertprozentig eingehalten. Das gesamte öffentliche Leben kam zum Erliegen. Die Forderungen des Generalstreiks: Aufhebung des Kriegsrechts; die Beendigung der Repression durch die Sicherheitskräfte und die Freilassung politischer Gefangener, vor allem des vor kurzem gefangengenommenen ehemaligen Erziehungsministers Samayoa. Neben den konkreten Forderungen hatte der Generalstreik aber durchaus auch den Aspekt, weitere Kräfte für den geplanten Aufstand zu mobilisieren und die dringend benötigte Einheit der Opposition zu festigen; Strukturen herauszubilden, die es ermöglichen, gegen die geballte Kraft von Militärs, Polizei, rechtsradikalen Terrorbanden, US-Militärberatern und ausländischen Interventionstruppen siegreich anzugehen.

Die regierenden Militärs sind inzwischen zum Massenmord an der Opposition, vor allem an den Landarbeitern, übergegangen. Nach Angaben des Vorsitzenden der katholischen Bischofskonferenz von Honduras, Monsignore Jose Carranza, sollen die salvadorianischen Militärs in dem an der Grenze nach Honduras gelegenen Dorf La Aldea ein furchtbares Massaker angerichtet haben. Innerhalb von zehn Stunden sollen 3000 Menschen ermordet worden sein. Zwei Hubschrauber der salvadorianischen Nationalgarde, Soldaten und Angehörige von „Orden" haben blind das Feuer auf die wehrlosen Bewohner eröffnet. Unter den Opfern, die teilweise vor ihrem Tod gefoltert wurden, befanden sich zahlreiche Frauen und Kinder. Der Bericht der honduranischen Kirche schildert die Horrorszenen nach dem Massaker: *„Die Leichen wurden nicht begraben und von Hunden und Raubtieren zerfleischt. Andere wurden vom Rio Sumpul weggeschwemmt. Ein Fischer hat in den Tagen nach dem Massaker fünf Kinderleichen in seinen Netzen gefunden"* („TAZ", 25.6.80).

600 Menschen, die dem Massenmorden zunächst entfliehen konnten, wurden an der Grenze nach Honduras von extra zusammengezogenen Militärs zurückgehalten und nach El Salvador zurückgetrieben. Auch diese Menschen wurden von den Militärs ermordet.



Offensichtlich ohne die geringsten Skrupel erklärte der CDU-Vorsitzende Kohl anläßlich eines Besuchs des salvadorianischen Regierungsmitgliedes Duarte (Christdemokratie), daß die CDU gemeinsam mit den anderen christlichen Parteien Europas und Lateinamerikas geschlossen hinter der *„mutigen Reformpolitik"* der Regierung von El Salvador stehe („SZ", 2. 7.80).

Die »Vietnamesische Invasion« in Thailand

— Dichtung und Wahrheit —

Auseinandersetzungen an der kampucheanisch-thailändischen Grenze, die von Thailand, den US-Imperialisten, der Führung der VR China und ihren Sprachrohren zu einer „Invasion" vietnamesischer Truppen umgelogen wurden, sollen als Rechtfertigung für die Festigung des antikommunistischen Lagers in Südostasien und dessen massive Aufrüstung dienen. Waffenlieferungen an Thailand in Millionenhöhe, die teilweise durch eine spektakuläre Luftbrücke eingeflogen wurden, Drohungen Chinas mit einer „zweiten Lektion" gegen Vietnam, die durch das Treffen Carter/Hua abgesichert wurden (es sei nur an die erste „Lektion" 1979 unmittelbar nach der Reise Deng Xiaopings in die USA erinnert) — nach wie

sammenstoß eine große Basis des Gegners, im Dorf Nimit, zerstören konnten, etwa 5 km innerhalb kampucheanischen Territoriums" (27.6.80).
Schon zu Zeiten des Pol-Pot-Regimes hatte es an der Grenze zu Thailand wiederholt kleinere Grenzscharmützel gegeben. Eine der Ursachen ist der durchaus umstrittene Grenzverlauf in diesem Gebiet. Es existieren unterschiedliche Karten. „Diejenige von 1906, als Ergebnis eines Vertrages zwischen Thailand und

Die »Vietnamesische Invasion« in Thailand

— Dichtung und Wahrheit —

Auseinandersetzungen an der kampucheanisch-thailändischen Grenze, die von Thailand, den US-Imperialisten, der Führung der VR China und ihren Sprachrohren zu einer „Invasion" vietnamesischer Truppen umgelogen wurden, sollen als Rechtfertigung für die Festigung des antikommunistischen Lagers in Südostasien und dessen massive Aufrüstung dienen. Waffenlieferungen an Thailand in Millionenhöhe, die teilweise durch eine spektakuläre Luftbrücke eingeflogen wurden, Drohungen Chinas mit einer „zweiten Lektion" gegen Vietnam, die durch das Treffen Carter/Hua abgesichert wurden (es sei nur an die erste „Lektion" 1979 unmittelbar nach der Reise Deng Xiaopings in die USA erinnert) — nach wie vor steht die Verhinderung eines unabhängigen sozialistischen Indochina ganz oben auf der Wunschliste sowohl der US-Imperialisten als auch der chinesischen Führung.

Im folgenden möchten wir so genau wie möglich die Ereignisse, die sich in den letztn Wochen tatsächlich an der Grenze abgespielt haben, untersuchen.

Gegen den ausdrücklichen Willen der kampucheanischen Regierung hatte Thailand eine sogenannte „freiwillige Rückkehr" von Flüchtlingen nach Kampuchea gestartet. Das Ganze war kaum verhüllte Unterstützung für die geschwächten Pol-Pot- und Khmer-Serei-Banden, die in Kampuchea operieren — das sah meist selbst die bürgerliche Presse so (näheres dazu im AK 180).

Im Zuge dieser „Rückführung" drangen auch wiederholt thailändische Soldaten in Kampuchea ein. Konkret meldete die kampucheanische Nachrichtenagentur „SPK" folgende Übergriffe:

- Am 16. und 17. Juni drangen zwei Kommandoeinheiten aus Thailand in Kampuchea ein („SPK",22.6.80);
- Am 18. Juni wurde eine thailändische Einheit unter Zurücklassung zahlreicher Waffen aus Kampuchea vertrieben;
- am 20. Juni drangen wiederum zwei thailändische Einheiten ein, von denen acht Tote zurückgelassen werden mußten („SPK", 22.6.80).

Von diesen Überfällen, die einige Tage v o r dem sogenannten Einmarsch der Vietnamesen stattfanden und gegen die die kampucheanische Regierung auch protestiert hatte, las man hier natürlich nichts.

Dagegen dann am 24. Juni: *„Flüchtlingslager in Thailand angegriffen. Kambodschanische Truppen stoßen mit Panzern in das Gebiet des Nachbarlandes vor"* („Süddeutsche zeitung"). Danach sollen *„etwa 200 Soldaten mit fünf Panzern"* auf einer Breite von 80 Kilometern die Grenze überquert haben (also etwa alle 400 Meter ein Soldat!) und dabei *„mehrere Flüchtlingslager angegriffen"* haben („SZ", 24.6.80). Wenn man weiß, daß in den Lagern mehrere hunderttausend Menschen leben, die von zahlreichen bewaffneten Pol-Pot-, Khmer-Serei- oder anderen Banden kontrolliert werden, dann wird deutlich, wie lächerlich der Invasionsvorwurf ist.

Wenn man allerdings die Fakten etwas genauer untersucht, dann wird das nocht merkwürdiger.

„Die Operation, sorgfältig vorbereitet, begann am Montag um 4.30 morgens. Das Lager Mak Moon (**auf Khmer-Territorium gelegen** und 20.000 — 25.000 **Zivilisten stark**) *und das gleichnamige thailändische Dorf, das einige hundert Meter entfernt liegt, wurden in der Nacht in einer Zangenbewegung eingeschlossen"*(„Le Monde", 28.6.80).

Denselben Berichten nach haben die vietnamesischen Streitkräfte am Nachmittag desselben Tages *„ein Beobachtungsflugzeug und einen Hubschrauber der königlichen* (thailändischen — Anm. AK) *Streitkräfte* **über dem kambodschanischen Teil des Schlachtfeldes** *abgeschossen"* (ebenda).

Ein anderes Lager, von dem bei den angeblichen vietnamesichen Überfällen die Rede ist, Nong Chan, liegt laut „Le Monde" zu drei Vierteln auf kampucheanischem Territorium. Dies war auch einer der Ausgangspunkte für die gewaltsame „freiwillige Rückkehr". Wer verletzt also das Territorium des Nachbarlandes?

„Am 23. und 24. Juni wurden thailändische Kommandos, die in kampucheanisches Territorium eindrangen, vom kampucheanischen Grenzwachen abgefangen und mehrere mit ihren Waffen gefangen genommen. Unter den Gefangenen waren mehrere Soldaten der thailändischen Ranger-Bataillone 234 und 104" („SPK", 26.6.80).

Zwei Flugzeuge drangen fünf bis sieben Kilometer in kampucheanisches Gebiet vor und warfen Bomben in dem Gebiet ab.

In der thailändischen Zeitung „Matichon" brüstete sich ein Offizier damit, daß *„die thailändischen Streitkräfte bei einem früheren Zusammenstoß eine große Basis des Gegners, im Dorf Nimit, zerstören konnten, etwa 5 km innerhalb* **kampucheanischen Territoriums"** (27.6.80).

Schon zu Zeiten des Pol-Pot-Regimes hatte es an der Grenze zu Thailand wiederholt kleinere Grenzscharmützel gegeben. Eine der Ursachen ist der durchaus umstrittene Grenzverlauf in diesem Gebiet. Es existieren unterschiedliche Karten. *„Diejenige von 1906, als Ergebnis eines Vertrages zwischen Thailand und Frankreich, damaliger Schutzmacht Kambodschas, erstellt, zeigt Mak Moon klar auf Khmer-Gebiet. Die Thailänder benutzen dagegen seit den 60ger Jahren eine amerikanische Karte, die im gesamten Sektor die ehemalige Grenze zwei bis drei Kilometer nach Kambodscha hinein verschiebt"* („Le Monde", 6.7.80). Dazu muß man wissen, daß diese Grenzkorrektur während des Vietnamkrieges stattfand, in dem Thailand die US-Imperialisten aktiv unterstützte.

Der an sich relativ geringfügige Anlaß hat inzwischen dazu geführt, daß in Indochina ein neuer großer Krieg in bedrohliche Nähe gerückt ist. Das Märchen von der vietnamesischen Invasion hat die antikommunistische ASEAN-Allianor wieder fest auf den insbesondere von Thailand und Singapur vertretenen Anti-Vietnam-Kurs eingeschworen. Ausdrücklich bekräftigten sie die Anerkennung des Pol-Pot-Regimes als legitime Vertretung Kampucheas. Die USA schikken Thailand Waffen im Werte von 400 Millionen Dollar. Etwa hundert „Militärberater" der US-Imperialisten befinden sich zur Zeit in Thailand. China unterstützt selbstverständlich diese Aktivitäten, ist aber durchaus bereit, aktiver in das Geschehen einzugreifen. Nachdem in der Vergangenheit Thailand bereits mehrfach militärische Unterstützung angeboten wurde, sollen jetzt angebliche vietnamesische Übergriffe in Südchina eine „zweite Straflektion" legitimieren. Die Parallelen zu der ersten „Lektion", 1979, sind unverkennbar. Eine Absprache mit den US-Imperialisten wurde auf der Ohira-Beerdigung getroffen.

Vietnam braucht jetzt alle Unterstützung, damit eine mögliche „zweite Lektion" Chinas ebenso zurückgeschlagen wird wie die erste im letzten Jahr.

Zumindest ein Lichtblick ist die Tatsache, daß Indien, dessen Außenminister Pao auf der ASEAN-Konferenz wegen der „Krankheit seiner Mutter" absagte, jetzt die Regierung der VR Kampuchea anerkennen will.

Asien/Australien-Kommission

Wahlen in Bolivien

Nach verschiedenen Putschdrohungen und zahlreichen Versuchen der Militärs, die Wahlen in Bolivien zu verschieben und zu sabotieren, wurde am 29.6. doch noch gewählt.

Wahlsieger ist der Präsidentschaftskandidat der UDP, Siles Zuazo, der aber nicht die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Jetzt muß der Präsident durch das neu zusammengesetzte Parlament gewählt werden. So war auch die Situation vor einem Jahr, als man sich im Parlament nur mühsam auf den Kompromißkandidaten Guevara Arze einigen konnte, der dann wenige Wochen später von dem Oberst Natusch Busch weggeputscht wurde.

Der Wahlsieger Siles Zuazo könnte Unterstützung von kleineren Parteien bekommen, wie z.B. der Sozialistischen Partei PS-1, und damit Präsident werden. Ob die Militärs allerdings einen Präsidenten billigen werden, der ein Wahlbündnis aus sozialdemokratischen und radikalen Kräften repräsentiert, ist mehr als fraglich. Siles Zuazo ist im Wahlkampf mehreren Attentaten nur knapp und durch Zufälle entkommen; sein Vizepräsident, der Generalsekretär des bolivianischen MIR (ebenfalls Mitglied der UDP), liegt nach einem Flugzeugabsturz schwer verletzt im Krankenhaus. Daß es sich bei diesem Absturz nicht um einen Unfall, sondern um einen Anschlag handelte, ist noch nicht bewiesen, aber es gibt Hinweise dafür. Fünf weitere Führer der UDP kamen dabei ums Leben.

Erfreulich ist, daß Victor Paz Estensorro mit rund 15 % der Stimmen hohe Verluste hinnehmen mußte und die Quittung für seine Zusammenarbeit mit den Militärs, unter anderem beim Putsch von Natusch Busch, bekommen hat. Gewinne konnte allerdings der Ex-Diktator Hugo Banzer verzeichnen, der etwas über 18 % erhielt (1979 nur rund 13 %). Damit ist die Rechte wieder stark im neuen Parlament vertreten.

Wir werden über die Situation in Bolivien in einem der nächsten AKs ausführlicher berichten.

Wahlsieger ist der Präsidentschaftskandidat der UDP, Siles Zuazo, der aber nicht die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Jetzt muß der Präsident durch das neu zusammengesetzte Parlament gewählt werden. So war auch die Situation vor einem Jahr, als man sich im Parlament nur mühsam auf den Kompromißkandidaten Guevara Arze einigen konnte, der dann wenige Wochen später von dem Oberst Natusch Busch weggeputscht wurde.
Der Wahlsieger Siles Zuazo könnte Unterstützung von kleineren Parteien bekommen, wie z.B. der Sozialistischen Partei PS-1, und damit Präsident werden. Ob die Militärs allerdings einen Präsidenten billigen werden, der ein Wahlbündnis aus sozialdemokratischen und radikalen Kräften repräsentiert, ist mehr als fraglich. Siles Zuazo ist im Wahlkampf
Flugzeugabsturz schwer verletzt im Krankenhaus. Daß es sich bei diesem Absturz nicht um einen Unfall, sondern um einen Anschlag handelte, ist noch nicht bewiesen, aber es gibt Hinweise dafür. Fünf weitere Führer der UDP kamen dabei ums Leben.
Erfreulich ist, daß Victor Paz Estensorro mit rund 15 % der Stimmen hohe Verluste hinnehmen mußte und die Quittung für seine Zusammenarbeit mit den Militärs, unter anderem beim Putsch von Natusch Busch, bekommen hat. Gewinne konnte allerdings der Ex-Diktator Hugo Banzer verzeichnen, der etwas über 18 % erhielt (1979 nur rund 13 %). Damit ist die Rechte wieder stark im neuen Parlament vertreten.
Wir werden über die Situation in Bolivien in einem der nächsten AKs ausführlicher berichten.

Südkorea: Neuer Schlag gegen die Opposition

Sechs Wochen nach der blutigen Beendigung des Aufstandes in der südkoreanischen Provinz Cholla Namdo rechnet die Militärjunta mit der (bürgerlichen) Opposition ab. Wegen „Verbreitung falscher Gerüchte über soziale Unruhen in Südkorea" wurden fünf Regimekritiker zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Das ist allerdings erst der Auftakt. Der einflußreiche Sprecher der Opposition, Kim Dae Dschung, der bereits unter dem Regime des getöteten Diktators Park Jung Hi entweder im Gefängnis saß oder unter Hausarrest stand, wurde zusammen mit 36 anderen Oppositionellen unter Hochverratsanklage gestellt. In der 47 Seiten starken Anklageschrift wird ihm unter anderem Verstoß gegen das *„Gesetz über die nationale Sicherheit"*, das *„Gesetz gegen Aufruhr"* und das *„Gesetz gegen den Kommunismus"* („SZ", 5.7.80) vorgeworfen. Absurderweise soll er unter Geschäftsleuten Geld gesammelt haben, insgesamt 3,5 Millionen DM, um ein kommunistisches Regime zu errichten! So lächerlich die Anklage ist, so bedeutet sie doch, daß Kim wegen der ihm zur Last gelegten Verstöße zum Tode verurteilt werden kann. Daß die Militärs nicht spaßen, wurde schon vor der Anklageerhebung klar. Japanische Zeitungen berichteten, daß Kim im Gefängnis gefoltert worden sei. Daraufhin wurden inzwischen alle japanischen Journalisten aus Südkorea ausgewiesen und die Nachrichtenbüros geschlossen. Willy Brandt hatte übrigens nach Bekanntwerden der Foltervorwürfe an den südkoreanischen Präsidenten telegrafiert: *„Ich weigere mich zu glauben, daß diese Berichte den Tatsachen entsprechen"*. Nach den seit Jahren bekannten Folterpraktiken des koreanischen CIA muß man allerdings vom Gegenteil ausgehen.

Nicht nur die in- und ausländische Presse wird daran gehindert, die Wahrheit über den Volksaufstand und dessen Hintergründe zu verbreiten. Inzwischen wurde auch das Hören des Rundfunks der KDVR („Nordkorea") noch einmal ausdrücklich unter Strafe gestellt. So werden die Staatsanwälte aufgefordert, *„diejenigen festzunehmen und zu verhören, die die Staatsführer verunglimpfen, Gerüchte fabrizieren und verbreiten, den Rundfunksendungen der nordkoreanischen Marionetten zuhören und Informationen aus solchen Sendungen verbreiten, Druckschriften oder Bücher veröffentlichen und verteilen, die mit den Vorschlägen der nordkoreanischen Marionetten sympathisieren sowie diejenigen, die nicht sofort die Behörden informieren, nachdem sie unsaubere Druckschriften und Flugblätter erhalten haben"* („Dong A Ilbo", 21.6.80).

Inzwischen gibt es unter dem Regime der Militärs mehr politische Häftlinge als unter Park. Allein in der Hauptstadt Seuol werden nach Angaben von Angehörigen Verhafteter mehr als 700 Leute wegen politischer Vergehen festgehalten („SZ", 2.7.80).

Alle wichtigen öffentlichen Gebäude werden von bewaffneten Soldaten bewacht. Auf den Straßen werden ständig Taschenkontrollen und Leibesvisitationen durchgeführt. Der Grund: Nach wie vor befindet sich ein Großteil der in Kwangdschu erbeuteten Waffen noch in den Händen von Aufständischen, die sich entweder ins Gelände verzogen haben oder aber in den Städten untergetaucht sind.

Den jetzt Angeklagten wird unter anderem auch Zusammenarbeit mit der KDVR vorgeworfen. In diesem Rahmen ist wohl auch die angebliche Versenkung eines „nordkoreanischen Spionageboots" zu sehen, mit dem die Behauptung der Beteiligung der KDVR an den Unruhen untermauert werden soll.

Asien/Australien-Kommission

Blutige Überfälle Südafrikas auf Angola



Die Invasionsarmee der RSA-Rassisten fällt in Angola ein.

Von Ende Mai bis Anfang Juli hat die südafrikanische Rassistenarmee während mehrerer großangelegter, systematisch vorbereiteter Operationen Lager von Flüchtlingen aus Namibia in Südangola überfallen und Hunderte von Menschen niedergemetzelt. Dabei wurden auch angolanische Dörfer und Kleinstädte zerstört und die Einwohner niedergemacht.

Überfallaktionen mit Invasionscharakter

Nach einer Mitteilung des Verteidigungsministeriums in Luanda sind am 7. Juni drei Infanteriebataillone und eine Fallschirmspringereinheit, insgesamt etwa 3000 Soldaten, nach Angola eingedrungen und besetzten mehrere Kleinstädte. Die Terrortruppen töteten mehr als 300 Zivilisten und sieben angolanische Soldaten. Der Überfall wurde unterstützt von drei Staffeln Mirage-Jagdbombern, zwei Hercules C 130 - Transportmaschinen, 20 „Puma"-Helikoptern französischer Bauart, Artillerie und Panzerfahrzeugen (IHT, 27.6.). Der Umfangdieses neuerlichen Aggressionsaktes, wird auch daran deutlich, daß am gleichen Tage (7. Juni) sechs Mirage-Bomber als Teil einer Staffel knapp 600 (!) km nördlich von der Grenze Namibias ein Transitlager mit Namibia-Flüchtlingen überflog und bombardierte. Der angolanischen Luftabwehr gelang es, drei der Jagdflugzeuge abzuschießen. Der Präsident der SWAPO, Sam Nujoma, erklärte dazu,
wehr gelang es, drei der Jagdflugzeuge abzuschießen. Der Präsident der SWAPO, Sam Nujoma, erklärte dazu,
daß etwa 20 Bomben abgeworfen wurden. Von den 400 Flüchtlingen wurden zwei sofort getötet, ein dritter erlag seinen Verletzungen (Guardian, 14.6.80).

Die Darstellung der Rassisten zu ihrem Vorgehen beschränkte sich zunächst auf einen Vorstoß, der 80 km nach Angola hineinreichte und einem „SWAPO-Hauptquartier" gegolten haben soll, bei dem während einer sechs Stunden dauernden Luft- und Bodenattacke 200 „Guerillas" getötet wurden. Premierminister P.W.Botha beschrieb diesen Überfall am 13.6. vor dem Parlament als eine *„erfolgreiche Abschreckungsaktion"* (Guardian, 14.6.80). Ein militärischer Sprecher der Rassisten behauptete sodann am 15.6., daß die letzte Phase des Rückzuges und der Operation abgeschlossen sei (IHT, 16.6.). In Wirklichkeit befanden sich noch Ende Juni RSA-Truppen in Angola, die weitere Massaker anrichteten. Aufgrund dieser massiven Bedrohung ist am 27.6. auf Antrag Angolas der Sicherheitsrat der UNO einberufen worden. Das Gremium verurteilte Südafrika und forderte den Abzug der RSA-Truppen aus Angola. Die drei imperialistischen Mächte, USA, England und Frankreich versuchten, den hauptsächlich von Ländern der Dritten Welt unterstützten Antrag herunterzuspielen. Sie beklagten lediglich in Worten die Invasion und enthielten sich der Stimme. Der französiche Delegierte *„befürchtete, daß die Anzahl der Opfer ansteigen könnte"* (IHT, 30.6.80). Er muß es ja wissen, „arbeiten" die Rassisten
daß die Anzahl der Opfer ansteigen könnte" (IHT, 30.6.80). Er muß es ja wissen, „arbeiten" die Rassisten
doch mit französischen Jagdbombern und Helikoptern.

Der UNO-Delegierte Angolas, Elisio de Figueiredo, beschrieb das Ausmaß der Aggression. Neben den 3.000 Soldaten, befänden sich noch weitere 6.000 Soldaten in Angola. Darüber hinaus ziehe die RSA in der Festung Grootfontein in Nordnamibia gegenwärtig 15 Batallone zusammen (IHT, 28.6.80). Das sind über 10.000 Soldaten! Zur Zeit werde noch in zwei Provinzen gekämpft. Wenn die angolanischen Streitkräfte nicht in der Lage seien, die Invasion zurückzuschlagen, werde Angola *„militärische Hilfe von außerhalb anfordern"* (IHT, 28.6.80).

Der Ernst der Situation wird daran deutlich, daß dieser großangelegte Überfall beinahe der RSA-Invasion von 1976 unmittelbar vor der Unabhängigkeit Angolas entspricht. Damals bezifferte die SWAPO die eingesetzten Teile der RSA-Armee auf 12.000 Soldaten.

Lügner Geldenhuys

Unter dem Druck der UNO-Debatten der letzten Wochen kamen die Rassisten nicht umhin zuzugeben, daß sich noch Ende Juni ihre Truppen in Angola befanden. Generalmajor Jan Geldenhuys, Oberkommandierender der südafrikanischen Kolonialtruppen in Namibia, erklärte vor ausgewählten Pressevertretern im RSA-Stützpunkt in Ondangwa (Nordnamibia), daß die Aktion am 29. und 30.6. beendet gewesen sei (IHT, 3.7.80). Hintergrund dieser Aussage ist jedoch, daß es den
Aktion am 29. und 30.6. beendet gewesen sei (IHT, 3.7.80). Hintergrund dieser Aussage ist jedoch, daß es den
angolanischen Streitkräften gelang, Anfang Juli die Rassisten zurückzuwerfen. Dabei soll auch eine SWAPO-Einheit erstmals nach der Methode der konventionellen Kriegsführung südafrikanische Truppen angegriffen haben. *„Aus einem Vergleich von angolanischen und südafrikanischen Meldungen ergibt sich, daß diese Aktion möglicherweise um den 29.6. bei Mongua, 90km nördlich der Grenze, stattgefunden hat"* (NZZ, 4.7.80).

Geldenhuys erklärte weiter, daß seit der Aktion von Anfang Juni 370 „Guerillas" getötet worden seien. Angola mußte dagegen bereits über 620 tote Zivilisten feststellen (IHT, 3.7.80).

Daß es sich bei den Erklärungen Südafrikas um standardisierte Propagandaformeln handelt, läßt sich daran zeigen, daß Geldenhuys fast die g l e i c h e n Worte benutzte, als er Pressevertretern im Mai '78 den Überfall auf die Bergbaustadt Cassinga 150 km nördlich von Namibia erläuterte. Seinerzeit erschossen Fallschirmspringer mit Unterstützung von Mirage-Bombern mindestens 582 angolanische Menschen, darunter viele Frauen und Kinder, Geldenhuys sagte dazu, *„daß peinlich genaue Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden seien, um sicherzustellen, daß weder die lokale Bevölkerung noch angolanische Truppen verwickelt würden"* (IHT, 6.5.78). Die Standardisierung derartiger Erklärungen kann nur so verstanden werden, daß die Rassisten in Wahrheit auf alles schießen, was sich in Angola bewegt, weil auch in Angola der „russische Bär vor der Haustüre" steht (Botha zu Zimbabwe).

NATO-Kriegsmaterial in berufenen Händen

Die Verluste unter der Zivilbevölkerung Südangolas sind jedoch noch um ein vielfaches höher. Bereits Ende Mai hatte es schwere Übergriffe auf angolanisches Territorium gegeben, wobei NATO-Kriegsmaterial von der SWAPO sichergestellt wurde. Nach einer Mitteilung des Kommandeurs der angolanischen Streitkräfte Xietu kamen dabei während der ersten Attacke über 260 Menschen ums Leben. Es handelte sich um Angriffe auf Kleinstädte 72 km von Angolas Südgrenze entfernt. Das Ziel sei gewesen, so Xietu, Schlüsselpositionen innerhalb der von der UNO vorgeschlagenen entmilitarisierten Zone zu erringen und es UNITA-Verbänden zu ermöglichen, sich in diesen Gebieten festzusetzen. Bei der Kleinstadt Chiede, 19 km nördlich der Grenze, kamen durch eine weitere Attacke über 60 angolanische Soldaten ums Leben. Der zweite größere Angriff erfolgte 70 km nördlich der Grenze bei Savate in der Kwando Kubango Provinz. Die Rassisten setzten Infanterie mit Panzerfahrzeugen, schwere Artillerie und drei mit Waffen bestückte Hubschrauber ein. Über 200 Zivilisten wurden getötet. Der Angriff dauerte über 15 Stunden.

Xietu erklärte dazu: „Wir stellen kategorisch fest, daß wir nicht ein bißchen von unserer Unterstützung für die Befreiung des namibischen Volkes abweichen werden" (The Herald, 28.5.80).

Die ständigen Überfälle auf die VR Angola, die weitgehende südafrikanische Unterstützung der faschistischen UNITA-Verbände, sie beweisen die massive Destabilisierungspolitik gegenüber dem antiimperialistischen Nachbarn Angola. Südafrika kann sich dabei auf die verdeckte Unterstützung des imperialistischen Lagers verlassen, das bislang keinen einzigen konkreten Schritt unternommen hat, Südafrika unter Druck zu setzen. Ganz im Gegenteil wird die Aufrüstung Südafrikas, bis hin zur Atombombe, mit massiver westlicher Unterstützung betrieben. Der Imperialismus ist nach wie vor brennend daran interessiert, die revolutionären Entwicklungen im südlichen Afrika mit allen Mitteln zu stoppen.

Afrika-Kommission



Dieses Bild beweist: Die NATO lieferte die Waffen für die Aggressoren.

Dieses Bild beweist: Die NATO lieferte die Waffen für die Aggressoren.

OAU-Mehrheit für Frente Polisario — doch keine Aufnahme

Die diesjährige OAU-Konferenz in Sierra Leone stand ganz im Zeichen des Westsahara-Konflikts, ein Thema, das seit 1976 kontinuierlicher „Dauerbrenner" bei OAU-Konferenzen ist. N e u war aber in diesem Jahr, daß sich eine knappe M e h r h e i t der OAU-Mitglieder für eine Aufnahme der Demokratischen Republik Sahara aussprach, was normalerweise nach §28 der OAU-Satzung die Aufnahme bedeutet hätte. In dieser Situation zog der Besatzerstaat Marokko die Notbremse und drohte offen mit dem Austritt aus der OAU und forderte eine Zwei-Drittel-Mehrheit für den Aufnahmeantrag. Unterstützt wurde die Position Marokkos von Ägypten, Tunesien, Somalia, Sudan, Kamerun, Elfenbeinküste, die ebenfalls mit Austritt drohten. Die Mehrheitsposition (26 von 50) wurde vehement von Samora Machel vorgetragen. Er verurteilte scharf die marokkanische Westsahara-Politik: *„Unsere Organisation kann keinen Kompromiß mit dem Kolonialismus dulden, ohne sich selbst in Frage zu stellen. Unsere Völker haben einen tiefen Haß auf den Kolonialismus. Aber wir werden auch mit Fingern zeigen, wenn der Kolonialist ein Afrikaner ist."* („SZ", 4.7.). Die Invasion und Okkupation der Westsahara durch Marokko sei ein klarer Akt des Kolonialismus. Marokko führe dort einen *„Ausrottungsfeldzug"* und begehe *„Völkermord"*. Auch der erstmalig anwesende Ministerpräsident des neu aufgenommenen Zimbabwe, Robert Mugabe, griff Marokko scharf an, dem er „Expansionismus" vorwarf, und er erklärte sich voll solidarisch mit dem Volk der Sahauris. Die Mehrheitsposition wurde getragen von Algerien, Angola, Mosambik, Kapverden, Sao Tome, Zimbabwe, Guinea-Bissau, VR Benin, VR Kongo, Madagaskar, Seychellen, Tansania, Sambia, Botswana, Uganda, Libyen, Ghana, Swasiland, Tschad, Mali, Sierra Leone, Burundi und Ruanda. Nigeria wollte eine Volksabstimmung in der Westsahara durchgeführt sehen. Es war dann auch der Vorschlag Nigerias, der die Zerreißprobe vermied und Marokko einen erneuten Zeitgewinn brachte: Dem OAU-Westsahara-Komitee (Guinea, Nigeria, Mali, Sudan, Tansania) wurde ein neues Mandat für Verhandlungen mit allen betroffenen Parteien gegeben. Dies mit dem Ziel, den Abzug der marokkanischen Truppen zu erreichen. Obwohl sich der rechte OAU-Flügel mit der statutenwidrigen Erpresserpolitik (noch) durchsetzen konnte, hat die Frente Polisario doch demonstrieren können, daß die Mehrheit der afrikanischen Staaten die marokkanische Politik ablehnt. Der rechte Flügel der OAU befindet sich in dieser Frage eindeutig in der politischen Defensive und zieht allein Nutzen aus der Tatsache, daß eine Spaltung der OAU zum gegenwärtigen Zeitpunkt an dieser Frage von der Mehrheit nicht gewollt wird.

Einigkeit herrscht in der OAU in der Forderung nach Rückgabe der Insel **Diego Garcia** an Mauritius. Dieser inzwischen von den USA ausgebaute Superstützpunkt im Indischen Ozean war seinerzeit von England Mauritius gegen Gewährung der Unabhängigkeit abgepresst worden. In der OAU-Entschließung wird betont, daß Diego Garcia *„stets ein integraler Bestandteil von Mauritius"* gewesen ist. Die amerikanische Basis wird als *„Bedrohung für Afrika und für das Konzept einer Friedenszone im Indischen Ozean"* bezeichnet, die OAU fordert die „bedingungslose Rückgabe" der Insel („New York Times", 5.7.). Der mehrwöchige Einmarsch der faschistischen südafrikanischen Truppen nach Angola wurde von der OAU scharf zurückgewiesen. Selbst der Reaktionär Senghor griff die Länder der sogenannten Kontaktgruppe der UNO an: *„Wenn das Namibia-Problem noch nicht gelöst ist, dann deshalb, weil die fünf Mächte (USA, BRD, Frankreich, England und Kanada) keine Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika anwenden wollen — das einzig wirksame Mittel"* („SZ", 3.7.). Der SWAPO-Vorsitzende Nujoma forderte, endlich Angola *„entscheidende Hilfe und Unterstützung zu geben"*, um der militärischen Bedrohung des südlichen Afrika bis zum Äquator durch Südafrika entgegenzuwirken. Die Staaten der Kontaktgruppe müßten verurteilt werden für diese „Verschwörung" und für ihre *„Kompicenschaft in dem Komplott, das politische Streben und die Interessen des südafrikanischen und namibischen Volkes zu unterdrücken und auszulöschen"*. Sie würden es um ihrer eigenen strategischen Interessen wegen unterlassen, auf die *„faschistische Clique"* in Pretoria *„genügend Druck"* auszuüben („FAZ", 3.7.).

Afrika-Kommission

Teile für »Sasol III« (Südafrika) über Hamburg verladen

Die erfolgreichen Anschläge des südafrikanischen ANC auf die Kohleverflüssigungsanlagen SASOL haben dieses faschistische Autarkieprojekt ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Ein erheblicher Teil der Fracht kommt aus der BRD. Der „Deutschen Verkehrszeitung", eine gewöhnlich nicht gerade aufregende Lektüre, war folgende interessante Information zu entnehmen, die die Hamburger Antiimperialisten aufhorchen lassen sollte: *„Kohlehydrierwerke vermindern Südafrikas Abhängigkeit von Öleinfuhren. Als dritte und größte Anlage entsteht zur Zeit ‚SASOL III'. Das Projekt umfaßt den Transport von etwa 220.000 (!) Frachttonnen binnen zwei Jahren. Als Spedition ist* **Kühne & Nagel** *mit Organisation und Koordination beauftragt.*

Aus der BRD kommt ein erheblicher Teil der Zulieferungen: zum Beispiel von der Borsig GmbH, Berlin, dieser Tage 105 t Anlagenteile. (...) Am Container Terminal der **Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG** *verlud der 2000-t-Schwimmkran ‚HHLA IV' die Großteile vom Binnenschiff direkt auf des Containerschiff ‚S.H. Helderberg'. Es fährt im Dienst des South African Europe Container Service (SAECS), der mit insgesamt sieben Schiffen wöchentliche Abfahrt bietet (Hafenagent ist* Paul Günther GmbH & Co.). *Südafrikanischer Bestimmungshafen für die Borsig Lieferung ist Richardsbay, von dort werden die Teile über fast 500 km Landweg nach Sasolburg bei Johannesburg gebracht"* (28.6.80).

Noch ein Wort zur südafrikanischen Kohleverflüssigung. Das an Rohstoffen schwerreiche Land hat eine Archillesferse: den Ölmangel. Nach dem Ausfall des Schah (90% des Öls für SA kamen aus dem Iran) und den immer massiveren internationalen Forderungen (UNO und OAU) nach einem Ölboykott, hat das Rassistenregime sein schon nach dem 2. Weltkrieg begonnenes Projekt der Kohleverflüssigung fieberhaft beschleunigt. Maßgeblich mit deutscher Hilfe, versteht sich. Denn die westdeutsche Industrie konnte auf die Erfahrungen des Faschismus zurückgreifen, wo dieses Verfahren erprobt und in Großanlagen betrieben wurde (sieben Anlagen bei Kriegsbeginn 1939, darunter die Leuna-Werke). Bereits in diesem Jahr soll durch die qualitativ hochwertige Kohleverflüssigung der Benzinbedarf der RSA bis zu 40% abgedeckt sein, bis 1982 (Sasol III Fertigstellung) sollen es gar 70% sein („Göttinger Tageblatt", 22.4.80). Gleichzeitig sind die Kohlevorräte der RSA außerordentlich bedeutend. In der Umsatz-Rangliste steht die Kohle hinter dem Gold an der zweiten Stelle. Derzeit führt Südafrika etwa 20 Millionen Tonnen Kohle aus, Mitte der achtziger Jahre werden es voraussichtlich 44 Millionen sein. Drei Viertel des gesamten Energiebedarfs wird mittels Kohlekraftwerke bestritten. Hinzukommt, daß die südafrikanische Kohle vermutlich billiger als überall sonst in der Welt gefördert wird. Die brutale Ausbeutung der schwarzen Minenarbeiter und die sehr günstig gelagerten Vorräte, teilweise ist die Steinkohle im Tagebau zu gewinnen, sichern den Faschisten enorme Profite (nach „FAZ", 24.3.80). Die Autarkiebestrebungen des Regimes sind unter tatkräftiger westlicher Unterstützung (vgl. AK 178) schon recht weit gediehen.

Afrika-Kommission

ZANU

«Umgestaltung nicht über Nacht!»

Nach fast 90-jähriger rassistischer Herrschaft der weißen Minderheit, nach fast 15-jährigem bewaffneten Befreiungskampf, ist die ZANU mit dem Versprechen angetreten, eine Regierung zu bilden, die für das Volk arbeitet und dem Volke dient. Dennoch weist die ZANU darauf hin, daß die historischen, sozialen und praktischen Realitäten Zimbabwes dem Prozeß einer sozialistischen Umformung Hindernisse in den Weg legen. In ihrem politischen Manifest schreibt sie hierzu: *,,Eine dieser praktisch existierenden Realitäten ist das kapitalistische System, das nicht über Nacht umgestaltet werden kann. Während der Prozeß einer sozialistischen Umformung in vielen Gebieten des wirtschaftlichen Sektors in Gang gesetzt werden wird, sehen wir deshalb gleichwohl, daß privatwirtschaftliche Unternehmungen weiterhin arbeiten müssen, bis die Bedingungen für einen sozialistischen Wandel gereift sind"* (nach ,,FR", 17.3.80).

Denn anders als in Angola oder Mocambique hat die ZANU die bisherigen ökonomischen Machtverhältnisse zugunsten der Rassisten und Imperialisten nicht wesentlich verändern können. Nach wie vor befinden sich die Produktionsanlagen, die fruchtbarsten Teile des Landes und große Teile der Verwaltung in den Händen der alten Machthaber; auch ist die rassistische Armee noch nicht zerschlagen. In gewisser Weise könnte man von einer Art ,,Doppelherrschaft" sprechen, bei der die ZANU bestrebt ist, ihre augenblickliche politische Dominanz dazu zu nutzen, um auf ökonomischem Gebiet an Einfluß zu gewinnen und den Rassistenstaat vollständig zu eliminieren. Der Kampf um die Macht wird sich also fortsetzen und ist bisher nicht endgültig entschieden. Die Rassisten und Imperialisten werden je nach Lage der Dinge verschiedene Wege einschlagen, um die Macht wieder an sich zu reißen: vom Versuch einer Spaltung innerhalb der PF, über Wirtschaftsboykott und Sabotage bis zum militärischen Putsch mit Unterstützung durch Südafrika. Inwieweit sie mit einer dieser Methoden Erfolg haben werden, hängt im Wesentlichen davon ab, inwieweit es der ZANU gelingen wird, die Unterstützung und Macht des Volkes zu erhalten und auszubauen.

Sofortmaßnahmen

In einem Interview mit ,,New African" (April 80) spricht Robert Mugabe davon, daß das Volk sehen müsse, daß die Regierung ihre Versprechungen erfüllt. Als Sofortmaßnahmen kündigt er an, daß

sprechungen erfüllt. Als Sofortmaßnahmen kündigt er an, daß

- die ständige Terrorisierung der Bevölkerung, das Ausgehverbot, das Kriegsrecht und die bisher bestehenden Nostandsgesetze aufgehoben werden;
- soviele Bauern Land zugewiesen bekommen, wie irgendmöglich. Dabei sollen Kooperativen und kollektive Bebauung des Landes auf dem Wege der Überzeugung eingeführt werden. Zurückkehrende Flüchtlinge aus Mocambique, die dort zum Teil auf landwirtschaftlichen Kooperativen gearbeitet haben, sollen hierbei eine besondere Rolle spielen;
- alle Schulen sofort wieder eröffnet oder neu aufgebaut werden sollen, notfalls in Form von Zeltschulen;
- Krankenhäuser errichtet werden. Wo dies über Nacht nicht möglich ist, sollen ebenfalls Zeltkliniken aufgebaut werden;
- ein Sozial- und Wohlfahrtssystem errichtet werden soll;
- Mindeslöhne festgelegt werden;
- die Arbeitsbedingungen verbesssert werden;
- Arbeiterkomitees errichtet werden;
- die notwendige Qualifizierung der schwarzen Arfikaner/innen vorangetrieben wird;
- die Rassendiskriminierung in den Dienstleistungsunternehmen und Behörden sofort gestoppt wird;
- in der neu zu bildenden Armee auch die höheren Funktionen von den schwarzen Befreiungskämpfern eingenommen werdensollen; die Weißen darauf vorbereitet werden müssen, unter der Kontrolle der schwarzen Bevölkerung zu arbeiten.

Bisher hat die Regierung folgende Maßnahmen getroffen:

Aufbau einer neuen Armee

Eine der wohl schwierigsten und zugleich wichtigsten Aufgaben, um eine langfristig orientierte sozialistische Umformung zu garantieren, wird die Auflösung der alten rassistischen Armee und der Aufbau einer dem Volke verbundenen Armee sein. Als ersten Schritt dahin begann die Regierung mit der Integration der Befreiungsarmeen ZIPRA und ZANLA mit der rassistischen Armee unter der Kontrolle der Regierung.

Die rassistische Armee und Polizei weist ein beträchtliches Potential auf. Sie besteht aus 6000 regulären Soldaten, 14000 Reservisten und 1500 Luftwaffensoldaten. 8000 reguläre Polizisten gehören der ,,British South African Police" an, wobei nochmals 35000 Reservisten dazukommen. Weiterhin bestehen Wacheinheiten mit 3500 Mann, die für den Terror in den ,,geschützten Dörfern" zuständig waren, darüberhinaus ungefähr 30000 Mann, die Mitglieder der berüchtigten Privatarmeen von Sithole und Muzorewa sind (,,New Africa", April 80). Nicht zu vergessen sind die weißen Siedler, die fast alle bewaffnet sind.

Demgegenüber stehen ungefähr 25000 Befreiungskämpfer der ZANLA (ZANU) und schätzungsweise 15000 Befreiungskämpfer der ZIPRA (ZAPU), die allerdings die volle Unterstützung der schwarzen Bevölkerung genießen. Als weitgehendes Zugeständnis, um die bestehende Putschgefahr zu verringern, ist die Ernennung des rassistischen Generals Peter Walls zum Generalstabschef der neuen Armee zu werten. Er wurde gleichzeitig mit der konkreten Durchführung der Zusammenführung der drei Armeen beauftragt.

Nach Ansicht Mugabes soll die neue Armee eine Truppengröße von ungefähr 15000 Mann umfassen (,,Harald Tribune", 17.4.), wobei

ungefähr 15000 Mann umfassen (,,Harald Tribune", 17.4.), wobei

bisher unklar geblieben ist, aus welchen Anteilen der drei alten Armeen sie zusammengesetzt werden soll (ein entscheidender Faktor bei der Bewertung der neuen Armee). In jedem Fall sollen die bisher bestehenden Armeen stark reduziert werden, was unter den Befreiungskämpfern zu einigem Unverständnis führte, obwohl die Regierung ihnen spezielle Umschulungsmaßnahmen und Landzuweisungen angeboten hat. Etliche Befreiungskämpfer, die viele Jahre dem Befreiungskampf gedient haben, sind nicht ohne weiteres bereit, zugunsten alter rassistischer Armeezugehöriger aus der neuen Armee ausgeschlossen zu werden, so daß vereinzelt Widerstand gegen den Regierungskurs zu beobachten ist (,,Die Neue", 6.5.). Unlängst kündigte die Regierung an, daß sie gegen rebellierende ZIPRA-Einheiten in Zentral-Zimbabwe die Armee und Polizei einsetzen werden. Bei der Durchführung der Integration der Armeen und bei der Ausbildung der neuen Armee werden britische (!) Militärberater ein gewichtiges Wort mitreden. Insgesamt werden bis zu 100 Unteroffiziere und andere Angehörige der britischen Armee als Ausbilder tätig sein (,,Stuttgarter Zeitung", 18.3.).



Wie im AK berichtet, wurde die berüchtigte Anti-Guerilla-Einheit ,,Selous Scouts" aufgelöst; ebenfalls die SAS (Spezial Air Service), eine ausschließlich weiße Eliteeinheit mit enger Verbindung zu der britischen SAS, die für Terroraktionen in Nord-Irland oder unlängst bei der Erstürmung der iranischen Botschaft in London die Verantwortung trägt. Die rhodesische SAS war unter anderem für den Anschlag auf Nkomos Haus in Lusaka im April 1979 verantwortlich. Darüberhinaus wurden auch einige Wach- und Hilfskräfteeinheiten entlassen. Ein großer Teil dieser aufgelösten Truppen hat sich nach Südafrika und Namibia abgesetzt, um sich dort der rassistischen südafrikanischen Armee anzuschließen. Über 800 weiße Offiziere der regulären rhodesischen Armee haben ihren Einjahresvertrag vom April 1979 nicht verlängert (,,Herald Tribune", 17.4.) und immer mehr hohe Berufsoffiziere und viele Söldner verlassen das Land, ebenfalls überwiegend nach Südafrika und Namibia.

Insgesamt gesehen ist der Zeitpunkt zu früh, um sagen zu können, ob es der Regierung gelingen wird, eine dem Volke verbundene Armee aufzubauen. Besonders wenn man bedenkt, daß die Regierung den Aufbau von Volksmilizen, wie z.B. in Nicaragua, nicht in Erwägung zu ziehen scheint.

Zur Landfrage

Die ZANU schrieb in ihrem Wahlmanifest zur Landfrage und Wiederansiedlung der Bauern: *,,Jede Regierung wäre volksfeindlich und kriminell, wollte sie den akuten Landhunger im Lande ignorieren, besonders angesichts der Tatsache, daß 83 % unserer Bevölkerung in ländlichen Gebieten leben und für ihren Unterhalt von der Landwirtschaft abhängen. Eine ZANU-Regierung wird die Landfrage mit größter Dringlichkeit behandeln und die folgenden Schritte unternehmen:*

1. *Die Gründung eines Land- und landwirtschaftlichen Entwicklungsfonds, um Landkauf, Landansiedlung und landwirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen;*
2. *Landankauf vom privaten Sektor, um die Ansiedlung der bäuerlichen Bevölkerung zu ermöglichen, die gegenwärtig ohne Land ist oder unfruchtbares Land bearbeitet;*

Bevölkerung zu ermöglichen, die gegenwärtig ohne Land ist oder unfruchtbares Land bearbeitet;

3. *Die Errichtung von Gemeinschaftsdörfern und kollektiver Landwirtschaft auf neuerworbenem Land wird gefördert;*
4. *Das Land, das für die Notstands-, Umsiedlungs- und Landwirtschaftsprogramme genutzt werden soll, wird aus den folgenden Kategorien des privaten Sektors kommen:*
   a) ungenutztes oder verlassenes Land,
   b) uneffektiv genutztes Land und
   c) Land im Besitz von abwesenden Eigentümern".

Zur kollektiven Produktionsweise schrieb die ZANU: *,,Aber eine derartige kollektive landwirtschaftliche Produktion wird auf dem Wege der Überzeugung, nicht des Zwanges erfolgen. Wir halten es für lebensnotwendig, daß das von den Familienbetrieben genutzte Land zusammengelegt wird zu kollektiven, wirtschaftlichen Einheiten der Produktion, denn auf dieser Basis kann technische und finanzielle Hilfe des Staates sinnvoll gewährt werden. Die Wahl, welches Produkt angebaut, welche Art von Viehhaltung betrieben wird, sollte unter Berücksichtigung der lokalen Marktbedürfnisse und staatlicher Beratung erfolgen."*

Gerade in der Landfrage wird besonders deutlich, welchen schwierigen Pfad die Regierung — angesichts der nach wie vor bestehenden kapitalistischen Verhältnisse — beschreiten muß.

Die Enteignung des Landes würde in der augenblicklichen Situation große Gefahren in sich bergen. Die weißen Farmer würden die Mitarbeit sabotieren und das Land verlassen und würden im Moment nicht durch gleichwertig qualifizierte Afrikaner ersetzt werden können. Angesichts der Tatsache, daß die weißen Farmer zwischen 80 und 90% zum Gesamtwert der Agrarproduktion (17% des Bruttoinlandsproduktes) beisteuern und durch landwirtschaftliche Exporte bis zu 50% der augenblicklichen Devisen einbringen (,,FAZ", 19.5.), könnte eine Enteignung zu schwerwiegenden ökonomischen Folgen führen. Außerdem wäre die Regierung bei der augenblicklich angespannten Ernährungslage gezwungen, (viele Menschen in den ländlichen Gebieten haben oft zwei bis drei Tage nichts zu essen; immer häufiger treten Krankheiten wie Malaria, Thyphus, Hepatitis und Wurmkrankheiten aufgrund von Unterernährung auf [,,Neue", 28.5.]) Nahrungsmittel im großen Umfange einzuführen, was wiederum Abhängigkeiten (durch Kreditaufnahme etc.) von den imperialistischen Staaten schaffen würde.



ZANLA-Kämpfer in einem der Sammellager zusammen mit Angehörigen der Rassisten-Armee.

Andererseits würde die Beibehaltung der Privilegien der weißen Farmer die bestehenden Ungerechtigkeiten nicht aufheben und den Widerstand des Volkes gegen die Regierung entfachen. Die ZANU muß also unter den gegebenen Bedingungen einen Weg finden, der es ihre erlaubt, einen Prozeß der sozialistischen Umformung zu beschreiten, während gleichzeitig noch kapitalistische Verhältnisse bestehen bleiben.

Die ZANU scheint hierbei folgenden Weg einzuschlagen. Sie versucht soweit wie möglich die großen Farmen, die in den Händen der Weißen und ausländischen multinationalen Unternehmen liegen, durch landwirtschaftliche Kooperativen einzukreisen, wobei sie die privatkapitalistischen Farmen dahingehend verpflichten will, daß diese ihre Möglichkeiten (Erfahrungen, Maschinen, Geräte etc.) mit den neu gegründeten Kooperativen teilen und austauschen. Dieses könnte dazu beitragen, daß sich lebensfähige Kooperativen ent-

Dieses könnte dazu beitragen, daß sich lebensfähige Kooperativen ent-

wickeln bei relativ geringem Kostenaufwand und bei relativ maximaler Ausnutzung der augenblicklichen landwirtschaftlichen Maschinen etc. Außerdem würde auf diese Weise die Relation zwischen privatkapitalistischen Farmen und landwirtschaftlichen Kooperativen verringert und die augenblickliche Situation, nämlich daß die privatkapitalistischen Farmen wie isolierte Oasen inmitten großer Massenarmut liegen, aufgehoben. Ebenfalls könnte es helfen, zwischen kooperationsbereiten weißen Siedlern und boykottierenden zu unterscheiden.

Wirtschaftliche Maßnahmen

Seit den Wahlen und der Unabhängigkeitsfeier kam es in Zimbabwe zu verschiedenen Streiks, an denen sich über 4000 Beschäftigte aus 15 Unternehmen beteiligten — von der Bata-Schuh-Fabrik in Gwelo, der Goldmine von Umvuma, der Getreidebörse in Salisbury bis hin zu Firmen der Bekleidungs- und Textilindustrie (,,SZ", 21.3.).

Die Ursachen dieser Streiks liegen vor allem in dem niedrigen Lohnniveau und den schlechten Arbeitsbedingungen. Die Regierung hat bisher einige wichtige Maßnahmen ergriffen, die die Lebenssituation der Bevölkerung verbessern und auch auf die Forderung der Streikenden eingehen.

Zum Einen hat sie Mindestlöhne eingeführt. Industriearbeiter werden vom 1. Juli an mindestens 70 Zimbabwe Dollar (190 DM) im Monat erhalten, mit der Aussicht auf eine Anhebung auf 85 Dollar (230 DM) ab 1. Januar 81. Landarbeiter und Hausangestellte haben Anrecht auf eine Entlohnung von mindestens 30 Dollar (80 DM) im Monat. Arbeitsminister Kangai räumte ein, daß die Mindestlöhne noch sehr gering sind, daß aber dennoch vier Fünftel der Industrie zur Zeit weniger zahlt als die festgelegten Sätze.

Den bedeutend niedrigeren Satz für Landarbeiter und Hausangestellte begründete er mit den in diesen Bereichen üblichen zusätzlichen Leistungen wie freie Unterkunft, Verpflegung, ärztliche Versorgung und Beihilfe zu den Transportkosten. Wer aufgrund der Regierungsmaßnahmen Arbeiter entläßt, muß mit staatlichen Repressionen rechnen (,,SZ", 29.5.).

Zum anderen hat die Regierung die Mehrwertsteuer von 15 auf 10% gesenkt, wobei wichtige Grundnahrungsmittel — u.a. Margarine, Zucker, Speiseöl, Tee usw. — von der Mehrwertsteuer gänzlich befreit wurden. Hauptsächlich von den Weißen konsumierte Luxusgüter — u.a. Tabak und Alkohol — wurden mit einer Steuererhöhung bedacht. Ebenfalls wurden die wohlhabenden Weißen von einer Erhöhung der progressiven Einkommensteuer um 5% betroffen, um die Mindereinnahmen durch die Senkung der Mehrwertsteuer wieder auszugleichen (,,Neue Zürcher Zeitung", 22.4.).

Außerdem kündigte Mugabe während der Eröffnung der 21. ,,International Trade Fair" in Bulawayo an, daß in Zukunft Gewinne nicht mehr transferiert werden dürfen, um die Investitionsbereitschaft in Zimbabwe selbst zu erhöhen (,,Neue", 23.5.).

Insgesamt könnte die ZANU versuchen, die ,,Fähigkeiten" der Kapitalisten (Hohe Qualifikation, Kreditwürdigkeit bei den imperialistischen Staaten etc.) für die Entwicklung der Produktivkräfte (Qualifizierung der Afrikaner etc.) vorerst dadurch zu gewinnen, daß sie den kapitalistischen Sektor derzeit nicht antastet, gleichwohl aber die Kapitalisten durch staatliche Maßnahmen (Einkommen-

wohl aber die Kapitalisten durch staatliche Maßnahmen (Einkommen-

steuererhöhung, Verbot des Gewinnexports) immer mehr dazu zwingt, den berechtigten Forderungen der Bevölkerung Tribut zu leisten.

Der erwartete konjunkturelle Aufschwung durch Wegfall der Sanktionen könnte diese Plan begünstigen. Dennoch wäre ein solches Vorgehen — ohne jegliche Verstaatlichung zumindest der Banken und einiger Schlüsselindustrien — mit großem Risiko verbunden, denn die Kapitalisten werden sich nicht friedlich dazu benutzen lassen, um eine nichtkapitalistische Wirtschaft aufzubauen.

Seit dem Regierungsantritt der ZANU sind außerdem noch einige andere für die Bevölkerung notwendige Maßnahmen durchgeführt worden. So sollen bis Ende Juni 140 von 160 Kliniken, die weitgehend durch den Bürgerkrieg zerstört oder geschlossen wurden, wieder eröffnet werden. Bis Mai wurden ebenfalls 1481 Schulen wiedereröffnet oder zum Teil neu errichtet (,,Africa", Juni 80). Bei den Radio- und Fernsehanstalten wurden wichtige Schlüsselpositionen mit ZANU-Angehörigen besetzt, die weitgehendst die Aufgabe übernommen haben, daß eine objektive, wahrheitsgemäße Berichterstattung über die Politik der Regierung (deren Mitglieder bis vor kurzem noch in eben diesen Anstalten als ,,Terroristen" beschimpft wurden) gewährleistet wird (,,Herald Tribune" 30.4.).

Darüberhinaus erließ die Regierung eine Amnestie für kriminelle Straftäter (bis 18 Monate Haft) oder gewährte ihnen Strafermäßigung zu einem Drittel. Rund 9000 Menschen wurden entlassen. Unter die Amnestie fielen auch alle wegen Kriegsdienstverweigerung verurteilten zimbabwischen Bürger (,,FR", 23.4.).

Afrika-Kommission

Delegiertenkonferenz des KB zum Statut und zur Bundestagswahl



Am 5./6. Juli fand die auf dem 1. Kongreß des KB im Januar beschlossene Delegiertenkonferenz zur Verabschiedung des Statuts statt. Aus aktuellen Gründen wurde die Tagesordnung um die Frage der Stellung des KB zu den diesjährigen Bundestagswahlen erweitert.

Große Teile des Statuts waren schon auf dem 1.Kongreß diskutiert worden (siehe hierzu den Abdruck des Statutenentwurfs und der Kontroversen in „Unser Weg“ 32). Auf dieser Delegiertenkonferenz bestimmten wesentlich zwei Kontroversen, die auch politische Differenzen beinhalten, die Debatte. Erstens die Frage, wie die Pflichten und Rechte der Einzelnen gegenüber der Organisation zu formulieren sind; und zweitens, wie weit fraktionelle Rechte im KB gefaßt werden.

Pflichten und Rechte im KB

Im Entwurf heißt es u.a.: „*Zu den Pflichten des KB-Mitglieds gehört es,.... an der Beratung von Beschlüssen teilzunehmen und nicht gegen mehrheitlich gefaßte Beschlüsse zu verstoßen.*“ Dagegen standen mehrere Anträge, in denen gefordert wurde, „*mehrheitlich gefaßte Beschlüsse durchzuführen*“. Die Antragsteller argumentierten damit, daß es der Normalfall sein sollte, daß mehrheitlich gefaßte Beschlüsse durchgeführt werden und daß Ausnahmen in jedem Fall gesondert begründet werden müßten. Für die vorliegende Formulierung wurde argumentiert, daß das Recht des/der Einzelnen auf Beibehaltung einer differenten Position in der Hinsicht abgesichert werden müsse, daß niemand gegen die eigene Überzeugung zur Durchführung von Beschlüssen gezwungen werden dürfe. Dieser Antrag („*Beschlüsse — durchführen*“) wurde bei 4 Fürstimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt. Angenommen (ca. zwei Drittel) wurde ein Antrag, der fordert: „*Bei Nichtdurchführung von Beschlüssen sollten die inhaltlichen Widersprüche festgehalten werden, damit sie innerhalb der Organisation diskutierbar werden.*“

Abgelehnt wurde dagegen aber auch ein Antrag, mit dem die Verpflichtung zur Durchführung von Beschlüssen noch weitgehender eingeschränkt werden sollte. Im Entwurf heißt es: „*Beschlüsse der höheren KB-Organe* (*sind*) *für jede nachfolgende Einheit verbindlich*“ und es muß sich die „*Minderheit der Mehrheit unterordnen*“. Dies sollte dahingehend geändert werden, daß gegen Beschlüsse durch Einheiten und gegen Mehrheitsbeschlüsse durch Minderheiten nicht verstoßen werden darf. Die Mehrheit befand, daß in einer demokratischen Struktur durchaus die Kollektive zur Einhaltung der Beschlüsse verpflichtet werden können, daß Schutzmaßnahmen dagegen für die Einzelnen enthalten sein müssen (Abstimmung: 3 Fürstimmen, 6 Enthaltungen).

Eine ähnliche Debatte entzündete sich an dem folgenden Antrag: „*Der Vertrieb der zentralen Publikationen zählt zu den individuellen Pflichten des Mitglieds. Begründete Ausnahmen müssen in der Grundeinheit diskutiert werden.*“ Dagegen wird im Entwurf der Vertrieb des AK als Aufgabe der Kollektive bestimmt.

Die Kontroverse geht auf den Umstand zurück, daß ein großer Teil der Mitglieder des KB nicht regelmäßig den AK verkauft. Die Befürworter des Antrags argumentierten, daß nur durch eine individuelle Verpflichtung die Diskussion darum aufgenommen werden könne; sie warfen der Mehrheit vor, vor den gegenwärtigen Schwierigkeiten zu resignieren. Weitere Vorwürfe waren, die Mehrheit würde den Liberalismus nicht bekämpfen und die Krise verwalten!

Dagegen stand die Ansicht, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten nur durch kollektive Anstrengungen gelöst werden können. Es bestünde die Gefahr, daß durch die Verpflichtung der Einzelnen wieder Zustände eingeführt werden, die den Druck vor die Überzeugung setzen (Abstimmung: 18 Fürstimmen, 4 Enthaltungen, ca. 90 Gegenstimmen).

Die Rechte der Fraktionen

Im Entwurf heißt es: „*Die Bildung von Fraktionen ist ein wichtiges Instrument zur Klärung politischer Kontroversen im KB.*“ Dagegen wurde ein Antrag eingebracht, in dem die Fraktionsbildung als ein „*fortgeschrittenes Stadium der Widerspruchsentwicklung*“ bezeichnet wird. Es wurde davor gewarnt, insbesondere angesichts der gemachten Erfahrungen mit der „Z“, zu leichtfertig mit der Fraktionsbildung umzugehen. Mit der Fraktionsbildung bestünde immer auch die Gefahr des „*Bruchs*“. Dagegen wurde argumentiert, daß gerade dieser Druck beseitigt werden müsse, daß es möglich sein müsse, Fraktionen zu wichtigen Fragen zu bilden, ohne daß dies in Hinblick auf einen Bruch geschieht (Abstimmung: fast einstimmig abgelehnt).

Eine Erweiterung der bisher formulierten Fraktionsrechte forderten die Delegierten der „Mittelgruppen“ (die sich selbst als zwischen KB und „Z“ stehend verstehen). Sie beantragten, Fraktionen über die interne und öffentliche Formulierung ihrer Positionen hinaus auch das Recht für eine autonome Praxis zuzubilligen. Im Kern war dies die Neuauflage der Dachorganisationsvorstellungen der „Z“ (zwei eigenständige Organisationen unter einem Dach/Namen). Dies wurde mit großer Mehrheit (3 Fürstimmen, Rest dagegen) abgelehnt, weil die Mehrheit in Fraktionen Instrumente zur Klärung von Differenzen sieht und nicht die Klammer für unterschiedliche Organisationen, die ggf. sogar gegeneinander arbeiten (wie dies ja bei KB und „Z“ der Fall ist).

Über die hier angesprochenen Anträge und Differenzen hat es eine Reihe von Veränderungen am Statut gegeben. Diese werden demnächst in der überarbeiteten Fassung des Statuts vorgelegt.

Nicht verabschiedet worden ist bisher eine Präambel für das Statut. Der bisher vorliegende Entwurf wurde als nicht ausreichend angesehen. Eine Kommission wurde beauftragt, einen neuen Entwurf vorzulegen.

Das vorliegende Statut wurde schließlich bei wenigen Enthaltungen angenommen.

Das Frauenstatut ♀

Parallel zum allgemeinen Statut ist mit der Erarbeitung eines gesonderten Frauenstatuts begonnen worden. In der Präambel wird die Zielsetzung beschrieben. Im weiteren werden die Pflichten der Organisation in der Frauenarbeit, die Pflichten der einzelnen Genossen, die besonderen Rechte der Frauen, Disziplinarmaßnahmen gegen Männer im KB, die gewalttätig gegen Frauen sind, sowie die besonderen Strukturen im KB für Frauen aufgeführt. Dieses Statut ist noch nicht endgültig formuliert und stand noch nicht zur Verabschiedung. Auf einer gesonderten Versammlung der Frauen unter den Delegierten wurde diskutiert, daß das Frauenstatut autonom von den Frauen beschlossen und daß dafür der folgende Passus in das allgemeine Statut eingefügt werden soll: „*Die doppelte Unterdrückung der Frauen im Kapitalismus macht auch nicht vor den Toren einer kommunistischen Organisation halt. Wir tragen dieser Tatsache Rechnung, indem die Genossinnen im KB über eine eigene Frauenstruktur und die Inhalte ihrer Politik selbst bestimmen. Das schafft den Genossinnen die Vorbedingungen schon heute, auch im KB, mit dem Kampf um die Frauenbefreiung zu beginnen; d.h. andere ökonomische, soziale, emotionale und sexuelle Beziehungen zwischen Frauen und Mann und unter Frauen zu erkämpfen.*

Genauere Aufgaben der Frauenstruktur regelt ein Frauenstatut, das von einer bundesweiten Genossinnen-VV verabschiedet wird.“

Dieser Antrag wurde bei 8 Enthaltungen und keiner Gegenstimme angenommen.

Im weiteren wurden von den Frauen einige Punkte ihrer Statutdebatte vorgetragen:

— Einigkeit besteht darin, daß für die Frauenseiten im AK ein Endredaktionskollektiv allein aus Frauen aufgebaut werden soll.

— Frauenzellen sollen ohne besondere Begründung eingerichtet werden können, wenn dies drei Frauen wünschen. Damit soll die bisherige Praxis aufgehoben werden, daß Frauen sich vor den Männern rechtfertigen mußten, wenn sie nicht mehr bereit waren, mit ihnen zusammenzuarbeiten.

— Zur Situation der Mütter im KB heißt es im bisherigen Entwurf: „*Mutter werden darf kein Rückschlag in der Emanzipation der Frauen sein, eine besondere Unterstützung für Mütter und schwangere Frauen ist daher notwendig. Hausarbeit und Kindererziehung ist Sache von Mann und Frau.*“ Dies wurde als nicht ausreichend angesehen. Welche Anforderungen von den Müttern an die Organisation gestellt werden, und wie dies im Statut verankert werden soll, wird auf einer Versammlung der Mütter diskutiert.

— Differenzen gab es in der Frage Gewalt gegen Frauen. Im Entwurf heißt es: „*Mit der Mitgliedschaft im KB ist es unvereinbar, daß Männer ihre körperliche Überlegenheit durch Schlagen o.ä. gegenüber Frauen ausnutzen. Sie sind nach Absprache mit anleitenden Gremien bzw. der Frauenverantwortlichen zu beurlauben...*“ Es besteht ein Antrag, über die physische Gewalt hinaus auch besonders krasse Formen der psychischen Gewalt aufzunehmen. Ob und ggf. wie dies gefaßt werden soll, war unter den Frauen strittig. Deshalb wurde dieser Teil auf dem Kongreß nicht zur Diskussion gestellt, sondern wird auf einer Frauenvollversammlung behandelt.

Kam bei den einzelnen Beiträgen der Frauen über die strittigen Punkte im Frauenstatut noch kein Diskussionsbeitrag von den Männern, so kam diese Diskussion noch in Gang, nachdem mehrere Genossinnen massiv die Teilnahmslosigkeit der Männer kritisierten. Sie hoben insbesondere hervor, daß bei der Diskussion des allgemeinen Statuts in zahlreichen Beiträgen um Punkt und Komma gestritten wurde, und zwar auch in zahlreichen, wortreichen Beiträgen der Männer, beim Frauenstatut aber sang- und klanglos die Autonomie der Frauen im KB von den Männern wortlos verabschiedet worden war. In der täglichen politischen Praxis aber hätten die Genossinnen es durchaus sehr schwer, sich gegen die Männer durchzusetzen. Diese Ignoranz zu überwinden, wird eine wichtige Aufgabe bei der praktischen Durchsetzung des Frauenstatuts sein.

Positiv hat sich auf diesem Kongreß die Anwendung eines besonderen Frauenrechts ausgewirkt. Die Versammlungsleitung wurde mehrheitlich von Frauen geführt. Das Rederecht wurde so geregelt, daß Frauen sofort das Wort erhielten, wenn sie sich meldeten und so der langen Rednerliste von Männern vorgezogen wurden. Ein Beispiel, das in allen Organisationsbereichen Schule machen sollte, wurde doch hier sehr deutlich, wie viel die Frauen zu allen Punkten der Diskussion zu sagen haben — teilweise wurde der Diskussionsverlauf mehrheitlich von den Beiträgen der Genossinnen getragen!

Wahldiskussion

Zu diesem Thema gab es einen Resolutionsentwurf, der von mehreren Mitgliedern des LG unterstützt wurde. **Über diesen Entwurf wurde lediglich ein Meinungsbild der Delegierten hergestellt; die Diskussion soll in den Ortsgruppen, Grundeinheiten usw. fortgesetzt werden.**

Abgestimmt wurde zu drei Komplexen: Wahlkonstellation Schmidt/Strauß; Wahlaussage; Verhältnis des KB zu den GRÜNEN.

Der erste Abschnitt des Resolutionsentwurfs wurde mit großer Mehrheit angenommen: 8 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen bei ca. 110-115 abstimmenden Delegierten. In diesem Abschnitt wird von einer **„faktischen Neuauflage der Großen Koalition...,d.h. der weitgehenden Übereinstimmung zwischen Schmidt und Strauß“** ausgegangen. „*Die Linke muß den Bundestagswahlkampf dazu nutzen, diese Rechtsentwicklung verstärkt ins Bewußtsein des Volkes zu bringen und einen möglichst starken Protest gegen die herrschende Innen- und Außenpolitik zu schaffen. Ein ‚Anti-Strauß-Wahlkampf', der sich nicht in erster Linie gegen die herrschende Politik richtet, sondern zur Personal-Agitation gegen die Figur von F.J. Strauß verkommt, nutzt allenfalls der SPD ...*“

Die Gegenstimmen zu diesem Abschnitt kamen von der sog. ‚Grünzone' des KB. Diese Delegierten waren insbesondere nicht einverstanden mit der Aussage: „*Das wichtigste werden im Wahlkampf die außerparlamentarischen Aktionen sein*“, während dem Protest mit dem Stimmzettel diesmal „*nur eine sehr geringe Bedeutung*“ zukomme. Die ‚Grünzone' besteht aus den ‚Mittelgruppen' (insgesamt knapp 20 im KB verbliebene Sympathisanten der Z-Gruppe in Hamburg-Eimsbüttel, Westberlin und Bielefeld); bei der Wahldiskussion auf dem Kongress wurde die ‚Grünzone' durch die Göttinger Delegierten verstärkt.

Zum zweiten Abschnitt („Der Protest mit dem Stimmzettel“) konzentrierte sich die Abstimmung auf fünf alternative Möglichkeiten zur Wahlaussage:

a) „ ... *Wir werden deshalb die Kandidaten der GRÜNEN unterstützen, die ohne Zweideutigkeiten für ein sozial und politisch progressives Programm eintreten. Wo die GRÜNEN nicht durch solche Kandidaten repräsentiert sind, unterstützen wir eine andere Form der ‚Proteststimme', in erster Linie für die DKP, bzw. durch Nichtwahl*“. Dies war die Formulierung des Resolutionsentwurfs. Dazu heißt es dort u.a.: „*Die DKP hat gegenüber den GRÜNEN das insgesamt fortschrittlichere, gesellschaftskritischere Programm ...*“. Andererseits werden aber auch eine Reihe von Argumenten zugunsten der GRÜNEN (im Vergleich mit der DKP) dargestellt.

Die Position a) bekam 30 Stimmen.

b) Die Position b) will die Kritik an der DKP schärfer fassen. Außerdem soll die DKP nicht besonders herausgestellt, sondern als ‚Protestpartei' gleichwertig neben andere kandidierende Listen, wie etwa die „Volksfront“ der KPD/ML oder eventuell den KBW, gestellt werden.

Die Position b) bekam 26 Stimmen.

c) Die ‚Grünzone' spricht sich dafür aus, nur die GRÜNEN durch eine Wahlaussage zu unterstützen. Und zwar soll – unabhängig davon, wie rechts die GRÜNEN konkret auftreten – durchgängig Abgabe der Listenstimme für die GRÜNEN empfohlen werden.

Die Stimme für den einzelne Kandidaten soll allerdings besonders rechten GRÜNEN verweigert werden.

Die Position c) bekam 12 Stimmen.

d) Die Position d) lehnt, ebenso wie die Position c), jede mögliche Wahlaussage zugunsten der DKP strikt ab. Sie will aber andererseits die GRÜNEN auch nur dort unterstützen, wo sie „*ohne Zweideutigkeiten für ein sozial und politisch progressives Programm eintreten*“, andernfalls Nichtwahl empfehlen bzw. gar keine Wahlaussage machen.

Die Position d) bekam 25 Stimmen.

e) Gar keine Wahlempfehlung. Diese Position bekam 6 Stimmen. Außerdem gab es 12 Enthaltungen. Insgesamt war also nur die Hälfte (56) der abstimmenden Delegierten (111) bereit, eine Wahlaussage auch zugunsten der DKP als möglich einzubeziehen. An diesem Punkt entstanden die schärfsten Diskussionen, die jetzt ‚an der Basis' fortgeführt werden müssen. Problemlos war hingegen die Unterstützung der GRÜNEN: Insgesamt 93 von 111 Abstimmenden wollen die GRÜNEN zumindest dort unterstützen, wo sie für fortschrittliche Inhalte eintreten.

Zum Verhältnis des KB zu den GRÜNEN wurde für den Schlußteil alternativ zum Resolutionsentwurf folgender Text vorgeschlagen: „*Der KB wird stärker als bisher innerhalb der GRÜNEN arbeiten, um mit den zahlreichen Mitgliedern zusammenzuarbeiten, die einen sozialistischen Weg suchen. Allerdings sind wir nach wie vor der Meinung, daß die entscheidenden Impulse für eine Sozialistische Alternative nicht aus der Grünen Partei und ihrer bisherigen verhängnisvollen Entwicklungslogik entstehen, sondern aus einer verstärkten Diskussion und Auseinandersetzung um eine selbständige Klassenpolitik der Arbeiterbewegung. Je früher sich diese Diskussion von einer selbstgewählten Abhängigkeit/Anbindung an konservative und kleinbürgerliche Kräfte löst, desto besser für die Zukunft sozialistischer Politik in der BRD*“.

Diese Position bekam mit nahezu 2/3 der Delegierten eine deutliche Mehrheit.

Nur 23 Stimmen bekam die Formulierung des Resolutionsentwurfs: „.... *Wir sprechen uns ...für eine deutlich breitere und systematische Mitarbeit des KB in der Grünen Partei aus. Diesem Entschluß liegt auch die Einschätzung zugrunde, daß die Widerspruchsentwicklung bei den GRÜNEN Teil des Parteibildungsprozesses einer Sozialistischen Alternative ist. In der Grünen Partei sammeln sich einige (keineswegs alle, nicht einmal die meisten) Kräfte, die für die Herausbildung einer Sozialistischen Partei eine positive Rolle spielen können. Angesichts der Krise aller sozialistischen/marxistischen Organisationen der Bundesrepublik und angesichts der anhaltenden politisch-organisatorischen Stagnation in der Arbeiterbewegung sind die GRÜNEN vorübergehend (keineswegs langfristig) zum Schwerpunkt des sozialistischen Parteibildungsprozesses geworden bzw. haben die Chance, vorübergehend dazu zu werden. Die Grüne Partei kann diese positive Rolle allerdings nur spielen, wenn mit dem bisherigen Konzept (Versöhnung mit den Rechten, Reduzierung auf ein Kompromiß-Programm mit den selbsternannten Gralshütern des ‚wahren Ökologismus') gebrochen wird. Wird dies nicht erreicht, so gerät die Grüne Partei in die Gefahr, zu einem Hindernis, zu einer Verzögerung im sozialistischen Parteibildungsprozeß zu werden*“.

Die überdurchschnittlich große Zahl von 23 Enthaltungen bei dieser Abstimmung kam durch die ‚Grünzone' zustande.

Ganz Neues von der Gruppe »Z«

Die „Gruppe Z“, ehemals Zentrumsfraktion des KB, hat in allerletzter Zeit einige Andeutungen veröffentlicht, die uns auf die Fortsetzung gespannt sein lassen:

– Der Genosse Wi. von der Leitung der „Gruppe Z“ mokiert sich in der „Z“ Nr. 6 (13.6.) über die – auch vom KB seit Jahren vorgenommene – Kennzeichnung der sowjetischen Bürokratie als „neue Bourgeoisie“. Dies sei, so schreibt Wi., eine „*Begriffskonstruktion*“, hinter der keine „*konkrete wissenschaftliche Analyse*“, sondern nur der Wunsch nach „*Immunisierung vor Kritik*“ stehe. „*Die Bestimmung des gesellschaftlichen Charakters der SU*“ sei „*nur über eine konkrete Analyse möglich*“. Selbstverständlich bietet Wi. diese Analyse nicht, er leistet nicht einmal eine inhaltliche Kritik an der These von der „neuen Bourgeoisie“. Seine Polemik gegen die These von der „neuen Bourgeoisie“ besagt also nichts und kostet nichts. Mit dieser Art intellektueller Hochstapelei läßt es sich – wie die Geschichte einiger sozialistischer Gruppen lehrt – ganz gut leben. Wi. freilich hat versprochen, seine vielversprechenden Andeutungen demnächst mit dem dazugehörigen Inhalt zu füllen.

– In einem Artikel für die „Hefte für Demokratie und Sozialismus“ 3/80 (herausgegeben von den aus dem KBW hervorgegangenen „Komitees...“) spricht der Genosse Wi. von der Notwendigkeit einer Analyse der internationalen Lage, **„die die Macken der vaterländischen Position (a la ‚KPD' bzw. jetzt der 99er) ebenso vermeidet wie die des KB“** (S.27). Wir entnehmen daraus, daß Wi. (und also auch die „Gruppe Z“) beim KB in der Analyse der internationalen Lage irgendwelche „Macken“ sieht, die sogar ähnlich schlimm zu sein scheinen wie die bekannten „Macken“ der aufgelösten „KPD“. Leider **benennt Wi. diese „Macken“ des KB** weder in den „Heften...“ (wo er auf den KB überhaupt nicht eingeht, abgesehen von dem zitierten Hinweis auf die „Macken“), noch hat er sich zu irgendeinem früheren Zeitpunkt öffentlich dazu geäußert. Also auch hier das bewährte Verfahren: erstmal setzt man eine These ohne die Spur inhaltlicher Argumentation in die Welt, und später kümmert man sich dann vieleicht um die inhaltliche Füllung.

– In demselben Artikel in den „Heften“ entwickelt Wi. eine Fülle neuer – nicht aus der gemeinsamen Tradition des KB stammenden – Thesen zur 3. Welt und zur Rolle der Sowjetunion. So bezeichnet er dort bestimmte Staaten der 3.Welt (speziell die Ölstaaten) als „*parasitäre Nutznießer der Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit..., noch parasitärer übrigens als das Kapital selbst, das immerhin für die genannte Entwicklung bekanntlich eine nicht ganz unerhebliche Rolle spielt*“. Diese Staaten eignen sich, laut Wi., einen Mehrwert an, der „*überwiegend aus der Mehrarbeit der amerikanischen, westeuropäischen und japanischen Arbeiterklassen, zu geringerem Teil aus der der Arbeiter und Bauern der restlichen Staaten*“ stamme. „*Die Saudis*“ beispielsweise seien„**ein Volk von Parasiten**, *das vermittelt über die Rente* (d.h. konkret den Ölpreis – Anm. AK) *an der kapitalistisch und anders organisierten Ausbeutung teilnimmt...*“ (S.25). Auch zu diesem Punkt hat Wi. schon eine Weiterentwicklung und ausführliche Darstellung der neuen Z-Thesen angekündigt.

Wir wollen uns mit den neuen Thesen der „Gruppe Z“, die hoffentlich demnächst weiter konkretisiert bzw. teilweise überhaupt erst mit Inhalt gefüllt werden, in Kürze auseinandersetzen. Vorerst sei die Nr. 3/80 der „Hefte...“ (die auch einen langen Artikel von Willfried Maier zur internationalen Lage enthält) zur Lektüre **empfohlen.**

„Großer Ratschlag"

„Kampf für ein besseres Leben", aber wie?

Ein Kongreß jagt den anderen: vom 27.-29. Juni fand in Frankfurt der „Große Ratschlag" statt, organisiert vom Sozialistischen Büro. Rund 5000 Menschen folgten dem Aufruf: „... *Wir müssen uns fragen, wo in dieser Gesellschaft Ansatzpunkte für eine grundlegende Alternative sind? Wie muß eine politische Praxis aussehen, die daran anknüpft und die Bedürfnisse und Interessen der Menschen ernst nimmt? ... Was können wir in der nächsten Zeit gemeinsam unternehmen gegen den Ausbau des Atomstaates und die fortschreitende Naturzerstörung, Abbau des Sozialstaates und autoritäre Ideologie?"* Auf *„all diese Fragen und Probleme"* wollte der 'Große Ratschlag' *„erste Antworten geben"* sowie eine *„gemeinsame Diskussion ermöglichen"* und *„konkrete Formen der Zusammenarbeit eröffnen"*.

Zwar waren „alle" eingeladen, die „in sozialen Protestbewegungen" arbeiten – doch eröffnet wurde der Kongreß mit einer ausschließlich mit SB-Akademiker/innen bestückten Podiumsdiskussion. Thema: *„Ein neuer Sozialismus"*. Auf dem Podium saßen: Ursel Schmiederer, Christel Neusüß, Andreas Buro, Oskar Negt und als einziges Nicht-SB-Mitglied Rudolf Bahro. Für etwas Spannung beim Start sorgten Hannelore Mabry und weitere Frauen vom Münchner „Feminist". Sie kritisierten die glänzende Abwesenheit der Frauenbewegung und -thematik, sowohl was die Besetzung des Podiums als auch was die geplanten Arbeitsgruppen betraf. Darauf reagierten die Podiumsstreiter/innen für „einen neuen Sozialismus" etwas ratlos; erst nach einer Stunde konnte sich darauf geeinigt werden, daß H. Mabry mit von der Partie sein durfte.

Die nun endlich beginnende Diskussion lieferte ein anschauliches Beispiel dafür, wie schlecht deutsche Professoren heute mit dieser Welt zurechtkommen – sofern sie in ihren Seminarräumen weiter verharren.

Stellvertretend und schulmeisterlich wurden über die Krise der Linken Allgemeinplätze ausgetauscht, ohne, abgesehen von Bahro, der es freilich auf seine Art und Weise tat, jeglichen Bezug zur Praxis, zu irgendeiner Ebene der Wirklichkeit überhaupt. So erzählte z.B. Ursel Schmiederer, die Linke habe bislang die Frage der individuellen und menschlichen Emanzipation zuwenig berücksichtigt – dies sei (ist ja klar!) besonders bei den „K-Gruppen" der Fall. Aber Ursel, warum denn in die Ferne schweifen, wo das Schlechte doch so nahe liegt?? Ist es nicht so, daß in der „links" Zeit ihres Bestehens ganze z w e i – na, vielleicht waren's doch drei? – Artikel zur Frauenfrage erschienen sind?

Ebenso wurde an diesem Abend viel über den Reformismus innerhalb der Arbeiterklasse gejammert. Diese sei eben nicht so „heroisch" (heldenhaft), so kampflüstern, wie wir uns das immer gewünscht hätten – tja, ist es aber nicht gerade auch ein ureigenes Problem des SBs, das mit dem Reformismus?? Die Bindung einiger SB-Mitglieder an die SPD ist ja nicht gerade eine neue Erkenntnis... aber dazu später nochmal.

Christel Neusüß (SB Westberlin) sah das Besondere an der heutigen Situation darin, daß heute „Der Bürger" Auslöser sozialer Bewegungen sei (wie z.B. der Name „Bürgerinitiative" es schon beweise). Geradezu typisch für den Kapitalismus und seine heutige Entwicklung sei, daß dieser vereinzelte Individuen produzieren würde. Dieser Entwicklung müßten wir uns stellen, meinte Christel N.. Bahros Appell, wir mögen alle Fragen vom Interesse der G e s a m t gesellschaft aus angehen, empfand sie folgerichtig als „ungeheure Belastung", „viel zu große Verantwortung". Wie man/frau alles „neu" angehen könne, veranschaulichte sie an einem Beispiel: wenn wir in unseren Beziehungen gegen Aggressivität, gegen Konkurrenzdenken sind, könnten wir nicht daraus unsere Ablehnung von Kriegen entwickeln?

Der frisch gebackene 13. Jünger, Bahro, predigte in gewohnter Weise: wir hätten bislang eine „falsche", gar „neurotische" Identität gehabt. (Was is'n das? „Falsche Identität"??) Alles, „aber nun wirklich alles", habe sich eben anders entwickelt auf der Welt, als wie Marx es geschrieben habe. Drum müßten wir unsere Identität „umbauen"; dies habe bei den „Grünen" gute Erfolgschancen, allerdings, so Bahro, würden einige ewiggestrige Linke das Unternehmen nach wie vor gefährden.

Nun gut, wir müßten uns in Demut und Bescheidenheit üben: „ich bin klein, mein Herz ist rein, mein Kopf ist leer". High sein, frei sein, Gruhl muß dabei sein...

Als Hannelore Mabry dann eingriff: der Marxismus sei das Übel – aber der Feminismus (nicht der Ökologismus) sei die Rettung, vergaß sich Professor Negt völlig. Er schäme sich, daß sich „sowas" eine „deutsche Soziologin" nenne. Das Publikum, das Zwischenrufe und Pfiffe wagte, schrie er an, es sei ausgemacht worden, hier gebe es k e i n e Diskussion mit dem Publikum, und: „Hier filmt das ZDF! Wie sehen wir aus, wenn ..." Zwar waren an diesem Abend seine Beiträge meist leider etwas unverständlich, dennoch verfolgte ihn ein ständiger Gedanke: Geradezu penetrant rief er dazu auf, nicht mehr über die Grenzen zu schielen, sondern uns der Entwicklung eines Sozialismus in den Farben Deutschlands zuzuwenden (da friert einem ja schon jetzt die Seele weg!).

Bliebe noch anzumerken, daß Andreas Buro, besorgt durch die Ausführungen Bahros (man müsse von nun an alles im Weltzusammenhang betrachten und vom gesamtgesellschaftlichen Interesse ausgehen), nach den übrigbleibenden Handlungsmöglichkeiten des Einzelnen fragte. Allerdings beruhigte er sich selber wieder schnell, denn „nur Intellektuelle" könnten ja bekanntlich die „Gesamtzusammenhänge" durchschauen. Uff! Man wird noch gebraucht!

Dieser fade Einstieg, der viele, auch SB-Mitglieder, enttäuscht hatte, wurde z.T. durch die zwei darauffolgenden Tage und Abende wieder wettgemacht. Zunächst durch die Arbeitsgruppen (Kriegsgefahr, Frauen – eine AG bildete sich spontan –, Arbeiterbewegung und Ökologie, u.a.), die allesamt gut besucht waren, und wo meistens eine ganz lebhafte Diskussion stattfand. Insbesondere in der AG „Internationale Konkurrenz und Kriegsgefahr" woran sich ca. 400 Menschen beteiligten. Am zweiten Abend fand eine Kulturveranstaltung mit buntem Programm statt: Rudolf Raabe, Wolfgang Abendroth u. a. sprachen, der beliebte Frankfurter Liedermacher Lerryn sang, und einige Rockgruppen brachten die Leute dann wirklich hoch. Abgeschlossen wurde der Kongreß mit einer zweiten Podiumsdiskussion: *„Sozialistische Politik und internationale Krise"*.

Referenten/in waren diesmal: Eva Quistorp („Frauen für den Frieden"), M. Massarat, D. Diner („links"), Dieter Esche (SB Westberlin), Egbert Jahn (SB Frankfurt), Andreas Buro u.a. Dazu hatte Andreas Buro ein Thesenpapier formuliert. Dort heißt es: „... *Deshalb muß der Rüstungswettlauf durch eine Umstellung auf ein Defensivsystem ohne Bedrohungspotentiale unterbrochen werden... Defensivsystem heißt, grundsätzlich auf Abschreckung durch Gegenschlag zu verzichten und sich nur gegen Angriffe zu verteidigen"*. Offensivwaffen nein, Defensivwaffen ja??? Diese Position scheint mehr als fragwürdig: es gibt keine per se defensiven Waffensysteme. Auch Pershing-Raketen könnten, wenn man so will, als „Defensivwaffen" angesehen werden – für den Angriffsfall. Entsprechend war bereits auch in der Arbeitsgruppe am Vortag von Krippendorf (SB Westberlin) argumentiert worden. Ekbert Jahn, der sich dieser Position auch anschließt, vertrat auf der Podiumsdiskussion, Wählerstimmen würden im Kampf für Frieden mehr zählen als jede „Bremer" Aktion. Kontrovers zu Massarat, der die Kriegsursache im Nord/Süd-Konflikt sieht, führt E. Jahn sie auf den Ost/West-Konflikt zurück.

Weiterer Widerspruch ergab sich in der Frage der zu entwickelnden Antimilitarismus-Bewegung. Eva Quistorp vertrat am dezidiertesten die Linie eines nicht nur analysenfeindlichen („wir brauchen keine Theorien, um gegen den Krieg zu sein"), sondern auch strikt gewaltlosen Widerstands. Wir sollten die Verhältnisse zum Tanzen bringen, jede könne anfangen, dazu bräuchte man + frau keine Fakten, Bündnispartner gebe es dazu neuerdings auch in der Flora und Fauna (kein Witz!) und im übrigen beginne der Nord/Süd- und Ost/West-Konflikt im Ehebett.

Alexander Schubart (SB, GLH), der sich in einem Publikumsbeitrag mit der Bremer Aktion solidarisiert und Ekbert Jahrn kritisiert hatte, wurde von Dieter Esche übel angemacht: Aschu spreche selber die Sprache der Militaristen! Dafür entschuldigten sich öffentlich nur D. Diner und M. Massarat.

Zum Schluß wurden noch einige Worte zur Perspektive gesagt: Massarat appellierte daran, die junge Bewegung nicht künstlich in Pazifisten/Militante oder Analysen-Befürworter/Analysenablehner zu spalten. Dany Diner propagierte eine Art Übergangsprogramm, u.a. Loslösung Westeuropas von der Blockpolitik, flottenfreies Mittelmeer.

Auffallend an diesem Kongreß war im übrigen die Beteiligung der einzigen Partei der Arbeiterklasse, der DKP, die mit ausgesuchtem Personal in allen Veranstaltungen präsent war.

Weshalb das SB das Spektrum der Diskutanten im wesentlichen auf diejenigen Mitglieder, die besonders stark mit sozialdemokratischen Institutionen (Reformuniversitäten u.ä.) verbunden sind, künstlich eingeengt hat, ist uns unverständlich. Zumal dieselben in sozialen Protestbewegungen meistens und höchstens eine Randrolle spielen. Die „Ratlosigkeit auf dem Ratschlag" – worüber sich viele heute etwas unsolidarisch mokieren – ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen.

KB Gruppe Frankfurt

Anzeige

hefte für demokratie und sozialismus

Herausgegeben von den Komitees für Demokratie und Sozialismus

hefte für demokratie und sozialismus 3'80



Themen des „heftes" 3 / 80
Dortmunder Parteitag der Grünen: Linke Selbsttore / 1914...1939...1980? Diskussion der internationalen Lage. Mit Beiträgen der Komitees, des KB, der Gruppe Z / Militärpolitik / Bremen: Neue Antikriegsbewegung / Häuserkampf in Freiburg / Ausländische Arbeiter / Strauß-Literatur / Alternative Kultur / Ökologie-Ökologismus / Gesundheitstag Westberlin

Bisher erschienen:
heft 1 / 79 (Dez.1979), heft 1 / 80 (Febr.1980), heft 2 / 80 (Mai 1980)

Einzelpreis 3,- DM und 0,50 DM Porto

Abonnement für 6 Nummern:
18,- DM zuzüglich 3,- DM Porto

Bestellungen an:
Willfried Maier
Neckarpromenade 15 / 252
6800 Mannheim 1

Frauen auf dem „Großen..."

Obwohl zunächst nicht vorgesehen, wurde doch eine Arbeitsgruppe Frauen auf dem Kongreß eingerichtet. Thema sollte sein *„Frauen in linken Organisationen, Bürgerinitiativen usw."* . Ca. 50 bis 60 Frauen nahmen daran teil, darunter Gewerkschafterinnen, grüne Frauen, wie z.B. Delphine Brox, Frauen vom Münchner „Feminist", MSB-Frauen und natürlich viele SB-Genossinnen. Zu den sich ergebenen Widersprüchen für Frauen, die in der Linken arbeiten, wurde länger diskutiert.

Eine Frau schilderte ihr Gefühl, ständig zwischen zwei Stühlen zu sitzen, zwischen der linken Bewegung und der Frauenbewegung. Früher habe sie sich politisch an den Männern orientiert, seitdem sie sich aber vorgenommen habe, z.B. § 218 - Arbeit zu machen, habe sie ständig Konflikte. SB-Frauen schilderten ihre Organisationskonflikte. So sei es z.B. sehr schwierig, in der „links" Frauenartikel unterzubringen. Diese würden nicht mit offen chauvinistischen Argumenten abgelehnt werden, sondern mit Stil-, Inhalt- und „Niveau"-Argumenten. Eine SB-Genossin vertrat, daß sowohl das SB als auch die „links" es sich nicht mehr länger leisten könnten, an der Frauenbewegung vorbeizugehen und dem zufolge dort für neue und andere Strukturen gekämpft werden müsse.

Die Schwierigkeiten, die Frauen in linken Organisationen haben, sah eine MSB-Frau darin begründet, daß die Frauen meistens nicht in Organisationen wegen der dortigen Frauenpolitik eintreten , so sei sie auch erst über den MSB zur Frauenpolitik gestoßen.

Eva Quistorp erklärte, sie wüßte nicht genau, wo sie stünde. Sie könne es nicht vertragen, wenn Frauen davon reden, „sie machten Frauenpolitik", das „erdrücke sie", das sei ihr eine fremde Sprache. Sie wolle keine Organisationen – die eh alle hierarchisch seien – sie wolle auch keine Forderungen aufstellen und nirgendwo „was hineintragen". Die Frauenbewegung solle „von hinten" entstehen, indem alle Frauen an den verschiedensten Punkten anfangen, sich zu wehren und sich alles so langsam „zusammenwuselt".

Delphine Brox klärte auf, sie wolle keinen neuen Menschen schaffen, die Ökologie habe ihr den Weg gezeigt, „eine Brücke zu schlagen zwischen Vergangenheit und Zukunft". Sie wolle sich in die Geschichte eingliedern, und dabei seien Rechts und Links für sie nicht von Interesse („in der Rechten dürfen die Frauen wählen, in der Linken dürfen die Frauen schreiben"). Frauen seien für sie die einzigen Menschen, die die Welt halt menschlich machen könnten, notfalls auch ohne Männer. Der Vorwurf, den sie mal von SB-Männern gehört habe, sie sei eine „Trivialdarwinistin", würde ihr gar nichts ausmachen, sie sei „eine glückliche Trivialdarwinistin" – außerdem wüßte sie gar nicht, was das sei.

Gewerkschafterinnen erzählten von ihren Konflikten mit Männern innerhalb der Gewerkschaft. Zum Beispiel sei in der Plakatgruppe, in der eine Genossin mitgearbeitet hatte, nie Platz und Verständnis für die Frauenproblematik gewesen. Als Konsequenz sei sie schließlich ausgetreten. Um in der Gewerkschaft überhaupt Einfluß zu bekommen, sei frau gezwungen, in der Hierarchie immer höher zu steigen und das Institutionsspiel mitzumachen – für sie selber habe sich das als ein Verkaufen der eigenen politischen Vorstellungen dargestellt. Die Männer - meistens ehemalige KPDler – hätten immer Chauvisprüche zu ihren Forderungen gehabt: Frau hätte sich halt „in den Feminismus reingesteigert" ... Dort wie anderswo, vertrat eine weitere Frau, müsse die Frau immer mehr tun als die Männer, immer besser sein als sie, um überhaupt einen Funken Anerkennung zu ergattern. Dazu meldete sich noch mal Delphine Brox: Rechte und Linke wollen ja nur die Macht erobern – diese Erfahrung habe sie auch bei den „Grünen" leider machen müssen. Sie aber wolle keine Macht (ALer/innen aufgepaßt!), sie wolle auch nicht den „neuen Menschen" (Arbeitstitel einer weiteren AG), sondern es gelte, Strategien zu entwickeln, um den „alten Menschen" zu bewahren. Als ich darauf einging und meinte, es sei für uns Frauen schon wichtig, zum Beispiel innerhalb der Grünen einen Machtkampf zur Durchsetzung der Forderung auf Streichung des § 218 zu führen, meinte sie nur, der KB habe sie eh schon immer als Verräterin an der Frauenbewegung diffamiert, im übrigen würden die linken Frauen die anderen unterdrücken, um ihre Interessen durchzusetzen. Allerdings bei den Anschlägen auf Pro Familia wolle sie auch Krach schlagen und diesmal keine Rücksicht auf z.B. christliche Frauen nehmen.

Zum Stichpunkt „christliche Frauen" meinte Eva Quistorp, sie verstünde sich mit den Wertkonservativen besser, da könne sie eher ihre eigene Geschichte und Individualität einbringen. Dies sei auch bei der Initiative „Frauen für den Frieden" möglich, anders als bei den Grünen, wo permanent intrigiert werde. Um für den Frieden zu sein, bräuchte frau keine großen Analysen, da könne jede schon vom Gefühl her mitmachen, denn für den Frieden ist ja die Mehrheit.

Im Herbst soll ein Frauenwochenende zu diesen Themen bei der Arbeitslosen-Selbsthilfe (ASH) in Frankfurt stattfinden.

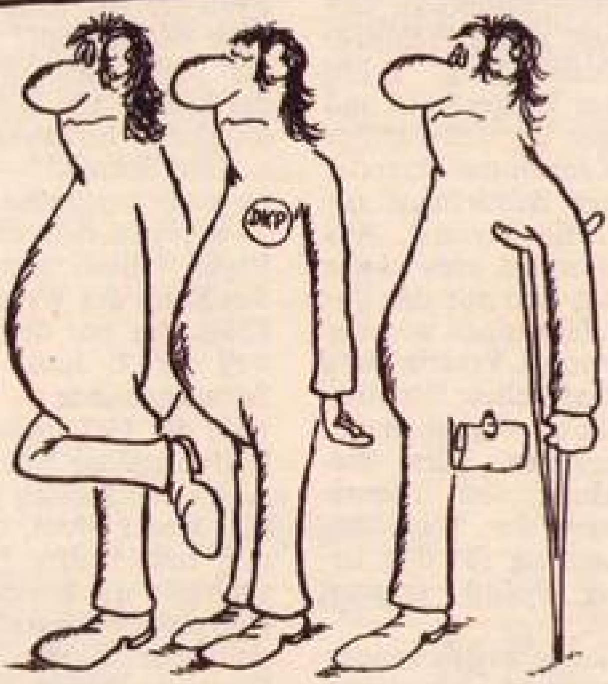
Eine Genossin, KB/Gruppe Frankfurt

Kritik an den DKP-Praktiken

Wie im letzten AK berichtet, räumten DKP-Ordner am 29.6. in Frankfurt einen KB-Stand ab, den einige Genoss/inn/en am Eingang eines Zeltes aufgestellt hatte, in dem diese Partei „feierte", bzw. „sich selbst darstellte" oder was auch immer. Dies geschah auf die gleiche unsanfte und wenig höfliche Weise, wie es sich schon zig Mal bei ähnlichen Anlässen in der Vergangenheit abgespielt hat. Da die DKP jedoch am selben Wochenende ausgiebig das Gastrecht des SBs in Anspruch genommen hatte (anläßlich des „Großen Ratschlags") und ihre 'Bündnisorganisationen' SDAJ und MSB neuerdings in linken Aktionseinheiten wie Rock gegen Rechts sitzen, gab es – im Unterschied zu früher – eine breitere Diskussion in der Frankfurter Linken, die noch keineswegs zuende ist. Vier SB-Genossen bezeichneten den Vorgang in einem Offenen Brief an die DKP als *„Schweinerei"* und erkundigten sich danach, ob die DKP *„vor dem 'Großen Ratschlag' nur ein wenig Kreide gefressen"* habe.

Auf einer Sitzung des RGR-Aktionsbündnisses distanzierte sich die große Mehrheit der Gruppen von solchen Methoden. MSB und SDAJ freilich hinderte dies nicht daran, sich voll hinter die Mutterpartei zu stellen und für zukünftige Veranstaltungen ihrerseits (z.B. das im nächsten Jahr erneut geplante „Festival der Jugend") ähnliche Praktiken anzukündigen. Für einige Überraschung sorgten allerdings auch die Vertreter der „Falken", als sie erklärten, keine Stellungnahme dazu abgeben zu können, und nicht einmal ihre persönliche Meinung sagten.

KB/ Gruppe Frankfurt



»Zu der angeblichen Auflösung der Bewegung 2. Juni«

Antwort aus berufenem Munde

Genossen, Freunde und beifällige Beobachter!

Jawohl, die Fraktion, die seit drei Jahren versucht, die Bewegung 2. Juni auf RAF-Linie zu bringen, ist zur RAF gegangen. In ihrem Übereifer haben diese Genossen gleich die gesamte Bewegung mitaufgelöst — in einem Meer von Phrasen.

Den Genossen, die uns ansprachen und fragten, wer diesen unpolitischen Quatsch geschrieben habe, müssen wir sagen, daß das nicht ganz richtig ist. Wäre es nur ,,Quatsch", bräuchten wir keine Angst zu haben, daß dieser ,,Quatsch" sich in Schwachsinnsaktionen umsetzt, wie z.B. Flugzeugentführungen, etc. Hier nehmen wir die Warnung des Genossen Mao Tse-tung ernst, daß man subjektivistischen Dreck bei der Einschätzung der politischen Situation, den einige Genossen verbreiten, nicht unbeantwortet lassen soll. Denn es gibt immer unerfahrene Genossen, die solchen Theorien nachjagen und dann nicht nur sich, sondern uns — der ganzen linken Bewegung — unglaublichen Schaden zufügen. Dieses ,,Auflösungs-Papier" enthält keine materialistische Analyse, sondern eine Aneinanderreihung von Phrasen.

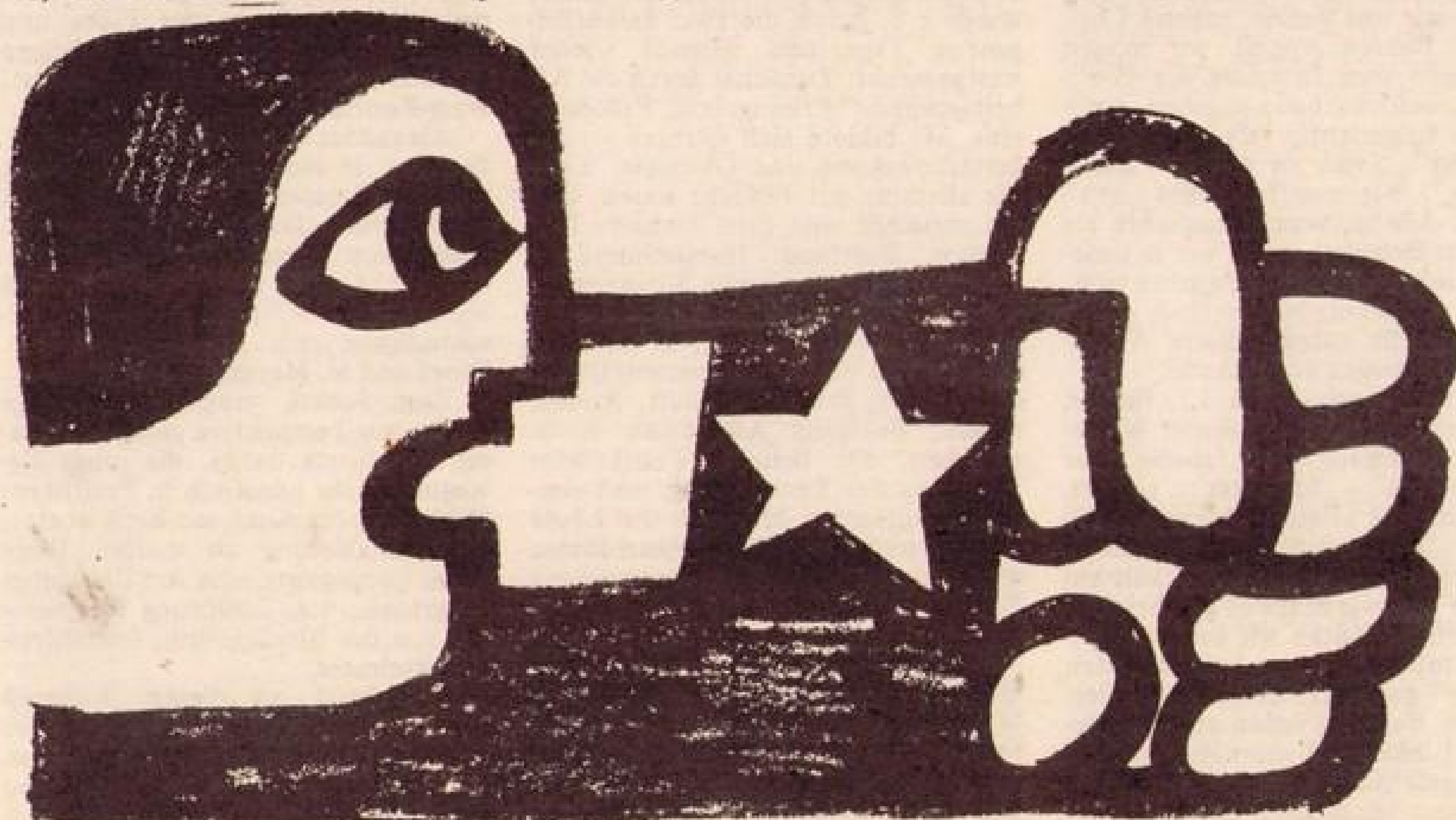
Eins noch vorab: da nun einmal die Wurzel der ,,pervertierten Spaßguerilla von Reinders, Teufel, etc." offengelegt wurde, erklären wir: Die Spaßguerilla ist aufgrund der Kritik der kompromißlosen ,,fighter" für ,,leader" und Strategie schon längst in der Auflösung aufgelöst worden. ,,Reinders, Teufel, etc." haben bereits mit Daumenabdruck beglaubigt: Die Spaßguerilla ist aufgelöst! Jawoll!! — Jahrelang haben wir die eigene Perversität zur tragenden Säule des Widerstandes gemacht. Schluß damit! Spaß ist pervers! Und Spaß am Kampf ist perverser Spaß! Wir greifen jetzt schon seit Wochen freudig zu den Ketten der Selbstgeißelung — Klatsch...aaahh....Klatsch...aaahh.....

Allerdings sind nicht alle Punkte in diesem ,,Auflösungspapier" so lustig. So auch die Behauptung, die Bewegung 2. Juni hätte sich *,,als Widerspruch zur RAF gegründet"*. Die Bewegung 2. Juni entstand durch den Zusammenschluß von drei Westberliner Gruppen, die den bewaffneten Kampf entwickeln und organisieren wollten. Die größte der drei Gruppen waren die ,,Tupamaros Westberlin", die bereits seit 1968 zahlreiche Aktionen in Berlin durchführten. Angegriffen wurden Einrichtungen und Symbole des Imperialismus und Zionismus, Betriebe, die Entlassungen vorgenommen haben, und vor allem im
genommen haben, und vor allem im
Rahmen der 1969 gelaufenen APO-Justizkampagne Gerichtsgebäude und Richter und Staatsanwälte.

Aus dieser Praxis heraus leitete die Bewegung 2. Juni die weiteren Überlegungen ab. Die weiteren umfassenderen Zielvorstellungen, die Wahl der Mittel und Methoden des Kampfes waren die Ergebnisse der damaligen Erfahrungen aus der Jugendrebellion. Sicherlich ist es richtig, daß die Bewegung 2. Juni nicht wie die RAF ein ,,Konzept der Stadtguerilla" theoretisch niedergelegt hat. Das war auch schlechterdings unrealistisch. In einem Land, in dem sich nach zwölf Jahren Nazi-Terror und 20 Jahren antikommunistischer Hetze eine Jugendbewegung erstmals wieder auf sozialistische Ideen zu besinnen beginnt, nach wenigen Jahren des Aufbruchs, der sich auf keine ungebrochene Tradition stützen kann, beginnt ein Haufen proletarischer Jugendlicher mit einem unverschämten Selbstbewußtsein den Kampf aufzunehmen: gegen Fremdbestimmung und Ausbeutung, gegen Gleichgültigkeit über Völkermord und Imperialismus, gegen die wahnsinnige kapitalistische Konsummaschinerie, die die menschlichen Bedürfnisse zur Fratze fremden Profils verzerrt. Aus der eigenen Betroffenheit entwickelte sich der Widerstand, und aus den dabei gewonnenen Erfahrungen und der immer weitergehenderen Verarbeitung der gesamtgesellschaftlichen Situation entwickelten sich die strategischen und taktischen Überlegungen. Diese dialektische Entwicklung von Theorie und Praxis ist auch der Weg, den Marx als Voraussetzung für den Erfolg revolutionärer Politik erkannt hat.

Es gab damals keine ausreichenden praktischen Erfahrungen, aus denen man in Deutschland ein derart endgültiges ,,Konzept" hätte entwickeln können. Die Tatsache, daß die RAF ihr damaliges ,,Konzept Stadtguerilla" nicht in die Praxis umsetzen konnte, beweist das.

Die Widersprüche zwischen RAF und der Bewegung 2. Juni ergaben sich damals zum einen aus der unterschiedlichen Entstehungsgeschichte der Gruppen: die Bewegung 2. Juni aus den sozialen Zusammenhängen ihrer Akteure und die RAF aufgrund ihres theoretischen Revolutions-Modells. Zum anderen aus dem zentralistischen Organisationsprinzip der RAF einerseits und den autonomen, dezentralen Strukturen andererseits. Ein weiterer Konfliktpunkt ergab sich aus der Frage der Illegalisierung der Kader, die die RAF zum Prinzip erhob. Von daher waren die direkten Vorläufer der Bewegung 2. Juni bereits zu jener Zeit eine praktische — proletarische — Alternative. Eine Alternative, die mit Konkurrenz überhaupt



nichts, mit unterschiedlichen Vorstellungen über den revolutionären Kampf dafür umso mehr zu tun hatte. Stattdessen gab es gerade in der Anfangsphase der beiden Gruppen starke gegenseitige Unterstützung und gemeinsame Aktionen, wie z.B. die Enteignungsaktionen in drei Westberliner Bankfilialen im September 1970. Damals gingen noch beide Gruppen davon aus, daß schließlich die Zukunft zeigen werde, welche der politischen Vorstellungen sich langfristig durchsetzen werde.

In diesem obskuren ,,Auflösungs-Papier" wird die Gefangennahme von Lorenz durch die Bewegung 2. Juni und die Befreiung mehrerer Gefangener heftig angegriffen. Es wird behauptet, bei dieser Aktion seien ,,alle
hauptet, bei dieser Aktion seien ,,alle
Fehler zu finden, die wir zehn Jahre lang gemacht haben". Ganz gewiß sind in den Jahren bis 1975 und auch bei der Lorenz-Aktion Fehler gemacht worden — die Niederlage im September 1975 beweist dies nur zu deutlich. Aber das, was uns hier als politische ,,Selbst"kritik verkauft werden soll, ist an Ignoranz und Lächerlichkeit kaum noch zu überbieten. Da soll also ,,der Kampf der Stammheimer Genossen eine nationale und internationale Mobilisierung" geschaffen haben, ,,die durch den Hungerstreik auf den Höhepunkt gebracht und von Schmidt kaum noch zu verkraften war"? (Deshalb ging er wohl 1975 auch immer so gebückt?). Und das knapp vier Wochen n a c h Abbruch des HS, weil über die erfolgte Zusammenlegung in Stammhein hinaus vorläufig nicht mehr zu erreichen war.

Welche ,,politisch zugespitzte Situation" soll denn da gemeint sein? — Etwa der HS? Oder vielleicht der Berliner Wahlkampf? — Oder gehört zu der politischen Situation nicht auch der Kampf um Wyhl? Massenarbeitslosigkeit? Inflationsrate? undundund ... Und Schmidt? — der hat noch einiges mehr verkraftet! (leider).

So, wie sich dieses ,,Auflösungs-Papier" liest, hatte der HS beinahe den Sturz des Westzonen-Regimes zur Folge, der nur deshalb nicht geschah, weil der 2. Juni — die historischen Schweinehunde — durch ,,die Auswahl der Gefangenen" die schon fast hoffnungslose Situation für Schmidt zu dessen Gunsten ,,politisch gekippt" hat. Der 2. Juni, der Retter der Nation und Helfer Schmidts (Helmut, wo bleibt das Bundesverdienstkreuz?!). Und das alles kurz bevor die RAF das politische Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten kippen konnte. Das darf doch nicht wahr sein.

Mal im Klartext: Wer heute die Lorenz-Aktion, den einzig größeren Sieg in zwölf Jahren bewaffnetem Kampf, so mit Scheiße bewirft, dem ist echt die Hirnpaste am Auslaufen, aber total! Auf die Frage, wie die Genossen zu derart weltfremende ,,Einschätzungen" kommen können, gibt das Papier die Antwort selbst. Da soll uns revolutionäre Politik verkauft werden, als ,,Angriff", der den Riß zwischen Gesellschaft und Staat zum Bruch entwickelt". Na sowas! Wir sollen also den Riß zwischen der kapitalistischen Gesellschaft und i h r e m A u s d r u c k, dem bürgerlichen Staat, entwickeln helfen. Klingt wie: Befreit die Leitern von ihren Sprossen, dann haben wir endlich 'ne freie Leiter. Von der kann zumindest keiner mehr runterfallen. Dieses Papier ist Ausdruck von Phrasenhaftigkeit, Oberflächlichkeit, Selbstüberschätzung, Arroganz, Massenfeindlichkeit und Resignation. Was unter den widersprüchlichen Phrasen zutage tritt, ist ein Spiegelbild der bürgerlichen Gesellschaft: wo auf der einen Seite Kapitalinteressen die gesellschaftlichen Bedingungen diktieren, verkommt der bewaffnete Kampf auf der anderen Seite zum Selbstzweck. Der Mensch ist in keinem Falle mehr gefragt. Wiedervereinigung in der Entfremdung.

Debray hat in ,,Kritik der Waffen" diesen Prozeß zutreffend beschrieben: *,,Die Frage nach den Organisationsformen des revolutionären Kampfes läßt sich nicht stellen, ohne daß man zuvor die andere Frage gestellt hat: welchen Klasseninteressen dient die Guerilla als Instrument? Die technischen Probleme der Methode außerhalb ihres Zusammenhanges mit den Zielen und Bestrebungen der Massen*
Zielen und Bestrebungen der Massen
aufzuwerfen, denen diese Methode dienen soll; die Organisationsprobleme der Avantgarde unabhängig von der Klasse oder dem Klassenbündnis anzugehen, deren Instrument diese Avantgarde ist, hieße das Mittel mit dem Zweck zu v e r w e c h s e l n und somit den Fuß ins Leere zu setzen. Der schmerzlich reale Niedergang läßt sich theoretisch wie folgt in Etappen zerlegen: Zunächst wird das militärische Instrument von der sozialen Klasse, die gewaltsame Methode von ihren ökonomischen und sozialen Anwendungsgebieten getrennt; darauf setzt sich logischerweise das Instrument ü b e r die Klasse und die Methode über ihre realen Anwendungsbedingungen h i n w e g, so daß beide zu beherrschenden und bestimmenden Faktoren werden (der Hauptaspekt im dialektisch vereinigten Gegensatzpaar)*; schließlich tritt das Instrument — die Armee oder Partei — a n d i e S t e l l e der Klasse und die Methode — der bewaffnete Kampf — an die Stelle ihrer Zweckbestimmtheit; womit dann schließlich das Instrument nur noch tut, was ihm paßt und der revolutionäre bewaffnete Kampf zum ,linken Terrorismus' wird."*

Was ist das für eine Guerilla, deren Aufgabe es nie sein soll, ,,sich der Bevölkerung gefällig zu zeigen, um ihren Beifall zu bekommen"? Für w a s und vor allem: m i t w e m will diese Guerilla denn kämpfen?

Die Konstruktion des Gegensatzes ,,populistische Linie" — ,,politische Orientierung" ist unsinnig. Das Problem einer ,,falschen populistischen Strategie" stellt sich nicht — es sei denn, die Guerilla hinkt noch hinter den Interessen und der Kampfbereitschaft des Volkes hinterher.

Na klar sollten die Aktionen der Bewegung 2. Juni populistisch sein — im wahrsten Sinne des Wortes: volkstümlich. Sie sollten Menschen politisch für uns gewinnen und sie nicht dem Staat in die Arme treiben. Es ist keineswegs besonders revolutionär, auf die Sympathien des Volkes zu scheißen.

Und Beifall, also Zustimmung zu einer Aktion oder Politik der Guerilla zu bekommen, heißt doch, daß das Eis des allgemein herrschenden Bewußtseins gebrochen wird und ein Ansatz für die Unterstützung revolutionärer Politik entsteht. Der ,,Beifall" schafft das Wasser, ohne das es keine Verbreiterung, keine Mobilität, keine Logistik, keine Aktionsmöglichkeiten für die Guerilla gibt.

Wir sind vor zehn Jahren alle unter der Parole ,,dem Volke dienen" angetreten. In Mogadischu wurde sich des Volkes bedient. Unsere ganzen Anstrengungen, der Bullenpropaganda entgegenzuwirken, daß es auch die ,,Blumenfrau von der Ecke" treffen könnte, wurden mit einem Schlag unglaubwürdig gemacht.

Der Unterschied zwischen Terrorismus, der undifferenziert jeden treffen kann, und revoluionärem Kampf ist der, daß eine revolutionäre Aktion sowohl in Stoßrichtung als auch in der Art der Durchführung eindeutig ist, — gezieht gegen den Klassenfeind und seine Handlanger — den Bullen keine billigen Argumente liefert. Anderenfalls sich die Aktionen gegen ihre Urheber richten. Und das ist keine taktische, sondern eine prinzipielle Frage!

Revolutionäre Politik kann sich nur aus dem Zusammenhang der potentiell revolutionären Klasse entwikken — und nicht gegen sie. Wer laufend über die ,,Entsolidarisierungs-
fend über die ,,Entsolidarisierungs-
kampagne" lamentiert, sollte sich mal überlegen, daß es im wesentlichen die eigenen Fehler waren, die sie ermöglicht haben.

Ein Hauptfehler ist es, den bewaffneten Kampf zum Fetisch zu machen — kämpfen, um zu kämpfen: ,,Der politische Angriff — materialisiert durch die Waffe — bleibt immer ein Sieg, selbst da, wo die Operation militärisch geschlagen wird, weil er diesen Prozeß antizipiert und einleitet". — Dieser Satz ist ein Meisterstück im dialektischen Denken! Oder schlichter: von Gehirnakrobatik. Der Faustschlag wird immer zum Treffer, weil er diesen Prozeß einleitet und antizipiert (vorwegnimmt), auch wenn er danebengeht....

Wir bestimmen einen politischen Angriff danach, ob er zielgerichtet ist, Vorteile für uns birgt, den Gegner schwächt. Und das bestimmt auch jeweils die F o r m des Angriffs — bewaffnet/legal/illegal. Der politische Inhalt bestimmt die Kampfform, und nicht umgekehrt! Überhaupt als Guerilla zwischen politisch und militärisch s o trennen zu wollen, das haut allen ,,Klassikern" von Clausiwitz über Mao und Che bis Giap ins Gesicht! Andauernde militärische Niederlagen beruhen immer auf politischen Fehlern. Sich nicht um seine Basis zu kümmern, die Verbindung zum alltäglichen Kampf des Volkes verlieren, die politischen und konkreten nationalen/regionalen Bedingungen des Kampfes falsch zu analysieren — das sind die Kardinalfehler!

Mit der vielzitierten ,,Kontinuität der Guerilla in ihrer Strategie" ist es bei realistischer Betrachtung auch nicht weit her. Es wäre auch kein besonderes Ruhmesblatt für politisches Handeln, wenn man über zehn Jahre immer die gleiche Strategie, *ungeachtet aller abgelaufenen Prozesse und Veränderungen*, beibehielte.

Sich mit den globalen Einschätzungen in diesem ,,Auflösungspapier" auseinandersetzen zu wollen, ist großteils nicht möglich. So hat z.B. ,,Schmidt Westeuropa — unter Führungsrolle der BRD — die politische Bestimmung gegeben: Projekt und Modell des Imperialismus in der Krise gegen die Befreiungsbewegungen in der 3. Welt und in der Metropole Westeuropa." Diesem Satz einen politischen Sinn geben zu wollen, würde dem Versuch ähneln, die Nordsee mit einem Sieb auszuschöpfen.

Daß der ,,b e d i n g u n g s l o s e Einschluß Westeuropas in die US-Militärstrategie" eine schlichte Erfindung ist, sollte jeder z.B. seit dem faktischen Austritt Frankreichs aus der NATO erkennen. Die NATO ist Ausdruck des gemeinsamen Interesses ihrer Mitglieder, den ,,freien Westen" gegenüber der Sowjetunion zu halten und auszuweiten. Innerhalb dieses gemeinsamen strategischen Interesses herrscht Konkurrenz zwischen den Metropolen. Vom Stahlkrieg EG-USA bis zum Autokrieg Japan-USA/EG. Von dem Iran-Boykott der EG, der keiner ist, bis hin zum ökonomischen Vormarsch Japans in China gegen die USA/EG. Die imperialistischen Staaten sind mal treffend als ,,feindliche Brüder" bezeichnet worden, geeint durch den gemeinsamen Feind, die Sowjetunion.

Daß die Metropolen nach wie vor nach innen aufrüsten, gehört zum Wesen eines jeden kapitalistischen Staates, der dies zur Niederhaltung seiner ,,Bürger" in Krisenzeiten tun muß und nicht deshalb, weil es eine ,,zunehmende Gleichgültigkeit der Kämpfe weltweit" gäbe. Diesen Eindruck kann nur ein Sammler haben, der ungeachtet aller spezifischen Bedingungen der jeweiligen Kämpfe, ihrer Gründe, ihrer sie tragenden Klassen, usw. einen Aufstand in Hinterindien mit dem letzten Tarifabkommen der ÖTV in einen ,,objektiven" Zusammenhang bringt. Die Massen, die die Geschichte machen, machen sie aber eben nur da, wo sie sich befinden. Wer hier seine Uhr nach Teheran oder Hanoi stellt, der macht sich Illusionen, die in die Irre führen und nichts mit proletarischem Internationalismus zu tun haben.

Wer sich in nahezu teutonischer Katastrophenlaune immer wieder einzureden versucht, daß der Imperialismus kurz vor seiner Niederlage in der 3. Welt stünde und mit Donner und Getöse von der Weltbühne abtreten würde, der streut sich und anderen Sand in die Augen! Die zitierte ,,Kette der Niederlagen von Angola bis Kampuchea" glänzt durch die Nicht-Erwähnung der Siege des Imperialismus: Ägypten, Somalia, China, Irak an-
Ägypten, Somalia, China, Irak an-
scheinend und Südkorea immer noch.

Ständig wird der Alltag des Imperialismus, seine Bewegungen, schon als sein Todeskampf mißverstanden. Der aber wird in den Metropolen stattfinden; hier, wo der Reichtum von den arbeitenden Menschen produziert wird, aus dem er die Macht zieht, andere Länder zu beherrschen. Von daher ist es eben nicht so, daß eine nationale Befreiung eines Landes in der 3. Welt den Imperialismus vor unlösbare Probleme stellt.

,,Die imperialistische Politik sucht jetzt die militärische Lösung, die sie nicht erreichen kann und kommt so — in der Vorbereitung totaler Vernichtung — auf den nackten Begriff ihres Inhalts." — Der Satz ist reif für'n Hohlspiegel. Sucht, findet nicht, vernichtet den nackten Begriff. Des Inhalts? Vielleicht auch den inhaltlichen Begriff des Nackten? Wer weiß, was da nun wieder gemeint ist.

Die Schreiber gehen davon aus, daß in Europa — um einer ,,endgültigen strategischen Niederlage in der 3. Welt" aus dem Weg zu gehen — ein atomarer Krieg vorbereitet wird.

Die Imperialisten wären verdammt dumm, wenn sie ihre Anlagen in der 3. Welt durch die Vernichtung Europas, wo ein Vielfaches investiert ist, erhalten wollten. Wenn schon ein ,,begrenzter atomarer Krieg" in Europa führbar gemacht werden soll, dann aus dem Interesse der USA heraus, die Sowjetunion strategisch weiter einzubinden. Sollte es tatsächlich zu einem ,,b e g r e n z t e n atomaren Krieg" in Europa kommen — was unwahrscheinlich ist —, dann würde das im Kalkül der US-Imperialisten bedeuten, daß ein lästiger Konkurrent — die EG — und ein strategischer Gegner — die Sowjetunion — entscheidend geschwächt werden, ohne selbst direkt angegriffen zu werden.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 44

Wo die „Auflöser" sich mit derartig globalen Problemen wie „begrenzten atomaren Kriegen" und ähnlichem beschäftigen, sollte man meinen, daß sie die Lösungen für die Probleme hier nur so aus dem Ärmel schütteln. Aber dazu kommt nix! Und das, obwohl in dem Papier an einer Stelle richtig bemerkt wird, daß die „Entscheidung letztendlich in den Metropolen fallen wird".

Wer im „Herzen der Bestie" — wie Che es nannte — kämpfen will, der muß mit den Problemen des Kampfes hier vertraut sein und sich selbst in diesen Kampf einordnen können. Insofern ist das „Auflösungs-Papier" auch der papierene Ausdruck dessen, was die Guerilla in eine politische Krise getrieben hat. Es wird kiloweise Papier über internationale Zusammenhänge, NATO-Komitees usw. produziert, aber die meisten Aktionen hatten in den letzten Jahren nichts mehr mit dem Kampf der Linken und noch weniger mit dem alltäglichen Widerstand des Volkes überhaupt zu tun. Auch die Ausnahmen — autonome und RZ-Aktionen — konnten die folgende Isolation der Guerilla nicht verhindern. Allerdings haben einige Genoss/inn/en diese Krise erkannt und daraus gelernt, daß sie einer totalen Niederlage gegen die Konterrevolution nur entgehen können, wenn sie ihre Politik nicht länger getrennt von den alltäglichen Kämpfen führen. Aus der Isolation ausbrechen heißt, Zustimmung nicht nur bei denen zu bekommen, die ohnehin unsere Politik vertreten, sondern auch die Menschen zu überzeugen, die noch nicht auf unserer Seite sind. In dieser Phase des Kampfes bedeutet das, daß wir eine Menge zu lernen und zu vergessen haben. Alte Schubladen, in die wir zu lange unhinterfragt Genossen oder Gruppen gesteckt haben — „der will keine Guerilla", „der ist gewaltfrei", der nen „Revi", der nen „Grüner", usw —, müssen wir ausräumen und versuchen, die Sachen, die uns tatsächlich trennen, denen gegenüberzustellen, die uns verbinden.

Niemand wird — angesichts der Situation der gesamten Linken in der BRD — die Notwendigkeit von Bündnispolitik bestreiten können. Bündnispolitik heißt nicht, die eigene Position zu verraten, sondern die Gemeinsamkeiten in der jeweiligen Etappe des Kampfes herauszuarbeiten. Nur so können wir unserem Ziel, die reale Mehrheit des Volkes für die soziale Revolution zu gewinnen, näherkommen. Es geht uns um die Entwicklung sozialrevolutionärer Politik — eine sozialistische Alternative gegen das sozialdemokratische Krisenmanagement.

In den achtziger Jahren werden Arbeitslosigkeit und Inflation in Westeuropa Ausmaße annehmen, die kaum noch jemand für möglich hielt. Durch den Einsatz neuer Techniken wie z.B. Mikroprozessoren werden die Rationalisierungen rapide zunehmen und die Arbeitshetze für all die verschärfen, die noch nicht auf der Straße sitzen. Die härtere Konkurrenz auf einem relativ erschöpften Weltmarkt die Arbeitshetze für all die verschärfen, die noch nicht auf der Straße sitzen. Die härtere Konkurrenz auf einem relativ erschöpften Weltmarkt wird in den imperialistischen Staaten die Geldentwertung vorantreiben und die Reallöhne weiter sinken lassen. Weil der Staat immer mehr vom gesellschaftlichen Reichtum für Subventionen und Rüstungsausgaben zur Durchsetzung der Kapitalinteressen ausgeben muß, wird das „soziale Netz" — ohnehin aus den Taschen derjenigen finanziert, die es dann tragen soll — immer löchriger werden. Breite Schichten der Bevölkerung werden deklassiert/verproletarisiert werden und noch unter die offizielle Armutsgrenze rutschen.

Da die Herrschenden genau wissen, daß all das eine Verschärfung der Widersprüche zwischen ihnen und dem Volk mit sich bringt, bereiten sie sich auf die kommenden Auseinandersetzungen vor. Einmal in der altbekannten Manier, indem sie ihren Repressionsapparat weiter verfeinern und aufrüsten; zum anderen versuchen die Sozialdemokraten und Technokraten, das Bewußtsein der Menschen zu verkleistern mit ihren reformistischen Sprüchen und „Dialogen", wie sie Baum anbietet. Sie wollen verhindern, daß sich die Unzufriedenen, Beleidigten und Unterdrückten mit der linken Opposition zusammenzutun und sich gemeinsam radikalisieren. Deshalb wollen sie auch vorher die Linke neutralisieren, einkaufen, um jeder Bewegung, die diesen Staat insgesamt infrage stellen könnte, vorzugreifen.

Inwieweit sie damit Erfolg haben, hängt nicht zuletzt davon ab, ob es uns gelingt, in bereits ablaufende Konflikte gerade an den Punkten einzugreifen, wo sie nicht mehr reformistisch vom Staat zu lösen oder zu entschärfen sind und er seine Gewalt direkt einsetzen muß. Jeder Kampf in Teilbereichen — ob Anti-AKW-Bewegung, Häuserkampf, Frauenbewegung, Anti-Militarismus, Kampf der Arbeitslosen oder dem im Betrieb.

Die grundsätzlichen Probleme, die hinter der Fassade des „Sozialstaates" stehen, lassen sich letztendlich nur gewaltsam lösen. So bleibt z.B. ein kapitalistischer Betrieb immer eine Stätte der Ausbeutung und unmenschlicher Arbeitsbedingungen — trotz Mitbestimmung, Tarifabkommen und Betriebsrat. Denn der Profit ist in diesem Staat immer noch das Maß der Dinge. Für den werden auch bei entsprechendem Anlaß ein paar tausend Bullen aufgeboten. Wie auch Gorleben gewaltsam geräumt wurde, da eine weitere Behinderung der Bohrarbeiten das gesamte Atomprogramm noch weiter verzögert hätte; was sich die BRD-Monopole nicht leisten können, wollen sie weiter auf dem Weltmarkt durch ihr hier erworbenes Know-how konkurrenzfähig und profitabel bleiben.

Überall da, wo die ökonomischen oder politischen Interessen der Herrschenden massiv angegriffen werden, reagiert der Staat mit Gewalt — von Grohnde bis Brokdorf, vom Westend bis zum Dreisameck, von der Rekrutenvereidigung in Bremen bis zur Amerika-Haus-Besteigung in Westberlin, von der gesetzlichen Absegnung der Aussperrung bis zum Verprügeln streikender Drucker.

In all diesen Kämpfen versucht der Staat auch sein Gewaltmonopol zu verteidigen, was eine Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren der Ausbeutung und Kapitalverwertung ist. Deshalb versucht er auch, jeden Zweifel an der Legitimität dieses Gewaltmonopols zu unterdrücken.

Wenn wir das Gewaltmonopol des Staates — sowohl praktisch als auch im Bewußtsein des Volkes — durchbrechen wollen, dann müssen wir durch militante Aktionen in die Kämpfe des Volkes eingreifen. Wir müssen beispielhafte Aktionen machen, die von vielen verstanden und nachvollzogen werden können, und gleichzeitig klarmachen, daß illegale Aktionen notwendig sind.

- ein AKW, was trotz Bauplatzbesetzung und Demos nicht zu verhindern war, bleibt ein taubes Ei, wenn die Hochspannungsmasten umgelegt werden;
- ein Baukran arbeitet nur so lange für einen Bauspekulanten, solange er nicht ausgebrannt ist;
- ein Wohnungshai, der Wohnraum zerstören läßt, bekommt davon 'nen sinnlichen Eindruck, wenn seine eigene Bude „renoviert" wird;
- ein Stadtbauamt hat gewisse Schwierigkeiten mit weiterem Kahlschlag, wenn es ausgebrannt ist;
- ein Knastdirektor bekommt weniger durch Petitionen und Bettelbriefe 'nen Eindruck vom Knastalltag, als durch ein paar Kugeln in die Beine;
- all die kleinen und großen Volksfeinde können sich nicht mehr in ihrem Glanz sonnen, wenn sie befürchten müssen, für ihre Schweinereien zur Verantwortung gezogen zu werden!

All die Eingriffe in die alltäglichen Kämpfe selbst dürfen das längerfristige Ziel — die Vereinheitlichung aller
All die Eingriffe in die alltäglichen Kämpfe selbst dürfen das längerfristige Ziel — die Vereinheitlichung aller Widerstandsherde — nicht außer acht lassen. Erst dann kann eine breite, militante, revolutionäre Bewegung entstehen, um in einem langanhaltenden Zersetzungsprozeß aller herrschenden Strukturen —, ökonomischer, politischer, militärischer — die soziale Revolution in den Metropolen zu erkämpfen.

Dieses Ziel — die soziale Revolution —, erscheint sie auch heute noch so utopisch, dürfen wir nie aus den Augen verlieren, sonst verlieren wir uns in Sekten, abgehobenen Theorien und politischer Bedeutungslosigkeit.

Noch ein letztes zu dem „Auflösungs-Papier": Sozialrevolutionäre Politik — für die u.a. auch die Bewegung 2. Juni steht — läßt sich nicht „auflösen" wie ein kleinbürgerlicher Schrebergärtnerverein!



(Nachdruck aus „radikal — Zeitung der Bewegung 1. Juli", Nr.80)

Unser »Bedürfnis nach Krieg«

Das Neueste von Theweleit in der TAZ

Ist das nun schon die Spitze? In der „taz" vom 30.6. veröffentlicht ein Andreas Rostek ein Interview mit Klaus Theweleit, mit dem die „taz" in die Auseinandersetzung um die drohende Kriegsgefahr eingreift. Unter dem Titel „Vom Krieg reden? — Über die Notwendigkeit von Wiederaufrichtungsphantasien" kann Theweleit, Guru des „neuen Antifaschismus" („Der Faschismus in uns") seiner gläubigen Gemeinde versichern, daß diese ganze „leidige Diskussion über Krieg und Kriegshysterie" nur aus dem Bedürfnis der Menschen komme, endlich wieder ihre lange angestauten Aggressionen usw. abzufantasieren. Konsequent rät Theweleit dazu, „die Finger von dieser Diskussion zu lassen". Schließlich liege Krieg sowieso „völlig außerhalb" unseres Einflusses. Man solle „sich nicht einbilden, man könne bei Sachen etwas machen, wo man nichts machen kann". Für i h n sei wichtig, sich um seinen kleinen Sohn Max zu kümmern und ihm ein guter Vater zu sein ... zur imperialistischen Kriegshetze und Kriegstreiberei findet Theweleit keine Worte. Und die „taz"-Redaktion ihrerseits findet keine Worte zu diesem tollen Interview.

Hochkonjunktur für „undogmatische" Gurus

Seit 1977 heißt der Geheimtip unter den diversen Alternativ-Gurus Klaus Theweleit. Damals, noch im linken Verlag „Roter Stern", kam Theweleits Mammutwerk „Männerphantasien" heraus. Darin wird die Psycho-Struktur von Faschisten, genauer: faschistischen Männern, noch genauer: von Freikorps-Männern der Jahre nach 1918 beschrieben. Theweleit erhebt dabei den Anspruch, eine neue Analyse des Faschismus zu gewinnen.

Laut Theweleit sind diese Männer „Nicht-zuende-geborene", denn aufgrund ihrer typischen Sozialisation (sprich: Erziehung in Familie, Schule etc.) sei ihnen die Bildung eines selbständigen, zu menschlichem Verhalten befähigten „Ich" (wie Freud es nannte) unmöglich gemacht worden. Stattdessen sei ihnen ein Ersatz-„Ich" angeprügelt und angedrillt worden. Da dieser „Panzer" nur mehr schlecht als recht funktioniere, müsse der Faschist gegen alle möglichen Bedrohungen seiner Psyche in schöner Regelmäßigkeit losschlagen — daher Gewalt, Brutalität, Menschenverachtung usw.

Solche Erkenntnisse, abgesehen von dem besonders interessanten Umweg, die Faschistenpsyche mit der von psychotischen Kindern zu vergleichen, sind allerdings nicht gerade das Neueste vom Neuen. Was diese Kern-Thesen anbetrifft, geht Theweleit kaum über die Arbeiten zum Faschismus von Reich, Fromm, Adorno („Autoritäre Persönlichkeiten") hinaus. Was Theweleit zum Hit machte, waren seine originellen Schlußfolgerungen für hier und heute, etwa: *„Kein Mensch bräuchte wegen seiner ökonomischen Entwertung/Degradierung politischer Faschist zu werden — er ist Faschist schon vorher — Faschist der Gefühle, Faschist von innen"* („Männerphantasien", rororo, Bd. 2, S. 371).

Also Schluß mit der leidigen Politökonomie der Linken, endlich eine Theorie, die Klarheit bringt: Faschismus (und Antifaschismus) litökonomie der Linken, endlich eine Theorie, die Klarheit bringt: Faschismus (und Antifaschismus) sind keine Probleme des Kampfes gegen objektive Faktoren als da sind: Staat, Polizei, Altnazitreffs, Neonazismus, gezielte Verhetzung der Massen etc. Nein: um den „Faschismus von innen" und allemal den Faschismus „in jedem" (zumindest in jedem M a n n) von uns geht's! Denn zwischen dem Faschisten und einem g e n e r e l l e n männlichen Faschismus fließen die Übergänge — sagt Theweleit. Da gibts kein Halten mehr, da greifen traditionelle (= „dogmatische"!) Erklärungsmuster für gesellschaftliche Erscheinungen nicht mehr; da verfließen schließlich auch die Grenzen zwischen Faschismus und Antifaschismus. Und aus der ebenso „undogmatischen" wie gläubigen Gemeinde Theweleits ist das deutliche Echo zu vernehmen, wenn z. B. der Frankfurter „Pflasterstrand" dem antifaschistischen Bündnis „Rock gegen Rechts" Rassismus vorwirft oder Cohn-Bendit von der Bühne in Frankfurt fabuliert, daß j e d e Massenbewegung den Keim des Faschismus in sich trage (siehe AK 180).

Unaufhaltsam scheint Theweleits Weg aus der Geheimecke eines linken Grüblers zur grauen Eminenz undogmatischer, grüner, alternativer, ja staatsbeflissener Aufmerksamkeit. Seit diesem Jahr gibt es sein Buch bei rororo, und „Spiegel"-Augstein fand schon 1977, das sei *„vielleicht die aufregendste deutschsprachige Publikation"* („Spiegel", 19.12.77).

Kampf gegen die Kriegsgefahr? Pfui bäh!

Die „taz" hätte also kaum einen Geeigneteren finden können, um Blödsinn zur Kriegs-Diskussion abzulassen. Das Problem — Originalton „taz" — war folgendes: *„Seit Wochen und Monaten läuft diese leidige Diskussion über Krieg und Kriegshysterie jetzt schon"* („taz", 30.6.80). Die „taz" wollte wissen, ob „wir" die Krisenangst *„erst durch unser Gerede"* schaffen, oder ob es etwa eine *„objektive Krisenlage"* gibt. Freilich, nicht um objektive Tatsachen sollte es gehen: *„Nicht über irgendwelche ‚realen' Krisengebiete und Kriegsgefahren, sondern über die Interessen derer, die hier von Krieg und Katastrophe reden"*, sollte mit Theweleit geplaudert werden.

Für Theweleit ist das genau der passende Aufsprung: Völlig recht, Leute, sagt er, die Interessen irgendwelcher Herrschender sind Nebensache. Worum es geht, sind die „**Bedürfnisse der Leute, daß sie soetwas wie Krieg interessiert**", also eben das, was *„bei ihnen selbst liegt"*. — Freicorps — Männer — ick hör euch trapsen! Tatsächlich läuft wieder alles nach bewährtem Muster: Weil alles so beschissen ist und „wir" so „ich"-schwach sind („Nicht-zuendegeborenen"), b r a u c h e n „wir" irgendwas, woran wir uns ab und zu mal *„wiederaufrichten"*, stabilisieren können. Die Freicorps-Faschisten hatten es ja noch relativ einfach: Da gab es immerhin Drill, Schläge und schließlich konkrete Aussicht auf Kampf und Krieg. Was machen „wir" dagegen mit „unseren" *„Wiederaufrichtungsphantasien"*? Vielleicht dem Nachbarn eins in die Fresse hau'n oder mit der Nationalelf gewinnen. Aber auf die Dauer ist das nichts ... Und daß die *„Kriegsphantasien jetzt wieder z u g e l a s s e n werden"*, hängt auch damit zusammen, daß *„dieses Befriedungssystem immer weiter und weiter"* ausgedehnt wird. Soll heißen, die Imperialisten servieren uns die (nur scheinbare?!) Kriegsgefahr als Ventil für die ganzen Aggressionen, die „wir" innerhalb des Systems nicht loswerden können.

Zur Abdeckung dieser Erkenntnisse führt Theweleit im streng wissenschaftlichen Stil der bekannten Groschenpresse den „amerikanischen Wissenschaftler" Lloyd Demausse vor, der — wenn's überhaupt möglich ist — sogar Theweleit übertrifft: Nach diesem „Wissenschaftler" gab es *„Kriege in der amerikanischen Geschichte ... im Rhythmus von ungefähr 25 Jahren"*. Davor sollen jeweils Phasen von massenhaften Kriegsphantasien gelegen haben. (Das ganze wird noch untergliedert in einen *„Vier/fünf-Jahres-Zyklus von Stärke-, Schwäche-, Zerfalls- und Wiedergeburtsphantasien"*). Damit wäre nun streng „undogmatisch" bewiesen, daß es sich selbstverständlich nicht um ökonomische oder gar machtpolitische Ursachen für die Kriege gehandelt haben kann, denn die habe es ja beständig gegeben ... Man beobachte sehr sorgfältig die „Schwächegefühle" der Massen und berechne den „Zyklus"!

Reich, Fromm, Adorno usw. würden sich im Grabe umdrehen, wenn ihnen sowas als Psychoanalyse, als Wissenschaft präsentiert würde. Der „taz" und Teilen ihrer alternativen Gemeinde kann aber wohl nichts platt und albern genug sein, wenn es nur schön „undogmatisch" klingt. Nur ein Dogmatiker könnte z. B. darauf hinweisen, daß der scheinbar originelle „Faschismus-Theoretiker" Theweleit mit seinem „Wieder-Aufrichtungs-Zyklus" der Massen-Psyche in beachtliche Nähe der f a s c h i s t i s c h e n Gurus in der Nachfolge Gustav le Bons gerät, dessen „Massenpsychologie des Faschismus" jeder anständige Nazi, einschließlich Göbbels und Hitler, im Nachttisch liegen hatte. Er — wie später z. B. Hitler in „Mein Kampf" — erklärte die „Massenpsyche" zur wabernden „Volksseele", die (angeblich wie eine Frau!) emotitionsgetrieben und impulsiv allen möglichen Motivationen und Manipulationen (durch männliche(!) Dompteure, versteht sich) folgt, aber keine bewußt wahrgenommenen eigenen Interessen, etwa gar Klasseninteressen kennt. Der ganze „Zyklus"-Schmus klingt hierzulande obendrein mehr nach Spengler („Untergang des Abendlandes") und geistesverwandten Kultur-Reaktionären des alten Schlages, die den Nazis ideologisch das Feld ebneten, als nach irgendeiner Art fortschrittlicher Erkenntnis.

Daß die Bodenlosigkeit der Theweleit-Plaudereien auf der Grundlage totalen Pessimismus und Rückzugs auf die entpolitisierte Familienidylle unseligen Angedenkens beruht, hätte selbst der „taz"-Redaktion zu denken geben sollen. Oder vielleicht fanden die „taz"-Leute gerade d a s so toll ?! ...

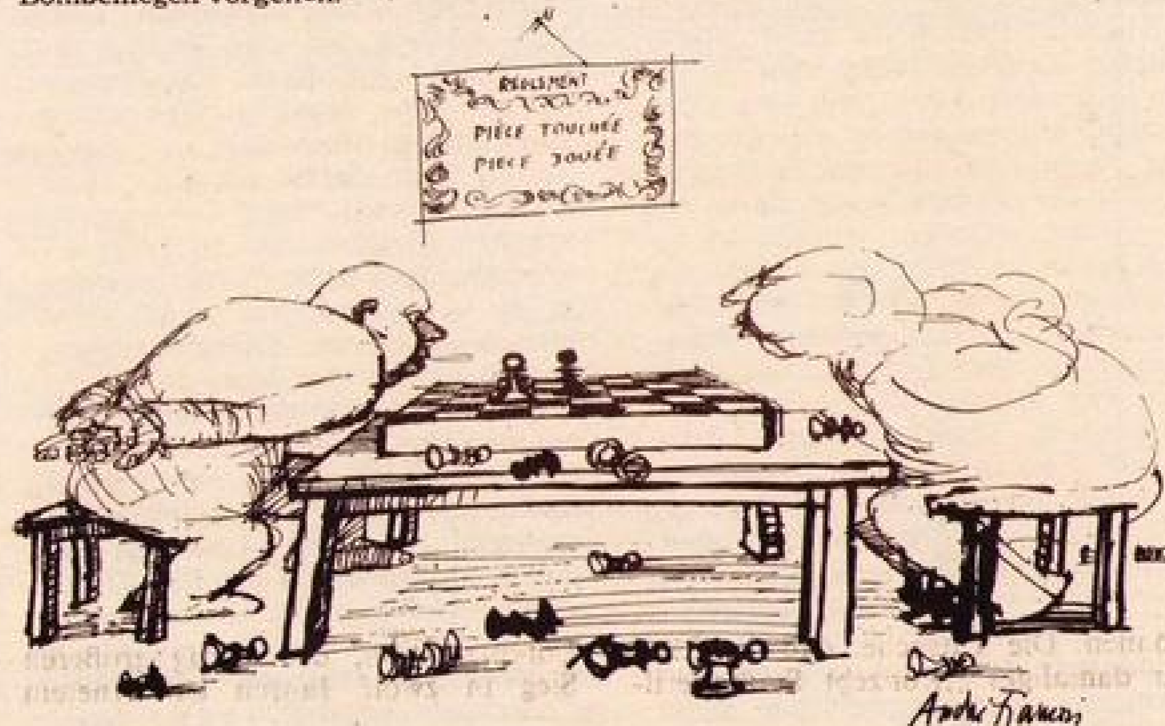
Antifa-Kommission Hamburg

»Provopoli«-Spiel verboten

MÜNCHEN, 2. Juli (dpa). Auf einen Vorstoß des bayerischen Sozialministeriums hin hat die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften jetzt ein Brettspiel, das als antikapitalistische Persiflage des bekannten Häuserbesitzer- und Millionärsspiels „Monopoly" gedacht ist, auf den Index gesetzt. Das vor über eineinhalb Jahren unter dem Namen „Provopoli — wem gehört die Stadt?" auf den Markt gekommene Spiel darf damit künftig nicht mehr an Jugendliche verkauft werden. Den Antrag bei der Bundesprüfstelle hatte das bayerische Sozialministerium auf einen Vorstoß des CSU-Landtagsabgeordneten Herbert Kempfler hin gestellt. Begründet wurde der Antrag nach Angaben eines Ministeriumssprechers damit, daß das Spiel eine „Aufforderung zu terroristischem Verhalten" darstelle. „In einer bürgerkriegsähnlichen Situation" müßten die gegnerischen Parteien mit terroristischen Mitteln wie Geiselnahme und Bombenlegen vorgehen.

So lobenswert das Verbot dieses linksextremistischen Gesellschafts-(veränderer)-Spiels ist, es reicht bei weitem nicht aus. Wie wachsame Anhänger unserer freizeitlich demagogischen Grunzordnung der AK-Redaktion vor kurzem mitteilten, ist zur Zeit noch ein weiteres verfassungsfeindliches Spiel mit dem Namen „Schach" vielerorts auch für Jugendliche frei erhältlich. Dieses Spiel hat das Ziel, einen König „matt" zu setzen und dadurch den Umsturz herbeizuführen. Zu diesem Zweck werden in dem Spiel vor allem die Bauern mobilisiert. Dem Vernehmen nach bemüht sich das bayrische Landwirtschaftsministerium derzeit um ein Verbot dieses Spiels.

Ein Genosse aus dem Raum Hamburg



KPF-intern (Fortsetzung)

Die althusserische Strömung

Seit dem Scheitern der Linksunion bei den Legislativwahlen vom März 1978 hat sich innerhalb der KPF eine bunte Opposition entwickelt. Die eurokommunistische Strömung teilt sich in zwei Tendenzen: eine „linke“ Variante um die Zeitschrift „*Dialectiques*“ (Herausgeber David Kaisergruber), eine „rechte“ Variante um Jean Ellenstein. Ebenfalls gibt es heute innerhalb der KPF eine Frauenopposition, die seit Oktober 1979 eine eigene Zeitung herausgibt („*elles voient rouge*“). Schließlich gibt es eine Strömung um Louis Althusser — die einzige, die beim 22. Parteitag gegen die Streichung der Begriffe und Kampfziele wie „Diktatur des Proletariats“ protestierte. Louis Althusser sprach damals von einer „*Tendenz zum demokratischen Abenteurertum*“.

In diesem Artikel wollen wir die Ideen und Vorstellungen von Althusser zur Frage „Krise des Marxismus“ und zur Krise der KPF nachzeichnen. (Siehe auch AK 177).

Krise des Marxismus?

Luois Althusser ist vor allem bekannt durch seine philosophischen Schriften über die Klassiker des Marxismus („*Für Marx*“, 1965; „*Das Kapital lesen*“, 1968; „*Lenin und die Philosophie*“, 1972; „*Marx und Lenin vor Hegel*“; 1972). Er ist seit 1948 Mitglied der KPF und schließt sich „*ohne zu zögern der Tradition von Marx und Lenin an. Den Ausdruck Marxismus-Leninismus mag ich nicht besonders, denn er ist viel zu grob, um der Wirklichkeit zu entsprechen. Ich rede lieber von der marxistischen und leninistischen Tradition, die im übrigen nicht bei Lenin stehen bleibt, sondern sich* (*teilweise*) *bei Gramsci und noch stärker bei Mao fortsetzt*“ („*4 Fragen an Louis Althusser*“; VSA-Verlag HH, 1978).

Die Besonderheit der heutigen Situation charakterisiert Althusser so, daß aufgrund der Entwicklung der Klassenkämpfe philosophische Fragen, wie die der Diktatur des Proletariats, wie die des Übergangs zum Sozialismus oder die des Kommunismus auf die Tagesordnung gekommen sind. Philosophie ist dabei für Althusser „*in letzter Instanz Klassenkampf in der Theorie*“ (ebenda).

Die allgemeine politische Situation definiert er folgendermaßen: einerseits Krise des Imperialismus, andererseits eine in dieser Breite nie zuvor dagewesene Stärke von Massen- und Volksbewegungen und als Paradox dazu die Zersplitterung der revolutionären Organisationen und die Krise der kommunistischen (sprich: revisio-

wesene Stärke von Massen- und Volksbewegungen und als Paradox dazu die Zersplitterung der revolutionären Organisationen und die Krise der kommunistischen (sprich: revisio-

nistischen) Parteien. In dem Beitrag „*Krise des Marxismus?*“ (VSA-Verlag, 1978) betont Althusser zunächst, daß schon oft in der Geschichte der Arbeiterbewegung von der „Krise des Marxismus“ die Rede gewesen ist. „*Die Gegner der Arbeiterbewegung taten es auf ihre Weise, das heißt um den Zusammenbruch und den Tod des Marxismus zu verkünden... Heute schlachten sie die Schrecken der sowjetischen Lager und ihre Folgen gegen den Marxismus aus. Auch Einschüchterung ist Bestandteil des Klassenkampfes*“ (ebda., S. 54). Kommunisten, meint Althusser, sollten keine Angst vor diesem Schlagwort haben. „*Der Marxismus hat schon ganz andere Phasen der Krise durchgemacht, man erinnere sich nur an den ‚Burgfrieden' und den ‚Zusammenbruch' der II. Internationale. Er hat diese Krisen überstanden*“ (S. 54).

„*Wir nehmen die Herausforderungen, diese Einschüchterung an, indem wir unsererseits das Wort ‚Krise des Marxismus' aufgreifen: um ihm einen ganz anderen Sinn als den des Zusammenbruches oder Todes zu geben*“ (ebenda).

Althusser spricht von einer „theoretischen Krise im Marxismus“ — in dem folgendem Sinne: „*Es wäre völlig idealistisch anzunehmen, die marxistische Theorie sei als solche verantwortlich für die Geschichte, die in ihrem Namen gemacht worden ist — denn nicht die Ideen, auch nicht die marxistischen, machen die Geschichte, ebensowenig wie das, was einen Menschen oder eine Organisation definiert, sein Selbstbewußtsein (sich Marxist nennen), Geschichte macht. Aber es wäre genauso idealistisch anzunehmen, die marxistische Theorie sei nicht durch ihre Erprobung in einer Geschichte betroffen und gefährdet, in der die vom Marxismus geleiteten oder sich marxistisch nennenden Organisationen des Klassenkampfes eine wesentliche oder entscheidende Rolle gespielt haben*“ (S. 57).

Das heißt, es gibt heute kein „verwirklichtes Ideal“ (des Sozialismus) mehr, keinen „wirklich lebendigen Bezug zum Sozialismus“. Gefragt wird: „*Wer garantiert uns, daß der Sozialismus der anderen Wege*“ (so nennt es heute die KPF-Führung bzw. auch „Sozialismus in den Farben Frankreichs“) „*nicht zu den gleichen Ergebnissen wie der bestehende Sozialismus führt? ... Warum und wodurch konnte der sowjetische Sozialismus zu Stalin und zum gegenwärtigen Regime führen?*“ (S. 55). Dabei, meint Althusser, kommt es zu einer „außerordentlichen Schwierigkeit“, „*eine wirklich befriedigende marxistische Erklärung einer Geschichte nachzuliefern, die gleichwohl im Namen des Marxismus verlaufen ist ... Wenn diese Schwierigkeit nicht imaginär ist, weist sie darauf hin, daß wir in einer Situation leben, die bestimmte Grenzen der marxistischen Theorie und hinter diesen Grenzen entscheidende Schwierigkeiten aufdeckt*“ (S. 56). Das bedeutet: Die Krise des Marxismus verschont auch nicht die marxistische Theorie.

Auf diese Krise gibt es nach Althusser drei mögliche Reaktionsweisen:

• Die erste Reaktionsweise, „*die für gewisse kommunistische Parteien kennzeichnend ist, besteht darin, die Augen zu verschließen, um nichts sehen zu müssen, und zu schweigen. ... Offiziell geht's ihm* (dem Marxismus) *gut: Allein seine Gegner sprechen von einer Krise. Andere Parteien versuchen, das zu retten, was zu retten ist, indem sie in einigen wenigen Punkten aus pragmatischen Gründen auf Distanz gehen...*“

• Die zweite Reaktionsweise bedeute, „*den Schock der Krise auszuhalten, sie zu durchleben und zu erleiden, wobei man weiter nach Gründen der Hoffnung in der Kraft der Arbeiter- und Volksbewegung sucht. Niemand unter uns entgeht dieser Reaktion, die allerdings Fragen und Beunruhigungen zurückläßt... Zwar gibt es die Kraft der Arbeiterbewegung, aber sie alleine kann nicht die Erklärung, die Perspektiven und den Abstand ersetzen*“.

• Die dritte Reaktionsweise: *Einen hinreichenden historischen, theoretischen und politischen Abstand zu gewinnen, um zu versuchen* (was nicht ganz einfach ist) *den Charakter, die Bedeutung und die Tragweite der Krise aufzudecken. Wenn uns das gelingt, können wir das Problem auch anders formulieren. Nach der langen Geschichte, aus der wir hervortreten, sagen wir dann nicht bloß: ‚Der Marxismus ist in einer Krise', sondern ‚Endlich ist die Krise des Marxismus*

Geschichte, aus der wir hervortreten, sagen wir dann nicht bloß: ‚Der Marxismus ist in einer Krise', sondern ‚Endlich ist die Krise des Marxismus

zum Ausbruch gekommen!' ... Endlich kann durch und in dieser Krise etwas Lebenswichtiges und Lebendiges befreit werden!“ (S. 65).

Immer wieder betont Althusser, daß die „Krise“ nicht ein abstraktes Ding ist, was „über uns“ schwebt — sondern daß wir selber i n dieser Krise leben und zwar schon seit langem. Das heißt, daß auch unsere eigenen Ideen, Meinungen, Positionen nicht losgelöst davon zu sehen sind.

Nun zu den „zwei Hauptlücken“, die Althusser in der marxistisch-leninistischen Theorie sieht, und zu denen nicht mehr „geschwiegen“ werden solle (was nur die Krise verschärfen würde), sondern an denen man arbeiten müsse:

- **die Frage nach dem Staat bzw. dem Verhältnis der Kommunisten zum Staat;**
- **die Frage nach der Organisation des Klassenkampfes, das heißt nach der Partei.**

Althusser meint mit „Lücken“ **nicht, daß Marx oder Lenin sich diesen Fragen nicht gewidmet hätten** (insbesondere die Staatsfrage stand ja im Mittelpunkt ihres politischen Denkens), sondern daß zum Beispiel die marxistisch-leninistische Staatstheorie sich auf eine negative Abgrenzung und Definition beschränke.

„*Der Staat, das ist i n d e r T a t die entscheidende Frage: Die kommunistischen Parteien* (*also zunächst deren Führungen*) *nehmen eine Haltung ein, die — zumindestens verbal — in dieser Hinsicht eine Aufgabe wesentlicher Prinzipien von Marx und Lenin darstellt: Aufgabe des Begriffs der Diktatur des Proletariats, Aufgabe der ‚Zerschlagung' des bürgerlichen Staates und halbes opportunistisches Schweigen über das ‚Absterben des Staates', das sie durch den Begriff der ‚Demokratisierung des Staates' ersetzen*“ (S. 12). Die grundlegende These von Marx und Lenin, der sich Althusser anschließt, ist, daß j e d e r Staat repressiv ist, nicht nur der bürgerliche.

Während laut Althusser kommunistische Politik immer in der Hauptseite „außerstaatlich“ bzw. sogar „antistaatlich“ sein müsse, ist das Motto der revisionistischen Führungen: „*Bei uns erfolgt das Absterben des Staates durch seine Stärkung*“ (S. 43).

Diese Praxis hängt mit der revisionistischen Konzeption vom Sozialismus zusammen, der nicht als das präsentiert wird, was er ist, nämlich als widersprüchliche Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Kommunismus, sondern stattdessen als „Ziel und Endpunkt“.

„*Der Sozialismus ist eine prinzipiell instabile Periode, in der der Klassenkampf in v e r ä n d e r t e n, für unseren eigenen Klassenkampf unkenntlichen und schwer zu entziffernden F o r m e n weiterbesteht, welche je nach dem Kräfteverhältnis und der verfolgten ‚Linie' entweder zum Kapitalismus z u r ü c k k e h r e n oder in erstarrten Formen a u f d e r S t e l l e t r e t e n oder auch zum Kommunismus f o r t s c h r e i t e n können*“ (S. 39).

Althusser erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß es für Marx und Lenin keine „sozialistische Produktionsweise“, keine „sozialistischen Produktionsverhältnisse“, kein „sozialistisches Recht“ gab. Daher könne die Strategie der Arbeiterbewegung nicht „*eine bloße Strategie des Sozialismus sein, sie ist notwendigerweise auch eine Strategie des Kommunismus, sonst läuft der ganze Prozeß Gefahr, zu dem einen oder anderen Zeitpunkt* (*und man muß ihn voraussehen*) *auf der Stelle zu treten und sich festzufahren*“ (S. 40).

Zur Frage der Organisation bzw. der Partei führt Althusser aus, Marx und Lenin hätten nicht nur vom Absterben des Staates, sondern auch vom Absterben der Partei und sogar vom Absterben der Demokratie gesprochen. Man dürfe nie vergessen, „*daß keine einzige Revolution auf der Welt jemals von einer kommunistischen oder anderen Partei g e m a c h t wurde — sondern immer nur von einer Bewegung, die Millionen Menschen umfaßte, also von den Massen — und daß die Partei allenfalls das beste Instrument zur Koordinierung der Bewegungen sowie zu ihrer Hinführung auf das strategische Ziel des Augenblicks bildete*“ (S. 16). Dabei fügt Althusser noch hinzu: „*Es gibt Kommunisten ohne Partei, die auch für die Revolution kämpfen... Das ist eine Frage der örtlichen und historischen Konjunkturen*“ (S. 16).

Zusammengefaßt noch einmal die Fragen, die entsprechend Althusser heute aufgeworden seien und deren

schen Konjunkturen“ (S. 16).
Zusammengefaßt noch einmal die Fragen, die entsprechend Althusser heute aufgeworden seien und deren

Lösung versucht werden müsse:

• Welchen Charakter hat der Staat? Konkreter: welchen Charakter hat der Staatstyp unserer gegenwärtigen imperialistischen Gesellschaften?

• Wie kann man der Gefahr entgehen, sich auf das Spiel des bürgerlichen Staates einzulassen, und damit auch der Gefahr, daß später Staat und Partei verschmelzen?

• Wie läßt sich heute, um diesen Prozeß einzuleiten, die notwendige Zerschlagung des bürgerlichen Staates, aber auch das Absterben des revolutionären Staates vorbereiten?

• Worin besteht der reale Charakter und die Funktionsweise der Partei und der Gewerkschaft?

• Wie lassen sich diese auch verändern? Gilt die traditionelle Vorstellung der kommunistischen Parteien noch, „die einzige Organisation“ bzw. „Führung“ der Arbeiterklasse zu sein? Wie läßt sich also auch ihre Ideologie verändern, so daß in der Praxis auch die Existenz anderer Parteien, Organisationen, anderer Bewegungen anerkannt wird?

Die Antwort auf diese Fragen, meint Althusser, sei heute lebenswichtig, „*um die Geschichte und Funktionsweisen der osteuropäischen Länder zu verstehen, in denen der Staat — weit davon abzusterben — einen Machtzuwachs aus seiner Verschmelzung mit der Partei bezieht, lebenswichtig, wenn es für die Volksmassen darum geht, an die Macht zu gelangen*“ (S. 66).

Wie es innerhalb der KPF nicht weitergehen kann ...

So lautet die Überschrift eines weiteren Aufsatzes von L. Althusser, der in „Le Monde“ (24. - 27.5.78) erscheinen mußte, da die Parteiführung damals wie heute die Öffnung ihrer Zeitung „L'Humanité“ dafür verweigerte.

Althusser nennt vier Punkte, die innerhalb der Partei „um jeden Preis“ vonnöten seien:

1. „*Eine marxistische Theorie, die wieder lebendig ist*“, die nicht nur den Widersprüchen allgemein entgegentreten kann, sondern auch „den eigenen“, also innerhalb der Partei. Eine lebendige Theorie, die sich auf die konkrete Analyse der konkreten Situation stützt und keine Angst vor den Massen hat.
2. „*Eine vollständige Kritik und Reform der inneren Organisation der Partei und ihrer Funktionsweise*“. Dabei müsse der demokratische Zentralismus „erneuert“ und „verändert“ werden.
3. „*Eine konkrete Analyse der Klassensituation in Frankreich, die es ermöglicht, die konkreten Ursachen der Spaltungen und der Widersprüche innerhalb der Arbeiterklasse wie auch innerhalb der ländlichen und städtischen Kleinbourgeoisie zu verstehen*“.
4. „*Die Definierung einer Bündnispolitik aller Kräfte der Arbeiterklasse und des Volkes, die Verträge an der Spitze mit der Entfaltung des Kampfes der Partei an der Basis verbindet: eine L i n i e d e r V o l k s e i n h e i t ohne Reformismus oder Sektierertum*“.

Eine lebendige marxistische Theorie

Von der „*freiwilligen Fesselung ... an die stalinistische Galeere*“ habe sich die KPF-Theorie nie richtig gelöst. Alles, was in der Sowjetunion an offizieller Theorie produziert werde, habe nichts anderes bewirkt, als „*die marxistische Theorie zu ersticken*“.

„*Daß die Krise des Marxismus in Frankreich die Form des Verschwindens der marxistischen Theorie innerhalb der kommunistischen Partei annimmt, macht der Parteiführung keinerlei Sorgen*“.

Althusser mokiert sich über die „Theorie auf Bestellung“, worüber die Partei schon verfüge: die des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“. Diese besagt: Man sei schon im „*Vorzimmer des Sozialismus*“, und Frankreich werde nur noch von einer Clique (ab und dann wird die Zahl von 500.000 „Großbourgeois“ angegeben) Monopolisten und ihren Handlangern regiert. Durch diese „Theorie“ werde die Frage des Staates in dem Sinne verändert, daß die Volksmacht ihn für ihre Interessen übernehmen und transformieren könnte.

Abgesehen von besagten 500.000 unverbesserlichen Ausbeutern steht demnach das ganze französische Volk bereit für den Sozialismus, da alle Franzosen „ein objektives Interesse“ daran haben. Althusser nennt den Be-

demnach das ganze französische Volk bereit für den Sozialismus, da alle Franzosen „ein objektives Interesse“ daran haben. Althusser nennt den Be-

griff des „objektiven Interesses“ ein „kleines politisch-theoretisches Wunderwerk“, da die Verwirklichung dieses „objektiven Interesses“ nur noch vom Bewußtsein abhängig wäre, das von außen durch Presse und Propaganda geweckt werden müßte. Dazu Althusser: „*Als altmodische Marxisten meinten wir noch, daß eine solche Verwirklichung durch so etwas wie den Klassenkampf und seine Komplikationen* (*Eingriffe des bürgerlichen Staates, Einfluß der herrschenden Ideologie, Zugeständnisse der Bourgeoisie usw.*) *zustande käme*“.

Die KPF, eine Herrschaftsmaschine

Althusser vergleicht die KPF mit dem bürgerlich-parlamentarischen Staatsapparat und dem militärischen Apparat.

Zum parlamentarischen Aspekt: „*An dem einen Ende befindet sich das Volk der Mitglieder, die in ihren Grundeinheiten und Kreisen frei diskutieren dürfen. Das Volk ist ‚souverän', aber vor der Schwelle der von hauptamtlichen Leitungskadern geleiteten Bezirkssekretariate muß es abrupt stehenbleiben. Dort befindet sich der Einschnitt, jenseits dessen der Apparat die Basis bestimmt*“. Für die Parteitage gibt es das Mehrheitswahlrecht mit drei Wahlgängen, unter der Kontrolle der Wahlkommissionen. Das ZK wird von ausgefilterten Bezirksdelegierten gewählt und soll eigentlich das souveräne Organ der Partei sein, es ist aber eher „*eine Versammlung von Präfekten, die von der Parteileitung in allen Landesteilen eingesetzt und beschäftigt werden, um die ‚Bezirksarbeit aus unmittelbarer Nähe zu ‚verfolgen', d.h., sie zu kontrollieren, Bezirkssekretäre zu ernennen und heikle Fragen zu regeln*“. Die Parteiführung stützt sich zusätzlich auf eine ganze Schar von Funktionären, die durch Kooptation rekrutiert werden.

Zum militärischen Aspekt: Das grundlegende Prinzip ist das der „absoluten vertikalen Abschottung“; wobei noch heute jeder Versuch einer „horizontalen Beziehung“ als Fraktionsmacherei denunziert wird. Das Prinzip der Kooptation führt darüber hinaus zur Selbstreproduktion der Führungsmannschaft. Von Meinungsunterschieden oder Divergenzen auf Leitungsebene erfährt das „Mitgliedervolk“ nie etwas. Dieser Organisationstypus produziert einen spezifischen Funktionär: „*der Hauptamtliche auf Lebenszeit*“, meistens ohne Kontakt zu den Massen, durch ein ehernes Gesetz an die Parteiführung gebunden. „*Ich persönlich bin immer offen für den demokratischen Zentralismus eingetreten: Die Gesellschaft und die Partei sind zwei verschiedene Dinge, weil die Partei eine Einheit des Denkens, also auch der Organisation braucht, um handeln zu können... Was ich kritisiert habe, ist das Fehlen einer wirklichen Demokratie innerhalb der notwendigerweise besonderen Formen des demokratischen Zentralismus*“ („Vier Fragen...“, S. 16).

Althusser hat sich an anderer Stelle, in seinem Aufsatz „*Über die historische Bedeutung des 22. Parteitages der KPF*“ (ebenfalls im VSA-Verlag auf deutsch veröffentlicht), über die Frage Fraktionsrechte bzw. Tendenzrechte ausgelassen. Er argumentiert, daß es heute nicht der Situation der KPF entsprechen würde, würde man autonome, stabile und organisierte Tendenzen zulassen. Diese Form der Meinungsvertretung würde nicht wirklich den Zielen und Kampfbedingungen der Mitglieder der KPF heute entsprechen: „*Zum einen, weil die kommunistische Partei nicht aus Individuen mit beliebigen Ansichten und ihrem wählerischen ‚Ergebnis' gebildet wird. ... Zum anderen, weil das Ziel der Partei nicht darin besteht, Meinungen zu repräsentieren, ... sondern alle Lohnabhängigen, die bewußtesten Arbeiter und Intellektuellen zu einem gemeinsamen Willen und einer einheitlichen Kraft zusammenzuschließen*“ (S. 49). Statt organisierter Tendenzen und bürokratischem Zentralismus plädiert Althusser für echte Diskussionen von oben nach unten und umgekehrt, die sich dann auch in den Parteipublikationen nach außen niederschlagen sollten.

Der entscheidende Maßstab, an dem man eine Partei oder Organisation messen könne, sei immer das Verhältnis zu den Massen.

Wenn auch die gesamte kommunistische Tradition immer auf die Notwendigkeit von Bündnissen hingewie-

Wenn auch die gesamte kommunistische Tradition immer auf die Notwendigkeit von Bündnissen hingewiesen hat, so gibt es aber in der Bündnisfrage verschiedene Konzeptionen. „*Entweder man begreift Bündnisse als V e r t r ä g e zwischen politischen Organisationen, die man als ‚Eigentümer' ihrer Wählerschaft betrachtet, oder man begreift sie als K ä m p f e, die von dem organisierten Teil der Arbeiterklasse geführt werden, um seinen Einfluß zu vergrößern*“. Die erste Konzeption, die Althusser als „juristisch-wahltaktische“ bezeichnet, sei diejenige, die bei der Linkseinheit erprobt wurde. In diesem Zusammenhang steht auch der bislang nie öffentlich (auch nicht parteiintern) zur Diskussion gestellte Strategiewechsel der KPF-Führung gegenüber der PS — von der Einheitseuphorie bis zur Linie des Kampfes gegen die PS.

„*Man muß den Dingen ins Gesicht sehen: Die Niederlage vom März 1978 ist die Niederlage einer politischen Linie und einer politischen Praxis, die unmittelbar mit der Funktionsweise der Partei verbunden ist; diese hat sich in ihre Festung zurückgezogen und weigert sich, sie zu verlassen, aus Angst, ‚sich zu verirren', d.h. sich in den Massen wiederzufinden*“ ... „*Heute wird die Partei von einer großen Gefahr des Opportunismus bedroht. Denn es gibt zwei Arten, ‚die Festung zu verlassen'. Man kann sie verlassen und doch an Ort und Stelle bleiben, indem man nur die Mauern einreißt, die revolutionäre Tradition liquidiert und die Partei so, wie sie i n i h r e m g e g e n w ä r t i g e n R ü c k z u g ist, in eine Partei ‚wie die anderen', d.h. in eine der Form nach liberale Partei transformiert. Aber man kann die Festung auch ganz anders verlassen: indem man den Rückzug verwirft und die Festung aufgibt, um sich entschlossen in der Massenbewegung zu engagieren. Um im Kampf den Einfluß der Partei zu erweitern und um in diesem den Massen gegenüber offenen Kampf die wahren Gründe für eine Veränderung der Partei zu finden, indem man ihr das Leben gibt, das von den Massen kommt*“

Preissteigerungen und Streiks in Polen

Mit Streiks in mehreren Betrieben Polens antworteten die Arbeiter auf die geplante Erhöhung der Fleischpreise. Im schon aus den Kämpfen von 1976 bekannten Traktorenwerk „Ursus", im Warschauer Stahlwerk sowie in Lódz und Trcew soll es zu Arbeitsniederlegungen gekommen sein („FAZ", 4.7.). Vor fast genau zehn Jahren — im Dezember 1970 — kam es nach einer rund 19prozentigen Erhöhung der Lebensmittelpreise zu einer spontanen Streikwelle, die sich bis in den Januar 1971 hinzog. Die polnische Regierung versuchte, die Streiks und Demonstrationen durch Polizei und Militär zu unterdrücken; mehrere Demonstranten wurden erschossen, zahlreiche verletzt. Gomulka mußte zurücktreten und der an seine Stelle gerückte Gierek war gezwungen, die Preissteigerungen wieder rückgängig zu machen. Der nächste Versuch erfolgte im Juni 1976; die Lebensmittelpreise sollten drastisch erhöht werden (z.B. Zucker um 100 %, Milchprodukte um die 50 %). Die polnischen Arbeiter antworteten auch diesmal mit Protestversammlungen, Streiks und ersten militanten Aktionen (der D-Zug Warschau-Paris wurde zu einer längeren Wartezeit gezwungen, der Zustand der Schienen verhinderte die Weiterfahrt). Am 25. Juni 1976 wurden die Preiserhöhungen zurückgenommen.

Die polnische Regierung, die 1976 nicht wie 1970 schießen ließ, versuchte, mit drakonischen Urteilen eine Einschüchterung der Arbeiter zu erreichen. Zu bis zu zehn Jahren Knast wurden Arbeiter verurteilt, die sich an Demonstrationen beteiligt hatten. Öffentlich versuchte die Gierek-Regierung die Streikenden als „Rowdys", „Gewohnheitsverbrecher", „betrunkene Jugendliche und hysterische Frauen" zu diffamieren.

Zumindest die Streiks 1970/71 beschränkten sich nicht auf die Ablehnung der Preiserhöhungen. Wie aus dem Protokoll der Aussprache Giereks mit der Streiksversammlung der Stettiner Werft 1971 hervorgeht, forderten Delegierte das Streikrecht sowie die Veröffentlichung ihres Appells, und sie stellten Gierek die Frage: *„Wie kann es sein, daß die Arbeiterklasse sich gegen die Arbeiterklasse gekehrt hat? Also, wie können wir auf uns schießen?"* (Das Protokoll ist im Trikont-Buch „Rote Fahnen über Polen" abgedruckt).

In Polen spielen direkte Arbeiterforderungen in der Opposition eine eindeutig größere Rolle als in anderen RGW-Staaten, in denen hauptsächlich die intellektuelle Opposition sich hören läßt.

Die Preiserhöhungen sollen abgebaut werden

In den RGW-Ländern werden insbesondere Grundnahrungsmittel, Mieten und einige Dienstleistungen staatlich subventioniert, um die Preise stabil und die Löhne niedrig zu halten. Die Subventionen *„für Lebensmittel, Wohnungen und Heizmaterial* (machen) *etwa 40 Prozent der Budgetausgaben aus"* (Regierungschef Babiuch lt. „Monitor-Dienst" vom 10.4.80). *„In diesem Jahr sind für diese Zwecke über 500 Milliarden Zloty* (ca. 30 Mrd. DM — Anm. AK) ... *bestimmt"* (ebenda). Die Subventionen sollen nun abgebaut und die Anwendung der sogenannten *„kommerziellen Preise"* ausgedehnt werden. *„Zur Zeit wird eine bestimmte Menge Fleisch und Fleischerzeugnisse zu Handelspreisen verkauft, die wenig über den Produktionskosten liegen. Die Marktlage spricht für eine Ausweitung dieser Verkaufsform"* (Babiuch). Das bedeutet Preissteigerungen von m i n d e s t e n s 30 %.

Der Hintergrund der geplanten Preissteigerungen liegt in den zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der VR Polen, die sich drastisch darin ausdrückten, daß Polen 1979 zum ersten Mal seit 1945 einen Rückgang des Nationaleinkommens einstecken mußte („Handelsblatt", 14.5.80). Ursachen der Schwierigkeiten sind zum einen die hohe Auslandsverschuldung der VR Polen und zum anderen die gestiegenen Preise für die Rohstoffe, die die VR Polen unter anderem aus der Sowjetunion bezieht (besonders Erdöl).

Die steigenden Rohstoffpreise stellen die polnische Regierung vor die Wahl, entweder noch mehr Mittel für Subventionen bereitzustellen oder die Verbraucherpreise zu erhöhen. Ersteres dürfte für die VR Polen äußerst schwierig sein, denn in diesem Jahr wird Polen *„für Tilgung und Rückzahlung 5 Milliarden"* US Dollar aufbringen müssen („Handelsblatt" vom 7.5.). *„Allein gegenüber der Bundesrepublik sind in diesem Jahr Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 3 Mrd. DM zu erfüllen"* („Handelsblatt" vom 11.6.). Diese Verpflichtungen deckt Polen durch neue Kredite aus kapitalistischen Staaten: Eine Sackgasse, die die Abhängigkeit vom Imperialismus zementieren! Die Gesamtverschuldung Polens gegenüber dem „Westen" beläuft sich bereits auf 18,5 bis 19 Mrd. US-Dollar.

Angriff auf den Lebensstandard der polnischen Arbeiter

Den Abbau der Subventionen versucht die polnische Regierung mit sozialen Versprechungen und mit Demagogie schmackhaft zu machen. Die aus den steigenden Fleischpreisen gewonnenen Gelder, versprach Babiuch, würden als Zuschüsse *„für erhöhte Familienzuwendungen, Pensionen und Niedriglöhne"* verwandt werden. Wenn dem tatsächlich so wäre, würde sich allerdings am Zustand des polnischen Staatsetats durch diese Maßnahme wenig ändern. Tatsächlich scheint es aber darum zu gehen, durch Anpassung der Preise an die Produktionskosten die sozialen Ausgaben des Staates zu verringern und die Betriebe zur Sparsamkeit zu zwingen. Das Ziel der Änderung der Fleischpreise — *„ein angemessenes Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage"* — heißt konkret, daß die Nachfrage durch massiv steigende Preise gedrosselt wird.

Neben dem Abbau der Subventionen versucht die polnische Regierung, durch Einsparungen im Verwaltungsapparat Luft zu kriegen. *„Wir werden danach streben, daß alle Organe der Wirtschafts- und Staatsverwaltung effizienter und wirksamer funktionieren"* (Babiuch). Durch die Durchforstung des Verwaltungsapparates sollen gleichzeitig die Verantwortlichkeiten enger gezogen und die *„Autorität der Führungskader"* gestärkt werden. *„Wir werden die Anforderungen an die allgemeine Einhaltung der Ordnung, des Gesetzes, der Disziplin und der Sparsamkeit erhöhen..."* (Babiuch). Konkret ist daran gedacht, 36.000 Stellen im Öffentlichen Dienst zu streichen — *„das sind immerhin 1 % der Staatsausgaben"* („Handelsblatt" vom 18.6.). Bei diesen Maßnahmen gibt die polnische Regierung offen zu, daß sie *„unter den derzeitigen Bedingungen keine Möglichkeit sehe, wie all diese negativen Erscheinungen* (besonders die miserable „Marktsituation" — Anm. AK) *rasch beseitigt werden könnten"* (ebenda).

Die Unterversorgung der polnischen Bevölkerung ist zum einen der Verschuldungspolitik der polnischen Regierung zu verdanken, die bei stagnierender Produktion 1980 die Exporte um 11 % gegenüber 1979 steigern will, und zum anderen der Entwicklung der Landwirtschaft, die zu ca. 85 % privat bewirtschaftet wird. Die Steigerung des Exportes begründet die VR Polen mit ihrem hohen Importbedarf. Polen denkt dabei anscheinend weniger an eine Ausweitung seines Außenhandels innerhalb des RGWs, als vielmehr mit der Dritten Welt und besonders mit dem Imperialismus. Die Exporte in die kapitalistischen Staaten sollen nach polnischen Vorstellungen 1980 um insgesamt 16 % steigen, um ein weiteres Anwachsen der Verschuldung zu verhindern. Zwar gelang es der VR Polen im Handel mit der BRD, der gegenüber die größte Verschuldung besteht, im ersten Quartal 1980 sogar ein leichtes Plus zu verbuchen. *„Ob jedoch auch am Ende des Jahres die Handelsbilanz in schwarzen Zahlen geschrieben wird* (also Überschuß - Anm. AK), *bezweifelt man nicht nur im Westen"* („Handelsblatt" vom 7.5.).

Um einzuschätzen, wieweit die Bürokratie Polen heruntergewirtschaftet hat, darf nicht übersehen werden, daß Polen *„eins der ersten zehn Industrieländer der Welt"* (Selbsteinschätzung) ist. Polen verfügt nicht nur über Rohstoffe (wie Kohle, Schwefel, Kupfer), sondern ist z.B. auch der siebtgrößte Hersteller bei Baumaschinen usw. Die Lösung der Krise sollen die polnischen Arbeiter bezahlen. Kein Wunder, daß die da nicht mitspielen; denn das Märchen, sie würden besser leben, wenn sie nur emsiger arbeiten, glaubt eh keiner mehr. Die Produktivität des Industriearbeiters wuchs in Polen von 1960 bis 1970 um 62,5 %, die Löhne dagegen bloß um 19,1 % (Grzeda nach „Rote Fahnen über Polen"). Zündstoff für neue Arbeitskämpfe.

RGW-Kommission

Aufruf an unsere Leser!

Wir brauchen dringend die solidarische Hilfe a l l e r Leser/innen des ARBEITERKAMPF, um die rückläufige Verkaufs/Auflagenentwicklung zu stoppen und damit das weitere Erscheinen dieser Zeitung zu sichern.

Wir haben weder die Mittel noch die Absicht, den ARBEITERKAMPF mittels Werbetricks oder aufwendiger Waschmittelreklame unter die Leute zu bringen. Eine radikale, linke Zeitung wie diese hat unter den hierzulande herrschenden Verhältnissen nur dann eine Chance, wenn sie sich auf ein genügend großes Kontingent regelmäßiger Leser stützen kann und von diesen weiterempfohlen wird.

+ Nur mit einer verkauften Auflage von etwa 20.000 Exemplaren und dabei einem hohen Abonnenten-Stamm ist eine Zeitung wie der ARBEITERKAMPF auf Dauer am Leben zu erhalten. Wir brauchen etliche tausend Abos, haben derzeit aber erst 1.600.

Jedes neue Abo hilft das weitere Erscheinen des AK sichern.

+ Nur Abonnenten des ARBEITERKAMPF haben die sichern.

+ Nur Abonnenten des ARBEITERKAMPF haben die Gewißheit, wirklich jede neue Ausgabe pünktlich e i n e n T a g n a c h E r s c h e i n e n in ihren Briefkästen zu haben. Ein kontinuierlicher breiter Straßenverkauf (wie ehemals) ist z.Zt. und in absehbarer Zukunft nicht zu gewährleisten.

An alle diejenigen, die den ARBEITERKAMPF für sich selbst und/oder ihre Arbeit in Bürgerinitiativen, in Betrieb und Gewerkschaft, in Frauengruppen, in Antifa-Arbeitskreisen, in Internationalismusgruppen etc. brauchen, möchten wir appellieren

a b o n n i e r t s e l b s t

und

w e r b t w e i t e r e A b o n n e n t e n

unter Euren Kollegen, Kommilitonen, Freundinnen und Freunden, Verwandten etc.



Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich / wir die Hamburger Satz- und Verlags-Cooperative GmbH, Hamburg, den von mir / uns* zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung ARBEITERKAMPF bei Fälligkeit zu Lasten meines / unseres* Girokontos abzubuchen.*

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der **BLZ**

mittels Lastschrift einzuziehen.

.................................., den.......................... ....
Unterschrift

*** Nichtzutreffendes bitte streichen**

Trotz Terrorurteilen — Opposition in der CSSR weiter aktiv

Ende Oktober 1979 wurden in Prag eine Reihe von Unterzeichnern der Bürgerrechtserklärung „Charta 77" sowie Mitglieder des „Komitee zur Verteidigung der zu Unrecht Verfolgten" (VONS) zu Strafen bis zu 5 Jahren Knast verurteilt. (vergl.. AK 165 und 166)

Vor kurzem sind die Schlußworte einiger der Angeklagten bekannt geworden. Insbesondere der Sozialist Jiri Dienstbier trat vor den Richtern mutig auf: *„Um meine Einstellung kurz zu umreißen, zitiere ich das Kommunistische Manifest. Marx und Engels definieren den Sozialismus als Gesellschaftsform, in der die freie Entfaltung der Individuen die Bedingung für die freie Entfaltung aller ist. Die Funktion des sozialistischen Staates besteht in der Schaffung der Bedingungen für diese Entwicklung. Und genau um diese echte Grundlage des Sozialismus muß permanent gerungen werden"* („Listy",Nr. 1/80).

Jiri Dienstbier hielt den Richtern entgegen, *„daß bei einer wirkungsvollen öffentlichen Kontrolle auch unser heutiger Präsident keine zehn Jahre im Gefängnis hätte verbringen müssen"* (ebenda). (Der Staatspräsident der CSSR, Gustav Husak, saß während der Stalin-Ära zehn Jahre im Knast).

Leider scheint jedoch in einigen Teilen der „Charta 77" die politische Blindheit weiterhin anzuhalten. (Vergl. AK 104, 105 und 116, in: Schulungshefte des KB, Nr. 2).

So schrieben die „Charta 77"-Vertreter Jiri Hajek (Ex-Außenminister), Zdena Tominova und Ladislav Hejdanek am 6.11.79 an den reaktionären Dissidenten Andrej Sacharov: *„Mit Bewunderung und Sympathie verfolgen wir Eure Tätigkeit, die auf die konsequente Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und internationalen Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte abzielt"* („Info des Sozialistischen Osteuropakomitees", Nr. 39, S. 20).

Das Schreiben der „Charta" war eine Antwort auf einen Brief von Sacharov, der auch von einigen Mitgliedern des Moskauer „Helsinki-Komitee" und einer Arbeiterkommission zur Dokumentation des Psychiatriemißbrauchs zu politischen Zwecken unterzeichnet worden war. Daß die Auffassungen Sacharovs allerdings von der Mehrheit der „Charta 77" geteilt werden, sollte man daraus nicht schließen. So hat die „Charta" bereits kritisch zu Atomkraftwerken Stellung genommen, während Sacharov deren Ausbau in Ost und West fordert. So haben „Charta"-Vertreter ihre Solidarität mit Berufsverbote-Opfern in der BRD bekundet, was Sacharov nie einfallen würde.

Die Haftbedingungen einiger der im Prager Prozeß Verurteilten sind sehr hart. Der Trotzkist Petr Uhl, der zu 5 Jahren Knast verurteilt wurde, ist auf eine Festung gebracht worden, wo man ihn unter „verschärften Haftbedingungen" gefangen hält („Neue Züricher Zeitung", 16.1.80). Der Schriftsteller Vaclav Havel (14 Monate Knast) darf keine Pakete empfangen, er erhält nicht einmal Schreibgeräte und Papier („FR",6.6.).

Vorzeitig aus der Haft entlassenen wurden Anfang Januar die „Charta"-Aktivisten Jiri Lederer und Frantisek Hrabal.

Mitte Januar wandten sich die „Charta"-Sprecher Zdena Tominova, Marie Hromadova und Milos Rejchart in einem Offenen Brief an das tschechoslovakische Parlament und forderten eine Überprüfung der im Oktober verhängten Urteile („taz", 18.1.).

Anfang Februar wurden die „Charta 77" — Unterzeichner Rudolf Battek und Ivan Kyncl, die gleichzeitig Mitglieder des VONS sind, für einige Tage festgenommen. Der „Charta"-Sprecher Milos Rejchart und die Tochter des ausgebürgerten Dramatikers Pavel Kohout, Tereza, wurden am 20. März vorübergehend festgenommen.

Unter Leitung des Philosophie-Professors Julius Tomin gründeten „Charta"-Anhänger im Frühjahr in Prag eine „Jan-Patocka-Universität". (Jan Patocka ist ein verstorbener Mitbegründer der „Charta"). Bei Vorlesungen im Rahmen dieser „fliegenden Universität" nahm die Polizei im März und April in einer Prager Privatwohnung mehrmals Prof. Tomin und seine Hörer (einmal 23 Leute) fest. Bei einer dieser Festnahmen wurde der „Charta"-Unterzeichner Tomin von Polizisten zusammengeschlagen. („FR", 21.3., 14.4., und 16.4.80)

Professor Tomin trat am 9. Mai für eine Woche in Hungerstreik, um gegen seine nach der Haftentlassung anhaltende Verfolgung durch die Polizei zu protestieren.

George Marchais, der Vorsitzende der KP Frankreichs, forderte auf einer Pressekonferenz Ende April in Paris die Freilassung von Vaclav Havel. Anfang Mai setzte sich die internationale Künstlervereinigung AIDA in einem Schreiben an CSSR-Präsident Husak, das u.a. die Unterschriften von Ingmar Bergman, Günter Grass und Volker Schlöndorf trug, ebenfalls für die Freilassung Havels ein.

Am 15. Juni wurde der „Charta"-Unterzeichner Rudolf Battek in Prag unter der Beschuldigung festgenommen, „Widerstand gegen eine Amtsperson" geleistet zu haben.

Damit droht Battek eine Strafe von bis zu drei Jahren Knast. Battek scheint zu den sozialdemokratisch orientierten „Charta"-Aktivisten zu gehören. So ist er für die Kontakte der „Charta 77" mit der „Sozialistischen Internationale" Willy Brandts verantwortlich.

Die Charta hat nach der Verhaftung Batteks die Weltöffentlichkeit aufgefordert, sich für die Freilassung von Rudolf Battek einzusetzen.

RGW-Kommission

KULTUR



18.-20.7.80 IN HAMBURG IM VOLKSPARK

MITMACHEN WERDEN: AERA • ALCATRAZ • BLINKFUER • BUSHBAND • BUZZ • CHECKPOINT CHARLIE • CYKLUS • EMBRYO • FATE • FEETBACK • GOOD FOOD • GRANDE KANAILLE • HABIRIGUM • J+J • KARNATAKA COLLEGE OF PERCUSSION • MATHOM THEATER • MORGENWIND • MUNJU • NADIR • NUALA • PHLOX • PROJEKT • ROTGLUT • SHUGGY BADGE • JULIUS SCHITTENHELM • SCHNEEBALL-2-ORCHESTER (ELASTIC ROCK BAND – ALLGÄU – BANANAS GROOVE BAND) • TAGTRAUM THEATER • THEATER ZWISCHEN TÜR UND ANGEL • THYL • U.A. UND IHR

FESTIVAL

Dieses Jahr schon von Vlotho gehört? Nee? Vlotho gibt's nicht mehr! Doch in Hamburg lebt ein „Ableger" der „umsonst & draußen" - Bewegung weiter. Leider fiel das letztjährliche Festival in Hamburg - Rissen im wahrsten Sinne ins Wasser – was aber nicht zu seinem Ableben führte, sondern eine inhaltliche Diskussion um Sinn und Zweck derartiger Veranstaltungen hervorrief.

So kamen wir beispielsweise zu der Überzeugung, daß Kultur in diesem Land nicht „umsonst" ist (wurde also gestrichen!), daß die „Selbstausbeutung der Freaks" ein Ende haben muß (die Musiker müssen auch irgendwovon leben).

Solch ein Festival kostet horrende Summen (mehrere zig-Tausend Mark), und es muß den Besuchern klar gemacht werden, daß ohne Knete keine Fete läuft. Deshalb verkaufen wir dieses Jahr auch den Festival-Button als Eintrittskarte, ähnlich wie Rock gegen Rechts in Frankfurt. Der Button kostet DM 10,- für drei Tage, DM 5,- im Vorverkauf.

Außerdem hat u.E. ein solches Festival auch einen politischen Charakter. Es ist eben nichts mit „legalize it" in unserem Land, sondern die Forderung muß lauten: „Weg mit dem neuen Betäubungsmittelgesetz!".

Wir machen unsere eigene Kultur! Diese Kultur, die einst der emotionale Ausdruck unserer Lebenshaltung und eines unserer politischen Sprachrohre war, ist von Schreibtischtätern unter Verwendung großangelegter Marktanalysen und riesiger Werbe-Etats zu einer stumpfen aussagelosen Müllhalde geworden, deren Sinn sich in Verkaufszahlen erschöpft.

Doch seit einigen Jahren ist im Stillen eine neue Kultur herangewachsen, die sich gegen Unterdrükkung auflehnt, die sich auf die Suche nach Sensibilität und Kreativität begeben hat; eine Kultur, die dabei ist, sich selbst zu organisieren (Schneeball-Vertrieb der Musiker / Rock gegen Rechts / umsonst & draußen) und inzwischen ins Licht einer breiten Öffentlichkeit getreten ist (100.000 beim Porta-Festival / 70.000 bei RgR in Ffm. 1979).

Noch sehen die politischen Gruppen skeptisch auf die „feeling-betonten" Porta-Freaks und Spontis, die versuchen, sich jenseits einer morbiden Leistungsgesellschaft wiederzufinden, und die Porta-Freaks betrachten eher desinteressiert den organisierten Kampf gegen die beschissenen politischen und gesellschaftlichen Zustände.

Wir verstehen das diesjährige „zusammen & draußen"–Festival als weitere Möglichkeit, sich einander näher zu kommen und es soll als Medium dienen:

Zum einen dient es der Unterstützung und Darstellung fortschrittlicher Kultur, zum anderen wird es in großen Rahmen Initiativenarbeit und alternative Projekte aufzeigen und zur Mitarbeit unter dem Motto: „wir machen unsere eigene Kultur" anregen.

Die Hamburger Behörden mußten das Festival nach fast 6-monatigen Ringen unter starkem öffentlichen Druck genehmigen, versuchen es aber durch irrwitzige Auflagen (z.B. DM 50.000 Kaution fürs Gelände) zu verhindern.

Deshalb ist es wichtig, daß das Festival breit unterstützt wird, einerseits durch den Button-Vorverkauf, andererseits durch Info-Stände u.v.m. (Stand-Anmeldungen bitte über Jürgen Reimer Tel.: 040/ 82 05 01).

KOMMT ALLE UND LASST UNS EIN FEST FEIERN, DAS ROCKT UND ZOCKT – GEGEN DIE STRAUSSI'S IM LAND, GEGEN DIE ATOMKRAFT UND GEGEN MILITARISTISCHE TENDENZEN – FÜR UNSEREN GEMEINSAMEN KAMPF !

Kontakt: „Zusammen & Draußen"
c/o Tommy Bliwier
Tel.: 040 / 54 52 39

1 Genosse, BO Altona, KB-Hamburg

In eigener Sache

Der „Arbeiterkampf" wird künftig in einem neuen Verlag, der „Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH" erscheinen. Dieser Verlag ist Rechtsnachfolger des J. Reents Verlages und wird, mit Ausnahme des Sektors Buchverlag, die bisherigen Aktivitäten weiterführen.

Wir bitten alle Abonnenten, Vertriebsgruppen und Buchläden zukünftige Zahlungen auf die neu errichteten Konten zu leisten, damit uns unnötige Verwaltungsarbeit erspart bleibt.

Abonnenten, die sich dem Einzugsverfahren angeschlossen haben, brauchen nichts zu unternehmen, die Änderung des Bankkontos wird von uns veranlaßt.

Die Bankverbindungen sind:
Postscheckamt Hamburg
BLZ 200 100 20
Konto Nr. 27175-203

Dresdner Bank Hamburg
BLZ 200 800 00
Konto Nr. 4810 68500

Wie kriminell ist die NPD?

KZ

Wehrsportgruppe Hoffmann verboten!
Ist damit das Problem der neonazistischen Gruppen in der BRD erledigt?

184 S.
DM 15.-

Anzeige des Buntbuch-Verlags, 2000 Hamburg 50, Lerchenstr. 75

ausschneiden und in einen Umschlag stecken!

Absender: ....

..

..
(bitte in Blockschrift oder mit Schreibmaschine)

Ich/wir wollen der ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll

halbjährlich – DM 27,50 ☐
jährlich – DM 55,– ☐

abgebucht werden (bitte Rückseite beachten!). oder wird überwiesen auf das Konto der HAMBURGER SATZ- UND VERLAGS-KOOPERATIVE,
Postscheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20,
Konto 27 175 - 203.

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

..
Ort, Datum *Unterschrift*

Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

Neu in der Fabrik:

Tödlich bis zur Vergasung

Der deutsche Expressionist Georg Kaiser ist der Autor. Sein Textbuch „GAS I", Mittelstück einer zwischen 1917 und 1920 entstandenen Trilogie, wird momentan in der „Fabrik" (Hamburg) zu neuem Leben erweckt. Georg Kaiser, der unter Hitler zu den „verbrannten Dichtern" gehörte, hat 1918 ein Thema bearbeitet, dessen Schrecken ihn beim Schreiben noch in den Gliedern gesteckt haben muß: Die Explosion einer Gasfabrik, die Tausende von Opfern gefordert hat.

Held dieses Stückes ist der Fabrikantensohn, der die Firma mit seinen Arbeitern teilt, sie nach der Katastrophe aber nicht länger verantworten kann. Stattdessen will er auf dem toten Gelände eine friedliche Agrargemeinschaft zum Blühen bringen. Doch weder sein Ingenieur, der trotz mächtiger Angst vor der eigenen Gas-Formel seine Arbeit weiter verrichten will, noch die Arbeiter, von der sozialisierten Fabrik hochgradig abhängig, unterstützen den Plan mit der rückwärtsgewandten Sehnsucht.

Im Gegenteil: der Ingenieur baut unter staatlichem Schutz die Fabrik wieder auf. Die Arbeiter, die zunächst seine Absetzung zur Sühne des mörderischen Unfalls gefordert hatten, gehen unter seiner Führung begeistert in neue Materialschlachten. Das Gas wird gebraucht, man baut auf die Vorhersehbarkeit der Unfall-Zyklen, der erste Weltkrieg ist angebrochen.

Als einfacher Arbeiter schuftet jetzt der Fabrikantensohn im Werk. Er allein sieht die menschheits-bedrohenden Gefahren der Gas-Produktion; ein Rufer in der Wüste: keiner hört auf ihn. Nur seine eigene Tochter, bereit zur Umkehr, will den „neuen Menschen" gebären.

Das Theater-Kollektiv, aus allen Teilen der Bundesrepublik zusammengesetzt, spielt unter der Regie von Stefan Stroux das erste Mal zusammen. Teils sind es bekannte Fernsehdarsteller wie Karl-Heinz von Hassel, teils Schauspieler, die dem subventionierten Theater den Rücken drehten, und einige arbeitslose. Die 650.000DM zur Finanzierung kommen aus Mitteln des Arbeitsamtes, privaten Spenden und den Kasseneinnahmen. Die „Fabrik", als ehemalige Munitionshalle ausgesuchter Spielort, trägt selbst kaum ein Risiko.

Die Truppe mit den herausragenden Schauspielern von Hassel, Hans-Eckart Eckardt und der Darsteller des Betriebskontoristen will Theater vor Ort machen. Sie hat den Anspruch, dabei mit den Altonaern und ihren Problemen in Berührung zu kommen. Ob ihnen das über die öffentlichen Proben-Besuche hinaus gelingt, ist noch die Frage. In verschiedenen Ecken und auf diversen Ebenen des restaurierten Kommunikationszentrums wird gespielt: auf Neon beleuchteten Podesten, langen hochgestellten Kästen und an Strickleitern. Das Publikum soll in physischen Kontakt mit den Spielern und Requisiten kommen, nicht gebannt an einen Ort starren. Interessant – allerdings eher für Kulturfreaks – sind die Beleuchtungseffekte, Eingangshappenings und typisierten Kostüme. Man wird an die Enviroments und Materialbilder der endsechsiger Jahre erinnert.

„Entstanden vor dem Hintergrund des ersten Weltkriegs und des Mißbrauchs der Menschen durch die Profit- und Expansionsinteressen der deutschen Schwerindustrie, hat Georg Kaisers Theaterfiktion GAS heute eine geradezu atemberaubende Aktualität gewonnen", heißt es im Programmheft. Doch der Inhalt raubt einem nicht gerade den Atem. Eher fragt man sich: kann man mit einem Stück, das so mit Expressionisten-Sprache gesättigt ist, heute die atomare und gewöhnliche Bedrohung sichtbar machen? Stefan Stroux hält das Stück, so wie es ist, für vollkommen gebrauchstüchtig. Deshalb ist auch nichts geändert, kaum gestrichen, nichts dazu geschrieben worden. Das führt dann dazu, daß oft in mehreren, heute fast unerträglich schwülstigen Sätzen herausgeweint wird, was auch in einem gesagt werden könnte:

„Wollt ihr das Opfer haben?.. Ist es das? Meint ihr, die Toten damit stumm zu machen, die in euch schreien? Dies Geheul, das euer Blut schüttelt, zu erwürgen? Deckt ihr das Leichenfeld zu mit neuen Gerichten? Seid ihr verstrickt in dies wüste Gelüste von Rachsucht nach allem Entsetzen, das sich aufspielte? Wird das die Frucht des feurigen Baums, der auf uns niederregnete mit Pech und Schwefel?"

Diese Sprache berührt angesichts der glasklaren Wahrheit moderner Katastrophenpläne einfach nicht mehr. Problematisch ist auch die Menschensicht im Stück selber, die 1918, nach der russischen und deutschen Revolution, sicher auch schon fragwürdig war. Zu einer Zeit, in der die Arbeiterbewegung eher als gerade heute mit Klarsicht und Hoffnung gesegnet war, stelle man sich vor: ein einsamer Milliardärssohn als Hoffnung der Menschheit. Die Arbeiterschaft eine dumpfe, mitleiderregende manipulierbare Masse. Im Mittelpunkt das individuelle Drama eines bürgerlichen Ritters von trauriger Gestalt. Die sozialen Gegensätze erweisen sich angesichts der Umweltbedrohung als uninteressant. So will es der Autor. So Stroux und das Ensemble. Und die Inszenierung setzt einfach voraus, daß es keiner szenischen Zusatzmittel bedarf, keiner Montagen und Differenzierungen, um die Aktualität von „GAS" in all seinen Beziehungen zu unterstreichen. Gut, der Horror ist immer der gleiche, aber die Menschen auch? Unwillkürlich denkt man an die „Grünen". Sind s i e die Zuschauer, auf die gesetzt wird? Der grüne Atom-Wissenschaftler Holger Strohm jedenfalls saß hilflos-sinnsuchend zwischen den Requisiten.